

Deutschlands auswärtige Politik

1888-1913

Von Graf Ernst zu Reventlow


GOVERTS





Deutschlands auswärtige Politik
1888–1913

Von
Graf Ernst zu Reventlow

Berlin 1914 :: Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung :: Kochstraße 68—71


LIBRARY
MAR 16 1972
UNIVERSITY OF TORONTO

Vorwort.

Keine einzige der in dieser Schrift behandelten Fragen und Begebenheiten der letzten sechsundzwanzig Jahre steht außerhalb des Streites der Meinungen. Keine einzige ist dem Geheimnisse des Aktenschrankes entwachsen. Wenn ich trotzdem gewagt habe, Gang und Entwicklung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches während dieses Zeitraumes zu untersuchen und zu behandeln, so waren dafür die folgenden Gründe maßgebend:

Eine geschichtliche Darstellung ist bis jetzt nicht vorhanden. Wohl sind Einzelfragen in Schriften erörtert worden, wohl gibt es auch kritische und übersichtliche Betrachtungen des Ganzen. Die ersten umfassen aber nur Teile jener Periode, die zweiten gehen zu wenig in die Einzelheiten der Zusammenhänge und in deren Entstehung hinein. Ferner: was bisher an vielfach ausgezeichneten Arbeiten veröffentlicht worden ist, verfolgt ausgesprochene politische Zwecke, in der Regel den der Nutzanwendung von Erfahrungen und Fehlern auf die Zukunft.

Die vorliegende Schrift ist selbstverständlich entfernt vom Anspruche auf geschichtliche Unanfechtbarkeit. Den kann sie schon deshalb nicht erheben, weil die Vorgänge zu nahe liegen, auch — wie gesagt — in ihren Einzelheiten, hauptsächlich ihren Wurzeln nach, nicht authentisch bekannt noch feststellbar sind. Dazu kommt, daß sich trotz Bemühens die subjektive Auffassung und die politische Sinnesrichtung des Verfassers nicht ganz aus der Beurteilung der Vorgänge haben ausschalten lassen. Beurteilungen der Vorgänge und Entwicklungen zu geben aber habe ich sogar für notwendig gehalten. Sie mußten an die Stelle unumstößlicher, geschichtlicher Klarstellungen treten, die hier nicht möglich waren. Ich habe versucht, eine anschauliche Schilderung der deutschen Politik der nachbismarckischen Periode zu bieten mit dem Bestreben, weniger zur Kritik als zum Verständnisse anzuregen. Der Gemeinplatz, die Kritik sei leicht, soll nicht wiederholt werden, der Verfasser hält es aber für seine Pflicht, hier zum Ausdrucke zu bringen, und zwar als eigene Erfahrung, daß die Schwierigkeit und auch Bedenklichkeit der Kritik mit dem Ernste des Studiums wuchs, welcher dem Gegenstande gewidmet wurde. Daß anderseits der kritische Standpunkt

nicht ganz ausgeschaltet werden durfte noch konnte, ist schon deshalb selbstverständlich, weil der Verfasser, wenn er verstanden sein und anregen will, einen eigenen Standpunkt einnehmen muß, und in diesem eo ipso eine gewisse Kritik eingeschlossen ist.

Als die Niederschrift des Textes abgeschlossen war, erschien der erste Band des Werkes „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.", beginnend mit dem vielbesprochenen Aufsatze des Fürsten Bülow über die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches. Der Verfasser legt Wert auf die Feststellung, daß im vorliegenden Buche zu den Ausführungen des früheren Kanzlers nirgends Stellung genommen, auch in keinem Punkte eine Hinzufügung, Änderung oder Ausscheidung infolge Bülowscher Angaben vorgenommen worden ist. Das Urteil des Verfassers weicht hinsichtlich verschiedener wichtiger Vorgänge und Punkte wesentlich von dem des Fürsten Bülow ab. Um so ferner mußte es liegen, im Rahmen dieser Arbeit gegen die summarischen, kurz zusammengefaßten Urteile des Fürsten Bülow zu polemisieren, oder — im gegenteiligen Falle — die eigene Auffassung und Darstellung nachträglich beeinflussen zu lassen.

* * *

Angesichts der oft in sich verwickelten und unter sich verflochtenen politischen Vorgänge der Periode mußte die Frage der Gliederung des Stoffes teils mit einer gewissen Willkür gelöst werden. Teils ergab sich diese Lösung freilich mit Notwendigkeit. Der erste Abschnitt beschäftigt sich beinahe ausschließlich mit den Grundlagen der von 1890 an rechnenden Periode und der Caprivischen Zeit selbst. Der Übergang vom ersten auf den zweiten Kanzler war eine kurze Zeitspanne, gleichwohl sehr reich an weittragenden Ereignissen und folgenschweren Ursachen solcher. Der Verfasser hat auch für notwendig gehalten, hier, allerdings in äußerster Kürze, ein Bild der europäischen Lage am Ende der Bismarckschen Amtsführung zu geben; ohne eine solche Skizze wäre das Nachfolgende unverständlich geblieben. Aus demselben Grunde ist gleich innerhalb dieses ersten Abschnittes ein besonderes Kapitel unserem italienischen Bundesgenossen, der Vorgeschichte und Geschichte seiner Stellung im Dreibunde, gewidmet worden. Der Verfasser hat sich zu diesen scheinbar teilweise aus dem Rahmen des Ganzen etwas herausfallenden Ausführungen entschließen zu müssen geglaubt, weil er für besonders wichtig hält, daß dieser Punkt in der deutschen Öffentlichkeit mehr verstanden, vor allem mehr beachtet werde, als es gemeinhin geschieht.

Mit dem Rücktritte Caprivis ergibt sich das natürliche Ende dieses ersten Abschnittes, während der zweite sein Gepräge weniger durch eine

Persönlichkeit, jedenfalls von außen betrachtet, erhält. Auch seine zeitliche Bemessung kann streitig sein. Der Verfasser rechnet ihn von den neuen deutschen Annäherungsbemühungen an Rußland (1895) bis zum Beginne der englisch-französischen Entente cordiale (1904). Beide Zeitpunkte bezeichnen einen neuen Kurs und eine Veränderung des Gesichtes der europäischen Politik. Was Deutschland betrifft, so begreift diese Periode, abgesehen von den Versuchen europäischer Neuorientierung, das Bestreben, eine aktive überseeische Politik zu treiben. Das Fehlen des maritim-militärischen Machtmittels ließ diese Bemühungen nur in einem geringen Maße gelingen. Die Frage der Beziehungen zu England tritt folgerichtig immer mehr in den Vordergrund, daneben die der deutschen Flotte. Zu Anfang des neuen Jahrhunderts macht England seine letzten Versuche, zu einer Entente mit dem Deutschen Reiche zu gelangen. Dem derzeitigen Leiter der deutschen Politik erscheint ihr Preis zu hoch. Auch dieser Zeitabschnitt ist für das Verständnis der gegenwärtigen Lage ungemein wichtig, voll von sich schürzenden Knoten und Entwicklungskeimen. Als dritter Abschnitt beginnt mit der englisch-französischen Entente cordiale eine neue Ära der europäischen Politik, die Ära des Vorspiels und des Nachspiels von Algeciras, die Ära der Ententen und der auf Niederhaltung Deutschlands gerichteten europäischen Sammelpolitik König Eduards von England. Die Ergebnisse dieser Politik werden in der bosnischen Krisis akut, und diese bildet somit den Beginn des vierten Abschnittes, welcher über Agadir und die Balkankriege bis zur Gegenwart führt.

Durch die ganze Geschichte dieser sechsundzwanzig Jahre zieht sich die deutsche Flotte teils als Frage, teils als Stein des Anstoßes, teils als Ansporn, teils als Hindernis hindurch. Es läßt sich kaum ein Ereignis politischer Natur innerhalb dieses Zeitraumes nachweisen, das nicht irgendwie mit der deutschen Flotte oder dem Fehlen einer solchen, direkt oder indirekt, in ursächlichem Zusammenhange stände. Aus diesem Grunde habe ich auch dieser Seite der Sache besondere Aufmerksamkeit innerhalb der politischen Zusammenhänge zuteil werden lassen und wäre damit noch weiter gegangen, wenn die Überfülle politischen Stoffes es gestattet hätte. Den politischen Stoff auch nur einigermaßen zu erschöpfen, war nicht möglich, um so weniger, weil es mir darum zu tun war, eine lebendige, den politischen Nichtfachmann anregende Darstellung und Erklärung des für das Deutsche Reich wichtigsten Geschehens zu geben, nicht eine einfache, gedrängte Aufzählung aller Geschehnisse in garantierter Vollständigkeit. Ob dieser Weg der richtige gewesen ist, muß der Leser entscheiden. Soviel wie möglich ist versucht worden, die deutsche Politik im Rahmen des großen Bildes der

gesamten Weltpolitik zu beleuchten und kein Ereignis zu erwähnen, ohne es so weit zu erklären, daß auch der Unkundige wenigstens ungefähr weiß, worum es sich im wesentlichen handelt. Wenn internationale Verträge und Abkommen nur zu einem sehr kleinen Teile vollinhaltlich aufgeführt worden sind, so ist auch da die Rücksicht maßgebend gewesen, den Umfang nicht ungebührlich zu vermehren. Beinahe jeder solcher Vertrag bedarf für den politisch nicht geschulten und nicht vollkommen im Bilde befindlichen Leser einer verhältnismäßig umfangreichen Erklärung, und so habe ich mir gerade auf diesem so überaus interessanten Gebiete eine selbst schmerzlich empfundene Zurückhaltung auferlegen müssen.

Grundsätzlich ist vermieden worden, in dieser für den gebildeten Nichtfachmann berechneten Darstellung spitzfindige Untersuchungen politischer und diplomatischer Art anzustellen. Der Leser wird nicht selten ein einfaches non liquet finden. Auf der andern Seite soll die Feststellung nicht unterlassen werden, daß nur allgemein zugängliches Material benutzt und verarbeitet worden ist. „Enthüllungen“ werden also nicht zu finden sein. Die Ereignisse und Ergebnisse der beiden letzten Krisenjahre sind mit großer Zurückhaltung und Vorsicht behandelt worden: sie stehen uns noch zu nahe, sind teils noch weit von einem Abschlusse entfernt, teils ungenügend feststellbar, teils würde eingehendere Behandlung dem deutschen Interesse nicht entsprechen. So wird der Leser manches politisches „i“ ohne seinen Tüpfel finden.

Genesis und Synopsis: das Werden und das „Zusammenschauen“ des aus Ursachen und Wirkungen sich knotenden Netzes bilden die Leitgedanken dieser Arbeit.

Charlottenburg, Februar 1914.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Abschnitt.

Von Rußland zu Großbritannien.

1887—1893.

Zweiter Abschnitt.

Weltpolitische Mühen ohne zureichende Mittel.

1895–1903.

Dritter Abschnitt.

Vor und nach Algeciras.

1903 – 1908.

Vierter Abschnitt.

Der Balkan und Marokko als europäische Angelpunkte.

1908—1913.

Erster Abschnitt.

Von Rußland zu Großbritannien.

1887—1894.

Nach zwei Fronten.

Das Ende der achtziger und der Anfang der neunziger Jahre bildeten für die Politik des Deutschen Reiches eine ungewöhnlich schwierige Periode. Das würde sogar dann gelten, wenn man von dem Personenwechsel Bismarck-Caprivi absehen wollte; — es versteht sich aber von selbst, daß dieser Personenwechsel im Vordergrunde bleibt. Die Feststellung würde auch dann gelten, wenn auf Bismarck ein Staatsmann von höheren Fähigkeiten gefolgt wäre. Trotzdem ist es notwendig, gerade an die Spitze dieser geschichtlich-politischen Betrachtungen gewissermaßen als Leitsatz zu stellen: der Ausgang der achtziger und der Anfang der neunziger Jahre bildete für die Politik des Deutschen Reiches die schwierigste Periode seit dem Bestehen des Reiches.

Noch heute wird das bekannte Wort des Grafen Schuwalow oft angeführt, als Bismarck ihm von seinen Sorgen wegen europäischer, dem Deutschen Reiche gefährlicher Koalitionen gesprochen hatte. Schuwalow sagte: „vous avez le cauchemar des coalitions", Bismarck gibt in seinen „Gedanken und Erinnerungen" dem Grafen Schuwalow recht: der Gedanke an gegnerische Koalitionen in Europa habe ihm damals tatsächlich schlaflose Nächte bereitet.

Seit 1883 bestand der Dreibund und hatte seit seiner ersten Erneuerung, 1887, an Festigkeit zugenommen. Da war nichts zu besorgen. Zwei andere politische und militärische Faktoren aber wuchsen von Jahr zu Jahr: die Macht Frankreichs und damit sein Ansehen in Europa, auf der andern Seite der russisch-deutsche Gegensatz. Daraus mußte sich folgerichtig ein Wachsen der russisch-französischen Annäherungsbestrebungen ergeben. Das war auch tatsächlich der Fall. Die Anfänge dieser Annäherung reichen weiter zurück, als gemeinhin angenommen wird. Den Gedanken einer russisch-französischen Entente, ja eines

Bündnisses, brachte schon Fürst Gortschakow mit nach St. Petersburg, als er 1878 voll Eifersucht und Erbitterung gegen Bismarck und dessen Politik vom Berliner Kongresse zurückkehrte. Er hat diesen Ententegedanken auch verschiedene Male ausgesprochen. Der russische Reichskanzler erklärte, mit dem Zwecke der Veröffentlichung, im Herbst 1879 — beinahe genau vier Wochen vor der Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Bündnisses — einem französischen Journalisten: in Europa sei eine neue politische Konstellation möglich geworden: Frankreich brauche nur stark zu sein, damit Rußland ein Bündnis mit ihm suche.

Auch vorher, eigentlich vom Deutsch-Französischen Kriege an, benutzte und schuf Fürst Gortschakow Gelegenheiten, um seine Neigung für Frankreich, seine Abneigung gegen das Deutsche Reich, zumal gegen dessen Kanzler, zur Geltung zu bringen. Die persönlichen Beziehungen der beiden Kaiser jedoch, das Vertrauen des russischen Monarchen in Bismarck, ferner des letzteren zuverlässige Politik und sein Bestreben: wo immer das deutsche Interesse es gestattete, russischen Wünschen entgegenzukommen, verhinderten lange eine tatsächliche Förderung des Gortschakowschen Lieblingsgedankens. Die Monarchen, wie deren Regierungen hatten, trotz mancher gelegentlicher Schwierigkeiten, das Gefühl, politisch und dynastisch aufeinander angewiesen zu sein und positiv: zu beiderseitigem Nutzen und zur Erhaltung des Friedens miteinander arbeiten zu können. Erst Anfang der achtziger Jahre konnte, als starke politische Gegenkraft, die panslawistische Bewegung, geführt von Katkow und Skobelew, in die Erscheinung treten. Frankreich zählte bis Mitte der achtziger Jahre, auch noch später zeitweise, für die russische Politik nicht als voll, vor allem nicht für den Zaren. Niemand am russischen Hofe glaubte an Beständigkeit der inneren Verhältnisse in Frankreich, und der Zar Alexander III. war der Ansicht, daß man politisch auf eine Macht nicht bauen dürfe, in der jeder Kabinettswechsel grundstürzende, nie vorherzusehende Ereignisse und Entwicklungen bringen konnte. Frankreich war in seiner Eigenschaft als Republik der Herd der Revolution und des politischen Radikalismus in Europa und bildete insofern einen schroffen Gegensatz zum Reiche des Zaren, der sich als Vertreter und Personifizierung des legitim-monarchischen Gedankens fühlte und zu betätigen strebte. Frankreich war außerdem die im großen Kriege niedergeworfene, geschwächte und isolierte Macht, der selbst Gortschakow als unerläßliche Bedingung, um für eine Allianz begehrenswert zu sein, erklärt hatte, sie müsse stark sein, aber nicht an Revanche denken. Dieses „Starksein“ bedeutete nicht nur Heereskraft, sondern vor allem die Solidität der staatlichen Maschine und die Sicherheit stetigen Funktionierens auch in Krisenzeiten.

1882 schied der alte Fürst Gortschakow aus dem Amte, Herr v. Giers trat an seine Stelle, jahrelang bestrebt, mit dem Deutschen Reiche in guten Beziehungen zu leben. In Frankreich begann unter Ferry, von Bismarck begünstigt, eine koloniale Ausdehnungspolitik im fernen Osten, bis im Jahre 1885 das unglückliche Gefecht von Langson dieser Periode ein Ende machte und Ferry stürzte. Ferry hat später von sich gesagt, er habe sich ständig bemüht, mit Rußland in engere Beziehungen zu kommen. Das entspricht auch den Tatsachen, aber es gelang ihm nicht, und zwar wesentlich deshalb, weil seine Kolonialpolitik Frankreich auf Deutschland anwies und in Europa von Bismarck abhängig erhielt.

1883 wurde der Dreibund geschaffen, und im Frühjahr 1884 gelang es Bismarck, Neutralitätsverträge zwischen dem Deutschen Reiche, Rußland und Österreich-Ungarn zustande zu bringen; drei Jahre vorher hatte Zar Alexander III. den Thron bestiegen. Die französische Hoffnung auf Rußland verschwand wieder, die Stellung des Deutschen Reiches war gewaltiger, beherrschender, anscheinend auch gesicherter denn je, Frankreich isoliert, unsicher und wenig geachtet. Nach Ferrys Sturz gewann die Revanchepartei beherrschendes Übergewicht: man wollte nicht mehr in „nebelhaften Kolonialunternehmungen“ die Kräfte zersplittern, sondern alle Kräfte auf Konsolidierung der europäischen Stellung Frankreichs verwenden. Die Hauptträger dieses Programmes waren und wurden in der Folgezeit die Minister de Freycinet und Ribot. Nach Berlin wurde der tüchtige Botschafter Herbette geschickt.

In der bulgarischen Angelegenheit des Fürsten Alexander gelang es der französischen Regierung mit Geschick, sich dem russischen Vertrauen zu insinuieren. Sie wurde dabei auf das eifrigste gefördert durch den russischen Gesandten in Paris, Baron v. Mohrenheim, einen Mann, der für die russisch-französische Annäherung, wenn schon meist vielleicht mehr passiv als aktiv, von ganz außerordentlicher Bedeutung gewesen ist. Neben ihm wirkte der russische Militärattaché zu Paris, der General Baron Fredericks. Ein Symptom der veränderten Atmosphäre ging schon aus einer Ansprache dieses Militärs hervor, die er gelegentlich einer Denkmalseinweihung zu Paris hielt: „Ich bin hier das Echo der Sympathie, welche diese Feier in Rußland hervorruft, ich bringe Ihnen ein Zeugnis der Freundschaft Rußlands“. Von einer Anzahl französischer und russischer Diplomaten wurde unaufhörlich und in aller Heimlichkeit an dem großen Ziele russisch-französischer Annäherung weitergearbeitet, wenn man auch nur mit großer Vorsicht dem Zaren und den Hofkreisen gegenübertrat, denn ihnen war das alte traditionelle Verhältnis zu Deutschland noch etwas Selbstverständliches. Der dänische

Hof und die dänische Diplomatie aber bildeten ein sehr wirksames Hilfsmittel, gewissermaßen den diplomatischen „Umschlagshafen“ des französisch-russischen Verkehrs.

Das deutsch-französische Verhältnis war gerade in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre überaus kühl und durch eine nicht endende Reihe von „Zwischenfällen“ ein äußerst gespanntes geworden; ein Tatbeweis ex contrario übrigens für die Richtigkeit der Bismarckschen Anschauung: es sei für Deutschland nützlich, wenn das französische Volk und die französische Politik durch koloniale Unternehmungen nach außen abgelenkt und Kräfte wie Interessen außerhalb Frankreichs nach Möglichkeit konzentriert würden. Bismarck sind die russisch-französischen Annäherungsbemühungen nicht verborgen geblieben, er vermochte sie aber nicht zu hindern, um so weniger als die Feindlichkeit der russischen Stimmung gegen Deutschland wuchs. Emsige panslawistische, polnische und französische Einflüsse bearbeiteten den Zaren und seine Umgebung mit wachsendem Erfolge. Sogar ein in Brüssel erscheinendes Organ des Ministers v. Giers sprach offen von der „Aufrechterhaltung des Friedens und des europäischen Gleichgewichtes durch ein russisch-französisches Bündnis.“ Die Loyalität der Politik Bismarcks in der bulgarischen Krisis wurde in Rußland nicht anerkannt, auch die Aussprache zwischen dem Zaren und Bismarck im Winter 1887 zu Berlin änderte wenig an der Kühle der Beziehungen. Die „Treulosigkeit des deutschen Kanzlers auf dem Berliner Kongresse“ bildete eine unerschöpfliche Quelle der Erbitterung und Hetzerei in Rußland. Die Gefährlichkeit der Spannung wurde eine derartige, daß Bismarck Anfang des Jahres 1888 den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag veröffentlichte. Zugleich vertrat er die Militärvorlage. Die große Rede des Kanzlers brachte das neue europäische Motiv: das des Zweifrontenkrieges. Heute sind wir seit länger als einem Vierteljahrhundert an den Gedanken des Zweifrontenkrieges gewöhnt. Damals hatte wohl der Generalstab diesen, wie alle denkbaren Möglichkeiten in Betracht gezogen, auch der Politik war er nicht fremd gewesen. Die Hervorhebung des Zweifrontenkrieges als greifbare Möglichkeit, als „Gefahr“ für Deutschland aber leitete eine neue Epoche ein. Die neue Lage bezeichnete den totalen Umschwung der europäischen Verhältnisse, einen Umschwung, der sich allmählich durchgesetzt hatte und an die Oberfläche gekommen war, wie ein Strom, der aus unzähligen unsichtbaren kleinen Quellen gebildet, plötzlich als große unzerstörbare Tatsache vor aller Augen liegt.

Freilich waren auch da, in „idealer Konkurrenz“, zwei Gebiete zu unterscheiden: ein direkt gegen Deutschland sich richtendes Rußland, und eine indirekt durch Österreich-Ungarn das Deutsche Reich zur Teil-

nahme am Kriege zwingende russische Politik. Beiden Eventualitäten hatte das deutsch-österreichische Bündnis Rechnung getragen. Als Bismarck dieses veröffentlichte, verfolgte er zunächst den Zweck, Rußland zu zeigen, daß Österreich eintretendenfalls nicht allein stehen werde. Es bedeutete also keine Drohung, sondern im Gegenteil eine politische Maßnahme, um die kriegerische Stimmung in Rußland zu dämpfen und den Krieg zu verhindern. Die Maßnahme erwies sich als wirksam. Dazu muß aber bemerkt werden, daß die russische Regierung und der Zar längst vorher über das Bestehen des österreichisch-deutschen Bündnisses unterrichtet waren. Die Veröffentlichung wandte sich nicht gegen sie, sondern gegen die Stimmung eines energisch gegen alles Deutsche treibenden russischen Bevölkerungsteiles.

Das deutsch-russische Verhältnis jener Jahre ist deswegen so merkwürdig und in sich kompliziert, weil es einerseits durch den Rückversicherungsvertrag ein enges und befestigtes Werk war, weil anderseits höfische und zarische Mißstimmungen mit jedem Jahre wuchsen und die gleichfalls wachsende ausgesprochene und angriffslustige Feindschaft des Panslawismus in hohem Maße verstärkten. Skobelew hatte das Wort gesprochen: Der Weg nach Wien führe über Berlin, und er meinte das sicherlich nicht mit Beziehung auf das deutsch-österreichische Bündnis, sondern hatte das Deutschtum überhaupt im Auge, dessen Schicksalsstunde geschlagen haben würde, sobald das Deutsche Reich niedergeworfen wäre. Österreich mußte dann von selbst fallen. Diese einander widerstrebenden Momente in den deutsch-russischen Beziehungen erhielten noch eine neue Seite dadurch, daß die französisch-russischen Annäherungsversuche konsequent fortgesetzt wurden und tatsächliche Fortschritte machten. Es klingt erstaunlich, entspricht aber der geschichtlichen Wahrheit, daß im Jahre 1887, demselben Jahre, als der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag zum ersten Male erneuert wurde, der russische Militärattaché in Paris sich an den französischen Kriegsminister mit der Frage wandte, ob die französische Waffenindustrie nicht ermächtigt werden könne, 500000 Lebelgewehre für das russische Heer herzustellen. Der Kriegsminister antwortete: man sei gern bereit, möchte aber doch die Sicherheit haben, daß diese Gewehre niemals auf Franzosen schießen würden. Baron Fredericks erklärte, man werde alle nötigen Sicherheiten geben. Der Botschafter, Baron Mohrenheim, machte die Worte des Militärattachés zu den seinigen, und damit war die Angelegenheit auf das diplomatische Gebiet hinübergeschoben: die Geschicklichkeit der französischen Politik hatte einen außerordentlichen Erfolg errungen. Nicht nur lieferte Frankreich den Russen die Gewehre, deren Bestimmung war, auf Deutsche und Österreicher zu schießen, sondern dieser Anlaß

hatte die Gelegenheit gegeben, um nach langer und sorgfältiger Vorbereitung amtlich eine vertrauensvolle Annäherung der beiden Mächte zu besprechen und zu präzisieren. Garantien, daß diese Gewehre nicht auf Franzosen schießen würden! Solche Garantien waren nur möglich durch eine Entente zwischen den beiden Mächten, also ein gegenseitiges Einverständnis über bestimmte politische Richtlinien und Ziele. Ende 1888 wurde die erste russische Anleihe in Frankreich begeben, ein an sich wichtiges, vor allem ein richtunggebendes Ereignis. Das alles fand in derselben Periode statt — wie wir nicht vergessen wollen —, wo Frankreich im Inneren durch die Boulangerschen Treibereien erschüttert wurde, wo zeitweilig der Friede auf der Schneide des Messers stand, während man gleichzeitig die Pariser Weltausstellung vorbereitete, die Weltausstellung, die der Welt den Beweis liefern sollte, daß Frankreich sich von seinen Niederlagen erholt habe und nicht nur militärisch, sondern auch gewerblich auf der Höhe der Zeit stehe.

Alexander III. schwankte noch immer, ob eine Präzisierung des russisch-französischen Verhältnisses im russischen Interesse liege, und die Boulangerschen Skandale konnten ihn in diesen Bedenken nur bestärken. Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß Zar Alexander stets weit von kriegerischen Plänen, dem Deutschen Reiche gegenüber, entfernt gewesen ist; er war überhaupt friedliebend. Ein wertvolles Urteil über den Charakter des Zaren gibt der verstorbene Graf Richard v. Pfeil, der neun Jahre in russischen Diensten als Oberst des Regimentes Preobraschenski dem Zaren vielfach nahe gewesen ist, auch wohl dessen Vertrauen bis zu einem gewissen Grade genossen hat. Von seiner Abschiedsunterredung mit dem Zaren, sie fand im Jahre 1889 statt, sagte er: „Der Gesamteindruck, den mir Kaiser Alexander III. machte, war der von mir lange vermutete, daß er absichtlich von seiner Umgebung in einem tiefen Mißtrauen gegen Deutschland gehalten werde, und daß sich dieses Mißtrauen nunmehr derart in ihm eingewurzelt habe, daß an eine Änderung überhaupt kaum noch zu denken sei. Er war von seiner Friedensliebe mit Recht überzeugt, glaubte aber auch allen diesen seinen Ratgebern und der sonstigen maßgebenden Persönlichkeiten in Rußland, von denen viele den Frieden durchaus nicht so wünschten wie er." — In dieser Charakteristik, die wir auch durch die Politik des Zaren bestätigt finden, liegt auch ein gewisses Schwanken eingeschlossen. Der Zar beklagte sich z. B. dem Grafen Pfeil gegenüber, daß auf Betrieb Bismarcks alle wahren deutschen Freunde Rußlands einflußlos gemacht würden. Im selben Jahre, ebenso wie zwei Jahre vorher, 1887, versicherte er aber Bismarck mündlich seines besonderen Vertrauens und hatte nur die einzige Sorge, er werde nicht im Amte bleiben. Wiederum berichtet Fürst Hohenlohe in seinem Tagebuche

vom Jahre 1892: Der Zar habe dem Kaiser gesagt, er habe alles Vertrauen zu Caprivi, wenn dagegen Bismarck ihm etwas gesagt habe, so hätte er immer die Überzeugung gehabt „qu'il me tricherait“ (daß er mich hintergehen würde). Und dieses Vertrauensvotum für Caprivi fällt in dieselbe Zeit, wo die russisch-französische Militärkonvention zustande kam, die Exaltationen der Kronstädter Feste ein Jahr vorher stattgefunden hatten, und Caprivi eine Politik des Deutschen Reiches in die Wege geleitet hatte, die sich von Rußland entfernte und auf eine intime Annäherung an Rußlands schärfsten Gegner, Großbritannien, erfolgreich hinarbeitete!

Die russische Stimmung nach der Bismarckschen Februarrede 1888 war nicht so beschaffen, wie Bismarck gewünscht hatte, vielmehr man sah sie in Rußland als eine Herausforderung an, welche durch die Tatsache der russischen Rüstungen hervorgerufen worden sei, ebenso wie die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses. Diese Auffassung ist auch dem Zaren suggeriert worden. Stellen wir dieser Tatsache die fernere gegenüber, daß kurz vor der Entlassung Bismarcks Kaiser Wilhelm der festen Überzeugung war, Rußland befinde sich in voller Vorbereitung eines Angriffes auf die österreichischen Grenzen, so ergibt sich damit ein merkwürdiges Wechselspiel von Mißverständnissen überaus nachteiliger Art; es wäre leicht, dieses Bild durch weitere Züge zu vervollständigen.

In den Bismarckschen Bemühungen um russisches Vertrauen zur Politik des Deutschen Reiches liegt eine gewisse Tragik. Niemand wird schärfer als er die vorsichtig, geschickt und unaufhaltsam arbeitenden Kräfte der französisch-russischen Annäherung erkannt haben. Sie lagen, wie wir heute objektiv sagen können, mit europäischer Naturnotwendigkeit in der Erstarkung Frankreichs eingeschlossen. Diese Erstarkung aber zu verhindern, war auch Bismarck auf die Dauer nicht möglich, besonders nicht, seitdem die Dezentralisation der französischen Kraft durch große koloniale Unternehmen, durch eine Politik europäischer Konsolidierung ersetzt worden war. Auf dem Berliner Kongresse hatte Rußland nicht das Maß an Beute und an Vorteilen davongetragen, welches es gewünscht hatte. Österreich-Ungarn, vor allem Großbritannien, die hauptsächlichen und die mächtigsten Konkurrenten Rußlands, hatten es unter Anwendung stärkster Mittel verhindert. Dem deutschen Reichskanzler wurde dieser Mangel an Erfolg von den Russen zur Last gelegt, weil man von ihm, als Entgelt für die russische Neutralität 1870/71 ein so aktives Eintreten für die russischen Orientwünsche verlangte, wie es den Lebensinteressen des Deutschen Reiches unmittelbar zuwidergelaufen wäre. Nachdem dann wieder die russische Politik den Fürsten Bismarck gezwungen hatte,

Stellung zu russischen Angriffsabsichten auf Österreich zu nehmen, und nachdem seine Entscheidung negativ ausgefallen war, stand die allgemeine russische Stimmung, ungeachtet gelegentlicher Schwankungen, fest. Die Tatsache des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages ändert daran nichts, zumal dieser, übrigens auf ausdrücklichen Wunsch des Zaren, strenge geheim gehalten worden war.

Im Frühjahr 1888 war Kaiser Wilhelm I. aus dem Leben geschieden. Die Welt wußte, daß Kaiser Friedrich ein todkranker Mann war und seine Regierung nur sehr kurze Zeit dauern konnte. In der Hand des Fürsten Bismarck lag damals tatsächlich alles, und zu gleicher Zeit war die Gegnerschaft gegen ihn in Deutschland selbst zu einem Höchstmaße an Schärfe und Bitterkeit angewachsen, eine Tatsache, die man im Auslande häufig mit Geschicklichkeit benutzte. Der dänisch-französische seinerzeit sehr einflußreiche und tätige diplomatische Agent Herr Jules Hansen sagt nach dem Weggange Bismarcks: „In Europa schuf das Ereignis eine wahrhafte Erleichterung. In Frankreich hatte man die Empfindung, daß eine neue Ära anbreche und daß man endlich von der durch Bismarcks gewalttätige Politik erzeugten Beklemmung und Beängstigung befreit sein werde. Nun endlich hatte Frankreich nicht mehr den energischen Einspruch zu fürchten, den Bismarck jedenfalls gegen die Verwirklichung eines französisch-russischen Bündnisses erhoben hätte, und damit war die Aufgabe des französischen Ministers des Auswärtigen sehr erleichtert.“ —

Das ist freilich nur ein Stimmungsbild, entworfen in einer Zeit, wo Hansen vom deutsch-russischen Rückversicherungsvertrage nichts ahnte und das Zögern des russischen Zaren, zu einem formalen Bündnisse mit Frankreich zu kommen, wohl auf direkte Einwirkung Bismarcks fälschlich zurückführte.

Die Lücke in der Rüstung des Dreibundes.

Im Jahre 1877 reiste Crispi in geheimer Mission zu Bismarck, um sich mit ihm über ein italienisch-deutsches Bündnis zu beraten. Die Anbahnung enger Beziehungen zwischen den beiden Ländern oder vielmehr deren Wiederaufnahme datierte schon seit Anfang der siebziger Jahre. Italien wollte sich politisch und diplomatisch in Europa befestigen, hatte aber damit Schwierigkeiten, zumal weil die italienischen Staatsmänner selbst uneinig waren und ebensowenig wie die öffentliche Meinung Italiens wußten, wie und mit welchen Mitteln die italienische Politik zu orientieren sei. Dazu kam militärische, maritime und finanzielle Schwäche. Man schwankte zwischen Anschluß an Frankreich und einem

solchen an die mitteleuropäischen Mächte. Die Unterredungen, die Crispi, der von Anfang an entschlossen für Annäherung an Deutschland eintrat, mit Bismarck hatte, fanden kurz vor dem Berliner Kongresse statt. Die beiden Staatsmänner erörterten u. a. die italienisch-österreichischen Beziehungen. Bismarck machte deren Freundlichkeit gewissermaßen zur Bedingung eines deutsch-italienischen Bündnisses. In der Orientfrage fürchtete Crispi, daß Österreich-Ungarn einen zu großen Landzuwachs erhielte, und erklärte, Italien könne nicht gestatten, daß Österreich Bosnien und die Herzegowina besetze. Bismarck bot ihm dafür Albanien an und sagte, wie Crispi berichtet: „Übrigens, wenn sich Österreich Bosnien nimmt, nimmt sich Italien Albanien oder irgendein anderes türkisches Gebiet am Adriatischen Meer." Crispi erwiderte: „Eine Provinz an der Adria genügt uns nicht. Wir würden nicht wissen, was wir damit anfangen sollten." Man wolle eine Grenzregulierung nach den Alpen hin und eine gesicherte Ostgrenze.

Bismarck erklärte, daß solche Forderungen für Österreich nicht diskutabel seien. Man ließ den Punkt fallen, wurde sich aber über die wesentlichen Bedingungen eines italienisch-deutschen Bündnisses einig.

In London fand Crispi dieselbe Ansicht bei Lord Derby: „Nehmen Sie Albanien!" Wie anders hätten sich die Orientfragen gestaltet, wenn Italien damals Albanien bekommen hätte, dieses Gebiet, das während des letzten Jahrzehntes soviel beigetragen hat, um die Eintracht und Übereinstimmung unserer beiden Verbündeten in Frage zu stellen!

In England war man zu einem Abkommen mit Italien sehr bereit. Es wurde aber eben vor dem Berliner Kongresse durch die ungeschickte Stellungnahme des Grafen Corti und die Franzosenfreundlichkeit des Ministerpräsidenten Cairoli ebenso zu Wasser, wie die deutsch-italienische Annäherung. Wie England zu den für Italien wichtigen Fragen stand, geht aus dem folgenden Telegramm des italienischen Botschafters in London am 3. März 1877 hervor: „. . . begann ich mit Lord Derby über die Angelegenheiten in Ägypten, Tripolis und Tunis zu verhandeln. Er sagte mir, es sei augenscheinlich, daß Italien und England im Mittelmeer gemeinsame Interessen hätten, daß er einen Meinungsaustausch über dieses Thema wünsche und sich vorbehielte, darauf zurückzukommen." Graf Corti, eben Minister des Auswärtigen geworden, wies dieses für Italien unter allen Umständen vorteilhafte Anerbieten zurück. Auch Fürst Bismarck wartete vergeblich auf amtliche Fortsetzung der von Crispi angebahnten Bündnisverhandlungen, und so fand sich Italien auf dem Berliner Kongresse von vornherein in einer überaus unvorteilhaften Lage. Es wollte wohl etwas, wußte aber nicht was und stand vollkommen isoliert da. Die beiden Großmächte, Deutschland und England, konnten

kein Vertrauen zu einer Politik hegen, welche sich kurzsichtig, unbeständig und damit auch unzuverlässig gezeigt hatte.

Auf dem Kongresse gingen die Dinge ihren bekannten Gang. England hatte kurz vor dem Zusammentritte des Kongresses mit der Türkei ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, durch das es dem Türkischen Reiche seinen asiatischen Besitzstand verbürgte (Ägypten) und sich die Insel Cypern geben ließ. Auf dem Kongresse hatten zunächst alle Bevollmächtigten die Erklärung abgegeben, daß sie durch keine geheimen Abmachungen irgendwelcher Art gebunden wären. Auch die englischen Bevollmächtigten hatten diese Versicherung abgegeben, konnten es aber schließlich nicht vermeiden, mit dem Cypern-Vertrag an das Licht zu kommen. Disraeli entdeckte sich zunächst dem Fürsten Bismarck, dieser nahm Akt von dem neuen Momente, und man wurde sich darüber einig, daß als Entgelt an Frankreich freie Hand in Tunis gegeben werden könne. Mit dieser Eröffnung beschwichtigte Lord Salisbury, damals zweiter Bevollmächtigter des Kongresses, den französischen Bevollmächtigten Waddington, der zunächst ebenso entsetzt wie entrüstet über diesen englischen Schlag gegen Frankreichs Mittelmeerstellung gewesen war. Die Erlaubnis Deutschlands und Englands an Frankreich, bei gegebener Gelegenheit die Hand auf Tunis zu legen, blieb zunächst geheim, wennschon im Laufe der kommenden Jahre die italienischen Staatsmänner durch Gerüchte, die der Wahrheit nahe kamen, lebhaft beunruhigt worden waren.

Die französische Okkupation von Tunis traf das italienische Volk überaus schwer, um so schwerer, als Italien sich in Europa völlig vereinsamt sah. Die in Betracht kommenden Großmächte hatten auf dem Berliner Kongresse die französische Tunis-Expedition gebilligt, und selbst die Freunde Italiens, Deutschland und England, weigerten sich, irgend etwas gegen Frankreich zu tun. Der Unwille der wissenden Politiker über Cairoli und den italienischen Bevollmächtigten des Berliner Kongresses, Grafen Corti, war um so größer, als eben damals englische, wahrscheinlich auch deutsche Staatsmänner der italienischen Regierung verblümt Tripolis angeboten hatten, und zwar als Ausgleich für Tunis. Außerdem wurde bekannt, daß Bismarck bereits vor dem Kongresse dem Grafen Corti hatte sagen lassen, Deutschland wäre stets gern bereit, auf dem Kongresse für die Besetzung von Tunis — das damals schon der italienische Einfluß ausfüllte — einzutreten. Corti wollte überklug sein und wies das Anerbieten mit der spöttischen Bemerkung zurück: ob dem Fürsten Bismarck wirklich soviel daran läge, Italien in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln. — Diese „Klugheit" war politisch ihr Gegenteil und hat Italien um Tunis gebracht. Hätte Italien damals

das Anerbieten angenommen und das Unternehmen gut vorbereitet, so würde sein Verhältnis zu Frankreich nicht schlechter geworden sein, im Gegenteil, und außer Tunis wäre auch Tripolis heute längst italienisch. Also auch diese Gelegenheit war versäumt, Italien sah sich isoliert, fühlte sich schwach, und nun in dieser ganz veränderten Lage nahm man endlich die alten italienisch-deutschen Bündnispläne energisch wieder auf. Frankreich war durch Tunis der erklärte Gegner geworden. 1883 wurde der Beitritt Italiens zum deutsch-österreichischen Bündnis unterzeichnet. In den folgenden Jahren versuchte die großbritannische Regierung mehrfach, Italien zu politischer und militärischer Mitwirkung in Ägypten zu bewegen, was aber vom damaligen Ministerpräsidenten abgelehnt wurde. Man fürchtete dadurch in unhaltbare Verhältnisse mit Frankreich zu gelangen und scheute ebenfalls die Kosten. Crispi, der mit Recht diese Ablehnung für einen großen Fehler hielt, schrieb damals: „In Ägypten wird die Frage über die Herrschaft im Mittelmeere gelöst, und wir könnten uns für die in Tunis erlittenen Niederlagen entschädigen." An einer anderen Stelle seiner Denkwürdigkeiten*) sagt der große Staatsmann: „England fürchtet nicht die Entwicklung unserer Marine, im Gegenteil es freut sich ihrer Entwicklung, denn dadurch entsteht eine Seemacht, die Frankreich entgegentreten könnte ... Als Freunde und Verbündete der Engländer haben wir zur See nichts zu befürchten. Wenn der entgegengesetzte Fall einträte, würden wir nie Herren unserer Küsten sein."

Die Kenntnis gerade dieser großen programmatischen Gesichtspunkte, die sich nicht nur Crispi, sondern alle bedeutenden italienischen Staatsmänner in jener Periode vorsetzten, ist unbedingt notwendig, wenn man die italienische Politik überhaupt verstehen und würdigen will. Dazu muß bedacht werden, daß Frankreich damals unbestritten die zweite Seemacht der Welt war und eine Flotte besaß, die durch den siebziger Krieg nicht gelitten hatte. Die italienische Politik war somit zur See mit Notwendigkeit auf englische Freundschaft angewiesen, da die Dreibundmächte zur See nicht in Betracht kamen. Zusammengehen mit England an den afrikanischen Nordküsten war für eine tatkräftige, ausgreifende italienische Politik damals vorteilhaft und von dem Augenblicke an selbstverständlich, wo Italien nicht mehr schwankte: zwischen Frankreich und Großbritannien zur See zwischen Frankreich und Deutschland zu Lande.

---

*) In diesem Zusammenhange möchte ich nicht verfehlen, auf die Memoiren Crispis hinzuweisen, eine wahre Fundgrube für die politische und diplomatische Zeitgeschichte. Leider ist nur ein Teil ins Deutsche übersetzt: „Die Memoiren Francesco Crispis", deutsch von W. Wichmann. Rom, Verlag F. Fontane & Cie. Berlin 1912. Dieses Buch schließt bereits mit dem Jahre 1890, ist aber von hohem Interesse.

Während der ersten Periode des neuen Dreibundes waren die italienischen Staatsmänner aber englischer Hilfe im Mittelmeer nicht sicher, fühlten sich von Bismarck geringschätzig behandelt, offenbar, weil er eine gewisse Stetigkeit bei ihnen vermißte. Besonders fehlte aber im Bündnisvertrage das, was Italien vor allem haben zu müssen glaubte: Sicherung seiner Stellung im Mittelländischen Meere. Der italienische Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, stellte dieses als Bedingung vor Erneuerung des Bündnisses, und Bismarck, der die Notwendigkeit einer solchen Ergänzung erkannte, versuchte, die englische Regierung zu bewegen, Italien diejenigen Garantien für das Mittelmeer zu bieten, welche Deutschland nicht geben konnte. Diese aus italienischen Quellen stammenden Mitteilungen werden durch Ausführungen bestätigt, die Fürst Bismarck um Mitte der neunziger Jahre in seinem Hamburger Organ machen ließ. Es heißt da u. a.: „Wenn Graf Robilant bei der damaligen Erneuerung des Dreibundes (1887) eine vorherige Abmachung mit England zum Schutze der italienischen Interessen im Mittelmeer zur Bedingung gemacht und auch durchgesetzt hat, so hat er damit nur getan, was Fürst Bismarck an seiner Stelle auch getan haben würde... In bezug auf Italien hat er (Bismarck) stets die Ansicht vertreten, daß das Königreich des maritimen Schutzes durch die englische Flotte niemals ganz entbehren könne und deshalb stets mehr oder weniger auf England Rücksicht nehmen müsse." — Außerdem soll Graf Robilant eben damals mit Österreich-Ungarn unter Zustimmung des Deutschen Reiches eine Vereinbarung getroffen haben: daß ein neuer Gebietszuwachs Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel Italien berechtigen würde, Kompensationen ebendort zu verlangen.

1887 reiste Crispi wieder zum Fürsten Bismarck, um die Vervollständigung des Bündnisvertrages durch eine Militärkonvention zu erreichen. Bismarck erklärte seine Übereinstimmung. Crispi kehrte befriedigt nach Rom zurück und hielt seine große aufsehenerregende Rede mit Andeutungen über die Richtlinien seiner Politik und deren Grundlagen: „Aber wenn wir auf dem Festlande mit den Zentralmächten verbündet sind, wenn wir im Mittelmeere im Einverständnis mit England vorgehen, so verfolgen wir dennoch keine Ziele, durch die sich andere Mächte (Frankreich) bedroht fühlen können." Über die mit Bismarck getroffenen Abmachungen sagte Crispi, niemals sei „in einer so vollständigen und herzlichen Verbindung, wie sie zwischen Italien und seinen Verbündeten besteht, seine Würde mehr geachtet, und seien seine Interessen mehr gewährleistet worden." Die Londoner „Times" aber schrieben dazu: „England, dessen Interessen alle mit dem Frieden und der geregelten Fortentwicklung der Dinge verknüpft sind, stellt sein Übergewicht auf die Seite dieses so hervorragend zur Erhaltung des Bestehenden dienenden Bundes."

Schon aus dieser Wendung geht hervor, daß ein förmlicher Vertrag mit Großbritannien nicht bestand. Fürst Bismarck hat sich in den neunziger Jahren seine Stellung in diesem Punkte folgendermaßen bezeichnen lassen: „Tatsächlich ist das Bemühen des Fürsten Bismarck nie über den Zweck hinausgegangen, die Verbindung der britischen Seemacht mit den Interessen des Friedensbundes und namentlich Italiens zu sichern." Anderseits ließe sich an unzähligen Aussprüchen des Fürsten Bismarck zeigen, daß er die britische Seemacht als natürliche Deckung gefährdeter maritimer Interessen des Dreibundes ansah. Darin lag naturgemäß umgekehrt die Voraussetzung, daß die großbritannische Politik ihre Stellung und ihre Interessen besser durch Anschluß an den Dreibund als an Frankreich oder Frankreich und Rußland gedeckt glaubte. Und dementsprechend arbeitete die Bismarcksche Politik, mit der unvergleichlichen Kunst und dem Fernblicke des Meisters, konsequent darauf hin, diese Voraussetzungen für England zu erhalten oder neu zu schaffen. Es sei nur an seine Behandlung der ägyptischen Frage erinnert.

Wenn Fürst Bismarck also hier ein Prinzip der Ergänzung: England die Flotte, der Dreibund die Armeen! für richtig hielt, so war doch dieses von dem Caprivischen Ergänzungsprinzipe wenige Jahre nachher völlig verschieden, weil der zweite deutsche Kanzler die deutsche Politik in ein Verhältnis zur englischen brachte, das nach dem Verfallenlassen des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages an Unabhängigkeit zu stark verloren hatte, um vorteilhaft zu sein, ja auch um dauern zu können.

Das dergestalt politisch gestärkte Italien ließ sich nun auch nicht mehr durch den französischen Versuch wirtschaftlichen Druckes einschüchtern, sondern Crispi begann den Zollkrieg mit Frankreich, der ein Jahrzehnt währen sollte. Auf Bismarcks Betrieb wurde von deutscher Seite alles getan, um in dieser schwierigen Lage dem Bundesgenossen Hilfe zu leisten und die sinkenden italienischen Werte zu stützen. Auch im übrigen folgte während dieser Periode ein französisch-italienischer Zwischenfall dem anderen, eine Reiberei der anderen, bald über Marokko, bald in Tunis, bald in Massaua. Als im Winter 1888 eine Konzentration französischer Geschwader im Mittelländischen Meere stattfand und man sich in Italien darüber stark beunruhigte, erschien sofort die englische Kanalflotte in den Gewässern des Mittelländischen Meeres. England stellte also „sein Übergewicht in den Dienst des Friedensbundes".

1888 finden wir Crispi wiederum beim Fürsten Bismarck, und die Presse hob hervor, daß dieser Besuch sich wohl nicht zum wenigsten auf die italienisch-französischen Reibereien in Afrika zurückführe. Man

täuschte sich in Frankreich mit der Annahme, daß Italien nur auf dem Festlande deutschen Schutz zu gewärtigen habe.

Als Kaiser Wilhelm II. sich auf seiner Romreise 1888 vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, dem Grafen Herbert Bismarck, begleiten ließ, äußerte dieser zu Crispi: „Die drei vereinigten Monarchien sind stark genug, um den Frieden zu erhalten. Wir dürfen uns aber nicht die Freundschaft Englands verscherzen, dessen Macht uns im Mittelmeer so nötig ist." Lord Salisbury habe dem Kaiser neuerdings gesagt, er werde im Mittelmeer im Einverständnisse mit der italienischen Regierung handeln.

So war um die Wende der achtziger Jahre die Lage im Mittelländischen Meere kurz folgendermaßen: Erbitterter Gegensatz zwischen Italien und Frankreich; auf dem Lande Zollkrieg, in Afrika ständige Reibereien. Italien hat das Gefühl seiner Schwäche zur See Frankreich gegenüber, sieht sich aber durch das Einverständnis Großbritanniens mit der Politik des Dreibundes, im besonderen mit der Mittelmeerpolitik Italiens, wirksam gedeckt. Für Großbritannien steht in allererster Linie die Ägyptische Frage, außerdem eine ganze Reihe kolonialer Differenzpunkte mit Frankreich. Die Frage der Vorherrschaft im Mittelmeer ist akut, und die britische Regierung empfindet das Bedürfnis, Frankreich seine Stellung in Tunis, die es britischer Erlaubnis verdankt, nach Möglichkeit zu erschweren. Der leitende Staatsmann des Deutschen Reiches läßt Italien neben dem vertraglichen Beistande alle Hilfe angedeihen, zu welcher seine europäische Macht und Autorität ihn befähigt. Nichtsdestoweniger verfolgt er seinen alten Grundsatz, kolonialen Bestrebungen Frankreichs freie Hand zu lassen. Damit wird der französisch-italienische und französisch-englische Gegensatz in seiner Schärfe erhalten. Trotz des Fehlens deutscher Seemacht liegen die Fäden auch der Mittelmeerlage in der gewaltigen Hand des Fürsten Bismarck.

* * *

Wie überall, so muß auch die Politik Italiens auf der Machtfrage beruhen. Die italienische Halbinsel, die sich lang und schmal mit ungeheurer Küstenentwicklung in das Mittelländische Meer hinein erstreckt, sieht sich von zwei großen Seemächten umgeben, der englischen und der französischen. Großbritannien hatte damals kein Interesse an einem zur See besonders schwachen Italien, weil die britischen Staatsmänner der Ansicht waren, eine für England lästige Stärke werde die italienische Flotte nie erreichen können. Wäre sie aber, an den italienischen Verhältnissen gemessen, möglichst stark, so könnte man darin nur ein wünschenswertes Gegengewicht zur See gegen Frankreich erblicken.

Diese Auffassung bestand so lange, wie der englisch-französische Gegensatz, und umgekehrt die französische: daß Frankreich ein abhängiges Italien gebrauche und eigentlich verlangen könne, weil das moderne Italien seine Existenz Frankreich zu danken habe. Mit wie groben Mitteln man arbeitete, zeigte 1888 das Wort des französischen Unterhändlers: Ein neuer Handelsvertrag zwischen den beiden Mächten werde nicht zustande kommen, solange Italien dem Dreibund angehöre.

Der Dreibund anderseits konnte, der Natur und den Mitteln der beiden Kaiserreiche entsprechend, die Küsten, die Inseln und die überseeischen Interessengebiete Italiens im Mittelmeere nicht schützen. Deutschland und Österreich-Ungarn konnten von der italienischen Politik nicht verlangen, daß sie diese Blöße und diese gefährlichen Angriffsflächen ignorierte. Italiens Forderung, daß der Dreibund es auch nach dieser Seite hin sicherstellte, — sollte es selbst dem Dreibunde ein sicheres Glied bleiben — dieses Verlangen war legitim. Es ging aus der Naturpflicht und dem Naturrecht des Anspruches auf Schutz hervor. Der Dreibund selbst aber verfügte über solche Mittel nicht, und deshalb griff Fürst Bismarck auf England als Surrogat zurück, ein Surrogat, das so lange nicht schaden konnte, wie seine Wirksamkeit im Einklange, nicht nur mit den Interessen Italiens, sondern auch mit denen des Dreibundes blieb.

Seitdem haben sich die politischen Verhältnisse, wie auch die Kraftverhältnisse in Europa außerordentlich geändert, aber in viel höherem Grade zu Wasser als zu Lande. Deshalb wiederum ist die Stellung Italiens für die italienische Politik selbst lange Zeit sehr schwierig gewesen. Für die übrigen Mächte, die des Dreibundes wie die anderen, bildete die Bestimmung Italiens und der Einfluß auf sie ein Gegenstand größter Aufmerksamkeit. Deutschland als Dreibundmacht konnte und kann mit Italien aber nur dann eine richtige und letzten Endes erfolgreiche Politik treiben, wenn diese immer wieder auf die Grundlagen der italienischen Stellung im Mittelmeer einerseits, im Dreibunde anderseits zurückgeht und von eben ihnen auch wieder ihren Ausgang nimmt. Schon die eine Tatsache, welche bei der öffentlichen Meinung Deutschlands zeitweise in Vergessenheit geraten war, — und in der Beurteilung der Tagespolitik deshalb oft außer Betracht blieb — muß bei jeder Beurteilung der auswärtigen Politik Italiens mit maßgebend bleiben: daß die Gründer des Dreibundes, Bismarck und Crispi, die Schutzgarantie der italienischen Mittelmeerinteressen durch England für vollkommen unerläßlich hielten. Sonst, so war ihre Ansicht, mußte Italien dem französischen Übergewichte nachgeben und sich automatisch dem Dreibunde entfremden.

Hinsichtlich der Nützlichkeitsfrage, unter den damaligen Verhältnissen, rechnete die deutsche Politik etwa folgendermaßen:

Zum Dreibunde gehörig, mit seinen beiden Bundesgenossen völlig einig und seinen Vertragspflichten treu ergeben, werde, während eines europäischen Krieges, Italien eine gewisse französische Truppenmacht an den italienisch-französischen Grenzen gebunden halten. Die Armee Österreichs-Ungarns werde dann in ihrer ganzen Stärke nach den östlichen event. südöstlichen Grenzen der Doppelmonarchie ausgenutzt werden können. Wenn anderseits Italien sich nicht im Dreibund befände, oder aber ihm nur formal und mit halbem Herzen zugehörte, so würde Österreich-Ungarn im Kampfe gegen Rußland gezwungen sein, einen großen Teil seiner Streitkräfte an der österreichisch-italienischen Grenze zu binden und mit der Hand am Säbelgriff bereitzuhalten, wenn nicht überhaupt offener Kampf zwischen den beiden Nachbarmächten ausbräche. Das entsprechende Verhältnis würde zur See für die beiden Mächte gelten. Ein nicht zum Dreibunde gehöriges Italien würde ferner mit Notwendigkeit Frankreich dienstbar werden, schon im Frieden Frankreichs Mittelmeerstellung enorm stärken und auf Österreich-Ungarn drücken; während im Kriege Frankreich dann dem Deutschen Reiche mit um so größerer Land- und Seemacht unmittelbar entgegentreten könnte. Schließlich wäre die politische Wirkung eines von Frankreich abhängigen und mit ihm eng verbundenen Italiens die Gefahr, daß Großbritannien sich veranlaßt sehen würde, ein Einverständnis zur See mit diesen beiden Mächten zu suchen. Dadurch aber würde wiederum die Stellung Großbritanniens zum Deutschen Reiche mit Notwendigkeit eine ungünstige, zumal im Hintergrunde einer solchen Kombination sich bereits der Schatten einer englisch-russischen Verständigung erhob.

In Anbetracht nun der Tatsache, daß die italienischen Staatsmänner immer vor einer sehr schwierigen Aufgabe standen, auch eine starke franzosenfreundliche Strömung in Italien vorhanden war, wendete Bismarck seinen alten Grundsatz für Bündnisbeziehungen mit ganz besonderer Sorgfalt auf Italien an: es sollte sich im Dreibunde wohlfühlen und sollte die Erhöhung seiner Sicherheit und die Vorteile seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde tatsächlich und ständig empfinden. Die französische Politik hat unaufhörlich versucht, oft mit großer Geschicklichkeit, die Gegenseite dieses Argumentes in der politischen Praxis zur Geltung zu bringen, nämlich Italien durch Lockungen mit Vorteilen eine Zugehörigkeit zu Frankreich vorteilhafter erscheinen zu lassen als die zum Dreibunde. Noch heute bildet ein französischer Appell an gewisse Seiten des italienischen Wesens und gewisse Teile des italienischen Volkes bisweilen

wirksame Hebel, zumal wenn irgendein anderes Ereignis die erregbare Bevölkerung enttäuscht oder entrüstet hat, ein Ereignis sogar, das tatsächlich nicht mit der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde in ursächlicher Beziehung stand, sondern nur sich begab, während Italien zum Dreibunde gehörte. Ein einziger militärischer Mißerfolg von einer an sich geringen Bedeutung, der dem italienischen General Baratieri in Afrika zustieß, warf mit einem Schlage die Crispische Politik über den Haufen und öffnete die Ohren der Italiener den unrichtigsten Erzählungen und phantastischen Darstellungen über die angeblich unheilvollen Folgen seiner Dreibundszugehörigkeit. Wenn man von Italien spricht, und sagt: Italien vertritt diese oder jene Politik, — so ist dieses Italien häufig ein einziger Mann, der möglicherweise morgen nicht mehr da ist, weil eine auch zeitlich unberechenbare Volksstimmung ihn trägt und fallen läßt. Es heißt — nach französischen und österreichischen Quellen —, daß beim Abschlusse des Dreibundes sich die Monarchen verpflichtet haben, insbesondere auch der König von Italien, gegebenenfalls persönlich mit allen Kräften auf die Beibehaltung oder Wiedererneuerung des Bündnisses zu wirken. Damit wollte man ein stabiles Element in der Flucht der parlamentarischen Erscheinungen schaffen und hat das ohne Zweifel auch getan. Gleichzeitig war, auch vor der Wandlung der neuen italienischen Epoche durch und seit Tripolis, die Überzeugung vom Nutzen der Dreibundzugehörigkeit allen ernsteren italienischen Politikern in Fleisch und Blut übergegangen. Wandelbar blieb das Element desjenigen Teils der italienischen Politik, welcher nicht direkt durch den Dreibundvertrag umschrieben wird, und eben hier, wo die Italiener politisch und militärisch ihre schwache Stelle fühlten, wo die nicht dokumentarisch-vertraglich verbürgte Garantie des status quo im Mittelländischen Meere durch die britische Flotte Platz zu greifen hatte, setzte die französische Politik ein. Dazu kamen in den neunziger Jahren die afrikanischen Schwierigkeiten, ferner solche finanzieller und wirtschaftlicher Natur. Kurz, es ist vom deutschen Standpunkte weder billig noch klug gewesen, wenn die öffentliche Meinung bisweilen gern die Rolle des Zensors italienischer Bundestreue übernommen hat. Es gibt wenige Faktoren, welche in Italien so sehr das Gegenteil eines positiven Ergebnisses hervorgebracht haben wie eben dieser.

Die Grundzüge der italienischen Politik und das deutsch-italienische Verhältnis sind hier, zu Anfang des letzten Vierteljahrhunderts deutscher Politik, deshalb besonders skizziert worden, weil beide die Grundlage und Erklärung für viele wichtige politische Erscheinungen und Akte während dieser fünfundzwanzig Jahre bilden. Ohne deren Kenntnis wären die letzteren nicht verständlich, geschweige denn beurteilbar.

Die Rückversicherung und ihre Auflösung.

General v. Caprivi, als Bismarcks Nachfolger im Frühjahr 1890 ernannt, lehnte eine Erneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages ab oder unterließ stillschweigend die Erneuerung. Mit dem Herbste des gleichen Jahres erlosch der Vertrag.

Bevor wir die Folgen dieses vielbesprochenen und schwerwiegenden Aktes erörtern, ist es notwendig, kurz auf seine Vorgeschichte einzugehen, soweit sie bekannt ist. Amtlich Authentisches ist niemals über den Rückversicherungsvertrag gesagt worden. Von seiner Existenz erfuhr man erst durch die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten" im Jahre 1897, nachdem in der deutschen Presse behauptet worden war, das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland sei bereits unter dem Fürsten Bismarck schlecht und der Draht gerissen gewesen. Darauf brachten die „Hamburger Nachrichten" in wiederholten Ausführungen die Enthüllung, daß bis zum Jahre 1890 eben jener Vertrag existiert habe, nachdem er im Jahre 1884 auf drei Jahre geschlossen und 1887 auf weitere drei Jahre verlängert worden sei. Begreiflicherweise erregten diese Mitteilungen, die durch Kommentare anscheinend sehr gut informierter Wiener Zeitungen ergänzt wurden, ein ganz ungeheures Aufsehen. Im Deutschen Reichstage kam die Sache zur Sprache, und Freiherr v. Marschall stellte sich auf den Standpunkt, daß er nur theoretisch und akademisch über das von den „Hamburger Nachrichten" behauptete Abkommen sprechen könne, denn wenn es wirklich existiert habe, so würde es zu den Staatsgeheimnissen gehören und sich infolgedessen jeder Erörterung durch beamtete Personen entziehen. Die Beweisgründe des damaligen Staatssekretärs gipfelten im wesentlichen darin, daß ein solches System doppelter und einander ergänzender Verträge den Nachteil habe, daß diese sich gegenseitig abschwächten, oder gar entwerteten, die Vertragsmächte mißtrauisch machten und im Kriege wahrscheinlich versagen würden. Ein Staatsmann von der Autorität und den Fähigkeiten Bismarcks habe eine so komplizierte Vertragsmaschine vielleicht beherrscht und lenken können, aber normalerweise müsse man sie als zu verwickelt bezeichnen.

Auch für diese Argumente ist die Entstehung des Rückversicherungsvertrages lehrreich.

Im September 1884 fand im Schlosse von Skierniewice die Zusammenkunft der drei Kaiser, Wilhelms I., Alexanders II. und Franz Josephs, statt. Sie bedeutete eine, wenn auch veränderte Auflage des alten Dreikaiser-Bündnisses und gipfelte darin, daß die drei Kaiser einander wohlwollende Neutralität für den Fall zusagten, daß das Reich eines von ihnen

angegriffen werden würde. Die drei Herrscher waren begleitet von den verantwortlichen Leitern ihrer auswärtigen Politik: Bismarck, Giers und Kalnoky. Unmittelbare Veranlassung und Zweck bildete die russisch-englische Spannung, außerdem die Besorgnis französischer Angriffsgelüste und die Befestigung des Vertrauens zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Die drei Kaiserreiche waren damit die Herren der europäischen Lage.

1887 lagen die Verhältnisse erheblich anders. Die Spannung zwischen Rußland und Österreich war, hauptsächlich durch die verschiedenen Balkanfragen, eine immer schärfere geworden, die russisch-französische Annäherung hatte Fortschritte gemacht, das Mißtrauen Alexanders III. gegen Deutschland befand sich auf einem Höhepunkte infolge der sogenannten bulgarischen Fälschungen. Es waren das gefälschte Depeschen, die den Beweis liefern sollten, daß Bismarck in der Angelegenheit des Fürsten Ferdinand von Bulgarien heimlich antirussische Politik getrieben habe im Gegensatze zu der amtlich von ihm angegebenen und vertretenen. Alexander III. kam im November 1887 für kurze Zeit von Kopenhagen nach Berlin, und es gelang Bismarck, ihn auf einer Audienz zu überzeugen, daß die Depeschen gefälscht seien. Bismarck hat nach seiner Entlassung wiederholt in so bestimmter Weise betont, der Zar habe ihm damals völlig vertraut, und im Anschluß an jene Unterredung sei der Rückversicherungsvertrag mit dem russischen Botschafter zu Berlin, Grafen Schuwalow, erneuert worden, daß kein Zweifel möglich ist. Es handelte sich also um einen Vertrag, der genau so beschaffen war wie der von 1884, nur mit dem Unterschiede, daß Österreich-Ungarn nicht dabei war. Unmittelbar nach jener Berliner Zusammenkunft erschien im „Pester Lloyd“ eine wahrscheinlich inspirierte Darstellung der Unterredung Bismarcks mit dem Zaren: Der letztere habe mit Bestimmtheit versichert, er wünsche die Erhaltung des Friedens und wiederhole jetzt sehr gern die Versicherung, daß ihm weder ein Angriff gegen Deutschland, noch die Teilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Koalition in den Sinn komme. — Das ist ungefähr derselbe wie der viele Jahre später von Bismarck bzw. den „Hamburger Nachrichten“ bezeichnete Inhalt des deutsch-russischen Vertrages: daß jede der beiden Mächte im Falle, daß die andere von einer dritten Macht angegriffen würde, wohlwollende Neutralität zu beobachten habe. Der „Pester Lloyd“ von damals wußte freilich nicht, daß eine schriftliche Fixierung des Abkommens stattgefunden habe, vielmehr deutet seine Darstellung nur eine mündliche Verständigung an ungefähr derart, wie im Januar 1911 durch das Potsdamer Abkommen stattfand.

Der deutsch-russische Vertrag von 1887 scheint durch die münd-

liche Versicherung des Zaren ergänzt worden zu sein, daß er auch gegen Österreich-Ungarn keinen Angriff plane. Äußerlich wurde jene Berliner Abmachung nur dadurch hervorgehoben, daß der russische Botschafter Graf Schuwalow unmittelbar noch während der Anwesenheit des Zaren, also sofort nach der Unterredung, den Schwarzen Adlerorden erhielt. Das Abkommen selbst wurde auf den besonderen Wunsch des Zaren streng geheimgehalten, während nach Bismarcks späterer Angabe das Deutsche Reich zur Geheimhaltung keinerlei Grund gehabt hätte. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit ferner wurde auch der Kaiser von Österreich in Kenntnis gesetzt.

Wo lag der springende Punkt des deutsch-russischen Vertrages?

Seitdem sein früheres Bestehen und seine spätere Nichterneuerung bekannt ist, haben Politiker und Laien meist seine Hauptbedeutung darin gesehen, daß er Rußland gebunden habe, und zwar Frankreich gegenüber. Bismarcks Autorität und außerordentlicher Gewandtheit sei es gelungen, dem Zaren und den russischen Staatsmännern diesen Vertrag als Lasso überzuwerfen und sie daran zu halten. Die Gegengabe Deutschlands habe in der Sicherung Rußlands gegen einen Angriff von seiten Österreich-Ungarns bestanden. Auch in der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns wurde nach den Hamburger Enthüllungen diese Auffassung vertreten, und zwar mit Erbitterung und Empörung: der Rückversicherungsvertrag sei von seiten Deutschlands eine Hinterlist und Treulosigkeit gerade Österreich-Ungarn als Bundesgenossen gegenüber gewesen. Ein reichsdeutsches Witzblatt jener Tage zeigte Bismarck, wie er zwei Schwerter schmiedete und seinem Sohne Herbert erklärte: das eine sei für Österreich, das andere gegen Österreich. Noch heute hört man in Deutschland vielfach die Ansicht vertreten: der Rückversicherungsvertrag sei zwar ein Meisterstück Bismarckscher Klugheit, aber doch nicht ganz loyal gegen unseren Bundesgenossen Österreich-Ungarn gewesen. Es gab damals, in den bewegten Zeiten, Anfang der neunziger Jahre, genug Leute und Strömungen im Deutschen Reiche, in Österreich-Ungarn und in Großbritannien, die das größte Interesse daran hatten, diese Darstellung und Auffassung volkstümlich zu machen. Ihr Bestreben ist merkwürdig vollkommen gelungen. Dabei hätte schon die einfache Überlegung das Gegenteil zeigen müssen, wenigstens die stärksten Zweifel an der Richtigkeit erwecken müssen: daß Rußland aus Furcht vor einem Angriffe Österreich-Ungarns sich zur Verpflichtung habe bewegen lassen, im Angriffskriege einer dritten Macht gegen Deutschland wohlwollend neutral zu bleiben. Ein Angriff Österreich-Ungarns auf Rußland! — welchem Zaren, welchem russischen Staatsmanne wäre ein solches Schreckgespenst im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts wohl zuzutrauen ge-

wesen? Im Falle aber, daß Rußland in Bulgarien einrückte, und Österreich-Ungarn daraus den casus belli machte, konnte Deutschland sich entscheiden, welche Partei es als den Angreifer betrachten wollte. Daraus ergab sich in Verbindung mit den Grundsätzen der deutschen Politik die Wahrscheinlichkeit, daß Bismarck keine Neigung hatte, die deutsche Armee um Bulgariens willen marschieren zu lassen.

Nein, der Gefahrpunkt für Rußland lag bei Großbritannien, 1887 ebenso wie 1884! Ein britisch-russischer Krieg war damals und auch noch später ein Ereignis, mit dem und auf welches in Europa vielfach gerechnet wurde. Brach ein solcher Krieg aus, so war es für Rußland nicht nur erwünscht, sondern von höchster Bedeutung: ein wohlwollend neutrales Deutsches Reich an seiner europäischen Landgrenze und an der Ostsee zu haben. Eben dieselbe deutsche Neutralitätsverpflichtung gab Rußland die Sicherheit, daß Österreich-Ungarn die Gebundenheit Rußlands während eines russisch-englischen Krieges nicht feindselig dem Russischen Reiche gegenüber ausnutzen würde. Dem Zaren war der Inhalt des deutsch-österreichischen Bündnisses längst vor dessen Veröffentlichung (Februar 1888) bekannt.

Durch den Rückversicherungsvertrag war Rußland gegen einen Angriff seines schlimmsten Feindes gedeckt. Großbritannien seinerseits sah sich der Möglichkeit beraubt, eine europäische Großmacht zu finden, die geneigt gewesen wäre, vereint mit ihm und im Dienste der britischen Interessen eine russenfeindliche Festlandpolitik zu treiben und womöglich die Waffen zu ergreifen, wenn Großbritannien den Augenblick für günstig hielt.

Der Reichskanzler v. Caprivi antwortete im Reichstage auf den Vorwurf: der Draht zwischen Berlin und Petersburg sei gerissen: dieser Draht bestehe nach wie vor, er (Caprivi) habe nur dafür gesorgt, daß der Strom nach Petersburg nicht zu stark werde und den anderen Leitungen nach Wien und Rom den Strom aus der Leitung nehme. Das war damals dem Reichstage nicht verständlich, denn niemand wußte um den Rückversicherungsvertrag. Wir finden die gleichen Andeutungen in den Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe, dem Caprivi sagte, daß das Bekanntwerden des Rückversicherungsvertrages den Dreibund gesprengt haben würde. Als nach Bekanntwerden des russisch-französischen Bündnisses die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten" über den Rückversicherungsvertrag die politische Welt in Erregung versetzten, wurden von seiten der Regierung, übrigens auch von österreichischer Seite, ähnliche Ansichten laut, und man hob besonders hervor, daß im Rückversicherungsvertrage eine Illoyalität Österreich gegenüber gelegen habe. Bei kühler Betrachtung kann man das — auch abgesehen von dem bereits Gesagten —

heute nicht zugeben, denn der Rückversicherungsvertrag mit seiner Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität des einen, wenn der andere angegriffen werden sollte, konnte Österreich-Ungarn gegenüber nur dann illoyal sein, wenn das deutsch-österreichische Bündnis ein Schutz- und Trutzbündnis gewesen wäre. Es war und ist aber bekanntlich ein genau vertraglich niedergelegtes Verteidigungsbündnis. Griffe also Österreich-Ungarn Rußland an, so wäre Deutschland Österreich-Ungarn gegenüber zur Hilfe nicht verpflichtet, ja nicht einmal zu wohlwollender Neutralität. Für den einer gesunden österreichischen Politik fernliegenden Gedanken eines Angriffs auf Rußland wäre das Deutsche Reich zur wohlwollenden Neutralität Rußland gegenüber verpflichtet gewesen. Auch heute, wo der Rückversicherungsvertrag längst nicht mehr besteht, ist nicht anzunehmen, daß das Deutsche Reich einem nach Osten angriffslustigen Österreich mit Wohlwollen in irgendeiner Form zur Seite stehen würde.

Der Staatssekretär Freiherr v. Marschall wies in seiner Reichstagsrede auf die großen Schwierigkeiten hin, die das Vorhandensein des Rückversicherungsvertrages politisch und diplomatisch in sich getragen habe. Im akuten Falle, so meinte er, würde es sich immer um die schwierige Entscheidung für das Deutsche Reich gehandelt haben, ob Angriff vorliege oder Verteidigung, und gerade im Hinblick auf die russisch-österreichischen Reibungen würde man so nach der einen Seite oder nach der anderen in die unangenehmste Lage gekommen sein und entweder die Freundschaft Rußlands oder die Österreich-Ungarns verscherzt haben. Das kann bis zu einem gewissen Grade sicher zutreffen. Aber es ist schließlich bei allen Bündnissen mehr oder weniger der Fall. Deutschland hat heute ebenso wie je das Interesse, mit dem Russischen Reiche nicht nur in freundschaftlichen, sondern auch in vertrauensvollen Beziehungen zu leben. In russisch-österreichischen Konflikten steht das Deutsche Reich äußerstenfalls auch heute vor der subjektiven Entscheidung, ob Österreich-Ungarn angegriffen hat oder angegriffen worden ist, und macht sich mit dieser Entscheidung eine der beiden Mächte zum Feinde. Die Frage der Bündnisse im Kriege ist immer eine offene, denn es können jeden Augenblick Umstände eintreten, welche Bismarck mit den Worten angedeutet hat: Keine Macht sei verpflichtet — wir setzen hinzu: und berechtigt —, wichtige eigene Lebensinteressen auf dem Altar der Bündnistreue zu opfern! — Bündnisverträge sind erprobtermaßen in Friedenszeiten mächtige diplomatische Werkzeuge und besonders für die Erhaltung des Friedens, auch bei aktiver Politik, nützlich. Sache eines leitenden Staatsmanns wird es sein, vor Ausbruch eines Krieges eine Lage herzustellen, die es dem Bundesgenossen vorteilhaft erscheinen

läßt, die von ihm übernommenen Bündnisverpflichtungen zu halten. Unbedingtes aber gibt es auf dem Gebiete der Bündnistreue sicher nicht. Gerade wegen der außerordentlichen Wichtigkeit von Bündnisbeziehungen in Friedenszeiten war der Rückversicherungsvertrag so wertvoll, denn jeder der europäischen Staaten hatte so ein schweres Risiko in teils unbestimmter Form vor sich, und alle diese Risikos lagen in der Hand Bismarcks.

Es ist also sachlich unzutreffend, wenn gesagt wird, Bismarck habe durch den Rückversicherungsvertrag Rußland isoliert und seine Politik lahmgelegt oder von Deutschland abhängig gemacht. Das Gegenteil war richtig: der Rückversicherungsvertrag gab Rußland die wohlwollende Neutralität seines Grenznachbarn Deutschland — und damit de facto auch die wohlwollende Neutralität Österreich-Ungarns — in einem Kriege mit Großbritannien, derjenigen Macht, welche Rußland als den Gegner der Zukunft betrachtete, und zwar als einen gefährlichen. Umgekehrt sah sich Großbritannien für einen solchen Fall jetzt gewissermaßen einem geeinten Europa gegenüber, denn mit Frankreich befand es sich in einer Periode fortgesetzter Kolonialstreitigkeiten, außerdem war Frankreich eben durch die Einigung der beiden Kaisermächte in einen hohen Grad politischer Abhängigkeit geraten. Daher auch die Anstrengungen der französischen Staatsmänner, die deutsch-feindlichen Strömungen in Rußland zu benutzen, um aus dieser unangenehmen Lage heraus zu gelangen. Bismarck kannte genau die Umtriebe auf beiden Seiten, war auch über die russische Truppenanhäufung an der Grenze orientiert, die er für ein diplomatisches Druckmittel im Falle einer Orientkrisis hielt, nicht aber für eine Bedrohung der deutschen Grenzen in Übereinstimmung mit französischen Angriffsabsichten. 1888 sagte er, er habe noch das gleiche Vertrauen zur russischen Politik, „das alles (jene für viele Deutsche beunruhigenden Symptome und Pressetreibereien) wiegt federleicht gegen die Autorität des Kaisers von Rußland".

Ein Jahr vorher hatte das Moskauer Blatt Katkows geschrieben: Eine russisch-französische Allianz brauche keinen geschriebenen Vertrag, sie werde bei jedem Angriff gegen Deutschland von selbst in Kraft treten. Es folgte die russische Prohibitivzollpolitik gegen Deutschland, Bismarck verbot darauf die Lombardierung russischer Werte; die Russifizierung der Ostseeprovinzen griff in brutaler Form Platz, die russischen Truppenverschiebungen nach den deutschen und österreichischen Grenzen nahmen zu. Zugleich hatte das Jahr, wie erwähnt wurde, die ersten bindenden französisch-russischen Verhandlungen gebracht. Alles wog aber „federleicht" für Bismarck gegen die Autorität des Kaisers von Rußland und, wie in Parenthese dabeistand, gegen die Tatsache des ge-

heimen Rückversicherungsvertrages. Solange dieser bestand und solange die politische Lage, vor allem das englisch-russische Verhältnis, diesen Vertrag für Rußland nötig machte, — solange konnte Bismarck sich durch alle jene Vorgänge und Treibereien in seinem Vertrauen zu letzten Entschlüssen der russischen Politik nicht beunruhigt fühlen. Man kann deshalb seine Worte vom „Vertrauen" usw. als aufrichtig gemeint in vollem Maße ansehen, zumal er auf der anderen Seite durch die Militärvorlage und das Wehrgesetz allen militärischen Möglichkeiten Rechnung trug und den Gedanken des Zweifrontenkrieges gleichsam zu einem offiziellen Begriffe gemacht hatte.

Das Jahr 1889 kam heran, und es folgte die letzte Unterredung Bismarcks mit dem Zaren Alexander in Danzig. Wie Bismarck erzählt und wie Jahre vorher die deutsche und österreichische Presse feststellte, brachte auch diese Unterredung wie die von 1887 das Ergebnis vollen und ausgesprochenen Vertrauens des Zaren zu Bismarcks Politik. In den französischen Darstellungen jener Periode wird von diesem Besuche betont, er habe nichts an der unaufhaltsam sich vollziehenden russisch-französischen Annäherung ändern können. Wenn damit eine Erfolglosigkeit festgestellt werden soll, so geht diese Kritik am Ziele vorbei, denn darum handelte es sich gar nicht und konnte es sich nicht handeln. Man darf vielmehr annehmen, daß für Bismarck nach wie vor als Hauptpunkt die erneute Feststellung der Friedensliebe des russischen Selbstherrschers in Betracht stand. Wenn der Zar, und das war der Fall, ihm versicherte, er werde weder Deutschland angreifen, noch an einem Angriffe auf das Deutsche Reich teilnehmen, stehe also nach wie vor auf dem Boden des Rückversicherungsvertrages, so genügte das Bismarck genau ebenso, wie es dem Zaren genügte, daß Bismarcks Politik im Hinblicke auf Großbritannien und dessen Verhältnis zum Dreibunde weder dem Wortlaute des Rückversicherungsvertrages, noch den russischen Lebensinteressen überhaupt zuwiderlaufen würde. Das einfache Wort des Zaren war genügend, denn neben der Unbeschränktheit seiner Macht war er in jeder Beziehung vertrauenswürdig, von Ehrlichkeit und Ehrgefühl durchdrungen.

Bismarck hat verschiedene Male erzählt, wie Zar Alexander bei jener letzten Begegnung mit dem Ausdrucke des Vertrauens zur Politik und zur Person des Fürsten die zweifelnde Frage verbunden habe, ob er sicher sei, noch längere Zeit im Amte zu bleiben. Bismarck habe dies versichert. Im folgenden Jahre 1890 stand schon die Wiedererneuerung des russisch-deutschen Neutralitätsvertrages in Frage. Zieht man das in Betracht, so gewinnt jene Frage des Zaren erst ihre bedeutende Beziehung. Sie wird ergänzt durch die seinerzeit in der russischen, deutschen und

österreichischen Presse behauptete Tatsache, daß Anfang des Jahres 1890 während der Kanzlerkrisis der russische Botschafter zu Berlin, Graf Schuwalow, Bismarck aufsuchte und bei ihm die Verlängerung des Vertrages in Anregung brachte, jedoch Bedenken für den Fall äußerte, daß ein Personenwechsel im Kanzleramte stattfinden würde. Wenige Monate nachher trat der Kanzlerwechsel ein. Graf Schuwalow nahm trotz seiner Bedenken wieder die Initiative, fand aber bei dem neuen Reichskanzler, Grafen Caprivi, keinen Anklang. Der Neutralitätsvertrag wurde nicht erneuert und lief im Sommer 1890 stillschweigend ab. Fürst Hohenlohe schreibt in seinen Denkwürdigkeiten: Caprivi habe ihm damals gesagt, daß das Bekanntwerden des russisch-deutschen Vertrages den Dreibund gesprengt haben würde, und er ihn deshalb nicht erneuert hätte. Caprivi hätte außerdem über den Inhalt des Vertrages gesagt: „Wir hätten Rußland freie Hand in Bulgarien und Konstantinopel garantiert gegen die russische Verpflichtung, in einem deutsch-französischen Kriege neutral zu bleiben.“ Hohenlohe bemerkt dazu: „Ich fürchte, daß uns Österreich das nicht danken wird,“ und führt das damalige Wort Schuwalows an: Caprivi habe als „trop honnête homme“ gehandelt. Man wird sich dieser Ansicht Schuwalows heute noch anschließen müssen. Was übrigens jene „Garantie“ deutscher Neutralität für weitaussehende russische Balkanunternehmungen anlangt, so war sie schwerlich im Vertrage enthalten, sondern hätte höchstens eine speziale Anwendung des Vertrages in gewissen Fällen der Praxis bedeutet. Nach den Ansichten, die Bismarck auch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ über die Behandlung russischer Orientpolitik geäußert hat, ist möglich, daß die Caprivische Angabe richtig war. Zieht man die weitere Konsequenz, so geht daraus aber noch keineswegs eine Gefährdung oder Schädigung Österreich-Ungarns hervor, sondern dieser unser Bundesgenosse hätte am Balkan sehr wohl auf seine Kosten kommen können. Diejenige europäische Großmacht, welche sich dann mit Grund als schwer geschädigt angesehen haben würde, war nicht Österreich-Ungarn, sondern wiederum Großbritannien.

Zwei neue Mächtegruppen.

Die britische Politik hatte alles Interesse, einen europäischen Zustand abzuändern, der Großbritannien isoliert hielt und es in einer Weise auf den Dreibund anwies, die um so hinderlicher war, als es in keiner politischen Frage die Unterstützung irgendeiner anderen europäischen Macht erhalten konnte. Man braucht nur die kolonialen Reibereien zwischen Deutschland und England während der achtziger Jahre zu ver-

folgen, um den Beweis hierfür zu haben. Großbritannien gab, sei es früher oder später, so gut wie ausnahmslos nach. Bekannt ist die Abbitte, welche Lord Granville im März 1885 im Oberhause an die deutsche Regierung mit ihren Kolonialbestrebungen richtete. Für den Ton, in dem Bismarck zu jener Zeit mit der britischen Regierung verkehren konnte, ist jene Instruktion für den deutschen Botschafter in London, Grafen Münster, charakteristisch: „Unser Verhalten muß darauf gerichtet sein, in Deutschland den Eindruck zu verhüten, als ob wir dem in der Tat aufrichtig vorhandenen Wunsche des guten Einvernehmens mit England vitale Interessen Deutschlands opfern könnten." Die Objekte seiner Kolonialpolitik bezeichnete Bismarck also schon im Jahre 1884 als „vitale Interessen" Deutschlands!

Man hat sich heute bei uns, besonders in den Kreisen der Bismarckverehrer, bisweilen in den Glauben eingesponnen, daß der allgemeine Respekt vor Bismarck und seiner bekannten Entschlossenheit zur Tat allein genügt hätte, um Großbritannien zum fortgesetzten Nachgeben zu bringen. Daran pflegt dann die Folgerung geknüpft zu werden: auch der nachbismarckische Staatsmann brauche nur angesichts irgendeiner Frage den rücksichtslosen Willen zur Tat zu zeigen, um Erfolg zu erzielen. Daß hierin ein Korn Wahrheit liegt, braucht nicht bewiesen zu werden, aber die Stärke der Bismarckschen Position war vor allem doch in der tatsächlichen politischen Lage enthalten, die seine Weisheit und Umsicht in Europa allmählich geschaffen hatten. Ohne dies würde er, besonders in jener Zeit völliger Ohnmacht des Deutschen Reiches zur See, auch durch allerbestimmtestes Auftreten und rücksichtslosen Willen zur Tat von den nüchternen Staatsmännern jenseits der Nordsee sicher wenig erreicht haben. Die empfindlichsten Punkte Großbritanniens: Indien, Ägypten, der Orient und Mittelasien, waren durch die von Bismarck in Europa geschaffene Mächtegruppierung und das die Mächte verbindende oder ausschließende Vertragsnetz in gefährlicher Weise exponiert worden. Daher schrieb sich die bisweilen beinahe ängstlich anmutende Nachgiebigkeit der britischen Staatsmänner gegenüber den Wünschen des Großmeisters der europäischen Politik, der alle Fäden in der Hand hielt und Deutschlands Rücken für jede praktisch denkbare Eventualität gedeckt hatte.

Nimmt man hierzu die bekannten persönlichen Abneigungen des Londoner Hofes gegen Bismarck, so bedarf es keiner besonderen Begründung, daß von England aus alles Denkbare getan wurde, um zur Unterwühlung von Bismarcks Stellung zu arbeiten. Das ist während der neunziger Jahre oft in Abrede gestellt worden, und der Reichskanzler v. Caprivi nahm schon in seinen ersten Reden Stellung dagegen. Nach

seiner Persönlichkeit kann man annehmen, daß er guten Glaubens war und überzeugt, die Verhältnisse rein sachlich zu würdigen. Vor den Tatsachen aber halten solche Annahmen nicht stand. England hatte allen Grund zu wünschen und zu erstreben, daß Bismarck verschwände und mit ihm der deutsch-russische Neutralitätsvertrag. Von diesem und vom Termine seines Ablaufes oder seiner Erneuerung hatte man um die Jahre 1889/90 in England Wind bekommen.

General v. Caprivi — die Annahme liegt jedenfalls nahe — wird von London her die Suggestion auf sich haben wirken lassen, daß der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag eine Illoyalität gegen Österreich-Ungarn und eine Gefahr für das Bestehen des Dreibundes bedeute. Es ist sonst schlechthin unverständlich, wie auf einmal diese Auffassung in den hohen politischen Kreisen des Deutschen Reiches Boden gewinnen konnte. Alle Zeichen weisen hier nach England hinüber, sogar die These „vom gefährdeten Dreibunde", denn England stand gerade in jener Zeit dem Dreibunde außerordentlich nahe. Es wäre also für den gutgläubigen Caprivi nicht einmal überraschend gewesen, wenn etwa englische Staatsmänner, so der damalige Botschafter in Berlin, Sir E. Malet, sich mit Besorgnis über die Möglichkeit der Gefährdung des England so teuren Dreibundes geäußert hätten.

Die britischen Staatsmänner wollten für die indischen Grenzen und den Orient Luft haben und deshalb Rußland die deutsche Rückendeckung nehmen, sie wollten von der ägyptischen Sorge wenn nicht befreit, so wenigstens erleichtert werden und die europäische Einmütigkeit in dieser Frage durch einen stärker betonten Gegensatz Rußland-Deutschland aufheben; die französisch-russischen Annäherungsstadien waren ihnen natürlich genau bekannt. Sie hofften schließlich, zu einer Revision der von Bismarck, als vorläufig, getroffenen englisch-deutschen Abmachungen über Afrika zu gelangen.

Bismarck ging, und unmittelbar setzte der Umschwung der deutschen Politik ein. Der Reichskanzler v. Caprivi war sofort entschlossen, die Rückversicherung mit Rußland aufzugeben und das Steuer seiner Politik nach Großbritannien hin zu wenden. Caprivi hat zweifellos nach einem subjektiv klaren und vollständigen Programme gehandelt, keineswegs, wie es häufig dargestellt wird, gewissermaßen in Unüberlegtheit und dilettantischer Ungeschicklichkeit. Anscheinend erstrebte der zweite deutsche Kanzler ein Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien, das man etwa als ein solches gegenseitiger Ergänzung bezeichnen könnte; Ergänzung durch das stärkste Heer einerseits, die stärkste Flotte anderseits. Von Großbritannien aus hatten schon im Jahre vorher zielbewußte Bemühungen nach dieser Richtung eingesetzt.

Als Kaiser Wilhelm II. im August 1889 zu einer Flottenschau nach England gereist war, wurde ihm der Titel eines Admiral of the Fleet verliehen. Nach der Flottenschau hielt der Prinz von Wales, nachmals König Eduard VII., während des Bankettes eine Rede, in der die Sätze vorkamen: Der Deutsche Kaiser habe die größte Flotte, welche England jemals in seiner Geschichte zusammengebracht habe, besichtigt. In unserer Zeit müsse jedes Land auf alle Möglichkeiten vorbereitet sein, und er, der Prinz von Wales, sei überzeugt, daß die große deutsche Armee und die britische Flotte dazu dienen würden, den Frieden der Welt zu wahren! —

Einige Tage später nahm nach einer Manöverübung englischer Landtruppen Kaiser Wilhelm Gelegenheit, daran zu erinnern, wie in den Schlachten bei Malplaquet und Waterloo preußisches und britisches Blut für eine gemeinsame Sache vergossen worden sei. Das Organ des englischen Premierministers, Lord Salisbury, die „Morning Post", schrieb eben damals: „Weder England noch Deutschland denken an einen Krieg, aber beiden Ländern wird täglich einleuchtender, daß, wenn ihnen der Krieg aufgedrängt wird, sie zusammen stehen oder fallen müssen; es bedarf deshalb keines papiernen Bündnisses zwischen ihnen."

Nach der kurz skizzierten europäischen Lage hatte Großbritannien allein Anlaß, in so dringlichen Andeutungen zu sprechen. Das Deutsche Reich befand sich nicht in einer Notlage, — solange die Rückversicherung mit Rußland bestand.

Am 16. August, als die Erinnerung an die Schlacht bei Vionville im Kasino des 1. Garde-Dragoner-Regiments Königin Viktoria von Großbritannien und Irland gefeiert wurde, waren der Deutsche Kaiser und die Mitglieder der britischen Botschaft zu Berlin anwesend. Der englische Geschäftsträger hielt eine Rede und sagte: „Er werde niemals die Ehre vergessen, zu einem Feste eingeladen zu sein zu Ehren eines der bedeutungsvollsten Ereignisse der Geschichte. Deutschland und Großbritannien seien durch die ältesten Bande der Stammesgemeinschaft vereint und seien von den frühesten Anfängen ihrer nationalen Existenz in fortgesetzter Allianz gewesen. Zu Lande und zur See gingen sie jetzt Hand in Hand zur Erhaltung des Friedens und zur Förderung des Fortschrittes der Kultur in allen Weltgegenden!"

Es handelte sich also in keiner Weise um Improvisationen oder um „impulsive" Festreden, sondern um Bekundungen einer sehr ernsthaften politischen Annäherung. Das Zusammengehen „in allen Weltgegenden" mag sich mit auf die ostafrikanische Blockade bezogen haben, wo ein deutsches und ein britisches Geschwader in enger Verbindung miteinander operierten.

Wie ernst man in Großbritannien damals die Lage des Inselreiches

ansah, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1889 jene große, für damalige Zeit beispiellose Flottenvorlage — der Naval Defence Act — bewilligt und ihm der sogenannte Zweimächtemaßstab, bezogen auf die französische und die russische Flotte, zugrunde gelegt wurde.

Im Unterhause aber tat das Parlamentsmitglied Labouchère die bedeutsame Frage: ob Großbritannien seine Hilfe in verbindlicher Weise an Italien zugesagt habe. Die Regierungsvertreter gaben hierauf keine Antwort.

Vielfach wird gerade diese wichtige Tatsache vergessen: Jene beiden Reden wurden vor der oft genannten Rede gehalten, welche Kaiser Wilhelm II. am 22. März 1890 zu Berlin hielt, als dort der spätere König Eduard VII. zum Besuche weilte. Fürst Hohenlohe erzählt die Geschichte und sagt: Der Kaiser habe die Uniform eines englischen Admirals getragen, die Waffenbrüderschaft in der Schlacht bei Waterloo erwähnt und gesagt, er hoffe, daß die deutsche Armee mit der englischen Flotte zusammen den Frieden erhalten werde. Der alte Moltke, der zugegen war, habe dann zu Hohenlohe gesagt: „Ein politisch Lied, ein garstig Lied," und der Hoffnung Ausdruck gegeben, die Rede werde nicht in der Zeitung erscheinen. Nach dem Vorgange von 1889, wo der Prinz von Wales, nicht der Deutsche Kaiser, zuerst gerade diesen Ton angeschlagen hatte, gewinnt dessen Tischrede von 1890 ein ganz anderes Ansehen. Hauptsächlich fällt aber ins Gewicht, daß damals Bismarck noch im Amte war und sein Sohn Herbert die Innigkeit des deutsch-englischen Verhältnisses Crispi gegenüber ausdrücklich billigte. Die erwähnte Auslassung des Organs Lord Salisburys, der „Morning Post" bestärkt diese Auffassung. Alles in allem erscheint hiernach die Ansicht nicht mehr haltbar, daß die Rede des Kaisers sich gegen Rußland gerichtet hätte, um so weniger, als er im August desselben Jahres als Gast des Zaren über Reval nach Narva ging. Weiter dürfte in Betracht kommen, daß damals, am 22. März 1890, weder der Rückversicherungsvertrag verfallen, noch der deutsch-englische Vertrag über Helgoland und Sansibar usw. geschlossen worden war. Dieser (am 17. Juni 1890 geschlossen) erregte allerdings starke Mißstimmung in Rußland und die Besorgnis derjenigen sehr engen Kreise in Rußland, welche um den Rückversicherungsvertrag wußten. Die andern erblickten im Helgolandvertrage einfach ein bedrohliches Zeichen deutsch-englischer Annäherung. Insbesondere die panslawistische Presse in Rußland gab der Ansicht Ausdruck, daß hinter den deutsch-englischen Abmachungen mehr stecke als man annehme.

Der Besuch des Kaisers in Rußland fiel denn auch ziemlich kühl aus, nur ganz kurze Trinksprüche wurden gewechselt, und die russische

Presse erklärte gleichzeitig: die politische Lage sei nach dem Kaiserbesuche genau dieselbe wie vorher, die tatsächlichen Beziehungen Rußlands zu Frankreich würden dadurch nicht im mindesten geändert. Der Zar zog nach langem Zögern jetzt Frankreich gegenüber die Konsequenzen aus der neuen Lage: der Präsident der französischen Republik und der Minister des Auswärtigen erhielten hohe russische Orden, der russische Generalstabschef reiste nach Frankreich, der französische Kriegsminister Ferron redete auf: „die große tapfere russische Armee, die keine Koalition zu fürchten habe, die Schwesterarmee"... Eine weitere russische Anleihe in Frankreich im Betrage von 400 Millionen Franken kam zustande. Kurz, die Würfel waren gefallen.

Zar Alexander und seine Staatsmänner waren der Ansicht, daß man nunmehr zu bestimmten Abmachungen mit Frankreich kommen müsse. Im Jahre 1891 wurde die politische Entente zwischen den beiden Mächten schriftlich formuliert und unterzeichnet. Admiral Gervais trat an der Spitze eines Geschwaders die Reise nach Kronstadt an, unmittelbar nachdem der deutsche Kaiser in England einen Besuch gemacht hatte. Der Empfang der Franzosen in Kronstadt und in Peterhof spielte sich unter demonstrativer Herzlichkeit und sogenannter Begeisterung ab. In Peterhof hörte der Zar stehend den Mordgesang der französischen Revolution, die Marseillaise, an und trank auf das Wohl des Präsidenten der französischen Republik. Der Zar telegraphierte an den Präsidenten Carnot: „Die Anwesenheit des glänzenden französischen Geschwaders, das in diesem Augenblick in Kronstadt ankert, ist ein neues Zeugnis für die tiefen Sympathien, welche Frankreich und Rußland einen." Der Präsident der Republik bediente sich in seiner Antwort genau derselben Redewendung: „Tiefen Sympathien, welche die beiden Länder einen."

Ein russisch-französisches Bündnis war weder geschlossen worden, noch wurde es damals geschlossen. Die neue Etappe, welche Admiral Gervais' Geschwaderreise zum Ausdruck brachte, war der schriftliche Abschluß der Entente zwischen den beiden Mächten, durch welche ihr vorheriges unverbindliches Freundschaftsverhältnis das politische Rückgrat erhielt. In Frankreich erregte der Besuch ungeheure Begeisterung, und der Minister Constant bezeichnete die neue Lage nicht unrichtig, als er „die vollständige Wiederaufrichtung des Landes, sozusagen den Wiedereintritt Frankreichs in die Welt", feststellte. Die Tage der französischen Isolierung nicht nur waren vorüber, sondern auch die Zeiten, wo keine Großmacht mit dem geschlagenen, niedergeworfenen Lande, dessen innere Zustände Mißtrauen und dessen Ohnmacht Bedenken einflößten, sich in nähere Verbindung einlassen wollte. Man hat viel über die Ausdrücke französischer Freude und Begeisterung in den Zeiten des Russen-

taumels gespottet. Sicher war die Zeit voll von Übertreibungen, und das lebhafte, an den Wunden seines Ehrgeizes und seiner Eitelkeit leidende, rachedurstige Volk war in seinen Äußerungen weder wählerisch, noch kannte es Grenzen. Darüber kann aber kein Zweifel sein: Grund hatten die Franzosen zur Zufriedenheit und zum Jubeln.

Die neue Republik war als bündnisfähige Großmacht nunmehr anerkannt, die französischen Staatsmänner, vor allem Ribot und de Freycinet konnten die Früchte ihrer geschickten, ausdauernden und vor allem geduldigen Arbeit endlich unter Dach bringen. Geduldig war diese Arbeit wahrlich gewesen, besonders seit Mitte der achtziger Jahre hatte man sich weder durch den Widerwillen des Zaren, noch durch das Bismarcksche Übergewicht, noch durch die fortwährenden Katastrophen im Innern Frankreichs vom Ziele abbringen lassen, mit Rußland in feste Beziehungen zu gelangen. Jeder Anlaß war benutzt worden. Jules Ferry hatte um die Mitte der achtziger Jahre erfolgreich seinen Einfluß aufgeboten, um Rußland in der Verwaltung der ägyptischen Schulden Platz und Stimme zu besorgen, de Freycinet benutzte die bulgarische Krisis, um Rußland diplomatische Dienste zu erweisen.

Schließlich kam ein wichtiger und einflußreicher Helfer noch von einer dritten Seite: der Papst ließ seinen Staatssekretär, den Kardinal Rampolla, eine Vatikanpolitik machen mit dem Endzwecke, durch Annäherung an Frankreich Rom wiederum in den Besitz des Papstes zu bringen. Wie verfehlt diese vatikanische Politik in sich auch war, sie stützte sich auf das schlechte französisch-italienische Verhältnis und leistete Frankreich erhebliche Dienste durch die Anerkennung, welche der Papst damit der neuen Republik, als der am meisten geliebten Tochter der Kirche, zuteil werden ließ. Der Kardinal Lavigerie wählte zu seiner Tafelmusik die Marseillaise. Crispi hatte schon 1889 im Parlamente ausgerufen: „Unser Feind ist nicht Österreich, sondern der Vatikan.“ Der Politik des Papstes, die zum Bruch treiben wollte und die stärksten Mittel, darunter das zeitweilige Verlassen Roms, androhte, erwiderte Crispi durch den Kardinal Hohenlohe: Rom könne ja der Papst verlassen, wenn er durchaus wolle, aber er möge sich vorher klarmachen, daß weder er noch einer seiner Nachfolger dann jemals nach Rom zurückkehren und daß die katholische Kirche unsäglichen Schaden davon haben werde.

Frankreich nahm dieses vatikanische Entgegenkommen freundlich auf und verwandte es nutzbringend. Es war von ernster politischer Bedeutung, als der Papst die französischen Katholiken ausdrücklich anwies, nunmehr auch der Republik als der ihr von Gott gesetzten Obrigkeit zu gehorchen.

Zwischen Frankreich und Italien war die Erbitterung, verschärft durch den Zollkrieg, hoch gestiegen. Als 1891 der Dreibund auf weitere sechs Jahre erneuert worden war und vom Ministerpräsidenten Rudini im Parlament besprochen wurde, konnte dieser hinzusetzen: über den status quo im Mittelmeere wäre seinerzeit mit bestem Erfolge mit England verhandelt worden. Das gleiche wurde aus England bestätigt, dagegen legte die britische Regierung Wert auf die Erklärung, daß sie keine förmlichen Dreibundverpflichtungen eingegangen sei, auch keinen mit der Dreibundpolitik verbundenen Schritt getan habe. Der Unterstaatssekretär Fergusson erklärte sogar: in einem deutsch-französischen Kriege würden in erster Linie Englands nationale Interessen zu Rate gezogen werden. Den Italienern war diese englische Stellungnahme nicht überraschend, noch beunruhigend, zumal sie wußten, daß im Mittelländischen Meere Italiens und Großbritanniens Interessen teils einander deckten, teils gleichlaufend waren.

Einen anderen, weniger günstigen Eindruck mußten die Erklärungen Fergussons in Deutschland machen. Ist es gleich an und für sich eine Selbstverständlichkeit, daß jede Macht ihre eigenen Interessen an die erste Stelle setzt, so lag in der durch eine Anfrage hervorgerufenen ausdrücklichen Stellungnahme des britischen Unterstaatssekretärs doch ein gewisses Abrücken vom Dreibunde, auch die Absicht, zu verhindern, daß andere Mächte Großbritannien mit dem Dreibunde identifizierten. Hält man die Monarchenreden auf englischem und auf deutschem Boden (1889/90) dagegen, so ist der Eindruck nicht hinwegzuweisen, daß innerhalb jener kurzen Zeit eine Änderung in der britischen Haltung eingetreten war. Sie bedeutete nur eine Schattierung freilich, die englisch-deutsche Freundschaft bestand weiter, aber eben diese Schattierung war von symptomatischer Wichtigkeit. Großbritannien hatte den großen — im Sinne des Wortes: epochemachenden — Erfolg erreicht: Deutschland an sich gezogen, Rußland die deutsche, Deutschland die russische Rückendeckung genommen zu haben. Diese Tatsachen waren da und nicht mehr rückgängig zu machen, also konnten die britischen Staatsmänner die bisher nach außen gezeigte Haltung völliger Solidarität mit den Dreibundmächten ein wenig abschwächen. 1890 hatte man mit Frankreich das Abkommen über Sansibar-Madagaskar abgeschlossen; außerdem erhielt Frankreich den Westen der Sahara bis zum Nordrande des Tschadsees und damit unmittelbare Verbindung zwischen Algier und Senegambien. Auch diese Verträge bedeuteten eine Annäherung zwischen den beiden Mächten und eine weitere Verwischung englischer Parteinahme zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich.

Den Aufforderungen der Pforte, Ägypten zu räumen, entsprach Eng-

land nicht. Lord Salisbury erklärte, er wolle erst „das Werk vollenden". Im selben Jahre fand die Konversion der ägyptischen Schuld statt. Während die Pforte hier nur Abweisung, Druck und latenter Feindlichkeit begegnete, hatten die beiden ersten Regierungsjahre Kaiser Wilhelms II. eine entschiedene und viel bemerkte Annäherung der deutschen Politik an die Türkei gebracht. Schon im Herbste seines ersten Regierungsjahres benutzte Kaiser Wilhelm II. die Hochzeit seiner Schwester, der Prinzessin Sophie mit dem Kronprinzen von Griechenland, um nachher den Sultan in Konstantinopel zu besuchen. Dieses Ereignis erregte unter zweifachem Gesichtspunkte großes Aufsehen: Der Herrscher des Deutschen Reiches behandelte den Sultan freundschaftlich und auf gleichem Fuße; ferner: das Deutsche Reich, das bisher den Orientdingen mit stark betonter Zurückhaltung gegenübergestanden hatte, trat in tätige Beziehungen zum kranken Manne Europas.

Der Zar Alexander III. hatte im Frühjahr des Jahres 1888 allerdings dem Konstantinopler Besuchsplane Kaiser Wilhelms II. mit Mißtrauen gegenübergestanden. Er richtete an Bismarck die Frage: „Et Constantinople?" Bismarck versicherte dem Zaren, daß die Reise nichts bezwecke, nicht auf Änderung des status quo im Orient ziele, damit schien das Mißtrauen Zar Alexanders beschwichtigt. Deutscherseits wurde ausdrücklich die Erhaltung der Türkei proklamiert. Im selben Jahre folgte die erste Konzession an eine deutsche Gesellschaft zum Bau und Betriebe anatolischer Eisenbahnlinien Ismid-Angora, mit dem Vorzugsrechte nach Diarbekir und Bagdad. 1890 kam ein türkischer Handelsvertrag.

Die in jenen Jahren von Caprivi geschlossenen Handelsverträge können hier nur in ihrer Wirkung nach außen kurz gestreift werden. Dem Kanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Marschall, schwebte das Ziel vor, mit der Wirtschaftspolitik, die sie als nützlich für das eigene Land betrachteten, eine günstige politische Wirkung auf die uns politisch nahestehenden Mächte, vornehmlich Österreich-Ungarn und Italien, zu verbinden. Diese Wirkung trat nicht ein. Zur Abhängigkeit, in die Deutschland wirtschaftlich durch die Handelsverträge von anderen Mächten gelangte oder zu gelangen drohte, trat das politisch nachteilige Ereignis, daß diese, wie Bismarck sie nannte, „wirtschaftlichen Trinkgelder" die deutsche Stellung politisch schwächten und schwächen mußten. Mit Rußland konnte man sich zunächst längere Zeit nicht einigen, es kam zum Zollkriege, und in diesem gab Caprivi schließlich nach, obgleich ersterer Rußland mehr schadete als Deutschland. Nachdem man den Handelskrieg begonnen hatte, hätte er auch durchgeführt werden müssen.

Das Verhältnis zu Rußland konnte sich nach den Geschehnissen

der Jahre 1890 und 1891 nicht über die Atmosphäre äußerster Kühle erheben. Den Besuch Kaiser Wilhelms in Narva hatte man in Rußland so aufgenommen und wohl auch dem Zaren diese Ansicht beigebracht: der Deutsche Kaiser wolle nunmehr, nachdem er Rußland Großbritannien gegenüber isoliert habe, es zum Aufgeben seiner neugewonnenen Beziehungen mit Frankreich bewegen. Man kann nicht bezweifeln, daß Kaiser Wilhelm weit entfernt von derartigen gefährlichen Absichten gewesen ist. Sein Ziel war lediglich, freundliche Beziehungen zu unterhalten oder wieder anzuknüpfen, wenn sie etwa eine Unterbrechung erfahren hatten. Das persönliche Verhältnis der beiden Kaiser ist einwandfrei nicht darzulegen. Nur das ist zweifellos, daß man mit steigendem Erfolge versucht hat, auf dem Wege politischen und persönlichen Klatsches so viel Mißtrauen zwischen ihnen zu säen, wie nur irgend möglich. Beide haben sich ineinander getäuscht, weil sie übereinander getäuscht worden sind. Wie in Rußland eine starke Strömung vorhanden war, für die das Bündnis mit Frankreich Krieg mit Deutschland bedeutete, so gab es auch in Deutschland Politiker und sehr einflußreiche Militärs, die einen Krieg mit Rußland für unvermeidlich hielten und der Ansicht waren, man solle nicht warten, bis es mit seinen Rüstungen ganz fertig sei. Weder der Zar noch der deutsche Kaiser haben je einen Krieg gewollt, jeder glaubte sich durch Pläne des anderen bedroht. Der Zar wurde darin naturgemäß von seinen dänischen Verwandten und von Frankreich aus bestärkt, während der mit einer dänischen Prinzessin verheiratete Prinz von Wales, der nachmalige König Eduard VII., mindestens keinen Grund hatte, Mißtrauen zwischen Deutschland und Rußland zu hindern oder zu zerstören. Einen tatsächlichen Grund zur Verstimmung gab dem Zaren freilich die Polenpolitik Caprivis. Ohne von der inneren Bedeutung dieser Politik reden zu wollen, war sie nach außen, einmal Rußland gegenüber, ungefähr das schädlichste, was der deutsche Kanzler tun konnte. Caprivi machte sich das alte, unheilvolle Vorurteil mancher seiner Vorgänger in Preußen zu eigen: er wollte die Polen durch „Wohlwollen gewinnen“, sie durch Zugeständnisse und Vorzugsbehandlung zu guten Preußen und Deutschen machen. Ja, er betrachtete sie geradezu als ein Bollwerk Preußens gegen Rußland. Die Wirkung auf die russischen Polen und auf die österreichischen braucht nicht erörtert zu werden. Der Zar und seine Regierung aber mußten die Caprivische Polenpolitik als eine im politischen Sinne unfreundliche Handlung des Deutschen Reiches gegen Rußland betrachten, eine Handlung, die gerade an einem der allerempfindlichsten Punkte des Russischen Reiches und der russischen Politik einsetzte. Unter diesen Verhältnissen konnten die Bemühungen Kaiser Wilhelms, nach dem Verfallenlassen des Neutralitätsver-

trages und während dem Zusammengehen mit Großbritannien in ein freundliches Verhältnis zu Rußland zu gelangen, nicht von Erfolg begleitet sein.

Die Franzosen täuschten sich in jenen Jahren über die Richtung der russischen Politik und die Sinnesrichtung des Zaren. Die Friedensliebe Frankreichs wurde damals wie später immer wieder betont, aber daneben und wie hätte es auch anders sein können? — klang der Revanchegedanke durch. Die Franzosen glaubten, daß Rußland allen Anlaß habe, mit Frankreich zusammen über die Dreibundmächte herzufallen, und daß ein solcher Krieg die Wahrscheinlichkeit des Erfolges für sich haben werde. Die Zeit von 1887 bis in die neunziger Jahre hinein war von Zwischenfällen und von schweren inneren Krisen in Frankreich angefüllt, bei deren jeder die europäischen Großmächte die Frage: Krieg oder nicht Krieg, als vom Zufall abhängig ansehen mußten. Ob diese Zwischenfälle und Krisen sich nun Schnäbele nannten oder Boulanger oder Lohengrin, oder ob es sich um den bedauerlichen Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris handelte: immer lag die brennende Lunte dicht neben dem offenen Pulverfasse. Dabei konnte naturgemäß nicht ohne Wirkung bleiben, daß auf dem Platze Bismarcks Caprivi stand. Was Wunder, wenn der Wunsch den Gedanken zeugte, wenn man sich über die Sinnesrichtung des Zaren täuschte und glaubte, Alexander III. werde das „Gleichgewicht Europas" wiederherstellen, indem er das Schwert Rußlands zöge, um Frankreich Elsaß-Lothringen zu erobern?

Im Jahre 1892 fand eine Reihe von Festen in Frankreich statt, auf denen die siegesgewisse Revanchestimmung zum unverhüllten Ausdrucke kam. Der Großfürst Konstantin von Rußland erschien auf einem Turner- und Studentenfeste in Nancy um dieselbe Zeit, wo der Zar mit dem Deutschen Kaiser in Kiel eine flüchtige Begegnung hatte. In Nancy waren auch tschechische Turner erschienen, die sangen: „Und gäbe es so viel Deutsche wie Teufel in der Hölle, Rußland ist mit uns. Ist jemand gegen uns, Frankreich schmettert ihn zu Boden." Bei der Ankunft des Großfürsten entfaltete man eine Fahne mit der Inschrift: „Rußland, 1870". Die Gedächtnisfeiern der großen Schlachten von 1870 riefen ähnliche Kundgebungen hervor, unter einer Beteiligung und mit einer Begeisterung, die keinen Zweifel über die Gespanntheit der Atmosphäre lassen konnte. Als schließlich im Herbste des Jahres die Jahrhundertfeier der Revolution stattfand und der Präsident Carnot im Pantheon erschien, sangen die Chöre, von der Musik begleitet, die Strophe aus der Marseillaise: „Amour sacré de la patrie, soutiens, conduis nos bras vengeurs!" (Geheiligte Liebe zum Vaterlande leite und stärke unseren Arm zur Rache.)

Bei einer solchen Stimmung und Willensrichtung war klar, daß man die in den französisch-russischen Reden und Depeschenwechseln ständig wiederholte „gemeinsame Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes“ und die „Verteidigung gemeinsamer Interessen“ als eine „offensive“ Verteidigung auffaßte. Es ist bemerkenswert, daß die Entente von 1891 unter den Klängen des politischen Leitmotivs: Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes, Verteidigung der gemeinsamen Interessen abgeschlossen wurde. Was sollte es bedeuten? Auf französischer Seite sicherlich einen Angriffskrieg gegen Deutschland bei erster Gelegenheit, denn die Franzosen erachteten das europäische Gleichgewicht durch das Deutsche Reich und seine Bündnisse, vor allem durch ein deutsches Elsaß-Lothringen, als gestört, und die Tatsache allein sei genügender Grund, um das „Gleichgewicht“ mit allen Mitteln wiederherzustellen. Über den Inhalt des damaligen Entente-Vertrages und des Bündnisses von 1893, welches auf der Grundlage der Abmachungen von 1891 und 1892 abgeschlossen wurde, ist nie etwas anderes verlautet, als daß der Vertrag diese Hauptmomente enthalte: Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes bzw. dessen Wiederherstellung und gemeinsame Verteidigung gemeinsamer Interessen; Erhaltung des Friedens. Das sind also Grundlagen, die sehr viel breiter sind als die etwa des deutsch-österreichischen Bündnisses. Hier setzt das Eintreten des sogenannten Bündnisfalles den Angriff einer bestimmt bezeichneten dritten Macht voraus, die Bedingungen sind so genau bestimmt, wie es überhaupt im voraus möglich ist. Im Falle des russischen und französischen Bündnisses ist aber, wie es scheint und wie es von sehr unterrichteten französischen Politikern und Schriftstellern bestätigt wird, der Spielraum und damit die Willkür der Auffassung und Auslegung ungleich größer. Was sind gemeinsame Interessen, wann erachtet man sie als bedroht, mit welchen Mitteln verteidigt man sie, mit welchen Mitteln erhält man einen Frieden, dessen Basis man nicht anerkennt? — Das sind Fragen, die ebenso nach Belieben beantwortet werden können wie die weitere: ob die gemeinsamen Interessen und die Erhaltung des europäischen Gleichgewicht nicht zweckmäßiger durch den Angriff verteidigt werden.

Wären Alexander III. und Nikolaus II. nicht von so aufrichtiger Friedensliebe erfüllt gewesen, so würde das Bündnis mit Frankreich schon längst Europa den Krieg gebracht haben, darüber kann kein Zweifel sein. In jener ersten Zeit, Anfang des Jahres 1893, wo die Panamaskandale das Ansehen Frankreichs und seine innere Einheit schwer gefährdeten, war es eine nur natürliche Reaktion, daß in Frankreich Politiker, Soldaten und öffentliche Meinung wünschten, „die schmutzige Wäsche der Republik mit Blut zu waschen.“ Alexander III. aber dachte

anders und war nach wie vor weit entfernt von Kriegswünschen: „Gott gebe Frieden, Ruhe und allseitiges Wohlergehen uns allen in der teuren Heimat!“ Als Alexander im Anfange des gleichen Jahres 1893 den Grundstein zum neuen Hafen von Libau legte, da wies er auf die vielen im Baltischen Meere erfochtenen Siege der russischen Flotte hin und auf die Angriffe, die von hier aus auf die russischen Grenzen ausgeführt werden könnten. Er glaubte immer noch an die Möglichkeit eines deutschen Angriffes, und der Zollkrieg mit Deutschland, unter dem die russischen Verhältnisse schwer litten, erhöhte seine Abneigung und sein Mißtrauen.

Nach zweimaligem Aufschube erfolgte 1893 die Reise des Admirals Avellan nach Toulon, und die Entzückung der Franzosen stieg zum Gipfel. Reden wurden gehalten, Telegramme gewechselt, aber vom Bündnisse noch nicht gesprochen, aus dem einfachen Grunde, weil es noch nicht abgeschlossen war. Das Telegramm, welches der Zar beim Abschiede des Geschwaders von Toulon an den Präsidenten Carnot richtete, enthielt nur die verschieden deutbaren Wendungen: „Die Beweise lebhafter Sympathie, welche sich noch einmal in so beredter Weise gezeigt haben, knüpfen ein neues Band zu denjenigen, welche unsere beiden Länder vereinigen, und werden, wie ich hoffe, beitragen zur Sicherung des allgemeinen Friedens als Ziel ihrer Bestrebungen und ihrer beständigen Wünsche.“ Der Präsident Carnot sprach in seiner Rede an Bord eines Panzerschiffes von der Freundschaft der beiden großen Nationen und dem durch sie gesicherten Weltfrieden. Eine zweite Auflage der Touloner Feier fand unmittelbar darauf in Kopenhagen statt, wo der Zar wie jeden Herbst bei seinen dänischen Verwandten weilte.

Im Winter des Jahres 1893 waren die Bündnisverhandlungen tatsächlich abgeschlossen. Die Unterzeichnung des russisch-französischen Bündnisses erhielt Anfang März 1894 die Billigung des Zaren.

Am 15. März aber wurde zu Berlin das deutsch-französische Grenzabkommen über die Grenzführung zwischen dem deutschen Kamerungebiete und dem französischen Kongo unterzeichnet. Am Tage darauf ging im Deutschen Reichstage der deutsch-russische Handelsvertrag durch, in welchem die beiden Mächte sich die Meistbegünstigung zusicherten.

Es war ein ironisches Zusammentreffen, aber vielleicht doch nicht ganz ohne tatsächliche innere Beziehungen, daß das Deutsche Reich im selben Augenblicke mit den beiden Kontrahenten eines dem Deutschen Reiche zum mindesten nicht freundlich gegenüberstehenden Bündnisses zwei Sonderabkommen einging. Die Politik des Reichskanzlers Caprivi sollte nach der Ansicht dieses Staatsmannes offenbar

eine solche der freien Hand und einer gewissen politischen Vorurteilslosigkeit sein; nach beiden Seiten!

Zu Anfang des Jahres 1893 machte der russische Thronfolger einen Besuch in Berlin, und kurz darauf erklärte Caprivi im Reichstage: es sei falsch, wenn wir uns um augenblicklicher Vorteile willen Rußland näherten. Die russisch-französische Annäherung behandelt der Reichskanzler in der Öffentlichkeit als einen Vorgang, den man nicht habe hindern können, als einen Zustand, der wegen der Friedensliebe des Zaren nichts Bedrohliches für Deutschland einschließe. Gleichwohl müsse man auf alle Möglichkeiten gefaßt sein. 1893 wurde dem Reichstage eine Heeresvorlage unterbreitet, welche diesen Anforderungen Rechnung tragen sollte. Ob dem Reichskanzler zum Bewußtsein gekommen ist, daß Rußland mit chemischer Notwendigkeit zu Frankreich hin gezwungen worden war, weil er selbst es isoliert hatte, steht dahin.

Der Helgoland- und Sansibarhandel.

Die wesentlichen Punkte des deutsch-englischen Abkommens über die ostafrikanischen Kolonien und Helgoland vom 17. Juni 1890 waren die folgenden: Deutschland gab zugunsten Großbritanniens die Schutzherrschaft über das Sultanat Witu und die Somaliküste auf, im Norden des englischen Interessengebietes. Dazu kamen die vorgelagerten Inseln Manda und Patta. Uganda, dessen König kurz vorher durch Dr. Karl Peters veranlaßt worden war, sich unter deutschen Schutz zu stellen, gelangte nunmehr in die britische Interessensphäre. Das Deutsche Reich gab seine Zustimmung, daß England über das Sultanat Sansibar (die Insel) mit Ausnahme des an die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft verpachteten Küstenstriches das Protektorat übernähme. Jener Küstenstrich wurde Deutschland in der Form zugesprochen, daß England dem Sultan von Sansibar gegenüber seinen Einfluß aufbieten solle, um diesen zur Abtretung des Küstenstriches an Deutschland gegen eine Geldsumme zu veranlassen, was auch geschah. Deutschland erhielt weiter die Befugnis, das Hinterland bis an die großen Seen auszudehnen. In Südwestafrika erhielt Deutschland gegen Abtretung der Gebiete am Ngamisee an England einen schmalen Landkorridor (sechs Kilometer breit) nach dem Sambesiflusse; dieses ist der sogenannte Caprivizipfel.

Mit dem Protektorate der Inseln Sansibar und Pemba verhielt es sich folgendermaßen: wenige Jahre vorher hatten Deutschland und England die Souveränität des Sultans von Sansibar anerkannt. Durch Vermittlung der deutschen Regierung war es gelungen, Frankreich ebenfalls zur Anerkennung zu bewegen. Bismarck hatte mit diesem von ihm selbst

angeregten Schritte beabsichtigt, die britische Politik zu binden und zu verhindern, daß Großbritannien auf Sansibar zum Schaden der deutschen Interessen zu beherrschendem Einflusse gelangte. Fürst Bismarck ließ in seinem Hamburger Organe damals hierzu schreiben: „Es galt für englische Absicht, Afrika so weit wie möglich mit einem Küstenvorhange in englischem Besitze zu umgeben, der die schließliche Herrschaft über das Innere des Landes von selbst sicherstellen mußte. Die deutsche Vertretung wurde durch die Anerkennung des Sultans ebenbürtig, der deutsche Einfluß machte Fortschritte und erschien den Engländern 1890 als deutsches Übergewicht."

Es war also zwar an sich richtig, als der Reichskanzler v. Caprivi erklärte: Deutschland hätte Sansibar nicht aufgeben können, denn man hätte die Insel nie besessen. Anderseits läßt sich aber nicht in Abrede stellen, daß deutscherseits durch den Vertrag von 1890 auf einen zukünftigen Besitz der Inseln Sansibar und Pemba verzichtet wurde. Die Frage ist heute müßig, ob man diesen Besitz hätte tatsächlich erreichen können. Fürst Bismarck war der Ansicht, daß, wenn Caprivi die Kunst des Wartens verstanden hätte, Sansibar, überwiegend von deutschem Einflusse erfüllt, eines Tages deutsch geworden wäre. Nebenbei bemerkt, wurde gerade das Abkommen über Sansibar von den Franzosen unangenehm empfunden, weil ohne Rücksicht auf Frankreich der englische Einfluß damit über den unabhängigen Sultan von Sansibar gesetzt wurde. Deutschland und Frankreich waren bisher in manchen kolonialen Fragen zusammengegangen, und hatten so wiederholt wirksam das englische Übergewicht aufgehoben oder vermindert. Durch die Sansibaraktion der deutschen Politik wurde Frankreich an England herangedrängt und gelangte dann auch in der Folge zu einem Austauschabkommen über Sansibar einerseits, Madagaskar anderseits. In England wurde der Erwerb Sansibars sehr hoch angeschlagen, und die dortige Presse urteilte: der Schlüssel zur Stellung in Ostafrika ist die Insel Sansibar; jede Seemacht, welche dieses Insel besitzt, übernimmt die Führerrolle an der ostafrikanischen Küste. Dieses Urteil hat sich freilich in der Folge als sehr stark übertrieben, ja als irrig erwiesen.

Der Sturm der Entrüstung, welcher sich in Deutschland über das Abkommen in allen seinen Teilen erhob, ging in einigen sehr wesentlichen Punkten von falschen Voraussetzungen und oberflächlichen Urteilen aus (siehe Seite 42 ff.), mag in anderen der Form nach übertrieben gewesen sein. Heute, wo wir nach Ablauf beinahe eines Vierteljahrhunderts jenem Tausche ganz kühl gegenüberstehen, wird man doch sagen müssen, daß dem allgemeinen Unwillen ein sachlich richtiger Instinkt zugrunde lag. Das allgemeine Urteil war, daß das Deutsche Reich damals nicht ge-

zwungen gewesen sei, einen ungünstigen Tausch zu machen. Man trat weite und hoffnungsreiche Gebiete an England ab, die zum Teil unter nationaler Begeisterung von den kühnen Bahnbrechern in Afrika gewonnen waren. Man hatte nicht ohne tatsächlichen Grund und sachliche Berechtigung von einem großen deutschen Kolonialreiche in Ostafrika geträumt. Was England als Entgelt in Afrika für die deutschen Abtretungen gab, erschien überaus geringfügig, denn jenen Küstenstreifen hätte man aller Wahrscheinlichkeit nach sowieso über kurz oder lang bekommen. Alles, was mühevoll gewonnen oder vorbereitet war, das hatte man nun durch einen Federstrich aus der Hand gegeben. Wie war das zu begreifen, wie zu rechtfertigen?

Der Reichskanzler v. Caprivi hat seinen Standpunkt damals in ausführlichen Reden dargelegt. Er sagte: man habe sich endlich mit England über die Grenzführungen in Afrika einigen müssen, um klare Verhältnisse zu schaffen. In Sansibar habe England die stärkere Stellung eingenommen, der deutsche Einfluß sei gering gewesen, das Ganze eine Quelle für zukünftige Mißhelligkeiten mit England. Man müsse sich vom deutschen Standpunkte fragen, wie weit die kolonisatorischen Kräfte überhaupt reichten, „wie weit reicht das Geld, das Deutsche in Kolonien anzulegen gesonnen sind, und wie weit reicht unser Menschenmaterial, das in den Kolonien verwendbar ist? ... Man hatte an zu vielen Stellen gleichzeitig angefangen und hatte nun beide Hände voll mit Dingen, die man zu verwerten nicht imstande war, weil man weder Geld noch Menschen dafür hatte." Der Reichskanzler versuchte dann weiter seine Behauptung zu belegen: „Ich meine, daß auch vom reinen finanziellen Standpunkte die Geschichte uns insofern rechtgegeben hat, als sie zeigt, wie kostspielig zuzeiten der Besitz eines absolut wertlosen Landes werden kann." Damit meinte er Witu, wo die Engländer gerade eine kostspielige Expedition ins Innere hatten unternehmen müssen.

Diese beiden Caprivischen Aussprüche: von der „absoluten Wertlosigkeit" des Landes, und die Auffassung, daß alles Gebiet, welches man nicht innerhalb einer klar absehbaren Frist fruchtbringend ausnützen könne, überflüssig sei, sind exakt charakteristisch für seine Auffassung von Kolonialpolitik. Dagegen ist nicht richtig, den Reichskanzler v. Caprivi als „Feind der Kolonialpolitik" schlechthin zu bezeichnen. Er begriff als früherer Chef der Admiralität den Nutzen und die Notwendigkeit auswärtiger Kohlenstationen für die Marine, auch im allgemeinen die Notwendigkeit für Deutschland, Kolonialpolitik zu treiben; er fand aber die Art des deutschen Kolonisierens planlos und unüberlegt, und urteilte, daß sie zu weit geführt habe. Man hat den Eindruck einer starken Pedanterie der Anschauung, welche militärische Ordnung, Klar-

heit und Bestimmtheit, nach Zeit und Ort, auf einem Gebiete verlangte, — und dieses Gebiet auch eben danach begrenzen und einteilen wollte, — wo es ganz unmöglich und praktisch höchst schädlich war. Dem Reichskanzler Caprivi schwebte hinsichtlich der Kolonien immer das griechische Wort vor: In nichts zu viel! Er wollte nur so viel Kolonialgebiet haben, wie man „ausnutzen“ konnte, er wollte alles klar übersehen und übersichtlich einteilen. Auch grundsätzlich betrachtet, war das nur akademisch richtig, für alle praktische Kolonialpolitik aber, nicht nur im einen oder anderen Falle, sondern grundsätzlich falsch. Der Grundsatz aller praktisch tätigen Kolonialmächte war richtiger: zunächst zu nehmen, soviel man habhaft werden konnte oder in der einen oder anderen Form unter den eigenen Einfluß zu bringen, und in strittigen Gebieten den Zwischenzustand ruhig bestehen zu lassen und zu warten.

General v. Caprivi behandelte infolge dieser seiner Anschauungen die großen Kolonialgebiete in Ostafrika, welche entweder schon unter deutscher Vormundschaft standen oder von steigendem deutschen Einflusse durchdrungen wurden — aber nicht unmittelbar ausnutzbar waren und ihm als wertlos erschienen — nur als Mittel seiner auswärtigen Politik, nicht als Selbstzwecke innerhalb des Rahmens der Kolonialpolitik. Es kann sicherlich nicht behauptet werden, daß ein solches Verfahren unter allen denkbaren Umständen unrichtig sei. Nützlich und zweckmäßig kann es aber nur dann sein, wenn der Leiter der Politik sich in vollem Umfange über den kolonialen Wert der kolonialen Objekte klar ist, die er als Mittel seiner auswärtigen Politik nutzbar machen will, und sie nicht nur als realen, sondern auch als eventualen Wert beurteilt.

Hohenlohe schreibt in seinen Denkwürdigkeiten unter dem 19. Juni 1890: „Aus den Mitteilungen, die ich gestern im Auswärtigen Amt erhielt, geht hervor, daß das Abkommen keineswegs ungünstig ist, und daß wir mit der Abtretung von Helgoland zufrieden sein können. Dazu kommt, daß, wie Münster (der deutsche Botschafter in London) geschrieben hat, die Stimmung in England uns sehr ungünstig war, da wir in der Kolonialpolitik die Engländer in ungewohnter Weise auf die Hühneraugen getreten hatten. Wir waren also der Gefahr ausgesetzt, daß sich England an Frankreich und Rußland angeschlossen hätte, was ganz gefährlich geworden wäre.“

Wir wissen nicht, wie weit die damals von England gemachten Schwierigkeiten oder drohenden Andeutungen gegangen sind. Jedenfalls ist aber schwer denkbar, daß sie einer geschickten Diplomatie unmöglich gemacht hätten, jene kolonialen Einfluß- und Grenzfragen auch weiterhin auf die lange Bank zu schieben. Die einzige heute feststellbare Tatsache ist die, daß der Reichskanzler v. Caprivi dieser Ansicht war und

hauptsächlich deshalb den Tausch bzw. das Abkommen für nötig und für nützlich hielt. Er war der Meinung, daß Deutschland in Ostafrika nur Dinge opfere, die ohne Wert seien; daß man dafür den wertvollen Küstenstreifen und das wertvolle Helgoland erhalte, außerdem, und das war die Hauptsache, enge freundschaftliche Beziehungen zu England.

Es ist leider nicht festzustellen, in welchen zeitlichen Verhältnissen zueinander Gedanke und Durchführung des Abkommens mit England zu dem Gedanken des Aufgebens des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages gestanden haben. Es ist wahrscheinlich, daß sie aus derselben dreifachen Wurzel erwachsen sind: dem Gefühle der persönlichen Unmöglichkeit, das von Bismarck errichtete System europäischer Politik aufrechtzuerhalten und zu meistern; dem Mißtrauen gegen Rußland, der Zugänglichkeit gegenüber den Argumenten britischer Staatsmänner; eine Zugänglichkeit wiederum, die sich teilweise in der Überzeugung Caprivis begründete, das Deutsche Reich bedürfe nach seinen Verhältnissen engsten Anschlusses an Großbritannien. Es liegt auf der Hand, daß die britischen Staatsmänner schnell zugriffen und die Gelegenheit ausnutzten, besonders da sie wußten — wahrscheinlich sogar selbst suggeriert hatten — daß, Caprivi den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag verfallen zu lassen entschlossen war.

So hatte Caprivi von seinem Standpunkte wenig fortgegeben, um viel dafür einzutauschen. In Deutschland war man durchweg anderer Ansicht, und auch heute ist es kaum möglich, sich des Glaubens zu entschlagen, daß es sachlich nicht nötig war, alle jene afrikanischen Gebiete preiszugeben. Freilich, die Politik wird von Personen gemacht, und so beruhte die Art jenes Handels auch auf den persönlichen Überzeugungen und relativen Fähigkeiten Caprivis. Es ist nicht richtig zu sagen, daß er sich von England habe „übertölpeln" lassen, denn er hatte sich subjektiv vollkommen klare Urteile über die zur Verhandlung stehenden kolonialen und rein politischen Tauschwerte gebildet. Caprivi und Lord Salisbury maßen nicht mit ungleichen, sondern mit ganz ungleichartigen Maßstäben. Caprivis Wertbemessung der Kolonien war unrichtig, Lord Salisbury hatte nicht die Fähigkeit in Helgoland einen Zukunftswert zu erblicken.

* * *

Wer heute abschätzen will, wieviel von den deutschen Ergebnissen jenes Tauschhandels wesentliche positive Bedeutung behalten hat, wird weit vor allem die Insel Helgoland finden. Die negative Bedeutung, mit anderen Worten der Verlust jener großen afrikanischen Gebiete bleibt natürlich Verlust, während die Insel Sansibar, besonders auch als Zu-

kunftswert, ebenso weit überschätzt worden ist wie die Walfischbucht. Es ist schwer, jene aufgegebenen afrikanischen Gebiete mit der Insel Helgoland in Vergleich zu stellen, weil beide der Art und dem Verwendungszwecke nach zu verschieden sind. Will man sie aber unter einen Generalnenner bringen, so ist als solcher nur der Zustand anzuerkennen, welcher vorhanden war, als der Tauschhandel noch nicht stattgefunden hatte. Man könnte einwenden, daß, ehe wir Helgoland hatten, kein Mensch nachteilig empfand, daß wir es nicht besaßen, und, wenn sich später ein Wert entwickelt habe, dieses auch bei den afrikanischen Gebieten, die deutscherseits aufgegeben wurden, der Fall gewesen sein würde. Diese Beweisführung ist aber nicht richtig, denn die, wenn man so sagen darf, unmittelbar interessierte Stelle: die deutsche Marine, war sich eines erheblichen Wertes der Insel Helgoland wohl bewußt; in erster Linie freilich des negativen Wertes der britischen Insel.

Man mußte sich selbstverständlich schon für Mobilmachungsvorbereitungen und Operationspläne, für alle der Küstenverteidigung geltenden Dispositionen die Überlegung machen, wie man das britische Helgoland militärisch zu verrechnen habe. Da der Admiralstab ebensowenig wie der Generalstab nur mit jeweiligen politischen Konstellationen rechnen kann, noch darf, so wird er damals auch einen Krieg mit England, nicht nur einen solchen mit Frankreich in Betracht gezogen haben. Auch in der Erwägung eines französischen Krieges konnte die Marinebehörde aber nicht a priori die Annahme zugrunde legen, daß Großbritannien sich in wohlwollender Neutralität, ja überhaupt im Stande der Neutralität dem Deutschen Reiche gegenüber verhalten würde. Daß Großbritannien d a m a l s diese wohlwollende Neutralität Deutschland gegenüber betätigt haben würde, kann freilich keinem Zweifel unterliegen; das mag beiläufig bemerkt sein, um Mißverständnisse auszuschließen. Es ist nicht nötig, hier alle militärischen Eventualitäten zu erschöpfen, wir können sie in den einen Satz zusammenfassen: daß die Insel Helgoland in den Händen einer feindlichen oder nicht wohlwollend neutralen Macht, sei es auch nur zeitweise während des Krieges, eine erhebliche Gefahr für die deutsche Küstenverteidigung und Flotte, auch eo ipso eine Schwächung beider bedeutet haben würde.

Die deutsche Marine war damals sehr klein, sie besaß kein einziges vollwertiges Hochseeschlachtschiff, ihr Schiffsmaterial war teils veraltet, teils in der Anlage verfehlt und nicht unter dem Gesichtspunkte zielbewußter einheitlicher Verwendung entstanden. Der einzige Teil der Flotte, dem ein wirklicher und höherer Wert auch nach heutiger Beurteilung zugemessen werden konnte, waren die Torpedoboote. Die feste Küstenverteidigung war sehr lückenhaft und schwach; es fehlte auch ihr

jene organische Einheitlichkeit, die nur aus dem leitenden Gesichtspunkte hervorgehen kann, welcher das Schiffsmaterial und seine Entstehung, Organisation und militärischen Verwendungszweck in höherer Einheit zur Deckung bringt. Deshalb war die deutsche Flotte auf die Küstenverteidigung angewiesen, und wenn auch schon damals weiter gehende Pläne und Gedanken bei vielen Seeoffizieren bestanden haben, so würde um die Zeit des Helgolandtausches eine andere kriegerische Verwendung der deutschen Flotte gar nicht möglich gewesen sein. Unter diesem Gesichtspunkte beurteilten denn auch die maritimen Autoritäten die Insel Helgoland. Es war ihnen klar, daß die Insel in Feindeshand eine gefährliche Angriffsbasis gegen die Küsten- und Flußmündungen unserer Nordseebucht und den deutschen Seehandel bedeutete. Setzte man ein wohlwollend neutrales England voraus, so fiel diese Helgolandgefahr weg. Wurde Helgoland jetzt aber deutsch, so mußte die deutsche Marine die Insel verteidigen, oder diese würde unmittelbar in den Besitz des Feindes übergehen und ihm als Basis dienen. Das bedeutete einen unangenehmen Punkt, denn die Kostenfrage war für die Marine jener Zeit nicht nur eine heikle, sondern man konnte sie nur mit einem hohen Grade von Hoffnungslosigkeit betrachten. Hier mögen denn auch gewisse Bedenken bei den leitenden Seeoffizieren sich erhoben haben, als die Insel Helgoland deutsch wurde. Viel Geld auf sie zu verwenden, wäre nur auf Kosten dringender Bedürfnisse der schwimmenden Flotte möglich gewesen, man mußte Helgoland also vorläufig als schwache Stelle — neben vielen anderen — in den Kauf nehmen. Bekanntlich beschränkte man sich darauf, die Insel nach Kräften gegen einen Handstreich zu schützen, ein Schutz freilich, der keineswegs genügte und der die Gefahr, die aus dem deutsch gewordenen Helgoland erwuchs, nicht beseitigen, sondern eigentlich nur vermehren konnte.

Das Urteil des Fürsten Bismarck ist bekannt und viel erörtert worden. Der Vollständigkeit halber mag es aber auch in diesem Zusammenhange Platz finden:

„Im Hinblick auf eine voraussichtlich französische Blockade war bisher die Deckung Helgolands durch die englische Neutralität für uns nützlich; ein französisches Geschwader konnte daselbst kein Kohlendepot haben, sondern war genötigt, zur Beschaffung des Kohlenbedarfs in bestimmten nicht zu langen Zeiträumen nach den französischen Häfen zurückzukehren oder eine große Anzahl von Frachtschiffen hin- und hergehen zu lassen. Jetzt haben wir den Felsen mit eigener Kraft zu verteidigen, wenn wir verhindern wollen, daß die Franzosen im Falle des Krieges sich daselbst festsetzen.“ (Gedanken und Erinnerungen II.)

1891 hat Bismarck an Busch gesagt, der Wert der Insel läge mehr

in der Phantasie, und sie sei für uns im Kriege besser in den Händen einer neutralen Macht, lasse sich auch nur schwer befestigen und nur mit großen Kosten. Auch in anderer Verbindung hat der große Kanzler betont: die Insel müßte sehr stark befestigt werden, sollte sie Nutzen für uns haben.

Daß das Bismarcksche Urteil in seinem Hauptpunkte nicht nur längst überholt ist, sondern tatsächlich auch damals schon unrichtig war, braucht kaum bewiesen zu werden. Niemand hat nachdrücklicher als Bismarck auch noch in den letzten Jahren seines Lebens betont und gelehrt, daß man keine politische Gruppierung, kein Bündnis als Dauerzustand betrachten dürfe, das Element der internationalen Politik sei ein flüssiges und kehre trotz aller Bindungen von Zeit zu Zeit immer wieder in diesen, den natürlichen Aggregatzustand zurück. Schon unter diesem richtigen Gesichtspunkte betrachtet, war es grundsätzlich falsch, den Wert oder Unwert der Insel Helgoland nur unter der Voraussetzung einzuschätzen, daß die vormalige Besitzerin Großbritannien, in einem deutsch-französisch-russischen Kriege dem Deutschen Reiche unbedingt wohlwollend neutral bleiben werde und als Gegner niemals in Betracht kommen könne.

Recht aber hatte Bismarck mit der Bemerkung, die Insel könne für uns nur Wert haben, wenn sie sehr stark befestigt sei. Er sagte das zur Verstärkung der Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit der Erwerbung. Heute können wir dieses Bedenken nicht als richtig anerkennen, aber man versteht es wenigstens historisch im Gedanken an die Kämpfe, welche Bismarck und auch noch seine nächsten Nachfolger um die nötigsten Aufgaben und um Summen, die absolut und verhältnismäßig sehr gering waren, durchfechten mußten. Tatsächlich hat es lange gedauert, bis Helgoland jene notwendige starke Befestigung bekommen hat. Zunächst freilich mußte eine Befestigung im großen Maßstabe hinter den Bedürfnissen der Flotte und Küstenverteidigung mit Recht zurückgestellt werden. Sie waren in der Tat dringender.

Als der Reichskanzler v. Caprivi im Reichstage das Abkommen verteidigte, äußerte er sich über die Insel Helgoland mit den folgenden Sätzen: „Die Insel Helgoland, die wir dabei bekommen haben, wurde ja allgemein für ziemlich wertvoll gehalten, wenigstens spricht man ihr ein pretium affectionis zu, — man gibt auch zu, wenigstens ein Teil der Menschen, daß sie für die Verteidigung unserer Nordseeküsten einen gewissen Wert haben könnte. Ich schlage den Erwerb dieser Insel in dem Vertrage — und das kann ich jetzt sagen — ungleich höher an, den negativen Wert. Stellen Sie sich vor, was geworden wäre, wenn die Insel, von der man sagt, sie war für die Engländer ziemlich wertlos — und das

mag ja richtig sein —, aus englischen Händen in andere übergegangen wäre. England hat Bedürfnisse in allen Weltteilen, hat Besitzungen rund um den Erdball, und es möchte am Ende nicht ganz schwer geworden sein, für England ein Tauschobjekt zu finden, das ihm willkommen gewesen wäre, und für das es wohl geneigt gewesen wäre, die Insel fortzugeben. Ich möchte einmal den Entrüstungssturm — und in diesem Falle würde ich ihn für berechtigt gehalten haben — gesehen haben, wenn im Laufe von Jahr und Tag, oder kurz vor Ausbruch eines künftigen Krieges die englische Flagge von Helgoland heruntergegangen und eine uns weniger nahestehende vor unseren Häfen erschienen wäre."

Wir wissen nicht, ob Caprivi tatsächlich begründete Besorgnis hat hegen können, daß Helgoland durch Tausch in die Hände Frankreichs überging. Die Annahme klingt recht unwahrscheinlich, stand aber nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Seine Begründung des Wertes der Insel ist deshalb nicht eben inhaltreich; England zieht er — von seinem Standpunkte folgerichtig — nicht als möglichen Gegner in Betracht.

In der Denkschrift, die damals von Caprivi veröffentlicht wurde, führte er aus: Die Insel bedeute für Deutschland eine wesentliche Erhöhung des Schutzes der Küsten und Flußmündungen an der Nordsee. Auch neutral hätte sie einem Feinde gleichwohl einen gewissen Stützpunkt gewährt. — Das ist nicht unrichtig, denn eine neutrale Insel schoß im Kriege nicht selbst, stützte keine deutschen Seestreitkräfte, diente nicht als deutsche Beobachtungsstation, gab aber unter gewissen Verhältnissen feindlichen Schiffen außerhalb der Neutralitätsgrenze Schutz gegen Wind und Wetter. — Sei die Insel, so fährt der Bericht fort, in unserem Besitze und gut befestigt, so könne eine feindliche Flotte sich kaum längere Zeit vor den Flußmündungen halten, eine Blockade würde sehr erschwert werden, auch erhalte der im Bau befindliche Nordostseekanal erst durch das deutsche Helgoland seinen vollen Wert. —

Diese Beweisgründe waren damals stichhaltig und sind es heute — man möchte sagen — in zwanzigster Potenz. Für die deutsche Marine war es schon 1890 lediglich eine Geldfrage, den Wert Helgolands stark zu erhöhen, nämlich durch entsprechende Befestigung. Die strategische Lage der Insel tief im Winkel der Nordseebucht, dicht vor der Elbe, Weser, Jade und Ems und vor der Mündung des Nordostseekanales ist eine militärisch so ungemein inhaltreiche, daß man sich trotz der damals so intimen englisch-deutschen Beziehungen wieder und wieder wundern muß, wie der sprichwörtliche praktische Weitblick der Engländer über die Bedeutung der Insel völlig hinwegsehen konnte. Das wird durch die Vorgeschichte noch drastischer beleuchtet:

In den Jahren 1885 und 1887 — wir folgen hier dem Berichte des früheren Reichstagsabgeordneten Kalle, mitgeteilt von Prof. W. Müller — war im englischen Unterhause der Antrag gestellt worden, die Insel, welche England nur Kosten verursache, ohne kommerziellen und strategischen Nutzen zu bringen, an Deutschland abzutreten, was zur festeren Knüpfung des zwischen den beiden Staaten bestehenden Freundschaftsbandes dienen würde. Die britische Regierung erwiderte, Deutschland lege keinen Wert auf den Besitz Helgolands. Daraufhin wendete Kalle sich an den damaligen Chef der Admiralität, v. Caprivi, „der die Bedeutung der Insel voll anerkannte“, aber für nötig erklärte, daß Kalle, der im Reichstage eine Resolution einbringen wollte, sich vorher an das Auswärtige Amt wende. Man müsse da erfahren, ob die internationalen Beziehungen zur Anbahnung eines solchen Schrittes angetan seien. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Herbert Bismarck, habe gesagt, die Erwerbung Helgolands werde schon lange geplant, auch wünsche sie Prinz Wilhelm (Kaiser Wilhelm II.). Augenblicklich sei die Anregung der Frage aber nicht opportun, denn man wünsche die derzeitige britische Regierung zu erhalten. Bringe sie die Helgolandfrage ein, so werde sie wahrscheinlich starke Opposition finden. Sobald die Verhältnisse aber günstig seien und man deutscherseits über einen geeigneten Ausgleichsgegenstand verfüge, werde man vorgehen.

Die Ereignisse der nächsten Jahre haben es dazu bekanntlich nicht kommen lassen, aber diese unanfechtbaren Angaben zeigen auf alle Fälle, daß der Erwerb der Insel schon unter Bismarck eingehend erwogen worden war, auch auf seiten der Marineverwaltung. Letzterer mußte sich die Frage geradezu aufdrängen, von dem Augenblicke an, wo der Bau des Nordostseekanals beschlossen war (Baubeginn 1887). Durch diesen Kanal wurde die Elbmündung nicht nur zum Ausfallstor für die deutschen Streitkräfte nach der Nordsee, sondern eben deshalb zum Angriffspunkte für die Seestreitkräfte eines Feindes, und damit zu einer überaus gefährlichen Stelle, wenn nicht genügender Schutz vorhanden war. Eine Macht, die Helgoland besaß und zugleich über eine starke Flotte verfügte, war in gewissem Sinne Herrin des deutschen Nordostseekanales. Es ist nichts Zuverlässiges darüber bekannt, aber an sich wahrscheinlich genug, daß Prinz Wilhelm, später Kaiser Wilhelm II., der Insel Helgoland nicht nur das „pretium affectionis“ zubilligte, sondern daß er den tatsächlichen strategischen Wert der Insel erkannte. Kaiser Wilhelm hat gerade auf maritimem Gebiete verschiedene Male bedeutenden Weitblick gezeigt. Die ihm eigene Beharrlichkeit, mit der er den Gedanken festhielt, bis er in der Lage war, ihn ausführen zu lassen, die Schnelligkeit, mit der er den Erwerb der Insel durchsetzte, läßt darauf schließen, daß es sich für ihn

nicht nur um den Gefühlswert handelte. Die ungeheuere Wertsteigerung, welche die Insel seit etwa einem Jahrzehnte erfahren hat, durch die neuzeitlichen Faktoren des Seekrieges: Unterseeboote, Luftfahrzeuge, die neue Aera des Minenkrieges, die Funkentelegraphie — die konnte freilich damals niemand voraussehen. Heute — darüber besteht längst kein Zweifel mehr — ist uns Helgoland mehr wert als irgendein denkbares Kolonialgebiet. Ein in fremden Händen befindliches Helgoland würde für das jetzige und zukünftige Deutschland einen maritim und politisch tatsächlich unerträglichen Zustand bedeuten. Ein englisches Helgoland würde mit dem Anwachsen der deutschen Flotte und der Vervollständigung der deutschen Küstenverteidigung entsprechend militärisch ausgestaltet worden sein, heute eine gewaltige Festung und einen wohl ausgerüsteten Stützpunkt für Unterseeboote, Torpedoboote und Luftfahrzeuge bilden, eine unschätzbare Beobachtungs- und Signalstation, ein Kohlendepot und einen Ankerplatz für britische Hochseegeschwader. Wir hätten die britische Flotte mitten in unseren eigenen Gewässern, unmittelbar vor unseren Flußmündungen in Sicht der Küstenbefestigungen und beherrschend für die Mündung des Nordostseekanales, bzw. der Elbe, Jade, Weser und Ems. Kein deutsches Kriegsschiff könnte aus- oder einlaufen, ohne von Helgoland aus — oder von dort stationierten Schiffen — gesichtet und nach England signalisiert zu sein. Zieht man dazu die schon jetzt ungeheuer erhöhte und immer noch wachsende Geschwindigkeit der Kriegsschiffe in Betracht, ferner das für die Praxis beinahe zeitlose Arbeiten der Funkentelegraphie als Signalmittel, so braucht nicht mehr langatmig bewiesen zu werden, daß ein heute englisches Helgoland nicht nur unbequem wäre, nicht nur eine Gefahr darstellte, sondern daß es eine ungestörte Mobilmachung der einzelnen Glieder unserer Seestreitkräfte und Küstenverteidigung unmöglich machen und ihren Aufmarsch noch weniger gestatten würde. Deutschland hätte Schiffe bauen, es hätte viele Millionen in seine Seerüstung hineinstecken können, aber das englische Helgoland hätte stets unmöglich gemacht, daß die deutsche Seemacht ein strategisches Rückgrat erhielte. Kurz, es ist mit keiner Silbe übertrieben, wenn man behauptet, daß eine starke deutsche Seemacht ohne ein deutsches Helgoland damals ausgeschlossen gewesen wäre. Das würde aber in weit höherem Maße heute ebenso wie morgen gelten; denn der militärische Wertzuwachs der Insel steigt weiter. Daraus geht hervor, daß an und für sich kein kolonialer Wert zu hoch sein konnte, um die Insel wieder an Deutschland zu bringen, denn von den kolonialen Werten, die damals in Betracht kamen, bedeutete kein einziger eine *vitale* Notwendigkeit für die Verteidigungsrüstung des Deutschen Reiches, weder der Gegenwart, noch der Zukunft.

Die Frage, welche, wenn schon einigermaßen akademisch geworden, zu beantworten bleibt, ist: ob es nötig war, gerade jenen kolonialen Preis für die Insel zu zahlen. Das wird man, ohne dem damaligen Reichskanzler zu nahe zu treten, verneinen können. Wie ausgeführt wurde, war der Hauptzweck, den Caprivi mit dem Abkommen von 1890 verfolgte, weniger einen in sich vorteilhaften Handel zu machen, als die Beziehungen mit England besser zu gestalten und zu festigen, weil er sie gefährdet und erschüttert glaubte.

In England dachte man 1890 ebenso wie 1885 und 1887 sehr gering vom Werte der Insel Helgoland. Trotzdem wurde ein am 2. Juni 1890 im Unterhause gestellter Antrag auf Abtretung Helgolands an Deutschland mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, unter der sonderbaren Begründung, daß man dann auch die Kanalinseln an Frankreich und Gibraltar an Spanien abtreten müsse. Vierzehn Tage später, nachdem die Tauschbedingungen bekannt geworden waren, wurde die Abtretung von beiden Parlamenten angenommen. In der englischen Presse war man mit dem Abkommen überaus zufrieden und meinte, die Insel Helgoland sei von äußerst zweifelhaftem Werte und werde nur von Schmugglern und Gefühlsmenschen geschätzt, während die Insel Sansibar den Schlüssel in Ostafrika bilde. Jede Seemacht, welche diese Insel besitze, habe die Vorherrschaft an der ostafrikanischen Küste.

Der Premierminister Lord Salisbury führte aus, daß Helgoland, nachdem es im Kriege gegen Napoleon von Wichtigkeit für England gewesen sei, seit 1821 keine militärische Besatzung mehr habe. Der strategische und kommerzielle Wert der Insel sei für England geringfügig. Im Falle eines Krieges mit Deutschland würde dieses sofort eine Streitmacht nach Helgoland senden, bevor die englische Ersatzflotte angelangt sei. Im Falle eines Krieges mit anderen Mächten müsse England bei Helgoland eine Flotte stationieren und würde somit seine Kräfte zersplittern müssen. Die Abtretung der „sentimentalen Insel" (sentimental island) entspreche den wahren Interessen Englands, nachdem man jetzt einen befriedigenden Ersatz dafür ausfindig gemacht habe.

Man kann diese Ausführungen vom militärischen Standpunkte nur mit Kopfschütteln betrachten und mit Erstaunen darüber, daß die britische Admiralität sich die verschiedenen denkbaren politischen und militärischen Möglichkeiten gar nicht durchdacht hatte. Man war offenbar einerseits geblendet durch die großen Zugeständnisse Deutschlands in Afrika, anderseits — und das war der springende Punkt — dachte man nicht entfernt daran, daß eine wirklich beachtenswerte deutsche Seemacht, eine Hochseeflotte in absehbarer Zeit entstehen könne. War eine solche aber nicht vorhanden und trotzdem Krieg mit Deutschland, so konnte es den britischen Interessen ziemlich gleichgültig sein, ob ein deutsches

Helgoland daläge, das die britischen Geschwader gar nicht zu beachten brauchten, sondern rechts und links passieren konnten, um die deutschen Häfen und Küsten direkt zu blockieren.

Auf seiten Lord Salisburys ist der Gedanke an die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland überhaupt nur ein akademisches Gedankenspiel gewesen, und er war ohne Zweifel der Überzeugung, welche er mit den Worten ausdrückt: „Wir haben ein Abkommen getroffen, das jede Gefahr der Uneinigkeit und des Streites zwischen uns beseitigt und auf lange Zeit hinaus die guten Beziehungen derjenigen befestigt, die infolge ihrer Sympathien füreinander, infolge ihrer Interessen und ihrer Abkunft immer gute Freunde sein werden."

Man war also in England mit dem Handel an und für sich sehr zufrieden, und das Wort Stanleys: man habe für einen Hosenknopf einen ganzen Anzug erhalten, drückte wohl die allgemeine Ansicht der britischen Diplomaten und Kolonialpolitiker aus. Dazu kam als zweites, sehr erhebliches Moment die Beurteilung des Tauschgeschäftes im Rahmen der europäischen Lage: Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag war gelöst worden, Großbritannien sah sich von einem bedeutenden Teile seiner russischen Sorgen befreit und wußte, daß die deutsche Politik eben deshalb bis auf weiteres auf Zusammengehen mit der britischen — ja auf ihr Kielwasser — in hohem Maße angewiesen war. Die britische Politik, die sich möglicherweise vorher in gefährlicher Weise isoliert fühlte, brauchte jetzt keine unvorteilhaften Kompromisse mehr mit Frankreich zu schließen oder an solche zu denken. Sie hatte eine sehr vorteilhafte europäische Basis durch Verbindung mit der größten festländischen Militärmacht gewonnen, anderseits diese auf dem europäischen Festlande aus ihrer beherrschenden Stellung hinausgebracht, schließlich für einen lächerlich gering erscheinenden Preis die vorher eingeengte Stellung des britischen Reiches in Ostafrika frei gemacht und erweitert.

In Deutschland war die Mißbilligung des deutsch-englischen Abkommens eine ganz allgemeine. Unter Führung der vom Fürsten Bismarck inspirierten „Hamburger Nachrichten", außerdem der deutschen Kolonialforscher und Kolonialpolitiker, wurde heftige Kritik geübt, deren sachliche Argumente bereits Erwähnung gefunden haben. Was allen diesen Kritiken fehlte, war eine auch nur annähernd richtige Einschätzung des gegenwärtigen und zukünftigen Wertes der Insel Helgoland. Es ist möglicherweise Absicht gewesen, daß man auf seiten der Regierung bzw. der Marineverwaltung unterließ, mit der nötigen Eindringlichkeit Aufklärung zu schaffen. Nur vom damaligen Admiral Reinhold Werner liegt eine wohlwollende Beurteilung Helgolands vor, die aber auch nicht weiter in den Gegenstand eindrang, sondern an der Oberfläche blieb.

Die Frage ist unlösbar und deshalb müßig, ob man überhaupt Helgoland damals billiger hätte bekommen können. Die theoretische Möglichkeit läßt sich natürlich nicht abstreiten. Was wir aber heute wissen, während damals kein Mensch daran dachte, vielleicht außer dem Deutschen Kaiser, das ist die absolute, durch nichts ersetzbare Notwendigkeit, daß wir Helgoland haben mußten, wenn Deutschland damals zur See etwas gelten sollte und wollte. Hier liegt der eigentliche Knoten, in welchem die Frage sich schürzt und aus dem sie auch nur gelöst werden kann. Eine starke deutsche Hochseemacht war aber ein Gedanke, der damals wohl nur im Kopfe des Deutschen Kaisers und einiger weniger Seeoffiziere bestand. Unter diesem Gesichtspunkte mußte sich die Frage des Tausches, der Tauschwerte und ihre nachherige Beurteilung ganz anders darstellen. Weiter ist zu beachten, daß tatsächlich keine Zeit zu verlieren war, wollte man Helgoland haben. Wir brauchen heute nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahrzehnte nicht zu beweisen, daß keine britische Regierung an eine Abtretung der Insel, für welchen Preis auch immer, hätte denken können, sobald offenbar geworden war, daß die Pläne des Deutschen Kaisers tatkräftig und konsequent auf eine starke deutsche Flotte hinausgingen. Im Augenblicke wäre die Möglichkeit eines Erwerbs der Insel für das Deutsche Reich unwiederbringlich dahin gewesen und damit die Zukunft der deutschen Seemacht im Keime verkrüppelt worden.

Am Ende der Amtsführung Caprivis.

In die Beziehungen Deutschlands zu England begannen sich einige leise Mißtöne einzuschleichen. Der deutsch-französische Kamerunvertrag hatte in England Unzufriedenheit erregt, weil durch ihn Frankreich bis an den Scharifluß herangekommen war.

Im Winter 1893 war ein Abkommen mit England über die Westgrenze des Hinterlandes von Kamerun geschlossen worden, die Frage der Ostgrenze blieb mit Frankreich zu regeln. Die französische Regierung hatte damals schon weitausschauende Pläne in Erwägung. Der Gedanke eines großen einheitlichen französischen Reiches in Afrika stand den Staatsmännern vor Augen. Mit Eifer, mit Geschicklichkeit und Energie nahm man die Frage in die Hand, während auf deutscher Seite wohl weniger Eifer vorhanden war, zumal aber große und feste Gesichtspunkte für die Richtung einer zukünftigen deutschen Expansion in Afrika fehlten. Wir brauchen uns nicht mehr in eine Kritik jenes Abkommens einzulassen, aber es kann kaum ein Zweifel obwalten, daß es heute in Deutschland eine Unmöglichkeit wäre, ein solches Abkommen einzugehen. Die Pa-

riser Presse war voll Triumph darüber und verzeichnete es als den „ersten Sieg über Deutschland". Die Kehrseite aber war, wie gesagt, der Unwille Englands, denn gerade dasjenige Gebiet, welches man im deutsch-englischen Vertrage vom November 1893 Deutschland gelassen hatte, damit die Franzosen es nicht nähmen, wurde nun an Frankreich abgetreten. Zwischen Frankreich und England bahnten sich damals scharfe Gegensätze in Afrika an, und es konnte Frankreich nur erwünscht sein, bei dieser Gelegenheit das Deutsche Reich England gegenüber als Kulisse vorzuschieben. So betonte man im französischen Senat die Gemeinsamkeit der deutsch-französischen Kolonialinteressen.

Im selben Jahre vereinbarte England mit dem Kongostaate einen Vertragsentwurf, welcher den Engländern den Landstreifen zwischen dem Albert-Eduardsee und dem Tanganjikasee in Pacht gab. Es war dieses ein Akt der Rücksichtslosigkeit gegen Deutschland sowohl wie gegen Frankreich, außerdem stand der Vertrag als solcher dem Kongovertrage von 1884 entgegen, denn dieser verbot dem Kongostaate, auf eigene Hand Grenzänderungen vorzunehmen. Deutschland und Frankreich erhoben sofort Protest gegen jenen Pachtvertrag, welcher daraufhin denn auch aufgehoben wurde.

Im britischen Kabinette war gegen Ende des Jahres 1892 Lord Salisbury durch Gladstone ersetzt worden; Staatssekretär des Auswärtigen war Lord Roseberry. Der Reichskanzler Caprivi hatte im Reichstage das Vertrauen ausgesprochen, diese neuen Männer würden ebenso eifrig die englisch-deutschen Beziehungen pflegen, wie Lord Salisbury. Jener versuchte Kongovertrag Englands zeigte aber schon eine gewisse, nicht sehr freundschaftliche Hinterhaltigkeit, und als 1894 Lord Roseberry Premierminister wurde, trat eine entschiedene Schwenkung nach Rußland hin hervor. Der Prinz von Wales reiste — wie die „Times" sagten, als „Sonderbotschafter" — nach St. Petersburg und wurde dort mit freundschaftlicher Sympathie begrüßt. Die russisch-englischen Schwierigkeiten in Mittelasien wurden durch ein Abkommen zeitweilig beigelegt, und die englische Presse begann bereits von einer Isolierung Deutschlands zu sprechen.

Im selben Jahre schickte die deutsche Regierung zwei Kriegsschiffe nach der Delagoabai als Demonstration gegen indirekte englische Einmischung in portugiesische Streitigkeiten. Daraufhin schrieb die Transvaler „Volks Stem": „Bisher haben die Deutschen uns gegenüber die Engländer immer frei schalten lassen; endlich scheint man in Berlin die Verkehrtheit dieser Politik eingesehen zu haben. Im Namen des transvaalischen Volkes bringen wir Deutschland unseren Dank." Der südafrikanische Knoten begann sich zu schürzen, und die Delagoabai wurde von

den Buren mit dem richtigen Instinkt der Besorgnis als der gefährliche Punkt erkannt.

Am 1. November 1894 starb Zar Alexander. Kurz vorher war der Reichskanzler v. Caprivi zurückgetreten, nachdem er noch das Bismarcksche Verbot vom Jahre 1887, russische Werte zu beleihen, aufgehoben hatte. Die Maßnahme wurde „als ein Akt hoher Gerechtigkeit“ in Rußland gepriesen, blieb aber naturgemäß ohne politischen Einfluß, während anderseits selbstverständlich war, daß eine solche Ausnahmebestimmung nicht für die Dauer berechnet sein konnte. Bismarck selbst hat nach seinem Rücktritte geäußert: es sei nur eine Gelegenheitsmaßnahme gewesen. In Frankreich wurde der Präsident Carnot ermordet, und als Minister des Auswärtigen begann der geschickte Gabriel Hanotaux eine eifrige und erfolgreiche Tätigkeit. Hanotaux trieb eine Politik, die ihren Methoden nach vorurteilsfrei war, auch im politischen Verkehr mit Mächten, zu denen Frankreich in nicht guten Beziehungen stand, zumal mit dem Deutschen Reiche und Großbritannien.

Der Schluß der Caprivischen Amtszeit zeigt das Deutsche Reich im Zustande einer tastenden politischen Orientierung nach Auflösung der von Bismarck geschaffenen Konstellation. Deutschlands beide großen festländischen Grenznachbarn hatten sich die Hände gereicht und waren fest miteinander verbunden. Die deutsch-russischen Beziehungen waren lose und kühl, ohne gegenseitiges Vertrauen, während das vor zwei Jahren noch so enge Verhältnis mit Großbritannien sich zu lösen begann und schon unklar geworden war. Koloniale Fragen begannen die Orientierung der Großmächte stark zu beeinflussen. Deutschland beteiligte sich nicht mit Glück an ihnen, soweit Grenzregelungen in Frage kamen. Dagegen scheint jene Entsendung der beiden deutschen Kreuzer nach der Delagoabucht aus einem, wenn nicht zielbewußten, so doch von einem bestimmten Gesichtspunkte ausgehenden politischen Gedanken des Freiherrn v. Marschall veranlaßt worden zu sein: dem eines erheblichen deutschen Interesses an der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der südafrikanischen Burenrepubliken. Es war das die einzige Äußerung einer weitergreifenden Politik des Deutschen Reiches, eines ersten Anfanges.

Der Dreibund stand unerschüttert da, aber in Italien war der Streit der Meinungen heißer denn je. Das Land litt wirtschaftlich stark. Viele Politiker behaupteten, daß das Deutsche Reich seinem südlichen Bundesgenossen nicht mehr so bereitwillig und energisch Rückenstärkung gäbe, wie zu Bismarcks Zeiten. Der Dreibund erdrücke dagegen durch seine ungeheuren Militärlasten das italienische Volk wirtschaftlich. Eine starke — gleichzeitig frankreichfreundliche — Opposition gegen Monarchie und

Heer machte sich bemerklich. Crispi, 1894 wieder Ministerpräsident, trat mit Energie für das Heer ein und rief den Italienern zu: „Nur die Monarchie bezeichnet die Einheit und die Zukunft des Vaterlandes.“ Trotz des Zwischenfalles von Aigues-Mortes, als in Italien die gerechte Entrüstung gegen Frankreich wieder einen Gipfel erreichte, war während der Jahre 1891 bis 1894 ein Wachsen der Stimmung für Frankreich unverkennbar; nicht gerade bewußt auf Kosten des Dreibundes, aber es herrschte doch die Anschauung, daß nach Aufhören des Zollkrieges und Platzgreifen einer versöhnlicheren Stimmung zwischen den beiden Mächten die wirtschaftlichen Nöte des Landes sich mindern würden. Unterstützt wurde diese Stimmung durch das Mißfallen am italienisch-deutschen Handelsvertrage. Crispi, als Vertreter der Opposition im Parlamente, tadelte sogar (1892), daß man den Dreibundvertrag vor dem Abschluß des neuen Handelsvertrages erneuert und so ein Druckmittel im Sinne des letzteren ohne Not aus der Hand gegeben habe.

Die internationalen Kolumbusfeste 1892 in Genua vollends waren ein bedeutungsvolles Symptom von dem Umschwunge der italienischen Stimmung Frankreich gegenüber. Kriegsschiffe aller europäischen Nationen lagen auf der Reede von Genua versammelt, freilich nur ein einziger deutscher Kreuzer bezeichnete als ein von der französischen Presse verspottetes Symbol die Ohnmacht des Deutschen Reiches zur See. Der Chef des französischen Geschwaders aber, Admiral Rieunier, überbrachte dem König von Italien einen Brief des Präsidenten Carnot, und der König antwortete: dieser Brief sei der Beweis einer Freundschaft, „die uns teuer ist und die unseren Gefühlen lebhaftester Sympathie für Frankreich entspricht!“ —

Trotz der Herzlichkeit der wiederholten deutsch-italienischen Monarchenbesuche, trotz der unbezweifelbaren Aufrichtigkeit dieser Kundgebungen, zeigten jene Symptome eben durch die Ständigkeit ihrer Wiederholung das, vom Könige bis zu den Abgeordneten der Opposition im Parlamente und bis zu den gedankenlosen Verherrlichern lateinischer Rassengemeinschaft und italienischer Dankpflichten gegen Frankreich — daß das nach der französischen Seite hin drängende Moment stärker wurde. Ende des Jahres 1893 erhoben sich sogar Stimmen für ein enges Zusammengehen mit Rußland und Frankreich. Den leitenden Persönlichkeiten und dem Könige lag zwar eine Trennung vom Dreibunde fern, aber näher rückte der Gedanke: außerhalb des genau und knapp verstandenen Rahmens dieses Vertrages eine unabhängige Politik zu machen. Das Ansehen Frankreichs wuchs, seine Macht indirekt und direkt auch, und diesen Tatsachen proportional naturgemäß auch das Schutzbedürfnis Italiens im Mittelländischen Meere. Der Schutz Englands war ihm

seinerzeit für die Erhaltung des status quo im Mittelländischen Meere zugesagt worden, aber die Hauptgarantie für diesen Schutz hatte man neben dem Interesse Großbritanniens am Mittelländischen Meere auch in dessen wohlverstandenem Interesse erblickt, mit Bismarck, bzw. dem Deutschen Reiche, konform zu gehen. Jetzt war Bismarck nicht mehr da, das deutsch-russische Vertragsband war gelöst, und in demselben Augenblicke riß auch das Band, an dem Bismarck durch den deutsch-russischen Vertrag die englische Politik bis zu einem gewissen Grade gehalten hatte. Die Tatsache, daß Bismarck die komplizierte Situation beherrscht hatte, und daß die Italiener an sich wiederholt die Bestätigung erfahren hatten: wenn er etwas sagt, so tut er es und kann es auch — hatte ihnen das Gefühl der Sicherheit gegeben. Nicht zum wenigsten durch jene ungeheure Autorität und die Eigenschaft, welche Crispi an Bismarck hervorhob: „er weiß immer genau, was er will", war es überhaupt möglich gewesen, alle Fliehkräfte in seinem Systeme zusammenzuhalten. Seitdem hatte sich die Lage gründlich verändert, die deutsche Politik flößte gerade dem immer mißtrauischen Italiener nicht mehr das Vertrauen ein wie früher. Als dann gegen Ende der Caprivischen Amtszeit auch Schwierigkeiten zwischen Deutschland und England eintraten, ohne daß auf der anderen Seite das deutsch-russische Verhältnis sich wesentlich gebessert hätte, als ferner Italien sich wirtschaftlich in dauernd ungünstiger Lage befand, da kam jene auf Annäherung an Frankreich strebende Stimmung immer stärker zum Vorschein.

Vier Jahre sind zur Beurteilung der Tätigkeit eines leitenden Staatsmannes nicht immer ausreichend. Daß der Reichskanzler v. Caprivi sich als Nachfolger eines Bismarck unter allen Umständen in einer üblen Lage befand, braucht nicht betont zu werden. Ebensowenig kann man den Standpunkt als unrichtig bezeichnen, daß ein europäisches System, wie Bismarck es eine Reihe von Jahren zu meistern vermocht hatte, über die Kräfte eines durchschnittlichen Staatsmannes hinausging, also in seiner Vollständigkeit auf die Dauer nicht erhalten und beherrscht werden konnte. Was man Caprivi vorgeworfen hat und auch heute noch als einen Fehler ansehen muß: das war die Plötzlichkeit seiner Abkehr von Rußland und die gewollte oder ungewollte Bedingungslosigkeit, mit der er sich England näherte und sich dort in die Arme einer ruhig überlegenden kühlen und scharfsichtigen Staatskunst hineinwarf. „Hals über Kopf", so hat damals Bismarck diese Politik bezeichnet, und es ist auch jetzt nach mehr als zwanzig Jahren kaum möglich, sie anders zu charakterisieren. Die Kolonialpolitik Caprivis, wenn man überhaupt von einer solchen sprechen will, ging praktisch im wesentlichen darauf hinaus, alles, was er für augenblicklich überflüssig hielt, von vornherein als

Tauschobjekt zu betrachten und nach dem Grundsatze: ich habe es selbst billig bekommen, Wert lege ich nicht darauf, ich gebe es billig fort! — zu verhandeln.

Wenn oft und mit Recht gesagt worden ist, man habe von Caprivi keine kolonialen Kenntnisse verlangen können, solche seien damals in Deutschland überhaupt sehr selten gewesen, so ändert das doch nichts daran, daß sein Verfahren der politischen Geschäftstaktik widersprach. Bismarck verstand sicher wenig von Kolonien im fachmännischen Sinne, aber er verstand, Zukunftsaussichten abzuschätzen, vor allem auch zu erkennen, was fremden Konkurrenten an unserem Besitze wertvoll erschien. Dementsprechend bemaß Bismarck den Wert politisch.

Caprivi war während einer Reihe von Jahren Chef der Admiralität gewesen und hatte in der jungen und kleinen deutschen Marine organisatorisch und auf dem personalen Gebiete Großes und Gutes geleistet. Aber auch hier finden wir einen Mangel an Gesamtüberblick, vor allem einen Mangel an Perspektive. Er befand sich auf dem Standpunkte: viel Geld wird für die Marine niemals flüssig sein, sie wird immer klein bleiben. Kleine Marinen müssen sich auf die unmittelbare Küstenverteidigung beschränken. Das gilt also auch für die des Deutschen Reiches! — Es scheint darin ein gewisser Wesenszug seines Charakters zu liegen, eine freiwillige Einschränkung des eigenen Tätigkeitsgebietes. Caprivi wies der Marine mit vollem Bewußtsein die Rolle der Küstenverteidigung zu und beschränkte sie auf diese. Seine damaligen Bauprogramme, seine Äußerungen und Denkschriften legen dafür Zeugnis ab. Und es ist bemerkenswert, daß er gerade in diesem Punkte von seinem Vorgänger in der Admiralität, dem General v. Stosch, durchaus abwich. Diesem hochverdienten Manne hatte, wenn auch als Zukunftsbild, vorgeschwebt, daß der Schwerpunkt der Tätigkeit der deutschen Flotte auf der hohen See zu liegen habe und dementsprechend auch das Schiffsmaterial für die Verwendung auf hoher See zu bauen sei.

In seiner Wirtschaftspolitik verfolgte der Reichskanzler v. Caprivi die Grundsätze des Freihandels, soweit ihm das angesichts der deutschen Verhältnisse durchsetzbar war. Er machte sich das — unzutreffende — französische Wort zu eigen: Das neue Deutschland müsse entweder Waren ausführen oder Menschen. Trotzdem kam ihm aber der Gedanke nicht, daß eine so ausschließlich auf überseeischen Exporthandel gestellte Wirtschaftspolitik mehr als jede andere einer sehr starken Kriegsflotte bedürfe, daß ein paar hundert kleine Torpedoboote an den Küsten und ein Dutzend kleiner Kreuzer auf den Ozeanen nicht annähernd genügen konnten. Man steht hier vor einem merkwürdigen Widerspruche. Vielleicht hat Caprivi tatsächlich die Auffassung und den Wunsch gehabt,

durch eine enge Verbindung mit England werde die britische Hochseeflotte gewissermaßen selbsttätig als Surrogat für die fehlende deutsche eintreten und dem deutschen Handel den nötigen Schutz leihen.

Die Lage zur See.

Die Behauptung ist nicht übertrieben, daß Kaiser Wilhelm II. mit dem festen Vorsatze den Thron bestiegen hat, dem Deutschen Reiche eine große Flotte zu schaffen.

Caprivi wurde als Chef der Admiralität sofort durch einen Seeoffizier ersetzt und übernahm ein Armeekorps, bis er, im Frühjahr 1890, auf den Kanzlerposten berufen wurde. Das erste, was der neue Chef, Vizeadmiral Graf Monts, und zwar auf Befehl des Kaisers tat, war das Einbringen der Forderung vier großer Hochseeschlachtschiffe. Sie bedeutete Abkehr vom Küstenverteidigungsgedanken Caprivis, den ersten Schritt zum Gedanken einer deutschen Hochseeflotte. Ihre weitere Entwicklung auf diesem Wege wurde durch die Verhältnisse im Reichstage, durch das in Deutschland noch allgemein mangelnde Verständnis für die neuen Ziele und durch eine nicht immer geschickte amtliche Vertretung um mehr als ein halbes Jahrzehnt verzögert.

Kaiser Wilhelm II. konnte sich 1888 und 1890 über die endgültige Gestalt und Stärke der deutschen Flotte noch nicht klar sein. Dazu lag alles noch viel zu sehr im Dunkeln, bestanden auch zu große Meinungsverschiedenheiten in Fachkreisen. Eine Hochseeflotte sollte jedenfalls geschaffen werden als Kern der heimischen Streitkräfte, daneben zur Küstenverteidigung entsprechende Mengen von kleinen Fahrzeugen, Torpedobooten usw., und für den Schutz des überseeischen Handels an Ort und Stelle eine größere Anzahl von Kreuzern. So waren die ersten Pläne des Kaisers in Übereinstimmung mit den damals in leitenden Stellungen befindlichen Seeoffizieren. In Großbritannien waren diese Pläne nicht unbekannt; schon beim Regierungsantritte Kaiser Wilhelms erging sich die englische Presse in langen Ausführungen darüber. Die führenden Männer in Großbritannien empfanden aber keine Beunruhigung, ja nicht einmal Mißfallen. Sie kannten die gänzliche Bedeutungslosigkeit der deutschen Marine, sie wußten, wie deren Einrichtungen auf allen Gebieten in den Anfängen staken, sie wußten vor allem, ein wie ungeheuer schwieriges, langwieriges und kostspieliges Werk es ist, eine leistungsfähige gute Kriegsflotte zu schaffen und zu erhalten, wieviel Erfahrung, Weitblick, Konsequenz und Hilfsmittel dazu notwendig sind.

Eine deutsche Flotte war nicht vorhanden und zeitlich stand es in unbestimmbarer Ferne, wie und wann sich die kaiserlichen Pläne ver-

wirklichen könnten. Während jener Periode der flottenlosen Zeit aber lag der politische Gedanke nahe genug, bei eintretenden Gelegenheiten mit einer Verwertung des deutsch-englischen Freundschaftsverhältnisses gerade zur See rechnen zu können. Es hatte etwas Symbolisches an sich, als im Jahre 1890 die englische Mittelmeerflotte — ihr Flaggschiff führte den heute so berühmten Namen „Dreadnought" — zusammen mit dem deutschen Geschwader aus dem Piräus auslief, unter Führung der „Hohenzollern", auf der die deutsche Kaiserstandarte wehte. Der deutsche Kaiser, als englischer „Admiral der Flotte", ließ die vereinten deutschen und englischen Geschwader nach seinen Signalen eine Zeitlang manövrieren; ein einzigartiges Schauspiel! Es hat sich seitdem nicht wiederholt. Wollte Deutschland in jenen ersten Jahren eine Politik überseeischer und kolonialer Expansion, so war die Zustimmung Englands notwendig, und um so mehr, wenn man sich auf die englische Flotte stützen zu müssen glaubte.

Wir haben gesehen, wie in dem deutsch-englischen Kamerunvertrage Deutschland den Engländern gewissermaßen als Puffer gegen Frankreichs Expansion in Afrika dienen sollte, und wie kurz nachher dasselbe befreundete England rücksichtslos über vertragliche Verpflichtungen hinwegzugehen versuchte und bereit war, den deutschen Interessen schweren Schaden zuzufügen. Deutschland und Frankreich protestierten mit Erfolg; das englische Vorhaben war auch zu wenig vorbereitet, um sich durchzusetzen.

Von dem Augenblicke an aber, wo die deutsche Politik gewagt hatte, in kolonialen, überseeischen Dingen selbständig etwas zu wollen und zu tun, was den englischen Staatsmännern nicht gefiel, da trat ungesäumt der Mißton in die deutsch-englischen Beziehungen hinein. Diese an und für sich geringfügigen, jedenfalls nicht bedeutenden Ereignisse liefern die Probe auf das Exempel: wie die britische Politik Deutschland gegenüber nach dem Rücktritte Bismarcks und dem Ablaufe des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages orientiert war. In dem Vertrage von 1890 hatte man England nicht zum wenigsten deshalb so großes Entgegenkommen in Afrika bewiesen, weil, wie Fürst Hohenlohe schreibt, man der kolonialen Politik Großbritanniens unter Bismarck „zu sehr auf die Hühneraugen getreten" habe. Jetzt, in den Jahren 1893 und 1894, kam das Umgekehrte zur Geltung, und da stand dem Deutschen Reiche — auch abgesehen vom deutsch-russischen Vertrage — kein Gegenmittel mehr zur Verfügung. Eine Flotte besaß es nicht.

Vorhanden waren reichlich hundert gute Torpedoboote, außerdem eine Sammlung teils veralteter, teils in der Anlage verfehlter Panzerschiffe. Unter Caprivi war kein einziges Hochseeschlachtschiff auf Stapel

gelegt worden. Denken wir jetzt, wo sich die Verhältnisse für die Flotte günstiger entwickelt haben, als man voraussehen konnte, an jenen Zustand zurück, so ist es vielleicht ein Vorteil gewesen, daß die Dinge scheinbar hoffnungslos standen, denn Helgoland wäre sonst den Engländern sicherlich nicht feil gewesen. Für die Beurteilung der damaligen Politik jedoch kann das naturgemäß nicht in Betracht kommen.

Die Schwierigkeit, welche bei dem Stande der maritimen Verhältnisse für jeden Nachfolger Bismarcks sich erhob im Augenblicke, wo überseeische Fragen in Betracht kamen, liegt ohne weiteres auf der Hand. Solange es sich in überseeischen Angelegenheiten um Schwierigkeiten und Reibereien mit Mächten des europäischen Festlandes handelte, blieb der Schwerpunkt der Streitfrage an sich, besonders ihre Entscheidung im äußersten Falle, auf dem Festlande, sobald es sich aber um Mächte handelte, die, wie Bismarck nach seiner Verabschiedung sagte, „wir zu Lande nicht langen können", dann lag die Sache ganz anders. Es bestand nur die Möglichkeit, durch Bündnisse oder Einverständnisse ad hoc indirekt auf die zu Lande uns nicht erreichbare Macht zu wirken. Das konnte Deutschland vorher mit geschickter Benutzung des gespannten englisch-russischen Verhältnisses unter Umständen erreichen. Nach 1890 war davon nicht mehr die Rede. Wenn also um die Jahre 1893 und 1894 englische Zeitungen vom „isolierten Deutschland" sprachen, so war das in gewisser Beziehung und gerade vom britischen Standpunkte gesehen, nicht unrichtig: der Dreibund war über die Küstenlinien Europas hinaus nicht wirksam. Wollte und mußte aber eine der Dreibundmächte Interessen auf dem Meere und über dem Meere vertreten und verteidigen, ohne es mit eigenen Mitteln zu können, so blieb ihr nur übrig, Verbindungen mit anderen Mächten zu suchen. Eine solche war bis 1890 für Deutschland der russische Vertrag. Man kann nun gewiß hier wieder fragen, ob selbst Bismarck sein System der Versicherungen und Rückversicherungen auch in der überseeischen Politik und gegen England auf die Dauer hätte durchführen können. Das vermag niemand zu sagen, wir können nur mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß es immer schwieriger geworden wäre. Bismarck hatte mit seiner Wirtschaftspolitik einerseits, seiner Kolonialpolitik anderseits den Grund zum größeren Deutschland und damit zur Weltpolitik gelegt. Eine deutsche Flotte mußte schon aus diesen Gründen notwendig werden. Bismarck hat in seinen letzten Lebensjahren sich gelegentlich auch über dieses Gebiet geäußert und sich mehrere Male übereinstimmend dahin ausgesprochen, das Deutsche Reich müsse eine so starke Flotte haben, daß Seemächte zweiten Ranges ihm die See nicht verbieten könnten. Das war ein offenes Bekenntnis zum Prinzipe des Hochseekrieges, ging also

weit über das hinaus, was Caprivi von der deutschen Flotte verlangte und wollte.

Der Wunsch und Wille des Deutschen Kaisers, dem Deutschen Reiche zu einer starken Flotte zu verhelfen, beruhte auf einem eminent politischen Gedanken. Er stand, wie man damals vielleicht weniger, heute aber vollkommen klar übersehen kann, in gradem Widerspruche zur Politik, ja, zur ganzen staatsmännischen Anschauung des zweiten Kanzlers. Daß der Deutsche Kaiser — wie gesagt, von ganz anderen Gesichtspunkten als sein Kanzler ausgehend — gedacht hat, man müsse, bis Deutschland eine starke Flotte habe, versuchen, mit England in guten Beziehungen zu bleiben und deshalb auch gelegentliche Zugeständnisse machen, liegt nicht fern und war, innerhalb gewisser Grenzen, politisch selbstverständlich.

Die Gedanken, welche ihm vorschwebten und ihn leiteten, hat der Kaiser am 18. Januar 1896 — gelegentlich der Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Deutschen Reiches — kurz und programmatisch zusammengefaßt mit den Worten: „Aus dem Deutschen Reich ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern."

Diese „Angliederung", von welcher der Kaiser spricht, war nur denkbar durch eine Weltpolitik, und eine solche nur möglich, wenn eine genügend starke Flotte zur Verfügung stand. Das Kaiserliche Programm lag anderseits durchaus in der geraden Entwicklungslinie des Deutschen Reiches. Es mußte einmal aufgestellt und durchgeführt werden.

Bismarck hatte gesagt: „Bis zum Jahre 1866 trieben wir preußisch-deutsche, bis 1870 deutsch-europäische Politik, seitdem Weltpolitik. — Bei der Berechnung der zukünftigen Ereignisse müssen wir auch die Vereinigten Staaten ins Auge fassen, die sich zu einer jetzt von den meisten noch ungeahnten Gefahr auf wirtschaftlichem Gebiete entwickeln werden. Das eine wird sich in Zukunft vom anderen nicht trennen lassen. Der Krieg der Zukunft ist der wirtschaftliche Krieg, der Kampf ums Dasein im großen. Mögen meine Nachfolger dies immer im Auge behalten und dafür sorgen, daß, wenn dieser Kampf kommt, wir gerüstet sind." Und ein anderes Mal sagte der große Kanzler: „Die Pflege eines starken und stolzen Nationalgefühles ist unsere heilige Pflicht, und zumal die Deutschen im Auslande können und sollen stets wissen, daß 50 Millionen Deutsche bereitstehen, deutsche Ehre und deutsche Interessen zu ver-

treten." Und wiederum sagte er im Jahre 1885, daß die Steigerung der Bewilligungen für die Flotte aus einer sehr erfreulichen Ursache herrührten, „nämlich weil der deutsche Handel in die Weite und Breite sich mehrt und also eines größeren Schutzes bedarf. Daß wir so viel Schiffe in den asiatischen Gewässern und so viele Interessen an der Ost- und Westküste von Afrika zu schützen haben würden, haben wir früher nicht geglaubt. Aber nun dieses erfreuliche Ergebnis, daß ein größerer Seehandel eines größeren Schutzes durch die Flotte bedarf, nun wiederum auf das Konto unserer neuesten Vorlage zu setzen, das ist doch auch nicht gerecht." —

Kaiser Wilhelm hat mit seinem Programm die Bismarcksche Politik in zeitgemäßer Form und Art fortgesetzt. Daß jenes sein Bekenntnis am 18. Januar 1896 keine Augenblickseingebung war, sondern seit seiner Thronbesteigung ihm fest vor Augen stand, ist längst eine allgemein anerkannte Wahrheit. Die Periode Caprivi war allerdings nicht geeignet gewesen, die Verhältnisse den Kaiserlichen Zielen näher zu führen.

Versuchen wir aber, uns diese Periode fortzudenken, so wäre doch der Mangel einer deutschen Flotte auch politisch in vollem Umfange negativ wirksam geblieben. Die Lücke konnte nur allmählich und nur durch eigene Kraft überwunden werden. Die fremde Kraft der englischen Flotte nach dem Ergänzungsprinzipe zu benutzen, war ein in der Wurzel ungesunder Gedanke. Er erinnerte an jenen Zustand, als vor der Gründung des neuen Deutschen Reiches der deutsche Seehandel der Hansastädte sich als unter englischem Schutze stehend betrachtete und betrachten mußte. Man war gezwungen, „mit dem Hute in der Hand", wie Bismarck während der Dampfersubventionsdebatten sagte, „bei Fremden bettelnd sich durchzuschlagen". Anders konnte es auch mit jener deutsch-englischen Freundschaft nach 1890 nicht werden. Das war ein Verhältnis, dem die Grundlage der Gleichberechtigung fehlte: Macht auf beiden Seiten. Die Seemacht befand sich nur auf der englischen Seite. Infolge dessen verlangte die britische Politik vom Deutschen Reiche Gefolgschaft überall da, wo die deutsche Macht nicht hinreichte, wo die Großbritanniens aber herrschte.

Nach der Rede des Kaisers vom 18. Januar 1896 schrieben die „Times": „Die Proklamierung eines anderen Deutschen Reiches der Zukunft muß unbedingt uns einige ernste und verfängliche Fragen nahelegen: In welchen bisher herrenlosen Gebieten soll es zustande gebracht, oder wie und wem soll es durch Eroberung entrissen werden? von wem soll es bevölkert werden?" Also Unverständnis und Anspielung auf die Machtlosigkeit des Deutschen Reiches zur See. Man wußte in England nur zu gut, daß eine kraftvolle überseeische Politik sich ohne eine starke

Flotte nicht treiben läßt. In Deutschland aber sagte Herr Eugen Richter: es gäbe zwei Klassen von Flottenenthusiasten: nämlich ehrliche Kolonialschwärmer und Intriganten! — So gingen der Argwohn des Auslandes und die Verständnislosigkeit der öffentlichen Meinung im Deutschen Reiche Hand in Hand.

Als Kaiser Wilhelm zur Regierung kam, stand, dem Tonnengehalte nach, die deutsche Flotte an fünfter Stelle unter den Kriegsflotten der Welt. Weitaus an erster stand die britische, ungefähr zwei Drittel ihres Tonnengehaltes zählte die französische Flotte, auf zwei Fünftel der französischen bezifferten sich die Tonnengehalte der italienischen und der russischen Flotte. Dann erst kam die deutsche Flotte. Qualitativ schnitt die deutsche Flotte noch ungünstiger ab.

Das Jahr 1888 bildete gleichwohl für die Flotte Großbritanniens einen Zeitpunkt des Tiefstandes. Im selben Jahre setzte eine vom derzeitigen Kapitän zur See und Parlamentsmitglied, Lord Beresford, geführte Agitation ein, welche auf die dringende Notwendigkeit hinwies, die Flotte stark und schnell zu vermehren. Eine für damalige Zeit beispiellos umfangreiche Flottenvorlage wurde eingebracht, nämlich die Fertigstellung der folgenden Schiffe innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren: 8 Schlachtschiffe erster, 2 Schlachtschiffe zweiter Klasse, 9 Kreuzer erster Klasse, 33 kleinere Kreuzer und 18 Torpedoboote. Der Erste Lord der Admiralität, Lord Hamilton, begründete die Vorlage damit, daß Englands Übergewicht zur See unbedingt gewahrt werden müsse. Deshalb müsse erreicht werden, daß die britische Flotte den vereinigten Flotten zweier anderer Seemächte überlegen sei. In jenem Jahre 1888 wurde, zum ersten Male amtlich, jener vielerörterte Zweimächtemaßstab aufgestellt. Er bezog sich auf Frankreich und Rußland. Das Bauprogramm wurde pünktlich zu allgemeiner Bewunderung durchgeführt. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre stand die britische Flotte, absolut und vergleichsweise auf der Höhe aller damals denkbaren Aufgaben. Es war die Zeit des engsten Einvernehmens mit dem Dreibunde, die Zeit, wo mündliche Abmachungen dahin bestanden, daß die englische Flotte bei Ausbruch eines Krieges den status quo im Mittelländischen Meere gegen Frankreich wahren werde. Der Schwerpunkt der britischen Flotte lag tatsächlich im Mittelländischen Meere, während das Kanalgeschwader die britische Front nach der Atlantischen Küste Frankreichs darstellte. Eine große Menge von Kreuzern war auf die ausländischen Stationen verteilt. Die verhältnismäßige Anzahl der im Dienst befindlichen Schiffe und Verbände war erheblich geringer als in unseren Tagen. Die Fähigkeit der britischen Flotte, die Meere zu beherrschen, einerlei, welche Mächtekombination ihr Gegner sein würde, stand außer Frage.

In Frankreich war das maritime Interesse im wesentlichen auf das Mittelländische Meer gerichtet. In den Kammerverhandlungen des Jahres 1893 wurde ausdrücklich festgestellt, daß Frankreichs Mittelmeergeschwader stärker sei als die italienische Flotte, während das atlantische Geschwader der deutschen Flotte gewachsen sei. Tatsächlich machten sich schon um die Mitte der neunziger Jahre Zeichen des Rückganges und des Verfalles in der französischen Flotte bemerklich. Sachverständige Franzosen legten ihr in jenem Jahre nur ein Drittel des Wertes der englischen bei. Auch stellte man fest, daß die Eröffnung des deutschen Kaiser-Wilhelm-Kanales höhere Anforderungen an die atlantischen Streitkräfte Frankreichs stelle als bisher. Der stete Wechsel der Marineminister, die Verschiedenheit ihrer Anschauungen, die inneren Wirren und Unruhen, die das Land durchtobten, schließlich die Vereinigung der Anstrengungen auf die Armee, das alles bewirkte, daß der Wert der französischen Flotte mehr und mehr zurückging; zunächst freilich nur wenigen bemerklich.

Italien hatte seit den achtziger Jahren mit ungeheurer Anstrengung versucht, eine starke Flotte zu schaffen. Der Weitblick seiner Staatsmänner, an der Spitze Crispi, hatte die Wahrheit erfaßt, daß Italien eine selbständige Mittelmeerpolitik lediglich auf der Basis einer starken Flotte treiben könne. Es konnte Italien nicht in den Sinn kommen, auf eine Flotte von der Größe der französischen hinzuarbeiten. Was man wollte, war eine Flotte, die bei verhältnismäßig geringem Umfange das beste Schiffsmaterial aufwies. Geniale Konstrukteure bauten jene damals vielbewunderten Schiffe von bisher nie dagewesener Größe und Schnelligkeit. Der marinepolitische Gedanke dabei war: daß die langgestreckten Küsten der italienischen Halbinsel ein gewisses Maß von Schutz — bei der Beschränktheit der für Flottenbauten zur Verfügung stehenden Mittel — nur durch eine Anzahl schneller und mächtiger Schiffe erhalten könnten, die bald hier, bald dort überraschend aufträten und sich vermöge überlegener Geschwindigkeit zu starken, feindlichen Schiffsverbänden entziehen könnten. Es war gelungen, die Flotte Italiens an die dritte Stelle unter den Mächten zu bringen und ihr hohe Achtung zu verschaffen. Selbst wenn man in den Folgejahren auf dieser Bahn ohne Unterbrechung und Abschweifung hätte weiterschreiten können, so wäre an eine Emanzipation Italiens von der Notwendigkeit englischen Flottenschutzes doch nicht die Rede gewesen. Nach dem kolonial-politischen Zusammenbruche Mitte der neunziger Jahre trat auch für die Flotte ein verhängnisvoller Rückschlag ein.

In einer noch weit weniger günstigen Lage befand sich die Marine unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen. Das einzige Gute, was sie aufwies, war ein vorzügliches Offizierkorps. Um das Schiffs-

material aber stand es sehr wenig gut, in einem Kriege hätte die österreichisch-ungarische Flotte sich auf die strikte Küstenverteidigung beschränken müssen.

Ob die Flotte des Russischen Reiches in jener Zeit ein wirksamer Bundesgenosse der französischen gewesen wäre, kann man bezweifeln. An Schiffszahl übertraf, wie gesagt, die russische Marine die deutsche um ein nicht unbeträchtliches Maß, mit der Schlagfertigkeit aber stand es ebenso mangelhaft wie mit dem Geschwaderdienste und den Friedensübungen überhaupt, gar nicht zu reden von der Organisation. Aus diesen Gründen vielleicht hat man im Jahre 1892 keine Flottenkonvention als Ergänzung der Mitilärkonvention zwischen Frankreich und Rußland geschlossen. Ohne Zweifel galt es als die selbstverständliche Aufgabe der russischen Flotte, in einem Kriege zwischen Dreibund und Zweibund die eigenen Ostseeküsten zu verteidigen und, wenn die Verhältnisse es gestatteten, die deutschen Ostseeküsten anzugreifen. Daß man sich russischerseits aber viel von einer solchen offensiven Aktion versprochen und sie demgemäß im Frieden vorbereitet hätte, ist unwahrscheinlich.

Aus diesen Machtverhältnissen zur See ergab sich die Möglichkeit für Großbritannien, in seiner glänzenden Isolierung zu bleiben und dabei aktive Politik großen Maßstabes zu treiben; wohl gemerkt, hatte diese Möglichkeit vorher nicht im selben Maße bestanden, nämlich solange die deutsch-russische Rückversicherung vorhanden war. Als damals, Ende der achtziger Jahre, England so auffällig und demonstrativ an den Dreibund heranrückte, als Crispi sagen konnte: „für das Festland der Dreibund, für die Seeinteressen England" — da schrieb die „Morning Post" über Deutschland und England: beiden Ländern werde täglich einleuchtender, daß sie zusammen stehen und fallen müßten, es bedürfe deshalb keines papiernen Bündnisses zwischen ihnen — da handelte es sich nicht um eine Gefälligkeit, die England dem Dreibunde erwies, sondern um ein dringendes Anlehnungsbedürfnis der britischen Politik. Wenige Jahre nachher bestand dieses Bedürfnis nicht mehr, denn der deutsch-russische Neutralitätsvertrag hatte aufgehört zu existieren, auf dem Festlande standen sich zwei Mächtegruppen gegenüber, und das Organ der englischen Regierung, der „Standard", sprach von dem „isolierten Deutschland."

Ferner ergab sich aus dieser Machtstellung Englands mit subjektiver Selbstverständlichkeit das Verlangen der Botmäßigkeit von den Mächten, welche es als seine Freunde betrachtete und wirklich wünschte, sie als solche betrachten zu können. Wiederholt zeigte sich auch später in englischen Reden und Publikationen jene naive Verwunderung darüber, daß das Deutsche Reich nicht volle Befriedigung darin fände, der Beherrscherin

der Ozeane ein dienstwilliger Freund zu sein. Im Vertrage von 1890 hatte Großbritannien das Entgegenkommen, dessen es bedurfte, gefunden. Als es nachher gelegentlich ausblieb, war der Unwille groß.

Das Deutsche Reich aber versuchte Kolonial- und Weltpolitik zu treiben ohne Flotte und sollte bald empfinden, was das bedeutete, nachdem die Festlandgruppierung der Mächte sich so unglücklich geändert hatte. Unter diesem Gesichtspunkte war auch der russisch-englische Pamirvertrag (1895) ein Symptom für die veränderte Lage, anderseits der „Wörth-Zwischenfall" auf der Reede von Cowes. Dorthin war der Deutsche Kaiser zu den großen Segelregatten mit dem Deutschen Panzergeschwader gekommen. Am Jahrestage der Schlacht von Wörth hielt der Kaiser an Bord dieses Schiffes ein Ansprache an die Mannschaft über jene denkwürdige Schlacht. Daran nahm die Londoner Presse starken Anstoß und erdreistete sich zu der Bemerkung: der Kaiser würde gut getan haben, in britischen Gewässern eine Bezugnahme auf den Deutsch-Französischen Krieg zu unterlassen. Das machte damals tiefen Eindruck auf die öffentliche Meinung Deutschlands und wurde mit Recht als Symptom für den Beginn einer völligen Veränderung der Lage aufgefaßt. Im Jahre 1889 war es gewesen, als bei derselben Gelegenheit — den Segelregatten von Cowes — der Prinz von Wales in einer Ansprache gesagt hatte: nach seiner Überzeugung würden die große deutsche Armee und die britische Flotte dazu dienen, den Weltfrieden zu erhalten.

So machten sich immer deutlicher und immer häufiger Beweise für die Ungesundheit des britisch-deutschen Freundschaftsverhältnisses bemerkbar, dessen Auffassung auf beiden Seiten eine so verschiedene war.

Am 8. Januar des Jahres 1895 hielt der Deutsche Kaiser einer Anzahl von Parlamentariern einen längeren Vortrag über die maritimen Bedürfnisse des Deutschen Reiches und forderte sie zum Schlusse auf, sie möchten „dem Fürsten Bismarck, dem Begründer unserer Kolonialpolitik, zum 80. Geburtstage die Freude machen, die für die Flotte geforderten notwendigen Summen zu bewilligen". In diesem Satze liegt die Erkenntnis enthalten, daß eine Kolonialpolitik ohne Flotte dem Deutschen Reiche eine Unmöglichkeit bedeutete, und daß eben hier die vornehmste Ursache der Schwierigkeiten und Rückschläge jener Zeit lag, nachdem die Surrogate verschwunden oder unbrauchbar geworden waren.

Das Deutschland des Jahres 1895 war aber noch nicht reif für diese Erkenntnis.

Zweiter Abschnitt.

Weltpolitische Mühen ohne zureichende Mittel. 1895–1903.

Der Weg zur Krügerdepesche.

Als der Deutsche Kaiser im Sommer 1895 die Königin von England, seine Großmutter, wie beinahe jedes Jahr besuchte, machte sich eine Bewegung in der englischen Regierungspresse bemerklich, die großes Aufsehen überall und in Deutschland heftigen Unwillen erregte. Der Londoner „Standard" brachte eine Reihe von Artikeln, die sich, anstatt den Kaiser zu begrüßen, in ironischem Tone persönlich gegen ihn wandten. Man machte den Kaiser darauf aufmerksam, daß er bei der Königin eine Unterrichtsstunde in politischer Weisheit nehmen solle. Er könnte allerdings nie imstande sein, die Königin an Scharfsinn zu übertreffen, es würde aber schon genug sein, wenn er sich seiner Abstammung der mütterlichen Seite würdig zeige. Sachlich fügte das Blatt dann hinzu: englische Minister müßten stets den Wunsch haben, gute Beziehungen mit dem Deutschen Reiche zu unterhalten, aber die Politik des Kaisers habe die Tendenz, diplomatische Experimente zu machen. Deutschland möge bedenken, daß Englands Entgegenkommen für Deutschland wertvoller sei als alle anderen diplomatischen Beziehungen.

Es entspann sich eine deutsch-englische Preßfehde, und schließlich kam der „Standard" damit heraus, daß der Hauptgrund des englischen Unwillens der deutsche Einspruch gegen das englische Kongoabkommen sei. Dieser offene, in seiner Art brüske und überaus anmaßende Angriff nicht nur gegen die deutsche Politik, sondern auch gegen die Person des Kaisers sollte wohl einerseits bezwecken, den Kaiser einzuschüchtern und ihn zur Initiative einer Aussprache mit der Königin von England zu bringen, anderseits den deutschen Staatsmännern zu zeigen, daß man nicht geneigt sei, mit Wohlwollen hinzunehmen, wenn das flottenlose Deutschland sich erdreiste, England auf dem Gebiete der Kolonialpolitik

in die Quere zu kommen. Unwahrscheinlich ist indessen, daß der englische Unwille und jener Angriff des „Standard“ sich in der Hauptsache auf die — wie durchweg in Deutschland angenommen wurde — südafrikanische Politik bezogen habe. Die Anspielung des Blattes auf die „diplomatischen Experimente“ und auf den Wert englischen Entgegenkommens im Vergleiche zu den Beziehungen Deutschlands mit anderen Mächten ließ vielmehr auf die im fernen Osten angebahnte Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland schließen. Eine solche lief, allgemein politisch wie im besonderen auf dem Gebiete der ostasiatischen Politik, allen englischen Interessen und Zielen zuwider. In Afrika dagegen handelte es sich nicht um solche „diplomatischen Experimente“, sondern um Versuche des Deutschen Reiches, dort selbständige Kolonialpolitik auch gegen England zu treiben. Das schien den britischen Staatsmännern wohl minder gefährlich, weil sie sich nach einfacher Überlegung der Machtfrage sagten, daß derartige deutsche Versuche, sofern England nur fest blieb, scheitern mußten, und zwar unbedingt.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß der deutsch-französische Protest gegen den Kongovertrag England gleichgültig gewesen sei. Das war er nicht und um so weniger, weil er unerwartet kam. Ein englischer Regierungsvertreter sagte freilich: Wenn man gewußt hätte, welchen Wert Deutschland auf diesen Punkt lege, so würde man den Vertrag gar nicht angeregt haben. Das war nach der anderen Seite hin übertrieben, aber bei ruhiger Betrachtung der damaligen Verhältnisse wird man nicht in Abrede stellen können, daß bei aller Würdigung einer vereinten deutsch-französischen Gegnerschaft in Afrika die britischen Staatsmänner sich sagen konnten und es auch wahrscheinlich getan haben: die Sache sei nicht dringlich. Gerade mit der Durchführung des Planes einer Längsbahn durch Afrika konnte man ohne Schaden warten, zumal das im Süden Afrikas liegende Problem, das die Voraussetzung zu jener Bahn enthielt, noch nicht gelöst war. Hier hatte sich um die Mitte der neunziger Jahre ein starkes britisches Interesse konzentriert und ebenfalls ein starkes deutsches: die Burenfrage begann in ihr letztes, entscheidendes Stadium zu treten.

Begonnen hatte diese Frage in den sechziger Jahren, als die Diamantfelder im Oranjefreistaat und in den siebziger Jahren, als in der Transvaalrepublik Goldfelder entdeckt wurden. 1877 machte England seinen ersten Versuch, die Transvaal-Republik zu verschlucken, und kleidete diesen Versuch nach bewährter Tradition in die Absicht und den Charakter einer britischen Hilfsaktion für die Buren, die sich in Geldverlegenheit befanden, außerdem unglückliche Gefechte mit schwarzen Nachbarn gehabt hatten. Eine Volksabstimmung wurde arrangiert, ein paar tausend

Buren stimmten für Einverleibung in das Britische Reich, die anderen verweigerten ihre Unterschrift. So galten die abgegebenen Stimmen, und die Transvaalrepublik wurde im Frühjahre 1877 als Teil des Britischen Reiches erklärt. Drei Jahre später, 1881, hatte man sich gesammelt und war entschlossen, das von England erschlichene Ergebnis: den Verlust der burischen Unabhängigkeit, wieder rückgängig zu machen. Man wählte das einfachste und nachdrücklichste Mittel: die Gewalt. In dem Gefechte bei Majuba Hill wurde die englische Truppe von den Buren zum Teil gefangen, zum Teil in die Flucht geschlagen; die Buren hatten beinahe gar keine Verluste. Sie waren nach der englischen Überlistung während der letzten drei Jahre in sich geeinigt und politisch gefestigt worden, sie hatten begriffen, daß die alten Zeiten ungestörter Behaglichkeit vorbei waren, daß sie genötigt waren, nicht nur einig und wehrhaft zu sein, sondern auch Politik zu treiben, wenn sie selbständig bleiben wollten.

Großbritannien legte diesen Mißerfolg einstweilen zu den Akten und schloß im gleichen Jahre 1881 einen Vertrag mit den Buren. Dieser Vertrag billigte der Transvaalrepublik die bedingte Unabhängigkeit, nämlich die Suzeränität der Königin von England zu. Die Buren, vor allem ihr erster Mann und von 1883 an ihr dauernder Präsident, Krüger, konnten in diesem Vertrage nur den Anfang gänzlicher Abhängigkeit erblicken. Krüger erlangte 1884 einen anderen Vertrag, der die Unabhängigkeit der Republik nunmehr voll anerkannte, mit der einzigen Ausnahme, daß, wie der nachher so viel besprochene Artikel 4 des Vertrages festsetzte, die Transvaalrepublik Bündnisse mit anderen Staaten und Mächten — abgesehen von dem benachbarten Oranjefreistaat — nur eingehen dürfe, wenn die Königin von England bzw. deren Regierung sechs Monate nach Bekanntwerden des Entwurfes keinen Einspruch dagegen erhoben hätten. Diese Bestimmung bezog sich auch auf Verträge und Abkommen. Wahrscheinlich betrachtete der Präsident Krüger auch diesen Vertrag nur als Vorstufe zu völliger Unabhängigkeit. Darauf ließ auch seine Reise nach Berlin im Jahre 1884 schon schließen.

Damals wurde er in Berlin vom Kaiser Wilhelm I. und dem Fürsten Bismarck mit ausgesuchter Freundlichkeit empfangen, aber man ging keinerlei feste Beziehung mit ihm ein, obgleich Krüger in seiner bekannten Redewendung offen darauf anspielte: Wenn es einem Kind schlecht gehe, sehe es sich nach Beistand um, und so bäte er, daß Kaiser Wilhelm auch den Buren helfe, wenn es ihnen einmal schlecht gehen sollte! — Diese Anregung wurde mit Schweigen, also nicht einmal mit einer verbindlichen Gegenredewendung beantwortet. Der Gedanke, von dem Krüger ausging, war zweifellos nicht der rassenhafter Zusammengehörigkeit zwischen Buren und Deutschen, sondern der Hinblick auf die

deutsche Kolonialpolitik und deren mutmaßliche Ziele im südlichen Afrika. Das begriff man in England bald genug und begann nun folgerichtig in versteckter Gemeinschaft mit der britisch-afrikanischen Gesellschaft (Chartered Company) unter Cecil Rhodes die Burenrepubliken geographisch nach allen Seiten zu isolieren.

Bald sahen sich die Buren auf allen Seiten eingeengt. Über die Absichten Großbritanniens waren sie schon lange nicht mehr im Zweifel. Dann kam das Ereignis 1894, dessen wir bereits gedachten, und in diesem Augenblicke war den Engländern klar, daß wenig Zeit zu verlieren sei. Rhodes verfolgte mit seiner rücksichtslosen Energie den Zusammenschluß Südafrikas und stieß dabei auf den Widerstand Transvaals. Rhodes war das deutsche Südwestafrika dabei ein unangenehmes Element, er erklärte öffentlich, jenes Gebiet könne ihm gar nicht gefallen, die Deutschen würden auch einmal einsehen, daß es für sie wertlos sei, weil der einzige brauchbare Hafen, die Walfischbucht, englisch sei, und sich dieses Gebietes entledigen. Die Ziele Rhodes' waren von vornherein klar: er verschleierte sie nicht.

Der Goldreichtum Transvaals lockte massenhafte Einwanderung ins Land, hauptsächlich Briten. Ihnen standen nach den Verträgen keine politischen Rechte zu, jedoch mußten sie Steuern zahlen. Den Buren erschien das Stimmrecht für diese Leute ausgeschlossen, weil ihre Zahl wuchs, also die Gefahr vorlag, daß eines Tages der englische Einfluß auf diese Weise die Republik beherrschen würde. Die — durchweg englischen — Ausländer in Transvaal bildeten einen sogenannten Nationalverein und stellten diese Organisation in den Dienst der Agitation für Erlangung des Bürgerrechtes. Dabei verweigerten sie Kriegsdienst, wenn es sich um Niederwerfung von Kaffernaufständen oder ähnliches handelte. Die Stoßkraft des Vereins erschien besonders gefährlich, weil Rhodes mit seiner Macht, zumal seinem Gelde, dahinter stand, und nicht minder die britische Regierung, vertreten durch den Kolonialsekretär Mr. Chamberlain. Die Besorgnis der Burenführer stieg immer mehr. Die Blicke des Präsidenten Krüger hatten sich schon lange auf das Deutsche Reich gerichtet, und Anfang des Jahres 1895 glaubte er den Augenblick gekommen, öffentlich die Erwartung anzudeuten: das Deutsche Reich werde unter Umständen tatkräftig eingreifen. Alles Deutsche war damals populär in der Burenrepublik, vieles war auch geschehen, um das Interesse des Deutschen Reiches für die Burenstaaten zum Ausdrucke zu bringen. Die deutsche Aktion in der Delagoabai Herbst 1894 hatte die Zuversicht der Buren noch bestärkt. Zu einer bedeutsamen Kundgebung kam es am 27. Januar 1895, dem Geburtstage des Deutschen Kaisers. Die burischen Behörden betonten diese Feier in ganz besonderer Weise. Auf dem Festmahle sagte

der deutsche Generalkonsul, er hoffe, der Präsident Krüger wisse nunmehr, daß Deutschland ein wirklich aufrichtiger Freund sei. Deutsch-Südwestafrika kenne kein größeres politisches Interesse, als die Transvaalrepublik in ihren Bemühungen um Erhaltung des politischen Gleichgewichtes in Südafrika zu unterstützen. Krüger antwortete, erzählte von seinem Berliner Besuche 1884 und rühmte die Deutschen in Transvaal, die, anders wie die Engländer, den Gesetzen bereitwillig Folge leisteten. Die Schlußworte waren: „Unsere kleine Republik kriecht nur noch unter den Großmächten herum und wir fühlen wohl, daß, wenn der eine uns einen Tritt versetzen will, der andere dies zu hindern versucht."

Der deutsche Generalkonsul hatte nicht improvisiert, sondern nach Berliner Instruktionen gehandelt. Das bestätigte sich kurz nachher, als der britische Botschafter in Berlin dem Freiherrn v. Marschall ein Schreiben des britischen Kolonialsekretärs überreichte, des Inhaltes: Deutschland nähre in Transvaal einen der internationalen Stellung der Republik widersprechenden Geist. Der Staatssekretär antwortete, das Ziel der deutschen Politik sei, diejenigen materiellen Interessen zu schützen, und zwar gegen jeden Eingriff, die sich Deutschland durch Bau von Bahnen und durch Anknüpfung von Handelsinteressen mit der Transvaalrepublik geschaffen habe. Darin sei für Deutschland notwendig enthalten, daß Transvaal als Staat selbständig bleibe, und zwar gemäß dem Vertrage von 1884. Diese Interessen forderten die Erhaltung des bestehenden Zustandes der Bahnen und des Hafens in der Delagoabai. Wenn auch England diesen Zustand erhalten wolle, so müsse die britische Regierung Stellung nehmen gegen die Bestrebungen Rhodes' und seines Gehilfen, Dr. Jameson. Diese gingen darauf aus, die Transvaalrepublik mit dem englischen Südafrika zu vereinigen. Einzig die Tatsache, daß die britische Regierung sich diesen Bestrebungen nicht widersetze, sei der Grund, weshalb in der südafrikanischen Republik jener Geist entstanden sei, der in London mißfiele. Der britische Botschafter erklärte darauf: Dr. Jameson strebe keine politische, sondern eine wirtschaftliche Vereinigung der südafrikanischen Staaten an. Die Antwort des deutschen Staatssekretärs war: gerade eine solche laufe den deutschen Interessen zuwider.

Der Gegensatz zwischen der deutschen und der englischen Politik lag damit ebenso klar, wie derjenige zwischen Großbritannien und der Transvaalrepublik. Der britische Gesandte sprach von dem Geiste, welcher der internationalen Stellung Transvaals nicht angemessen sei und von Deutschland genährt würde. Er meinte also, daß die politische Rückenstärkung Transvaals durch das Deutsche Reich dem transvaalsch-britischen Vertrage von 1884 zuwiderlaufe. Das konnte insofern der Fall sein, als die britische Regierung unter diesem Vertrage etwas anderes

verstehen wollte, als das, was er besagte. Es ließ sich nicht wegdeuteln, daß die Transvaalrepublik unabhängig sei mit der einzigen Einschränkung, daß sie Verträge mit dritten Mächten (außer dem Oranjefreistaate) nicht ohne stillschweigende Zustimmung der britischen Regierung schließen durfte. Auf die deutsch-transvaalschen Beziehungen traf dieser Artikel aber nicht zu, denn da sollte kein Vertrag geschlossen werden. Die Erhaltung auch der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Transvaalrepublik war kein Vorwand der deutschen Politik, sondern tatsächlich ihr Ziel. Die Gründe dafür lagen ebenso klar zutage: Erhaltung und Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika, die nach britischer Aufsaugung der südafrikanischen Republiken schwer beeinträchtigt werden würden. Dazu kam die Nähe der beiden deutschen Kolonien in Afrika, möglicherweise auch der Gedanke, daß früher oder später Portugal den Wunsch hegen könne, sich seiner Kolonien zu entledigen. Ein britisches Südafrika mußte allen deutschen Interessen zuwiderlaufen. Auf Kosten Großbritanniens, seines Kolonialbesitzes und seiner berechtigten Bestrebungen ging die deutsche Politik nicht, aber sie stand in schroffem Gegensatze zu Bestrebungen, die das amtliche Großbritannien damals nicht offen bekennen wollte, die es aber eifrig durch Cecil Rhodes und seine Helfer fördern ließ.

Freiherr v. Marschall und Fürst Hohenlohe waren der irrigen Überzeugung, das Fehlen eines vertraglichen und sachlichen Rechtes würde Großbritannien veranlassen, wie ein Jahr vorher beim Kongovertrage, auf deutschen Widerstand hin seine Ansprüche und Politik aufzugeben.

In den südafrikanischen Republiken nahmen 1895 die Dinge rasch ihren Verlauf. Im Frühjahr wurde ein mit England geschlossener Vertrag wegen des Swasilandes vom Volksraad genehmigt und das Gebiet dem Vertrage gemäß von den Buren besetzt. Von dort aus konnten die Buren den Ozean erblicken, nur ein schmaler Landstreifen trennte sie von der Küste: die Gebiete zweier Häuptlinge am Pongolaflusse. Der Präsident Krüger wandte sich an den britischen Gouverneur des Kaplandes mit der Bitte, diese Gebiete in Besitz nehmen zu dürfen. Sie wurde abgeschlagen; England könne dann nicht die britischen Interessen im Swasilande kontrollieren und schützen. Ungesäumt legte Großbritannien — das amtliche — selbst die Hand auf die Pongolagebiete, obgleich es noch 1889 die Rechte der südafrikanischen Republik auf sie anerkannt hatte. Ende April desselben Jahres annektierte Großbritannien noch einen kleinen Küstenstrich, Amatongaland. Es hätte, zwischen der Delagoabucht, dem Swasilande und dem Zululande gelegen, den Burenrepubliken die heißersehnte Möglichkeit eines schmalen Ausganges nach dem Meere gelassen.

Eben vom Ozeane aber wollte man die Republik unter allen Umständen abschließen. Das war durch diese beiden letzten vertragswidrigen Schritte erreicht worden. Die britische Regierung glaubte offenbar, die Entwicklung werde nunmehr einen schnellen Gang nehmen, man müsse den Augenblick benutzen. Das Transvaal und der Oranjefreistaat protestierten gegen die britische Annexion des Amatongalandes. Das Gefühl, ihre Sache sei eine gemeinsame und Vereinigung ihrer Kräfte notwendig, begann eine tiefgehende Bewegung für festen Zusammenschluß der beiden Republiken hervorzurufen.

In der Delagoabucht lagen im Sommer 1895 die deutschen Schiffe „Condor" und „Cormoran" — nach der Äußerung des Vorsitzenden des deutschen Vereins in Prätoria — als ganz gewichtiger Faktor zur Erhaltung des Gleichgewichtes in Südafrika, als Anerkennung Deutschlands, daß die Delagoabucht der Hafen Tranvaals sei; eine Äußerung nebenbei, der sachliche Berechtigung ebensowenig zustand wie politische Opportunität. Damals war gerade die Bahn von Prätoria nach der Hafenstadt Lorenzo Marquez vollendet, deren Bau England alle denkbaren Schwierigkeiten bereitet hatte. Der Eröffnungsfeier wohnte der Gouverneur des Kaplandes bei und nahm Gelegenheit zu einer Ansprache. Er betonte, England habe sich niemals in die Angelegenheiten des Transvaals mischen wollen, wies aber auf die Gemeinsamkeit der Interessen des ganzen Südafrikas hin. Präsident Krüger ließ darauf veröffentlichen, er lege auf diese Erklärungen keinen Wert. Zugleich begann eine lebhafte Agitation in Transvaal, man wollte sich jener Bestimmung des Vertrages von 1884 entledigen und beanspruchte das Recht, auch ohne stillschweigende Zustimmung der britischen Regierung, Verträge mit dritten Mächten einzugehen und abzuschließen. Man fühlte sich in Transvaal besonders nach der engen Annäherung mit dem Oranjefreistaat kräftig genug, rechnete außerdem mit deutschem Beistande, über dessen Art man sich allerdings wohl wenig Gedanken machte.

Großbritannien war sich über die Bedeutung des Augenblickes klar und zögerte nicht zu handeln. Die britisch-südafrikanische Gesellschaft begann ihre Agitation für das Stimmrecht der Ausländer in Transvaal und andere Reformen mit revolutionärer Heftigkeit zu betreiben. Man drohte offen mit Gewalt gegen die transvaalsche Regierung. Der Staatssekretär v. Marschall machte die britische Regierung im Oktober und Ende Dezember darauf aufmerksam, daß die in Transvaal, hauptsächlich in Johannesburg wohnenden Briten einen Gewaltakt vorbereiteten. Die Deutschen in Prätoria wandten sich telegraphisch an den Deutschen Kaiser mit der Bitte um Intervention. Am 30. Dezember brach Dr. Jameson mit 800 Mann von der Grenze des Betschuanalandes, also vom

Westen, in das Transvaal ein und marschierte auf Prätoria. Die britische Regierung hatte keine Schritte auf die Vorstellungen des deutschen Staatssekretärs unternommen. Am 31. Dezember bat die deutsche Regierung die portugiesische, ein Landungskorps von 50 Mann des „Seeadler“ durch das portugiesische Gebiet von der Delagoabai ab nach Prätoria marschieren zu lassen, um die Deutschen zu schützen. Am Tage darauf antwortete der englische Premierminister Lord Salisbury: er erkenne die Gefahr und die Schädlichkeit des Jamesonschen Einbruches für verschiedene europäische Interessen in Südafrika an und tue alles, um den Transvaalstaat bedrohende Gewalttätigkeiten abzuwenden. Freiherr v. Marschall antwortete mit der Anfrage, welche Schritte die britische Regierung zu tun gedenke, um den nunmehr geschaffenen vertragswidrigen Zustand zu beseitigen. Zugleich wies der Staatssekretär auf die zahlreichen Äußerungen der englischen Presse hin, man werde in der Transvaalsache keinerlei fremde Einmischung dulden, einerlei, woher sie kommen könne.

Während dieses diplomatischen Zwiegespräches hatten sich die Dinge in Südafrika schnell und überraschend entwickelt. Dr. Jameson, der einen Befehl des Gouverneurs der britischen Kapkolonie, zurückzukehren, unbeachtet ließ, sah sich auf dem Marsche nach Prätoria von einer überlegenen Burenmacht eingeschlossen und mußte sich am 2. Januar 1896 den Buren ergeben. Diese rückten in Johannesburg, dem Herde der englischen Umtriebe innerhalb des Landes, ein und fanden dort schriftliche Beweise für die Pläne der britisch-südafrikanischen Kompagnie. Jameson hatte sich Prätorias definitiv bemächtigen sollen.

Der lange vorbereitete Plan war ziemlich schmählich gescheitert. Man hatte sich englischerseits von der Wachsamkeit der Buren ein falsches Bild gemacht, auch viel zu geringe Streitkräfte zusammengebracht. Hätte Jameson sich Prätorias bemächtigt, so wäre möglicherweise das Schicksal der Republik schon damals entschieden worden.

Die Bitte des Deutschen Reiches: den Durchmarsch durch das portugiesische Gebiet, von der Delagoabai bis in das transvaalsche Gebiet, einem deutschen Landungskorps zu gestatten, wurde mit dem Siege der Buren gegenstandslos, ehe eine Antwort der portugiesischen Regierung eingetroffen war. Vielleicht ist so eine schwere deutsch-britische Komplikation damals vermieden worden, denn wenn Portugal ja gesagt hätte, würde England nein gesagt und kaum gezögert haben, die Konsequenzen zu ziehen.

Die Gefangennahme Jamesons mit seinen Leuten erregte ungeheures Aufsehen. Die englische Presse mißbilligte notgedrungen den Jamesonschen Einfall, das gleiche tat die britisch-südafrikanische Gesellschaft,

obgleich Rhodes nicht nur die treibende Kraft, sondern der Befehlshaber Jamesons gewesen war. Man rückte, teils mit mühsamer Entrüstung, teils mit verlegenen Ausflüchten, zu einem kleinen Teile auch mit aufrichtiger Mißbilligung, von Jameson ab. In den Beginn dieser Zeitungsauseinandersetzungen traf am 3. Januar 1896 die folgende Depesche des Deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren."

Krüger antwortete: „Ich bezeuge Ew. Majestät meinen innigsten, tiefgefühlten Dank für Ew. Majestät aufrichtige Glückwünsche. Mit Gottes Hilfe hoffen wir weiter alles Mögliche zu tun für die Beständigkeit unserer Republik."

Das war das so viel besprochene und verurteilte Krüger-Telegramm des Kaisers. Es ist keine „impulsive" Handlung des Kaisers gewesen, sondern nach Inhalt und Form vom Baron v. Marschall aufgesetzt worden. In seiner Gegenwart, ferner der des Geheimrates v. Holstein, des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amtes Hollmann, des Admirals Knorr und des Marinekabinetschefs Freiherrn v. Senden-Bibran, wurde der Wortlaut der Depesche festgelegt. Der Staatssekretär v. Marschall ist der Überzeugung gewesen, daß eine Kundgebung der Stellungnahme des Deutschen Reiches zum Jameson-Einfall, in der Form einer kaiserlichen Depesche, politisch notwendig sei. Diesem Rate hat sich der Deutsche Kaiser gefügt.

Betrachten wir den Inhalt und die Form der Depesche:

Der Deutsche Kaiser spricht dem Präsidenten seinen Glückwunsch aus, daß es ihm und seinem Volke gelungen ist, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit zu wahren, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren; dieses Argument wird durch die Worte „in eigener Tatkraft" noch verstärkt. Darin lag nicht entfernt die Versicherung enthalten: wenn es den Buren nicht aus eigener Kraft gelungen wäre, wenn sie an Hilfe befreundeter Mächte appelliert hätten, so würde Deutschland den nötigen Beistand gewährt haben. Näherliegend erschien die Deutung: Der Präsident sei zu beglückwünschen, eben weil es aus eigener Kraft gelungen war, den Frieden herzustellen und die Unabhängigkeit zu wahren, denn im anderen Falle wäre zweifelhaft gewesen, ob ein Appell an befreundete Mächte den entsprechenden Erfolg gehabt hätte. — Mit dem Worte: „die Unabhängigkeit des Landes", stellte sich

der Kaiser auf einen von England nur eingeschränkt gebilligten Standpunkt. Der Ausdruck „bewaffnete Scharen“ deutete in keiner Weise an, daß und von wem diese Scharen indirekt angetrieben und geleitet worden seien.

In Deutschland erregte das Telegramm beinahe allgemeine Begeisterung. Man nahm es für ein Zeichen, daß die Politik des Deutschen Reiches nunmehr auf die burische Sache festgelegt worden sei. Die Sympathie des deutschen Volkes für die Buren und ihre Sache, die kolonialpolitischen Pläne, die man für die Entwicklung deutsch-afrikanisch-burischer Beziehungen damit verband, schließlich die Erbitterung über die Behandlung, welche Großbritannien dem Deutschen Reiche, seiner Politik, der Person des Deutschen Kaisers durch die britische Presse hatte angedeihen lassen — das alles hatte einen allgemeinen Beifallssturm in Deutschland zur Folge, ein erlöstes „Endlich!“ Das ganze deutsche Volk stand hinter der Depesche des Kaisers.

In der englischen Presse rief die Depesche eine Explosion von Wut, Angriffen und Beschimpfungen gegen das Deutsche Reich hervor. Der Feldzug begann mit einer Depesche des Berliner „Times“-Korrespondenten an sein Blatt: „Dieses Telegramm darf gleichwohl nicht nur als ein Ausdruck der persönlichen Gefühle des Kaisers aufgefaßt werden. Es wurde aufgesetzt im Palais des Kanzlers, wo der Staatssekretär des Auswärtigen, Baron v. Marschall, der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Admiral Hollmann, und andere auf Aufforderung des Fürsten Hohenlohe mit dem Kaiser konferierten. Das Telegramm gewinnt deshalb die Bedeutung eines Staatsdokumentes von höchster Bedeutung, um so mehr, als es eine unumwundene Anerkennung der Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik enthält.“

Ein Blatt sagte: „Nicht Glückwünsche, sondern Beileid des Kaisers an Buren und Briten wäre am Platze gewesen.“ Wolle der Kaiser Krieg mit England führen, „wo wären seine Verbündeten?“ Ein anderes Blatt sprach von einer höchst unfreundschaftlichen Handlung gegen das englische Volk, ein drittes von einem internationalen Affront, und die „Morning Post“ sagte: Die britische Nation werde dieses Telegramm niemals vergessen, sondern in der Orientierung ihrer auswärtigen Politik immer daran denken. In London fanden Mißhandlungen Deutscher auf den Straßen statt, die Schaufenster deutscher Kaufleute wurden zertrümmert, kurz, man hatte in England jegliche Haltung infolge der Plötzlichkeit der Ereignisse verloren und offenbarte Auffassungen und Gefühle, die man bisher mit aller Vorsicht zu verbergen gesucht hatte. Jene britische Stimmung wurde am schlüssigsten charakterisiert durch einen vom Fürsten Bismarck veranlaßten Artikel in den „Hamburger Nachrichten“, der die folgenden Sätze enthielt:

„Die Politiker, die in der englischen Presse heute zu Worte kommen, hatten sich die Sache offenbar so zurechtgelegt, daß sie mit heuchlerischer Entrüstung den Flibustierzug nicht billigen konnten, aber die faktischen Konsequenzen des Überlaufens der Burenpolitik, auf das sie gerechnet hatten, als unabänderliches Ergebnis akzeptierten. Das kaiserliche Telegramm an den Präsidenten von Transvaal ist ihnen aber derartig unerwartet gekommen, daß sie die bis dahin getragene Maske vollständig vergessen haben und plötzlich eine Sprache führen, als ob der räuberische Überfall des Dr. Jameson eine amtliche Operation der englischen Regierung gewesen wäre. Läge dieser Fall wirklich vor, so wäre allerdings das kaiserliche Telegramm ein Schachzug gegen die englische Regierung gewesen, so aber ist es doch nur eine Kundgebung gegen denselben gewalttätigen Bruch des Friedens durch Dr. Jameson, den bis dahin alle englischen Autoritäten als ihnen vollständig fremd gemißbilligt haben.

Wir erinnern uns kaum eines Ereignisses in neuerer Zeit, in welchem die Unehrlichkeit der englischen Presse in dieser Weise festgenagelt worden wäre, wie in dem zornigen Ausbruch gegen das kaiserliche Telegramm, durch welches der Deutsche Kaiser doch, genau betrachtet, nur der sittlichen Entrüstung der englischen Regierung über den Einbruch in Transvaal den Beistand seiner europäischen Autorität leistete. Wir hätten also aufrichtigerweise erwarten dürfen, daß die englische Presse dem Deutschen Kaiser ihren Dank votierte für den energischen Beistand, mit dem er ihrer eigenen Entrüstung über diesen ruchlosen Räubereinbruch in Transvaal Ausdruck gegeben hat."

In einer Unterredung kurz darauf sagte Bismarck: „Das Telegramm des Kaisers hätte dem Präsidenten Krüger mit Schicklichkeit und Anstand von der englischen Regierung selbst geschickt werden können."

In Großbritannien blieb es nicht bei den Worten, sondern man rüstete unmittelbar sechs Kreuzer als fliegendes Geschwader aus, die nach der Delagoabai gehen sollten. Die „Times" schrieben dazu, man wolle ein Geschwader zur Hand haben, sofort und überall da, wo Gefahr vorhanden sei. Der Aufsatz schloß mit einer Andeutung auf die „Prätensionen" des Deutschen Kaisers: „unsere Verträge, wenn es ihm Vergnügen mache, in Stücke zu reißen." Außerdem wurde ein Teil der Reserveflotte in Dienst gestellt, in Tag- und Nachtarbeit betrieb man die Fertigstellung reparaturbedürftiger Schiffe, eine besondere Torpedobootsflotille wurde in den Kanal geschickt, kurz, man tat so, als ob ein Krieg mit Deutschland bevorstehe. Zur Erregung und zu dieser Auffassung der Sache wird die nachher von der britischen Regierung ausdrücklich als falsch anerkannte Meldung des englischen Konsuls zu Prätoria bei-

getragen haben, daß Präsident Krüger tatsächlich die Hilfe des Deutschen Reiches und Frankreichs angerufen habe.

Der Inhalt des diplomatischen Meinungsaustausches in jenen Wochen ist nicht bekannt geworden. Die englische Presse erzählte von einem entschuldigenden Schreiben des Deutschen Kaisers an die Königin. Daraufhin wurde in dem deutschen halbamtlichen Organe festgestellt, daß von keiner maßgebenden Stelle aus entschuldigende Erklärungen in der Transvaalfrage nach London gerichtet worden seien. Desgleichen trat die amtliche deutsche Presse der englischen Behauptung entgegen: das deutsche Volk habe begonnen zu entdecken, daß der Kaiser bei dem Versuche, Vertragsbestimmungen umzustoßen, nicht weise gehandelt habe. Die halbamtlichen Organe zu Berlin stellten fest, daß Kaiser und Volk völlig einig seien.

Der Staatssekretär v. Marschall hatte sich im Reichstage auf den Boden der kaiserlichen Depesche zu stellen. Es war eine Interpellation eingegangen, ob die Regierung bereit wäre, die Depesche zu verantworten, weil man sie so gut wie allgemein für einen impulsiven Akt des Kaisers hielt. Die große Mehrheit des Reichstages, abgesehen nur von den Sozialdemokraten, sprach aber dann ihre volle Zustimmung in der von Marschall dargelegten Politik des Deutschen Reiches aus.

Welches war diese Politik?

Der Staatssekretär sah die Sache folgendermaßen an: Die unanfechtbare Grundlage der deutsch-transvaalschen Beziehungen bilde der zwischen dem Deutschen Reiche und der südafrikanischen Republik 1885 geschlossene, von England genehmigte Handelsvertrag. Dieser gewähre die Meistbegünstigung und sichere den dortigen Deutschen Handels- und Gewerbefreiheit. Auf dieser rein wirtschaftlichen Grundlage der gegenseitigen Beziehungen sei das Deutsche Reich niemals mit England (also dem amtlichen) in Gegensatz geraten, wohl aber mit den Bestrebungen, das ganze Südafrika zu einem geschlossenen Wirtschaftsgebiete zu vereinigen. Dadurch würden die deutschen Interessen schwer geschädigt werden. Deutschland wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten der südafrikanischen Republik mischen, auch erstrebe es kein Protektorat. Deutschland sei aber nicht verantwortlich, wenn die Buren Mißtrauen gegen jene imperialistischen Bestrebungen empfänden. Dafür träfe die Verantwortung vielmehr die Förderer dieser Bestrebungen, die auch vor Gewalt nicht zurückschreckten. Die Beziehungen zur britischen Regierung hätten keinen Augenblick aufgehört, gute normale und freundliche zu sein; sie habe alles zur Verhinderung des Jamesonschen Überfalles getan. Gegen die Erregung des englischen Volkes könne man mit Beweisgründen nicht ankämpfen.

Betrachten wir den Standpunkt der amtlichen Politik des Deutschen Reiches.

Es ist gezeigt worden, wie der Vertrag von 1884 und die in ihm enthaltene Einschränkung der transvaalschen Unabhängigkeit durch den Artikel 4 (daß die südafrikanische Republik Verträge mit anderen Mächten — abgesehen vom Oranjefreistaat — nur mit Genehmigung Englands schließen dürfe) die Grundlage für beide Seiten bildete. Freiherr v. Marschall hatte mit seinen Darlegungen vollkommen recht. Weder die freundlichen deutsch-burischen Beziehungen, noch die Entsendung der deutschen Kreuzer, noch endlich die geplante Instradierung eines Landungskorps von der Delagoabucht zum Schutze der Deutschen nach Prätoria standen im Widerspruche zu den Verträgen. Auch das kaiserliche Telegramm tat es nicht, denn die in diesem betonte „Unabhängigkeit" bezog sich im Zusammenhange lediglich auf eine Unabhängigkeit die der Vertrag von 1884 gewährte.

Freiherr v. Marschall, den man als den Träger jener Politik anzusehen hat, arbeitete während seiner Amtsführung mit Vorliebe auf Grund rechtlicher Argumente. Beim deutsch-englischen Vertrage von 1890 verteidigte er bzw. der Reichskanzler deutsche Zugeständnisse immer wieder damit, daß deutsche Ansprüche auf die betreffenden Gebiete juristisch nicht zu rechtfertigen gewesen wären. Das gleiche geschah hinsichtlich des deutsch-französischen Vertrages über die Abgrenzung des Hinterlandes von Kamerun; ebenfalls zu ungunsten des deutschen Kolonialgebietes. Das Umgekehrte trat ein, als Freiherr v. Marschall gegen den Vertrag Großbritanniens mit dem Kongostaate 1894 Protest erhob. Dieser Protest hatte, aus früher erwähnten Gründen, Erfolg.

Man hat den Eindruck, als ob Marschall sich den Blick über die entscheidende Bedeutung der Machtfrage in den Bestrebungen der Völker und in ihren internationalen Beziehungen hätte trüben lassen. Oder aber, wenn man annehmen wollte, daß er mit dem Vertrage von 1884 nur als Kulisse gearbeitet hätte, um die deutsch-transvaalschen Beziehungen weitgesteckten Zielen entgegenzuführen, so blieb die entscheidende Frage offen: wie konnte das Deutsche Reich gegen einen entschlossenen Widerstand Großbritanniens solche Ziele erreichen? Es wurde erwähnt, wie nach der Krügerdepesche ein Londoner Blatt den Kern der Sache mit der ironischen Frage erfaßte: wie Deutschland sich denn eigentlich einen Krieg mit Großbritannien dächte. Dafür fehlten in der Tat alle Mittel, während die deutschen Küsten, die deutschen Kolonien und der ganze deutsche Überseehandel, Dinge, welche die Marschallsche Politik vor allem fördern und ausbreiten wollte, der englischen Flotte hilflos preisgegeben waren. Man steht vor einem Rätsel, wenn man nicht an-

nehmen will, daß Marschall an ein Nachgeben Großbritanniens glaubte oder auch der Ansicht war, das amtliche Großbritannien werde nicht nur formal, sondern sachlich von Cecil Rhodes und seiner Politik abrücken.

Die Deutsche Regierung kann damals nicht über die Stärke der in und für Südafrika treibenden britischen Kräfte unterrichtet gewesen sein. Man hatte auch keinen Anhalt gehabt, um die Wirkung auf die Stimmung der öffentlichen Meinung in England vorher zu ermessen. Sie trat nach der Depesche mit einer Heftigkeit auf den Plan, die sicherlich nicht erwartet worden war. Sie gestattete der britischen Regierung eine tatsächliche Bewegungsfreiheit, die sie sonst nicht gehabt hätte, und stützte mit entscheidender Kraft den imperialistischen Gedanken, welcher sich damals in der Person Mr. Joseph Chamberlains zu vereinigen begann. Die Ausbrüche der öffentlichen Meinung in Großbritannien ließen keinen Zweifel darüber, wie tief der Gedanke eines großen geeinten britischen Südafrika schon in Fleisch und Blut der britischen Nation eingedrungen war.

Der Kolonialsekretär, Mr. Chamberlain, sprach sich damals mit Offenheit aus, als er auf die Angriffe antwortete, die von englischen Liberalen gegen ihn gerichtet worden waren: Das Ziel jeder britischen Regierung in Südafrika sei die Erhaltung der Stellung Englands als die der dort vorherrschenden Macht (paramount power). Diese Stellung sei durch bereitwillige Hingabe von Gut und Blut gewonnen, ohne welche es ein Südafrika im Sinne des Gebrauchswortes jetzt nicht geben würde. Das zweite Ziel der englischen Politik sei die Herstellung eines Zustandes, wie er in Kanada bereits mit bestem Erfolge herbeigeführt worden sei. Es sei der höchste Wunsch Cecil Rhodes' gewesen, auf friedlichem Wege eine Vereinigung aller südafrikanischen Staaten zu einem gemeinsamen Ziele herbeizuführen, unter dem Schutze der britischen Flagge. Leider habe er diese Absicht nicht durchführen können, aber sein Ziel müsse dasjenige jeder britischen Regierung bleiben.

Blicken wir auf die seitdem vergangenen Jahre zurück, so erscheinen jene Worte Chamberlains als das programmatische Bekenntnis eines weitblickenden Staatsmannes, der weiß, was er will. Chamberlain hatte von seinem Standpunkte aus mit der Feststellung recht, daß jede britische Regierung — wie nun einmal die Verhältnisse in Südafrika gestaltet worden waren — die Vereinigung unter der britischen Flagge anstreben müsse. Die englischen Minister konnten mit Recht fragen: welche Macht ist willens und imstande, uns zu hindern? Die europäische Konstellation war allen derartigen Plänen seit 1890 günstig. Obendrein hatte nach der Krügerdepesche der französische Botschafter in London der britischen Regierung gesagt: „Frankreich hat nur einen einzigen Feind, und das ist Deutsch-

land. England kann danach seine Politik einrichten." Das sollte bedeuten: in einem englisch-deutschen Kriege werde Frankreich ohne weiteres gegen Deutschland stehen. Die Öffentlichkeit hat diese Tatsache freilich erst im Jahre 1908 erfahren. Damals erschien in der „Deutschen Revue" ein vielbemerkter Aufsatz von einem „Wissenden", der sie feststellte. 1896 war die deutsche Öffentlichkeit aber geneigt, anzunehmen, daß Frankreich, allein durch sittliche Entrüstung veranlaßt, sich zu Deutschland gegen England stellen würde. Die französische Presse hatte solche Entrüstung in starken Worten geäußert. Aber kein Franzose dachte daran, sie in die Praxis überzuführen.

Wir sagten vorher, man habe auf deutscher Seite wahrscheinlich nicht geglaubt, daß die britischen Pläne für Südafrika so fest und klar waren und die öffentliche Meinung sie so tief in sich aufgenommen hatte. Deshalb hat Baron Marschall offenbar die Machtfrage vorher gar nicht in Betracht gezogen. Als diese dann in kaum verhüllter Form von der englischen Seite aufgeworfen wurde, war damit die ganze „Frage" als solche erledigt. Die Leiter der deutschen Politik dachten nicht daran und konnten vernünftigerweise nicht daran denken, mit Großbritannien Krieg zu führen. Für Großbritannien ging es um das geeinte Südafrika, das Chamberlain damals voraussah und vorbereitete. Für die deutsche Politik ging es um die Handelsbeziehungen zu Transvaal, daneben vielleicht um das Bestreben, sich weitergehende kolonialwirtschaftliche und kolonialpolitische Möglichkeiten offen zu halten, — nicht aber um Durchführung fest vorgezeichneter Pläne, deren Verwirklichung man tatsächlich und entschlossen wollte. So stand für England nach dieser Seite hin ungleich mehr im Spiele als für die deutsche Politik. Umgekehrt verfügte Großbritannien über die ozeanbeherrschende Flotte, während die Seestreitkräfte Deutschlands den Namen einer Flotte nicht verdienten. Ihre Vernichtung war ohne Risiko und ohne nennenswerten Kraftaufwand jederzeit und überall möglich. Großbritannien schließlich verfügte ohne geschriebene Bündnisse über freiwillige, rachedurstige Bundesgenossen, während das Deutsche Reich gerade Großbritannien gegenüber völlig allein stand.

Will man in zwei Worten die deutsche Politik, welche zum Krügertelegramm führte, charakterisieren, so beruhte sie auf unrichtiger Einschätzung wichtiger und entscheidender Faktoren auf der englischen Seite. Sie glaubte mit juristischen Argumenten und mit dem Vertragsrecht wirken zu können, wo auf der britischen Seite der nüchterne und feste Wille bestand, sich durch keinerlei papierne Hindernisse beirren zu lassen, sondern sich den Weg zur Macht durch die Mittel der Macht zu bahnen, es koste, was es wolle.

Jene in der Wurzel unrichtige deutsche Politik, die schließlich zur

Krügerdepesche führte, in ihr gipfelte und mit ihr endete, war nicht persönliche Politik des Deutschen Kaisers, sondern es war die Politik seiner berufenen und verantwortlichen Ratgeber. Die Gerechtigkeit verlangt eine solche Feststellung in aller Ausdrücklichkeit.

Im Transvaal gingen die Dinge ihren Gang. England schickte einen weiteren Kreuzer nach der Delagoabucht. Präsident Krüger verlangte Auskunft über den Zweck des neu in Dienst gestellten Fliegenden Geschwaders und erhielt die Antwort: England wolle für alle Fälle vorbereitet sein. Der Staatssekretär Chamberlain teilte dem Präsidenten Krüger gleichzeitig mit: England werde sich um jeden Preis der Einmischung jeder fremden Macht in die Angelegenheiten Transvaals widersetzen. Die bloße Annahme, Deutschland denke an solche Einmischung, habe einen beispiellosen Ausbruch der öffentlichen Meinung hervorgerufen. Kurz darauf machte Chamberlain dem Präsidenten Krüger bekannt, daß die Beschwerden der Ausländer berücksichtigt werden müßten, sonst würde die Aussicht auf eine dauerhafte Regelung in verhängnisvollster Weise beeinflußt werden. Jene sogenannten Reformen, nämlich die Vermehrung der Rechte der Ausländer in Transvaal mit dem Ziele der Gleichstellung den Buren gegenüber, mußten mit Notwendigkeit zum Selbstmorde der Transvaalrepublik oder zum Kriege führen. Ein Drittes gab es nicht. Das Deutsche Reich legte der britischen Politik keine Hindernisse mehr in den Weg.

Freiherr v. Marschall nahm im Frühjahr 1896 Gelegenheit, Großbritannien zu zeigen, daß die deutsche Politik nicht an Unfreundlichkeit denke:

Am 1. März 1896 war eine italienische Division unter dem General Baratieri an der Adua in Abessinien von dem Heere des Negus Menelik geschlagen und zum großen Teile gefangen genommen worden. Die Stellung Italiens in Afrika war erschüttert und gewährte England dort nicht mehr die Deckung, welche es brauchte. Die Derwische erhoben sich und gingen in der Richtung auf Erythrea vor, und die großbritannische Regierung glaubte die britische Autorität in Oberägypten bedroht. Sie bereitete eine Expedition nach Dongola vor, um den ägyptischen Süden zu erhalten, und richtete an die in Ägypten beteiligten Großmächte das Ersuchen, die Kosten des Feldzuges aus der ägyptischen Schuldenkasse zu bestreiten. Frankreich, unterstützt von Rußland, lehnte ab. Das Deutsche Reich stellte sich zu allgemeinem Erstaunen dem englischen Ansuchen günstig gegenüber und trat dafür ein. Halbamtlich wurden als Begründung die Interessen der italienischen Bundesgenossen angeführt.

Die europäische Entente in Ostasien.

Am 27. Juli 1894 griff ein japanisches Geschwader an der Westküste Koreas die chinesische Truppentransportflotte an, welche 10000 Mann in Korea landen sollte. Die chinesischen Schiffe wurden teils vernichtet, teils entkamen sie. Der jahrhundertealte Kampf zwischen dem chinesischen Reich und Japan war in den Beginn seiner letzten Periode getreten. Die Armeen und die Flotten gingen gleichzeitig gegeneinander vor. Korea hatte ein Schutz- und Trutzbündnis mit Japan geschlossen. Japan bediente sich des alten Mittels, den chinesischen Einfluß auf Korea zu brechen, indem es dessen Selbständigkeit proklamierte.

Am 21. November befand sich Port Arthur in japanischer Hand, die Japaner waren Herren der Halbinsel Liautung. Ende Dezember 1904 wünschte die Pekinger Regierung in Friedensverhandlungen mit Japan zu treten, und es war der deutsche Zolldirektor, Herr Detring, welcher als Überbringer eines Schreibens von Li-hung-Tschang nach Tokio geschickt wurde. Li-hung-Tschang führte dann die Verhandlungen.

Im April 1905 wurde zu Schimonoseki der Friede geschlossen auf die Bedingungen: China tritt die Halbinsel Liautung mit Port Arthur an Japan ab, außerdem die Insel Formosa; es öffnet dem Verkehr fünf neue Häfen, gibt den Japanern die Berechtigung, Fabriken und andere industrielle Anlagen zu gründen, und zahlt eine Kriegsentschädigung von 600 Millionen Mark.

Da legten sich drei europäische Großmächte ins Mittel. Von deutscher Seite war bereits Anfang März der Rat an Japan ergangen, auf festländisches Gebiet zu verzichten. Die Auffassung der deutschen Regierung war: eine Festsetzung Japans auf dem ostasiatischen Kontinent würde sein entschiedenes Übergewicht über China bedeuten, besonders auch in wirtschaftlicher Beziehung; Japan würde „wie eine Schildwache vor den Zufuhrstraßen nach China sitzen und sie beherrschen". Als kurz darauf Frankreich und Rußland beschlossen, auf Japan einzuwirken, trat Deutschland der Aktion bei, deren Zweck nach dem Ausspruch des französischen Ministers Hanotaux war, eine Verschiebung des Gleichgewichtes zum Nachteile Rußlands zu verhindern. Das sei die gebieterische Pflicht Frankreichs. Nach deutscher Darstellung der damaligen Zeit hätte sich das Deutsche Reich, als seine Mahnung an Japan ohne Erfolg blieb, mit Rußland ins Benehmen gesetzt; dann wäre Frankreich beigetreten. Wie nun auch der innere Gang dieses Zusammenschlusses gewesen sein mag: die Folge war, daß Japan dem Drucke der drei Mächte nachgab und auf die Halbinsel Liautung verzichtete, sehr schweren Herzens. Die japanischen Staatsmänner, die ununterbrochen siegreich ge-

wesenen Streitkräfte und die öffentliche Meinung waren voll Wut. China, dessen Integrität durch den Protest der drei Mächte gewahrt worden war, stellte als Dank dem Deutschen Reiche zunächst ein kleines Grundstück als Konzession für die dortigen deutschen Kaufleute dicht bei der Hafenstadt Tientsin zur Verfügung und gestattete ebenfalls die Errichtung einer deutschen Niederlassung in Hankau. Frankreich erhielt bedeutende territoriale und andere Zugeständnisse an der Grenze von Kochinchina, Rußland garantierte China eine Anleihe von 400 Millionen Franken, erhielt außerdem mit umfangreichen Zugeständnissen die Konzession zum Bau der Mandschureibahn bis Port Arthur, — hatte also den Löwenanteil bekommen, während das Deutsche Reich eigentlich nichts erhielt.

Großbritannien hatte sich, als feststand, daß die Japaner siegreich auf der ganzen Linie bleiben würden, in schnellem Wechsel der Stellung an die Seite Japans begeben. Der Grund war ebenso klar wie die Motive, welche Rußland zu seiner gegenteiligen Stellung veranlaßten. Die russische Politik drängte auf Korea hin, und man hatte in St. Petersburg schon den Blick auf Port Arthur gerichtet. Die Interessen Rußlands in Korea und an Korea standen fest, auch die sibirische Bahn befand sich im Bau. Als Grenznachbar des Chinesischen Reiches mit der Absicht, auf dieses wachsenden Einfluß zu gewinnen, mußte dem Russischen Reiche eine japanische Fußfassung auf dem Kontinente als unerträglich erscheinen. Die Gründe und Erfolge des französischen Anschlusses wurden bereits erörtert.

Die Frage bleibt: was das Deutsche Reich letzten Endes zu jener Interventionspolitik im fernen Osten veranlaßte, durch die es sich einmal den Unwillen Japans zuziehen, ferner sich in Gegensatz zur cnglischen Politik begeben mußte.

Soweit sich heute übersehen läßt, kam eine Anzahl von Gründen zusammen. Damals, um Mitte der neunziger Jahres, war in Dutschland ziemlich allgemein die Auffassung: der neue Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, habe diese Gelegenheit benutzt, um wieder den Anschluß an Rußland zu finden, und damit die deutsch-russischen Beziehungen allgemein zu bessern. Daß dieser Gedanke mitgewirkt hat, ist wahrscheinlich, wenn nicht sicher. Fürst Hohenlohes Politik ging von Anfang an darauf hin, den Draht nach Petersburg wieder mit elektrischem Strome zu füllen. Der alte erfahrene Staatsmann wußte die Bedeutung dieser Beziehung zu Rußland zu schätzen, und sein Vorhaben wurde ihm durch den russischen Thronwechsel erleichtert, ebenso durch seine persönlichen Beziehungen in Rußland, wo er Grundbesitz hatte.

In seinen Denkwürdigkeiten erzählt der Fürst: er habe bei seinem

Besuche in Petersburg dem Zaren gesagt: wir wären (in Ostasien) von dem Wunsche geleitet gewesen, unsere guten Beziehungen zu Rußland zu manifestieren. Darüber sei der Zar erfreut gewesen und habe selbst seiner Befriedigung über die deutsche Politik in der ostasiatischen Angelegenheit Ausdruck gegeben. — Selbstverständlich braucht man aus der Darstellung, die Hohenlohe dem Zaren gab, nicht zu schließen, daß die deutsche Politik nur von dem Wunsche beherrscht gewesen sei, „unsere guten Beziehungen zu Rußland zu manifestieren". Mitgespielt hat aber, wie gesagt, dieses Motiv ohne Zweifel stark. Bemerkenswert ist auch die Äußerung des Zaren, ob nicht die Person des damaligen Staatssekretärs, Freiherrn v. Marschall, die Ursache der deutsch-russischen „Mißverständnisse" gewesen sei. Hohenlohe antwortete darauf, „daß Marschall nur das täte, was ihm befohlen werde, daß nichts ohne den Befehl des Kaisers geschehe". Schließlich gibt der Fürst die sibyllinische Bemerkung von sich: „vielleicht hätten Meinungsverschiedenheiten zu Mißverständnissen Anlaß gegeben". Er hätte es ebensogut umkehren können. Den wichtigen Kern der deutschen Stellungnahme enthüllt Hohenlohe in dem gleichen Berichte durch die Mitteilung, der Zar habe ihm gesagt: „er habe unserem Kaiser im Frühjahr geschrieben, er würde nichts dagegen haben, wenn wir uns irgend etwas dort erwerben wollten, um einen festen Punkt oder eine Kohlenstation zu haben." Worauf Hohenlohe dem Zaren sagt: der Deutsche Kaiser habe es ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt. Zum Schlusse jener Unterhaltung trägt der Zar dem Kanzler beste Grüße an den Kaiser auf und bittet ihn, ihm persönlich zu schreiben, wenn er etwas mitzuteilen habe. Das war im Herbst 1895. Der Zar nahm damals und ebenso während seines Besuches zu Breslau im nächsten Jahre Gelegenheit, sein tiefes Mißtrauen gegen die großbritannische Politik zum Ausdrucke zu bringen. „Die Beziehungen Rußlands zu Deutschland", sagte Nikolaus II. dem Kanzler, „werden stets gute bleiben." —

Aus diesen Mitteilungen des alten Kanzlers, die, als sie niedergeschrieben wurden, für die Öffentlichkeit nicht bestimmt waren, geht der Umschwung unwidersprechlich hervor, den die deutsch-russischen Beziehungen durch das Zusammengehen von 1895 erfahren hatten. Klar wird ebenfalls, daß dieses Zusammengehen die Grundlage für die spätere deutsche Pachtung an der Kiautschoubucht bildete. Die Gesamtbeurteilung jener Schwenkung der deutschen Politik muß also eine sehr wesentlich andere sein als die zeitgenössische jener Tage, ganz einerlei, wie man sich zu dem später zu erörternden Werte der Kiautschoupachtung stellen will.

Das deutsche Zusammengehen mit Rußland und Frankreich wurde

damals vom Organe des Fürsten Bismarck, den „Hamburger Nachrichten“, als ein „Sprung ins Dunkle“ bezeichnet. Es galt auch sonst in der deutschen Presse als ein neuer Beweis des sogenannten Zickzackkurses, einer schwenkenden und schwankenden, planlosen Politik. Planlos war diese Politik nun zweifellos nicht: sie schuf sich die ihr notwendig erscheinende Vorbedingung für einen deutschen Fußpunkt an der chinesischen Küste, der zugleich ein Einfallstor des deutschen Handels nach China hinein, einen Anlaufhafen für Handelsschiffe und eine Basis für deutsche Kriegsschiffe in jenen Meeren bilden sollte. Das Bedürfnis war in jedem dieser drei Punkte vorhanden. Dazu kam die Gelegenheit, ipso facto Rußland einen großen Dienst zu leisten und mit ihm in, sozusagen, eine stillschweigende Entente über Ostasien zu gelangen. Auf der anderen Seite standen als Nachteile: die Verstimmung Japans und die Stellung welche hier zum ersten Male in einer großen Frage offen gegen England genommen wurde. Die Verstimmung Japans von 1895 wirkt noch heute. Es gab wohl keine Großmacht damals einschließlich Großbritanniens, die nicht Japan stark unterschätzte. Das war kein Fehler der Deutschen allein, während anderseits die Wichtigkeit der japanischen Stimmung Deutschland gegenüber, auch wenn man Japan unterschätzte, auf der Hand liegen mußte. Es ist oft gesagt worden, daß man jene Stimmung zu unseren Ungunsten leichtfertig, ungeschickt und unnötigerweise erweckt hätte. Eine Beurteilung der Richtigkeit oder Unrichtigkeit jenes deutschen Vorgehens ist nur möglich unter dem Gesichtspunkte, der damals die deutsche Politik leitete. Dieser Gesichtspunkt war, wie gesagt: die Vorbereitung für Erwerbung eines deutschen Fußpunktes an der ostasiatischen Küste. Hätte Deutschland sich zurückgehalten oder gar mit England für Japan Stellung genommen, so wäre dieses Ziel schwerlich erreicht worden. Dann würde Japan die Halbinsel Liautung mit Port Arthur zunächst jedenfalls behalten haben. Rußland hätte seine Anwartschaft auf Port Arthur vorläufig aufgeben müssen und ohne Zweifel einer deutschen Fußfassung ernsten Widerstand entgegengesetzt. Auf alle Fälle würden sich die deutsch-russischen Beziehungen verschlechtert haben, man würde weder bei England, noch bei Japan auf wohlwollende Begrüßung eines deutschen Kiautschou haben rechnen können.

Ein großer Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands, mit ihr das Organ des Fürsten Bismarck, urteilte auch, daß Deutschland sich hätte zurückhalten und in der Kunst des Wartens üben müssen. Man könnte dem heute noch beipflichten, wenn nicht eben die — damals allen öffentlichen Beurteilern unbekannte — geheime Vereinbarung zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren über den Erwerb zweier ostasiatischer Stützpunkte bestanden hätte. Deutschland wollte den Zweck,

es mußte auch die Mittel wollen. Es ist auch gesagt worden, die deutsche Politik habe mit jenem Schritte um Frankreichs Gunst werben oder überhaupt Anschluß an die europäischen Festlandmächte finden wollen. Das kann, wie aus allem obigen hervorgeht, zumal hinsichtlich Frankreichs, höchstens als wünschenswerte Begleiterscheinung betrachtet worden sein. Man darf auch nicht vergessen, daß dieser Schritt im selben Jahre erfolgte, wo Kaiser Wilhelm sein öffentliches Bekenntnis zur Notwendigkeit deutscher Weltpolitik ablegte. Hier bot sich Gelegenheit zu einem weltpolitischen Schritte und sie wurde benutzt. Die Psychologie gerade jener Periode der amtlichen Politik scheint unter dem Motto: Weltpolitik zu stehen, letztere dagegen weniger als jeweiligen Hauptzweck Änderungen der europäischen Gruppierung im Auge gehabt zu haben. Auf die Gefahr hin, eine Ketzerei auszusprechen, möchten wir meinen, daß die deutsche Politik darauf ausging, eine Politik der freien Hand nach jeder Seite hin zu sein; ob und wann sie dieses Ziel erreicht hat, — diese Frage ist von der Tatsache jenes Bestrebens — oder Programmes — unabhängig und zu trennen.

Man muß deshalb auch die Auffassung für unrichtig halten: der deutsche Schritt 1895 habe gewissermaßen eine prinzipielle Abkehr der deutschen Politik von England bedeutet. Daß das nicht der Fall war, zeigt eine Reihe von späteren Ereignissen und Momenten, außerdem waren 1895 die Tage der kurzen deutsch-britischen Intimität schon vorüber, und die südafrikanische Krisis übte ihren Einfluß auf die deutsch-englischen Beziehungen bereits seit 1894. Es mag sein, daß die Leiter und Vertreter der deutschen Politik noch immer hofften, durch gelegentlichen Anschluß an Großbritannien erfolgreich weltpolitischen Zielen nachgehen zu können. Um es aber noch einmal zu sagen: Zweck und Ziel war Weltpolitik. Ihr ordnete man die Übel, welche den Leitern der deutschen Politik als die kleineren erschienen, unter.

Die englische Handelseifersucht — Das erste Flottengesetz.

In einer öffentlichen Versammlung sagte der frühere Premierminister Lord Roseberry: er führe die Störung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und Deutschland nicht nur auf die Transvaalfrage, sonvor allem darauf zurück, daß Deutschland Großbritannien auf wirtschaftlichem Gebiete zu überflügeln beginne. Er sei ganz überrascht von den technischen und kommerziellen Fortschritten der Deutschen; der deutsche Wettbewerb auf diesen Gebieten sei eine Gefahr der Zukunft. Deutschland besitze das vollkommenste System technischer Ausbildung, sei daher der gefährlichste Nebenbuhler Großbritanniens und bedrohe den

britischen Handel, sogar in Indien und Ägypten. Ein anderes Mal sagte Lord Roseberry: „Wir sind bedroht durch einen furchtbaren Gegner, welcher uns benagt wie das Meer die schwachen Partien einer Küste benagt — ich meine Deutschland. Der Handel des vereinigten Königreiches hört nicht auf, sich zu verringern, und was es verliert, das gewinnt in der Hauptsache Deutschland." — Der Kolonialsekretär Mr. Joseph Chamberlain variierte dasselbe Motiv, freilich mit dem Sonderzwecke für sein Ideal des imperialistischen Zusammenschlusses, auf dem wirtschaftlichen Gebiete Stimmung zu machen.

Schon in den Vorjahren wurden in den englischen Zeitungen Berichte britischer Konsuln veröffentlicht, die das Wachsen des deutschen Wettbewerbes auf den überseeischen Märkten feststellten und beklagten. Man hatte diese Erscheinungen aber als etwas hingenommen, das sich naturgemäß aus der machtpolitisch gesicherten inneren Entwicklung des Deutschen Reiches ergab und ergeben mußte. Diejenigen britischen Kreise, welche anders dachten, kamen mit ihren Gedanken nicht an die Öffentlichkeit. Vom Zeitpunkte der Krügerdepesche an trat die englische Wirtschaftseifersucht mit beispielloser Vehemenz nach außen in die Erscheinung. Die deutsche Transvaalpolitik, gewiß, die vergaß man nicht und gedachte auch nicht, sie in Zukunft zu vergessen. Man empfand sie als eine Anmaßung des flottenlosen Deutschen Reiches gegen das seebeherrschende England. Das Deutsche Reich und seine Politik schuldeten, so war die allgemeine britische Auffassung, Großbritannien Dank für ein subjektives Wohlwollen, und auf dem Gebiete des Seehandels und der Kolonien Gehorsam und Anschluß. Bei dauernd gutem Betragen wäre dann vielleicht hier und da ein überseeischer Brocken für Deutschland abgefallen. In diesem Sinne nur war man entrüstet mit der Naivität des auserwählten Volkes, daß Deutschland in der Transvaalangelegenheit es an dem schuldigen Gehorsam hatte fehlen lassen. Als ein ernsthaftes Hindernis für die britischen Pläne in Südafrika betrachtete man jedoch diese deutschen Bestrebungen nicht. Davon war keine Rede, denn man wußte und sah zu genau, daß den Deutschen an den nötigen Machtmitteln, um die Marschallsche Transvaalpolitik in die Tat umzusetzen, alles fehlte. Aus diesem Grunde war auch die früher vielbesprochene Erscheinung selbstverständlich, daß die amtliche Politik des britischen Reiches schon unmittelbar nach der Krügerdepesche wieder in unverändert freundlichen Beziehungen zu der amtlichen deutschen Politik stand. Es lag eben kein Grund zum Gegenteile vor, nachdem der „Zwischenfall" an sich Erledigung gefunden hatte, und seitdem der britischen Politik in Südafrika durch die deutsche Politik keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt wurden.

Auch in der Folge zeigte sich auf beiden Seiten der Wunsch und ebenso die Möglichkeit, gelegentlich politisch zusammenzugehen. In England sollten sich bald noch viel weiter gehende Bestrebungen für eine Annäherung an Deutschland entwickeln. Trotz alledem aber war seit der Krügerdepesche die Stimmung zwischen den Bevölkerungen der beiden Länder eine dauernd schlechte und tief erbitterte, die Regierungen mochten tun und wünschen, was sie wollten. Diese Verstimmung bezog sich zunächst direkt auf die südafrikanische Angelegenheit. Man war in Deutschland tief erbittert über ihren Ausgang und niedergeschlagen angesichts der deutschen Ohnmacht. Man erhob die heftigsten Vorwürfe gegen die nachherige Politik der Reichsregierung, obgleich diese, wie wir vorher sahen, die sachlich einzig mögliche war. Man verstand vielfach nicht, daß die Politik, welche zur Krügerdepesche führte, eine unrichtige war, weil sie nicht auf dem Boden einer ihren Zielen entsprechenden Macht stand und alle Faktoren der anderen Seite falsch einschätzte. Als nun vollends nach der Krügerdepesche der unerwartete Sturm der öffentlichen Meinung in England unverhüllte Feindseligkeit und geringschätzigste Äußerungen über die deutsche Politik und ihre Machtmittel brachte, vertiefte sich nur noch die Wirkung auf das deutsche Volk, ohne daß freilich unglücklicherweise die grundsätzliche Fehlerhaftigkeit der deutschen Südafrikapolitik bis 1896 richtig gewürdigt worden wäre. Dagegen begann es in den Köpfen zu dämmern, daß der Deutsche Kaiser doch wohl mehr Recht habe, als man bisher geglaubt hatte, wenn er eine starke deutsche Flotte verlangte und zu schaffen versuchte.

Die Stimmung der britischen Bevölkerung nahm an Erbitterung zu, aber — umgekehrt wie die deutsche — verlegte sie sich beinahe ausschließlich auf die Beobachtung und die Aufbauschung der wirtschaftlichen Rivalität zwischen den beiden Mächten. Jener Zeitabschnitt vom Beginn des Jahres 1896 bis zur Jahrhundertwende hinterläßt die Überzeugung, daß es ganz unrichtig ist — wie es auch noch heute geschieht — von den „unheilvollen Folgen der Krügerdepesche" zu sprechen, die unsere Beziehungen zu England verdorben haben sollen. Aufrechterhalten läßt sich weiter nichts, als daß die Krügerdepesche einen Ausbruch beispielloser Heftigkeit der öffentlichen Meinung in England zur Folge gehabt hat. Die Krügerdepesche kann aber nur als der äußere Anlaß, als die Gelegenheit dieses Ausbruches angesehen werden, nicht als seine Ursache. Die eigentliche Ursache lag vielmehr in dem Gefühle der Engländer, daß Deutschland auf dem wirtschaftlichen Gebiete sich zu einem ständig gefährlicher werdenden Nebenbuhler entwickele. Solange sich die öffentliche Meinung in England der Überzeugung hingab, dieser wirtschaftliche Nebenbuhler werde sich zum mindesten nicht einfallen lassen, eine

selbständige überseeische Politik zu versuchen, hielt man nicht für angezeigt, die vorhandene Unruhe und Erbitterung wegen des wirtschaftlichen Wettbewerbes Deutschland gegenüber zum Ausdrucke zu bringen. Man konnte nicht wissen, in was für Lagen die politische und militärische Hilfe des Deutschen Reiches sich als von unschätzbarem Werte für Großbritannien erweisen würde. Nun war mit der Krügerdepesche nicht nur die Illusion zerstört worden, daß das Deutsche Reich sich in überseeischen Dingen freiwillig von der britischen Politik abhängig machen werde, sondern man konnte sich auch nicht mehr darüber zweifelhaft sein, daß Deutschland, wenn auch nicht im Besitze der erforderlichen Macht, des Willens war, seine wirtschaftliche Entwicklung über See auch durch die Mittel der Politik so sehr zu fördern, wie es nur immer anging, allein, oder im Vereine mit anderen Mächten. Ein Beispiel dafür hatte 1895 der deutsch-russisch-französische Zusammenschluß im fernen Osten geliefert. Auch da befand sich also Deutschland im Lager des schlimmsten und gefährlichsten Gegners der britischen Politik in Asien, während die beiden Inselmächte, Japan und Großbritannien, allein auf der Gegenseite standen.

In dem vielmaschigen Kausalnetze der auswärtigen Politik mit ihren Macht- und Wirtschaftsfragen wird man bei jeder neuen Erscheinung, bei jedem neu auftretenden Momente nicht eine einzige Ursache, sondern eine ganze Anzahl zu suchen haben. Sie häufen sich und verstärken einander, bis schließlich der letzte „Tropfen“ kommt. Woher dieser kommt und wie er beschaffen ist, pflegt gemeinhin nicht von besonderer Wichtigkeit zu sein. Ein englischer Seeoffizier schreibt in seiner preisgekrönten Arbeit über das Wesen der Seeherrschaft das Folgende:

„Wir (Großbritannien) ziehen nicht in den Krieg aus sentimentalen Gründen. Ich zweifle, ob wir das jemals taten. Krieg ist das Ergebnis von Handelsstreitigkeiten; seine Ziele sind, dem Gegner diejenigen Handelsbedingungen durch unser Schwert aufzuzwingen, welche wir als notwendig erachten zum Vorteile unseres Handels. Wir lassen alle Arten von Kriegsursachen gelten, aber zugrunde liegt ihnen allen der Handel. Ob die Ursache des Krieges die Verteidigung oder der Erwerb einer strategischen Position sein mag, ob der Bruch von Verträgen oder was sonst noch — alle Ursachen führen sich auf den Handel als gemeinsame Wurzel zurück, aus dem einfachen und schlagenden Grunde, weil der Handel unser Lebensblut ist!“

Unter diesem Gesichtspunkte müssen wir auch die nach außen hin ironischen und verächtlichen, im Grunde aber beunruhigten und besorgten Kommentare der britischen Presse verstehen, als Kaiser Wilhelm Anfang 1896 jene Rede hielt: das Deutsche Reich sei ein Weltreich ge-

worden, es gelte nun, die Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches mit diesem fest zusammenzuschließen. Eine objektive und billige Beurteilung konnte in jenen Worten des Kaisers nichts Bedrohliches, auch keine Eroberungspläne finden, vielmehr nur Richtlinien für naturgegebene und deshalb legitime Bestrebungen eines wachsenden und handeltreibenden Volkes. Das aber war es gerade, was Großbritannien als eine „Herausforderung“ und Bedrohung seiner vitalen Interessen erschien, und um diesen eigentlichen Grund der Beunruhigung zu verbergen, schob man Deutschland, vor allem dem Deutschen Kaiser napoleonische Eroberungspläne unter. Die Aufregung über diese vermeintlichen Pläne war künstlich und in sich unwahr. Hätten sie bestanden, so würde am allerwenigsten Großbritannien nötig gehabt haben, sie zu fürchten. Was Großbritannien fürchtete, war der deutsche Handelswettbewerb.

Der Kernpunkt und das Wesen jener fortgesetzten internationalen Erörterungen fand seinen Ausdruck am prägnantesten in dem damals vielbesprochenen Aufsatze der Londoner Wochenschrift „Saturday Review“ vom Herbst 1897. Der ungenannte Verfasser knüpfte an die Zusammenkunft zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren und die starke Besserung der deutsch-russischen Beziehungen an, vor allem aber an ein dem Fürsten Bismarck von den „Times“ zugeschriebenes Wort: „Der Kernpunkt der Unterhaltung zwischen dem Kaiser und dem Zaren muß sich um England gedreht haben.“ Bismarck habe, so sagte die Zeitschrift, längst erkannt: „was schließlich nun auch das englische Volk einzusehen beginnt, daß es in Europa zwei große unversöhnliche, entgegengesetzte Kräfte gibt, zwei große Nationen, welche die ganze Welt zu ihrer Domäne machen und von ihr Handelstribut einfordern möchten. England . . . und Deutschland . . . wetteifern miteinander in jedem Winkel des Erdballes. Im Transvaal, am Kap, in Mittelafrika, in Indien, in Ostasien, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall, wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist, da hat der deutsche Handlungsreisende mit dem englischen Hausierer gestritten. Wo es gilt, ein Bergwerk auszubauen oder eine Eisenbahn zu bauen, wo Eingeborne von der Brotfrucht zur Büchsenfleischnahrung, von der Enthaltsamkeit zum Handelsschnaps hinübergeleitet werden sollen, da suchen Deutsche und Engländer einander zuvorzukommen. Eine Million kleiner Nörgeleien schaffen den größten Kriegsfall, den die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von fünf Milliarden Mark Krieg führen . . .?“

„Was Bismarck sich vorstellte und was auch wir bald einsehen werden, ist die Tatsache, daß nicht nur der greifbarste Interessenstreit zwischen England und Deutschland vorhanden ist, sondern, daß auch England die einzige Großmacht ist, die Deutschland ohne enormes Risiko und ohne Zweifel am Erfolge bekämpfen kann ... Nach diesem Erfolge werde man an Frankreich und Rußland sagen: sucht euch Kompensationen, nehmt euch innerhalb Deutschlands was ihr wollt, ihr könnt es haben." Der Schluß des Artikels wurde durch die seitdem so oft zitierten Worte gebildet: „Germaniam esse delendam." Ungefähr um dieselbe Zeit äußerte sich in Deutschland Professor Schäffle über englische und deutsche Seeinteressen in Ausführungen, die für die damaligen Stimmungen und Auffassungen, besonders aber als Gegenstück zu den englischen Artikeln noch heute von Interesse sind. Schäffle schrieb u. a.: „Die Fortschritte unseres Seehandels seit fünfundzwanzig, namentlich aber seit zehn Jahren sind so gewaltig, unsere wirtschaftliche Bedeutung ist rasch so groß geworden, daß Deutschland von seiten der Rivalen her auf alles gefaßt sein muß. Man gebe sich darüber keiner Täuschung hin, daß die Engländer, wenn sie es nur irgend wagen können, bei erster Gelegenheit unserem Überseehandel und unserer Exportindustrie den Todesstoß zu geben suchen werden ... Grund zur Eifersucht hat der riesige Aufschwung, welcher seit der Gründung des Reiches der Überseehandel, die Exportindustrie, die Reederei, der Schiffbau, die Gründung überseeischer Banken, die Beteiligung an auswärtigen Eisenbahnen und Plantagen genommen haben, in gerüttelt vollem Maße unsern Rivalen wirklich gegeben."

Im Frühjahr 1898 richtete der Engländer Sidney Whitman, der dem Fürsten Bismarck persönlich bekannt war, brieflich an ihn die Frage, wie die englisch-deutschen Beziehungen gebessert werden könnten. Fürst Bismarck ließ dem Engländer durch den Grafen Rantzau, seinen Schwiegersohn, antworten — wir folgen der Version der „Hamburger Nachrichten": „Der Fürst bedaure, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht besser seien, als sie eben sind. Bedauerlicherweise wisse er kein Mittel dagegen, da das einzige ihm bekannte, das darin bestehe, daß wir unserer deutschen Industrie einen Zaum anlegten, nicht gut verwendbar sei."

Es ist eine Tatsache von Bedeutung, daß gerade Bismarck, der sich nach seiner Entlassung nie gescheut hatte, öffentlich auszusprechen, wenn seine Ansichten mit denen des „neuen Kurses" nicht übereinstimmten, oder aber, der sich zurückhielt, wenn er eine Meinungsäußerung für schädlich hielt, in diesem Falle — zwei Jahre nach der Krügerdepesche — erklärte, das einzige Mittel zur Verbesserung der

englisch-deutschen Beziehungen sei, der deutschen Industrie einen Zaum anzulegen. Das wäre, wie er ironisch meinte, „nicht gut verwendbar“.

Die deutsche Handelsrivalität kam den Engländern um so unbequemer und überraschender, weil sie früher nicht mit ihr gerechnet hatten. Großbritannien war von alter Zeit her im Besitze des Handelsmonopols der Welt. Es konnte den Freihandel zunächst mit ungeheurem Erfolge einführen, weil es keine Nebenbuhler ernster Art in der Welt hatte. Großbritannien trat, wie Bismarck — Ende der siebziger Jahre — in einer Reichstagsrede sagte, wie ein allen seinen Mitmenschen an Kräften weit überlegener Athlet auf die Bühne und sagte: nun kommt heran, wenn ihr könnt! Und sie konnten alle nicht. So gedieh das freihändlerische England nicht durch das „freie Spiel der Kräfte“, sondern weil es die einzige „Kraft“ war. Als dann nach 1870 das Deutsche Reich versuchte, eine Industrie- und Handelsmacht zu werden, da schlug es fehl, weil ihm der innere Markt fehlte, weil es immer nur kaufte und nicht verkaufte; wie Bismarck sagte: unser Wirtschaftsleben wäre an innerer Blutleere zugrunde gegangen. Ende der siebziger Jahre ging der Kanzler deshalb zum Schutzzolle über. Seine segensreichen Folgen für den deutschen Außenhandel zeigten sich bereits um Mitte der achtziger Jahre kräftig.

Fürst Hohenlohe schrieb im Jahre 1897, als die erste Tirpitzsche Flottenvorlage zur Erörterung stand: „Um nun Geld für das Reich zu bekommen, änderte Bismarck seine Zollpolitik und gab den gemäßigten Freihandel auf. Auch hier stand das deutsche Volk auf seiner Seite. Nun bekamen wir Geld, 300 bis 400 Millionen, und das Reich konnte leben. Die Schutzzollpolitik erzeugte aber einen kolossalen Aufschwung der Industrie.“

Als Großbritannien zuerst die Konkurrenz der deutschen Ware auf dem eigenen Innenmarkte nachteilig empfand, da wurde das berühmte Gesetz erlassen, daß alle aus Deutschland eingeführten Waren den Stempel „made in Germany“ tragen sollten. Dem lag die vorgefaßte britische Ansicht zugrunde, daß die englische Ware eo ipso viel besser sei als die deutsche, und aus diesem Grunde kein Abnehmer deutsche Ware kaufen würde, über deren deutschen Ursprung er unterrichtet sei. Das war der erste große Irrtum und Fehlgriff, denn gerade jener Stempel wurde zur Ursache, daß überall nun erst recht die deutsche Ware auf Kosten der englischen gesucht und gekauft wurde.

Das Jahr 1896, welches so ereignisreich gerade auf dem Gebiete der britisch-deutschen Beziehungen war, bildete auch wirtschaftlich zufällig einen bedeutenden Abschnitt auf eben diesem Gebiete, ja, einen epoche-

machenden. 1896 zum ersten Male zeigte sich die deutsche Flagge im Hamburger Hafen der englischen überlegen. Zu gleicher Zeit erwies die Statistik, daß England aus dem früher sehr umfangreichen und gewinnbringenden Zwischenhandel, welchen es für Deutschland über See geführt hatte, fast verdrängt worden war. Von 1886 bis 1896 war der deutsche Seeverkehr nach England — berechnet nach der Tonnenzahl — nur um 35 Prozent gestiegen, nach Schweden um 97, nach Österreich-Ungarn um 340, nach den Vereinigten Staaten um 128, nach Mexiko, Mittel- und Südamerika um 317, nach Indien und Ostasien um 488, nach Australien um 475, nach Südafrika um 250, nach der Levante um 261 Prozent. Die Hochseefischereien der Nordsee, die früher beinahe ausschließlich in englischer Hand gewesen waren, hatten sich von 1873 bis 1896 verzwölffacht. In derselben Zeit war die Zahl der deutschen Dampfer auf das Sechsfache gestiegen, ihr Tonnengehalt auf mehr denn das Zehnfache. Der Wert des deutschen Gesamthandels hatte um elfhundert Millionen Mark zugenommen. Die deutschen Passagierdampfer galten mit Grund und Recht als die besten und schnellsten der Welt. Die deutschen Konsulate im Auslande vermehrten sich von Jahr zu Jahr, und ebenso wuchs die Höhe der übersee investierten Beträge deutschen Geldes.

Alle diese Tatsachen wurden — das war ein überaus wichtiges Zusammentreffen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Momente in den Jahren 1896 bis 1899 — erst damals weiteren Kreisen des deutschen Volkes bekannt. Es war das große Verdienst des neuen (seit 1897) Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts, Kontreadmirals Tirpitz, Denkschriften und Zusammenstellungen anfertigen zu lassen, die dem deutschen Volke zeigten: einmal, wie ungeheuer seine wirtschaftlichen Fortschritte, im besonderen die des seeischen und überseeischen Handels, waren, welcher Zukunft sie entgegengingen, ferner, daß diese „Seeinteressen“ nicht nur beschränkte Interessenkreise, sondern das ganze Volk aufs tiefste berührten und zu Bedingungen für dessen Wohlstand geworden waren. Man muß rückschauend heute sagen, daß jene Veröffentlichungen oder, allgemein gesprochen, die Popularisierung des Begriffes der deutschen Seeinteressen eine Tat dargestellt hat, deren Folgen von höchster Bedeutung gewesen sind. Sie erst rechtfertigten in den Augen der deutschen Bevölkerung jene Rede Kaiser Wilhelms II. von der deutschen Weltpolitik. Sie erklärten ferner durch sich selbst und auf das allerbeweiskräftigste die britische Unruhe und Eifersucht. Sie endlich zeigten dem deutschen Volke das ungeheure Mißverhältnis zwischen der Größe und Bedeutung der deutschen Seeinteressen für Gegenwart und Zukunft und ihrer Schutzlosigkeit. Wie eine englische Zeitschrift eben in jener Zeit schrieb: „Die deutsche Flotte ist recht gut, ihre See-

leute und Offiziere sind tapfere Männer, aber auch sie halten es nicht für möglich, unsere Schiffe bei einer Übermacht von 3 gegen 1 zu schlagen. In dieser Übermacht würden wir im vorigen Jahre gegen sie gewesen sein. Wir können deshalb annehmen, daß die Deutschen ihre Flotte im Hafen gehalten haben würden, weil sie es nicht nötig haben, ihren Mut in einem hoffnungslosen Kampfe zu zeigen . . . Die Anglophoben in der deutschen Presse scheinen gar nicht zu wissen, daß Deutschland eine sehr große Handelsflotte hat. Überall weht die deutsche Flagge. Mit der Kriegserklärung würde die ganze deutsche Handelsflotte uns auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Auf allen Weltmeeren würden unsere Kreuzer deutsche Schiffe aufbringen und wegnehmen . . . Deutschland hat nur kurze Küstenlinien und seine Hafeneinfahrten sind ganz besonders leicht zu sperren. Nun überlege man sich, wieviel es für Deutschland ausmachen würde, wenn seine Flagge vom Weltmeere verdrängt und seine Häfen blockiert wären . . . Geradeheraus gesagt, würde ein Krieg für Deutschland, selbst wenn er von deutscher Seite mit größter Weisheit und Vorsicht geführt würde, doch einen unmittelbaren Verlust allerschwerster Art zur Folge haben, während wir so gut wie gar nichts verlieren würden."

Es war nicht möglich, auch nur einen einzigen dieser Sätze Lügen zu strafen. Deshalb wurden die Jahre von 1896 bis 1898 Lehrjahre erster Ordnung für das deutsche Volk. Damals rang es sich, in seiner Mehrheit wenigstens, zur Überzeugung durch, daß eine den Seeinteressen und der wirtschaftlichen Zukunftsweltstellung des Reiches angemessene Flotte Notwendigkeit sei. Damals begann man zu begreifen, daß die „Liebhaberei" Kaiser Wilhelms II. für die Flotte auf seinem klaren Verständnisse für die Notwendigkeit des Reiches beruhte und dem Urteile der zahlreichen klugen und spöttelnden Zeitgenossen um beinahe ein Jahrzehnt vorausgewesen war. Und das war der große unvergängliche Gewinn, den das deutsche Volk aus der englisch-deutschen Krisis des Jahres 1896 um den Preis eines diplomatischen Mißerfolges gezogen hat, eines Mißerfolges, der aus einer Voraussetzung erwachsen war, welche keine Politik der Welt rechtfertigen kann: ohne entsprechende Machtmittel Machtpolitik zu treiben.

Schon in den Jahren der Flotte des Deutschen Bundes um 1848 war in Frankfurt das Wort gesprochen worden, daß ein Staat sich kein größeres Unternehmen vorsetzen könne, als das: eine Flotte zu bauen. Die alten See- und Flottenpraktiker, die Engländer, wußten das aus der eigenen Erfahrung wie aus derjenigen ihrer Rivalen zur See. Ob die Deutschen von 1897, welche für den Bau einer Kriegsflotte eintraten, sich über die Größe des damit begonnenen Unternehmens alle klare

Rechenschaft gaben, mag dahingestellt bleiben. In England sah man den deutschen Bestrebungen während der neunziger Jahre, auch noch nachher, mit Ruhe zu. Die englische Presse belehrte die Deutschen wiederholt: in einem Kriege mit England würde die Niederlage Deutschlands nur um so schwerer, nur kostspieliger werden, je stärker die deutsche Flotte werde, denn diese könne natürlich niemals etwas erreichen, sondern werde schon in den ersten Tagen des Krieges von der englischen Übermacht vernichtet werden. Wozu also eine Flotte bauen!

Bis zum Jahre 1897 war das Streben des Deutschen Kaisers nicht von Erfolg begleitet gewesen, teils wegen des allgemeinen Unverständnisses und dementsprechenden Widerstandes im Reichstage, teils wegen einer amtlicher Vertretung, die der Geschicklichkeit, fester Gesichtspunkte und organischer Richtlinien entbehrte. 1897 im Sommer übernahm Kontreadmiral Tirpitz das Staatssekretariat des Reichs-Marine-Amts. Schon im Herbste desselben Jahres legte er einen organischen Flottenplan vor, der sich von den Bestrebungen seiner Vorgänger in den Einzelheiten und grundsätzlich völlig unterschied. Dieser Plan legte das entscheidende Gewicht auf die Hochseeflotte. Bisher versuchte die Marineleitung, wie vorher auseinandergesetzt worden ist, gewissermaßen zwei Wege zugleich in der Entwicklung der Flotte zu beschreiten: schwimmende und feste Küstenverteidigung, zusammen mit einem Kern der Schlachtflotte in den heimischen Gewässern, eine große Anzahl schneller und kräftiger Kreuzer auf den Ozeanen, um dort den Kreuzerkrieg gegen den feindlichen Handel zu führen. Hiermit brach der neue Staatssekretär sofort und gründlich. Der Gedanke, die Führung des Kreuzerkrieges zu einer Hauptaufgabe der Flotte zu machen, verschwand und der Begriff der unmittelbaren Küstenverteidigung trat für die nächste Zeit in den Hintergrund. Ziel des deutschen Flottenbaues wurde für die kommenden Jahre ausschließlich der Aufbau und die Organisation einer Hochseeschlachtflotte. Zunächst bemaß man ihre Stärke gering, um den Anfang sicher zu haben — aus einer Reihe innerpolitischer, parlamentarischer, technischer, administrativer, auch militärischer, Gründe. Der unausgesprochene Gedanke des Kaisers und des Staatssekretärs war aber schon damals, dem Deutschen Reiche eine absolut und relativ starke Hochseeflotte in erster Linie zu schaffen, und dann für das erforderliche Beiwerk an fester Küstenverteidigung und auswärtigen Stationärkreuzern zu sorgen.

Man ist auf den ersten Blick vielleicht geneigt, diesen Wechsel und Umschwung gegen früher ausschließlich vom militärischen und marinetechnischen Standpunkte zu betrachten und nur aus ihm zu begründen. Tatsächlich war jener Gedanke aber neben seiner rein fachlichen Bedeutung ein neues politisches Moment erster Ordnung.

Bisher war man in Deutschland gewohnt gewesen, die heimischen Aufgaben und Notwendigkeiten der Kriegsflotte, von denen, welche ihr in außerheimischen Gewässern zufielen, zu trennen. Wie oft wurde das Argument angewandt: wir brauchen keine „schweren, unbehilflichen Schlachtschiffe", die im Frieden exerzieren und im Kriege nichts nützen; was Deutschland haben muß, sind schnelle und kräftige Kreuzer, die im Frieden dem deutschen Ansehen und den deutschen Interessen im Auslande dienen, während sie im Kriege den deutschen Handel schützen und den feindlichen schädigen. Dieser Beweisführung lag, wenn überhaupt ein greifbarer Gedanke, die Annahme zugrunde, daß deutsche Interessen irgendwelcher Art jenseits der Ozeane an Ort und Stelle gegen eine andere Großmacht verteidigt werden könnten. Als 1895 deutsche Kreuzer nach der Delagoabucht gingen, da konnte man vielfach die Auffassung lesen: die deutschen Besatzungen würden den Engländern schon zeigen, daß Deutschland nicht mit sich spaßen ließe. Tatsächlich können Kriegsschiffe in solchen Fällen an und für sich nie etwas anderes bedeuten als eine politische Demonstration, gewissermaßen den Fehdehandschuh: man wartet, ob der andere ihn aufnehmen wird. Hätte man 1895 eine gutgeschulte und kriegsbereite Hochseeflotte gehabt, etwa von der damaligen Größe der französischen, so würden die politischen Ereignisse um Südafrika vermutlich von vornherein einen anderen Verlauf genommen haben. Hätte man anstatt dessen eine große Menge von Kreuzern auf den Ozeanen besessen, aber keine starke Hochseeflotte, so würde der Verlauf nicht anders gewesen sein, wie es tatsächlich der Fall war. Mit andern Worten: Teilstreitkräfte und Teilerfolge zur See im Auslande haben in einem Seekriege Deutschlands gegen eine unsern heimischen Küsten naheliegende Inselmacht keine erhebliche Wirkung auf den Ausgang des Krieges, wenn sie nicht durch eine starke Heimatskraft unterstützt werden. Umgekehrt: ist in der Heimat eine Hochseeflotte von entsprechender Stärke vorhanden, so wird ihr Erfolg Teilmißerfolge in auswärtigen Meeren mit Überschuß ausgleichen, während wiederum ihre Niederlage durch keinerlei Erfolge in außerheimischen Gewässern auch nur annähernd ausgeglichen werden kann, in den allermeisten Fällen aber ohne jeden Einfluß bleibt. Das war die große Wahrheit, welche die Flottenbaupolitik und den Organisationsplan des Staatssekretärs Tirpitz zu verwirklichen bestrebt war. Die Überlegung wäre unvollständig, wenn man sich nicht vor Augen hielte, daß damals die deutsche Flotte tatsächlich ein Nichts war, in der Heimat wie draußen, die schwimmende wie die feste Küstenverteidigung. Aus diesem Nichts galt es, das Notwendige zu schaffen, und zwar unter dem Zwange und mit den Beschränkungen, die eo ipso in den Verhältnissen des Deutschen Reiches lagen und immer liegen werden:

die Hauptgrundlage muß für das Deutsche Reich mit seinen Landgrenzen und seinen Nachbarn immer und unter allen Umständen die Armee bleiben. Gerade diese naturgegebene Beschränkung machte den schöpferischen Gedanken einer deutschen Hochseeflotte zu einem so überaus kühnen. Wie durchaus von vorne man anfangen mußte, das bezeichnete eine Äußerung des Staatssekretärs Tirpitz im Winter 1897/98 in Vertretung seiner Vorlage: wenn die Vorlage bewilligt sei und dementsprechend ausgeführt werde, so würde im Jahre 1904 die deutsche Flotte aufgehört haben, eine quantité negligeable zu sein.

Die 1897 beginnende Epoche kann man als die Zeit bezeichnen, während welcher Deutschland konsequent bestrebt war, seiner Ohnmacht zur See abzuhelfen. Bis 1897 bestand die völlige Ohnmacht, Versuche der Abhilfe hatten versagt. Diese erste Periode begann mit der deutsch-englischen Freundschaft unter Caprivi, die auf dem Prinzip der „Ergänzung" beruhte, einer Freundschaft, die nur kurze Zeit dauern konnte und dauerte. Sobald eine deutsche überseeische Politik zu treiben versucht wurde, welche nicht im englischen Fahrwasser schwimmen wollte, mußte jener, übrigens nicht schöne Traum verschwinden. Dieser Fall trat ein. Jene deutsche Politik konnte nicht erfolgreich sein, weil keine Macht hinter ihr stand. Es ist in diesem Zusammenhange von grundsätzlicher Bedeutung, daß die deutsche überseeische Politik damals, wo sie Anschluß an die europäisch-asiatische Festlandmacht Rußland fand, im fernen Osten ihr Ziel erreichte. Besondere Umstände, vor allem die geographischen Verhältnisse, hatten dieses Zusammengehen ad hoc möglich gemacht. Die Frage und der Gedanke drängen sich wieder auf: wieviel vorteilhafter es gewesen wäre, wenn der deutsch-russische Neutralitätsvertrag in Kraft geblieben und die deutsche Flotte sich gleichsam hinter ihm als Schild hätte entwickeln können. Das wäre gerade damals für die auswärtige Politik eine unschätzbare Schutz- und Trutzwaffe gewesen. Auch die afrikanische Politik des Deutschen Reiches hätte dann unter wesentlich günstigeren Auspizien gestanden. Freilich, ersetzen konnte jener Vertrag eine deutsche Flotte natürlich nicht.

So hatte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe denn in jeder Beziehung recht, als er in der Begründung der ersten Tirpitzschen Flottenvorlage erklärte: „die deutsche Flotte sei das Ergebnis der politischen Entwicklung Deutschlands" und „der Kraftüberschuß Deutschlands ist ein kostbares Kapital, das gepflegt werden muß. Das ist eine unserer ersten Pflichten. Dafür nehme ich das Wort Weltpolitik in Anspruch." Auch Bismarck hatte dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts direkt seine Zustimmung zu der organischen Flottenforderung ausgedrückt, nahm

verschiedentlich auch Gelegenheit, in den „Hamburger Nachrichten“ und anderen Organen das gleiche zu tun. Es läßt sich unschwer aus den Zusammenhängen seiner Reden und sonstigen Äußerungen nachweisen, daß der Fürst auch über die Absicht der Regierung: späterhin viel weitergehende Forderungen einzubringen, unterrichtet war und sie grundsätzlich billigte.

Die „Weltpolitik“, von der Fürst Hohenlohe sprach, hat im Laufe aller jener Jahre das Schicksal der meisten Schlagworte geteilt: sie wurde mißverstanden. Die einen waren der Überzeugung, die Vertreter der deutschen Regierung mit dem Kaiser an der Spitze wollten, wie Fürst Bülow später sagte, den Hans Dampf in allen Gassen machen, die anderen verlangten mit Heftigkeit und Nachdruck, daß sofort eine deutsche Politik getrieben werden müsse, als ob wir eine starke Flotte besäßen, als ob das Deutsche Reich noch durch einen Vertrag mit Rußland verbunden sei, und als ob nicht die deutsch-englischen Beziehungen von Volk zu Volk und amtlich von tiefem Mißtrauen erfüllt seien. Jene Tage sind lange vorbei, und desto unumwundener kann man heute aussprechen, daß eine „Weltpolitik des Kürassierstiefels“ damals weniger von Erfolg begleitet gewesen sein würde denn je.

Fürst Hohenlohe hatte mit seinem Worte von der Weltpolitik und dem Kraftüberschuß ebenso recht wie mit der Bemerkung, daß eine deutsche Flotte das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands sei. Was aber in allen diesen an sich richtigen Begründungen und Ausführungen nicht genügend zum Ausdrucke kam, das war die bedenkliche Bedeutung des nachgerade ungeheuerlich werdenden Mißverhältnisses zwischen der Höhe dieser zu schützenden Werte und dem Mindestmaße des Schutzes, der notwendig war. Man beurteilt die politischen Aufgaben und damit die politischen Leistungen jener Zeit unrichtig, wenn man dieses Moment nicht genügend bewertet. Eine Reihe von Jahren nachher wies Fürst Bülow andeutungsweise darauf hin, als er im Reichstage sagte, die Schwierigkeiten für die deutsche Diplomatie und Politik wären durch die Notwendigkeit, Weltpolitik zu treiben, gegen frühere Zeiten erheblich gewachsen. Weltpolitik mußte aber getrieben werden, weil die deutsche Wirtschaft sich immer mehr in die Weltwirtschaft verflocht, anderseits die Kolonialpolitik das weltpolitische Element per se einschloß. In diesem Mißverhältnisse zwischen Ziel und Mittel beruhte, zum Teil wenigstens, die Tragik verschiedener Mißerfolge der deutschen Politik im Laufe des nächsten Jahrzehntes.

Unrichtig wäre, von einem damaligen Frontwechsel der Politik des Deutschen Reiches zu sprechen. Es handelte sich nicht um einen Wechsel, sondern um eine Vermehrung der Fronten, um eine große Vermehrung,

ferner der wirtschaftlichen und politischen Reibungsflächen, zeitlich wie örtlich. In dieses weltumfassende, sausende Getriebe trat das Deutsche Reich neu ein. Wohin es seine Pläne richtete, wo immer seine Kaufleute sich im privaten Wettbewerbe durchsetzten, da fand Deutschland die anderen Großmächte als Primolocisten, die nicht gewillt waren, ihren Besitz oder ihre Hoffnungen und Ansprüche aufzugeben. Wäre die deutsche Kriegsflotte auch nur annähernd im Verhältnisse zu den deutschen Seeinteressen gewachsen gewesen! — aber das Gegenteil war, wie wir sehen, der Fall, und daraus ergab sich im Vereine mit der Notwendigkeit politischer Neuorientierung der Reichspolitik die ganz einzigartige und eigenartige ungünstige Lage des Deutschen Reiches. In ihr war, wenn nicht die Notwendigkeit, so doch die Wahrscheinlichkeit enthalten, daß die deutsche Politik — gewissermaßen bei jeder Bewegung — bald hier, bald dort anecken und zu Mißstimmungen mit anderen Mächten gelangen mußte, ohne daß immer vorher abzuschätzen war, ob man den Anlauf auch erfolgreich bis zum Ziele machen werde oder nicht. Gewiß sind gerade in dieser Richtung wiederholt Fehler gemacht worden, aber die ungünstige Prädisposition war in den Verhältnissen enthalten, und die konsequente Frage, ob diese oder jene Situation zur Kriegsfrage gemacht werden könne oder müsse, wurde in steigendem Maße Problem.

Diese Verhältnisse und Mißverständnisse waren gelegentlich wohl geeignet, Zwiespältigkeiten in unsere auswärtige Politik hineinzubringen. Es war begreiflich, daß Politiker ohne genügende Kenntnis der maritimen und marinepolitischen Grundelemente die Frage aufwarfen, was für einen Zweck denn eine Seerüstung habe, die einem nur Feinde schaffe und nie stark genug werden könne; eine Frage, die von der Presse und den Staatsmännern des Auslandes den Deutschen stets auf das eindringlichste vorgehalten wurde.

So fing das Deutsche Reich mit dem Jahre 1897/98 an, seine Flotte planmäßig auszubauen, als sie — bei sehr geringem Qualitätswerte — halb so groß war wie die französische und ein Drittel der englischen betrug. Die russische nahm eben damals einen gewaltigen Aufschwung. Rußland wollte weitschauende ostasiatische Pläne ausführen und seine Vormacht in den chinesischen Gewässern unumstritten machen. Auf eigenen und auf fremden Werften baute es Schlachtschiffe und Kreuzer. Jedes fertige Schiff wurde nach dem fernen Osten entsandt. In Frankreich kämpften noch heftig die alte und die junge Schule miteinander. Die letztere war der Ansicht, daß es falsch sei, das Hauptgewicht auf die Linienschiffsflotte zu legen, man müsse vielmehr in der Hauptsache große Kreuzermassen für den Handelskrieg bauen. Die italienische Flottenmacht war im Laufe des letzten Jahrzehntes stark zurückgegangen,

und die Neigung Italiens trat immer mehr hervor, mit Frankreich in gute Beziehungen zu gelangen, auch mit England in solchen zu bleiben. Man sieht, wie die Situation von 1889 sich allmählich und unaufhaltsam verschoben hatte: damals der schärfste Gegensatz und bittere Feindschaft zwischen Italien und Frankreich, eine volle Entente zwischen dem Dreibunde und England für die Erhaltung des status quo im Mittelländischen Meere und Extraanschluß der großbritannischen Politik an die des Dreibundes. Geht man den Ursachen der Änderung nach, so liegen sie letzten Endes in den Seemachtfragen bei den verschiedenen Staaten.

Die schnelle Beweglichkeit des Schiffes auf der überall gleich befahrbaren Fläche der Ozeane ist symbolisch für die zahlreichen Möglichkeiten politischer Gruppenverschiebungen, sobald die Seemacht im Spiele ist. Taucht hier ein neuer Seemachtfaktor auf, verringert sich oder verschwindet dort ein alter, so tritt unmittelbar und überall die Wirkung davon zutage, sei es durch Verschiebungen, sei es durch Gewichts- und Druckausgleich. Kann man bei den stärker werdenden Seemächten sagen, daß ihre seeische und überseeische Politik der Flagge folgt, so ist bei den schwächer werdenden fast ohne Ausnahme das Umgekehrte der Fall. Unter einem anderen Gesichtspunkte freilich steht außer Zweifel, daß eine starke Seemacht sich nur ein Volk schaffen und erhalten kann, dessen Machttrieb politisch, wirtschaftlich und national auf ganz gesunden Füßen steht, in seiner überwiegenden Mehrheit und dauernd von der Notwendigkeit überzeugt ist, daß es die notwendigen Opfer bringen muß; das außerdem jene Wahrheit in sich aufgenommen hat, die der Deutsche Kaiser mit den Worten bezeichnete: daß Reichsgewalt Seegewalt und Seegewalt Reichsgewalt ist, daß beide einander bedingen und die eine ohne die andere nicht bestehen kann.

Selten ist ein für Deutschland so wahres Wort gesprochen worden.

Cherbourg — Kreta — Kiautschou — Angola.

Im Oktober 1896 reiste Zar Nikolaus mit der Zarin nach Frankreich, landete in Cherbourg und hielt von dort seinen Einzug in Paris. Der Präsident der Republik sprach von der Union des mächtigen Kaiserreiches und der arbeitsamen Republik, die einen wohltätigen Einfluß auf den Weltfrieden üben könnte, „befestigt durch eine erprobte Treue wird diese Union fortfahren, überallhin ihren glücklichen Einfluß geltend zu machen“. Der Zar sprach von den „uns so wertvollen Banden. Diese Freundschaft kann, wie Sie selbst sagten, durch ihre Beständigkeit nur den glücklichsten Einfluß ausüben“. Im Lager von Chalons erwähnte der Zar „das tiefe Gefühl der Waffenbrüderschaft“ und der Präsident

der Republik „die feierliche Bekräftigung unwandelbarer Freundschaft“. In beiden Wendungen lag die Andeutung der Militärkonvention. Das Wort Bündnis fehlte aber, und dieser Umstand erregte in Frankreich einige Unruhe.

Im Sommer 1897 erhielt der Präsident der Republik eine Einladung vom Zaren nach Kronstadt. Trinksprüche ähnlichen Inhaltes wurden ausgetauscht, und da endlich fiel auf beiden Seiten das Wort von den „vereinten und alliierten Nationen, die vom gemeinsamen Ideal der Zivilisation des Rechtes und der Gerechtigkeit geleitet werden und sich brüderlich in der loyalsten und aufrichtigsten Umarmung zusammenschließen“. Das Organ des damaligen Ministerpräsidenten Méline „Soir“ sprach im Anschlusse an diesen Depeschenwechsel vom Vorhandensein eines französisch-russischen Defensiv- und Offensiv-Bündnisses, das in Kronstadt vom Präsidenten und vom Zaren unterzeichnet worden sei. Auf besonderen Wunsch des Zaren sei dem Wortlaute des Bündnisvertrages als einer der Zwecke des Bündnisses beigefügt worden: „Erhaltung des allgemeinen Friedens.“ In Frankreich war der Jubel über diesen so lange ersehnten und vorbereiteten Erfolg ungeheuer, zumal man sich das — als vorhanden angenommene — offensive Moment im Vertrage natürlich als Hauptsache und Hauptzweck des Bündnisses vorstellte. Gleichwohl trat eine Anzahl von Vorkommnissen ein, die geeignet waren, Wasser in den französischen Wein zu tun.

Bevor 1896 der Zar nach Paris kam, traf er mit dem Deutschen Kaiser in Breslau zusammen; die üblichen Trinksprüche wurden gewechselt, und wenn diese auch nichts Besonderes besagten, so ließen sie wie der Besuch doch keinerlei Zweifel darüber, daß der Zar ein gutes Verhältnis mit dem Deutschen Reiche persönlich wünschte. Damals hatte er jene Unterhaltung mit dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe, in der er dem Kanzler die russische Freundschaft Deutschland gegenüber betonte nachdem er im Vorjahre Hohenlohe sein Einverständnis bestätigt hatte, daß Deutschland sich an der ostasiatischen Küste festsetze. Durch diese Tatsachen gewinnt jene Breslauer Monarchenzusammenkunft viel größere Bedeutung, als man ihr bisher gemeinhin beimaß. In Deutschland herrschte damals sogar starkes Mißfallen der öffentlichen Meinung wegen der zurückhaltenden Kühle des Zaren in seinem Trinkspruche.

Nach seinem Pariser Besuche kam der Zar wieder nach Deutschland, hielt sich in Darmstadt auf, empfing dort einen privaten Besuch des Deutschen Kaisers von Wiesbaden aus und erwiderte ihn kurz darauf. Das deutsch-russische Verhältnis wurde wieder zum Gegenstande eifriger Erörterungen in der Presse, und verschiedene Blätter äußerten die Ansicht, daß die von Bismarck und seinen Organen ausgesprochene

Behauptung: der neue Kurs habe es mit Rußland verdorben, doch nicht stimmen könne. Heute (1896) sei das deutsch-russische Verhältnis ein sehr viel günstigeres als zuzeiten des Fürsten Bismarck. Darauf erschien in den „Hamburger Nachrichten", in der Folge auch in anderen Blättern, eine Reihe von Aufsätzen, die das frühere Bestehen des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages enthüllten, gleichzeitig erklärten, daß Graf Caprivi aus eigener Initiative gegen den russischen Wunsch den Vertrag nicht erneuert habe. Diese Enthüllungen erregten naturgemäß in der politischen Welt des Inlandes wie des Auslandes ein ungeheures Aufsehen. Wir gehen hier auf die Meinungsstreitigkeiten, die sich in Deutschland darüber entwickelten, nicht ein, und hinsichtlich des Vertrages selbst sei auf den 1. Abschnitt verwiesen. Wir fragen hier nur: welchen Zweck die Veröffentlichungen des Fürsten Bismarck hatten und welchen sie erreichten. Daß die Enthüllungen im deutschen Sinne geschadet hätten, kann schwerlich behauptet werden, denn der verantwortliche Träger der derzeitigen Politik, Graf Caprivi, war nicht mehr im Amte, und die Politik des Deutschen Reiches hatte die von Caprivi beschrittenen Wege: bedingungsloser Anschluß an England, Zurückhaltung und Mißtrauen gegen Rußland! — längst bewußt verlassen. Wohl aber, und das bildete auch ihren Hauptzweck, war die Enthüllung geeignet, den Franzosen einen schlagenden Beweis für die Beweggründe zu geben, welche Rußland in ihre Arme getrieben hatten. Bis dahin war man in Frankreich überzeugt gewesen, daß diese russischen Beweggründe vor allem in der Furcht vor Deutschlands Machtstellung und auf dem Hasse des Slawentumes gegen das Germanentum, schließlich auch auf dem Wunsche beruhten, ein Gegengewicht gegen den deutsch-österreichischen Zweibund zu schaffen, dessen Zweck nicht lediglich Verteidigung gegen Angriffe, sondern „Wiederherstellung des gestörten europäischen Gleichgewichtes" bildeten. Daraus erklärte sich auch jene kampflustige Zuversicht Frankreichs, die man seit Beginn der neunziger Jahre in steigendem Maße beobachten konnte.

Die Bismarckschen Enthüllungen nun belehrten nicht nur Frankreich, sondern die ganze Welt eines Besseren. Sie lieferten den unwiderleglichen Beweis, daß Rußland nicht aus Haß gegen Deutschland und mit dem Hintergedanken eines Krieges sich mit dem revanchelustigen Frankreich verbunden hatte, sondern weil es durch das Verfallenlassen des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages isoliert worden war, hauptsächlich England gegenüber, in zweiter Linie Österreich-Ungarn gegenüber, alles in allem, weil es für Rußland und seine Politik eine Lebensnotwendigkeit bedeutete, festen Anschluß an eine europäische Großmacht zu gewinnen.

Was den Inhalt des französisch-russischen Bündnisvertrages anlangt, so wird er bis heute geheim gehalten. Wie im 1. Abschnitt auseinandergesetzt worden ist, hat es den Anschein, als ob für das Eintreten des Bündnisfalles ein erheblich größerer Spielraum gelassen wird als im deutsch-österreichischen Bündnisse. Von der Auslegung, die der Zar in jedem Falle dem Bündnisvertrage gibt, wird Krieg und Frieden abhängen. Begriffe wie: Erhaltung und Herstellung des Friedens, Erhaltung und Herstellung des Gleichgewichtes sind sogenannte Kautschukbegriffe. Eben daraus hat sich zwanglos die französische Annahme ergeben, daß das Bündnis nicht auf einem klaren Defensivvertrage beruhe, sondern ein Trutz- und Schutzbündnis sei.

Im August 1897 war Kaiser Wilhelm in Erwiderung des vorjährigen Zarenbesuches in Kronstadt und Peterhof. Nach seiner Rückkehr sagte er in einer Rede zu Graudenz: „Unser Nachbar im Osten, ein lieber, getreuer Freund, hat dieselben politischen Ansichten wie ich.“ Die russische Presse aber sprach damals — stark übertreibend — von der gewaltigen Kraft des deutsch-russisch-französischen Bundes, er diene der unausbleiblichen Schwächung Englands.

Das deutsch-russische Einverständnis bezog sich nicht nur auf den fernen Osten, sondern auf den nahen Osten.

* * *

Das zweite bedeutende Ereignis des Jahres 1897 war der Ausbruch des Griechisch-Türkischen Krieges. Den Anlaß bildete eine heftige Steigerung der beständigen Unruhen auf der Insel Kreta. Die dortigen Griechen erhoben sich gegen die türkische Herrschaft und verlangten für sich die griechische, während in Griechenland selbst die Bevölkerung das gleiche forderte, und der König sich genötigt sah, der Strömung nachzugeben. Unter Führung eines Verwandten des Königs, des Obersten Vassos, setzte eine griechische Truppenmacht nach Kreta über und ergriff tätig Partei für die Aufständischen.

Die Frage war nicht neu, überhaupt hatte sich die Lage im Orient seit einiger Zeit gespannt. Die „armenischen Greuel“ beschäftigten, besonders im Jahre 1896, die internationale Öffentlichkeit und die Politik der Großmächte. Damals schickte England ein Geschwader vor Saloniki und forderte alle Mächte auf, an einer maritimen Aktion teilzunehmen, um die Türkei entweder zu Reformen in Armenien zu bewegen, oder aber um gegen sie einzuschreiten. Die Mächte lehnten aber den englischen Vorschlag ab, und die britische Politik erlitt damit einen Mißerfolg.

Die tiefere Ursache jener Pläne der Regierung Lord Salisburys lag

nun nicht in den wie gewöhnlich aufgebauschten und übertriebenen „armenischen Greueln", sondern in der Tatsache, daß der Sultan Abdul Hamid Neigung gezeigt hatte, die ägyptische Frage aufzurollen. Lord Salisbury gedachte deshalb, jede Gelegenheit zu benutzen, um ein gemeinsames Vorgehen der Mächte gegen die Türkei zustande zu bringen und dann womöglich überhaupt mit dem Türkischen Reiche ein Ende zu machen. Die Handhabe sollte ihm in diesem Falle Armenien liefern. Der Plan schlug fehl, weil Rußland ebenso wie Österreich-Ungarn, trotz ihrer Nebenbuhlerschaft auf dem Balkan, zunächst gleichgerichtete Ziele hatten, auch die Erhaltung der Türkei. Rußland konnte ferner deshalb eine Aufrollung der türkischen Frage nicht wünschen, weil es gerade seine aktive und weitausschauende Politik im fernen Osten anbahnte. Es wollte im nahen Osten Ruhe haben, und die russischen Staatsmänner durchschauten leicht auch das zweite Ziel der britischen Politik: die Kräfte Rußlands gerade jetzt im nahen Osten zu binden und damit dem fernen Osten zu entziehen. Österreich-Ungarn mußte aus naheliegenden Gründen die Erhaltung des status quo der Türkei wünschen, und deshalb konnten Kaiser Franz Josef und der Zar mit ihren Ministern leicht zu einer vollen Verständigung gelangen. Im Jahre 1897 war Franz Joseph in Petersburg. In ihren Trinksprüchen erklärten die Monarchen ihr gegenseitiges Einverständnis und ihre Solidarität. Das Deutsche Reich war früher nur indirekt beteiligt gewesen, hatte zum mindesten kein Interesse an Bedrohung oder Verkleinerung der Türkei gehabt. Dazu war aber seit dem Beginne der neunziger Jahre die neue deutsche Orientpolitik gekommen. Sie zielte auf eine lebhafte deutsche Wirtschaftsbetätigung im Türkischen Reiche hin und mußte schon deshalb wünschen, daß seine territoriale Integrität ebensowenig wie die Ruhe und die Bewegungsfreiheit gestört würde. Deutschland stand somit im Lager der Festlandmächte. Man konnte damals (1896) also wohl von einer Isolierung Großbritanniens in der orientalischen Frage reden.

Nun brachte das Jahr 1897 die griechisch-türkischen Unruhen. Griechenland befand sich geldlich in schlimmer Lage, hatte im Jahre vorher wieder seine Zinszahlungen herabgesetzt und damit u. a. auch die deutschen Obligationsinhaber schwer geschädigt. Die deutsche Regierung brachte bei den Mächten die Errichtung einer internationalen Kommission zur Überwachung des griechischen Geldwesens und der Zinszahlungen in Anregung. Hier widersetzte sich die britische Regierung, während die anderen zustimmten. Schließlich wurde ein Mittelweg beschritten.

War also die Stimmung in Deutschland Griechenland gegenüber schon wegen seiner unzuverlässigen Finanzgebahrung nicht gerade

günstig, so stieg die Mißstimmung durch die kretensische Aktion Griechenlands. Die deutsche Regierung erklärte es unter der Würde, nach dem völkerrechtswidrigen Verhalten Griechenlands noch diplomatische Schritte in Athen zu tun. Der Kreuzer „Kaiserin Augusta", der mit Kriegsschiffen anderer Nationen vor Kreta lag, erhielt den Befehl: „im Einvernehmen mit den Schiffen anderer Mächte jeden feindseligen Akt Griechenlands zu verhindern, außerdem zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Vermeidung weiteren Blutvergießens tunlichst mitzuwirken." Baron v. Marschall führte im Reichstage an, das Deutsche Reich habe keine Sonderinteressen im Orient, es wünsche nur Erhaltung des europäischen Friedens und dauernde Ordnung im Orient. Gleichlaufend mit diesen Äußerungen gingen halbamtliche russische Kundgebungen: man wollte Europa vor dem Kriege bewahren und erkenne die Stellung Deutschlands in der kretischen Frage sowie Griechenland gegenüber als richtig an. Der österreichische Minister des Auswärtigen stellte sich auf denselben Standpunkt und pries mit besonderer Wärme die „erfreuliche Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu Rußland". Die beiden Mächte seien auf Zusammengehen im Orient angewiesen, sie hätten sich geeinigt auf das Programm: keinerlei Eroberungsgedanken, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Balkanstaaten, Ausschluß jeder Einflußnahme auf ihre inneren Verhältnisse. — Die russische Presse aber eskomptierte triumphierend die „unausbleibliche Schwächung Englands".

Die deutsche Regierung hatte den Mächten eine Blockade der griechischen Häfen vorgeschlagen. Durch eine solche würde es Griechenland unmöglich sein, weiteres Kriegsmaterial und Truppen nach Kreta zu senden, außerdem würde der Druck dieser Maßnahme Griechenland in kurzem zur Unterwerfung unter den Willen der Mächte zwingen. Rein militärisch betrachtet war dieser Vorschlag zweifellos richtig, seine Verwirklichung würde zum Ziele geführt haben. Die Frage war nur, ob es gerade von seiten des Deutschen Reiches klug war, ihn zu machen. Großbritannien lehnte ihn sofort ab, nachdem kurz vorher Lord Salisbury die Erklärung im Parlamente gegeben hatte: das englische Volk sei den Griechen günstig gesinnt; „andere Teile Europas sind der Ansicht, daß Griechenland das Völkerrecht mißachtet und den Frieden Europas gestört habe". Italien lehnte ebenfalls den deutschen Blockadevorschlag ab. —

Der Griechisch-Türkische Krieg hat zu Ereignissen von europäischer Bedeutung bekanntlich nicht geführt. Die verschiedenen diplomatischen Schachzüge der einzelnen Mächte sind ohne weittragende Folgen geblieben. Damals wurde in der deutschen Öffentlichkeit, besonders durch die von Bismarck beeinflußte Presse, getadelt, daß die deutsche Politik

sich mit ihrem Blockadevorschlage und mit ihrer scharfen Stellungnahme gegen Griechenland überhaupt ohne Not in die vorderste Reihe, ja auf den am meisten exponierten Platz begab. Man muß diese Kritik auch heute noch als richtig anerkennen, wenn die Stellungnahme des Deutschen Reiches anderseits auch sicher den Zweck erreichte, der Türkei damit zu zeigen, daß Deutschland ihr zuverlässiger Freund sei und es nicht nur bei Worten bewenden lasse.

Weit wichtiger erscheint der rückschauenden Betrachtung aber das Grundsätzliche jenes Vorganges: die um die Orientfrage gruppierten großen Festlandsmächte konnten Großbritannien gegenüber nicht nur eine unabhängige, sondern eine überlegene Politik treiben, solange sie auf dem Boden ihrer Macht blieben, nämlich auf dem Festlande. Sobald sie diesen verließen und sich auf die See begaben, waren die Rollen vertauscht. Eine Blockade gegen den Willen Großbritanniens in Szene zu setzen und durchzuführen, wai von vornherein ausgeschlossen. Im Jahre vorher, 1896, als die Festlandmächte den britischen Vorschlag einer Aktion ablehnten und damit Lord Salisbury seine Niederlage beibrachten, da war das möglich, weil der entscheidende Teil der von Großbritannien geplanten Aktion auf dem Festlande lag. Den deutschen Plan gegen Griechenland konnte man aber nur zur See ausführen, nicht ohne Großbritanniens Einwilligung, unter keinen Umständen im Widerspruche zur britischen Regierung. Ein solcher Vorschlag von seiten einer Festlandmacht konnte politisch also nur richtig sein, wenn man entweder der Einwilligung Großbritanniens sicher war oder aber die Absicht hatte, die Weigerung britischerseits hervorzurufen und damit dessen Stellungnahme als eine ausdrückliche festzunageln. Diese zweite Eventualität, welche unter Umständen zweckmäßig und gerechtfertigt sein kann, hatte im vorliegenden Falle aber keinen praktischen Zweck. So blieb positiv lediglich die indirekte Wirkung der deutschen Anregung auf die Türkei. Auf der anderen Seite stand die Verschärfung des Gegensatzes zu England und schließlich die Stellungnahme der dritten Dreibundmacht Italien. Ihr Verhalten war symptomatischer Natur. Von Gefühlen hat sich die italienische Politik nie leiten lassen, und so war auch in diesem Falle philhellenische Begeisterung nicht der Grund, daß sie sich in offenen Gegensatz zur Haltung der beiden anderen Dreibundmächte stellte. Die Ursache lag vielmehr darin, daß Italien sich zur See in einen Gegensatz zu Großbritannien nicht stellen konnte. — Die allgemeinen Gründe hierfür sind im 1. Abschnitt auseinandergesetzt worden.—Das italienische Volk sah in diesem Vorgange einen Beweis, daß sich die Stellung Italiens zum Dreibunde in Mittelmeerfragen seit früher geändert habe. Die Tatsache konnte nicht bestritten werden. Es entbehrte der Begründung, wenn die drei-

bundfeindliche Presse in Europa von einer Erschütterung des Dreibundes sprach, aber es war nicht in Abrede zu stellen, daß insbesondere die nie ruhende französische Presse eine empfängliche Stelle Italiens traf, wenn sie bei solchen Gelegenheiten darauf hinwies, daß für seine Mittelmeerpolitik Italien nicht nur keinen Vorteil aus dem Dreibunde ziehe, sondern sich z. B. während der griechisch-türkischen Krisis in schroffem Gegensatze zur Politik seiner Bundesgenossen befunden habe.

Der Griechisch-Türkische Krieg endete bekanntlich mit dem Siege der Türkei. Griechenland mußte eine Kriegsentschädigung zahlen, erhielt aber Thessalien. Im Frieden zu Konstantinopel am 16. Dezember 1897 erhielt Kreta die Selbständigkeit unter einem griechischen Statthalter. Die seiner Zeit von Deutschland vorgeschlagene internationale Finanzkommission wurde eingesetzt, um eine Zuverlässigkeit der griechischen Geldwirtschaft anzubahnen, die einerseits den Interessen der Gläubiger Rechnung trüge, anderseits Garantien für die Möglichkeit griechischer Anleihen schüfe, mittels derer die Kriegsentschädigung bezahlt werden konnte.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Bülow, welcher im Frühwinter 1897 den Baron Marschall abgelöst hatte, äußerte sich im Reichstage auf Anfragen folgendermaßen: „Wir haben an Kreta nach wie vor keine anderen Interessen, als daß dasselbe nicht zum Erisapfel und nicht zur Brandfackel werde.“ Deutschland habe sich auch nur in diesem Sinne diplomatisch betätigt: „denn gerade weil die Pforte weiß, daß wir ihr ganz objektiv gegenüberstehen, konnten wir in entscheidenden Momenten, wie damals, als es sich darum handelte, ob die Türken dem besiegten Griechenland den von diesem erbetenen Waffenstillstand gewähren oder den Vormarsch auf Athen fortsetzen sollten, sagen, daß es nicht weise von ihr sein würde, sich den vereinigten Wünschen aller europäischen Mächte entgegenzusetzen. An einem positiven Drucke auf die Pforte werden wir uns aber nicht beteiligen.“ Wenn andere Mächte einen solchen Druck ausübten und wenn Streit entstände, so würde Deutschland ruhig beiseite treten. Auch Griechenland gegenüber sei man von freundlichen Gesinnungen durchdrungen, aber Griechenland sei der angreifende Teil gewesen, habe in der Erledigung seiner geldlichen Verpflichtungen gröblich gefehlt und viele deutsche Inhaber griechischer Werte schwer geschädigt. — Der Umschwung gegenüber der Marschallschen Politik ist klar!

* * *

Das dritte und unter dem deutschen Gesichtspunkte bedeutendste Ereignis leitete sich im November 1897 ein.

In der chinesischen Provinz Süd-Schantung wurden am 4. November zwei deutsche Missionare ermordet; man hielt den Gouverneur der Provinz für den intellektuellen Urheber dieses Mordes. Am 14. November erschien das deutsche Kreuzergeschwader unter dem Befehle des Kontreadmirals von Diederichs mit den Schiffen „Kaiser", „Prinzeß Wilhelm", „Arkona" und „Cormoran" in der Bucht von Kiautschou an der Halbinsel Schantung, deren Hinterland zu der gleichnamigen Provinz gehört. Das Geschwader schiffte ein Landungskorps aus und dieses besetzte den Hafen. Die chinesischen Garnisonen und Besatzungen der Lager wurden von den Chinesen geräumt, ohne daß es zum Kampfe kam. Unmittelbar nach der Landung erließ der Geschwaderchef v. Diederichs eine Proklamation der Besitzergreifung.

Zugleich wurden diplomatische Unterhandlungen mit der chinesischen Regierung angeknüpft, die einerseits Sühne für die beiden Morde verlangten, anderseits eine gewisse Bürgschaft dafür, daß man in Zukunft solchen Vorkommnissen nicht wehrlos gegenüberstehe. Was die Sühne betraf, so bewilligte die chinesische Regierung die Absetzung des Gouverneurs von Schantung, Versetzung einer Reihe von Beamten, Strafverfahren gegen die Mörder, Entschädigungssumme für die katholische Mission und Bau dreier Sühnekirchen in Schantung. Außerdem schloß die deutsche Regierung mit der chinesischen einen Vertrag, kraft dessen die Bucht von Kiautschou mit einem näher bezeichneten Hinterlande auf 99 Jahre an Deutschland verpachtet würde.

Der Vertrag lautete folgendermaßen: „I. Die kaiserlich chinesische Regierung, um den berechtigten Wunsch der deutschen Regierung zu erfüllen, ebenso wie andere Mächte in den ostasiatischen Gewässern einen Punkt zu besitzen, wo deutsche Schiffe ausgebessert und ausgerüstet, die Materialien und Vorräte dafür niedergelegt sowie sonstige zugehörige Einrichtungen getroffen werden können, überläßt der deutschen Regierung pachtweise, vorläufig auf 99 Jahre, das auf beiden Seiten des Eingangs der Bai von Kiautschou in Süd-Schantung belegene, weiter unten bestimmte Gebiet, dergestalt, daß es der deutschen Regierung freistehen soll, innerhalb dieses Gebietes alle möglichen Bequemlichkeiten und Anlagen zu errichten und die zu deren Schutze erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das der deutschen Regierung verpachtete Gebiet besteht unter Zugrundelegung der englischen Seekarte der Kiautschoubai vom Jahre 1863 aus: 1. Der Landgrenze nördlich des Einganges der Bai, abgegrenzt gegen Nordosten durch eine von der nordöstlichen Spitze von Potato Island bis zur Meeresküste in der Richtung auf Loshan gezogene gerade Linie; 2. der Landzunge südlich der Bai, abgegrenzt nach Südwesten durch eine vom südlichsten Punkte der südsüdwestlich

von Tschiposan befindlichen Einbuchtung in der Richtung auf die Tolosan-Cosaninseln bis zur Meeresküste gezogene gerade Linie; 3. den Inseln Tschiposan und Potato Island sowie sämtlichen vor dem Eingang zur Bucht gelegenen Inseln einschließlich Tolosan und Seslientan. II. Außerdem verpflichtet sich die chinesische Regierung, in einer Zone von fünfzig Kilometern im Umkreise rings um die Bucht keine Maßnahmen oder Anordnungen ohne Zustimmung der deutschen Regierung zu treffen und insbesondere einer etwa notwendig werdenden Regulierung der Wasserläufe kein Hindernis entgegenzusetzen. Auch gewährt die chinesische Regierung den deutschen Truppen ein Durchmarschrecht durch die bezeichnete Zone. III. Um jeder Möglichkeit von Konflikten vorzubeugen, wird die chinesische Regierung während der Pachtdauer im Pachtgebiet Hoheitsrechte nicht ausüben, sondern sie überläßt dieselben ebenso wie die Hoheitsrechte auf der gesamten Wasserfläche der Kiautschoubucht der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung wird auf den Inseln und Untiefen vor dem Eingang der Bucht Seezeichen errichten. IV. Im Falle, daß das an der Kiautschoubucht verpachtete Gebiet sich für die Zwecke der deutschen Regierung nicht passend erweisen sollte, wird die chinesische Regierung der deutschen Regierung einen besser geeigneten Platz gewähren und das Kiautschougebiet unter Ersatz der von der deutschen Regierung dort gemachten Aufwendungen zurücknehmen. V. Eine genauere Festsetzung der Grenzen des Pachtgebietes und der deutschen Zone nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse soll durch Kommissare der beiden Regierungen erfolgen."

Wir wissen aus vorhergehenden Ausführungen, daß die Erwerbung eines festen Punktes an der chinesischen Küste schon seit mehreren Jahren ein Ziel der deutschen Politik war, und daß bereits 1895 eine Verständigung zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren bestand. In Deutschland war die Überraschung damals aber sehr groß und, abgesehen von Ausnahmen, sprach die öffentliche Meinung die Besorgnis aus, man stürze sich in Abenteuer einer phantastischen Weltpolitik und habe es wieder mit einem der impulsiven Einfälle des Deutschen Kaisers zu tun, der dem Deutschen Reiche teuer zu stehen kommen könnte. Diese Vermutungen und Vorwürfe waren gleich unberechtigt, denn abgesehen von dem Gesagten, war es ein langgefühltes, von Jahr zu Jahr sich empfindlicher bemerkbar machendes Bedürfnis, einen festen Punkt an der ostasiatischen Küste zu erwerben. Die deutsche Ausfuhr nach dem chinesischen Markte hatte sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes traf das Richtige, wenn er sagte: „Wir waren uns schon vorher nicht im Zweifel darüber, daß wir in Ostasien einen territorialen Stützpunkt brauchten. Ohne einen solchen

würden wir dort in wirtschaftlicher, in maritimer und in allgemeinpolitischer Hinsicht in der Luft schweben. In wirtschaftlicher Beziehung brauchen wir eine Eingangstür zu dem chinesischen Absatzgebiete, wie Frankreich eine solche in Tonking, England in Hongkong und Rußland im Norden besitzt."

Es handelte sich also darum, wirtschaftlich eine Eingangspforte nach China ebenso wie einen Auslaß aus dem riesigen Gebiete nach dem Ozeane zu besitzen. Bisher war Deutschland gerade in diesem wichtigen Punkte hinter den anderen Wirtschaftsmächten in China weit zurück. Das mußte der sich so stark vermehrende deutsche Ausfuhrhandel immer schwerer empfinden.

Sieht man von der Eigentümlichkeit der Form der Besitznahme ab, so bietet Kiautschou geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie die Flagge dem Handel gefolgt ist, hier freilich sehr spät. Auch rein maritim betrachtet, lag die Notwendigkeit auf der Hand. Die deutschen Kriegsschiffe hatten in den Ostasiatischen Gewässern bisher weder einen eigenen Stützpunkt, noch eine Kohlenstation, sie mußten selbst für geringfügige Reparaturen und zum Docken nach Hongkong oder nach einem japanischen Kriegshafen gehen, waren also räumlich und damit auch zeitlich, oft im Gegensatze zu ihren jeweiligen Aufgaben an der chinesischen Küste, in der unangenehmsten Weise gebunden. Im Kriege vollends wäre das deutsche Kreuzergeschwader des fernen Ostens wurzellos gewesen, dem problematischen Wohlwollen neutraler Mächte preisgegeben und deshalb ohne die Möglichkeit, sich militärisch wirksam zu betätigen, dagegen der Übermacht des Feindes schon nach kurzer Zeit, schon aus Kohlenmangel gewissermaßen wehrlos überliefert. Dazu kam, daß nach Erklärung der einschlägigen geistlichen Autoritäten die Lage der Dinge in China eine deutsche Fußfassung für die Lebensfähigkeit der deutschen Missionen geradezu notwendig machte.

Was die Wahl des Ortes anlangt, so hatte das deutsche Kreuzergeschwader und hatten Techniker wie wirtschaftliche Autoritäten schon seit Jahren an der ostasiatischen Küste Umschau gehalten, welcher Punkt sich am besten eignen würde, bei sich bietender Gelegenheit als deutscher Fußpunkt im Reiche der Mitte ausersehen zu werden. Man war sich über die Kiautschoubucht einig geworden. Ihre Lage ist gewissermaßen zentral zu den japanischen Gewässern, dem Gelben Meere und der Yangtsemündung. Die Bucht ist eisfrei und wie wir ja jetzt übrigens schon lange wissen — einer der besten Häfen, wenn nicht der beste, an der chinesischen Küste. Das Klima ist gut. Besonders fiel die Beschaffenheit des Hinderlandes ins Gewicht. Nicht nur wußte man, daß umfangreiche Kohlenlager dort waren, sondern für Bahnanschlüsse nach dem

Innern des Reiches lag der Hafen sehr günstig, wie sich auch mittlerweile auf das einwandfreieste erwiesen hat. Zugleich mit dem Pachtvertrage war mit der chinesischen Regierung die Konzession einer Eisenbahn vom Pachtgebiete nach Norden bis zum späteren Anschluß an das damals geplante chinesische Eisenbahnnetz vereinbart worden.

Heute berührt es merkwürdig, daß zahlreiche bedenkliche Beurteiler damals von einem impulsiven und unüberlegten Schritte sprachen, wo doch gerade die überaus schnelle Aufeinanderfolge der Landung, der Proklamation des Admirals, des Pachtvertrages und des Konzessionsvertrages den schlagendsten Beweis für eine von langer Hand her überlegte und in allen Einzelheiten vorbereitete Aktion sprach.

Zweifellos hat es der deutschen Politik damals tatsächlich ferngelegen, mit der Besitznahme bzw. Pacht des Kiautschougebietes die Integrität des Chinesischen Reiches zu verletzen oder auf eine Zerstückelung hinzuwirken. Die vom Staatssekretär für die Fußfassung genannten Gründe waren keine Vorwände, sondern wirklich maßgebend gewesen. Die Ermordung der Missionare bildete den Anlaß zur Aktion der Besitznahme, nichts weiter. Was man aus der Kiautschoubucht in der Folge machen solle, darüber haben allerdings längere Zeit noch Erwägungen geschwebt. Die Frage war, ob man unter großen Geldaufwendungen eine Küstenfestung ersten Ranges aus dem Platze machen wollte oder nicht. Man entschied sich, es nicht zu tun, sondern das Pachtgebiet nach der Seeseite wie nach der Landseite lediglich gegen Handstreich zu schützen. Der Gedanke war verlockend, einen festen Platz zu schaffen, etwa von der Bedeutung, wie sie die Russen kurz darauf Port Arthur zu geben gedachten: die einer uneinnehmbaren Festung. Es hat Jahre gegeben, wo diese Ansicht in Deutschland auch viele und gewichtige Anhänger hatte. Gleichwohl ist es gut, daß nichts daraus wurde, und zwar aus folgenden Gründen: Deutschland hatte nicht die Möglichkeit, hat sie nicht und wird immer nur sehr bedingt über sie verfügen, eine gesicherte Seeverbindung nach Kiautschou zu unterhalten. Es hing immer ab von dem guten Willen des seebeherrschenden Englands, außerdem an Ort und Stelle von dem guten Willen Japans, das seit dem Russisch-Japanischen Kriege bis zum heutigen Tage die unbeschränkte Seeherrschaft in den ostasiatischen Gewässern besitzt. Will man nun selbst annehmen, daß die seebeherrschenden Mächte dem Deutschen Reiche keine ernsten Hindernisse in den Weg gelegt hätten, um das erforderliche Material zum Bau und zur Armierung einer gewaltigen Seefestung nach Ostasien zu bringen und den Bau auch auszuführen, so war doch unausweichlich, daß Deutschland sich mit einem solchen Platze einen Stein des Anstoßes und einen Angriffspunkt für andere Mächte

schuf, ohne die Möglichkeit, im Kriege Verbindung mit diesem Platze aufrechterhalten zu können. Bestand in einem deutsch-englischen Kriege selbstverständlich keine Möglichkeit, deutsche Kriegsschiffe und Truppentransporte nach Kiautschou zu senden, so war das gleiche in einem deutsch-französischen Kriege sehr zweifelhaft, zum mindesten aber überaus zeitraubend. Dabei mußte man aber damit rechnen, daß nicht nur China jede unbequeme oder gefährdete Lage Deutschlands ausgenutzt haben würde, um ein stark befestigtes deutsches Kiautschou als solches vom ostasiatischen Festlande verschwinden zu lassen. Darin lag wieder die Wahrscheinlichkeit, daß eine Parteinahme gegen Deutschland in China weit eher wahrscheinlicher wurde als das Gegenteil. Selbst ein neutrales Großbritannien hätte keinerlei Interesse daran gehabt, daß Kiautschou deutsch bliebe, im Gegenteil! Solchen Überlegungen gegenüber ist und wird bisweilen der Einwurf erhoben: man müsse eben, wenn man überhaupt in Ostasien etwas wolle, eine uneinnehmbare Festung aus Kiautschou machen, nach der Landseite wie nach der Seeseite. Wirklich uneinnehmbare Festungen gibt es kaum, und in diesem Einzelfalle liegt auf der Hand, daß die Bedingungen einer uneinnehmbaren Festung im fernen Osten gerade für Deutschland am allerschwersten zu schaffen waren.

Ein Vergleich mit Port Arthur ist schon deshalb nicht richtig, weil dieser Platz sich in Landverbindung mit Rußland befand und den dauernden Stützpunkt für eine starke russische Flotte abgegeben haben würde, wenn nicht der Russisch-Japanische Krieg dazwischen gekommen wäre. Und dieser Krieg kam auch nicht zufällig dazwischen, sondern weil Japan es unerträglich fand, eine solche See- und Landmacht dicht vor seinen eigenen Küsten groß werden zu sehen. Das Deutsche Reich konnte und kann aber nicht daran denken, gewissermaßen seinen maritimen Schwerpunkt in Gestalt von Flottenverschiebungen nach dem fernen Osten zu legen. Die heimischen Gewässer müssen, ungeachtet aller guten Beziehungen mit europäischen Mächten immer der maritime Kraftmittelpunkt für das Deutsche Reich bleiben. Steht das aber fest, so ergibt sich ohne weiteres, daß in jedem Sinne unpraktisch gewesen wäre, ungeheure Kosten auf den Ausbau eines Küstenplatzes zu verwenden, der militärisch im Rahmen des Ganzen immer nur Nebenzwecken dienen kann, der anderseits um so gefährdeter wird, je stärker man ihn ausbaut. So tat die deutsche Regierung durchaus recht, als auch nach dieser Seite der wirtschaftliche und damit friedliche Charakter der Besitznahme von Kiautschou tatsächlich in den Vordergrund gestellt wurde. Die Chinesen sollten Kiautschou nicht als eine Drohung und eine Gefahr ansehen, auch das ohnehin starke Mißtrauen und der Haß des Chi-

nesen gegen den Fremden durch die Betonung des friedlichen Charakters der Fußfassung wirksam bekämpft werden.

Nichtsdestoweniger war natürlich das Aufsehen über die deutsche Besitznahme ein außerordentliches. Es wurde noch größer, als im Februar, März und Mai drei Verträge Rußlands im fernen Osten bekannt wurden. Mit China schloß Rußland einen Vertrag, demzufolge Port Arthur an der Südspitze der Halbinsel Liautung und die östlich davon, am Eingange zur Bucht von Korea liegende Insel Talienwan an Rußland verpachtet wurden; zunächst für einen Zeitraum von 25 Jahren. Ferner erhielt Rußland von China das Recht, Port Arthur mit seiner großen sibirischen Bahnlinie durch eine Eisenbahn zu verbinden. „Dieses Abkommen", so sagte ein offiziöses Blatt, „ist eine direkte und natürliche Folge der zwischen den beiden großen Reichen, deren Bestrebungen zum Besten ihrer Völker darauf gerichtet sein müssen, auf der ganzen ungeheuren Strecke ihrer Grenzbesitzungen die Ruhe aufrechtzuerhalten, bestehenden Beziehungen." Die Integrität des Souveränrechtes Chinas bleibe gewahrt, anderseits genüge der Vertrag den Bedürfnissen Rußlands als Grenzmacht. Der Hafen von Talienwan würde dem Handel aller Nationen geöffnet sein. Am 28. März nahmen russische Truppen von der Landseite, das russische Geschwader vom Hafen aus Besitz von Port Arthur.

Ferner wurde ein Vertrag Rußlands mit Korea veröffentlicht, laut welchem das Königreich Korea an Rußland die Hirschinsel abtrat, um als russische Kohlenstation zu dienen. Diese kleine Insel liegt in der Enge von Korea zwischen dem Südostende der Halbinsel und der japanischen Küste, vor dem koreanischen Hafen Fusan, und galt für einen flottenstrategisch überaus wichtigen Punkt.

Der dritte Vertrag war zwischen Rußland und Japan über Korea geschlossen worden. Die Selbständigkeit Koreas wurde anerkannt, beide Mächte verpflichteten sich, vor direkter Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes sich jedesmal untereinander zu verständigen, wenn es sich um Ernennung von militärischen Instruktoren und finanziellen Ratgebern handle. Ferner: Rußland werde den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Korea keine Hindernisse bereiten.

Wie die Dinge mit Korea damals lagen, bedeutete der Vertrag für Rußland einen sehr wesentlichen Erfolg und schuf im Vereine mit den beiden anderen Verträgen Rußland mit einem Schlage eine gewaltige Stellung im fernen Osten.

In Großbritannien erregte dieser neue russische Schritt enormes Aufsehen; er wirkte wie eine Bombe. Die öffentliche Meinung Großbritanniens und seine Staatsmänner sahen die Integrität Chinas und damit

besonders die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens im Reiche der Mitte auf das schwerste bedroht.

Nichtsdestoweniger handelte die britische Regierung schnell entschlossen: bereits am 2. April wurde zwischen ihr und China ein Pachtvertrag geschlossen, der den Küstenpunkt Wei-hai-wei am Gelben Meere in großbritannischen Besitz brachte.

Diese drei Pachtungen: Kiautschou, Port Arthur und Wei-hai-wei sind ihrem Charakter nach völlig voneinander verschieden. Über Kiautschou haben wir gesprochen; diese Pachtung verfolgt keine Zwecke machtpolitischer Natur. Port Arthur und seine Bahnverbindung nach den großen sibirischen Linien sollten Kopf und Rückgrat für eine russische Provinz bilden, welche man einst von China abzutrennen hoffte, bestehend aus der Mandschurei, den Halbinseln Korea und Kwantung. Hier lag also ein imperialistischer Plan größten Stiles vor, in welchem Machtpolitik und Wirtschaftspolitik gleichermaßen enthalten waren. Die britische Pachtung von Wei-hai-wei schließlich verfolgte weder wirtschaftliche, noch imperialistische Zwecke, sondern bildete einen rein militärischen Gegenzug gegen Port Arthur. Im Frühling desselben Jahres äußerte sich Balfour als Vertreter der englischen Regierung dazu folgendermaßen: „Als die Regierung von den Verhandlungen Rußlands bezüglich Port Arthurs hörte, habe sie Rußland vorgeschlagen, von der Besitznahme abzustehen, während England seinerseits sich verpflichten wollte, von keinem Hafen in der Bucht von Petschili Besitz zu ergreifen. Rußland habe diesen Vorschlag abgelehnt und sei daraufhin benachrichtigt worden, daß England für sich die Freiheit beanspruche, die zum Schutze seiner Interessen nötigen Schritte zu tun. Man habe darauf Wei-hai-wei zu denselben Bedingungen erhalten wie Rußland Port Arthur. Von Wei-hai-wei aus beherrsche England die Bucht von Petschili, und dieser Stützpunkt halte Port Arthur das Gleichgewicht. Balfour wies mit Ernst und Besorgnis auf die „verhängnisvollen Überraschungen“ hin, welche die neue Entwicklung für die Zukunft Chinas bringen könne. Aus den gesamten Parlamentsverhandlungen jenes Frühjahrs und Sommers in den englischen Kammern sprach tiefste Besorgnis und Unruhe Rußland gegenüber. Dagegen legte man besonderen Wert auf die Betonung, daß die Besitznahme von Wei-hai-weis sich keineswegs gegen die deutschen Rechte in Schantung richte. Der Regierungsvertreter erklärte, man habe aus eigenem Antriebe der deutschen Regierung Anzeige von der Pachtung Wei-hai-wei gemacht, um Mißverständnisse zu vermeiden. Diese Erklärung lautete, nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: „Die englische Regierung hat im Hinblick auf die bevorstehende Besitznahme Wei-hai-weis der deutschen Regierung spontan die Mit-

teilung gemacht, daß sie nicht willens sei, deutsche Rechte oder Interessen in Schantung zu schädigen oder in Frage zu stellen, oder der deutschen Regierung in jener Provinz Schwierigkeiten zu bereiten; daß sie insbesondere nicht beabsichtige, von Wei-hai-wei oder dem dazu gehörigen Gebiete aus Eisenbahnverbindungen nach dem Inneren der Provinz anzulegen."

Nimmt man dazu die wiederholte Betonung Balfours, daß die Besetzung von Wei-hai-wei nichts mit der deutschen Pachtung zu tun habe und sich ausschließlich gegen die russische richte, wie anderseits die Tatsache, daß die internationale Lage und Politik Englands zu jener Zeit genau mit diesen amtlichen Erklärungen übereinstimmen, so beweist das alles unwiderleglich die Unrichtigkeit der Behauptungen: die Pachtung von Kiautschou sei die eigentliche Ursache des Russisch-Japanischen Krieges geworden und habe im besonderen die beiden anderen Pachtungen hervorgerufen. Tatsächlich stand der Plan russischer Ausdehnung in China schon lange fest, Port Arthur sollte nur ein Mittel zum großen Gesamtzwecke sein. Angesichts dieser russischen Pläne hatte dann Kaiser Wilhelm sich mit Rußland über einen festen Punkt für Deutschland verständigt. Dahin zielte auch die Äußerung des Fürsten Bülow im Reichstage: Deutschland befände sich im Einklange mit Rußland, „dessen Interessen in Europa nirgends die unsrigen durchkreuzen, in Ostasien vielfach mit denselben parallel laufen, und dessen natürliche Machtentwicklung wir als aufrichtige Freunde mit neidloser Sympathie begleiten."

* * *

Ganz im Gegensatze zur Stellungnahme Großbritanniens während des Griechisch-Türkischen Krieges im vergangenen Jahre (1897), zeigten im Jahre 1898 die Parlamentsdebatten in London eine ausgesprochene und entschiedene Neigung der britischen Regierung zur Annäherung an Deutschland. Nicht nur hatte man jene freundliche und entgegenkommende Erklärung hinsichtlich Wei-hai-weis abgegeben, zu der die britische Regierung in keiner Weise verpflichtet gewesen war, sondern der Schatzkanzler Balfour fragte ausdrücklich im Parlamente: was nun nach einer solchen freiwilligen Erklärung zur Versöhnung der öffentlichen Meinung Deutschlands im Wege stände. Die parlamentarische Opposition sprach sich mit einer solchen Heftigkeit gegen ein Bündnis Großbritanniens mit Deutschland aus, daß schon daraus auf konkrete Annäherungsabsichten innerhalb der britischen Regierung geschlossen werden mußte. Der Kolonialsekretär Chamberlain erklärte: „Ich bin vollkommen bereit zu sagen, daß ich bessere Beziehungen zu Deutschland wünsche. Ich glaube, daß unsere Interessen in China denen Deutschlands viel näher

verwandt sind als denen Rußlands." Anderseits betonte der Kolonialsekretär im Parlamente und in einer großen Rede in Birmingham, daß die Isolierung Großbritanniens angesichts der Ereignisse im fernen Osten „gefährlich" sei: „Solange China in seiner gegenwärtigen Lage und England ohne Verbündete ist, würde es in Zukunft möglich sein, die Unabhängigkeit Chinas gegen die Einfälle einer großen militärischen Macht zu bewahren? .. Das Ergebnis des Dreibundes war die Erhaltung des europäischen Friedens. Und wenn Bündnisse im Plane wären, denen England mit demselben Ziele beitreten könnte, — würde das eine Jingotat sein, ein solches Bündnis einzugehen?" Lord Beresford trat öffentlich dafür ein. England solle sich bestreben, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen, und Lord Curzon, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, meinte: man sei nicht berechtigt, neue Konkurrenten mit Eifersucht zu betrachten, solange ihr Wettbewerb friedlich und legitim sei. Curzon sprach das weise, und angesichts seiner damaligen Jugend doppelt bedeutende Wort: England solle, anstatt eifersüchtig zu sein, sich lieber bemühen, im Zeitalter der Konkurrenz dasjenige zu erhalten, was es im Zeitalter des Monopoles erworben habe.

Die britische Stimmung charakterisierte sich alles in allem: als Mißtrauen gegen die russische Politik, Besorgnis gegenüber der wachsenden russischen Machtstellung im fernen Osten; Furcht, Rußland gehe auf Zerstückelung Chinas hinaus und England allein würde diese nicht hintanhalten können. Sich der Inselmacht Japan zu bedienen, dieser Gedanke ist wohl seit 1895 schon den britischen Staatsmännern nicht fremd gewesen, jedoch hielt man wahrscheinlich die japanische Macht nicht für ausreichend. So blieb Deutschland übrig. Großbritannien schätzte, wie die angeführten Äußerungen zeigen, die Richtung der deutschen Politik in Ostasien durchaus zutreffend ein und würdigte, daß diese Politik nicht auf eine Zerstückelung Chinas hinauslief oder hinauslaufen sollte. Dieses Urteil war auch insofern durchaus richtig, als die deutsche genau wie die englische Wirtschaftspolitik in China offene Tür und freie wirtschaftliche Betätigung, wirtschaftliche Durchdringung des riesigen chinesischen Marktes anstrebte, nicht aber wie Rußland Besitznahme großer Gebiete. Daraus ergab sich für die britischen Staatsmänner, daß Deutschland wie England ein gleiches Interesse an der Erhaltung Chinas hatten, während wieder die russischen Bestrebungen im Gegensatze dazu standen.

Am 8. Dezember 1898 hielt Chamberlain eine vielbemerkte Rede in Wakefield und sagte u. a. das Folgende: „Wir haben mittels eines freundschaftlichen und redlichen Gedankenaustausches festgestellt, daß es sehr wichtige Fragen gibt, in denen sich die deutschen Interessen ebenso wie die englischen berühren. Wir können uns verständigen, uns

helfen und können unterlassen, in diesen Fragen einer die Politik des anderen zu verhindern, und ein Augenblick der Überlegung wird beweisen, daß die englischen und deutschen Interessen in keinem Teile der Erde in ernstlichem Widerstreite stehen." Er hoffe, die größte Flottenmacht der Welt und die größte militärische Macht würden sich in Zukunft öfter begegnen, und er behaupte, daß das Einvernehmen mit Deutschland ein Erfolg sei, und zwar nicht der geringste, den die britische Regierung erreicht habe.

Wir wissen nicht, ob und welche Anerbietungen oder Andeutungen von Anerbietungen der deutschen Regierung in jenem Jahre 1898 von der britischen gemacht worden sind. Jene Debatten fanden in den Sommermonaten statt, und im Dezember erklärte Fürst Bülow: „Was unser Verhältnis zu England angeht, so möchte ich heute darüber nur dies sagen — damit glaube ich aber eine ganze Menge zu sagen, — daß es allerlei Fragen und mancherlei Punkte gibt, wo wir mit England zusammengehen können und gern mit England zusammengehen, ohne Schädigung und unter vollster Wahrung anderweitiger wertvoller Beziehungen."

Das war also in freundlichster Form eine entschiedene Ablehnung, das Deutsche Reich an einer Politik in Ostasien zu beteiligen, welche es in Gegensatz zu Rußland bringen könnte, ja ohne jeden Zweifel bringen mußte, denn die britische Regierung wollte ja gerade einen Helfer gegen Rußland haben.

Es entsprach und entspricht also keineswegs der Wahrheit, wenn man in bezug auf jene Periode von heuchlerischen Annäherungsversuchen Großbritanniens redet. Diese Versuche an sich waren im Gegenteil sehr aufrichtig und, wie wir gesehen haben, hielt man in England auch mit dem Motive keineswegs hinterm Berge. Fürst Bülow seinerseits hatte offenbar zwei Hauptgründe, nicht auf die englischen Anerbieten einzugehen. In erster Linie wollte er das mühsam wieder gewonnene gute Verhältnis mit Rußland nicht aufgeben. Die Vorteile, welche eine solche neue Schwenkung für Deutschland ergeben konnte, waren unsicher, ja nebelhaft, die Nachteile groß, denn trotz Ostasien blieb Rußland immer noch Deutschlands Nachbar in Europa mit einer beiden Ländern gemeinsamen langen Landgrenze, es blieb auch der Bundesgenosse Frankreichs. Gute deutsch-russische Beziehungen waren der deutschen Politik auch im nahen Oriente erwünscht. Schließlich wäre es in Rücksicht auf den Dreibund nachteilig gewesen, das deutsch-russische Verhältnis kühl oder gar feindselig werden zu lassen, denn, wie wir gesehen haben, waren die russisch-österreichischen Beziehungen damals besonders eng. Man hätte wahrscheinlich Österreich mehr zu Rußland hinübergeschoben als nützlich war, und sich so auf dem Festlande annähernd vollständig isoliert. Auf der anderen

Seite konnte Fürst Bülow annehmen, daß die Gefahren, welche England für sich in Ostasien kommen sah, für Deutschland lange nicht so bedeutend waren. Dazu kam als Faktor die öffentliche Meinung in Deutschland, welche seit der Krügerdepesche von tiefster Bitterkeit und regstem Mißtrauen gegen alles Englische erfüllt war, während die öffentliche Meinung in England, in nationalen Fragen diszipliniert und praktisch wie immer, nicht gezögert hatte, eine britisch-deutsche Annäherung zu propagieren.

Es geht aus den angeführten Aussprüchen des Fürsten Bülow hervor, daß er analog der Hohenloheschen Politik — vor Bülows Amtsantritte — in allen Fragen, die sich nicht durch die Bündnisse Deutschlands unmittelbar beantworteten, eine Politik der freien Hand als für Deutschland gegeben erachtete. Der Dreibund und freundliche Beziehungen zu Rußland waren die Grundlagen seiner Politik, nach allen anderen Richtungen hin wollte er freie Entscheidung von Fall zu Fall.

Kaiser Wilhelm II. beglückwünschte im April 1898 die Königin von England zum Siege, welchen Lord Kitchener bei Atbara über Kalifentruppen erfochten hatte. In der englischen Presse las man damals, und der Wunsch war wohl der Vater des Gedankens, daß dieser Glückwunsch einen Frontwechsel der deutschen Politik anzeige. Davon war keine Rede, aber augenscheinlich wollte man zeigen, daß weder der Kaiser, noch die deutsche Regierung einen prinzipiellen Gegensatz zur britischen sahen, sondern deren Erfolge auf anderen Gebieten mit Wohlwollen verfolgten. Es handelte sich also um eine Höflichkeit, die nichts kostete.

Jenes „Einvernehmen" zwischen Deutschland und England, auf welches Chamberlain in seiner Rede (Seite 117) anspielte, ist offenbar der Geheimvertrag über eine eventuelle Teilung der portugiesischen Besitzungen in Südafrika zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien. Bülow sagte darüber im Winter 1899 nur, er könne sich dazu nicht äußern, da die beiden Regierungen sich gebunden hätten, das Abkommen bis zum Eintritte bestimmter Umstände geheimzuhalten; es handle sich nicht sowohl um aktuelle Fragen, „als um Eventualitäten, die in Zukunft eintreten können."

Ob jenes sogenannte Angolaabkommen gleichzeitig Deutschland verpflichtete, Großbritannien den Burenrepubliken gegenüber freie Hand zu lassen, ist eine Frage, welche nicht einwandfrei beantwortet werden kann. Es ist besonders in Deutschland vielfach behauptet worden. Man könnte es schon aus diesem Grunde bezweifeln, weil Großbritannien eines solchen deutschen Zugeständnisses tatsächlich nicht bedurfte.

Über den Inhalt des Vertrages ist im Laufe der Jahre eine Reihe von Mitteilungen in der englischen und französischen Presse erschienen, die inhaltlich wiedergegeben sein mögen:

Im Jahre 1898 befand sich Portugal in außerordentlicher Geldverlegenheit, es konnte seinen Gläubigern die Zinsen nicht bezahlen und erhielt in Europa keinen Kredit mehr. Man ging deshalb in Lissabon — vielleicht auch unter dem Eindrucke des spanischen Kolonialzusammenbruches — mit dem Gedanken um, einen Teil der portugiesischen Kolonien zu veräußern. Portugiesische Geldleute und der Gouverneur von Mozambique gingen nach London und Berlin, und das Ergebnis der Verhandlungen war ein vom englischen Minister Balfour und dem deutschen Botschafter Grafen Hatzfeld im September 1898 unterzeichneter Vertrag. Dieser Vertrag soll begreifen: Mozambique mit Lorenzo-Marques Angola, Benguela, Mossamedes und den portugiesischen Kongo. Die beiden Mächte hätten eine vorläufige Teilung dieses Besitzes getroffen und die Preise festgesetzt, welche an Portugal eintretendenfalls zu zahlen wären; sei es, daß es sich um Kauf oder um Abtretung, oder um Pachtung handeln solle. Dieses Abkommen sicherte beiden Mächten damit das Vorkaufsrecht und gleichzeitig auch gegenseitige diplomatische Unterstützung. Über Einzelheiten der präsumtiven Teilung ist ebenfalls vieles geschrieben worden, aber nichts Authentisches bekannt. Deshalb erübrigt sich ein Eingehen auf die zahlreichen Kombinationen.

Der Sinn jenes Abkommens war jedenfalls, daß Portugal eines Tages gewillt sein werde, seine Kolonien ganz oder zum großen Teil gegen entsprechende Geldbeträge abzutreten. Wann diese „Zukunftseventualität", wie Bülow die Lage bezeichnete, eintreten würde, konnte naturgemäß nicht bestimmt werden, während anderseits außer Zweifel stand, daß Großbritannien in der Hand hatte, Portugals Geldverlegenheiten ihren Gang natürlicher Steigerung gehen zu lassen oder sie zu beheben. Ein aktenmäßiger Beweis ist zwar nicht zu erbringen, aber die folgenden anderthalb Jahrzehnte haben gezeigt, daß die britische Politik sorgfältig vermied, eine Konstellation eintreten zu lassen, die jenen Geheimvertrag akut gemacht hätte.

Was Südafrika anlangte, so hatte sich auch vor diesem Geheimabkommen die Sprache der englischen Regierungsvertreter gegen 1895/96 keineswegs geändert. Nach 1897 forderte Chamberlain laut und ausdrücklich eine Politik der festen Hand in der transvaalschen Ausländerfrage, und Cecil Rhodes erklärte: „so wird allmählich die Union Südafrikas erreicht werden" . . . 1898 im Februar, also eine erhebliche Zeitspanne vor dem Abschlusse des deutsch-britischen Abkommens, erklärte Chamberlain im Parlamente in einer Note an den Präsidenten Krüger: „Ihre Majestät nimmt gegenüber der südafrikanischen Republik die Stellung eines Souveräns ein, der dem Volke dieser Republik Selbstregierung unter gewissen Bedingungen gewährt hat." Das war die Politik, die

Chamberlain tatsächlich auch trieb, und die entweder zu freiwilligem Nachgeben der Buren oder zum Kriege führen mußte.

Nach der Politik und der Persönlichkeit Bülows darf man annehmen, daß er der südafrikanischen Frage und der Burenfrage im besonderen kühl gegenüberstand und mit einer ganz anderen Auffassung der Dinge in sein Amt eintrat, wie sie sein Vorgänger, Baron Marschall, bis zum Krügertelegramme betätigt hatte. Die Unmöglichkeit, den britischen Plänen in Südafrika erfolgreichen und in seinen Ergebnissen für Deutschland vorteilhaften Widerstand zu leisten, ist dem Staatssekretär wie dem Reichskanzler Bülow ohne Zweifel von Anfang an eine selbstverständliche Tatsache, ein einfaches Ergebnis der Betrachtung der Machtfrage gewesen. Die englischen Staatsmänner waren über die Machtfrage ebensogut orientiert wie die deutschen, sie wußten ebenso genau, daß sie Deutschlands Neutralität durch Zugeständnisse nicht zu erkaufen brauchten. Warum also sollte es ihnen überhaupt in den Sinn gekommen sein, um etwas zu werben, dessen sie nicht benötigten?

Faschoda — Manila — Samoa.

Die Politik des Deutschen Reiches der französischen Republik gegenüber war während des letzten halben Jahrzehntes die gleiche geblieben, jedenfalls in ihren großen Zügen. Frankreich war aus der Panamakrisis in die Dreyfußkrisis gelangt, mühsam wieder aus ihr hinausgeführt worden, und dann, um das Jahr 1898, gab das Wiederaufnahmeverfahren in der Angelegenheit Dreyfuß' wieder Anlaß zu Stürmen, welche die Republik und die Armee in ihren Grundfesten erschütterten. Immer bei diesen und anderen Anlässen wandte sich die Erregung der öffentlichen Meinung gegen Deutschland als den Feind, der zu den Verlegenheiten Frankreichs beitrüge, wo er könne, und nur den Augenblick erwarte, um über den westlichen Nachbar herzufallen. An dieser Auffassung änderte das Bündnis mit Rußland verhältnismäßig wenig, zumal da es, wie an anderer Stelle erörtert worden ist, den Franzosen schon bald klar wurde, daß der Zar weit entfernt war, die russischen Armeen als Werkzeug französischer Revanche anzusehen. Dazu kam die Besserung der deutsch-russischen Beziehungen vom Jahre 1895 ab.

Von deutscher Seite, besonders auch vom Deutschen Kaiser wurde wiederholt versucht, den Franzosen die Versöhnlichkeit der deutschen Stimmung zu zeigen. Der Deutsche Kaiser versäumte keine Gelegenheit, den Franzosen Liebenswürdigkeiten und Höflichkeiten zu erweisen, mochte es sich um Begnadigungen französischer Offizierspione handeln oder um Beileidsdepeschen, wie nach dem Tode des alten Marschalls

Canrobert und der Ermordung des Präsidenten Sadi Carnot, oder um Empfang und gesellschaftliche Bevorzugung hervorragender Franzosen in Berlin oder auf Seefahrten. Als im Sommer 1895 die Eröffnung des Kaiser-Wilhelms-Kanals stattfand, wurde auch Frankreich eingeladen, ebenso wie siebzehn andere Nationen, sich durch Entsendung von Kriegsschiffen an der Feier zu beteiligen. Nicht zum wenigsten, um eine so allgemeine Teilnahme zu ermöglichen, wurde die rein wirtschaftliche Bedeutung der neuen Verbindungswasserstraße zwischen der Ostsee und der Nordsee gegenüber der militärischen in den Vordergrund gestellt. In Frankreich herrschte zunächst große Erregung über die Einladung und es erhoben sich heftige Stimmen für ihre Ablehnung: es hieße sich vor dem Sieger von 1870 beugen, sei eine Demütigung Frankreichs. Schließlich entschloß man sich aber, der Einladung Folge zu leisten, im richtigen Gefühle, daß es sich beiderseits um einen Höflichkeitsakt handle, der zu nichts verpflichte und keine tiefere Bedeutung habe. Das französische Geschwader nahm aber Gelegenheit, den Besuch zu einer politischen Demonstration zu machen, indem es im Verein mit dem russischen Geschwader, nicht allein, in den Kieler Hafen einlief; zum Zeichen, daß Frankreich nicht alleinstehe, sondern sich auf einen mächtigen Bundesgenossen stütze. Während der Festlichkeiten selbst benahm sich der französische Geschwaderchef mit seinen Offizieren ungeschickt und unhöflich.

Man hat diese Politik deutscher Aufmerksamkeiten viel getadelt, im besonderen geglaubt, daß der Kaiser sich Illusionen über ihren Eindruck mache. Dafür spricht jedoch nichts, was irgend beweisbar wäre, um so weniger, als der Kaiser bei anderen Gelegenheiten niemals gezögert hat, Frankreich in seinen Reden auch entgegengesetzte Seiten zu zeigen. Die Franzosen haben sich damals freilich, und das ist bis zum heutigen Tage der Fall, die Ansicht gebildet, daß der Deutsche Kaiser geradezu mit Sehnsucht auf freundliche Worte seitens der Franzosen warte und die sogenannte Versöhnung mit allen Fasern seines Wesens erstrebe. Diese Auffassung ist eine nicht erwünschte Folge der deutschen Liebenswürdigkeiten von damals gewesen, aber auch die einzige, denn die deutsche Politik wurde nicht auf die schwankende Basis von Gefühlsfragen gestellt.

Gleichwohl war nicht in Abrede zu stellen, daß politische Ereignisse der neunziger Jahre verschiedentlich eine gewisse Annäherung zwischen den beiden Mächten zustande brachten. Der gemeinsame Protest gegen den englischen Vertrag mit dem Kongostaate, das entschiedene Zusammengehen im fernen Osten seit dem Jahre 1895, die gleichartige Stellungnahme der deutschen und der französischen Politik im nahen

Oriente während der armenischen und der griechisch-türkischen Krisis, das war alles eine sachliche Parallelarbeit, welche hauptsächlich durch die Vorurteilslosigkeit und die kluge, bewegliche Politik Hanotaux', des damaligen Ministers des Auswärtigen, ermöglicht worden war. In der Frage des britischen Dongolafeldzuges freilich waren die französischen und die deutschen Ansichten einander entgegengesetzt. Man geht aber fehl, jene gelegentliche Zusammenarbeit als den Beginn oder eine Vorstufe zur „Versöhnung" zu betrachten. Auch Hanotaux selbst hat daran niemals gedacht. Es handelte sich vielmehr um Dinge, die zehn Jahre später von einem französischen Politiker und Schriftsteller als der Austausch des Kleingeldes der Diplomatie bezeichnet wurde. Daß im übrigen keine Änderung eingetreten war, dafür lieferte jene Erklärung des amtlichen Frankreichs nach der Krügerdepesche den schlagenden Beweis: Frankreich habe nur einen einzigen Feind, und England möge danach seine Politik einrichten... Man sieht daraus unter anderm, daß den Franzosen der Gedanke einer Annäherung an England auch damals schon nicht fern lag. Französische Staatsmänner hatten sich, allerdings mit Unterbrechungen, schon seit den achtziger Jahren bemüht, ein Einverständnis mit Großbritannien anzubahnen. Es hatte sich aber immer zerschlagen, teils infolge der wachsamen Politik Bismarcks, welche die beiden Mächte durch koloniale Fragen auseinanderzuhalten wußte, teils infolge der aktiven Politik großen Stiles, welche Frankreich in Afrika trieb. Sie mußte in immer schärferen Gegensatz zur britischen Politik treten, denn es handelte sich hier — man braucht nur das Wort Ägypten zu nennen — um Lebensfragen der britischen Politik im Sinne des Wortes. Jene französische Afrikapolitik, besonders während der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, wurde mit Konsequenz und Zähigkeit von großen Gesichtspunkten getrieben. Großbritannien war sich dieser Gefahr völlig bewußt.

Die britischen Staatsmänner, schon lange entschlossen, Ägypten nie wieder zu räumen, nur die öffentliche Erklärung dieser Absicht zu vermeiden und von Zeit zu Zeit der jeweiligen Lage angepaßte Vorwände zu gebrauchen, strebten danach, alle anderen Kolonialmächte von den Grenzen Ägyptens abzudrängen oder sie nicht heranzulassen. Diesem Zwecke sollte auch der durch Deutschland und Frankreich verhinderte Vertrag mit dem Kongostaate dienen, diesem Zwecke diente die britische Dongolaexpedition, deren Notwendigkeit die britische Regierung nach außen mit der Niederlage der Italiener an der Adua begründete. Gewiß hatte sie insofern recht, als der neue Mahdistenaufstand seinen Anlaß in der Niederlage Italiens hatte. Anderseits wurde von den Franzosen behauptet, daß Großbritannien eben an dieser Niederlage der Italiener die Schuld trage, um Unruhen entstehen zu lassen und eingreifen zu

müssen. Genug, im Frühjahr 1896 wurde die Dongolaexpedition organisiert. Die Franzosen wußten genau, daß der englische Feldzug unter dem Oberbefehle des Generals Kitchener das Endziel hatte, die britische Herrschaft am oberen Nil zu begründen und zu befestigen. Die französischen Absichten auf diese Gebiete waren in England nicht unbekannt geblieben. Sir Edward Grey, damals Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, wies 1895 auf die französische Expedition Marchand hin und sagte, er glaube nicht, daß die Nachrichten davon auf Wahrheit beruhten, denn wenn sich diese Expedition von Westafrika nach einem Gebiete begebe, „wo unsere Rechte schon so lange anerkannt sind, so würde das nicht nur ein unerwarteter Akt sein, sondern die französische Regierung muß genau wissen, daß es ein unfreundlicher Akt wäre und als solcher in England betrachtet werden würde".

Die französische Regierung ließ sich jedoch nicht beirren, sondern rüstete unter der Führung des damaligen Hauptmanns Marchand eine Expedition aus. Diese landete im Sommer 1896 zu Loango an der Westküste des französischen Kongogebietes und nahm ihren Weg auf Faschoda im oberen Nilgebiete. Von der anderen Seite, von Abessinien aus, hatten die Franzosen eine korrespondierende Expedition vorbereitet. Der französische Geschäftsträger Lagarde hatte mit dem König Menelik eine Bahnkonzession im Harrargebiete vereinbart und schickte sich nunmehr an, mit seiner Expedition den Hauptmann zu Faschoda zu treffen. Marchand erreichte den Ort Faschoda im Juli 1898 und heißte dort die französische Flagge. Lord Kitchener hatte im September die Schlacht bei Omdurman geschlagen, war in Kartum eingerückt und erschien nun am 19. September zu Faschoda. Der britische General erklärte, daß Großbritannien Anspruch auf das Gebiet von Faschoda erhebe, da es innerhalb des vom ägyptischen Khediven beherrschten Gebietes läge. Marchand weigerte sich, die Flagge niederzuholen. Kitchener ließ die britische und die ägyptische Flagge daneben heißen; ein seltsames Schauspiel, welches nicht lange dauern sollte. Die Angelegenheit erregte großes Aufsehen, und Großbritannien führte sogleich eine drohende Sprache. Der englische Botschafter in Paris erklärte: wenn Frankreich die Politik der Nadelstiche fortsetze, so würde Großbritannien die Politik rücksichtsvoller Schonung aufgeben und Maßnahmen treffen, die vom ersten Fachmann in diesen Fragen vorgeschlagen seien, aber nicht gerade den Gefühlen der Franzosen entsprechen würden.

Die Regierung hatte durch Delcassé dem britischen Botschafter schon im September erklärt, er betrachte Marchand mit seiner Expedition nur als einen „Emissär der Zivilisation", sagte aber gleichzeitig, Frankreich habe die Gebiete des oberen Nils niemals als englische

Interessensphäre anerkannt. Gleichwohl läge ihm außerordentlich viel daran, in freundschaftlichen Verhältnissen mit Großbritannien zu bleiben. Die britische Regierung erleichterte dem französischen Minister des Auswärtigen seine Stellungnahme dadurch, daß sie sofort mit den schwersten Drohungen anrückte. Der britische Schatzkanzler erklärte u. a.: Wenn Frankreich etwas anderes täte, als England wünsche, so würde die Angelegenheit ein so ernstes Gesicht erhalten, wie es zwischen zwei großen Mächten nur möglich sei. Im übrigen ließ England die Flottenreserven einberufen, die in den großen Kriegshäfen liegenden Schiffe dienstbereit machen, auch seine Landtruppen auf Kriegsfuß bringen. Der Kolonialsekretär Chamberlain erklärte freilich, man dürfe diese Maßnahmen nicht als Drohungen, sondern müsse sie als Vorsichtsmaßregeln ansehen. Großbritannien beanspruche im Namen Ägyptens, „das wir um den Preis der größten Opfer von Ruin und Anarchie befreit haben, die völlige Herrschaft über alle Gebiete, die Ägypten früher angehörten oder die in die Hände der Derwische gefallen sind".

Der neue Minister des Auswärtigen, Delcassé, war zur Zeit des Faschodafalles erst seit kurzer Zeit an die Stelle seines Vorgängers Hanotaux gekommen. Durch den Zufall, daß der Ministerwechsel vor der Krisis erfolgt war, hat die Weltgeschichte vielleicht eine andere Wendung erhalten. Hanotaux, dessen Politik von vielen Franzosen als opportunistisch getadelt wurde, hatte England gegenüber wiederholt nicht nur eine scharfe Sprache geführt, sondern sich in seiner Kolonialpolitik auch durch englisches Mißfallen nicht beirren lassen. Er war Vertreter französischer Kolonialpolitik großen Stiles und bereit, zur Erreichung seiner kolonialen Ziele, so oft es vorteilhaft erschien, sich auch Deutschlands zu bedienen. Rußland, den Verbündeten Frankreichs und Gegner Englands, wußte er als sicheren Rückhalt, und bei der deutschen Politik glaubte er nach den verschiedenen Vorgängen in Ostasien und in Afrika gelegentliche Bereitwilligkeit für eine antienglische Stellungnahme voraussetzen zu können. Ob und inwieweit gerade im letzten Jahre der Hanotauxschen Amtsführung Deutschland und Frankreich auf diesen Gebieten zusammen gearbeitet haben, entzieht sich genauer Kenntnis. Auf französischer Seite wurde behauptet, daß der deutsche Botschafter Graf Münster bei Hanotaux eine gemeinsame Aktion angeregt habe, welche die Selbständigkeit der portugiesischen Kolonien in Afrika gegen englische Protektionsgelüste garantieren sollte. Bevor Hanotaux habe antworten können, sei Delcassé an seine Stelle getreten, und dieser habe überhaupt nicht geantwortet. Delcassé hat diese Geschichte in der Kammer ausdrücklich in Abrede gestellt; sie hat auch wenig innere Wahrscheinlichkeit.

Mit Delcassé kam ein Staatsmann von neuer Richtung an die Spitze

der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs. R. Pinon in seinem Buche „France et Allemagne" charakterisiert ihn als einen Mann, der vor seinem Amtsantritte in allen den politischen Gruppen und mit denjenigen Diplomaten Fühlung hatte, welche die Deutschland gegenüber gemäßigten französischen Kabinette mit ihren „Gefälligkeiten" gegen Deutschland scharf mißbilligten. „Von lauterem Patriotismus erfüllt, im Verein mit einem grenzenlosen Ehrgeiz, hatte er in seinem Verkehr mit den gambettistischen Kreisen den Gedanken der Revanche in sich aufgenommen, ohne aber damit die Mäßigung zu vereinigen, welche Zeit und Nachdenken im Geiste des großen Tribunen hervorgebracht hatten; ohne ferner die Revancheidee außerhalb und über der Tagespolitik zu halten. Obendrein ist Delcassé kein Staatsmann von Grundsätzen, nicht der Mann einer bestimmten Linie. Er ist Empiriker, die Ereignisse tragen ihn mehr, als daß er sie vorbereitete. Er ist aber geschickt in der Kunst, nachträglich die von ihm gemachte Politik in guter Aufmachung vorzuzeigen, deren Idee er häufig der Inspiration und der glänzenden Phantasiekraft Mr. Barrères (Botschafter in Rom), sowie der Erfahrung und Autorität Mr. Paul Cambons (Botschafter in London) verdankt. Klug und vorsichtig im Anfange seiner Aktionen, ließ er sich durch die scheinbaren Erfolge, die man ihm zuschrieb, blenden. Seine politischen Träume überschritten das Maß, er sprach zu viel von ihnen, und die Realitäten bildeten einen zu peinlichen Gegensatz dazu. Delcassé berauschte sich am Weihrauche vorzeitigen Ruhmes, bis die Ereignisse es übernahmen, ihm in brutaler Weise das Gefühl jener dauernden Notwendigkeiten nahezulegen, welche auf die französische Politik drücken."

Die folgenden sieben Jahre rücken die Person Delcassés in den Vordergrund der politischen Geschichte Europas, im besonderen derjenigen des Deutschen Reiches. Hier sei zur Person nur gesagt, daß in dem angeführten Urteil René Pinons manches richtig, das Urteil in seiner Gesamtheit jedoch ungünstiger erscheint, als der Politiker Delcassé es verdient. Auf alle Fälle ist man sich 1898 und während der folgenden Jahre in Deutschland nicht darüber klar gewesen, daß ein völlig anderer Geist mit dem Amtsantritte Delcassés in die auswärtige Politik Frankreichs eingezogen war. Ein anderer französischer Schriftsteller, Viktor Berard, erzählte in einer Pariser Zeitschrift 1905, Delcassé habe im November 1898 gesagt: „Ich möchte dieses Haus nicht verlassen und von meinem Ministersessel nicht weichen, ohne ein gutes Einvernehmen (la bonne entente) mit England hergestellt zu haben." Blicken wir auf die Jahre der Delcasséschen Amtsführung zurück, so muß ihm zugestanden werden, daß er dieses sein Programm nicht nur festgehalten, sondern auch erfolgreich durchgeführt hat.

Die Angelegenheit von Faschoda gab Delcassé Gelegenheit, gleich einen großen Schritt zur Verwirklichung seines Programmes zu tun. Im November 1898, nach Einlaufen des Marchandschen Berichtes, gab Frankreich den englischen Forderungen gegenüber nach. Delcassé erklärte in der Kammer: er habe für patriotisch gehalten, einen Konflikt zu vermeiden, der ein Unglück für die ganze Welt gewesen sein und Opfer gefordert haben würde, die außer Verhältnis zum Streitobjekte gestanden hätten. Auch in den Kammern herrschte die Stimmung vor, daß es gut sei, einen Konflikt mit Großbritannien vermieden zu haben, während die Öffentlichkeit Frankreichs freilich tief niedergedrückt war. Es blieb weder in Frankreich, noch in Europa ein Geheimnis, daß der französische Marineminister die völlige Unzulänglichkeit und Unbereitschaft der französischen Flotte erklärt hatte. Als Marchand im Frühjahr 1899 nach Frankreich zurückgekehrt war und begeistert empfangen wurde, sagte er: „Wir empfanden die Erniedrigung Frankreichs, die in dem Augenblicke erfolgte, wo es im Begriff stand, den Erfolg zu erzielen. Doch das alles ist nun vorbei. Denken wir nicht mehr daran und blicken wir jetzt, wo Ruhe und Frieden eingekehrt sind, sicheren Auges in die Zukunft. Ein zweites Mal aber dürfte Frankreich so etwas nicht wieder erleben."

Die „Schmach von Faschoda" war im Laufe der nächsten Jahre noch ein Schlagwort in Frankreich. Es kam in der Hauptsache der französischen Marine zugute, insbesondere dem später zu erwähnenden Flottengesetze des Marineministers de Lanessan. Die antienglische Stimmung im französischen Volke schien einen kaum zu überbietenden Höhepunkt erreicht zu haben, denn die Demütigung war in der Tat eine beinahe beispiellose. Die französische Flagge war geheißt worden in einem tatsächlich herrenlosen Gebiete. Sie mußte vor der englischen niedergeholt werden, weil Großbritannien es wollte und entschlossen schien, mit den Mitteln seiner Macht seinen Willen durchzusetzen. Ob die britische Regierung tatsächlich zu einem Kriege entschlossen war, mag dahingestellt sein. Vielleicht sah man die französische Nachgiebigkeit voraus, weil man die Schwäche Frankreichs zur See kannte. In Frankreich war man der Ansicht, daß im Falle französischen Widerstandes gegen ihre Forderungen die britische Regierung entschlossen gewesen sei, den Franzosen Tunis abzunehmen, das Nachbargebiet Ägyptens. Das wäre in der Tat leicht ausführbar gewesen, um so leichter, als der Kriegshafen und das Arsenal von Biserta damals noch lange nicht fertig waren.

Die politische Literatur Frankreichs jener Jahre ist voll vom Ausdrucke tiefer Erbitterung gegen England und vom Gefühle gekränkten nationalen Stolzes. Inmitten dieser öffentlichen Stürme saß Delcassé

und arbeitete an seinem Plane einer französisch-englischen Annäherung. Dem Minister des Auswärtigen ist möglicherweise der Fall von Faschoda nicht unerwünscht gekommen, denn er gab ihm die Gelegenheit, England seine politische Gesinnung zu zeigen und diesen Höhepunkt der kolonialen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Mächten zu einer gründlichen Erledigung eben dieser Fragen zu benutzen, um reinen Tisch zu machen.

Im Frühjahr 1899 überließ Frankreich dann in einem Abkommen an Großbritannien alles, was die britische Regierung verlangte. Großbritannien war von jetzt an unbestrittene Herrin des oberen Nils und jenes ganzen Gebietes, von dem Chamberlain sprach: wo jemals das alte Ägypten irgendwelche Ansprüche hatte geltend machen können.

Im selben Jahre 1899 nahm Delcassé Gelegenheit zu erklären, man verfüge nunmehr über gewaltige Kolonisationsgebiete, anderseits sei Frankreichs Absorptionskraft nicht unbegrenzt; kurz, er begann deutlicher zu betonen, daß er nicht daran denke, die ausgreifende Kolonialpolitik seines Vorgängers Hanotaux fortzusetzen. In Großbritannien verzeichnete man diese Wendung mit Befriedigung. Die britische Suprematie war wieder einmal stabiliert worden. Beinahe widerspruchslos hatte sich ihr die zweitgrößte Seemacht der Erde, die empfindlichste Nation der Welt gefügt. Und diese Nation dachte, nachdem sie den Schlag erhalten und sich unterworfen hatte, nicht an eine Politik der Rache, sondern ihre Leiter schlugen die entgegengesetzte Politik ein: anstatt gegen England — mit England zu gehen. In jener Zeit der letzten Dreyfußkrisis scheint Delcassé eine ganz außerordentliche, für französische Verhältnisse ungewöhnliche Selbständigkeit in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten innegehabt zu haben. Während des letzten Teiles der Amtszeit seines Vorgängers, auch noch in den ersten Jahren eigener Amtsführung kam es nicht selten in Frankreich zu — wennschon zurückhaltenden — Sympathiekundgebungen Deutschland gegenüber. Ernsthafte Politiker sprachen, ohne einen Sturm damit zu erregen, von einer französisch-deutschen Annäherung. Delcassé orientierte die französische Politik nach der Gegenseite. Er nahm den alten Gedanken wieder auf, den französische Staatsmänner in den achtziger Jahren vergeblich zu verwirklichen gesucht hatten: Frankreich und Großbritannien in die gleiche Front zu bringen und diese Front gegen Deutschland zu richten. Man würde vielleicht zu weit gehen mit der Behauptung, daß er diesen Gedanken zusammen mit seinem späteren Marokkoprogramm damals ungefähr fertig im Kopfe gehabt habe. Das ist sicherlich nicht der Fall gewesen. Fest stehen dagegen zwei Tatsachen: die eine, daß er von Anfang an die Annäherung an England wollte; die zweite,

daß er zu den damals in Frankreich unter den maßgebenden Franzosen nicht zahlreichen Trägern des Revanchegedankens gehörte. Diese beiden Ziele ergaben an und für sich schon das politische Programm des Ministers. Ohne Frage hat er die Ursachen und Symptome beginnender Entfremdung zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche mit Sorgfalt beobachtet und gleichermaßen die vergeblichen Versuche Großbritanniens, mit Deutschland in enge Beziehungen zu gelangen. Delcassé konnte an dem ganzen bisherigen Gange der deutschen Politik und von Jahr zu Jahr deutlicher erkennen, daß Deutschland, durch vormalige Spuren geschreckt, nicht beabsichtigte, dem englischen Werben nachzugeben. Die deutsche Politik war unter Bülow von Anfang an auf möglichsten Anschluß an die Festlandmächte, auf freie Hand Großbritannien gegenüber eingestellt worden. Unbestreitbar war auf der anderen Seite das britische Bedürfnis, mit einer der europäischen Festlandmächte in engem Einverständnisse zu leben. Chamberlain, Salisbury und andere hielten nach wie vor Deutschland für die einzige Macht, die dafür in Betracht käme. So war Delcassé auf Warten und auf stilles Arbeiten angewiesen und auf die Benutzung aller Gelegenheiten, um Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche wirksam zu benutzen.

Einen wichtigen Erfolg erreichte Frankreich im Jahre 1898 in Gestalt der nunmehr definitiven italienisch-französischen Annäherung. 1898 kam der italienisch-französische Handelsvertrag zustande. 1899 besuchte ein französisches Geschwader unter Admiral Fournier den Hafen von Genua. König Humbert kam an Bord des französischen Flaggschiffes und begrüßte in seinem Trinkspruche in warmen Worten die Wiederaufnahme der guten Handelsbeziehungen und der alten herzlichen Freundschaft. Kurz darauf fand eine gleichzeitige Flottenparade eines italienischen und eines englischen Geschwaders statt. König Humbert nahm an einem Bankette auf dem Flaggschiffe „Benbow" teil, und der englische Geschwaderchef, Admiral Rawson, erklärte: „Ich darf Euren Majestäten die Versicherung geben, daß die Gesinnungen Großbritanniens für alle Italiener niemals herzlicher waren als jetzt, und ich bin sicher, daß diese Gesinnungen gegenseitig sind und stets aufrecht erhalten bleiben, um die Freundschaft zwischen Italien und Großbritannien zu festigen." Wenige Tage darauf erklärte der italienische Ministerpräsident, Admiral Canevaro: man sei durch die Faschodaangelegenheit und den darauffolgenden englisch-französischen Vertrag wegen der italienischen Interessen in Afrika beunruhigt worden und habe die beiden Mächte um Aufschlüsse gebeten. Solche seien gegeben worden, und zwar hätten beide Mächte versichert, daß sie weder Absichten gegen Tripolis hätten, noch

irgend etwas von ihrer Seite geschehen werde, was die Handelsbeziehungen zwischen den Gebieten von Tripolis und Zentralafrika unterbinden könnte.

In der Diskussion des Handelsvertrages mit Frankreich, welcher mit gewaltiger Mehrheit in den italienischen Kammern angenommen wurde, kam auch das politische Moment zur Geltung. Besonders auf den franzosenfreundlichen Seiten wurde mit Befriedigung festgestellt, daß Italien Selbständigkeit genug zeige, um trotz seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde mit Frankreich in engen wirtschaftlichen und sonst freundlichen Beziehungen zu stehen. Der Ministerpräsident Canevaro bestätigte, daß sich die Beziehungen Frankreichs und Italiens außerordentlich gebessert hätten, darin habe der französische Minister Delcassé vollkommen recht.— Delcassé hatte sich im gleichen Sinne geäußert. — Die italienische Flotte habe mit der französischen in den kretensischen Angelegenheiten zusammengewirkt, dasselbe sei mit den Truppen der Fall gewesen. Dieses Zusammenwirken habe glänzende Ergebnisse gezeitigt. In den Beziehungen zwischen Frankreich und Italien sei tatsächlich eine Änderung eingetreten, aber ebenso wie Frankreich dadurch seine Verpflichtungen gegen Rußland nicht verletze, so sei dasselbe von Italien gegenüber Deutschland und Österreich der Fall.

Hier war also eine bedeutungsvolle politische Wendung eingetreten. Italien hatte beinahe ein Jahrzehnt lang unter den Folgen des Handelskrieges mit Frankreich gelitten. Nach der Schlacht an der Adua brach auch seine überseeische Politik bis auf weiteres zusammen, der nationale Schwung, der dem Volke bisher alle Lasten zu ertragen leicht gemacht hatte, wich schwerem Pessimismus und Mißvergnügen. Man stöhnte über die Heeres- und Flottenlast, von der die franzosenfreundlichen Träger der Propaganda für einen „lateinischen" Zusammenschluß sagten: sie erwüchse nur aus der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde.

Der Minister Canevaro machte im Dezember 1898 sehr charakteristische Ausführungen, die ein überraschendes Schlaglicht warfen auf die Wandlung der führenden politischen Geister in Italien während der letzten zehn Jahre. Vom Handelsvertrage mit Frankreich sagte er: „Während wir uns bemühen, die guten Beziehungen mit allen Staaten zu pflegen und zu festigen, müssen wir besonders glücklich über das Handelsabkommen sein, das dank wechselseitigen guten Willens, hohen Billigkeitssinnes auf beiden Seiten kürzlich mit Frankreich abgeschlossen werden konnte. Dieses Abkommen hat, während es zugleich wichtigen wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder Genüge tut, die Wirkung — dazu haben wir das Vertrauen —, die letzten Spuren von Mißverständ-

nissen verschwinden zu lassen und eine Lage gegenseitiger Herzlichkeit und Freundschaft zu schaffen, wie es Völkern zukommt, welche Gemeinschaft der Rasse und der Kulturentwicklung besitzen."

Über den Dreibund äußerte sich der Minister unter Bezugnahme auf die kretensische Angelegenheit sehr kühl, man habe in dieser Mittelmeerangelegenheit das Ausscheiden Österreichs und des Deutschen Reiches nicht bemerkt. Im Frühjahr des folgenden Jahres konnte der gleiche Minister feststellen: er habe Versicherungen, 1. daß weder jetzt, noch in Zukunft irgendeine Unternehmung Frankreichs und Englands gegen Tripolis zu fürchten sei; 2. daß nichts geschehen werde, was die Handelsbeziehungen zwischen den Gebieten von Tripolis und Zentralafrika unterbinden könnte.

Nun kam die Angelegenheit von Faschoda. Sie lieferte aller Welt und auch Italien den Beweis, daß Frankreich nicht daran denke, noch jemals wagen würde, gegen den englischen Stachel zu löken. Daraus ergab sich für die italienischen Staatsmänner der Schluß, daß die französische Freundschaft für Italien nicht als bedrückende Vormundschaft auftreten könne, solange England auf seinem alten Standpunkte hinsichtlich Italiens und dessen Stellung im Mittelländischen Meere bliebe. Diesen Sinn muß man der erwähnten englisch-italienischen Kundgebung aus dem Munde des Admirals Rawson geben. Sie bedeutete gleichzeitig die englische Sanktionierung des neuen französisch-italienischen Verhältnisses. Gemeinsam versicherten ferner schon damals 1898 Großbritannien und Frankreich der italienischen Regierung, daß diese sich wegen Tripolis und dessen Eisenbahnverbindungen nach innen keine Sorge zu machen brauche. Man war noch weit von der Entente Cordiale des Jahres 1904 entfernt, aber die Vorzeichen machten sich bemerkbar. Die Zeiten, wo Großbritannien und Italien im Mittelländischen Meere vereint standen, vereint gegen Frankreich, waren vorbei. Damals war England die Machtergänzung für den flottenlosen Dreibund im Mittelländischen Meere gewesen, seine Stellungnahme: — Erhaltung des status quo im Mittelmeere, — hatte eine Drohung gegen Frankreich bedeutet. 1898 suchte Italien die Freundschaft des früheren Gegners, nahm seine Tripolisbürgschaft entgegen, schloß den Handelsvertrag mit ihm, empfing den Segen Großbritanniens und wandte sich halb entschuldigend, halb trotzig nach Norden mit der Bemerkung: seine neue Politik und seine neue Beziehung brauchten ja die Dreibundverpflichtungen nicht zu verletzen. Der Umschwung gegenüber 1888 war enorm.

In den vorhergehenden Jahren und auch nachher noch ist auf italienischer Seite vielfach geklagt worden, daß die beiden anderen Dreibundmächte, auch das Deutsche Reich, dem südlichen Bundesgenossen zu

wenig Wohltaten des Dreibundes hätten zugute kommen lassen. Das ist, in dieser Form jedenfalls, unrichtig, wohl aber besteht Grund zur Annahme, daß die Beziehungen zu Italien deutscherseits nicht so sorgfältig, geschickt und regelmäßig gepflegt wurden, wie es nötig gewesen wäre. Es liegt in der Natur solcher Verhältnisse wie der Dreibund, daß gerade die in ihm nicht führenden und von anderen umworbenen Mächte dazu neigen, sich „Nebeneinnahmen" zu verschaffen. Dem kann bis zu einem gewissen Grade jedenfalls nur dadurch vorgebeugt werden, daß die Verbindung und der diplomatische Verkehr mit größter Sorgfalt unterhalten werden. Es muß praktische Regel sein, daß zwischen derart verbündeten Mächten ohne Unterbrechung alle — auch geringfügige — internationale Angelegenheiten behandelt werden, ob sie das Bundesverhältnis nun direkt, von weitem oder gar nicht berühren. Die dauernde Fühlung wird so hergestellt und oft wird sich Gelegenheit bieten, durch die bekannten „kleinen Geschenke" die Freundschaft lebendig zu halten. Sagt sich dagegen die eine Macht, daß sie vom Bündnisse alltags nichts hat, so liegt eo ipso die Gefahr nahe, auch die eigenen Verpflichtungen und das eigene Interesse nur für die „großen Gelegenheiten" aufzubehalten und solange bis diese kommen, eigene Wege zu gehen. Fürst Bülow hat einige Jahre später im Reichstage den Dreibund mit einer Festung verglichen, auf deren Glacis bei langdauerndem Frieden die Bäume emporwüchsen und die Festung selbst verdeckten. Im Kriege werde das Glacis im Umsehen rasiert, und das Ganze sei gefechtsbereit.

Der Vergleich hat gerade in bezug auf den Dreibund manches Wahre, aber er läßt außer acht, daß jene Bäume auch Wurzeln haben, die sich tief in das Glacis hineinsenken und von einem gewissen Punkte an seine Flächen und auch das festeste Mauerwerk zerstören.

Im 1. Abschnitt ist die eigentümliche Stellung Italiens bereits allgemein behandelt worden. Das Jahr 1898 lieferte die erste Probe auf das Exempel. Die Italiener sagten sich, daß ihre Schwäche zur See sie nötige, Stütze an einer großen Seemacht zu suchen, anderseits daß Differenzen des Deutschen Reiches mit England und mit Frankreich für Italien überaus bedenklich sein würden. Man begrüßte es deshalb ohne Zweifel als Erlösung, daß die Krisis von Faschoda mit einem Vertrage endete, der tatsächlich reinen Tisch hinsichtlich eines erheblichen Teiles der kolonialen Beziehungen Frankreichs und Englands machte, hauptsächlich auch, daß Delcassé, der neue Leiter der französischen Politik, energisch auf gute französisch-englische Beziehungen hinarbeitete.

Diese beiden gänzlich neuen politischen Konstellationen ergaben sich für Frankreich wie für Italien aus ihrer Schwäche, und zwar aus ihrer Schwäche zur See. Die Schwäche zur See machte Frankreich

von nun an zum Gefolgsmanne Großbritanniens. Die Schwäche zur See war die Ursache, daß Italien den alten Kurs, den Crispi ihm gewiesen hatte, nicht mehr weiter zu steuern wagte. Die wirtschaftlichen Gründe hingen letzten Endes ebenfalls hiermit zusammen. Schwäche zur See auf seiten des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns bildeten die Ursache dafür, daß Italien tatsächlich im Mittelmeere für den Kriegsfall keine Stütze an seinen Bundesgenossen besaß. Und Schwäche zur See war es schließlich, welche die deutsch-englischen Beziehungen beeinträchtigte, derart zu werden, wie sie allein gesund und dauerhaft sein konnten, nämlich auf dem Fuße der Gleichberechtigung.

Die öffentliche Meinung in Deutschland begann damals jenen unklugen Feldzug, der beinahe anderthalb Jahrzehnte gedauert hat, gegen den „unzuverlässigen Bundesgenossen" Italien, mit Geringschätzung und Unwillen. Was Frankreich und England betraf, so war man in Deutschland überzeugt, daß Frankreich auf Rache sinne, um die Schmach von Faschoda zu rächen und träumte von „besseren Beziehungen".

* * *

Unterdessen drängten die Weltereignisse. Der Spanisch-Amerikanische Krieg brach aus. Im Sommer 1897 hatten die Vereinigten Staaten den Einverleibungsvertrag mit den Hawaiinseln geschlossen; Japan protestierte; ein Protest, der heute noch besteht. Diesem ersten so bedeutungsvollen Schritte amerikanischer Eroberungspolitik folgte 1898 der Krieg mit Spanien. Wie er verlief und endete, braucht uns hier nicht zu beschäftigen, wohl aber die Stellung der deutschen Politik dazu. Es lag von vornherein auf der Hand, daß Deutschland neutral bleiben werde, und das ist de facto auch geschehen.

Von Anfang an herrschte aber auf seiten der Vereinigten Staaten ein starkes Mißtrauen gegen Deutschland. Dieses Mißtrauen mag eine Reihe von Ursachen gehabt haben. Die deutsche Volksstimmung war für Spanien. Man sah den Krieg als ungerechtfertigt und damit als ungerecht an, man tadelte die Eroberungspolitik der Amerikaner und die Vergewaltigung des wehrlosen Spaniens. Besonders die Art, wie der Krieg von seiten der Vereinigten Staaten provoziert wurde, erregte lauten und lebhaften Tadel. Man konnte in Deutschland der amerikanischen Behauptung, mochte sie meist wohl auch in gutem Glauben aufgestellt sein, keinen Glauben beimessen, daß das amerikanische Schlachtschiff „Maine" von spanischer Hand durch eine Mine zum Sinken gebracht worden sei. Man glaubte im Gegenteil vielfach, daß die Amerikaner selbst die „Maine" gesprengt hätten, um die Schuld auf Spanien zu werfen und damit einen Kriegsgrund zu haben. Die erste Version ist

im Jahre 1913 durch den Augenschein Lügen gestraft, die zweite — an und für sich unwahrscheinliche — nicht bewiesen worden, denn als das Wrack der „Maine“ gehoben war, zeigte die Untersuchung, daß eine Explosion in den inneren Räumen der Grund zum Sinken des Schiffes gewesen war. Ob diese Explosion, wie die Amerikaner behaupten, durch eine andere von außen hervorgerufen wurde, dürfte Geheimnis bleiben. Bei der Empfindlichkeit und dem großen Selbstbewußtsein der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten nahm man der deutschen Presse diese ihre Haltung sehr übel. Dazu kamen die weiter unten auseinandergesetzten Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschen einerseits, Amerikanern und Engländern anderseits auf den Samoainseln, wo seit dem Abschluß der Samoaakte vom Jahre 1899 eine groteske Dreiherrschaft eingerichtet war.

Der Spanisch-Amerikanische Krieg spielte sich bekanntlich auf zwei Hauptschauplätzen ab: in den Westindischen Gewässern und bei den Philippinen, jenseits des Stillen Ozeans. Auf den westindischen Inseln wie auf den Philippinen waren schon vor dem Ausbruche des Krieges die inneren Verhältnisse nichts weniger als ruhig. Als der Krieg ausbrach, war selbstverständlich genug, daß die deutsche Regierung einer eventuellen Schutzbedürftigkeit der dortigen Deutschen Rechnung tragen mußte. Ein Kreuzer wurde nach den Westindischen Inseln geschickt und das ostasiatische Kreuzergeschwader wurde nach Manila (Philippinen) beordert, nachdem dortige deutsche Firmen dringend um Schutz durch Schiffe gebeten hatten. Vor den Philippinen war nun der amerikanische Admiral Dewey mit einem Geschwader eingetroffen, nachdem er das spanische Geschwader bei Cavite vernichtet hatte. Die Anwesenheit des deutschen Geschwaders erregte die Unzufriedenheit des amerikanischen Admirals, und derselbe soll verlangt haben, daß der deutsche Admiral ihm aus dem Wege ginge. Vollständig sind die Einzelheiten nicht bekannt geworden, jedoch dürfte außer Zweifel stehen, daß Überhebung und Mißtrauen Deweys dem deutschen Geschwaderchef gegenüber Mißhelligkeiten entstehen ließen, die in der amerikanischen Presse maßlos aufgebauscht wurden. Während auf den Philippinen der Aufstand in hellen Flammen stand, hielt Admiral Dewey Manila unter Blockade, und während dieser Zeit machte der spanische Generalgouverneur der Philippinen, Augustin, gelegentlich einer Zusammenkunft dem deutschen Geschwaderchef, Vizeadmiral v. Diederichs, im Namen der spanischen Regierung den Vorschlag, daß die Befehlshaber der neutralen Flottenmächte Manila provisorisch in Verwahrung nähmen. Wie nicht anders denkbar war, lehnte der Admiral den Vorschlag ab, da seine Annahme angesichts amerikanischer Blockade tatsächlich schwer gegen die Neutralität verstoßen haben würde.

Fürst Bülow äußerte sich im Winter 1899 ausführlich über die deutsch-amerikanischen Beziehungen und sagte: „Wo wir, ohne das Völkerrecht zu verletzen, im Rahmen des Völkerrechtes deutsches Leben und Eigentum vor Beeinträchtigung wahren, sind wir meines Erachtens in unserem guten Recht und üben nur unser gutes Recht aus. Indem wir so handelten, haben wir lediglich eine neutrale Pflicht erfüllt, eine Pflicht, welche jedes Staatswesen gegenüber seinen Angehörigen in der Fremde in bedrängter Lage hat, und wir werden uns niemals abhalten lassen, dieses unser Recht und diese unsere Pflicht mit ruhiger Besonnenheit, aber auch in vollem Umfange wahrzunehmen."

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Mr. White, hatte bereits im Sommer vorher Gelegenheit genommen zur öffentlichen Feststellung: die deutsche Regierung habe dem Geiste und dem Buchstaben nach eine Neutralität betätigt, welche weder kalt, noch mißgünstig gewesen sei.

Dazu kamen wirtschaftliche Differenzen zwischen den beiden Ländern, die in verschiedener Auslegung und Auffassung der Meistbegünstigungsklausel bestanden. In den Vereinigten Staaten war man höchst ungehalten, daß Deutschland sich nicht ohne weiteres dem amerikanischen Standpunkte anpaßte und sich den aus ihm erwachsenden Forderungen nicht unterwarf. Die wirksamste Ursache für diese sachlich wenig gerechtfertigten Stimmungen bildete aber eine rege und zielbewußte Pressehetze, welche von britischer Seite mit gewohnter Geschicklichkeit betrieben wurde. So sehr Großbritannien gerade zu jener Zeit ein enges Zusammengehen mit Deutschland wünschte, so vorteilhaft schien, wenn nicht den augenblicklichen Leitern des Staates, so doch sicher dem überwiegenden Teile der öffentlichen Meinung und den Drahtziehern der Presse: Mißtrauen gegen Deutschland in den Vereinigten Staaten zu schaffen. Das gelang, wie angedeutet, in überraschender Weise dank der amerikanischen Eigenart: dem immer wachen Mißtrauen, nicht genügend respektiert zu werden, dank dem überspannten naiven Selbstbewußtsein und der Überschätzung jeder eigenen Leistung verglichen mit denen anderer. So war für lange Zeit die Legende in den Vereinigten Staaten unausrottbar, daß der deutsche Admiral Diederichs mit seinem Kreuzergeschwader nach Manila gekommen sei, um die amerikanische Aktion zu hindern und sich, wenn möglich, der Philippinen zu bemächtigen. Nur die Furcht vor Admiral Dewey und seinem Geschwader habe ihn abgehalten, seinen Vorsatz auszuführen.

Daß die deutsche Neutralität von Anfang an eine tatsächliche gewesen ist und sein sollte, kann nicht bezweifelt werden. Es hätte nichts Törichteres und Zweckloseres gegeben, als in den Streit der beiden Mächte einzugreifen. Einmal wäre der dann entstehende Konflikt schwer-

lich isoliert geblieben, vor allem aber hatte Deutschland keine Flotte, es hatte auch keine Stützpunkte, um einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten führen zu können. Fehlten aber diese Grundlagen, so waren, ipso facto, auch für wirksamen diplomatischen Druck auf die Vereinigten Staaten keine vorhanden. Kurz, will man alle moralischen und anderen Beweggründe beiseite setzen, nur Möglichkeits- und Zweckmäßigkeitsgründe ins Auge fassen, so stellt sich heraus, daß eine nichtneutrale Haltung des Deutschen Reiches eine ganz außerordentliche Torheit gewesen wäre. Die Aufgabe des deutschen Geschwaders im Kreuzfeuer amerikanischen Mißtrauens und britischer Hetzerei war eine heikle trotz ihres einwandfreien Zweckes. Auch die Situation des amerikanischen Blockadegeschwaders war aus militärischen und politischen Gründen zeitweilig schwierig. Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Geschwaderchefs über das Blockaderecht, kamen hinzu, daneben das erwähnte amerikanische Mißtrauen wegen deutscher Absichten auf die Philippinen.

Es handelte sich also teils um Stimmungen und Mißverständnisse, teils um Bagatellen, deren Erwähnung sich erübrigen würde, wenn nicht eben die Legende von angeblichem Fehlen einer aufrichtigen deutschen Neutralität für so lange Jahre die deutsch-amerikanischen Beziehungen schädlich beeinflußt hätte.

* * *

Im Herbst 1899 wurde endlich die Samoafrage definitiv geordnet, So gering bisher die Bedeutung der Samoainseln an und für sich auch war und ist, so knüpften sich doch schmerzliche und empfindliche Erinnerungen an sie. Das Unverständnis eines Teiles des Deutschen Reichstages hatte einst die Bemühungen des Fürsten Bismarck vereitelt, die ganze Samoagruppe für das Deutsche Reich zu erwerben. Im Laufe der Jahre wuchsen mit den deutschen auch die englischen, aber besonders die amerikanischen Interessen auf der Samoagruppe. Die dann eingerichtete Dreiherrschaft führte zu unerträglichen Verhältnissen. Thronstreitigkeiten auf den Inseln wurden hauptsächlich von den Amerikanern hervorgerufen und benutzt, um den deutschen Einfluß zu untergraben, die auf Samoa wohnenden Deutschen schlecht zu behandeln, den deutschen Konsul zu brüskieren und den Kommandanten des einzigen dort weilenden deutschen Kreuzers zu einer Rolle zu verurteilen, die in Deutschland große Erregung verursachte, auch des Deutschen Reiches wenig würdig war. Die Vereinigten Staaten waren durch mehrere Schiffe vor Samoa vertreten, und zwar unter dem Befehle eines Kontreadmirals. Nach Maßgabe seines höheren Ranges gab dieser dem deutschen Kommandanten

Weisungen oder handelte über seinen Kopf weg und verhinderte ihn, im Sinne der deutschen Interessen aufzutreten, während die englischen und amerikanischen Schiffe im Gegensatze zu den deutschen Interessen emsig und tätig eingriffen. Es dürfte nur den strikten Weisungen aus Berlin zu verdanken gewesen sein, daß der deutsche Kommandant in seiner rein passiven Rolle blieb. Wäre er aus ihr herausgetreten, so hätte er in den Kämpfen der Eingeborenen auf Samoa im gegenteiligen Sinne Partei nehmen müssen wie die amerikanischen Schiffe, und ein bewaffneter Zusammenstoß wäre möglich geworden. Das hätte dann wieder einen schweren Konflikt zwischen den beiden Großmächten bedeutet. Bülow bestritt im Reichstage das Vorhandensein persönlicher Reibungen zwischen den Offizieren. Es war subjektiv begreiflich, daß er es bestritt. Im übrigen stellte er sich auf den Standpunkt, daß die Samoainseln als Objekt eines ernsten Streites zwischen zwei Mächten zu gering seien. Dieser Auffassung wird man im Rahmen der damaligen Weltlage recht geben müssen. Um so schärfer und bedenklicher trat bei dieser Gelegenheit wieder der Mangel einer kräftigen deutschen Flotte zutage. Wäre es möglich gewesen, eine erhebliche deutsche Streitmacht vor Samoa zu stationieren, so würden sich die dortigen Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten anders abgespielt haben. Die verfügbaren Auslandsschiffe waren aber für den Schutz der Deutschen im Bereiche der spanisch-amerikanischen Kriegsschauplätze völlig in Anspruch genommen, und in Samoa lag ein einziger alter kleiner Kreuzer ohne Gefechtswert und ohne die Möglichkeit, ein Landungskorps auszuschiffen, das neben demjenigen der Schiffe der Vereinigten Staaten irgend Geltung gewinnen konnte. Der Fall von Samoa oder, wie es auch vielfach hieß, die Schmach von Samoa, machte einen tiefen Eindruck auf die deutsche Bevölkerung und ließ sie die deutsche Ohnmacht zur See empfindlich fühlen.

Die drei Mächte verständigten sich auf einen deutschen Vorschlag dahin, daß eine Kommission aus drei Vertretern nach Samoa zu senden sei, um dort die provisorische Regierungsgewalt zu übernehmen. Damit war auch der Möglichkeit unbefugter Eingriffe durch ausländische Seeoffiziere der Boden entzogen, denn die konsularischen Beamten wie die Marinevertreter waren angewiesen, sich den Kommissaren unterzuordnen. Die eigentliche „Samoafrage" war so im Prinzip entschieden, und der November 1899 brachte die tatsächliche Entscheidung in Gestalt eines Vertrages, durch den Deutschland die Inseln Upolu und Sawai erhielt. Daß die Vereinigten Staaten die Inseln Manua und Tutuila mit ihrem ausgezeichneten Hafen bekamen, wurde allgemein bedauert. Nach Lage der Dinge und der damaligen Verhältnisse konnte man der deutschen Regierung deshalb schwerlich einen Vorwurf machen; die

Samoaangelegenheit war schon seit jenem Mißerfolge Bismarcks verfahren. Was von jener Minute, wo man die ganze Gruppe hätte haben können, ausgeschlagen wurde, brachten die späteren Jahrzehnte nicht zurück. Deutschland mußte sich nicht nur mit den zwei Inseln begnügen, sondern, um sie zu erhalten, außerdem an England die Tongainseln abtreten und einen Teil der Salomoninseln. Das waren vielleicht keine großen Konzessionen, es war auch richtig, wenn die deutsche Regierung erklärte, man habe sich deutscherseits um diese Inseln bisher nicht viel gekümmert, auch nicht vom Rechte, eine Kohlenstation anzulegen, Gebrauch gemacht. Immerhin waren es Abtretungen, und gerade die überseeischen Erfahrungen nicht nur Deutschlands, sondern auch der alten Kolonialmächte, haben immer wieder gezeigt, wie fehlerhaft es ist, ein solches Gebiet oder eine solche Insel als wertlos anzusehen, nur weil man sie bis zur Stunde noch nicht praktisch hat verwerten können oder wollen. Es gibt kaum Besitz, der erweisbar wertlos wäre, und oft haben sich gerade solche Gebiete, die man dafür hielt, auf einmal als überaus wertvoll erwiesen. Der Wertzuwachs kann im Boden selbst liegen oder aber in den Weltverhältnissen politischer und wirtschaftlicher Art. Der Wechsel ist hier ebenso dauernd wie unberechenbar.

Dazu kam ein deutsch-englischer Vertrag über die Teilung der bisher neutralen Zone bei Togo und schließlich die ausdrückliche Aufgabe der deutschen Exterritorialität von Sansibar.

Von Spanien erhielt Deutschland käuflich nach dem Kriege die Karolineninseln, die Palauinseln und die Marianeninseln. Deutschland hatte die Gelegenheit benutzt, als Spanien infolge des unglücklichen Krieges dringend Geld bedurfte, anderseits sich klar darüber war, daß es seinen Kolonialbesitz durch seine Tätigkeit auszufüllen in Zukunft nicht die Kraft haben würde.

Deutschland und England während des Burenkrieges.

Im Februar 1898 hatte der britische Kolonialsekretär Chamberlain in einem diplomatischen Schriftwechsel mit der Transvaalregierung den Standpunkt der britischen Regierung in die Worte zusammengefaßt: „Ihre Majestät nimmt gegenüber der südafrikanischen Republik die Stellung eines Souveräns ein, der dem Volke dieser Republik Selbstregierung unter gewissen Bedingungen gewährt hat."

Die Ausländerfrage spitzte sich immer schärfer zu, und im Jahre 1899 begann Großbritannien allmählich Truppen nach Südafrika zu senden. Im Frühjahr 1899 richteten 21000 britische Untertanen in Transvaal eine Bittschrift an die Königin von England und erklärten, ihre Lage

sei seit 1895 immer unerträglicher gemacht worden; sie bäten die Königin, ihre Beschwerden zu untersuchen und Reformen herbeizuführen. Krüger aber erklärte in einer Rede: nur Bürger, welche ihre alte Nationalität ganz aufgäben, welche den Buren ganz gleich würden, die Gesetze des Landes achteten und ihnen nachlebten, könnten die vollen Bürgerrechte erhalten. Verhandlungen über ein neues Fremdengesetz zwischen Krüger und dem Gouverneur des Kaplandes, Sir A. Milner, führten zu keinem Ergebnisse. Krüger sagte in einer Versammlung: „Ich will keinen Krieg, aber ich will auch keines von meinen Rechten weggeben. Ich will nicht mehr geben, ich will auch nicht Eigentum von jemand anders." Chamberlain erklärte: die englische Regierung zeige eine Geduld, wie sie noch niemals von einer souveränen Macht ihrem Vasallen gegenüber bewiesen worden sei. In Krügers Hand liege die Entscheidung über Krieg und Frieden. Diese drohende Lage könne nicht lange dauern, denn die britische Regierung müsse sonst Schritte tun, um endgültig die englische Vorherrschaft in Südafrika herzustellen. Im Juli beschloß der Volksraad ein wesentlich entgegenkommendes neues Wahlgesetz für die Ausländer, lehnte aber das Ersuchen der englischen Regierung ab, das Wahlgesetz nicht zur Anwendung zu bringen, ehe die britische Regierung es geprüft habe. Die Erregung in Transvaal wuchs von Tag zu Tag. Am 20. August hielt Krüger in der Kirche zu Prätoria ein Gebet: Gott möge für den Fall, daß der Krieg unvermeidlich werden sollte, das Recht und die Wahrheit auf der Seite der Buren finden. —

Die Regierung von Transvaal bedauerte Anfang September in einer Note die ablehnende Haltung der britischen Regierung, sie hoffe auf freundliche Verständigung, befände sich aber in ihrer Auffassung über die englische Oberhoheit auf ihrem alten Standpunkte. Die Antwort der englischen Regierung besagte, daß sie nur Vorschläge annehmen könne, wenn die Regierung von Transvaal sich in dieser Sache anders stellte und wenn in der Ausländerfrage neue Zugeständnisse gemacht würden. Das eilige Zusammenziehen englischer Truppenmengen an den Grenzen Transvaals nahm inzwischen seinen Fortgang, und die Antwort Sir A. Milners, daß die britischen Truppen nichts Besonderers zu bedeuten hätten, als wie immer die britischen Interessen zu schützen und gegenüber Eventualitäten bereit zu sein, konnte die Buren nicht beruhigen. Sie drängten ihre Regierung, Truppen an die Grenzen zu schicken. Krüger erkannte, daß die Entscheidungsstunde gekommen sei und längeres Warten die militärische Lage der Republiken nur verschlimmern könne. So erfolgte am 10. Oktober das Ultimatum an den britischen Geschäftsträger in Prätoria. Das Ultimatum verlangte: Beilegung der streitigen Angelegenheiten durch Schiedsspruch, Zurückzie-

hung der britischen Truppen von den Grenzen Transvaals, Wiedereinschiffung und Rücktransport der seit dem 1. Juni 1899 nach Südafrika entsandten Verstärkungstruppen, auch der noch nicht gelandeten. Bis zum 11. Oktober, 5 Uhr nachmittags, wurde die Antwort der britischen Regierung verlangt. Sollte diese nicht eintreffen oder nicht den Wünschen Transvaals entsprechend ausfallen, so würde man es als Kriegserklärung betrachten und dementsprechend handeln.

Die britische Regierung lehnte die burischen Forderungen ab, die Feindseligkeiten begannen sofort. Der Oranjefreistaat schloß sich, wie schon längst vorher vereinbart worden war, der Transvaalrepublik an.

Die Vertreter der britischen Regierung, an der Spitze Lord Salisbury, der Premierminister, und Chamberlain, der Kolonialsekretär, setzten nach Einberufung der Parlamente den Standpunkt der Regierung auseinander: der Augenblick der Entscheidung sei gekommen, ob Südafrika in Zukunft unter holländischer Herrschaft stehen oder ob die absolute Vorherrschaft des britischen Volkes dort aufgerichtet werden solle. Die Politik des Präsidenten Krüger sei von Anfang an auf Abschüttelung der Suzeränität gerichtet gewesen. Die militärische Macht des Transvaals sei von Jahr zu Jahr beängstigender gewachsen. Diese Tatsache, daneben die Ausländerfrage hätten die Dinge zwingend zur Entscheidung getrieben.

Wie in einem vorigen Abschnitt ausgeführt wurde, hatten die damaligen Führer der englischen Nation damit recht, daß ihre Politik einerseits, die Krügersche Politik anderseits mit Notwendigkeit zum Kriege führen mußte, wenn nicht eine der beiden Parteien nachgab. Nachgeben Großbritanniens bedeutete den Verzicht auf das imperialistische Ziel eines geeinten britischen Südafrika. Es bedeutete auch das Erstarken einer Macht, die in keiner Weise bereit war, sich völkisch oder politisch zu anglisieren, eines Volkes, das an Wohlstand, an Zahl und an Kraft in starkem Wachsen war. Dazu kam, daß diese Macht danach strebte, zum Deutschen Reiche in engere Beziehungen zu kommen. Das Deutsche Reich war Kolonialmacht geworden, befand sich auf dem Wege, eine Seemacht zu werden, entwickelte sich wirtschaftlich mit Riesenschritten und wurde als Britanniens gefährlichster Konkurrent angesehen. Der Deutsche Kaiser hatte aus seiner Auffassung von den weltpolitischen Notwendigkeiten des Deutschen Reiches niemals ein Hehl gemacht. Kurz, es schien klar genug, was für eine Politik die südafrikanische Republik nach endgültiger Abschüttelung der englischen Suzeränität treiben würde.

Die britischen Staatsmänner haben sich nie irgendwelchen über den Rahmen realer Möglichkeit hinausgehenden Besorgnissen hingegeben.

Sie wußten, daß solchen Träumen für absehbare Zeit die Grundlage der Macht fehlte. Die deutsche Frage, soweit sie in Verbindung mit der südafrikanischen stand, war im Jahre 1896 endgültig erledigt worden. Was eine spätere Zukunft etwa bringen konnte, das durfte nach Ansicht seiner Führer das britische Volk nicht abwarten. Es mußte handeln, um so mehr, als die Burenfrage, als rein südafrikanische Angelegenheit, den britischen Staatsmännern geradezu auf den Nägeln brannte.

Für die südafrikanischen Republiken handelte es sich um mehr, als für Großbritannien. Die Ausländerfrage war nicht nur politisch, sondern vor allem auch völkisch für die Buren eine Lebensfrage. Eine Lebensfrage war auch die englische Suzeränität. In beiden gab es auf die Dauer kein Ausweichen, es gab keinen Mittelweg.

Die Tragik der damaligen Burenrepubliken ist besonders in der deutschen Bevölkerung stark empfunden worden. Ein friedliches Landvolk, das von der Außenwelt nichts wußte, auch nichts wissen wollte, das weder Neigung noch Anlage zu andersgearteter Entwicklung in sich trug, hatte das Unglück, daß Fremde auf seinem Gebiete Schätze an Gold und Diamanten entdeckten. Zu Tausenden und zu Zehntausenden kamen die Fremden, zumeist Engländer, ins Land, brachten fremden Geist und internationale Bestrebungen hinein, blieben selbst im Lande und wurden eine Macht, die schließlich nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung verlangte. So entstand die Ausländerfrage; Angehörige gerade desjenigen Volkes war die Mehrzahl dieser Fremden, dessen Regierung die Suzeränität über Transvaal beanspruchte, und dessen Volksgenossen die beiden südafrikanischen Republiken, begierig nach weiterer Ausdehnung, an ihren Grenzen immer enger umschlossen. Gewiß, die Tragik ist vorhanden, sie hat sich in ähnlicher Form schon öfter in der Weltgeschichte gefunden, aber die Weltgeschichte hat noch jedesmal die gleiche und mitleidslose Antwort gegeben: das betreffende Volk mit seiner Tragik entweder zermalmt oder zur Anpassung an Verhältnisse gezwungen, die ihm ursprünglich widerstrebten.

Der deutschen Politik war ihr Verhalten während des Burenkrieges fest und unwiderruflich vorgezeichnet. Sie konnte vernünftigerweise keine andere sein als die der Neutralität. Angesichts der leidenschaftlich gegen England und für die Buren erregten Volksstimmung in Deutschland, wurde seinerzeit eine Redewendung Kaiser Wilhelms erzählt: Der Kaiser sagte, das Verlangen, Deutschland solle im Transvaalkriege intervenieren, sei ungefähr dasselbe, als wenn man jemanden auffordere, durch Wedeln mit seinem Taschentuche ein durchgehendes Pferd anzuhalten. Der Vergleich traf zu. Das Deutsche Reich verfügte tatsächlich über kein einziges Mittel, um wirksam intervenieren zu können. Groß-

britannien beherrschte um die Jahrhundertwende die Ozeane unbeschränkter denn je. Der südafrikanische Krieg kostete Geld und Menschen, aber er schwächte die britische Flotte nicht. Die britischen Geschwader wurden vom Beginne des Burenkrieges an derart über die Ozeane verteilt, daß sie die Truppentransporte laufend deckten, während an strategisch wichtigen Punkten der Meeresstraßen besondere Geschwader stationiert waren, die ebenso wie in der Heimat für alle „Eventualitäten" bereitstanden. Tatsächlich brauchte England keine Eventualitäten zu fürchten. Der umfassende Aufmarsch seiner seebeherrschenden Flotte war teils ein Akt allgemeiner Vorsicht, teils eine marinepolitische Demonstration der europäischen Welt gegenüber, wie sie imponierender und anschaulicher schwerlich hätte sein können.

Die Politik der deutschen Regierung, so notwendig und so selbstverständlich sie uns heute erscheint, war außerordentlich, man möchte sagen, beispiellos unpopulär in Deutschland. Die Leidenschaft der Stimmung griff beinahe auf alle Kreise über, die nationale Presse war voll von abfälligster, entrüstetster Kritik der Politik der deutschen Regierung; Versammlungen, Demonstrationen aller Art flossen über von Erbitterung gegen Großbritannien, von Begeisterung für das tapfere Burenvolk, von hartem Tadel der Stellungnahme der deutschen Regierung. Auch im Deutschen Reichstage kam diese Stellungnahme verschiedentlich mit großer Schärfe zum Ausdrucke, und man ging im besonderen auch auf das Krügertelegramm von 1896 ein. Die Antwort, welche Fürst Bülow in bezug auf jene Depesche und die Politik gab, welche zu ihrer Absendung führte, ist charakteristisch für die von ihm vertretene Politik. Der Kanzler sagte:

„Ich denke gar nicht daran, dieses Telegramm zu verleugnen, durch welches Seine Majestät der Kaiser seinem richtigen Empfinden für das Völkerrecht korrekten Ausdruck gegeben hat. Aber ebensowenig haben wir beabsichtigt, durch jenes Telegramm unsere Politik für immer, in omnes casus et eventus in saecula saeculorum, festzulegen, und das konnten wir um so weniger, als sich die Verhältnisse seitdem geändert haben. Ich begehe keine diplomatische Indiskretion, wenn ich sage, daß dieses Telegramm jedenfalls das Verdienst gehabt hat, durch die Aufnahme, die es fand, nicht in Deutschland, sondern außerhalb Deutschlands, die Situation für uns insofern aufzuklären, als diese Aufnahme keinen Zweifel darüber ließ, daß wir im Falle eines Konfliktes mit England auf unsere eigenen Kräfte, allein auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden. Daraus muß eine gewissenhafte Regierung ihre Schlüsse ziehen, und daraus haben wir unsere Schlüsse gezogen ... Transvaal und die südafrikanischen Republiken können nicht zum Angelpunkte unserer ganzen Politik werden.

Das Hemd liegt mir näher als der Rock und jedenfalls liegt es mir näher, der ich deutscher Minister des Äußern bin und nicht Minister in oder für Prätoria."

Der Kanzler erklärte des weiteren, daß er auf die öffentliche Meinung unter den obwaltenden Verhältnissen keine Rücksicht nehmen könne noch dürfe. Diese Rede wurde im Dezember 1900, also reichlich ein Jahr nach dem Beginn des Burenkrieges, gehalten. In einem früheren Kapitel ist erzählt worden, wie bereits angesichts der englischen Erregung über die Krügerdepesche der französische Botschafter in London der britischen Regierung zum Ausdruck gebracht hatte: für Frankreich gäbe es im Falle eines englisch-deutschen Krieges nur einen einzigen Feind. Vermutlich meinte Bülow diese Tatsache, als er von den Anzeichen sprach, daß Deutschland in einem solchen Kriege auf eigene Kräfte ausschließlich angewiesen sein würde. Dabei wäre Frankreich, als die einzige kontinentale Flottenmacht von Bedeutung, auch der einzige wirksame Bundesgenosse für das Deutsche Reich gewesen. Rußland würde zwar in Ostasien, in Mittelasien und vielleicht auch in Persien die Verlegenheit eines in einen europäischen Krieg verwickelten Großbritanniens nachdrücklich für seinen Vorteil benutzt haben, aber Deutschland hätte davon schwerlich irgendeinen Vorteil oder auch nur eine Erleichterung gehabt. Ganz abgesehen von der Qualität der Schiffe und Besatzungen, lag der beste Teil der russischen Schlachtflotte nicht in den europäischen, sondern in den ostasiatischen Gewässern versammelt. Österreich konnte für das Deutsche Reich ebensowenig wie Italien als Bundesgenosse in einem Kriege mit England in Betracht kommen. Die Dreibundverträge bezogen sich nur auf strikte Verteidigung, außerdem überhaupt nicht auf Großbritannien, die Machtverhältnisse zur See der beiden Staaten schlossen auch jede Neigung zu einer Beteiligung vollkommen aus. Ebensowenig dachten die Vereinigten Staaten von Nordamerika an eine offen englandfeindliche Stellungnahme. Sie glaubten mit Recht praktischer zu handeln als sie in aller Freundlichkeit die englischen Verlegenheiten benutzten, um den bis dahin geltenden Panamakanalvertrag (Clayton-Bulwer-Vertrag) in ihrem Sinne durch den Hay-Pauncefote-Vertrag ändern zu lassen, auch in der Alaskafrage die britische Nachgiebigkeit zu erreichen. Nach der Stimmung in den Vereinigten Staaten wäre man einem Kriege mit Deutschland erheblich geneigter gewesen als einer Intervention im Burenkriege, Arm in Arm mit dem Deutschen Reiche.

Die Kriegsflotte des Deutschen Reiches stand zu Anfang des Burenkrieges annähernd auf derselben Stufe wie im Augenblicke der Krügerdepesche. Ihre Vernichtung hätte Großbritannien geringe Mühe und kein Risiko verursacht. Die deutsche Handelsflotte, die überseeischen

Handelsbeziehungen des Deutschen Reiches und der deutsche Kolonialbesitz wären in britischer Hand gewesen. Alles in allem hatte der deutsche Kanzler recht: die Burenrepubliken durften nicht den Angelpunkt der Politik des Deutschen Reiches bilden.

Als viele Jahre später, 1908, die Haltung des Deutsches Reiches, insbesondere des Deutschen Kaisers während des Burenkrieges, infolge der bekannten Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" zur Erörterung gelangten, erklärte der ehemalige Burengeneral Ben Viljoen, er sei bei einer Beratung zugegen gewesen, wo der Präsident Krüger erklärt habe, er besitze die Versicherung Kaiser Wilhelms, daß Deutschland Großbritannien nicht erlauben werde, sich der Burenrepubliken zu bemächtigen. Sollten die Buren unglücklich fechten, so würden Deutschland, Frankreich und Rußland intervenieren. — Es ist so gut, wie unmöglich, daß der Deutsche Kaiser bzw. die deutsche Reichsregierung derartige Versicherungen abgegeben haben könnten, denn diese hätten einmal im Gegensatze zu allen Erfahrungen gestanden, die man gelegentlich des Krügertelegramms gemacht hatte, und in ebenso scharfem Gegensatze zu dem Kurse, welchen die Politik des Deutschen Reiches seitdem konsequent befolgt hatte. Daß eine rein diplomatische Unterstützung den Buren versprochen worden sei, ist nicht unmöglich, unverständlich jedoch, wenn Präsident Krüger auf eine solche Hilfe irgendwelche Hoffnungen gesetzt hätte. Präsident Krüger kannte die britische Politik gut genug, zu wissen, daß eine sogenannte diplomatische Intervention ohne Einfluß bleiben würde. Ein Vermittlungsvorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Mr. MacKinley, wurde am 13. März 1900 von Lord Salisbury dahin beantwortet, daß Großbritannien nicht die Absicht habe, die Vermittlung einer fremden Macht in Südafrika anzunehmen. Um die gleiche Zeit wurde die deutsche Antwort in Prätoria bekanntgemacht, welche auf die Bitte der südafrikanischen Republiken um Vermittlung zur Herstellung des Friedens eingelaufen war: Die deutsche Regierung sei zu freundschaftlicher Vermittlung bereit, sobald beide Gegner eine solche wünschten. Ob auf englischer Seite dieser Wunsch vorhanden sei, müßten die Burenrepubliken durch Nachfrage feststellen, entweder direkt in London oder durch die guten Dienste einer Regierung, die keine eigenen wichtigen Interessen in Südafrika wahrzunehmen habe. Letztere Voraussetzung träfe nicht für Deutschland zu, und jeder derartige Schritt würde „daher den Verdacht erwecken, daß wir andere als humanitäre Zwecke verfolgen, und das dadurch vermehrte Mißtrauen würde der Sache des Friedens nicht dienlich sein".

Nach Lage der Dinge war dieser Standpunkt richtig, zumal in Anbetracht der Gewißheit, daß England sich durch Vermittlungsvorschläge

nicht beeinflussen lassen würde. Auch der Hinweis auf die deutschen Interessen in Südafrika war durch die Sachlage und durch die Richtung der deutschen Politik jener Jahre begründet: man wollte, wo es das eigene Interesse nicht dringend forderte, nicht in politisch unnötige Mißstimmung mit England geraten. Ein deutscher Vermittlungsversuch wäre eine an sich zwecklose Demonstration gewesen und hätte nach anderen Seiten geschadet.

In Frankreich sagte Delcassé auf eine Anfrage, was die Regierung wegen der Bitte um Intervention der südafrikanischen Republiken zu tun gedenke: nach der entschiedenen Stellungnahme der britischen Regierung, daß sie der Unabhängigkeit der beiden Republiken nicht zustimmen könne, sei eine Einmischung der Mächte unmöglich geworden, denn die Republiken hätten um eine Vermittlung bzw. Intervention eben auf Grund der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit gebeten. „Nach so vielen schweren Erfahrungen und so tief greifenden Verschiebungen im Gleichgewichte der Mächte kann Frankreich nicht zulassen, daß seine Pflichten gegen die Welt — die es niemals versäumen wird — Frankreich der Pflichten vergessen lassen, die es gegen sich selbst hat. Es hat nichts verloren von der edlen Begeisterung, die von ihm so oft gezeigt wurde, aber ein sicherer Instinkt sagt ihm, daß es sich dieser Begeisterung nicht mehr unbedacht hingeben darf."

Später ist bekannt geworden, daß von russischer Seite eine europäische Intervention beim Deutsche Reiche und Frankreich angeregt worden ist, eine Intervention nicht nur diplomatischer Natur, sondern mit allen Konsequenzen der Machtmittel. Schon Anfang des Jahres 1900 nahm Rußland eine Probemobilmachung an der afghanischen Grenze vor, lediglich auf das Gerücht hin, daß der Emir gestorben und Gärung unter den Hindustämmen herrsche. Ein Petersburger Blatt schrieb: Es handle sich zwar um keine Drohung gegen England, man habe nur feststellen wollen, wie schnell eine Kolonne vom Kaukasus nach den afghanischen Grenzen gelangen könne. Immerhin könne England daraus die Lehre ziehen, daß seine unbestrittene Seeherrschaft ihm Rußland gegenüber nichts nütze. Es sei deshalb auch wohl zu erwarten, daß bei zukünftigen englisch-russischen Verhandlungen Großbritannien sich gefügiger zeigen werde als vorher. —

Rußland konnte durch einen Krieg der drei Festlandmächte mit England im wesentlichen nur gewinnen und setzte selbst wenig aufs Spiel. Der russische Vorschlag war also begreiflich genug. Soviel bekannt geworden ist, beantwortete der deutsche Reichskanzler, Fürst Bülow, ihn lediglich mit dem Fühler: die Bedingung einer gemeinsamen derartigen Intervention wäre selbstverständlich gegenseitige Anerkennung ihrer Ge-

biete und Grenzen der drei Mächte untereinander. Darauf hätte der russische Geschäftsträger erklärt: keine französische Regierung, die damit den Frankfurter Frieden anerkenne, würde sich auch nur einen Tag lang am Ruder halten können. Damit war dann der Plan einer europäischen Intervention in der Versenkung verschwunden, selbstverständlich möchte man sagen. Es ist freilich nicht anzunehmen, daß, selbst wenn Frankreich eine derartige Anerkennung des Besitzstandes gegeben hätte, Deutschland sich mit den beiden anderen Mächten auf einen Krieg gegen England eingelassen haben würde. Dazu lagen auch dann die Verhältnisse zu ungünstig, es war nichts dabei zu gewinnen, aber viel zu verlieren. Überdies konnte jede folgende französische Regierung die Anerkennungserklärung des europäischen Besitzstandes widerrufen. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß Bülow die Frage nur stellte, um die beiden anderen Mächte festzunageln, weil er ihre Absicht, Deutschland vorzuschicken und den weiteren Gang der Ereignisse auf Kosten des Deutschen Reiches, so oder so, auszunutzen, bloßlegen wollte.

In England fuhr man in auffälliger Weise fort, freundliche Gesinnung gegen Deutschland zu betonen. Anfang November erklärte Lord Salisbury gelegentlich des Samoavertrages: die Inseln seien nicht um ihrer selbst willen so wichtig, sondern weil sie „Streitgegenstand waren zwischen uns und einer Nation, deren Wohlwollen wir hochschätzen". Die Lage zeige, daß die Beziehungen Englands zu Deutschland „im gegenwärtigen Zeitpunkte so sind, wie wir es nur wünschen können". Am 30. November 1899 hielt Chamberlain in Leicester seine berühmte Rede über die Notwendigkeit eines germanisch-angelsächsischen Dreibundes: jeder weitblickende englische Staatsmann müsse wünschen, daß man nicht dauernd vom Kontinent isoliert bleibe, „und ich denke, daß in dem Augenblicke, wo dieses Bestreben Gestalt annahm, es als offenbar erscheinen muß, daß die natürlichste Allianz diejenige zwischen uns und dem großen Deutschen Reiche ist. Wir hatten unsere Meinungsverschiedenheiten, unsere Zwistigkeiten und Streitpunkte mit Deutschland." Das seien aber alles geringfügige Dinge gewesen, während in den Hauptpunkten die deutschen und die englischen Bestrebungen nicht miteinander kollidierten, sondern die gleichen seien. Dazu kämen die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese drei Mächte zusammen würden eine neue Triple-Allianz innerhalb der germanischen Rassen bilden. Es brauche keine geschriebene Allianz zu sein, ja, ein Einverständnis sei vielleicht sogar besser als eine Allianz. —

Diese und manche andere Äußerungen erregten naturgemäß ein außerordentliches Aufsehen, fanden aber in der deutschen Öffentlichkeit eine kühle, meist völlig ablehnende Aufnahme. Man warf der britischen

Regierung, in erster Linie Chamberlain, Heuchelei vor. Dieser Vorwurf traf offenbar nicht den Kern der Sache. Es lag Chamberlain tatsächlich sehr viel daran, mit Deutschland in ein enges Einverständnis zu gelangen, möglicherweise schwebte ihm eine sogenannte Entente Cordiale vor, wie sie später zwischen Großbritannien und Frankreich zustande gekommen ist. Dieser Wunsch Englands begründete sich in der wachsenden Besorgnis, ja Furcht, gegenüber dem russischen Vordringen und den russischen Plänen im fernen Osten. Wegen des südafrikanischen Krieges aber und der damit zusammenhängenden Verhältnisse bedurfte Großbritannien deutscher Unterstützung nicht. Chamberlains Werbung wurde in England getadelt, hauptsächlich, nachdem man die kühle Aufnahme seiner Vorschläge in Deutschland hatte feststellen müssen. Es ist nachher verschiedentlich auf deutscher, französischer und englischer Seite behauptet worden, daß vor seiner Rede Chamberlain mit dem Fürsten Bülow unverbindliche Verhandlungen über die Frage einer deutsch-englischen Allianze oder Entente gepflogen habe. Einige behaupten, die Anregung sei von Chamberlain ausgegangen, die anderen, Bülow habe damit begonnen. Da keines dieser Gerüchte Anspruch auf Tatsächlichkeit besitzt, kann man sie nicht zur Unterlage machen. Nach Lage der Sache aber, besonders auch nach Lage der späteren Entwicklung, ist nicht anzunehmen, daß die Anregung von deutscher Seite ausgegangen sei. Ebensowenig wie nach dem Krügertelegramm hatten die Leiter der deutschen Politik jetzt den Wunsch, das mühsam erreichte bessere Einvernehmen mit Rußland für eine Vereinigung mit Großbritannien aufzugeben, deren Früchte ihnen zum mindesten sehr zweifelhaft erschienen. Chamberlain seinerseits hatte, wie wir wissen, schon früher in ganz ähnlichen Reden auf ein enges deutsch-britisches Zusammengehen angespielt, und zwar in einer Zeit, wo noch viel weniger an eine Initiative von deutscher Seite zu denken war.

Eine Antwort auf die Chamberlainsche Rede in Leicester hat Fürst Bülow in seiner Reichstagsrede vom 19. Januar 1900 gegeben. Jedenfalls scheint es, als ob der folgende Passus als Antwort gemeint gewesen sei:

„Gerade weil wir aufrichtig bestrebt sind, gute und freundliche Beziehungen zwischen England und Deutschland aufrechtzuerhalten, so wünschen wir, daß nicht Vorkommnisse eintreten, welche in hohem Maße geeignet sind, die Aufrechterhaltung solcher Beziehungen zu erschweren, die nur möglich ist auf der Basis voller Parität und gegenseitiger Rücksichtnahme."

Das Bündnisangebot Chamberlains war neben allem anderen zu einem ungünstigen Zeitpunkte gemacht worden. Es fiel in die Zeit der höchsten

antienglischen Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland und in die Periode der englischen Niederlagen in Südafrika. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung — und wohl nicht allein in Deutschland — hoffte nicht nur, sondern glaubte, daß die Buren sich ihre Freiheit doch noch bewahren und ihre Unabhängigkeit erkämpfen würden. Die englischen Freundschafts- und Bündnisangebote bezog man auf die englische Niedergeschlagenheit und nahm sie als ein Hilfesuchen, während sie sich in der Tat ja gar nicht auf die südafrikanischen Dinge bezogen. Nun, so hieß es aber im Deutschen Reiche, kommt das stolze Großbritannien und will deutsche Hilfe und deutsche Unterstützung, wo es in Südafrika nicht weiter kann. Deshalb, so schloß man weiter, sei gerade der Augenblick gekommen, wo die deutsche Politik die jedenfalls noch kommenden Gelegenheiten gegen England ausnützen müsse.

Vier Wochen nach Chamberlains Rede traten aber Ereignisse ein, welche die deutsche Stimmung in noch viel höherem Grade gegen Großbritannien erhitzten. Das war die Beschlagnahme des deutschen Reichspostdampfers „Bundesrat" am 28. Dezember, des Reichspostdampfers „General" am 4. Januar, des Dampfers „Herzog" und des Segelschiffes „Marie"am 7. Januar.

Der Reichspostdampfer „Bundesrat" wurde in der Delagoabai, also in einem neutralen Territorialgewässer, von dem britischen Kreuzer „Magicienne" angehalten wegen Verdachtes, Konterbande zu führen, und nach dem britischen Hafen Durban geschleppt, um dort auf die Beschaffenheit seiner Ladung untersucht zu werden. Über diese Beschlagnahme war die Erregung in Deutschland besonders groß, weil es sich um einen Reichspostdampfer handelte und um bloßen — nicht begründeten — Verdacht der Konterbande. Die rasche Folge der drei anderen Beschlagnahmen rief eine maßlose Erbitterung hervor, zumal sich bald erwies, daß bei jedem Schiffe der Verdacht unbegründet war. Sie wurden sämtlich freigegeben, der „General" nach acht Tagen, „Herzog" nach vier Tagen, „Bundesrat" jedoch erst nach 21 Tagen und die „Marie" nach fünfzehn Tagen. Das Anhalten, Aufbringen und Durchsuchen der vier Schiffe war also tatsächlich unberechtigt gewesen. Die deutsche Regierung erhob sofort Vorstellungen in London mit dem Verlangen unverzüglicher Freigabe der Schiffe. Die englische Admiralität wies am 1. Januar die diesbezüglichen britischen Befehlshaber an, daß weder der „Herzog" noch ein anderer deutscher Postdampfer auf bloßen Verdacht hin angehalten werden solle, solange nicht klar sei, daß der Postdampfer „Bundesrat" Konterbande führe. Dieser sei so schnell wie möglich auf Konterbande zu durchsuchen. Diese Untersuchung dauerte längere Zeit, und die Erregung der deutschen Bevölkerung steigerte sich von Tag

zu Tag. Der deutsche Botschafter in London, Fürst Hatzfeldt, verlangte am 4. Januar sofortige Freilassung des „Bundesrat" unter Vorbehalt weiterer Entscheidungen. Am 5. Januar, nach der Beschlagnahme des „General", wurde der Botschafter in sehr scharfer Form vorstellig. Die deutsche Note enthielt u. a. den folgenden Satz: „Ich bin ferner angewiesen, Eure Exzellenz zu ersuchen, daß den Kommandeuren britischer Schiffe in afrikanischen Gewässern ausdrückliche Weisungen zu dem Ende gesandt werden, das internationale Recht zu achten und dem Handel zwischen Neutralen keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen." Die „Kölnische Zeitung" veröffentlichte anderthalb Wochen später einen inspirierten, überaus scharfen Artikel, in dem von England verlangt wurde, „der bis jetzt beliebten Verschleppung ein Ende zu machen . . ., daß aufs schleunigste das bedauerliche Vorgehen der englischen Kapitäne wieder gut gemacht wird, und daß Sicherheiten gegen die Wiederholung solcher aufreizenden Beschlagnahmen deutscher Postschiffe geboten werden. Legt die englische Regierung Gewicht darauf, die bisherigen Beziehungen zu Deutschland nicht vollends zu untergraben, so wird sie gut tun, der deutschen Volksstimmung eine größere Beachtung zu schenken, als sie dieses bisher für gut befunden hat."

Lord Salisbury drückte in einer Note vom 17. Januar sein Erstaunen über die schroffe Sprache der deutschen Noten und darüber aus, daß diese dem britischen Schiffskommandanten Mißachtung des internationalen Rechtes unterstellten. Die Note hob weiter einige angebliche Verdachtsgründe hervor und die Schwierigkeiten der Durchsuchung der Ladung des Schiffes. Überdies müßten die Berichte der Kommandanten abgewartet werden usw.

Es ist ohne besonderes Interesse, auf die Einzelheiten dieser Fälle einzugehen, nur bemerkenswert, daß, wie aus den obigen Proben ersichtlich ist, die Sprache der deutschen Regierung eine außerordentlich scharfe war, wohl zu einem beträchtlichen Teile infolge der hohen öffentlichen Erregung in Deutschland. Diese war geneigt, eine englische Schikane, zum mindestens eine weitgehende Mißachtung und Geringschätzung der deutschen Rechte in der Beschlagnahme der Schiffe zu erblicken. Um eine Schikane hat es sich aber zweifellos nicht gehandelt und um eine Mißachtung der Rechte auch nicht, sondern im wesentlichen um den Übereifer der maritimen Befehlshaber, die durch unwahre Denunziationen veranlaßt worden waren, Verdachtsgründe gegen die deutschen Schiffe anzunehmen. Ein Seekriegsrecht gab es im Jahre 1900 ebensowenig wie heute. Der britische Verstoß konnte ausgesprochener- und anerkanntermaßen nur darin liegen, daß auf bloße Verdachtsgründe hin ein Reichspostdampfer angehalten und durchsucht wurde. Wie der deutsche Reichs-

kanzler damals auf eine Interpellation erklärte, war ein Recht zur See nicht vorhanden, oder, wie er sich ausdrückte, sehr flüssig und sehr dehnbar. Auf dem Gebiete des Seerechtes sei der Machtstandpunkt immer noch vor dem Rechtsstandpunkte gültig.

Die britische Regierung erkannte auf die deutschen Forderungen hin ihre Schadensersatzpflicht an, erließ Instruktionen, daß Anhalten und Durchsuchen von Schiffen nur in der Nähe des Kriegsschauplatzes stattfinden dürfte, daß deutsche Postdampfer nicht auf bloßen Verdacht hin anzuhalten seien. Schließlich gab die britische Regierung ihrem Bedauern über den Vorfall Ausdruck. An die Erörterungen dieser Beschlagnahmen und ihrer Erledigung schloß der deutsche Kanzler seine schon erwähnte indirekte Antwort auf die Bündnisrede Chamberlains: daß die Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen mit England nur auf der Basis voller Parität und gegenseitiger Rücksichtnahme möglich sei.

Die Dampferbeschlagnahmen und ihre langsame Erledigung paßten also wie die Faust aufs Auge zu den britischen Freundschafts- und Bündniswünschen, die schon deshalb echt waren, weil sie tatsächlichen politischen Besorgnissen und Bedürfnissen entsprachen. Rein politisch betrachtet bedeutete das englische Verhalten gegenüber den deutschen Schiffen eine große Ungeschicklichkeit und ist später in England selbst auch, abgesehen von berufsmäßigen Deutschfeinden, stets so bezeichnet worden. Der diplomatische Erfolg war ebenso wie der tatsächliche ungeteilt auf der deutschen Seite.

Der Schritt zur deutschen Hochseeflotte.

Im Spätherbste des Jahres 1899 wurde im Deutschen Reichsanzeiger auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Weltereignissen durch eine verstärkte Steigerung der deutschen Seemacht Rechnung zu tragen.

Schon Monate vorher liefen Gerüchte um, daß nach dem Urteile der maßgebenden Stellen das Flottengesetz des Jahres 1898 auch nach seiner völligen Durchführung nicht annähernd imstande sein werde, den Bedürfnissen der Wehrkraft des Deutschen Reiches zur See zu genügen. Am 18. Oktober 1899 hielt der Deutsche Kaiser zur Taufe des Schlachtschiffes „Kaiser Karl der Große“ eine Aufsehen erregende Rede, gekennzeichnet durch das später viel zitierte Wort: „Bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte.“ Jene Rede enthielt außerdem Ausführungen, die in einer Betrachtung der neuesten politischen Entwicklung des Deutschen Reiches schon deshalb nicht fehlen dürfen, weil ihnen geschichtliche Bedeutung auch an sich zukommt: die Hamburger Rede des Kaisers vom 18. Oktober 1899 hat nicht nur rein militärisch-maritim,

sondern auch für die auswärtige Politik des Deutschen Reiches eine neue Ära eingeleitet:

„Aber auch hier (Hamburg) weiß man es am höchsten zu schätzen, wie notwendig ein kräftiger Schutz und die unentbehrliche Stärkung unserer Seestreitkräfte für unsere auswärtigen Interessen sind. Doch langsam nur greift das Gefühl hierfür im deutschen Vaterlande Platz, das leider noch zu sehr seine Kräfte in fruchtlosen Parteiungen verzehrt. Mit tiefer Besorgnis habe ich beobachten müssen, wie langsame Fortschritte das Interesse und politische Verständnis für große und weltbewegende Fragen unter den Deutschen gemacht hat. Blicken wir um uns her, wie hat seit einigen Jahren die Welt ihr Antlitz verändert! Alte Weltreiche vergehen und neue sind im Entstehen begriffen. Nationen sind plötzlich im Gesichtskreise der Völker erschienen und treten in ihren Wettbewerb mit ein, von denen kurz zuvor der Laie noch wenig bemerkt hatte. Erzeugnisse, die umwälzend wirken auf dem Gebiete internationaler Beziehungen sowohl wie auf dem Gebiete nationalökonomischen Lebens der Völker, und die in alten Zeiten Jahrhunderte zum Reifen brauchten, vollziehen sich in wenigen Monden. Dadurch sind die Aufgaben für unser deutsches Reich und Volk in mächtigem Umfange gewachsen und erheischen für mich und meine Regierung ungewöhnliche und schwere Anstrengungen, die nur dann von Erfolg gekrönt sein können, wenn einheitlich und fest, den Parteiungen entsagend, die Deutschen hinter uns stehen. Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen. Vor allem muß es ablegen seine Sucht, das Höchste in immer schärfer sich ausprägenden Parteirichtungen zu suchen. Es muß aufhören, die Partei über das Wohl des Ganzen zu stellen. Es muß seine alten Erbfehler eindämmen, alles zum Gegenstande ungezügelter Kritik zu machen, und es muß vor den Grenzen haltmachen, die ihm seine eigensten vitalsten Interessen ziehen. Denn gerade diese alten politischen Sünden rächen sich jetzt schwer an unseren Seeinteressen und unserer Flotte. Wäre ihre Verstärkung mir in den ersten acht Jahren meiner Regierung trotz inständigen Bittens und Warnens nicht beharrlich verweigert worden, wobei sogar Hohn und Spott mir nicht erspart geblieben sind, wie anders würden wir dann unseren blühenden Handel und unsere überseeischen Interessen fördern können. Doch meine Hoffnungen, daß der Deutsche sich ermannen werde, sind noch nicht geschwunden, denn groß und mächtig schlägt die Liebe in ihm zu seinem Vaterlande." — —

Das Flottengesetz von 1898 war der Auftakt gewesen, gleichsam ein Fühler innerpolitischer und technischer Natur. Jetzt kam die Stunde des zweiten, des entscheidenden Schrittes. Sie war günstig gewählt

worden, denn, wie der Kaiser andeutet, hatten gerade die letzten Jahre den Deutschen eine Lektion über den Wert der Seegeltung erteilt, wie sie eindringlicher schwer gedacht werden konnte: im Chinesisch-Japanischen Krieg hatte die zur See starke Partei gesiegt, im Spanisch-Amerikanischen Kriege war der einen Partei gelungen, ein altes morsches Weltreich mühelos in Trümmer zu schlagen, weil diesem die Flotte fehlte. 1898 hatte die kontinentale Großmacht Frankreich trotz ihres Bündnisses mit Rußland sich in der schmählichsten Weise demütigen müssen, weil ihre Flotte nicht auf der Höhe war. In Samoa hatten das Deutsche Reich und der deutsche Kreuzerkommandant eine bedauerliche Rolle spielen müssen, weil es nicht möglich war, eine stärkere Flottenmacht dorthin zu schicken. Die südafrikanischen Interessen des Deutschen Reiches mußten von vornherein preisgegeben werden, weil jede Seegeltung fehlte und jede Möglichkeit, dem ungeheuren englischen Übergewichte ein auch nur nennenswertes Gegegengewicht in die Wagschale legen zu können.

Der Burenkrieg mit der Bitterkeit und Erregung, die er in der deutschen Bevölkerung erzeugte, hat insofern dem Werden der deutschen Flotte die Wege geebnet, wenn er nicht überhaupt die Bahn gebrochen hat. Die öffentliche Meinung in Deutschland jedoch mit ihrer leidenschaftlichen Parteinahme für die Sache der südafrikanischen Republiken konnte sich zunächst nicht in den Gedanken hineinfinden, daß man wirklich zur Tatenlosigkeit verurteilt war. Man glaubte, es müsse sich doch „irgend etwas machen lassen", zum mindesten sei es aber Pflicht des Deutschen Reiches, gewissermaßen den Verkehr mit Großbritannien abzubrechen. Und als der Deutsche Kaiser wenige Wochen nach dem Beginn des Burenkrieges zum Besuche der Königin von England nach London ging, ging eine tiefe und bittere Verstimmung durch den größeren Teil des deutschen Volkes. Es mag dahingestellt bleiben, ob es richtiger gewesen wäre und zwar taktisch im Hinblicke auf die deutsche Volksstimmung, wenn der Deutsche Kaiser jenen Besuch unterlassen hätte. Wir wissen heute noch nicht mit Sicherheit, welchen Zwecken er diente. Fest steht immerhin, daß der Besuch einen auswärtig-politischen Schaden nicht getan hat. Er war vor dem Ausbruche des Burenkrieges angesetzt worden, und ihn wegen des Ausbruches dieses Krieges abzusagen, wäre immerhin eine ausgesprochene Kundgebung gewesen, deren Zweckmäßigkeit bezweifelt werden konnte. Eine recht lange Reihe von Tatsachen während der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. hat ausnahmslos bewiesen, daß er gerade in Dingen der auswärtigen Politik häufig gegen seine Ansicht und Neigung dem Rate des verantwortlichen Leiters Folge geleistet hat. Das dürfte auch hier der Fall gewesen sein, und es ist anzunehmen, daß Fürst Bülow für die Reise des Kaisers war. Die ganze

Amtszeit des Fürsten Bülow zeigt übrigens, daß er sich gerade England gegenüber nicht gescheut hat, das Mißfallen der dortigen öffentlichen Meinung und der leitenden Männer zu erregen, sobald es ihm nützlich erschien. Es ist deshalb ebensowenig möglich, jene vielbesprochene Reise des Kaisers als unrichtig zu tadeln, wie ihre Gründe und Zwecke eingehend zu präzisieren. Allgemein, kann man nur sagen, war es für die Zwecke der deutschen Politik, welche sie, besonders in Ostasien, zu verfolgen gedachte, erwünscht, mit Großbritannien in freundlichen Beziehungen zu bleiben, um so mehr, als Fürst Bülow entschlossen war, die ostasiatische Politik Rußlands teils zu unterstützen, teils nicht zu hindern.

Schließlich mag mit maßgebend gewesen sein, daß die deutsche Reichsregierung es für vorteilhaft hielt, in dem Augenblicke nicht ohne Not das Mißtrauen Großbritanniens zu erregen, wo man daran ging, die Grundlagen für eine große deutsche Seemacht zu fügen, deren Hauptzweck war, der britischen Übergewalt zur See allmählich einen Machtfaktor entgegenzusetzen, den zu beachten und zu achten sie gezwungen wäre. —

In den ersten Tagen des Jahres 1900 wurde die neue Flottenvorlage veröffentlicht. Sie stellte rund eine Verdoppelung des im Gesetze von 1898 geforderten Sollbestandes der Flotte dar. Das Gepräge des neuen Flottenplanes war insofern neu und charakteristisch, als er nunmehr den Schwerpunkt völlig auf die Entwicklung der Hochseeschlachtflotte legte. Die Kategorie des Küstenpanzerschiffes war ausgemerzt und die Bemessung der für das Ausland bestimmten Schiffe sehr bescheiden. Für die heimische Schlachtflotte dagegen verlangte die Vorlage eine Sollstärke von 38 Linienschiffen, vierzehn Panzerkreuzern, eine Anzahl von kleinen Kreuzern wie Torpedofahrzeugen. Der militärische Grundgedanke dieses großen Organisationsplanes war: in den heimischen Gewässern fällt die Entscheidung über alle Streitfragen, welche überhaupt die Tätigkeit der Flotte berühren. Deshalb muß dort der Schwerpunkt ihrer Kraft liegen. Die Begründung, welche der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Admiral von Tirpitz, seiner Vorlage beigab, enthielt u. a. die folgenden Sätze, die im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte weltberühmt geworden sind:

„Um unter den bestehenden Verhältnissen Deutschlands Seehandel und Kolonien zu schützen, gibt es nur ein Mittel: Deutschland muß eine so starke Schlachtflotte besitzen, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wird. Zu diesem Zwecke ist es nicht unbedingt erforderlich, daß die deutsche Schlachtflotte ebenso stark ist wie die der größten Seemacht, denn eine große Seemacht wird im allgemeinen

nicht in der Lage sein, ihre sämtlichen Streitkräfte gegen uns zu konzentrieren. Selbst wenn es ihr aber auch gelingt, uns mit größerer Übermacht entgegenzutreten, würde die Niederkämpfung einer starken deutschen Flotte den Gegner doch so erheblich schwächen, daß dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre."

„Um das gesteckte Ziel: Schutz unseres Seehandels und unserer Kolonien durch Sicherung eines Friedens in Ehren zu erreichen, sind für Deutschland nach Maßgabe der Stärkeverhältnisse der großen Seemächte und unter Berücksichtigung unserer taktischen Formationen zwei Doppelgeschwader vollwertiger Linienschiffe mit dem notwendigen Zubehör an Kreuzern, Torpedobooten usw. erforderlich. Da das Flottengesetz nur zwei Geschwader vorsieht, ist noch der Bau eines dritten und vierten Geschwaders in Aussicht zu nehmen."

Diese Sätze bedeuteten in anderen Worten: Das Deutsche Reich sollte aus dem Zustande der Wehrlosigkeit zur See heraus, über das Zwischenstadium einer kleinen, sogenannten Ausfallsflotte hinweg zu einer Flotte gelangen, die auch der größten Seemacht der Erde gegenüber einen gefährlichen und deshalb ihrem Angriff entrückten Gegner darstellte. Der Schritt erschien so groß, daß eigentlich nirgends in der Welt geglaubt wurde, es werde gelingen, ihn wirklich zu tun.

Die Jahrhundertwende, die Jahre kurz vorher und kurz nachher zeigen allgemein eine sehr aktive Flottenpolitik der Mächte. Begonnen hatte Japan nach dem siegreichen Kriege gegen China, nachdem die Intervention der drei Kontinentalmächte ihm wesentliche Früchte seiner Siege geraubt hatte, und als es sah, daß die russische Politik in Ostasien, unterstützt von Truppen und Panzerschiffen, entschlossen auf den Besitz der Mandschurei, Koreas und Kwantungs lossteuerte. Japan besaß bald nachher die größten und stärksten Schiffe der Welt. Seine Flotte war nicht groß, aber von verhältnismäßig sehr guter Qualität.

In Rußland hatte der Zar 1898 einen neuen Flottenplan befohlen, der auf russischen, deutschen, französischen und amerikanischen Werften zur Durchführung gebracht wurde. Jedes neue russische Kampfschiff trat den Marsch nach dem fernen Osten an, Port Arthur wurde, soweit das überhaupt angesichts der russischen Verhältnisse möglich ist, in größter Eile als Festung und Flottenstützpunkt ausgestattet.

In Frankreich hatte das Prinzip der Linienschiffsflotte als Kern und Hauptsache der Kriegführung zur See die Oberhand über den Gedanken des Kreuzerkrieges gewonnen. Der Marineminister de Lanessan setzte ein Flottenbauprogramm von sechs Linienschiffen, vier Panzerkreuzern und leichten Streitkräften durch. In den damaligen französi-

schen Debatten und gleichzeitig in der Presse wurde zwar überwiegend von England als dem Gegner zur See gesprochen, der für die Zusammensetzung der französischen Wehrkraft maßgebend sein müsse. Es klang aber schon stark die Ansicht durch, daß immer mehr die deutsche Flotte berücksichtigt werden müsse. Man hatte in den letzten beiden Jahren des Jahrhunderts gesehen, daß die Durchführung des deutschen Programmes von 1898 methodisch und pünktlich erfolgte und konnte sich anderseits der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß durch frühere Unterlassungssünden, hauptsächlich durch den fortwährenden Systemwechsel mit jedem neuen Marineminister die französische Flotte sich in starkem Rückgange befand und schon weit gesunken war. Frankreich war mit großer Schnelligkeit zu einem riesigen Kolonialreiche gelangt, und nun erhob sich die Frage immer gebieterischer: wie sollte man diese gewaltigen Kolonialgebiete mit ihren Küsten verteidigen? Ohne entsprechende Schiffsmengen würden auch die kolonialen Stützpunkte nichts wert sein, sondern, wie de Lanessan sagte: Pferdeställen ohne Pferde gleichen. Dieser Vergrößerung der Aufgaben der französischen Flotte standen gegenüber ihr Rückgang, die wachsende deutsche Rivalität zur See und die erdrückende englische Übermacht. In diese hatte man sich freilich de facto vom Tage von Faschoda an endgültig gefügt. Daran änderten erregte Pressekampagnen und gelegentliche Parlamentsreden nichts mehr, man gewöhnte sich auch schon bald an den Gedanken, die britische Flotte als automatisch wirkenden Schutz gegen die deutsche anzusehen.

Die Vereinigten Staaten hatten nach dem siegreichen Kriege mit Spanien erkannt, daß ihre Siege nicht der absoluten Stärke ihrer Flotte, sondern nur der völligen Minderwertigkeit und Unbereitschaft des spanischen Gegners zu verdanken gewesen waren. Sie erkannten außerdem, daß ihre transozeanische Eroberungspolitik auch, um nur das Errungene festzuhalten, dringend großer Machtmittel zur See bedürfe. Wie kurz nach der Jahrhundertwende die Mehrheit der Amerikaner über diese Frage dachte, zeigt eine der ersten Botschaften des neugewählten Präsidenten Roosevelt an den Kongreß:

„Das Werk des Ausbaues unserer Flotte muß ständig fortgesetzt werden. Kein Punkt unserer auswärtigen oder inneren Politik ist wichtiger als dieser zur Wahrung der Ehre, des materiellen Wohles und vor allem des Friedens unseres Volkes in Zukunft. Ob wir es wünschen oder nicht, wir müssen fürderhin uns darüber klar werden, daß wir nicht minder internationale Pflichten wie internationale Rechte haben. Selbst wenn wir unsere Flagge in den Philippinen und in Portorico niederholen, bedürfen wir einer tüchtigen Kriegsflotte von angemessener Größe,

oder wir müssen jetzt und für alle Zeit uns des Bewußtseins begeben, daß unsere Nation zu den seefahrenden Völkern rechnet. Falls unser Handel nicht stets unter fremder Flagge fahren soll, müssen wir Mittel haben, um ihn zu schützen. Weit entfernt davon, eine Herausforderung zum Kriege zu sein, bedeutet eine starke gut geschulte Flotte die beste Garantie gegen den Krieg, die billigste und wirkungsvolle Sicherung des Friedens. Die Kosten des Baues und der Indiensthaltung einer solchen Flotte stellen die billigste Prämie einer Friedensversicherung dar, welche unser Volk überhaupt zahlen kann."

Da die Kostenfrage keine Rolle spielte, so ging man mit Energie daran, sofort eine starke Panzerflotte zu schaffen, und die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts im besonderen brachten wahre Riesenbauprogramme.

Die Frage liegt nahe, welche Ursachen für dieses auffallende Zugleich in den Seerüstungen der Mächte maßgebend waren. — In Deutschland hatte der Kaiser seit seiner Thronbesteigung versucht, eine tätige und zielbewußte Flottenbautätigkeit in Fluß zu bringen. Es gelang erst mit dem Jahre 1898, nachdem mit dem Staatssekretär Admiral Tirpitz endlich der rechte Mann gefunden worden war. In Frankreich hatte man ebenfalls schon Jahre vorher über den Niedergang der Flotte geklagt, und die beiden „Schulen" hatten sich bitter bekämpft, in welcher Weise dem Übel abzuhelfen sei. Faschoda und die beiden Seekriege hatten den entscheidenden Anstoß zur positiven Tat gegeben. Rußland verfolgte schon seit über einem halben Jahrzehnte seine ostasiatische Politik, die es ohne starke Flotte durchführen zu können nicht glaubte. Die Gründe und Verhältnisse im Deutschen Reiche haben wir erörtert. Die Vereinigten Staaten zogen die praktische Konsequenz aus ihrem Kriege, aus ihren Errungenschaften und den neuen imperialistischen Zielen. Japan bereitete sich zielbewußt auf einen Zukunftskampf vor, den die japanischen Staatsmänner klarer voraussahen als die aller anderen Mächte, weil sie willens waren, ihn im richtigen Augenblicke zu führen.

Es handelte sich also auch jetzt, wenn man ganz unparteiisch auf jene Periode zurückblickt, keineswegs um ein „Wettbauen", wie oft in Deutschland behauptet wurde, nicht um ein gegenseitiges Sichüberbieten, sondern darum, daß jede der Mächte ihre eigenen Aufgaben zur See und Übersee dringend und drängend vor Augen sah und diesen Rechnung zu tragen entschlossen war. Daß aber diese Bedürfnisse alle im selben Jahrzehnte akut wurden, begründete sich einfach in der Tatsache, die das Wort des Deutschen Kaisers vom „Zeitalter des Verkehrs" treffend bezeichnete. In dieser Tatsache lagen die Begriffe und Notwendigkeiten der Weltwirtschaft und damit der Weltpolitik einschließlich Kolonialpolitik,

und in weiterer Folge der sich steigend vermehrenden internationalen Reibungsflächen enthalten. Das gilt für jede einzelne der angeführten flottenbauenden Mächte, auch für Rußland: Hätte Rußland nicht den Bau seiner großen sibirischen Verkehrsader mit der südlichen Abzweigung nach Kwantung unternehmen können, so würde es seine Flotte in solcher Stärke im fernen Osten nicht gebraucht haben. Die Flotte war für Rußland ein sekundäres Mittel seiner Weltwirtschaft und Weltpolitik, weil ihm als primäres die Landverbindung zur Verfügung stand. Da es aber galt, die ostasiatische Stellung den anderen Seemächten, zumal Japan gegenüber zu erobern und zu befestigen, so war eine starke Flotte gleichwohl unerläßlich. Den umgekehrten Weg mußte Japan, die Insel, gehen, um durch die Seeverbindung als primäres Moment auf das Festland zu gelangen und sich dort auszubreiten.

Die Auffassung war und ist weit verbreitet, daß Großbritannien durch jene Jahre der Flottenprogramme und beginnenden Flottenrüstungen in Erregung und Unruhe versetzt worden sei, daß im besonderen der englisch-deutsche Gegensatz und das tiefgehende Mißtrauen auf englischer Seite hauptsächlich durch die deutschen Flottenprogramme von 1898 und 1900 verursacht worden sei. Diese Annahme wird durch keinerlei Tatsachen gestützt.

Im Unterhause äußerte sich der Erste Lord der Admiralität, Mr. Goschen, ausführlich über das deutsche und das französische Flottenprogramm und sagte: man dürfe sich über die großen Flottenprogramme dieser beiden Mächte nicht aufregen, noch beunruhigen. Die Programme seien ja zwar sehr groß, aber sie verteilten sich bei den Franzosen über sechs, bei den Deutschen sogar über sechzehn Jahre und machten daher einen größeren Eindruck, als der militärischen Wirklichkeit entsprechen werde. Natürlich müsse Großbritannien mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge verfolgen und nicht nur in Europa, sondern auch die Fortschritte der Marine der Vereinigten Staaten und der Japans, jedoch wäre es für Großbritannien zweckmäßiger, seine Bauprogramme von Jahr zu Jahr festzusetzen, anstatt für längere Zeit. Auch im folgenden Jahre noch drehten sich gewisse maritime Sorgen in Großbritannien nur um die Frage, ob die britische Flotte einem Zusammenwirken der russischen und der französischen im Kriege gewachsen sein werde, da ein solcher Krieg weites örtliches Auseinanderziehen der britischen Geschwader notwendig machen würde.

Sorge oder Feindseligkeiten hinsichtlich der deutschen Flottenpläne waren also nicht vorhanden. Man dachte, daß es ungleich leichter sei, ein gewaltiges Flottenprogramm aufzustellen und selbst es zur Bewilligung zu bringen, als es entsprechend im selben Umfange und im pro-

grammäßigen Zeitraume zur Durchführung zu bringen. Die öffentliche Meinung beider Länder freilich bediente sich der deutschen Flottenpläne auf das weitgehendste, um einen Kampf der Worte und der Stimmungen in Versammlungen und Zeitungen durchzufechten. In der deutschen Bevölkerung war jahrelanger, mit Bitterkeit gemischter Grimm gegen England aufgehäuft und durch den Burenkrieg zur Explosion und zu höchster Steigerung gebracht worden. Das Gefühl der Ohnmacht zur See England gegenüber hatte diese Gefühle noch verschärft. Nun kamen die Flottengesetze, und mit der Zukunftswaffe einer starken deutschen Flotte, die jetzt erst eben mit Mühe auf das Papier gebracht worden war, drohte man England und schmiedete weitfliegende Zukunftspläne. In Deutschland und ebenso in Großbritannien ist oft über diese öffentlichen Erörterungen geklagt worden, und noch heute sagt man, nicht zum wenigsten sie hätten die deutsch-englischen Beziehungen so sehr verschlechtert. Einer näheren Prüfung können diese Behauptungen schwerlich stichhalten, denn, wie gesagt, spielte für alle ernsteren Engländer, zumal die englischen Staatsmänner, der Gedanke an eine deutsche Flotte noch keine Rolle. Vielmehr trachtete man nach wie vor, in ein freundliches und möglichst enges Verhältnis mit dem Deutschen Reiche zu gelangen.

Was aber den „Lärm" anlangt, der von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an in Deutschland um die Flotte und was mit ihr zusammenhing, gemacht wurde, so war dieser ein notwendiges Übel. Wenn man die Flotte wollte, so mußte Aufklärung erfolgen und Agitation dafür gemacht werden, und unter Ausschluß der Öffentlichkeit läßt sich bekanntlich gerade dieses Geschäft nicht betreiben, weil die Öffentlichkeit seine Grundlage und sein Lebenselement ist. Daß Übertreibungen, törichte Phantasien, vor allem zeitliches Vorgreifen in dieser Flottenagitation vorkamen, ist selbstverständlich genug, und ebenso, daß deren Wirkung eine schädliche Seite haben mußte. Dieses Übel war aber nicht nur notwendig, sondern es war auch das unvergleichlich viel kleinere Übel. Wie der alte Fürst Hohenlohe im Reichstage sagte: „Es handelt sich da nicht allein um den Schutz einzelner Schiffe oder um den Nachdruck, mit dem Forderungen in fremden Ländern zu unterstützen sind, sondern es handelt sich darum, unsere Existenz als handeltreibende Weltmacht zu sichern. Das Deutsche Reich darf nicht abhängig sein von dem guten Willen anderer mächtigerer Nationen; es muß auf eigenen Füßen stehen und auf Achtung zählen können."

Die Wendung „abhängig sein von dem guten Willen anderer mächtigerer Nationen" bezog sich offenbar auf das Verhältnis zu England. Und

dieselbe Beziehung lag vor, als der Staatssekretär Graf Bülow sagte: es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß man versuchen könnte, uns Beleidigungen zuzufügen, die das deutsche Volk nicht akzeptieren könne. — Auch das konnte sich nach Lage der Dinge auf keine andere Macht, sondern nur auf Großbritannien beziehen.

Beides war richtig, beides brachte zwei Kernpunkte der deutschen Flottennotwendigkeit zum Ausdruck. Diese Gesichtspunkte waren damals auch, jedenfalls in ihrer oberflächlicheren Bedeutung, zum Gemeingute der öffentlichen Meinung in Deutschland geworden. Was aber für die Handhabung der auswärtigen Politik die Durchführung des Entschlusses bedeuten würde, einen ganz neuen, sehr starken maritimen Machtfaktor zwischen die anderen Mächte zu stellen, darüber waren sich wohl nur wenige Menschen in Deutschland klar. Die anderen europäischen Mächte hatten stets Flotten gehabt, bald stark, bald minder stark, aber immer beachtenswert. Eine nennenswerte deutsche Flotte war nicht vorhanden gewesen, mit einem maritimen Machtfaktor in der Nordsee und Ostsee hatte keine Macht vorher zu rechnen gebraucht. Nun sollte ein Faktor hier geschaffen werden, und zwar in Gestalt einer Flotte ersten Ranges, die nur der englischen nachstand. Eine solche kriegsbereite Macht übt schon durch ihr Vorhandensein in Friedenszeiten unausgesetzt ihren Einfluß. Die anderen Seemächte müssen im Sinne des Wortes mit diesem neuen Faktor rechnen, denn er ist immer da, er läßt sich nicht eliminieren, auch nicht plazieren, wo es bequem wäre. Er bildet vielmehr das Werkzeug einer selbstwollenden anderen Macht und von Interessen und von Zielen, die manchmal gleichlaufend, oft aber denen anderer Mächte entgegengesetzter Natur sind. Von jeher haben sich die Nationen und Mächte nur höchst unwillig mit neuen Machtfaktoren abgefunden und meist versucht, sie zu ersticken, ehe sie zu groß geworden waren, mochte es nun auf dem Lande oder auf dem Wasser sein.

Man möchte annehmen, daß den leitenden Männern in Deutschland damals ähnliche Erwägungen nicht ferngelegen haben, gerade weil sie wußten, weil ihnen die Stärke ihres Willens, ihrer Kenntnis der Verhältnisse und Menschen die Sicherheit gab, daß das große Programm durchgeführt werden würde; was viele andere nicht glaubten. Diese leitenden Männer aber mögen sich auch gesagt haben, daß man während der Kindheitsjahre der neuen Flotte nach Möglichkeit alles tun müsse, um ernstere Reibungen mit dem gefährlichsten Gegner eben dieser Flotte zu vermeiden. Es bedarf nicht des besonderen Hinweises, daß ein derartiges Vermeiden nicht als um jeden Preis empfehlenswert gemeint sein konnte. Wohl aber lag auf der Hand, daß die Sache einer klugen Politik war, keine Lagen eintreten zu lassen, in denen man sich sagen mußte:

das Deutsche Reich könne sich dieses oder jenes nicht gefallen lassen, es müsse seine Politik und sein Ansehen mit allen Mitteln vertreten, und — dann im letzten Augenblick sich auf das Ballen der Faust in der Tasche beschränken, weil eben der Machtfaktor, auf den gestützt allein man eine solche Politik hätte treiben können, zum bei weitem größten Teile noch auf dem Papier stand. Dazu kam zunächst erleichternd die offene Neigung und das Bestreben Großbritanniens, eine gemeinsame überseeische Politik mit dem Deutschen Reiche zu treiben. Diese Neigung begegnete sich mit dem eben auseinandergesetzten Bedürfnisse Deutschlands, hatte somit viel Verlockendes auf der einen Seite für sich. Auf der anderen schreckten die Spuren der Caprivischen Englandpolitik mit ihren beiden gleich gefährlichen Extremen: deutsch-russische Entfremdung, Vasallenverhältnis zu Großbritannien auf dem ganzen Gebiete der kolonialen und der überseeischen Politik. Diese Klippen zu vermeiden, dürfte ungefähr der Hauptinhalt der Politik gewesen sein, welche Fürst Bülow unter der Politik der freien Hand verstand. Es ist gerade für die Bülowsche Politik und den geringen Grad, in dem ihre Grundzüge in Deutschland verstanden worden sind, charakteristisch, daß er wieder und wieder auf die freie Hand England gegenüber hingewiesen hat. Wir haben schon verschiedentlich derartige Äußerungen zitiert, und es möge noch eine folgen, die im Dezember 1900, also nachdem der Burenkrieg fünfviertel Jahre gedauert hatte, getan wurde: „Wir stehen England gegenüber vollständig unabhängig da, wir sind nicht um eines Haares Breite mehr auf England angewiesen als England auf uns. Aber wir sind bereit, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme — über diese selbstverständliche Vorbedingung für ein aufrichtiges Verhältnis zwischen zwei Großmächten haben wir keine Großmacht je im Zweifel gelassen, — ich sage: wir sind bereit, auf dieser Basis mit England in Friede, Freundschaft und Eintracht zu leben."

Daß eine solche Politik an sich schwierig war, oft verschiedene Gesichter zeigen und, um einen Bismarckschen Ausdruck zu gebrauchen, „wenden" mußte, lag auf der Hand; vor allem aber ihre Schwierigkeit, die leicht zur Unmöglichkeit werden konnte.

Boxerkrieg und Yangtse-Vertrag.

Feindlichkeit gegen die Fremden bestand in China, seitdem Fremde dort waren. Dazu kam von Norden immer drohender die russische Gefahr; auch die Besetzung Port Arthurs durch die Russen und die Ansammlung immer stärkerer russischer Geschwader vor Port Arthur; schließlich die gewaltigen Bahnpläne und Arbeiten, welche von den Regierenden in China zum Appell an den Aberglauben des Volkes benutzt

wurden. Im Sommer 1899 schrieb eine chinesische Zeitung: „China ist heute auf dem Punkte angelangt, daß es in Stücke gehen wird wie ein irdener Topf; es schwebt in derselben Gefahr, in Stücke zu brechen wie Eier, die man aufeinander häuft.

Lokale Unruhen mit fremdenfeindlicher Spitze waren nichts Ungewöhnliches und ebensowenig, daß diese sich auf der Basis geheimer Gesellschaftsbildung entwickelten und betätigten. Im Januar 1900 wurden die Gesandtschaften der Mächte in Peking zuerst ernstlich aufmerksam auf eine Bewegung in der Provinz Tschili (die Hauptstadt des Chinesischen Reiches, Peking, ist in dieser Provinz gelegen). Man maß zunächst der Sache eine ernstere Bedeutung um so weniger bei, als im Jahre 1899 ähnliche Bewegungen, Unruhen in der Provinz Schantung ohne besondere Mühe erstickt worden waren. An der Küste von Schantung liegt bekanntlich das deutsche Pachtgebiet von Kiautschou. Die Besitznahme dieser Bucht, die Vorarbeiten zu einem Bahnbau ins Innere waren von den beiden chinesischen Geheimgesellschaften „Die rote Faust“ und „Das große Messer“ zur Hetze gegen Deutschland und die Deutschen benutzt worden. Der deutsche Gouverneur von Kiautschou und der chinesische Generalgouverneur von Schantung, der später so berühmt gewordene Juanschikai, waren mit Leichtigkeit der Bewegung Herr geworden und sahen etwaigen Wiederholungen mit Ruhe entgegen.

In Tschili schwoll die Bewegung jedoch so schnell an, daß Ende Januar 1900 die Vertreter der Mächte bei der chinesischen Regierung Vorstellung erhoben und verlangten, daß diese „Die rote Faust“ und „Das große Messer“ als staatsgefährlich und fremdenfeindlich bezeichnen und ihre Mitglieder als dem Gesetze verfallen erklären sollte. Die chinesische Regierung suchte die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und ließ sich erst nach starkem Drucke auf ein entsprechendes Edikt ein, ohne freilich auch die Gesellschaft vom großen Messer zunächst für gesetzwidrig zu erklären. Wie spätere Ereignisse und Enthüllungen gezeigt haben, stand die Regierung, vor allem die Kaiserin-Mutter, durchaus auf der Seite der fremdenfeindlichen Bewegung und unterstützte sie heimlich. Der Aufruhr wuchs infolgedessen, überall in Tschili zogen Banden umher, zerstörten christliche Kirchen und zeigten immer deutlicher ihren fremdenfeindlichen Charakter. Schließlich besetzten sie die beiden Bahnstrecken, welche Peking mit seinem Hafen Tientsin und Paotingfu verbinden, und bedrohten Peking. Der chinesischen Regierung begann die Sache nun unheimlich zu werden wegen der in Peking angesessenen Fremden und hauptsächlich der Gesandtschaften. Die Gesandten beantragten nunmehr bei ihren Regierungen, daß ihnen von den Besatzungen der an der Küste liegenden europäischen Kriegsschiffe Schutzdetachements

gesandt würden. Diese trafen auch ein. Weil man ferner fürchtete, die Verbindung von Peking nach der See würde ganz zerstört werden, da der Eisenbahnverkehr unterbrochen und die Telegraphenlinien zerstört waren, so erhielten die Geschwaderchefs Weisung von ihren Regierungen, für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Peking zu sorgen. Inzwischen taten die Regierung und die Kaiserin-Witwe kurze Zeit so, als ob sie gegen die Aufrührer vorgehen wollten, und das war der Grund, daß der deutsche Gesandte eine weitere Verstärkung des Schutzdetachements für unnötig erklärte und es anwies, in Tientsin zu bleiben. Wenige Tage nachher wurde der Gesandte Freiherr v. Kettler in Peking auf der Straße erschossen. Zugleich war Peking tatsächlich von allen Verbindungen nach außen abgeschnitten. Es folgte die vergebliche Expedition der vereinigten Landungskorps unter dem Befehle des englischen Admirals Seymour, um bis nach Peking vorzudringen. Auch in Tientsin gestaltete sich die Lage immer gefährlicher, und nur der Erfolg der Einnahme der Forts bei Taku — es sei an die Namen „Iltis" und Kapitän Lans erinnert — gestattete nach scharfen Kämpfen, Tientsin zu entsetzen. Alle Mächte entsandten nun so schnell wie möglich mehr Kriegsschiffe mit verstärkten Landungskorps, außerdem in weiterer Folge Truppen auf Transportdampfern, die aus freiwilligen Angehörigen der Armee gebildet waren.

Der militärische Verlauf ist bekannt, und es liegt außerhalb des Rahmens unserer Betrachtungen, näher auf ihn einzugehen. Von politischem Interesse war lediglich die Frage des Oberkommandos der internationalen Truppen. Der Feldmarschall Graf Waldersee hat bekanntlich diesen Oberbefehl geführt, und es ist seinerzeit viel darüber gestritten worden, ob die Anregung dazu vom Deutschen Kaiser oder vom Zaren ausgegangen sei. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich die Sache derart abgespielt, daß zunächst der Deutsche Kaiser sich rein persönlich und vertraulich mit dem Zaren über die Frage eines gemeinsamen Oberkommandos in Verbindung gesetzt hat und daß als Folge dieses Gedankenaustausches die amtliche und öffentliche Anregung eines deutschen Oberkommandos vom Zaren ausgegangen ist. Der deutsche Reichskanzler erklärte sich folgendermaßen: „Der Gedanke eines deutschen Oberbefehls beruhte auf einer von außen her auf amtlichem Wege an uns gelangten Anregung. Mehr, meine Herren, kann ich nicht sagen, weil es sich handelt um einen Gedankenaustausch zwischen Souveränen und Staatsoberhäuptern, und ganz abgesehen davon gibt es auch Fälle, wo mir das Staatsinteresse ein Schloß vor den Mund legt." Ein anderes Mal versicherte der Kanzler, daß man deutscherseits die Truppen gern einem fremden Oberbefehl unterstellt hätte, besonders habe man diesen Wunsch

nach Rußland hin zu erkennen gegeben. Von verschiedenen Seiten wäre aber der Wunsch hervorgetreten, daß ein deutscher Offizier das Oberkommando über die internationalen Truppen in der Provinz Tschili übernehmen sollte.

Aus der Mission des Grafen Waldersee ist seinerzeit sehr viel mehr gemacht worden, als ihrer Bedeutung entsprach. Die Übertreibungen und Feiern schoben die Angelegenheit in ein zunächst peinliches Licht. Heute wird man immerhin sagen müssen, daß diese Erledigung der Oberkommandofrage aller Wahrscheinlichkeit nach günstiger und praktischer gewesen ist, als irgendeine andere es gewesen sein würde. Die Frage des Oberkommandierenden ist zweifelsohne von Anfang an zwischen den Mächten nicht als eine rein militärische, sondern vorwiegend als eine politische behandelt worden. Die Schwierigkeit der Wahl hieß: Rußland-England. Keine dieser beiden Mächte würde ihre Truppen einem englischen bzw. russischen Oberbefehlshaber unterstellt haben. Beiden war ein deutscher Oberbefehlshaber angenehm, weil die deutsche Politik in Ostasien in jenem Augenblicke noch ebensowohl den Wünschen Rußlands wie denjenigen Großbritanniens voll entsprach. Daß Deutschland ebensowenig wie England seine Truppen einem französischen Befehlshaber unterstellen würde, lag ohne weiteres auf der Hand, und abgesehen von der Schwierigkeit der Autoritätsfrage hatte die Übertragung des Oberbefehls an einen General etwa Italiens oder Österreichs noch den weiteren Haken: ob eine geeignete Persönlichkeit vorhanden war. Die des Grafen Waldersee wurde allgemein als solche anerkannt, dazu kam die Tatsache, daß dem Deutschen Reiche, als durch den Mord seines Gesandten am schwersten beleidigt und provoziert, militärisch gewissermaßen die Vorhand zugebilligt wurde. Diese Erwägung wäre freilich nicht maßgebend gewesen, wenn sie im Widerspruche zu den übrigen erwähnten Gesichtspunkten gestanden hätte. Alles in allem handelte es sich also um recht nüchterne Erwägungen. Das bißchen Prestige, das eine Zeitlang in Deutschland blendete, kam weder als tatsächlicher Vorteil in Betracht, noch verschleierte es, wie damals vielfach angenommen wurde, ein deutsches Nachlaufen hinter anderen Mächten. Diese, besonders Rußland und England, gaben ihre freudige Zustimmung auch nicht nur, um einem persönlichen Wunsche des Deutschen Kaisers eine Gefälligkeit zu erweisen, die zu nichts verpflichtete, sondern weil ihnen die Wahl praktisch erschien. In Deutschland ist die Mission des Marschalls nur durch die Übertreibungen in Mißkredit gekommen; sie erweckten Erwartungen, die nicht erfüllt werden konnten. Das einzige Erwähnenswerte während seiner Befehlsführung war die übrigens zu erwartende Erscheinung, daß in Frankreich die Unterordnung unter einen

deutschen General vielfach lebhafte Erbitterung erregte. Versetzt man sich an die Stelle der Franzosen, so waren diese Gefühle begreiflich.

Die Großmächte traten in die ostasiatischen Verhältnisse des Jahres 1900 schon mit ganz bestimmten, wennschon meist nicht ausgesprochenen politischen Programmen ein. Es war bezeichnend für den bereits damals vorhandenen Grad der Intimität zwischen Großbritannien und Japan, daß vierzehn Tage nach der Ermordung des deutschen Gesandten, Baron v. Kettler, in Peking die englische Regierung der japanischen mitteilen ließ: Japan sei die einzige Macht, die imstande wäre, rasch Verstärkungen nach Tientsin zu senden. Keine europäische Macht widersetze sich dieser Maßnahme. Japan antwortete: es sei bereit zum Eingreifen mit einer größeren Truppenmacht, wenn es die Zusicherung erhalte, vor Verwickelungen geschützt und für seine Geldaufwendungen entschädigt zu werden. Lord Salisbury antwortete: Japan lade eine schwere Verantwortlichkeit durch weiteres Zögern auf sich. Großbritannien sei bereit, die finanzielle Verantwortlichkeit für die japanische Aktion zu übernehmen, soweit diese sich auf die Rettung der Gesandtschaften in Peking beziehe. Japan dürfe aber nicht mehr zögern, hauptsächlich mit Rücksicht auf den verhängnisvoll schleppenden Gang internationaler Verhandlungen. — Japan landete hieraufhin Truppen, während die übrigen Mächte sich auf Ausschiffung der Landungskorps ihrer ostasiatischen Geschwader beschränkten, bis zum viel späteren Eintreffen der von der Heimat aus in Marsch gesetzten Truppentransporte. Nur Rußland schob seine Regimenter sofort aus Sibirien vor.

Die russischen Regimenter eroberten und besetzten in der Mandschurei die Städte Charbin, ferner Niutschwang und Aigun. Die chinesische Regierung zögerte nicht, den Abzug der russischen Truppen aus der Mandschurei zu verlangen. Es ist anzunehmen, daß auch von britischer Seite damals schon Bedenken geäußert worden sind. Immerhin konnte Rußland seine Eroberung der Mandschurei, denn darum handelte es sich, vorläufig mit der Tatsache rechtfertigen, daß die chinesische Aufstandsbewegung eben dort um sich griff. Ob das freilich Grund oder Folge der russischen Invasion bedeutete, war eine andere Frage. Jedenfalls mußte man anerkennen, daß Rußland mit außerordentlicher Promptheit den Augenblick wahrgenommen und die Lage benutzt hat.

Die russische Regierung erließ Ende August im Auftrage des Zaren eine Verordnung, die zu einem erheblichen Teile auch bestimmt war, das Mißtrauen anderer Mächte wegen der Mandschureibesetzung zu beschwichtigen. Es hieß darin: Rußland verfolge die Richtschnur der Aufrechterhaltung der früheren Staatsordnung in China, „Beseitigung von allem, was zu einer Aufteilung des himmlischen Reiches führen

könne. Sobald in der Mandschurei die dauernde Ordnung wiederhergestellt ist, auch die unumgänglichen Maßnahmen zum Schutze der Eisenbahn ergriffen sein werden — deren Bau noch eines formellen Einvernehmens mit China bezüglich der Konzession bedarf, die der Gesellschaft der chinesischen Ostbahn verliehen werden soll —, wird auch das Nachbarreich Rußland nicht ermangeln, seine Truppen aus diesem Gebiete zurückzurufen, vorausgesetzt, daß die Handlungsweise anderer Mächte dem nicht im Wege steht."

Zugleich wurde von der russischen Regierung den Mächten die Räumung Pekings empfohlen, da deren Hauptzweck, die Befreiung der Gesandtschaften und der in Peking wohnenden Ausländer, hiermit erreicht sei. Dieser Anregung widersetzte sich, wie gleich bemerkt werden mag, die deutsche Regierung mit der Begründung: eine sofortige Räumung Pekings werde nur als Schwäche der Mächte von China ausgelegt werden und einen um so stärkeren Ausbruch des Ausländerhasses nachher zur Folge haben. Der Hintergedanke des russischen Vorschlages war offenbar, daß dem russischen Vordringen und Walten in der Mandschurei eine lange dauernde internationale Besetzung Nordchinas und seiner Hauptstadt keineswegs günstig sein könne, schon wegen der allgemein konzentrierten Aufmerksamkeit auf alles, was in China vorging. Außerdem war wohl die Absicht, durch den Vorschlag die Kaiserin-Mutter von China und deren Regierung an Rußland zu verpflichten. Die ablehnende deutsche Antwort war sachlich so zutreffend, daß sie eben deshalb gegeben werden mußte. Daß es Deutschland war, die sie gab, und daß die deutsche Regierung anderen Mächten nicht den Vortritt ließ, begründete sich wohl darin, daß dem Feldmarschall Grafen Waldersee der Oberbefehl über die internationalen Truppen in China erteilt worden war. Die englische Presse trat sofort auf die Seite Deutschlands, mit dem Widerspruche gegen den russischen Vorschlag, Peking zu räumen, und erklärte das russische Verfahren für unhöflich gegen die anderen Mächte, deren Einigkeit dadurch nur gestört werden könne. Nichtsdestoweniger wurden unmittelbar nachher die meisten in Peking befindlichen Truppen von dort zurückgezogen, während die Eroberung und Okkupation der Mandschurei erfolgreich und systematisch fortgesetzt wurde.

Diese Ereignisse spielten sich in den Monaten August und September ab. Am 16. Oktober bereits wurde das folgende deutsch-englische Abkommen bekannt. Wegen der großen Bedeutung, welche dieses Abkommen mittelbar bald gewinnen sollte, möge sein Wortlaut folgen:

„Die an den Flüssen und an der Küste Chinas gelegenen Häfen sollen dem Handel und jeder sonst erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen frei und offen bleiben; die beiden

Regierungen wollen dies ihrerseits für alles chinesische Gebiet beobachten, wo sie einen Einfluß ausüben können. — Beide Regierungen wollen ihrerseits die schwebende Verwickelung nicht benutzen, um für sich irgendwelche territorialen Vorteile auf chinesischem Gebiete zu erlangen, und werden ihre Politik darauf richten, den Territorialbestand des Chinesischen Reiches unvermindert zu erhalten. — Sollte eine andere Macht die chinesischen Komplikationen benutzen, um unter irgendeiner Form solche territorialen Vorteile zu erlangen, so behalten beide Regierungen sich vor, über etwaige Schritte zur Sicherung ihrer eigenen Interessen in China sich vorher untereinander zu verständigen. — Die beiden Regierungen werden diese Übereinkunft den übrigen beteiligten Mächten, insbesondere Frankreich, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika mitteilen und sie einladen, den darin niedergelegten Grundsätzen beizutreten."

Dieses Abkommen ist unter dem Namen des Yangtseabkommens bekannt geworden und war in jenem Augenblicke ein Ereignis von erheblicher Bedeutung. Diese Bedeutung lag zunächst darin, daß Deutschland und Großbritannien sich zur Aufrechterhaltung der Freiheit des Handels und jeder sonst erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit für alle Nationen gegenseitig verpflichteten, und zwar überall da, „wo sie einen Einfluß ausüben können". Das war also die „offene Tür". Jene Flüsse, mit deren Erwähnung das Abkommen beginnt, in erster Linie der Yangtse, sind für das Eindringen des Handels in das ungeheure chinesische Gebiet von einer gar nicht zu überschätzenden Bedeutung, und zwar nicht nur, weil sie an sich Straßen für den Handel nach innen bilden, sondern weil sie durch ausgedehnte fruchtbare Täler fließen, die ihrerseits wieder die Hauptadern des chinesischen Wirtschaftslebens darstellen. Die Interessen Großbritanniens im Yangtsetale waren von Anfang an groß gewesen, die deutschen Interessen ebendort befanden sich in schnellem Wachsen. Die erste Bestimmung des Abkommens lag also restlos im deutschen Vorteile.

Die zweite Bestimmung des Abkommens enthält die gegenseitige Verpflichtung, keinerlei territoriale Vorteile in China unter Benutzung der Unruhen zu erlangen, also kein chinesisches Gebiet zu besetzen und zu nehmen. Viel weiter als diese gegenseitige Verpflichtung geht der Schluß des Satzes: daß die beiden Mächte ihre Politik darauf richten werden, den Gebietsbestand des chinesischen Reiches unvermindert zu erhalten. Darin liegt die Perspektive eingeschlossen, daß Großbritannien und Deutschland sich verpflichtet sehen könnten, gemeinsam Front gegen solche Bestrebungen zu machen. Und diese Möglichkeit selbst betrachtet der Absatz 3 des Abkommens: wenn eine andere Macht die

chinesischen Komplikationen zu Gebietserwerbungen benutzen sollte, so würden England und Deutschland sich über etwaige Schritte verständigen. Nicht minder wichtig war der Schlußabsatz, daß dieses Abkommen allen beteiligten Mächten mitgeteilt wurde unter gleichzeitiger Aufforderung, den darin vertretenen Grundsätzen beizutreten. Nach nicht langer Zeit erfolgten entsprechende Zustimmungen von seiten aller Mächte. — —

In Deutschland war vielfach die Ansicht vertreten, dieses Abkommen möge an und für sich ganz gut sein, könne jedoch uns leicht Rußland entfremden. Denn welche andere Macht konnten England und Deutschland meinen, wenn sie auf territoriale Gebietserwerbungen unter Benutzung der chinesischen Komplikationen seitens einer Macht anspielten! Aller Augen waren damals nach China gerichtet, nach Peking, und vor allem nach der Mandschurei. Die Beschwerde der Pekinger Regierung gegen das russische Vorgehen in der Mandschurei wurde schon erwähnt, und wir haben gesehen, wie in der russischen Note eine Räumung der Mandschurei in Aussicht gestellt wurde: nach Herstellung dauernder Ordnung, nach Ergreifung unumgänglicher Schutzmaßnahmen für die Eisenbahnen und vorausgesetzt, daß die Handlungsweise anderer Mächte dem russischen Vorhaben, seine Truppen zurückzurufen, nicht entgegenstände. — Wie viele Wenns und Abers, wie viele Möglichkeiten und Hintertüren in diesen Sätzen lagen, darüber war man sich in der ganzen Welt klar, und am meisten Besorgnis erregte die Mandschureifrage damals in Großbritannien und in Japan. Auf Japan ging allem Anscheine nach die Andeutung der russischen Note von der „Handlungsweise anderer Mächte".

Rußland allein schien in dem deutsch-englischen Abkommen eigentlich gemeint, als dieses den anderen beteiligten Mächten bekanntgegeben und zur Anerkennung vorgelegt wurde. Mit einer gewissen Spannung mag man die Stellungnahme der russischen Regierung abgewartet haben. Diese traf wenige Tage darauf ein, erkannte die ersten Punkte des Einvernehmens als für Rußland sympathisch an, weil beim Entstehen der gegenwärtigen chinesischen Verwickelungen gerade Rußland als erste Macht die Integrität Chinas proklamiert habe. „Was den dritten Punkt betrifft, der die Möglichkeit einer Verletzung des Grundprinzipes voraussieht, so kann die russische Regierung nur ihre Erklärung erneuern, daß eine derartige Verletzung (der Integrität Chinas) Rußland zwingen würde, die von ihm eingenommene Haltung je nach den Umständen zu ändern."

Die russische Note dreht gewissermaßen den Spieß um, indem sie eine Verletzung der chinesischen Integrität durch Rußland als völlig

außer der Möglichkeit liegend ansieht. Die russische Regierung behält sich aber freie Hand vor, und zwar selbständig, ohne Verpflichtungen oder Vereinbarungen anderen Mächten gegenüber, wenn die Integritätsverletzung durch eine andere Macht erfolgen sollte. — In diesen Wendungen lag also der sehr bedeutende Vorbehalt eingeschlossen, daß Rußland allein und ohne andere Mächte zu fragen darüber entscheiden werde, wann es die Integrität Chinas verletzt erachte, und wie es sich zu dieser Verletzung stellen werde.

Als nach dem Friedensvertrage von Peking und nach Beruhigung der Provinz Tschili die Mächte ihre Truppen aus China zurückzogen, behielt Rußland seine Streitkräfte in der Mandschurei und verstärkte sie sogar an verschiedenen Punkten. Man glaubte in St. Petersburg den Augenblick gekommen, um mit einem Schlage die Mächte vor eine vollendete Tatsache zu stellen und eine „Mandschureifrage" überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Die russische Regierung versuchte, China zu einem Sondervertrage über die Mandschurei zu veranlassen. Der Wortlaut des Vertragsentwurfes ist nicht veröffentlicht worden, es soll sich aber um folgende Punkte gehandelt haben: Die russische Regierung ging von der Voraussetzung aus, daß während der verflossenen Aufstände in China die chinesische Regierung in allen übrigen Provinzen des Reiches mit allen Mächten zu tun gehabt habe, in der Mandschurei jedoch ausschließlich mit Rußland, wie die Mandschurei ja überhaupt im Chinesischen Reiche eine Sonderstellung einnähme. Rußland verlangte demgemäß von China die Aufsicht über die Verkehrswege, ferner die Landespolizei, die Verwaltung usw. Gleichzeitig wurde freilich die Fiktion aufrechterhalten, daß später einmal die Mandschurei von russischen Truppen geräumt werde; wann? — das ließ man in dieser russisch-chinesischen Zwiesprache ganz auf sich beruhen, und die Chinesen waren klug genug, zu wissen, was das bedeute. Die chinesische Regierung hat, wahrscheinlich inoffiziell, den übrigen Mächten, in erster Linie Japan und England, Kenntnis vom russischen Ansinnen gegeben. In England erzeugten diese Nachrichten große Sorge und Erregung. Im Frühjahr 1901 wurde die Frage eines russisch-chinesischen Mandschureiabkommens im Unterhause erörtert und an die Regierung die Frage gestellt, ob Deutschland, Großbritannien und Japan Einspruch gegen die Ratifizierung des Abkommens erhoben hätten, da dieses Rußland einen beherrschenden Einfluß in der Mandschurei unter Ausschluß aller anderen Nationen gewähren würde. Der Vertreter der Regierung gab die Antwort: die Angelegenheit unterliege der ernstesten Aufmerksamkeit der Regierungen und sei Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen den Mächten.

Die kurze Zeitspanne, welche diese diplomatischen Verhandlungen einschloß, ist wahrscheinlich für die Richtung der deutschen Politik während der kommenden zehn Jahre und besonders für die deutsch-englischen Beziehungen entscheidend geworden. Es handelte sich um die Frage und um die Entscheidung, ob das Deutsche Reich im Vereine mit Großbritannien und mit Japan gegen die russische Mandschureipolitik, im besonderen gegen den beabsichtigten Vertrag mit China protestieren wollte oder nicht. In England erwartete man mit Bestimmtheit, daß dies der Fall sein werde. Der deutsche Reichskanzler nahm im Monat März des Jahres 1901 Gelegenheit, und zwar nicht auf besondere Anfrage, sondern in der Absicht einer Kundgebung „aus dem Fenster" in folgender Weise die deutsche Stellung auszudrücken. Er sprach von gewissen Divergenzen zwischen den Mächten in China, von denen die einen hauptsächlich wirtschaftliche Interessen, die anderen hingegen mehr politische Ziele verfolgten. „Deshalb auch haben wir das deutsch-englische Abkommen abgeschlossen, dessen Tendenz ich damals dahin zusammenfassen konnte, einerseits die Integrität von China so lange als möglich aufrechtzuerhalten, anderseits uns in China nur so weit zu engagieren, als dieses für unseren Handel geboten ist. Auf die Mandschurei bezieht sich das deutsch-englische Abkommen nicht." Man habe bei den Verhandlungen mit England über das Abkommen den britischen Staatsmännern gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß Deutschland dasselbe nicht auf die Mandschurei bezöge. Man habe dort keine nennenswerten Interessen. „Was aus der Mandschurei wird, — ja, meine Herren, ich wüßte wirklich nicht, was uns gleichgültiger sein könnte." Fürst Bülow deutete also das Abkommen derart, daß sich das deutsche Interesse in China nur auf die Teile erstrecke, wo man Einfluß habe, mithin nicht auf die Mandschurei. Anderseits hatte Rußland durch die wiederholt gegebene Versicherung, es werde eines Tages die Mandschurei wieder räumen, etwaigen Versuchen Englands den Boden entzogen, jedenfalls dem Wortlaute nach, den zweiten und dritten Teil des deutsch-englischen Abkommens auf Rußland anzuwenden: nämlich die Erhaltung des chinesischen Territorialbestandes, und in weiterer Folge die Erwägung gemeinsamer Maßnahmen gegen eine dritte Macht, welche „unter irgendeiner Form die chinesischen Komplikationen benutzen sollte, um territoriale Vorteile zu erlangen." —

Gegen die Auslegung des Deutschen Reichskanzlers ließ sich nichts einwenden, um so weniger, als nach seiner Angabe Deutschland bereits während der Verhandlungen mit England sich in diesem Sinne geäußert hatte. Lord Salisbury erklärte auf eine Anfrage im Unterhause, daß die Behauptung, Deutschland habe bei den Verhandlungen die Mandschurei

ausgeschlossen, nicht den Tatsachen entspreche. Lord Lansdowne als Staatssekretär des Äußeren erklärte aber, eine Einschränkung bestehe nur in der damals gemachten Andeutung der deutschen Regierung, sie sähe die Mandschurei nicht als eins ihrer Einflußgebiete an, obgleich die beiden einzigen dortigen Häfen bereits geöffnet seien. Hinsichtlich der chinesischen Gebietsintegrität habe Deutschland aber keine Einschränkungen gemacht. Beide Staatsmänner stellten sich somit scharf auf den Standpunkt, daß die deutsche Auslegung des Abkommens unrichtig sei. Sie verkannten oder wollten verkennen, daß es sich eben um eine Verletzung der Integrität des chinesischen Gebietes im Sinne des Abkommens nicht handelte, ja, auch nicht um einen Versuch dazu, da Rußland ja erklärt hatte, es werde die Mandschurei einmal wieder räumen. Im übrigen war der deutsche Standpunkt, daß die Mandschurei eine gewisse Sonderstellung zu China als Staatswesen einnehme.

Diese deutsche Stellungnahme zum Yangtseabkommen erregte in England tiefe Verstimmung. Sie ist einer der Hauptgründe dafür gewesen, daß dem Fürsten Bülow seitdem in England ein auffallender Haß, gepaart mit unentwegtem Mißtrauen, ohne Unterlaß entgegengebracht worden ist. Wir müssen dahingestellt sein lassen, es ist aber wahrscheinlich genug, ob die deutschen Staatsmänner schon bei Abschließung des Abkommens mit England über die russischen Mandschureiziele genau unterrichtet waren oder wußten, daß die russische Regierung an der Fiktion einer späteren Räumung der Mandschurei festhalten würde. So hielt die Redaktion des Abkommens Deutschland die Tür nach beiden Seiten offen und war an sich außerordentlich geschickt. Wie folgenschwer diese Entscheidung war, sollte sich bald zeigen. Zunächst freilich gelang es den vereinten englischen und japanischen Protesten und Vorstellungen, die russische Regierung zum Zurückziehen jenes Mandschureivertrages zu bewegen. Rußland vertagte die Frage stillschweigend; es fühlte sich im fernen Osten militärisch noch nicht bereit: man wollte die große Bahn erst fertig, Port Arthur als Flottenstützpunkt ausgestattet und eine stärkere Flotte in den ostasiatischen Gewässern haben.

Im Herbste desselben Jahres wohnte der Zar den deutschen Flottenmanövern in Danzig bei. Der russische Minister des Auswärtigen, Graf Lambsdorf, und Fürst Bülow befanden sich bei ihren Souveränen, und die Zusammenkunft verlief in besonders betonter Herzlichkeit, gewissermaßen als Besiegelung einer unausgesprochenen deutsch-russischen Entente in der ostasiatischen Politik. Die Rolle der deutschen Politik war auf Passivität, auf ein sogenanntes Desinteressement hinsichtlich der Mandschurei festgelegt worden. Das gab Rußland eine Rückendeckung von bedeutendem Werte. Niemand erkannte das schärfer als die britischen

Staatsmänner, die begriffen, weshalb Fürst Bülow jenes Abkommen mit Vorliebe das Yangtseabkommen nannte. Wenige Tage nach jener Rede erklärte der Kanzler noch einmal, daß das Yangtseabkommen sich in keinem einzigen seiner drei Artikel auf die Mandschurei beziehe. Er fügte hinzu, immer das Gesicht nach London gerichtet: er freue sich, mitteilen zu können, „daß ich vor zwei Stunden ein Telegramm unseres Botschafters in St. Petersburg erhalten habe, nach welchem der russische Herr Minister des Äußeren dem Grafen Alvensleben seine Genugtuung mit meinen neulichen Ausführungen über China ausgesprochen hat".

Man sieht, wie diese betonten Wiederholungen, die der Kanzler immer wieder in seine Reden einstreute, den Zweck verfolgten, weder Rußland, noch England im Zweifel zu lassen. Es war die Politik der freien Hand, die hier einen sehr prägnanten Ausdruck fand, denn auch damals hatte Fürst Bülow die deutsche Politik keineswegs gebunden, er hätte in jedem Augenblicke seine Auffassung von dem russischen Vorgehen in der Mandschurei ändern und sich auf die Seite Englands stellen können.

Entscheidungen und Scheidungen.

Enttäuschung und Verstimmung war bei der britischen Regierung die Folge der deutschen Desinteressementspolitik der Mandschurei gegenüber. Sie wurde verstärkt und verbittert durch die heftigen Vorwürfe, welche die öffentliche Meinung in Deutschland dauernd gegen die britische Kriegführung und Politik in Südafrika richtete. Die Leiden der Burenfrauen mit ihren Kindern in den Konzentrationslagern nebst anderen Härten und Grausamkeiten hatten Unwillen und Haß auf deutscher Seite auf einen hohen Grad gebracht und hielten ihn dauernd auf der Höhe. Die englische Empfindlichkeit wuchs ihrerseits. Man fühlte jenseits der Nordsee, daß diese Erbitterung und dieser Haß tief gingen und den größeren Teil des deutschen Volkes erfüllten. Die großen Opfer, welche der Krieg in jedem Sinne von der britischen Bevölkerung verlangt hatte, die Erinnerung an die schweren Krisen, die sie, besonders im ersten Teile des Krieges, hatte durchhalten müssen, dabei jetzt das Gefühl, endlich das Ziel erreicht, gesiegt und Südafrika dem britischen Einflusse unterworfen zu haben, — das alles brachte in Großbritannien eine Stimmung hervor, zu deren Träger sich zu machen gerade Chamberlain als Persönlichkeit und als Staatsmann prädestiniert erschien.

In Edinburgh hielt am 25. Oktober Chamberlain eine Rede über den Stand des Krieges, über die Friedensverhandlungen, die Bedingungen usw. Dann sagte er: Wenn die Zeit gekommen sei, werde die Regierung Präzedenzfälle für alles, was sie tun werde, in dem Vorgehen jener Na-

tionen finden, welche die „britische Grausamkeit und Barbarei" verurteilten. Sie werde aber nie an das heranreichen, was diese Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, in Tonking und im Kriege 1870 taten.

Dieser Vergleich mit dem in ihm liegenden anmaßenden, abfälligen und ungerechten Urteile erregte ungeheure Entrüstung in ganz Deutschland. Überall im Reiche wurden Protestversammlungen abgehalten, die Zeitungen waren voll von Protesten, kurz, die Stimmung, welche das deutsche Volk erfüllte, war so tief, bitter und allgemein, wie nie zuvor, noch hernach. Sie wandte sich in erster Linie gegen den Minister Chamberlain als den Beschimpfer des deutschen Heeres, als den Unterdrücker der Buren und — freilich unausgesprochen, aber um so tiefer empfunden — den Träger einer Politik, die den Hoffnungen und Träumen eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung ein Ende gemacht hatte. Jener beispiellose Ausbruch aber hatte doch tiefere Ursachen als lediglich die Erbitterung gegen den einen Mann. In ihr floß jetzt mit einem Male alles über, was sich im Laufe des letzten Jahrzehntes an nationaler Verletztheit, an Gefühlen des Übervorteiltseins, an Erinnerungen wirklicher oder vermeintlicher politischer Mißerfolge angehäuft hatte. Die gewohnheitsmäßig bevormundende, — bald gönnerhaft, bald tadelnd den Deutschen gegenüber — in der englischen Presse beliebte Sprache, die Selbstverständlichkeit, mit welcher die öffentliche Meinung Großbritanniens das Deutsche Reich und Volk als dem englischen untergeordnet und im Vergleiche zu ihm als minderwertig ansah, waren immer empfunden und nie vergessen worden. Zu all dem kam das Gefühl der Ohnmacht. Die umfangreiche Literatur jener Jahre zeigt, man möchte beinahe sagen auf jeder Seite den Gedanken und die Hoffnung, eines Tages „mit England abzurechnen".

Es konnte nicht fehlen, daß diese Dinge in England einen starken Eindruck machten. Abgesehen von einigen Führern der parlamentarischen Opposition, die Chamberlain heftige Vorwürfe machten, ohne Not „ein großes befreundetes Volk" beleidigt zu haben, betrachtete das englische Volk die deutschen Kundgebungen vorwiegend mit mißgefälligem, verächtlichem Erstaunen, man begann einzusehen, daß auf den vorhandenen Grundlagen eine englisch-deutsche Freundschaft derart, wie England sie wünschte, nicht möglich sei. Damals mag den führenden politischen Geistern Großbritanniens die Einsicht gekommen sein, daß England sein Bedürfnis nach festländischem Anschlusse beim Deutschen Reiche nicht befriedigen könne. Ein tieferes Verständnis für die Wurzeln deutscher Stimmung bestand im englischen Volke nicht.

Für die Leiter der Politik des Deutschen Reiches mußte die deutsche Volksstimmung mit ihren Äußerungen sehr unbequem sein, denn man

hatte keinerlei Interesse, Großbritannien politisch Deutschland zu entfremden, soweit es nicht durch zwingende Interessen des Deutschen Reiches geboten war. Das Programm war: solange wie irgend möglich die Politik der freien Hand zwischen Rußland und England treiben unter Aufrechterhaltung freundlicher, tunlichst vertrauensvoller Beziehungen zu beiden. Der Yangtsevertrag hatte ein Mittel hierzu sein sollen, wäre es auch noch längere Zeit geblieben, wenn die russische Mandschureipolitik nicht die britische und japanische Politik alarmiert und Bülow zur Stellungnahme gezwungen hätte. Um so mehr mußte der deutschen Politik daran liegen, auf anderen Gebieten, wo es die deutschen Interessen nicht gefährden konnte, mit Großbritannien zusammenzugehen, und um so weniger erwünscht war eine hochgespannte Atmosphäre gegenseitig feindlicher Stimmung zwischen den beiden Nationen.

Die deutsche Reichsregierung konnte gleichwohl nicht umhin, in ihrem halbamtlichen Organe zu den Chamberlainschen Äußerungen Stellung zu nehmen, und Fürst Bülow sah sich veranlaßt, sich im Reichstage dazu zu äußern, nachdem der Abgeordnete Graf Stolberg, später Präsident des Deutschen Reichstages, den Gefühlen des deutschen Volkes in folgender Weise Ausdruck gegeben hatte:

„. . . Vom Auslande her hat man die schwersten und, wie ich glaube, die ungerechtesten Beschuldigungen gegen unsere Truppen erhoben. Dieselben bezogen sich zwar nicht auf das ostasiatische Korps, sondern sie griffen auf eine frühere Zeit zurück. Der Minister eines fremden Landes, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben, hat es für nützlich gehalten, gegen das Verhalten unserer Truppen in den Jahren 1870/71 die schwersten Beschuldigungen zu erheben. Im ganzen deutschen Volke, in allen Schichten und in allen Parteien desselben haben diese Beschuldigungen, die völlig unmotiviert waren, tiefste Entrüstung hervorgerufen. Daß diese Entrüstung gerade in Deutschland in dieser Weise zum Ausdrucke gekommen ist, ist ganz natürlich: denn in keinem Lande der Welt sind die Armee und das Volk so innig miteinander verbunden wie bei uns. Wenn wir die Armee als das deutsche Volk in Waffen bezeichnen, so ist das keine leere Redensart, sondern es entspricht den Tatsachen, und daraus folgt mit Notwendigkeit, daß, wer das deutsche Heer beleidigt, auch das deutsche Volk beleidigt."

Fürst Bülow sagte in seiner Erwiderung, daß an und für sich ein Minister wohl daran tue, das Ausland aus dem Spiele zu lassen, wenn er für nötig halte, seine eigene Politik zu rechtfertigen. Sähe er sich aber doch in der Lage, es tun zu müssen, so sei große Vorsicht geboten, denn sonst liefe er Gefahr, nicht nur mißverstanden zu werden, „sondern auch, ohne es zu wollen — wie ich im vorliegenden Falle annehmen will und an-

nehmen muß, nach dem, was mir von der anderen Seite versichert wird —, fremde Gefühle zu verletzen. Das ist aber um so bedauerlicher, wenn es einem Minister gegenüber einem Lande passiert, das mit dem seinigen stets gute und freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat, deren ungetrübte Fortdauer gleichmäßig dem Interesse beider Teile entspricht. . . Das deutsche Heer steht aber viel zu hoch, und sein Wappenschild ist viel zu blank, als daß es durch schiefe Urteile berührt werden könnte. Von so etwas gilt, was Friedrich der Große einmal sagte, als man ihm davon sprach, daß jemand ihn und die preußische Armee angegriffen hätte: „laßt den Mann gewähren", sagte der große König, „und regt euch nicht auf, er beißt auf Granit."

Chamberlain antwortete in einer späteren Rede, er habe nicht die Absicht, fremde Minister zu belehren, wolle aber auch irgendwelche Belehrungen aus deren Händen nicht annehmen. Die auswärtige Eingenommenheit gegen England werde unbedachter Redeweise des Kolonialsekretärs zugeschrieben. Er nehme aber nichts zurück, ändere nichts und habe nichts zu rechtfertigen. Kein englischer Minster habe je seinem Lande treu gedient und sich zugleich im Auslande der Beliebtheit erfreut. — Der erste Lord des Schatzes, Balfour, erklärte wenige Tage nach der Bülowschen Rede: seiner Ansicht nach könne man dem Mute und der Humanität der Armee irgendeiner Nation kein höheres Lob erteilen, als wenn man sage, daß sie dem Mute und der Humanität nahe komme oder sie erreiche, welche die englischen Soldaten in Südafrika bewiesen haben! . . . Die Engländer lehnten es ab, Betrachtungen über die widerwärtige Flut von Schmähungen anzustellen, welche fortgesetzt von der Festlandpresse ausgegossen würden. Sie lehnten es ab, mit einem gewissen Widerwillen und einer gewissen Gleichgültigkeit. Auch er hege diesen Widerwillen, bleibe aber nicht gleichgültig, sondern halte es für eine sehr ernste Sache. England werde mißverstanden, und das sei auch für die, welche es mißverständen, kein Vorteil.

Es kann heute wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Vorwürfe des Mangels an Humanität, wie sie gegen die englische Kriegführung in Südafrika erhoben worden waren, weit über das Ziel hinausschossen. Das entsetzliche Elend in Südafrika, besonders der Burenfrauen mit ihren Kindern, ihr massenhaftes Darben und Sterben in den Konzentrationslagern waren furchtbare und grausame Tatsachen. Man ging aber zu weit, sie auf Inhumanität zu schieben, sondern sie waren mehr in der Schwierigkeit der südafrikanischen Verhältnisse zu suchen. Auch Mangel an Mut und Neigung zu persönlicher Grausamkeit konnte man den englischen Soldaten mit Recht nicht vorwerfen. Daß die britische Presse und die britischen Minister ihre Kriegführung bis aufs letzte verteidigten

und in übertreibender Weise verherrlichten, war ebenfalls von ihrem Standpunkte natürlich. Alles zusammen ergab aber, daß eine Brücke zwischen den beiden Nationen nicht vorhanden war, weder für die Stimmung, noch für das Verständnis. Die politische Bedeutung dieser Tatsache war schwer zu überschätzen.

Die Erbitterung und das Mißtrauen gegen den Fürsten Bülow wuchsen im englischen Volke infolge seiner Rede noch mehr, und die Abneigung, welche man ihm in den Kreisen der britischen Regierung entgegenbrachte, dürfte sich verschärft haben.

Verschiedentlich ist behauptet worden, daß im Herbst und Winter des Jahres 1901 zwischen Großbritannien und Deutschland noch Verhandlungen über eine Annäherung stattgefunden hätten, Bündnisverhandlungen zwischen den beiden Mächten gepflogen worden seien. Die Verhandlungen hätten sich an einer Meinungsverschiedenheit über Erhöhung oder Nichterhöhung der chinesischen Zölle zerschlagen. Wenn sich ein strikter Gegenbeweis auch nicht führen läßt, so geht aus der ganzen Grundrichtung der amtlichen deutschen Politik während der Jahre 1898—1902 annähernd unwiderleglich hervor, daß es dem Fürsten Bülow überaus fern lag, sich in irgendeine nähere Beziehung, zumal aber in bindende Beziehungen zum Britischen Reiche zu begeben. Der Wortlaut und die Wendungen des Yangtseabkommens bilden einen sprechenden Beweis dafür, wie sehr man deutscherseits auf der Hut war, und wie sorgfältig man vermied, die deutsche Politik für irgendwelche Zukunftslagen zu binden. Fürst Bülow wollte unter keinen Umständen von der britischen Politik gegen Rußland ausgenutzt werden, und er betonte, wie wir gesehen haben, dieses sein Programm des „einerseits — anderseits" so oft und nachdrücklich, daß man nicht zweifeln kann, er habe eine englisch-russische Annäherung überhaupt für ausgeschlossen gehalten. Diese — folgenschwere und unrichtige — Annahme bildet die tiefere Grundlage der damaligen Bülowschen Politik. In Frankreich hörte man zu jener Zeit bereits die Ansicht aussprechen, daß es für Frankreich leichter sein werde, Rußland und England einander näher zu bringen, als es Deutschland falle, Österreich-Ungarn und Italien, seine beiden Bundesgenossen, in versöhnlicher Stimmung zusammenzuhalten.

Hätte Rußland vor der Hand auf die Verwirklichung seines Mandschureiabkommens mit China verzichtet, so war keiner der Mächte zweifelhaft, daß die russische Politik nur pausierte, um bei erster sich bietender Gelegenheit wieder vorzurücken, sei es militärisch, sei es diplomatisch. Am meisten fühlten sich beunruhigt und bedroht, freilich aus sehr verschiedenen Ursachen, Großbritannien und Japan.

Vom Ausgange des japanisch-chinesischen Krieges an hatten Groß-

britannien und Japan stets zusammengestanden, zunächst gegen die drei Festlandmächte Rußland, Deutschland, Frankreich; dann löste sich 1900 das Deutsche Reich scheinbar aus diesem Dreiverbande und begab sich durch den Yangtsevertrag gewissermaßen in eine Mittelstellung; Großbritannien versuchte, es ganz auf die Seite England-Japan hinüberzuziehen, aber der Versuch mißlang. Den Prüfstein und zugleich den Stein des Anstoßes bildete die Frage der Mandschurei, welche für England von höchster Bedeutung und für Japan eine Lebensfrage war. In der Auslegung des Yangtsevertrages hatte die japanische Regierung durch den Mund des Ministers des Auswärtigen erklärt: Die Erklärung des Grafen Bülow über die Auslegung dieses Abkommens berühre Japan nicht. Japan habe, als es dem Abkommen beitrat, die klare (englische) Deutung angenommen und gedenke an dieser Auslegung festzuhalten.

Schon im Jahre 1898, als Kiautschou von Deutschland und Port Arthur von Rußland gepachtet wurde, tauchte in der englischen Presse der Gedanke an ein Bündnis mit Japan auf. Später, so erzählte in seinen leider nur zu einem kleinen Bruchstücke veröffentlichten Denkwürdigkeiten der damalige japanische Botschafter in London, Graf Hayaschi, habe Chamberlain einmal gelegentlich eines Bankettes Hayaschis Vorgänger, Baron Kato, auf die Vorteile aufmerksam gemacht, welche ein englisch-japanischer Meinungsaustausch über die ostasiatische Politik haben könne. Nach Hayaschi haben diese Andeutungen, deren Datum er übrigens nicht nennt, zunächst keine ernsthaften Folgen gehabt. Immerhin aber zeigt eine Reihe von Symptomen, u. a. Lord Salisburys dringende Aufforderung an Japan im Jahre 1900: einzugreifen, England werde die Kosten tragen, — daß die beiden Mächte sich bewußt waren, auf derselben Seite zu stehen. Japan war sich um die Jahrhundertwende darüber klar, daß es angesichts der in Ostasien bevorstehenden Komplikationen nicht alleinstehen könne. Es handelte sich um die Frage eines Bündnisses, entweder mit Großbritannien oder mit Rußland. Die Ansichten der japanischen Staatsmänner waren geteilt, wie auch Hayaschi erzählt, und man nahm im Frühjahr 1901 zugleich beiden Mächten gegenüber einen Anlauf. Nach den Hayaschischen Denkwürdigkeiten wäre es dabei freilich merkwürdig genug zugegangen, nämlich folgendermaßen:

Im März oder April 1901, so erzählt der Botschafter, kam der deutsche Geschäftsträger in London, Baron Eckardtstein, mehrmals zu ihm und sagte: nach seiner Privatansicht sei zur Erhaltung des Friedens in Ostasien nichts besser als ein Bündnis zwischen England, Japan und Deutschland. Er wisse, daß die führenden britischen Staatsmänner der gleichen Ansicht seien. „In Deutschland sei zwar das Volk sehr antienglisch gestimmt, die deutsche Regierung jedoch durchaus nicht. Im

Gegenteile, zwei hochgestellte deutsche Persönlichkeiten seien für den Dreibund England-Deutschland-Japan. Wenn Japan daher seinerseits die Sache eines Bündnisses anrege, so würde sich die Sache machen lassen."

Hayaschi habe der Plan eines solchen Bündnisses eingeleuchtet, es würde für Japan von großem Vorteile sein, eine Sondierung Englands könne nichts schaden, sondern nur nützen. Auf eine entsprechende Anfrage an die japanische Regierung habe diese geantwortet: sie könne noch keine bestimmte Meinung äußern, jedoch möge der Botschafter privatim sondieren. Hayaschi ging zum Sekretär des Auswärtigen, Lord Lansdowne, und fand bei ihm ebenfalls die Ansicht vor, daß ein Einverständnis der beiden Mächte im fernen Osten notwendig sei. „Beim Abschied sagte er mir noch, es sei nicht nötig, wenn ein Abkommen über China zwischen England und Japan zustande komme, dieses auf die beiden Mächte zu beschränken; es sei nichts dagegen einzuwenden, wenn eine dritte Macht sich daran beteiligte". Hayaschi schloß hieraus, daß die britische Regierung und der deutsche Geschäftsträger sich bereits verständigt hätten. Vorläufig wurde die Sache wieder vertagt, weil der Premierminister, Lord Salisbury, abwesend war. Inzwischen versuchte Hayaschi wieder, bei seiner Regierung Instruktionen für ein eventuelles Programm des Abkommens zu erhalten, bekam aber nur die allgemeine Weisung, sich über ein etwaiges deutsch-englisches Einverständnis zu unterrichten. Im Mai hatte der Botschafter Gelegenheit, Lord Salisbury und Lord Lansdowne zu sprechen. Er traf bei ihnen auf Zustimmung, und Lansdowne erklärte wiederum, es sei zweckmäßig, noch eine dritte Macht hinzuzuziehen. Am Tage darauf besuchte Baron Eckardtstein den japanischen Botschafter und sagte ihm, daß Lord Lansdowne ihm über die gestrige Unterredung Mitteilung gemacht hätte. Um dieselbe Zeit fand in Japan ein Kabinettswechsel statt. Marquis Ito trat zurück und Marquis Saionji trat an seine Stelle. Ito ging nach Europa, um mit Rußland Verhandlungen wegen eines eventuellen Einverständnisses anzuknüpfen, traf vorher mit Hayaschi zusammen und erfuhr von diesem, wie weit die Verhandlungen mit England schon gediehen waren. Die beiden Staatsmänner scheinen dann beschlossen zu haben, daß Ito doch nach Petersburg gehen solle, um durch die Besorgnis vor einem japanisch-russischen Abschlusse die britische Regierung schneller zu einer definitiven Entscheidung zu bringen. Diese Absicht gelang denn auch, wennschon ein solches Mittel kaum notwendig war, denn König Eduard hatte bereits vorher dem britischen Botschafter in Tokio, Sir Claude Macdonald, mitgeteilt, eine dauernde Verständigung mit Japan sei wünschenswert. Der britische Botschafter fügte hinzu, daß der deutsche Botschafter in Tokio ihm ge-

sagt habe, die Möglichkeit bestehe, daß Japan ein Bündnis mit Rußland abschließen wolle. Als dann die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des japanischen Kabinettes endgültig beseitigt worden waren, wurde das englisch-japanische Bündnis abgeschlossen. — —

An der Richtigkeit der von Hayaschi gegebenen Angaben ist nicht zu zweifeln, zumal läßt sich kein vernünftiger Grund denken, weswegen er behauptet haben könnte, der deutsche Vertreter, Baron Eckardtstein, habe den Gedanken angeregt und an allen Vorbesprechungen teilgenommen, — wenn das der Wahrheit nicht entspräche. Baron Eckardtstein führte aber vertretungsweise die Londoner Botschaftergeschäfte, nachdem Graf Hatzfeldt zurückgetreten war, und der neue Botschafter, Graf Wolff-Metternich, die Geschäfte noch nicht übernommen hatte. Hayaschi erzählt, daß bei der ersten Zusammenkunft Eckardtstein seine Anregung eines deutsch-japanisch-britischen Bündnisses als seine Privatansicht bezeichnete. Auch aus der Wiedergabe der späteren Unterredungen geht nicht ein einziges Mal hervor, daß Baron Eckardtstein im Namen der deutschen Regierung gesprochen hätte. Beachtet man das gebührend, so lösen sich die Fragen und Rätsel, welche man in der englischen und deutschen Presse nach Veröffentlichung des Hayaschischen Bruchstückes so eifrig erörterte, ziemlich einfach.

Hayaschi schreibt, Eckardtstein habe gesagt: zwei hochgestellte Persönlichkeiten seien sehr für einen Dreibund: England-Deutschland-Japan. Baron Hayaschi bezieht diese Anspielung ohne weiteres auf den deutschen Kaiser und den Grafen Bülow. Diese Schlußfolgerung ist zweifelsohne falsch.

Vergessen wir nicht, daß jene anfänglichen unverbindlichen Unterredungen in das Frühjahr 1901 fielen, damals, als Bülow seine Ausführungen über die Deutung des Yangtseabkommens und die Stellung des Deutschen Reiches zur Mandschurei machte, die in Großbritannien und in Japan so sehr mißfielen und beunruhigten. Am 15. März 1901 sagte Fürst Bülow: „Ich bin auch ein Freund bester Beziehungen zu England, aber nur im Rahmen unserer vollen Selbständigkeit, und deshalb betone ich mit großem Nachdruck, daß wir in China nur deutsche Interessen wahrnehmen und den Engländern überlassen, ihre Interessen dort selbst zu vertreten.“ In derselben Rede erklärte Bülow: es sei sehr begreiflich, daß in Anbetracht der langgestreckten russisch-chinesischen Grenze Rußland viele Truppen in der Mandschurei brauche und daß die russische Regierung mitgeteilt habe: sie lege hohes Gewicht auf ein freundschaftliches Zusammengehen mit Deutschland in Ostasien. — Daß um dieselbe Zeit Fürst Bülow den deutschen Geschäftsträger in London zu Besprechungen wegen eines deutsch-englisch-japanischen Bündnisses er-

mächtigt hätte, erscheint angesichts dieser Erklärungen und der skizzierten Politik des Deutschen Reiches völlig ausgeschlossen, denn ein solcher Dreibund hätte die Front gegen Rußland gehabt. Übrig bleibt also nur die Erklärung, daß Baron Eckardtstein, vielleicht gestützt auf einige Persönlichkeiten in Berlin, die er für sehr einflußreich hielt, seine Privatpolitik in London getrieben hat, nachher an den verantwortlichen Stellen auf Ablehnung traf, und daß der neue deutsche Botschafter sich an japanisch-englischen Verhandlungen in London überhaupt gar nicht mehr beteiligt hat.

Mit als das Interessanteste an dieser Vorgeschichte des englisch-japanischen Bündnisses erscheint die Tatsache, daß auch damals noch die britischen Staatsmänner nicht abgeneigt gewesen sind, ja gewünscht haben, daß Deutschland sich am Bündnisse beteilige. So wichtig war ihnen, einen russisch-deutschen Gegensatz hervorzubringen und Rußland den Rückhalt des Deutschen Reiches für seine ostasiatische Politik zu rauben. Trotz der deutschen Volksstimmung, trotz der Bülowschen Auslegung des Yangtsevertrages hoffte man in London, daß die Vorteile eines deutsch-englisch-japanischen Dreibundes als groß genug erscheinen würden, um Fürst Bülow zu einem völligen Umschwunge und Frontwechsel seiner Politik zu bringen. Die Hoffnung verwirklichte sich nicht, und damit waren die Würfel gefallen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Eingehen auf die englisch-japanischen Wünsche dem Deutschen Reiche Vorteile verheißen hätte, insbesondere auf überseeischem Gebiete. Deutschland hätte möglicherweise jene lange Periode gar nicht kennen gelernt, in der ihm auf Schritt und Tritt England entgegenstand, wo es sich um irgendwelche außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches liegende Wünsche, Interessen und Bestrebungen handelte. Auch auf dem Festlande hätte diese Verbindung unter Umständen der deutschen Stellung viel nützen und die politische Gruppierung des Festlandes vielleicht von Grund aus ändern können. Dem gegenüber aber stand das traditionelle, oft genug auch traditionell gerechtfertigte Bedenken gegen einen Bruch mit Rußland, daneben das mit jedem Jahre schwerer wiegende Bedenken gegen jede Bindung an England.

Vor allem: Der große Schritt war getan, der Grund zu einer starken Flotte gelegt und ihre zukünftige Entwicklung gesetzlich gesichert worden. Ihre Schaffung hatten Regierung und Volk für notwendig erachtet, nicht zum wenigsten im Gedanken, um eines Tages neben England „gleichberechtigt“ dastehen und Weltpolitik treiben zu können. Band man sich an England, so war ohne weiteres abzusehen, daß eines Tages England dem Freunde und Bundesgenossen bedeuten würde, es

sei nicht freundschaftlich, im Eiltempo eine starke Flotte zu bauen, die dem Freunde mit jedem Jahre unbequemer werde, ihn zu erhöhten Bauanstrengungen und zu Dislokationen zwänge, die für anderweitige britische Interessen nachteilig seien. Daß es so oder ähnlich kommen würde, konnte man sich um 1900 an den Fingern abzählen. Kam es aber so weit, dann mußte Deutschland den Wünschen des Freundes und Bundesgenossen entweder Folge leisten oder sie ablehnen. Im ersten Falle war es aus mit dem Flottentraume und mit der Aussicht, jemals in nicht rein kontinentalen Angelegenheiten auf eigenen Füßen zu stehen, im zweiten Falle würde der Bruch erfolgen und Deutschland sich in erheblich ungünstigerer Lage befinden als nach der kurzen Zeit deutsch-britischer Freundschaft unter Caprivi, nachdem man es vorher mit Rußland verdorben hatte. So ungefähr stellte sich die Alternative. Das Kriterium war im Grunde also, wie hoch man den Wert einer wirklich starken deutschen Flotte anschlug, denn die russische Frage hätte sich vielleicht auch anders erledigen lassen. Über Möglichkeiten, die in der Vergangenheit vielleicht und scheinbar gelegen haben, läßt sich im freien Fluge der Gedanken leicht disponieren. Es widerspricht niemand, wenn man diese Dinge im Futurum exactum behandelt. Wir wollen, ehe wir ein Urteil über jene große Entscheidung zu fällen versuchen, erst den Gang der Dinge während des ersten Jahrzehntes im neuen Jahrhundert verfolgen.

Am 2. Januar 1902 weilte Marquis Ito in London, und am 30. Januar wurde das englisch-japanische Bündnis unterzeichnet.

Die offiziösen Organe in St. Petersburg erklärten sogleich, Rußland habe den Abschluß des Abkommens mit größter Ruhe begrüßt. Die Grundsätze, welche die russische Politik seit Beginn der Unruhen in China leiteten, blieben unveränderlich. Rußland halte an der Unabhängigkeit und Integrität Chinas und Koreas fest; Rußland wünsche Aufrechterhaltung des status quo und Beruhigung. In Anbetracht seines großen Bahnbaues im fernen Osten müsse es im Interesse Rußlands liegen, für Ruhe und Stetigkeit zu arbeiten. Insofern seien die im britisch-japanischen Abkommen betonten Absichten der beiden Mächte Rußland nur sympathisch. Daran würden auch Versuche der ausländischen Presse nichts ändern, welche der russischen Politik falsche Ziele unterzuschieben sich bemühten. Die starke Gereiztheit, die auch aus diesen maßvoll abgetönten Wendungen spricht, war in Rußland allgemein. Am 12. April, also ganz kurz nach dem englisch-japanischen Vertrage, veröffentlichte die russische Regierung ein zwischen ihr und der chinesischen Regierung abgeschlossenes Abkommen über die Mandschurei. Es war an Stelle desjenigen Abkommens getreten, welches im vergangenen Jahre durch englisch-japanischen Einspruch vereitelt worden war und ging dement-

12*

sprechend in seinen Ansprüchen an russische Herrschaft in der Mandschurei lange nicht so weit. Vor allem erklärte Rußland, daß die chinesische Regierungsgewalt in der Mandschurei wieder platzgreifen könne, außerdem verpflichtete sich die russische Regierung, die Truppen allmählich aus der Mandschurei zurückzuziehen, falls keine Wirren ausbrechen und die Handlungsweise anderer Mächte sie nicht daran hindern sollte. In Etappen von sechs Monaten sollten die verschiedenen Teile der Mandschurei derart geräumt werden, daß nach achtzehn Monaten von der Unterzeichnung des Vertrages an (8. April 1902), also am 8. Oktober 1903 die Mandschurei geräumt wäre.

Zugleich wurde bekanntgemacht, daß ein französisch-russischer Notenwechsel über Ostasien stattgefunden habe. Im französischen Parlamente wurde der Minister Delcassé gefragt, wieweit Frankreich sich im fernen Osten verpflichtet habe. Delcassé antwortete wiederholt, die Politik Frankreichs in China sei in keiner Weise eine andere geworden: die offene Tür, die Aufrechterhaltung des status quo und des allgemeinen Friedens bildeten nach wie vor die Hauptgesichtspunkte der französischen Politik. Diese Gedanken hätten Frankreich und Rußland auch allen Mächten mitgeteilt. Mit dem englisch-japanischen Bündnisse erklärte sich Delcassé völlig einverstanden; das seien die alten Grundsätze Frankreichs. „Wir können über die im englisch-japanischen Vertrage ausgesprochenen Grundsätze nur unsere Genugtuung ausdrücken."

Besonderes Interesse beanspruchte die Stellungnahme des Deutschen Reiches zum englisch-japanischen Bündnisvertrage. Fürst Bülow nahm im März 1902 Gelegenheit, darüber zu sprechen und kam bezeichnenderweise auf die Frage einer Teilnahme Deutschlands an den Vorverhandlungen in London zu sprechen: „Von einer solchen Mitwirkung deutscherseits bei den englisch-japanischen Verhandlungen ist mir nichts bekannt. Richtig ist nur, daß sowohl die englische wie auch die japanische Regierung uns Kenntnis gegeben hat von dem Inhalte des Abkommens nach seinem Abschlusse. . . Wir haben die Geburtsanzeige des Abkommens erhalten und sogleich erhalten, aber wir haben nicht bei dem Abkommen Pate gestanden, und mit der Vaterschaft hatten wir erst recht nichts zu tun."

Man könnte aus manchen Nuancen dieser Wendungen des Kanzlers wohl den Schluß ziehen, daß ihm die Privatbemühungen des Barons v. Eckardtstein und vielleicht noch anderer Personen bekannt waren, und er deshalb Gelegenheit nahm, sie nachträglich auch öffentlich zu desavouieren. Lediglich um einigen englischen Zeitungen zu widersprechen, würde sich der Reichskanzler schwerlich mit so beziehungsvollem Nachdrucke ausgesprochen haben. Mit dem englisch-japanischen Abkommen erklärte

Bülow sich einverstanden und sagte, man habe der englischen und japanischen Regierung auf ihre Anzeige geantwortet: daß durch dieses Abkommen das deutsch-englische Abkommen vom 16. Oktober 1900 und folglich deutsche Interessen nicht tangiert würden. Fürst Bülow fügte hinzu, das britisch-japanische Abkommen könne keine deutschen Interessen schädigen, denn, „soweit wir seinen Inhalt kennen", stelle es sich nur die Erhaltung des status quo in Ostasien zur Aufgabe. Danach schien der Kanzler also die Möglichkeit von Geheimartikeln anzudeuten.

So sah man die ostasiatische Politik der Mächte in scheinbar feste und allseitig anerkannte Geleise eingeführt. Als geschichtliches Ereignis aber war zu verzeichnen, daß Großbritannien aus seiner Vereinzelung heraustrat, ein Bündnis abschloß, und zwar mit Japan, an dessen Bündnisfähigkeit bisher noch keine europäische Macht gedacht hatte. Japans politische und diplomatische Bedeutung gewann damit unmittelbar erheblich, auch ohne daß man sich damals über seine tatsächliche Kraft im klaren war.

„Zur Erhaltung des Friedens", so pflegt der Zweck aller Bündnisse und Abkommen von ihren Schließern bezeichnet zu werden. Dieses, das britisch-japanische Bündnis, kann man, ohne seinen Urhebern Unrecht zu tun, als ein Kriegsbündnis bezeichnen.

Die großen ostasiatischen Ziele der Politik Rußlands lagen schon seit Jahren klar zutage. Hätte nichts vorgelegen wie die südliche Abzweigung der sibirischen Bahn durch die Mandschurei nach Port Arthur, so würde das genügt haben, um zu erkennen, daß ein Konflikt zwischen Rußland einerseits, Großbritannien und Japan anderseits nur eine Frage der Zeit sein konnte. Außerdem handelte es sich keineswegs nur um eine politische und wirtschaftliche Durchdringung der Mandschurei, der Halbinsel Kwantung und Koreas, sondern auch um die Seeherrschaft im Gelben Meere, in der Japanischen See und damit in der Meerenge von Korea, welche diese beiden Gewässer verbindet. Der russische Plan war klar: weiterer Ausbau des nördlichen Hafens Wladiwostok, schleunigste Ausgestaltung im großen Stile des 1898 gepachteten Port Arthur, Neuerwerbung eines oder mehrerer Häfen der Halbinsel Korea. Die ganze russische Flotte, soweit sie als modern und kampfkräftig betrachtet wurde, sollte dauernd in den ostasiatischen Gewässern liegen und, gestützt auf die beiden genannten Basen, die Lage beherrschen. Hier lag der zweite Konfliktspunkt zwischen Rußland und Großbritannien. Keine britische Regierung konnte zugeben, daß eine fremde Macht — und gar Rußland! — die Seeherrschaft in Gewässern von solcher Bedeutung erlangte und dauernd innehielte. Auch deshalb war es für Großbritannien ein harter Schlag, als man erkennen mußte, daß das Deutsche Reich andere Wege ging als die, auf welchen das Londoner Kabinett es zu sehen

so heiß wünschte. Wäre es gelungen, Mißtrauen und tiefe Gegensätze zwischen das Deutsche Reich und Rußland zu bringen, so hätten gerade während dieser kritischen Periode die russischen Staatsmänner wahrscheinlich Bedenken getragen, die baltischen Küsten des Russischen Reiches von Kriegsschiffen so völlig zu entblößen. Was aber in den baltischen Gewässern zurückgehalten wurde, das schwächte die ostasiatische Position Rußlands und erleichterte diejenige Japans und Großbritanniens. Das gleiche galt von der russischen Armee.

Nun könnte als Argument gegen die Auffassung: Großbritannien habe gewünscht, die russische Stellung in Ostasien vernichtet zu sehen, vielleicht angeführt werden, daß das Bündnis mit Japan lediglich strenge Neutralität auflegte für den Fall, daß der andere es nur mit einem einzigen Gegner zu tun habe, Großbritannien also der japanischen Flotte von vornherein überließ, allein mit der russischen fertig zu werden. Darauf wäre das Folgende zu sagen: natürlich haben die britischen Staatsmänner und Marinefachleute nicht voraussehen können, daß die japanische die russische Flotte vernichten würde. Sie haben aber gewußt, daß die japanische Flotte mehr leisten würde als man gemeinhin annahm, und daß die russische Flotte nicht so imponierend war, wie sie aussah. Da aber die russische Flotte an Schiffszahl die japanische erheblich übertraf, so entstand dadurch scheinbar ein gewisser Ausgleich, und das Ergebnis der britischen Vorberechnungen dürfte gewesen sein, daß in einem Kampfe miteinander beide Flotten sehr bedeutend geschwächt hervorgehen würden. Das war auch das wünschenswerteste Ergebnis für England, viel wünschenswerter, als daß eine der beiden kämpfenden Flotten völlig vernichtet werden, die andere die ostasiatischen Gewässer beherrschen würde.

Wie Lord Salisbury in jener Zeit aussprach, hatten sich die englische und japanische Politik schon seit mehreren Jahren in engster Fühlung miteinander befunden, keiner Macht war es bekannter als gerade England, daß Japan seit dem Jahre 1896 unentwegt rüstete, um die Scharte von Schimonoseki auswetzen zu können. Rußland war von vornherein der Feind. Daß Korea vor allem das Ziel der japanischen Wünsche war, lag nicht nur an sich auf der Hand, sondern der Bündnisvertrag anerkannte ausdrücklich auch die politischen Interessen Japans auf dieser Halbinsel.

Rußland hatte nur äußerlich ziemlich klein beigegeben und in seinem Vertrage mit China die etappenweise Räumung der Mandschurei im Laufe der kommenden anderthalb Jahre versprochen. Die Entscheidung vertagte sich damit. Für Rußland war der Grund dieser Befristung wohl in erster Linie, daß man sich dann für den Krieg im fernen Osten bereit erachtete. Jetzt glaubte man weder zur See, noch auf dem Lande militä-

risch fertig zu sein. Dazu kam, daß die Bahn nach Port Arthur noch unvollendet war. In Würdigung des politischen Ernstes der Lage begann Rußland auch tatsächlich mit der Räumung einiger Teile der Mandschurei und legte gleichzeitig Wert auf wiederholte Erklärungen, daß alle Staaten der Welt von dem russischen Bahnbau im fernen Osten Nutzen haben würden. Im August 1903 wurde die „Statthalterschaft des fernen Ostens" eingerichtet, der Generaladjutant Alexejew wurde der erste Statthalter in dem Gebiete, welches das russische Amur-Generalgouvernement und das Kwantunggebiet umfaßte. Die Stellung dieses Statthalters war eine überaus unabhängige und erstreckte sich sogar auf den diplomatischen Verkehr und auf den Oberbefehl über sämtliche russischen Streitkräfte des fernen Ostens zu Lande und zur See. Kurz darauf beantragte die russische Regierung bei der chinesischen einen Aufschub der Räumung der Mandschurei um sechzehn Monate über den vereinbarten Termin hinaus. Ein zweiter verhängnisvoller Schritt war die russische Anregung bei der koreanischen Regierung, einen Staatsvertrag über eine private Waldpachtung russischer Spekulanten am Jalu abzuschließen. Diese Pachtung datierte seit 1896 und sollte nominell nur zu Holzhandelszwecken dienen. Durch den Staatsvertrag wollte die russische Politik als solche an der Wurzel Koreas Fuß fassen. Im August 1903 legte ihrerseits die japanische Regierung der russischen einen Vertragsentwurf vor, der im großen und ganzen darauf hinauskam, Rußland von Korea fernzuhalten und die dortigen Interessen Japans anzuerkennen, während Japan diejenigen Rußlands in der Mandschurei anzuerkennen bereit war. Dabei sollten die Unabhängigkeit und die Integrität Chinas sowohl wie Koreas anerkannt werden. Die russische Regierung antwortete darauf mit der Ablehnung, sich auf die Souveränität und die territoriale Integrität Chinas zu verpflichten, weigerte sich, die Gleichberechtigung aller Nationen für den Handel in der Mandschurei anzuerkennen und verlangte verschiedene Einschränkungen für die japanische Wirksamkeit in Korea. In dem Hin und Her des russischerseits nach Möglichkeit verschleppten Notenverkehrs verlangte Rußland schließlich von Japan die Erklärung, daß die Mandschurei und deren Küsten außerhalb der japanischen Sphäre lägen, ferner die Errichtung einer neutralen Zone zwischen dem mandschurischen und dem koreanischen Gebiete. Die japanische Regierung wiederholte das Verlangen an Rußland, ihre definitiven Vorschläge nochmals zu prüfen und drängte ständig — ohne Erfolg — auf Beschleunigung des Notenwechsels. Am 28. Januar teilte der japanische Gesandte in Petersburg dem Grafen Lambsdorf mit, daß eine weitere Verzögerung der Antwort ernste Gefahren in sich schlösse. Der Minister erklärte, er werde sein möglichstes tun, um am 2. Februr 1904 die Antwort zu geben. Sie erfolgte nicht, und als der Minister sich

außerstande bezeichnete, das Datum bestimmt anzugeben, erklärte am 5. Februar die japanische Regierung, sie sehe die Lage als unhaltbar an und habe den Abbruch der Verhandlungen beschlossen. Am 8. Februar abends überfielen japanische Torpedoboote Teile der russischen Flotte auf der Reede von Port Arthur, nachdem am 7. schon japanische Truppen an der Südostspitze von Korea gelandet waren. —

Der Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Ostasien hatte begonnen. Sein Verlauf bedeutete für Japan eine Lebensfrage. Naturgemäß schoben die beiden Mächte in verschiedenen diplomatischen Runderlassen die eine der anderen Vertragsbruch, Illoyalität und alles mögliche andere zu. Das konnte weder an dem Verlaufe des Krieges, noch an der Haltung der übrigen Mächte etwas ändern. Sie erklärten sämtlich ihre Neutralität.

Wie Rußland die Stellung der Mächte damals auffaßte, ist in dem Generalstabswerke über den Krieg in charakteristischer Weise dargelegt worden:

„England als Verbündeter Japans war in jenen Tagen unser Hauptfeind. Durch Abschluß des Bündnisses mit Japan hatte es diesem sowohl moralische als auch materielle Unterstützung erwiesen, denn es bot ihm jenen Rückhalt, ohne dessen Vorhandensein sich die Japaner schwerlich zu ihrem verzweifelten und energischen Vorgehen entschlossen hätten.“ England habe verschiedentlich auch während des Krieges seine versprochene Neutralität beiseite gelassen. — Die Vereinigten Staaten seien zunächst durchaus auf seiten Japans gewesen, „erst im Laufe der Zeit begann die feindselige Stimmung Amerikas sich allmählich zu legen, und viele Amerikaner erkannten, daß die wirklichen Interessen der Vereinigten Staaten einen Sieg nicht der japanischen, sondern der russischen Waffen verlangten.“

„In dem im fernen Osten begonnenen Kampf war der Rücken Rußlands, der sich in diesem Falle an die Westgrenze lehnte, gesichert. Deutschland und sein Monarch verblieben treu den Traditionen, die die Häuser Romanow und Hohenzollern von alters her verbanden. Kaiser Wilhelm erkannte den Heroismus der russischen Armee an und war selbst in Kleinigkeiten bemüht, sein Wohlwollen gegen Rußland und seine Vertreter zu beweisen. Da wir indessen befürchteten, daß unter dem Lärm des russisch-japanischen Kampfes auch in Europa selbst Verwickelungen entstehen möchten, so konnten wir uns lange nicht entschließen, an die Gefahrlosigkeit unserer europäischen Grenze zu glauben, weshalb wir in den ersten Monaten des Krieges von europäischen Truppen nur zwei Reservedivisionen zu verwenden wagten, von denen letztere für den Feldzug ungenügend vorbereitet waren.“

Frankreich habe versucht, bei wohlwollender Neutralität sich nützlich zu erweisen, aber natürlich nicht viel ausrichten können, weil es sonst England gegen sich auf den Plan gerufen haben würde. „. . . Über gewisse Dienste hinaus konnte Frankreich nicht gehen; seine Beteiligung am Kampfe würde sofort England veranlaßt haben, kraft des englisch-japanischen Vertrages für seinen Verbündeten einzutreten; das aber hätte wieder einen allgemeinen Krieg hervorrufen können."

Von Bedeutung für die Beurteilung nicht nur der russischen Verhältnisse, sondern auch der deutschen Politik sind auch die folgenden Bemerkungen des Generalstabswerkes: „Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß in politischer Beziehung der Krieg nicht vorbereitet war. Wir hatten die Sympathien vieler Völker für uns, damit aber war auch die Sache abgetan. Die Beziehungen derjenigen Staaten zu uns, die für den bevorstehenden Kampf die größte Bedeutung hatten, waren entweder feindselig oder wenig geklärt. Als Folge hiervon ergab sich, daß wir kein festes Vertrauen weder bezüglich unseres Rückens in Europa, noch unserer rechten Flanke auf dem Kriegsschauplatze selbst hatten. Keinen einzigen Verbündeten für den Fall eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Japan hatten wir uns verschafft, die Strategie erhielt keine Hilfe von der Politik." Letzteres sei wohl daher gekommen, weil die russische Politik geglaubt habe, immer wieder Japan beschwichtigen zu können und selbst keinen Krieg gewollt habe. Das dürfte richtig sein, denn Rußland unterschätzte die Japaner wohl noch mehr als der übrige Teil Europas.

Die Bemerkungen, welche Deutschland betreffen, zeigen trotz der Anerkennung der Haltung des Deutschen Kaisers ein starkes Mißtrauen gegen die deutsche Politik. Der Generalstab sagt, man habe kein festes Vertrauen bezüglich unseres Rückens in Europa gehabt. Es ist wunderbar, daß die deutsche Politik diesem Bedürfnisse der russischen nicht entgegengekommen zu sein scheint. Immerhin läßt sich nicht darüber urteilen, denn es ist nicht bekannt, ob irgendwelche deutsch-russischen Verhandlungen stattgefunden haben. Hier sei nur ein Punkt kurz berührt, nämlich der Vorwurf, daß die deutsche Politik durch den Ausbruch des ostasiatischen Krieges überrascht worden sei. Dieser Vorwurf ist damals vom Fürsten Bülow als unbegründet zurückgewiesen worden. Auch heute wird das Urteil darüber gerechterweise schwerlich anders lauten können. Vielleicht hat England vorher genauere Kunde von den japanischen Plänen gehabt, im übrigen sind aber alle Mächte völlig überrascht worden, in erster Linie Rußland selbst. Am Tage des japanischen Überfalles bei Port Arthur noch waren die leitenden Staatsmänner in St. Petersburg davon überzeugt, daß der Friede erhalten würde. Die Vertreter der Mächte in Tokio, abgesehen wieder vielleicht von dem britischen,

haben gleichfalls mit Bestimmtheit nichts über die Absichten Japans in Erfahrung bringen können. Sie wußten zwar längst, daß Japan rüstete und daß es eine starke Kriegspartei gab; ob aber die japanische Regierung die Absicht hatte, zu einem bestimmten Zeitpunkte loszuschlagen, das vermutete niemand und konnte niemand vermuten. Man kannte Japan damals noch weniger als heute, dachte nicht an eine sorgfältig überlegte Überraschung wie die von Port Arthur und hatte wohl überhaupt ernstlich nicht für möglich gehalten, daß Japan beabsichtige, aus eigener Initiative auf das Ganze zu gehen.

Der Beginn des Russisch-Japanischen Krieges bezeichnet den Ausbruch der Krisis im fernen Osten, die sich seit dem Frieden von Schimonoseki 1895 vorbereitet hatte. Sie leitete nicht nur eine neue politische Ära in Ostasien ein, sondern wurde auch die Ursache für bedeutende und tiefgreifende Änderungen der europäischen Lage. Um die Linien der Entwicklung bis zum Kriege klar und ununterbrochen zu zeigen, hat dieses Kapitel vorgreifen müssen. Wir kehren jetzt zum Stande der Dinge in Europa kurz vor der Jahrhundertwende zurück.

Dritter Abschnitt.

Vor und nach Algeciras.

1903–1908.

Die „glücklich vollendete Annäherung".

Die „Schmach von Faschoda" hatte dem französischen Minister Mr. Delcassé die Möglichkeit gegeben, auf kolonialem Gebiete mit England reinen Tisch zu machen und — neben den direkt damit verbundenen Zielen — politische Kräfte und Möglichkeiten frei zu bekommen, um sich energisch nach anderen Seiten zu wenden. Eine solche Seite war vor allem das Mittelmeer.

Durch den Handelsvertrag mit Italien war das Eis endgültig gebrochen worden, schon hatte der derzeitige italienische Minister des Auswärtigen von der „herzlichen Freundschaft und dem Verständnisse zwischen den beiden rassengleichen Völkern" gesprochen. Hier galt es, weiter zu arbeiten, zumal die Gelegenheit für Frankreich dauernd günstig war. Italien sah sich von Großbritannien wie von Frankreich umworben, sah gleichzeitig das deutsch-englische Verhältnis schlechter werden: die Folgerung war für die Entwicklung der Mittelmeerpolitik einfach. Beide Westmächte hatten, 1899 und 1902, Italien Tripolis gewissermaßen reserviert. Frankreich zeigte im besonderen andauernd edles Mitgefühl für das von den beiden anderen Dreibundmächten so stiefmütterlich behandelte Italien, welches gezwungen würde, eine unerträglich schwere Rüstung zu tragen und tatsächlich gar keinen Nutzen davon habe. In Wirklichkeit war die Sache so gewesen, daß Italien es allein dem Dreibunde zu verdanken hatte, wenn es in den zehn Jahren des Handelskrieges mit Frankreich wirtschaftlich nicht ruiniert worden war, sondern im Gegenteil gedieh. Diese Erkenntnis war während jener zehn Jahre auch für italienische Staatsmänner, die ihrer persönlichen Neigung nach dreibundfeindlich und franzosenfreundlich empfanden, ein zwingender Grund, nicht nur am Dreibunde festzuhalten, sondern ihm auch dem Geiste nach sogar in allen Abzweigungen des Hauptstammes der italienischen Politik treu zu bleiben. Nach Herstellung freundlicher Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich wurde dieses Band wesentlich schwächer und loser.

Dazu kam die geschickte Bearbeitung der italienischen Volksstimmung durch die Franzosen. Nicht nur daß man in der französischen Presse auf das sorgfältigste vermied, die Italiener zu kränken oder mißtrauisch zu machen, und daß man ebenso sorgfältig und gewandt ihnen zu schmeicheln wußte, sondern es gelang auch, auf die italienische Presse selbst einen ganz außerordentlichen Einfluß zu gewinnen. Der damals neue französische Botschafter in Rom, ein früherer Journalist, Mr. Barrère, konnte sich das Verdienst zuschreiben, gerade auf diesem Wege der Beeinflussung der öffentlichen Meinung große Erfolge erzielt zu haben. Barrère gelang es auch im Januar 1900, ein Grenzabkommen zwischen Assab und Obok, den italienischen bzw. französischen Besitzungen an der Küste des Roten Meeres, zustande zu bringen, nachdem Grenzstreitigkeiten hier seit dem Jahre 1891 stattgefunden hatten. 1898 hatte ein französisches Kanonenboot bei Raheita Matrosen gelandet, die die italienische Grenze überschritten. Der Zwischenfall, welcher schon in den Beginn der freundschaftlichen Periode der italienisch-französischen Beziehungen fiel, führte zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, zum Abkommen und zur endgültigen Beseitigung auch dieser Reibungsfläche zwischen den beiden Mächten.

Am 8. April 1898 traf unter Führung des Herzogs von Genua ein italienisches Geschwader in Toulon ein und wurde dort vom Präsidenten Loubet begrüßt. Der Herzog schätzte sich in seiner Ansprache glücklich, auf Frankreich und seine Waffen zu Wasser und zu Lande zu toasten. Präsident Loubet dankte für diese Sympathie und erklärte sich tief gerührt durch den Freundschaftsbeweis, welchen Italien hiermit gegeben habe. Delcassé unterstrich kurz darauf im Parlament diesen Besuch als „unzweideutige Bekundung der herzlichen Beziehungen, die sich während der beiden letzten Jahre zwischen den beiden Nationen entwickelt“ hätten. Um dieselbe Zeit spielte sich in Österreich-Ungarn ein Vorfall ab, welcher auf die Tätigkeit Delcassés ein interessantes Licht warf: Es wurde plötzlich bekannt, daß der Führer der ungarischen Unahbängigkeitspartei, v. Ugron, mit Delcassé zusammen eine Aktion gegen den Dreibund ins Werk zu setzen versucht hatte. Ugron bzw. ein in Paris lebender Vertreter von ihm war mit Delcassé in Beziehungen getreten, zunächst wegen der Gründung einer neuen ungarischen Partei, welche die „Freundschaft zu Rußland und Frankreich“ politisch propagieren sollte mit dem Endziele eines französisch-russisch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Zu diesem Zwecke sollte zunächst eine Bank in Ungarn mit französischem Gelde gegründet werden. Es mag dahingestellt bleiben, ob jener Plan — der durch sein öffentliches Bekanntwerden vereitelt wurde — sehr geschickt angelegt gewesen ist, aber sein Vorhanden-

sein war bezeichnend für die Betriebsamkeit, mit der Delcassé die dreibundfeindlichen Bestrebungen in Österreich-Ungarn, besonders in Ungarn, im französischen Interesse auszunutzen versuchte.

Gegen den Dreibund wurde von seinen Gegnern mit Hochdruck gearbeitet. Die Erneuerung des Vertrages stand für das Jahr 1902 bevor, und in Frankreich glaubte man den Augenblick gekommen, ihn sprengen zu können. Man setzte besondere Hoffnungen auf die Folgen des Ministerwechsels in Italien, zumal der neue Minister des Auswärtigen, Herr Prinetti, Anfang der neunziger Jahre sich als Gegner der Dreibundpolitik erklärt hatte. Es war bezeichnend, daß man kurz nach dem italienischen Ministerwechsel in dem halbamtlichen deutschen Organe, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" für nötig hielt, gegen die Legenden Front zu machen, welche über den Inhalt des Dreibundes von französischer Seite in Umlauf gebracht wurden. Das genannte Blatt stellte fest: Die Verbündeten Italiens hätten niemals Italien Bedingungen oder Wünsche wegen Verwendung der italienischen Armee auferlegt; der Dreibundvertrag lasse allen drei Mächten volle Freiheit in der Festsetzung ihrer Streitkräfte, sie könnten diese auch vermindern, wenn sie wollten; die Festsetzung der Streitkräfte sei eine innere Angelegenheit der betreffenden Staaten. Es sei also eine Legende, wenn behauptet werde, daß Italien Finanzschwierigkeiten aus Dreibundverpflichtungen erwachsen seien. Solche Verpflichtungen gäbe es eben nicht. — Das waren gerade diejenigen Argumente, mit denen die italienischen und französischen Dreibundfeinde arbeiteten: Italien werde durch die Dreibundverpflichtungen finanziell ruiniert, und der Dreibundvertrag verpflichte es, gegen das befreundete Frankreich zu marschieren. Ein französisches Argument war es auch, welches der italienische Deputierte Herr Barzilai im Sommer 1901 geltend machte: Der Dreibund habe Italien das „Gleichgewicht im Mittelländischen und Adriatischen Meere" nicht verbürgen können, er habe auch nicht verhindert, daß Rußland und Österreich sich die Balkanhalbinsel „geteilt hätten" und auf Verdrängung Italiens aus dem Oriente arbeiteten (das Mürzsteger Abkommen 1903). Damit wurde eine neue Seite der italienischen Politik in prägnanter Weise hervorgehoben: das „Gleichgewicht im Adriatischen Meere" und die Ansprüche Italiens auf Balkangebiete.

An anderer Stelle wurde ausgeführt, wie vor dem Berliner Kongresse Bismarck und Lord Derby Italien Albanien anboten, und wie durch eine fehlerhafte Politik die derzeitigen leitenden Staatsmänner Italiens sowohl Albanien wie während des Berliner Kongresses auch Tunis verscherzten. Daß der Blick der Italiener sich später dann wieder auf Albanien richtete, hatte Gründe verschiedener Art:

Das niemals vertrauensvolle Verhältnis zwischen Italien und Österreich-Ungarn und zumal die fortwährenden Treibereien der Irredenta gaben den Italienern Anlaß, diejenige militärische Lage geographisch ins Auge zu fassen, welche in einem italienisch-österreichischen Kriege bestehen würde. Die Betrachtung dieser Lage mußte ohne weiteres ergeben, daß Österreich-Ungarn im Besitze der albanischen Küste ganz außerordentliche Vorteile Italien gegenüber haben würde. Übertrieben war es naturgemäß, wenn diese Vorteile als Beherrschung der Adria bezeichnet wurden, denn eine Meeresfläche kann nicht durch Küstenplätze allein beherrscht werden, sondern nur durch Kriegsflotten, welche sich auf Küstenplätze stützen. Immerhin: es war eine Zukunftsmöglichkeit und damit eine Zukunftssorge.

Die italienische Orientpolitik hat im übrigen viel geschwankt. Nur Crispi hatte hier große Konzeptionen, die er auch eine Zeitlang mit einem gewissen Erfolge zu verwirklichen bestrebt war. Crispi wünschte in einem Briefe, der noch zu seinen Lebzeiten veröffentlicht wurde, einen Balkanbund mit Konstantinopel als Hauptstadt eben dieses Bundes. Der Sultan sollte nach Asien hinübergeschoben werden, die türkische Herrschaft aus Europa verschwinden. Auf diese Weise dachte er vielleicht weniger an eine albanische Frage an sich als: die Adriafrage für Italien ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Wie sich die Zeiten geändert hatten, ging aus einer Rede des italienischen Deputierten Imbriani hervor, der im Jahre 1896 dem Dreibunde vorwarf, er hindere Italien daran, seine legitimen Aspirationen auf Albanien geltend zu machen. Im selben Jahre fand die Hochzeit des damaligen Thronfolgers, jetzigen Königs von Italien, mit einer Tochter des Fürsten von Montenegro statt. Welche Gründe und Motive auch sonst für diese Heirat maßgebend gewesen sind, — vom italienischen Volke, und zwar bis in die höchsten politischen Kreise hinauf wurde sie mit weitgesteckten transadriatischen Zielen Italiens in Verbindung gebracht.

Eine starke Triebfeder für die Wünsche nach einer solchen Politik bildete die große Menge von Albanern auf italienischem Boden. Diese umfassen heute ungefähr 220 000 Seelen, sind schon lange in Italien ansässig und haben sich zum Teil mit der italienischen Bevölkerung vermischt. Hervorragende Italiener stammen ganz oder teils aus albanischem Blute; auch Italiens großem Staatsmanne Crispi wurde — mit Recht oder mit Unrecht — albanische Abkunft nachgesagt. Wenn nun auch, wie an anderer Stelle ausgeführt worden ist, Crispi keinen Wert auf Albanien gelegt hat, so ist doch die Tatsache unumstößlich und von erheblicher Bedeutung, daß eben jener albanische Einschlag der italienischen Bevölkerung in hohem Maße dazu beigetragen hat, daß sich das Interesse Italiens immer mehr auf Albanien lenkte.

Angesichts dieses Standes der Dinge erkannte Delcassé leicht, wo der Hebel anzusetzen sei. Die französische Regierung hatte 1899 Italien die erwähnten Zusicherungen für die politische Zukunft von Tripolis gegeben. Die italienischen Wünsche waren nirgends ein Geheimnis. 1902 wurde dieses Abkommen erweitert. Frankreich vergab damit etwas, was ihm nicht gehörte und auch nicht eigentlich in seinem Machtbereiche lag. Insofern erschien damals das Desinteressement Frankreichs billig. Anderseits war aber die französische Regierung wie später weit davon entfernt, ein italienisches Tripolis für wünschenswert zu halten. Tripolis grenzt an das französische Tunis, und dieses war schon damals mit Italienern angefüllt gegenüber einem verschwindenden Bruchteil von Franzosen. Eine italienische Nachbarkolonie mußte also für das französische Tunis eo ipso eine Gefahr bedeuten. So galt es, Italien von Tripolis abzulenken, immer unter der Versicherung, daß Frankreich sich freuen werde, wenn die italienische Flagge über Tripolis wehen würde. Mit großer Geschicklichkeit haben es damals Delcassé und Barrère verstanden, die „legitimen Aspirationen“ Italiens in Albanien und die irredentistischen Leidenschaften gegen Österreich zu entflammen, um so die Zusammenhänge des Dreibundes zu erschüttern. Die französische Presse jener Zeit war voll von Lobpreisungen und eingehenden Beschreibungen der zivilisatorischen Arbeit Italiens nicht nur in Albanien, sondern auch in Mazedonien. Die Italiener albanischen Blutes stellten offen das Programm auf: Albanien müsse durch Italien zivilisiert und befreit und dann als selbständige italienische Provinz organisiert werden. Der alte italienisch-österreichische Gegensatz verschaffte diesem Programme wachsende Volkstümlichkeit.

Um 1902 sollte, wie man wußte, der Dreibund erneuert werden, und dazu setzte man von Frankreich aus im Sinne des Wortes alle Hebel in Bewegung, um Italien zu bewegen, seine Zugehörigkeit zum Dreibunde aufzugeben oder den Vertrag derart abzuändern, daß der Bund überhaupt seinen Charakter als solcher verloren hätte. In den italienischen Kammern fanden erregte Debatten statt, desgleichen wurden in der Presse Italiens die Fragen variiert: ob Italien mehr Lasten als Nutzen vom Dreibunde habe, ob das Bündnisverhältnis nicht die Freundschaft zu Frankreich schädigte, ob das friedliche Italien nicht durch den Dreibund in einen Krieg getrieben würde, ob schließlich die albanischen Interessen Italien genügend sichergestellt wären.

Im März 1902 weilte der deutsche Reichskanzler Fürst Bülow in Venedig und traf dort mit dem italienischen Ministerpräsidenten Prinetti zusammen. Nach gleichzeitigen halbamtlichen Äußerungen der italienischen und österreichischen Presse hat die Erneuerung des Dreibundes

damals den Gegenstand sehr ernster Unterhaltungen zwischen den Vertretern der beiden Staaten gebildet. Ende Juni wurde aus Berlin halbamtlich gemeldet, daß vom deutschen Reichskanzler, dem österreichischen und dem italienischen Botschafter in Berlin die Erneuerung des unveränderten Dreibundvertrages unterzeichnet worden sei. Daß die Erneuerung in unveränderter Form erfolgt war, hat Fürst Bülow 1903 im Reichstage ausdrücklich festgestellt. In derselben Rede erklärte er, daß dieses Mal die Erneuerung des Dreibundes nicht anstandslos und nicht ohne Schwierigkeiten zustande gekommen war; der Dreibund habe in Österreich und in Italien Gegner, dazu kämen die dreibundfeindlichen Strömungen außerhalb der Dreibundstaaten, „welche die Erneuerung des Dreibundes zu hintertreiben suchten". Fürst Bülow betrachtete diese Tatsache als so offenkundig, daß er den Reichstagsabgeordneten sagte, sie würden den Quertreibereien des vergangenen Frühjahrs und Vorsommers in Italien, Frankreich und England entnommen haben, daß „etwas los war". Ein Jahr vorher hatte Bülow in Bezugnahme auf die französisch-italienischen Mittelmeerabmachungen seine bekannte Wendung gebraucht in bezug auf Italien: „In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem anderen eine unschuldige Extratour tanzt. Die Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht, und sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat. . ." Fürst Bülow fügte die Bemerkung hinzu, daß „der Dreibund nicht mehr eine absolute Notwendigkeit" sei. Im Jahre darauf, nachdem der Vertrag erneuert worden war, erklärte er, daß jene Bemerkung nicht unwesentlich zur unveränderten Erneuerung des Dreibundes beigetragen habe. Heute wird man diesen Standpunkt des damaligen Kanzlers als richtig anerkennen müssen, sowohl tatsächlich als auch rein taktisch.

Authentische Einzelheiten weiß man von den Schwierigkeiten natürlich nicht, welche damals überwunden werden mußten, aber es wird wohl richtig sein, wenn der österreichische Historiker Friedjung im Herbst 1913 schrieb: Italien habe vor der Dreibunderneuerung wesentliche Abänderungen verlangt, Bülow und Goluchowski hätten aber kategorisch erklärt: entweder unveränderte Erneuerung oder überhaupt keine Erneuerung. Darauf habe Italien denn die unveränderte Erneuerung vorgezogen. In italienischen Blättern freilich las man eine andere Sprache, und die halbamtliche „Tribuna" schrieb drei Monate vor der Erneuerung des Vertrages, unmittelbar nach der Zusammenkunft Bülow-Prinetti: der Reichskanzler habe sich „geneigter denn je gezeigt, unseren Wünschen nicht entgegen zu sein" und das Bündnis fortzusetzen, das für so viele Jahre für ganz Europa den Frieden garantiert habe. „Die direkten

Ziele unserer Politik sind Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer und am Balkan, die Sicherheit, daß keine andere Macht Tripolis besetzen kann außer Italien, und daß sich keine Veränderung jenseits der Adria vollziehen kann ohne die Zustimmung Italiens.“ — Diese Bemerkung bezog sich auf Albanien und Mazedonien und auf ein Sonderabkommen mit Österreich-Ungarn. Fürst Bülow dementierte dagegen im folgenden Jahre die Andeutung der „Tribuna“, als ob die Erneuerung des Dreibundes mit wirtschaftlichen Fragen verknüpft und „mit irgendwelchen zollpolitischen Zugeständnissen erkauft worden sei“. — Das war von einem Abgeordneten behauptet worden.

Nach der Erneuerung des Dreibundes fanden in der italienischen Kammer wiederum lange Debatten über den Dreibund statt, und der neue Ministerpräsident di Rudini erklärte: Dank des Dreibundes könne Italien darauf rechnen, daß selbst außerhalb Albaniens sich keine Kombination ohne sein Wissen und zu seinem Nachteile in den Balkanstaaten verwirklichen könne. Dagegen tat Rudini den vieldeutigen Ausspruch: man könne hinsichtlich Italiens zugeben, daß nach dem Einvernehmen mit Frankreich hinsichtlich des Mittelländischen Meeres diejenige Besorgnis an Bedeutung verloren habe, welche seinerzeit den Eintritt Italiens in den Dreibund bestimmte. — Dieser Satz zeigte die Größe des politischen Umschwunges während der letzten zehn Jahre. Damals war es die Furcht vor Frankreich und waren es die den französischen Interessen entgegengesetzten afrikanischen Aspirationen Italiens, welche das italienische Volk zum Dreibunde, und zwar mit aller Aufrichtigkeit schwören ließen. Zur See im Mittelländischen Meere und an dessen Gestaden verbürgte die Flotte des dreibundfreundlichen Großbritanniens den status quo gegen alle französischen Störungsversuche und Gefahren.

1902 waren de facto die englisch-französischen Zwistigkeiten bereits beigelegt, nur die feierliche Besiegelung fehlte noch. Frankreich und Italien lebten ungefähr im Stande der entente cordiale miteinander, Großbritannien war nicht mehr dreibundfreundlich, sondern es hatte getan, was es konnte, um die Erneuerung des Bündnisvertrages durch Italien zu hintertreiben. Gewiß, dieses Hauptziel war nicht erreicht worden. Italien hatte, vor die schroffe Alternative unveränderter Erneuerung oder die Aufgabe des Vertrages gestellt, die Erneuerung vorgezogen. Die italienischen Staatsmänner konnten sich, so wenig Sympathien sie zum Teil dem Dreibunde entgegenbrachten, doch nicht verhehlen, daß die Aufgabe eine große Torheit sein würde, und zwar einmal wegen der tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteile, die sich zwar nicht aus dem Dreibundvertrage selbst ergaben, wohl aber mittelbar aus den Beziehungen zu den beiden Mächten, mit denen der Vertrag bestand. Des

ferneren waren die italienischen Staatsmänner klug genug, um zu würdigen, daß die internationale Stellung Italiens durch die Aufgabe des Dreibundes enorm verlieren, daß es in unmittelbarer Folge in die Vasallenschaft Frankreichs geraten würde. Im 1. Abschnitt sind die grundsätzlichen Dreibundbeziehungen Italiens und ihrer Entwicklung ausführlich erörtert worden.

Man kann nicht bestreiten, daß die Erneuerung des Bündnisvertrages im Sommer 1902 ein Erfolg der deutschen Politik war. Auf der anderen Seite aber war ebensowenig zu bezweifeln, daß der Dreibund nicht mehr dasselbe wie früher war. Wäre um jene Zeit ein Krieg ausgebrochen, so würde man das wahrscheinlich in wenig vorteilhafter Weise erfahren haben. Auch bei größter Loyalität, die man ohne weiteres beim Könige von Italien voraussetzen konnte, wäre die italienische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach gar nicht in der Lage gewesen, der franzosenfreundlichen Volksstimmung genügend Widerstand leisten zu können, um die im Kriege Italien obliegenden Bündnisverpflichtungen dem Worte und dem Geiste nach auch nur annähernd erfüllen zu können. Gewiß hatte Fürst Bülow formal recht, wenn er sagte: italienisch-französische Abmachungen hinsichtlich der Mittelmeerverhältnisse berührten die Verpflichtungen Italiens zum Dreibunde nicht, und ebensowenig die italienisch-französische Freundschaft, denn der Dreibund sei eine Versicherungsgesellschaft, keine Erwerbsgesellschaft, er wolle sich nur verteidigen, aber niemanden angreifen. Die Tatsache blieb aber bestehen, daß der Bundesgenosse des Deutschen Reiches nicht nur eng befreundet mit derjenigen Macht war, deren Angriff das Bündnis galt, sondern eben mit dieser Macht ein Abkommen geschlossen hatte, welches Italien ihr gegenüber zu Diensten verpflichtete, zu Diensten für Frankreichs marokkanische Politik. Ein verpflichtendes Abkommen solcher Art, und dabei die verbürgte Hoffnung, derart selbst einst einen großen Vorteil zu erlangen, das mußte den Geist aus den italienischen Dreibundverpflichtungen ziemlich gründlich heraustreiben. Die rückbleibende Form genügte noch eben für vorsichtigen Friedensgebrauch, wenn man gegenüber den von Frankreich stets emsig geschürten Ausbrüchen der Österreichfeindlichkeit und den transadriatischen Plänen Italiens gegenüber die Augen zudrücken wollte.

Die Politik des Deutschen Reiches hatte nicht verhindert und — wie sie war — nicht verhindern können, daß es so weit kam. Fürst Bülow hat in mehrfacher Wiederholung betont, daß der Dreibund und das Deutsche Reich im besonderen an den Mittelmeerverhältnissen kein Interesse hätten. Sachlich betrachtet war diese Behauptung unrichtig. Wenn nicht am Mittelmeere selbst, so mußte die Politik des Deutschen

Reiches doch an der Mittelmeermacht Italien das allergrößte Interesse nehmen und an allem, was deren Politik betraf, ganz besonders aber auch an den Beziehungen Italiens zu Österreich-Ungarn. Ob und wie es möglich gewesen wäre, diese sicher überaus schwierige und im Rahmen der sonstigen Politik verwickelte Aufgabe zu lösen, muß dahingestellt bleiben. Die Feststellung genügt, daß sie nicht gelöst wurde, und daß eine der wesentlichen Ursachen dieses Mißerfolges in der Ohnmacht zur See aller Dreibundstaaten enthalten lag. Die Flotten Frankreichs und Englands zusammen beherrschten Mittelmeer, Atlantischen Ozean und Nordsee absolut.

Der König von Italien besuchte kurz nach Erneuerung des Dreibundvertrages Berlin, ein Ereignis, das angesichts der häufigen Monarchenbesuche innerhalb des Dreibundes und besonders jetzt nach dem Abschluß ohne besondere Bedeutung war. Erheblicher war die Bedeutung der Reise des Königs und der Königin nach London, wo in den Tischreden König Victor Emanuels und König Eduards mit Nachdruck auf die „Freundschaft der beiden Nationen" hingewiesen wurde, eine Freundschaft übrigens, die tatsächlich keinen Augenblick unterbrochen gewesen war. Italien hatte in der griechischen Frage 1897 auf seiten der englischen Politik gestanden, es war 1900 dem deutsch-englischen Yangtsevertrag beigetreten und stand nachher in der Mandschureifrage auf der Seite Englands. Italien hatte nie aufgehört, in England den alten und mächtigen Garanten seiner Mittelmeerstellung zu erblicken.

Ein Ereignis von hoher politischer Bedeutung aber war der Besuch König Victor Emanuels und der Königin in Frankreich im Herbst 1903. Der Präsident Loubet erklärte in seinem Trinkspruche: Frankreich sei sich der Bedeutung dieses Besuches bewußt, er sei eine glänzende Kundgebung des engen Einvernehmens, und man könne gewiß sein, daß beide Länder hinfort mit gegenseitigem Vertrauen und mit demselben guten Willen ihrer nationalen Aufgabe nachgingen. Der König sagte u. a.: „Wie Sie, Herr Präsident, sehe ich in einem solchen Empfange etwas mehr als eine einfache Kundgebung dieser ausgesuchten Höflichkeiten, die eine der traditionellen Eigenschaften der edlen französischen Nation ist. Mit Recht sieht Frankreich meine Gegenwart als ein natürliches Ergebnis des zwischen unseren beiden Ländern glücklich vollendeten Werkes der Annäherung an."

„Glücklich vollendete Annäherung!" Diese Wendung war in der Tat nicht derart, daß sie die Staatsmänner der beiden andern Dreibundmächte kalt lassen konnte. Um das Ergebnis einer konsequenten Politik handelte es sich, nicht um eine „Extratour"; deutscherseits um eine Politik des laissez aller, laissez faire, die der Dreibund auf die Dauer

nicht ertragen konnte. König Victor Emanuel hatte aber recht, denn das Werk der Annäherung zwischen Italien und Frankreich war tatsächlich vollendet, es stand auf dem festen Boden eines Abkommens, bei dem jeder zu gewinnen hoffte, und aller jener anderen Faktoren und Momente, deren wir Erwähnung getan haben.

König Eduards Anfänge — Reibungen.

Im Januar 1901 war Königin Viktoria von England gestorben, König Eduard VII. bestieg den Thron. Sein erster Besuch galt dem portugiesischen Hofe, und eben diesen ersten Besuch nahm der König zum Anlasse einer für die damals Wissenden hochpolitischen Erklärung. Er sagte: die beiden Länder möchten Seite an Seite weiter wandeln und durch Einmütigkeit der Handelspolitik gemeinsam beitragen „zur Ausdehnung des Handels in unseren beiden Ländern und in unseren Kolonien, deren unangetastete Aufrechterhaltung der Gegenstand meiner teuersten Wünsche und meiner Bestrebungen ist“. Diese mit so großem Nachdrucke gebrauchte Wendung konnte sich nur auf den englisch-deutschen Delagoavertrag von 1898 beziehen. König Eduards Worte brachten zum Ausdruck, daß er nicht den Eintritt einer Lage wünschte, die den Vertrag akut werden ließ. Seine Wendung mußte in Portugal den Eindruck hervorrufen, als ob der König von England seinen Schild über die vom raubgierigen Deutschen Reiche bedrohten portugiesischen Kolonien hielte.

Unmittelbar darauf besuchte König Eduard den König von Italien und den Papst und ging darauf nach Frankreich. Am 2. Mai 1903 traf der König in Paris ein, unbekümmert um die starke antienglische Strömung, die in der Bevölkerung nicht nur, sondern in den weitesten politischen Kreisen Frankreichs bestand. König Eduard hatte die Franzosen richtig eingeschätzt, war ohne Zweifel sehr genau über Delcassés Ziele und Wünsche unterrichtet und hinterließ den besten Eindruck in Frankreich. Vier Wochen darauf machte der Präsident Loubet in Begleitung Delcassés seinen Gegenbesuch in London. Die Reise der beiden Staatsmänner wurde von einem begeisterten Beifallchor der britischen Presse begleitet. Seit fünfzig Jahren betrete zum erstenmal wieder ein Staatsoberhaupt Frankreichs großbritannischen Boden, möchte dieser Besuch von wohltätigen Folgen für die beiden Länder sein! — Die Trinksprüche waren nicht weniger bemerkenswert und überraschend für die nicht eingeweihte politische Welt. König Eduard sagte, die Gesinnung Frankreichs ihm gegenüber habe sich als wahrhaft freundlich gezeigt; die beiden Länder, die so nahe aneinander lägen, müßten auch die besten Nachbarn

sein. Loubet sprach von der Aufrechterhaltung der Beziehungen, die immer enger geknüpft werden müßten. Das Abschiedstelegramm König Eduards enthielt den Satz: „Es ist mein heißester Wunsch, daß die Annäherung zwischen unseren beiden Ländern von Dauer sein möge."

Im Herbste desselben Jahres unterzeichnete Lord Lansdowne, damals Staatssekretär des Auswärtigen, mit dem französischen Botschafter in London, Mr. Paul Cambon, einen Schiedsgerichtsvertrag hinsichtlich Streitigkeiten juristischer Art, die sich diplomatischer Erledigung entzögen. Das war an sich nicht viel, aber es war ein Anfang und wurde auch allerseits als solcher aufgefaßt. Der große Umschwung der britischen Politik war nicht nur eingeleitet, sondern grundsätzlich schon vollzogen worden. Darin lag ohne weiteres und zwingend die Abkehr von Deutschland enthalten. König Eduard hatte kurz nach Antritt seiner Regierung sich in sympathischer Weise über die Person des Deutschen Kaisers geäußert, aber keinen offiziellen Besuch in Berlin gemacht, ebensowenig wie in St. Petersburg.

In Wien traf einen Monat nach König Eduard Zar Nikolaus ein. Es wurden Trinksprüche von ganz besonderer Herzlichkeit gewechselt. Sie bezogen sich auf das Einvernehmen der beiden Mächte in der Regelung der mazedonischen Frage. Die beiden Minister, Graf Goluchowski und Graf Lambsdorff, hatten sich im Frühling desselben Jahres bei Wien getroffen und die Konvention miteinander abgeschlossen, welche unter dem Namen der Mürzsteger Konvention bekannt geworden ist. Sie legte das Zusammengehen der beiden Mächte auf dem Balkan fest, wo die mazedonischen und albanischen Unruhen immer gefährlicher zu werden drohten, teils, weil die Türkei es an tatsächlichen Reformen fehlen ließ, teils, weil Bulgaren, Serben und Griechen alles taten, um die Aufstandsbewegung zu schüren. Die österreichisch-russische Aktion bezweckte Aufrechterhaltung des status quo. Graf Goluchowski erklärte der Lage gemäß, Rußland und Österreich hätten sich von den übrigen Mächten ein Mandat zur Regelung der Balkanverhältnisse erwirkt, wodurch der „schwerfällige Apparat des europäischen Konzertes" vermieden worden sei. Es handelte sich im wesentlichen darum, daß ein türkischer Generalinspektor für die Ausführung der Reformen in den Wilajets Saloniki, Kossowo und Monastir ernannt und dabei unter Kontrolle russischer und österreichischer Delegierter gestellt wurde. Daneben liefen Flottendemonstrationen Rußlands und Englands bei Saloniki und an der Küste des Schwarzen Meeres. Schließlich nahm die Pforte das Reformprogramm Österreich-Ungarns und Rußlands im Prinzipe an.

Unter dem Gesichtspunkte der internationalen Politik lag die Bedeutung dieser Aktion hauptsächlich in der Tatsache, daß Rußland und

Österreich-Ungarn, die alten Rivalen des Balkan, wieder wie 1897 in engem Einvernehmen miteinander arbeiteten. Die Ursache lag weniger in einer Übereinstimmung ihrer wirklichen Grundinteressen, auch nicht darin, daß beide Front gegen einen gemeinsamen Gegner gemacht hätten, wie 1897 gegen England, sondern die Ursache war einfach die, daß sie bei getrenntem und verschiedenem Vorgehen mit großer Wahrscheinlichkeit in einen Konflikt kommen mußten, der weder dem einen, noch dem anderen gelegen war. Für Rußland kam mit in erster Linie die Erwägung in Betracht, daß die vorhandenen und zu erwartenden Spannungen und Krisen im fernen Orten es zum mindesten als inopportun erscheinen ließen, auch im nahen Orient eine aktive und von Konfliktsmöglichkeiten umgebene Politik zu treiben.

Die Politik des Deutschen Reiches in den Orientangelegenheiten war die traditionelle. Fürst Bülow war der Ansicht, daß das deutsche Interesse am Orient „nur indirekter Natur“ sei, daß man die Erhaltung des status quo nach Möglichkeit unterstützen müsse. Das Deutsche Reich habe im Gegenteil ein besonderes Interesse daran, daß das Türkische Reich gestärkt werde. In diesem Sinne war die deutsche Diplomatie tätig, besonders auch, indem sie zu Konstantinopel zur Nachgiebigkeit gegenüber den Reformforderungen der beiden Mächte mahnte, die nur allzu berechtigt waren. Im Gegensatze zu der lebhaften und nicht immer geschickt sich vordrängenden Orientpolitik des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall befleißigte Fürst Bülow sich der Zurückhaltung. Sie war um so mehr geboten, seitdem deutsche Unternehmungen wirtschaftlicher Natur und von großem Umfange in der Asiatischen Türkei mit vielem Eifer und erheblichem Aufwande betrieben wurden.

Während vorher trotz aller Meinungsverschiedenheiten und trotz der erregten Bevölkerungsstimmungen auf beiden Seiten der Nordsee die leitenden britischen Staatsmänner noch immer ein Zusammengehen mit Deutschland für wünschenswert und möglich gehalten hatten, besonders auf den Gebieten des englisch-russischen Gegensatzes, zeigten die Jahre 1902 und 1903 den Abschluß dieses Schwankens und eine entschiedene Abkehr von Deutschland. Die Bülowsche Deutung des Yangtseabkommens, seine während der letzten Jahre immer wiederholte Betonung, man würde zwar gern gelegentlich mit Großbritannien zusammengehen, aber nur auf dem Boden völliger Gleichberechtigung, Deutschland denke nicht daran, sich irgendwie zu binden oder andere Interessen als seine eigenen zu vertreten — diese und ähnliche Wendungen, die man in England vielleicht zuerst nicht ernst genommen hatte, wirkten schließlich um so gründlicher. Man erblickte in dieser deutschen Politik — die, wie wir erörtert haben, nur eine Politik der freien Hand sein sollte und an

sich durchaus keine unfreundliche Beimischung gegen England enthielt — Böswilligkeit und Feindseligkeit deutscherseits.

Dazu kam das Gespenst der Flotte des Deutschen Reiches, welche auf dem Papier groß, in Wirklichkeit sehr klein war. Damals (1901/02) glaubte die britische Admiralität, um der deutschen Flotte willen besondere Verbände für die Nordsee schaffen zu müssen. Es waren die Anfänge der jetzigen „Heimatflotte". So gering dieser neue deutsche Nordseeflottenfaktor auch war, so unbequem wurde er in England empfunden, denn noch lag die Hauptmasse der englischen Flotte im Mittelländischen Meere, auf Malta gestützt, als Gegengewicht gegen den zu Toulon stationierten Kern der französischen Flotte; noch befand sich eine sehr starke britische Streitmacht dauernd in den ostasiatischen Gewässern. Im Sommer 1903 brachte die britische Regierung im Unterhause eine Vorlage ein, welche die Gelder für einen Flottenstützpunkt an der Nordsee bereitstellen sollte. Es war die im Firth of Forth gelegene Bucht von St. Margarets Hope, das heutige Rosyth. Die Admiralität führte als Begründung für die Wahl dieses Punktes aus, daß er die Nordsee beherrsche und durch seine geschützte Lage tief im Innern des schmalen Firth wie durch seine Entfernung von den gegenüberliegenden Küsten der Nordsee gegen feindliche Torpedobootsunternehmungen gesichert sei; mit anderen Worten, der neue Flottenstützpunkt kehrte, wörtlich und bildlich, seine Front gegen die deutschen Küsten. Seine Anlage war die Folge des Baues der deutschen Flotte, und insbesondere der neuen Auffassung in England, daß man in dieser Flotte einen künftigen Gegner zu erblicken habe, ja daß sie eigens „gegen England" gebaut würde.

Es erscheint heute beim Vergleiche der damaligen Schiffszahlen und Schiffsstärken beinahe unglaublich, daß in jenen ersten Jahren nach der Jahrhundertwende die wenigen — auch, was die neuen Typen anlangte, nicht auf der Höhe stehenden — deutschen Kriegsschiffe eine derartige Unruhe und Besorgnis in Großbritannien erregen konnten. Man hat in Deutschland die Äußerungen dieser Besorgnisse damals vielfach für Heuchelei gehalten, für eine Maske, um eigene Angriffsabsichten zu verdecken. Einer unparteiischen Prüfung und besonders dem Gange der späteren Ereignisse kann diese Auffassung schwerlich standhalten. Wir erinnern uns eines ungefähr um 1901 vom General v. der Goltz verfaßten Aufsatzes in einer deutschen Zeitschrift. Der Verfasser führte darin akademisch den Gedanken aus, daß eine Invasion der britischen Inseln keineswegs eine Unmöglichkeit für eine kühne und geschickte Führung zu sein brauche, wenn das Unternehmen sorgfältig vorbereitet worden sei. Dieser Gedankengang, der, wie gesagt, völlig akademisch entwickelt wurde und von einer maritimen Machtstellung Deutschlands ausging, die auch nicht

annähernd vorhanden war, hat länger denn ein Jahrzehnt ein schlagkräftiges Argument und „authentisches" Beweisstück für die Gefährlichkeit der deutschen Absichten bei allen Agitatoren in Großbritannien und bei allen gewerbsmäßigen Deutschfeinden gebildet. Das gleiche widerfuhr der theoretischen Abhandlung eines beim Großen Generalstabe zur Dienstleistung kommandierten Oberleutnants, der sich als Thema eine Besprechung überseeischer Operationen gewählt und sicher nicht im entferntesten daran gedacht hatte, daß sein Name zwölf Jahre lang in England als schlüssiger Beweis für die heimtückischen deutschen Invasionspläne im Munde der Leute sein würde.

Die verhältnismäßige Kleinheit der deutschen Schlachtschiffe zu jener Zeit entsprang teils ungeklärten militärischen Anschauungen, teils hatte sie ihren triftigen Grund in den schmalen Mitteln, die der Marineverwaltung zur Durchführung des Flottengesetzes zur Verfügung gestellt worden waren, teils endlich in den geringen Abmessungen des Nordostseekanals sowie mancher Flußmündungen und Fahrwasser, deren Erweiterung mit gewaltigen Kosten verbunden sein mußte. Um sie und damit ihre Tragfähigkeit oder Wasserverdrängung möglichst nutzbringend für die Gefechtskraft auszunutzen, mußte man sich in der Bemessung der Kohlenvorräte beschränken. So naheliegend und einleuchtend diese Ursachen waren, so ließ sich die politische und militärische Presse in England nicht von der Auffassung abbringen: die Geringfügigkeit der Kohlenvorräte der deutschen Schiffe und ihre verhältnismäßig große Geschützzahl sei nur daraus zu erklären, daß die deutsche Flotte lediglich zum Zwecke gebaut werde, den kurzen Weg von den deutschen nach den englischen Küsten zurückzulegen. Dafür würde auch der geringe Kohlenvorrat reichen, während zum Überfall der englischen Flotte natürlich eine möglichst große Artilleriekraft notwendig sei. Dieses Argument ist den Engländern damals so in Fleisch und Blut übergegangen, daß man seiner Anwendung noch um das Jahr 1910 begegnen konnte, als die Kohlenvorräte vieler deutscher Schiffe die der gleichaltrigen englischen an Größe übertrafen.

Im Frühsommer 1902 wurde der Burenkrieg durch den Friedensvertrag von Vereeniging beendigt, einen Frieden, für dessen schleuniges Zustandekommen König Eduard VII. von seinem Regierungsantritte an aufs eifrigste hingearbeitet hatte. Bei aller Genugtuung über den endlich eingetretenen vollen Erfolg, bei allem Stolze darauf, daß zähe und unverzagte Ausdauer und Opfermut doch endlich zum Erfolge geführt hatten, war ein starkes Gefühl von Unbehagen und Unsicherheit in der britischen Nation lebendig. Man hatte während des Krieges eigentliche Sympathien bei keiner anderen Nation gefunden. Daß die Regierungen

sich neutral verhalten hatten, schob man in England auf ihre Uneinigkeit und auf das Übergewicht der britischen Flotte, welche tatsächlich ununterbrochen, auch während der unglücklichsten Augenblicke des Burenkrieges, die See beherrschte hatte. Chamberlain sagte mit Recht nach dem Friedensschlusse: „Die Lehre des Krieges ist die Lehre von unserer Stärke, der Welt kam diese Lehre wie eine Offenbarung.“ Chamberlain warb nun nicht mehr für Bündnisse und Ententen mit dem Deutschen Reiche oder mit den Vereinigten Staaten, sondern nahm mit aller Energie und Werbekraft die Agitation für den imperialistischen Zusammenschluß des Mutterlandes Großbritannien mit seinen Kolonien auf. Die Kolonien hätten das opferfreudige Gefühl der Zugehörigkeit zum Mutterlande während dieses Krieges glänzend bewährt. Hier liege der Weg, den das Großbritische Reich zu gehen habe. Wenn dieses Ziel, ein organisiertes großbritisches Imperium, einmal verwirklicht sei, brauche das Britenreich keine Bündnisse mehr mit anderen Mächten. Vor seiner damaligen Reise nach Südafrika sagte Chamberlain: „Ich gehe nach Südafrika mit dem ernsten Wunsche, alle Streitfragen zu vergessen, und mit dem einzigen Verlangen, das verwandte Volk zu einer großen afrikanischen Nation unter britischer Flagge zu vereinen. Im folgenden Jahre trat dieser bedeutende, energische und weitblickende Staatsmann aus dem Kabinette aus, um sich ganz seiner wirtschaftlichen Agitation für die imperialistische Tarifreform widmen zu können. 1902 war der greise Lord Salisbury zurückgetreten, sein Neffe Balfour Premierminister geworden. Er konnte sich nicht entschließen, den Boden der Chamberlainschen Zollpolitik zu betreten. Chamberlain trat aus dem Kabinette aus, um als Privatmann seine Agitation fortzusetzen.

Das Zusammengehen Englands mit dem Deutschen Reiche in der Venezuela-Angelegenheit (siehe Seite 207ff.) hatte in den deutschfeindlichen Kreisen Großbritanniens scharfen Widerspruch, ja die heftigsten Ausbrüche der öffentlichen Meinung erregt. Der neue Premierminister Balfour rechtfertigte dieses Zusammengehen nicht, wie es früher in solchen Fällen geschehen war, mit den freundschaftlichen Beziehungen usw., sondern einfach mit der Zweckmäßigkeit: man habe doch nicht zugleich und am selben Ort zwei ganz verschiedene Blockaden unterhalten können. Eine Gefahr für Großbritannien, vom Deutschen Reiche in irgendwelche Streitigkeiten mit dritten Mächten hineingezogen zu werden, habe nicht vorgelegen. Ein anderer Regierungsvertreter äußerte, man hätte schon deshalb den deutschen Vorschlag zu gemeinsamem Vorgehen nicht zurückweisen können, weil sich sonst ein Konflikt zwischen den blockierenden Schiffen ergeben haben würde, oder aber man hätte die englischen Ansprüche an Venezuela hinter die deutschen zurückstellen müssen; das

wäre sicher ein noch größerer Fehler gewesen. Die Opposition griff dagegen die britische Regierung heftig an wegen ihrer angeblich unbeständigen und schwankenden Politik dem Deutschen Reiche gegenüber. Die Regierung habe stets unter der Suggestion gestanden, daß das Deutsche Reich doch einmal Helfer gegen Rußland sein werde. Sir Edward Grey, der spätere und jetzige langjährige Staatssekretär des Auswärtigen im liberalen Kabinette, trat damals — im Sommer 1903! — für eine Annäherung Großbritanniens an Rußland ein und führte in längerer Rede aus: das Zusammengehen Englands mit dem Deutschen Reiche in China sei ein Mißgriff gewesen. Großbritannien habe keinerlei Unterstützung von Deutschland gehabt. — Man sah also wiederum die Wirkung, welche die Ausschaltung der Mandschurei aus dem Yangtsevertrage seitens der deutschen Politik gehabt hatte. Von besonderem Interesse ist aber, daß Sir Edward Grey sein Ziel einer englisch-russischen Annäherung weniger als ein halbes Jahrzehnt nachher als selbstleitender verantwortlicher Staatsmann verwirklichen konnte. Eben wie Delcassé im Augenblicke, wo die englandfeindlichen Wogen in Frankreich am höchsten gingen, mit dem Programme sein Amt antrat, „la bonne entente" mit Großbritannien herzustellen, so ließ Sir Edward Grey sich durch alle damals vorhandenen Interessengegensätze, Verstimmungen und Spannungen zwischen Großbritannien und dem Russischen Reiche im fernen Osten, in Mittelasien und im nahen Orient nicht beirren.

Sir Edward Grey gehörte damals der Oppositionspartei an, deren Vertreter im übrigen davon entfernt waren, einer prinzipiellen Gegnerschaft zum Deutschen Reiche und Volke das Wort zu reden. Regierungspartei und Oppositionspartei waren sich aber in den Jahren 1902 und 1903 völlig darüber einig, daß die Periode der politischen Annäherungsversuche an das Deutsche Reich endgültig vorbei sei. Es war derselbe Sommer, als König Eduard und Präsident Loubet jene bedeutungsvollen Besuche austauschten, und König Eduard die Depesche an den Präsidenten absandte: er hoffe, daß die Annäherung zwischen den beiden Ländern von Dauer sein werde. Die auffallende Tatsache, daß die Parlamentsverhandlungen jenes Jahres die britisch-französische Annäherung so gut wie gar nicht erörterten, obgleich die Bedeutung jener beiden Reisen weltkundig war und allgemein besprochen wurde, lieferte einen sprechenden Beweis für die politische Reife der britischen Staatsmänner und Parlamente, welche die Anfänge der Annäherung nicht durch unzeitige Besprechungen gefährden, noch sie ohne Not an die große Glocke der internationalen Öffentlichkeit hängen wollten.

In die durch Wirtschaftseifersucht auf Deutschland ohnehin erregte und besorgte Stimmung und in die noch aus dem Burenkriege stammende

Empfindlichkeit gegen Deutschland fiel der Ausbruch des deutsch-kanadischen Tarifstreites. Es handelte sich dabei um das Folgende:

Im Sommer 1898 war der Handelsvertrag, der seit den sechziger Jahren zwischen dem Deutschen und dem Britischen Reiche bestanden hatte, außer Kraft gesetzt worden, und zwar hatte die britische Regierung ihn gekündigt. Jener Vertrag beruhte u. a. auch auf der gegenseitigen Meistbegünstigung. Deutschland besaß die Meistbegünstigung in den britischen Kolonien, auch gegenüber dem Mutterlande. Nach Außerkrafttreten des Handelsvertrages fiel mithin auch für Großbritannien einschließlich seiner Kolonien jeder Rechtsanspruch auf solche Zollermäßigungen fort, welche Deutschland in seinen Tarifen anderen Staaten gewährte. Trotzdem, aus besonderem Entgegenkommen, ließ die deutsche Regierung sich herbei, durch ad hoc beschlossene gesetzliche Maßnahmen Großbritannien und seinen Kolonien — außer Kanada — die niedrigeren Zollsätze des deutschen Konventionaltarifes zu gewähren. Nach den damaligen Äußerungen der deutschen Regierung war der Grund lediglich: den wirtschaftlichen Zwischenzustand nach dem Erlöschen des Handelsvertrages Großbritannien gegenüber freundschaftlich zu gestalten. Man ließ also einfach die Beziehungen so weiter bestehen, wie sie vor dem Erlöschen des Handelsvertrages bestanden hatten, in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß auf der anderen Seite das gleiche Verfahren praktisch zur Anwendung gelange. Kanada allein setzte nach Ablauf des Handelsvertrages Vorzugszölle für das Mutterland Großbritannien fest, außerdem schloß es Deutschland von Vergünstigungen aus, die einigen französischen Einfuhrartikeln gewährt worden waren. Die deutsche Regierung traf daraufhin die selbstverständliche Bestimmung, daß jene Bevorzugungen, welche sie hinsichtlich der Tarife den großbritannischen Inseln und den übrigen britischen Kolonien gewährte, Kanada nicht zuteil werden sollten, sondern für den Handel mit Kanada den allgemeinen Zolltarif (Generaltarif) in Anwendung brachte, der ohne weiteres für alle Länder galt, mit denen besondere Vereinbarungen nicht vorlagen.

Dieser einfache Vorgang erregte in Großbritannien eine geradezu ungeheuere Erbitterung. Besonders Chamberlain benutzte die Gelegenheit für seine imperialistische Agitation und sagte, Kolonien und Mutterland bildeten ein Ganzes, er sei genötigt, festzustellen, daß Deutschland das einzige Land sei, welches in feindseligem Sinne von den Vorzugsbestimmungen Kanadas dem Mutterlande gegenüber Notiz genommen habe. „Deutschland allein hat gegen Kanada Strafmaßnahmen in der Höhe eines sehr beträchtlichen Zuschlagszolles verfügt.“ Dies war, wie eben gezeigt worden ist, eine Unwahrheit, denn auf Kanada war nur der

Generaltarif zur Anwendung gekommen. — Kanada, so sagte Chamberlain, solle von Deutschland bestraft werden, und deshalb sei es an England, durch wirtschaftliche Repressalien Vergeltung für Kanada an Deutschland zu üben. Ebenso äußerten sich andere Minister, und Lord Lansdowne erklärte, die deutsche Regierung habe der britischen zu verstehen gegeben, daß sie ihr die Meistbegünstigung verweigern würde, wenn andere britische Kolonien das Beispiel Kanadas der Vorzugszölle an das Mutterland nachmachten. Deutschland habe ja sicher das Recht dazu, aber man müsse immerhin auf Vergeltungsmöglichkeiten sinnen. Kurz, man faßte jene deutsche Verteidigungsmaßnahme ab irato auf. Der britische Handel kam in Betracht, das war es wohl in erster Linie. Deutschland, das man seit dreiviertel Jahrzehnt als den gefährlichsten, immer gefährlicher werdenden Konkurrenten ansah, war im Begriff, einen Schlag gegen den britischen Handel zu führen. Und da kam noch ein anderes verschärfendes Moment dazwischen: man bildete sich ein, Deutschland wollte nicht nur den britischen Handel im allgemeinen treffen, sondern gerade den Handelsverkehr zwischen dem Mutterlande und seinen Kolonien. Das fand man um so empörender, als gerade damals der imperialistische Gedanke eines festen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses zwischen Mutterland und Kolonien auf den britischen Inseln in höchster Blüte stand, und seine Verwirklichung als die einzige Rettung und Möglichkeit, die britische Weltstellung zu erhalten, angesehen wurde. Am ärgerlichsten war dabei aber wohl die Erkenntnis, die man freilich nirgends aussprach, daß das Deutsche Reich sich mit seiner Zollpolitik durchaus im Rechte befand.

Zwar erklärten jetzt die britischen Staatsmänner, das englische Mutterland und die Kolonien bildeten ein Ganzes, und die deutsche Zollmaßnahme bedeute eine verletzende Einmischung zwischen Mutterland und Kolonien. Dachte man aber diese Auffassung weiter durch, so ergab sich das Folgende: Dann war das Nächstliegende, Mutterland und Kolonien ohne Unterschied nach dem deutschen Generaltarife zu behandeln, mithin von der Meistbegünstigung auszuschließen. Die deutsche Regierung tat das nicht, sondern wendete den Generaltarif nur auf Kanada an, weil es Deutschland schlechter behandelte als andere Mächte. — Außerdem war der britische Standpunkt: Mutterland und Kolonien als wirtschaftliche Einheit zu betrachten, keineswegs konsequent vertreten worden man hatte britischerseits vorher den entgegengesetzten eingenommen, und von ihm aus den deutsch-englischen Handelsvertrag seinerzeit gekündigt, und wiederum war die entgegengesetzte Auffassung auf der internationalen Brüsseler Zuckerkonferenz betätigt worden. Dazu kam, daß Kanada plötzlich Zuschlagszölle auf die schon zollpflichtige

deutsche Einfuhr ankündigte. Alles in allem, der deutsche Standpunkt war ebenso klar wie berechtigt; er diente nicht dem Angriffe, sondern der Verteidigung. Im Frühjahr 1903 verlautete außerdem noch, daß auch Südafrika englischen Waren Vorzugszölle gegenüber deutschen geben werde. Infolgedessen erklärte die deutsche Regierung, daß unter solchen Verhältnissen kaum durchführbar sein werde, deutscherseits dem englischen Mutterlande weiterhin die Meistbegünstigung zu gewähren. Vier Wochen später fand die erwähnte große Zolldebatte im englischen Unterhause statt, und Chamberlain sagte: „Es ist durchaus nötig, daß wir die Vollmacht haben, Zölle auf gewisse Artikel zu legen, um überall da Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen, wo unsere Kolonien durch Repressalien fremder Mächte geschädigt werden." Das bisherige System des absoluten Freihandels sei unmöglich mehr aufrechtzuhalten, nicht nur infolge solcher Streitfälle wie des deutsch-kanadisch-englischen, sondern vor allem auch allgemein angesichts der deutschen und amerikanischen Konkurrenz.

Lord Lansdowne, der Sekretär des Auswärtigen aber schrieb der deutschen Regierung, daß das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien eine sehr ernste Wendung nehmen werde, wenn sie auf ihrem Standpunkt bliebe oder gar das britische Mutterland ebenso wie Kanada behandle. Die englische Regierung wolle die formale Berechtigung des deutschen Vorgehens nicht in Abrede stellen, es sei aber inkonsequent, wenn Deutschland auf der einen Seite die englischen Kolonien als selbständig behandle, auf der anderen das britische Mutterland für selbständige Maßnahmen der Kolonien bestrafen wolle.

Dieser Streit lieferte ein Beispiel, wie die Trennung von Politik und Wirtschaft nicht immer möglich ist, vor allem nicht bei einem Volke wie dem englischen, das an und für sich, in allen seinen Einrichtungen und in seiner ganzen Politik den Handel verkörpert. Sein Handel, wie jener britische Seeoffizier sagte, bildet für das britische Volk die Grundlage seines Lebens, seiner Politik und aller seiner Maßnahmen. Seine souveräne Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit wird die seebeherrschende Flotte verbürgen. Seit den Befreiungskriegen hatte Großbritannien mit seinem Handel und als Beherrscherin der Ozeane eine völlig souveräne Stellung eingenommen, lange Jahrzehnte hindurch auch auf dem europäischen Festlande. Immer hatte es gegen den jeweilig mächtigsten Festlandstaat andere Helfer auf dem Festlande gefunden, mochte es sich nun um Rußland oder Frankreich handeln. Die überlegene Kunst und Energie Bismarcks hatten mit einer Großbritannien überraschenden Schnelligkeit plötzlich ein mächtiges Deutsches Reich in das Zentrum

von Europa hineingesetzt, man hatte sich ihm gegenüber wohl oder übel freundschaftlich gestellt. Nach Bismarcks Abgang hatten die britischen Staatsmänner gehofft, sich das Deutsche Reich „als dummen und starken Kerl auf dem Festlande“ dienstbar zu machen. Das war nur ganz kurze Zeit gelungen. Dann kam die Zwischenperiode, wo man trotz aller Reibungen die Versuche, Deutschland zu gewinnen, fortsetzte. Diesem Versuche setzte das Jahr 1902 ein Ende. Zu allen Enttäuschungen und Ärgernissen politischer, zu allen Besorgnissen wirtschaftlicher Natur kam nun noch diese Zollstreitfrage.

Die deutsch-kanadisch-britische Angelegenheit veranschaulicht von einer neuen Seite die Schwierigkeiten, denen das Deutsche Reich bei jedem, auch dem kleinsten Schritte begegnete, den es über seine Landesgrenzen hinaus zu tun versuchte. Überall kannte und fürchtete man den Konkurrenten, die Fabel von deutschen Seebeherrschungs- und Welteroberungsplänen kam dazu. Großbritannien war sich wohl bewußt, daß seine Position wirtschaftlich viel stärker war als die Deutschlands. Traf dies auch nur zum Teil auf die wirtschaftliche Leistung an sich zu, so galt es restlos, ja in größtem Maße für die finanzielle Widerstandskraft, für finanzielle und wirtschaftliche Hilfsquellen aller Art. Großbritannien hatte länger als zwei Menschenalter konkurrenzlos die Märkte beherrscht, London war der finanzielle Mittelpunkt der Erde. Nun kam ein Konkurrent, der sich als gefährlich zeigte, aber nicht annähernd so kapitalkräftig, so gefestigt und erfahren wie Großbritannien war. Deutschland wollte Märkte erobern oder sich wenigstens Platz auf ihnen schaffen, die der britische Handel bis jetzt ausschließlich besessen hatte. So glänzend der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands erschien, so war sich doch niemand im unklaren darüber, daß eben dieser Aufschwung den Kredit aufs äußerste in Anspruch nahm, das deutsche Geld gewissermaßen verschluckte, sobald es da war und infolgedessen jede Störung, jede wirtschaftliche Krisis zu einem schlimmen, vielleicht bedrohlichen Ereignisse machte. Die einzige, freilich sehr wirksame Stütze für solche Fälle bildete der innere Markt, insbesondere die deutsche Landwirtschaft. In England hat man diesen gewaltigen Faktor deutscher Widerstandskraft bis in die neueste Zeit weit unterschätzt. — Damals in den Jahren 1902 und 1903 war es gerade die Schärfe jener wirtschaftlichen und finanziellen Anspannung in Deutschland, welche die Zollpolitik Kanadas als so unangenehm und die Aussicht, daß noch andere britische Kolonien ebenso handelten, als so bedrohlich erscheinen ließ. Wenn die britische Regierung mit derartiger Schärfe drohte, so war für sie natürlich die Nebenerwägung maßgebend, daß Deutschland ernste wirtschaftliche Gegenmaßnahmen nicht werde aushalten können, und daß man für den Fall

politischer Verschärfung des wirtschaftlichen Streites eine ozeanbeherrschende Flotte besitze gegenüber der quantité négligeable der deutschen Flotte. Man dachte wieder an den Ausspruch einer englischen Zeitschrift kurz nach Mitte der neunziger Jahre: früher hätten die Völker Jahrzehnte lang um den Besitz einer einzigen Stadt gekämpft, und heute sollte ein nach Milliarden zählender Handel kein zureichender Grund zu einem Kriege sein?

Venezuela — Die Vereinigten Staaten.

Wie groß die englisch-deutsche Entfremdung geworden war, zeigte die venezolanische Angelegenheit. Diese wurde Anfang Dezember 1902 akut in Gestalt eines deutschen Ultimatums an Venezuela.

Es handelte sich zunächst um Reklamationen der deutschen Regierung, im besonderen um erhebliche Geldforderungen an die venezolanische Regierung. Während verschiedener Revolutionen in den letzten Jahren waren zahlreiche Deutsche, die in Venezuela wohnten, durch Diebstahl, Raub, Erpressung und erzwungene Anleihen schwer geschädigt worden. Außerdem hatten deutsche Firmen und Banken erhebliche Ansprüche an die venezolanische Regierung aus Eisenbahn- und anderen öffentlichen Bauten. Die deutsche Reichsregierung lehnte ein Dekret der venezolanischen Regierung ab, das einen Teil der sämtlich vollbegründeten Ansprüche unberücksichtigt lassen, jeden diplomatischen Einspruch ausschließen und die Entschädigungen nur aus einer neu aufzunehmenden Anleihe einer „Revolutionsschuld" in Gestalt besonderer Scheine bezahlen wollte. Diese Scheine wären aller Voraussicht nach annähernd wertlos gewesen. Die deutsche Regierung versagte dem Dekrete also ihre Anerkennung, und ähnlich äußerten sich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien, Spanien und die Niederlande. Venezuela blieb aber intransigent und verweigerte eine Erledigung der ausländischen Reklamationen auf diplomatischem Wege überhaupt, man wollte sie lieber nach dort gewohnter Art „regeln". Wegen dieser völkerrechtswidrigen Stellungnahme, und um die Stellung der in Venezuela wohnenden Deutschen nicht vollkommen schutzlos werden zu lassen, erfolgte das deutsche Ultimatum. Es verlangte sofortige Zahlung der Reklamationen bis 1900 und eine sicherheitgebende Auskunft über die Regelung der übrigen deutschen Forderungen. Die Regierung von Venezuela, an deren Spitze der Präsident Castro sich gestellt hatte, ließ das Ultimatum unbeachtet.

Dieses Ultimatum war von Deutschland und Großbritannien vereint gestellt worden. Darin lag das Moment, welches von der englischen

Bevölkerung mit äußerstem Mißfallen bemerkt und getadelt wurde. Was für deutsch-englische Verhandlungen diesem gemeinsamen Vorgehen vorausgegangen sind, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Immerhin kann man annehmen, daß die Initiative von der deutschen Regierung ausgegangen war. Man hat ihr daraus einen Vorwurf gemacht und gesagt, sie hätte allein, auf eigene Hand, ohne sich an England zu kehren, ihre Maßnahmen treffen sollen, zumal anscheinend die britische Regierung gezögert habe, ehe sie sich anschloß. Es ist unmöglich, die Einzelheiten der Vorgeschichte zu beurteilen, eben aus dem genannten Grunde. Anderseits läßt sich aber nicht bestreiten, daß ein isoliertes Vorgehen des Deutschen Reiches starke Bedenken gegen sich gehabt haben würde. Der Verlauf der Venezuelaangelegenheit bewies das auf indirektem Wege.

Politisch kam für die Beurteilung des ganzen Unternehmens auch die Stimmung der nordamerikanischen Union in Betracht. Die übermäßige Empfindlichkeit der Vereinigten Staaten, insbesondere ihrer öffentlichen Meinung hatte Deutschland im Laufe der verflossenen Jahre an sich erfahren. Die Samoadifferenzen, die Ereignisse während des Spanisch-Amerikanischen Krieges hatten ein Mißtrauen und eine Unfreundlichkeit der Stimmung dort erzeugt, welche in das Phantastische und Krankhafte gingen. Eine Besuchsreise des Prinzen Heinrich von Preußen nach den Vereinigten Staaten war im Februar und März 1902 unternommen worden, um die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten von ihren Vorurteilen gegen Deutschland zu befreien. Die Reise war in ihrer Art gelungen, sie nahm einen sogenannten glänzenden Verlauf, und mit Freundschaftsversicherungen wurde nicht gespart. Der Präsident Roosevelt telegraphierte dem Prinzen Heinrich noch bei seiner Abreise: das tatsächlich Gute seines Besuches läge darin, daß er ein Gefühl der Freundschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gefördert habe. Auf seiner Reise von einer amerikanischen Stadt zur anderen war dem Prinzen mit denselben oder anderen Worten das gleiche gesagt worden. Der ausgezeichnete amerikanische Botschafter in Berlin, Mr. White, nahm Gelegenheit, noch einmal, wie schon vor Jahren, auf das nachdrücklichste zu versichern, die deutsche Neutralität während des Spanisch-Amerikanischen Krieges sei unanfechtbar, dabei nicht nur korrekt, sondern freundlich gewesen. „Es ist unwiderleglich bewiesen worden, daß der verehrte und allbeliebte Herrscher dieses Landes (des Deutschen Reiches) aufs entschiedenste sich weigerte, an irgendwelchen Schritten teilzunehmen, die als Einmischung in den Streit ausgelegt werden konnten, und daß er seine Weigerung in einer Weise zum Ausdrucke brachte, daß kein Zweifel darüber bestehen konnte, er respek-

tiere die Motive und verstehe die Gefühle der amerikanischen Regierung."

Dieser letzte Satz des Botschafters bezog sich auf eine aufsehenerregende diplomatische Veröffentlichung im „Deutschen Reichsanzeiger" kurz vor der Abreise des Prinzen Heinrich von Deutschland. Das amtliche Organ sagte, man habe im englischen Parlamente verschiedentlich erörtert, wie die einzelnen Mächte sich während des Spanisch-Amerikanischen Krieges zur Frage einer Einmischung verhalten hätten. Zur Klärung dieser Frage würden hiermit die zwei amtlichen Schriftstücke veröffentlicht. Das eine von ihnen war eine Depesche des deutschen Botschafters v. Holleben zu Washington vom Frühjahr 1898: der dortige britische Botschafter habe in auffälliger Weise die Initiative zu einem Kollektivschritt der Mächte ergriffen, vermutlich als Folge einer Bitte der Königin-Regentin von Spanien bei der Königin von England. Der englische Botschafter regte bei dem diplomatischen Korps eine Kundgebung an, die erklären sollte, daß die Mächte eine bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten auf der Insel Kuba nicht für gerechtfertigt hielten. Der Präsident der Vereinigten Staaten habe ja selbst in seiner Botschaft gesagt, daß er die bewaffnete Intervention nur dann wolle, wenn die zivilisierte Welt auf seiten einer solchen stände. Man müsse, so meinte der britische Botschafter, in Washington den Präsidenten nunmehr dahin aufklären, und zwar in Form einer Kollektivnote, daß die zivilisierte Welt gegen die Intervention sei bzw. den Angriff nicht billige. Der deutsche Botschafter hatte zum Schlusse seines telegraphischen Berichtes geschrieben: „Ich persönlich stehe einer solchen Kundgebung ziemlich kühl gegenüber." Der Reichskanzler billigte dieses Urteil durch seine Unterschrift. Der Deutsche Kaiser aber hatte die Randbemerkung gemacht: „Ich halte die Kundgebung für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich. Ich bin gegen diesen Schritt!"

Diese Veröffentlichung erregte ein um so größeres Aufsehen, als die Verdächtigung der deutschen Neutralität während jenes Krieges und nachher vor allem und unermüdlich von der Presse Großbritanniens gepflegt wurde. Schon am Tage nach der obigen Veröffentlichung wurde der Gegenstand im britischen Unterhause zur Sprache gebracht. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Lord Cranborne, erklärte, daß jene Aktion in Washington auf rein persönliche Initiative des dortigen britischen Botschafters ins Werk gesetzt worden sei, und daß die Regierung sich zwei Tage darauf entschlossen habe, seiner Anregung nicht Folge zu geben. Von der Haltung der deutschen Regierung habe man damals keine Kenntnis gehabt. Auf die Frage eines Parlamentsmitgliedes, ob jene eben veröffentlichte deutsche Darstellung zutreffend sei, antwortete Cranborne nicht.

Es lag klar zutage, daß das Gewissen der britischen Regierung in der Angelegenheit nicht rein war. Vermutlich war während des Krieges ihre Absicht gewesen, seitens des britischen Botschafters in Washington jene Mißbilligungsaktion durch andere Mächte in Fluß zu bringen, sich selbst aber dann durch Mißbilligung der Aktion von ihr zurück und aus der Affäre herauszuziehen. Es liegt auf der Hand, daß jenes nachträgliche Aufdecken der Karten durch den „Deutschen Reichsanzeiger" auf Großbritannien verstimmend wirken mußte. Anderseits war verständlich und gerechtfertigt, daß die deutsche Regierung gerade jetzt, unmittelbar vor der Abreise des Prinzen Heinrich die Gelegenheit ergriff, um die in den Vereinigten Staaten allgemein geglaubte Legende von deutschen Interventionsabsichten zu zerstören.

Diese Episode und die der Prinzenreise mit allen ihren Liebenswürdigkeiten, Reden und Telegrammen lag nicht länger als dreiviertel Jahr zurück, als die venezolanische Aktion sich als notwendig erwies. Man wußte, daß England und die anderen Staaten ähnliche dringende und begründete Forderungen an Venezuela hatten wie das Deutsche Reich, mna kannte das amerikanische Steckenpferd, die Monroedoktrin, und konnte sich mit leichter Mühe ausrechnen, daß eine einseitige deutsche Flottenaktion an der venezolanischen Küste wieder ungeheuren Lärm jenseits des Ozeans verursachen würde. Zumal stand außer Zweifel, daß die britische Presse alles tun würde, um gerade bei einer solchen Gelegenheit das vielleicht eben leicht eingeschlummerte Mißtrauen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten gegen Deutschland wieder zu wecken und zu schüren.

Unter diesen Gesichtspunkten dürfte deutscherseits damals ein Zusammengehen mit England als wünschenswert erschienen sein. Die amtliche britische Auffassung war eine rein geschäftliche. Die Gemeinsamkeit der Aktion verpflichtete die britische Regierung zu nichts, vergrößerte aber das Gewicht der britischen Ansprüche, während eine Weigerung, zusammen mit Deutschland vorzugehen, Großbritannien in die Hinterhand gebracht hätte, und das wäre in diesem Falle wohl nachteilig gewesen.

Im Gegensatze zu dieser nüchternen Auffassung der Regierung tobte die deutschfeindliche britische Presse darüber, daß man sich mit Deutschland zur „Vergewaltigung" eines amerikanischen Staates herbeiließe. Deutschland habe ganz andere Absichten dabei, die Schuldenbeitreibung in Venezuela sei nur ein Vorwand. Ziel der Bülowschen Politik wäre vor allem, England und die Vereinigten Staaten miteinander zu verfeinden, außerdem eine überseeische Eroberungspolitik in Mittel- oder Südamerika, sei es auf dem Festlande, sei es auf den vorgelagerten Inseln,

ins Werk zu setzen. Die amerikanische Presse nahm diese Tonart sofort, nur noch mit gesteigerter Heftigkeit, auf. Ihr stand ohne weiteres fest, daß das Deutsche Reich in Venezuela oder in Columbien oder aber in Brasilien Fuß fassen wolle. Besonders viel Anklang fand aber die ursprünglich jedenfalls aus London stammende Behauptung: es handle sich um einen Flottenstützpunkt, den Deutschland im oder am Karaibischen Meere wolle. Alle alten Schlagworte von und über Weltpolitik, von den deutschen Ozeanbeherrschungsplänen erfüllten wieder die internationale Atmosphäre, und es hatte wenig Erfolg, als die deutsche Regierung im Dezember 1902 halbamtlich erklärte: das Deutsche Reich habe Venezuela gegenüber genau die gleichen Absichten wie Großbritannien und Italien, und „daß die Absichten unserer Regierung keine über den unmittelbaren Zweck hinausgehenden Ansprüche einschließen und von allen abenteuerlichen Hintergedanken frei waren und sind".

Am Tage darauf wurde die Blockade gemeinsam von Großbritannien und dem Deutschen Reiche über einige venezolanische Hafen verhängt. Das deutsche Kanonenboot „Panther" wurde, nachdem die Blockade vier Wochen gedauert hatte, durch venezolanische Küstenwerke beschossen, kam zeitweise in eine militärisch unangenehme Lage und zerstörte dafür im Verein mit dem deutschen Kreuzer „Vineta" ein Küstenfort. Vorher hatten englische und deutsche Streitkräfte gemeinsam die venezolanischen Kriegsschiffe fortgenommen. Deutsche und englische Landungskorps wurden zu La Guayra an Land gesetzt und befreiten dort gefangene deutsche und englische Staatsangehörige. Deutsche und englische Kriegsschiffe beschossen zusammen die Forts von La Guayra und von Puerto Cabello. Um Mitte Dezember schloß sich auch Italien der deutschen und der britischen Aktion an. Kurz darauf wurde aus der Handelsblockade eine militärische Blockade. Im Februar gab dann Venezuela nach, und die deutschen Ansprüche wurden anerkannt, ebenso die der beiden anderen Mächte, während über einzelne Punkte eine international gemischte Kommission tagte, auch ein Vertrag zwischen Venezuela und den Mächten zustande kam. Der Kaiser von Rußland wurde gebeten, einige Einzelfragen als Schiedsrichter zur Erledigung zu bringen.

Für die politische Geschichte des Deutschen Reiches sind die Einzelheiten jener Forderungen an Venezuela und ihre Erledigung ohne wesentliches Interesse. Überhaupt bildeten der Streitfall und die Aktion an sich keineswegs ein politisches Ereignis von Bedeutung. Man hat damals hier und da in der deutschen Öffentlichkeit gedacht, das Deutsche Reich werde vielleicht eine Gelegenheit finden und benutzen, um einen transatlantischen Fußpunkt zu erwerben. In Deutschland war man vielfach enttäuscht über den Ausgang der Aktion, der in keinem richtigen

Verhältnisse zu dem großen in Bewegung gesetzten Apparate gestanden hätte. Der Apparat war ohne Zweifel groß, und die deutschen Forderungen an Venezuela waren im Verhältnis zu diesem Apparate nicht so bedeutend, sie beliefen sich im ganzen auf ungefähr zwölf Millionen Mark. Was die Kosten der Blockade betraf, so waren sie aber auch gering, weil man nur solche Schiffe dazu genommen hatte, die bereits in den ostamerikanischen Gewässern weilten. Es war nicht nur dem Deutschen Reiche, sondern auch den anderen genannten Mächten nicht möglich gewesen, trotz jahrelanger Versuche und Druckmittel auch nur Bereitwilligkeit bei der venezolanischen Regierung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hervorzurufen. Im Gegenteil nahmen unerhörte Willkürmaßnahmen gegen die in Venezuela lebenden Ausländer immer mehr zu, und so wurde die Sache eine Frage ihres Ansehens und damit ihrer Existenz in Venezuela, mithin eine Frage des Ansehens des Deutschen Reiches. Diese Auffassung hatte auch die britische Regierung, welche sonst, und zwar traditionell, durchaus nicht geneigt ist, Privatforderungen britischer Staatsangehöriger mit Kanonen zu vertreten und durchzusetzen. So zeigte sich ein energisches Vorgehen als geboten. Ein anderer Weg aber wie der einer Blockade war angesichts der venezolanischen Land- und Küstenverhältnisse unmöglich. Derartige Blockaden sind gewöhnlich recht undankbar, was ihren äußeren Effekt anlangt, und die Beschießung von hochgelegenen Küstenplätzen durch Kriegsschiffe, die auf der Reede liegen, ist ebenfalls schwierig und verhältnismäßig wenig ergiebig. Auch diese Erwägungen konnten einen Grund mit dafür bilden, daß das Deutsche Reich wünschen mußte, mit Großbritannien gemeinsam vorzugehen.

Die Aktion hat immerhin ihren Zweck erreicht: die deutschen Forderungen wurden erfüllt. Darin und in der Unmöglichkeit, auf andere Weise zum Ziele zu gelangen, lag die Rechtfertigung des Vorgehens enthalten.

Von ungleich größerer Bedeutung waren die politischen Begleiterscheinungen der Venezuelaangelegenheit. Sie zeigte unverhüllte Feindlichkeit der britischen Bevölkerung, die es schon als eine Beleidigung ansah, auf irgendeinem Gebiete und zu irgendeinem Zwecke Seite an Seite mit Deutschland zu stehen. Es zeigte sich auch, wie weit die Stimmung der Vereinigten Staaten schon durch die britischen Verhetzungen beeinflußt worden war. Vergessen war der Enthusiasmus über die Reise des Prinzen Heinrich, spurlos vorübergegangen war die Veröffentlichung jener dokumentarischen Beweise für die deutsche Loyalität und für die britische Illoyalität während des spanischen Krieges. Kein Gerede von deutschen Eroberungsabsichten jenseits des Altantischen Ozeanes

war zu grotesk, als daß es nicht von den Amerikanern geglaubt worden wäre, wohingegen die klarsten und plausibelsten Darlegungen des Gegenteils auf deutscher Seite von der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten ignoriert oder für raffinierte Heuchelei gehalten wurden. In Columbien und Brasilien, in Paraguay und in Australien, überall erschienen Presseäußerungen von irgendwelchen „Wissenden“, die irgendeinen deutschen Eroberungsplan als sicher vorhanden erklärten und ihn in allen seinen Einzelheiten zu beschreiben wußten. In Deutschland gingen die amerikanischen Pressevertreter umher, interviewten deutsche Politiker und Fachleute darüber, welche Küstenpunkte des amerikanischen Kontinentes, welche Inseln der dortigen Küstengewässer dem Deutschen Reiche besonders wünschenswert erschienen, und machten listig ungläubige Gesichter, wenn ihnen versichert wurde, daß solche Absichten nicht beständen. Die amtlichen Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden Mächte waren dabei gute und freundschaftliche. Im Sommer 1903 erschien ein amerikanisches Geschwader zum Besuche im Kieler Hafen als Erwiderung der Prinzenreise des vergangenen Winters.

Auf der anderen Seite verbargen aber während der Venezuelaaffäre auch die Regierungskreise in Washington nicht ihr Mißbehagen darüber, daß europäische Mächte die Häfen eines amerikanischen Staates blockierten, Küstenforts zerstörten und zeitweise Truppen landeten. Für dieses Mißbehagen war wohl weniger die Furcht der Grund, Deutschland wolle die Gelegenheit benutzen, um festen Fuß zu fassen, als vielmehr das Gefühl: die Autorität der Vereinigten Staaten gegenüber den anderen Staaten des amerikanischen Kontinentes werde durch solches Eingreifen dritter Mächte geschädigt und in Frage gestellt. Deutschland und England kamen diesen Gefühlen entgegen. Für die Durchführung eines Teiles des deutsch-englisch-venezolanischen Abkommens konnte der Gesandte der Vereinigten Staaten in Caracas, Mr. Bowen, als Bevollmächtigter Venezuelas fungieren. Mr. Bowen entledigte sich dieser seiner Obliegenheiten mit großem Selbstgefühl und mit wenig Beachtung der üblichen Formen. Das heute noch gebräuchliche Wort der „Hemdsärmeldiplomatie“ führt sich auf sein damaliges Walten als Bevollmächtigter Venezuelas zurück. Nebenbei bemerkt, wurde durch die Tätigkeit Mr. Bowens wieder eine nicht ungerechtfertigte Mißstimmung der öffentlichen Meinung in Deutschland erzeugt.

Man konnte sich in Deutschland nicht verhehlen, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten nicht nur mit Mißtrauen gegen die deutsche Politik erfüllt war, sondern ihr ohne weiteres die abenteuerlichsten und unsinnigsten Pläne zutraute, ganz einerlei, wer sie nun erfunden

hatte. Darin lag eine große Gefahr enthalten, denn wenn auch ein Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ein in sich ebenso widersinniger Gedanke war wie jene deutschen Eroberungspläne in Brasilien und in Mittelamerika, so durfte man sich doch nicht darüber unklar sein, daß schlechte Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schweren Nachteil mit sich bringen konnten. Die öffentliche Meinung dort ist nicht nur von großer Macht, sondern wird, sobald sie sich mit gehöriger Stärke und Ausdauer äußert, für die Regierung maßgebend. War nun die öffentliche Meinung durch englische, französische und polnische Pressearbeit mit tiefem Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt worden, so konnte die deutsche Politik diesen politischen Faktor nicht ignorieren, ohne ihn freilich überschätzen zu dürfen. Die so oft gedankenlos gebrauchte Wendung, daß zwei Mächte einander nicht verständen, traf hier zu, wenn schon hauptsächlich nur einseitig, nämlich auf die Amerikaner. Ihnen war das Wesen des Deutschen, hauptsächlich aber der deutschen Politik, durchweg unverständlich, sie vermochten nicht, sich zu einer sachlichen Untersuchung und Beurteilung der komplizierten Verhältnisse des Deutschen Reiches und seiner politischen Lage aufzuschwingen. Dazu kam, daß ihnen von England aus in einer ihrem Verständnisse angemessenen Weise und, was sehr wichtig war, in ihrer eigenen Sprache fortwährend die Perfidität der deutschen Politik und Absichten auseinandergesetzt wurde.

Angesichts der Stimmung in England konnte man deutscherseits auf eine Verbesserung der deutsch-britischen Beziehungen in absehbarer Zeit kaum rechnen, zumal auch die sachlichen Gegensätze sich verschärften. Es lag also auf der Hand, daß es ein Vorteil für die schwierige deutsche Position sein würde, wenn das Verhältnis mit den Vereinigten Staaten sich besserte. Der notwendige Anfang war, daß den verhetzenden englischen Einflüssen ein Gegengewicht geschaffen würde. Dazu sind die verschiedensten Mittel versucht und eine Reihe von Wegen verfolgt worden. Man befleißigte sich deutscherseits schon von der Jahrhundertwende an einer ganz besonderen Liebenswürdigkeit den Vereinigten Staaten gegenüber, und zwar bei jeder denkbaren Gelegenheit. Der neue deutsche Botschafter in Washington, Freiherr Speck v. Sternburg, war mit einer Amerikanerin verheiratet; er suchte sich in vielleicht manchmal übertriebener Weise dem amerikanischen demokratischen Tone und den dortigen degagierten Formen anzupassen. Diese Art und Weise mißfiel in Deutschland sehr stark, man erblickte darin einen Mangel an der Würde, wie sie der Vertreter des Deutschen Reiches hätte beobachten müssen. Es mag sein, daß Speck v. Sternburg nach dieser Seite hin zu weit gegangen ist, aber dem steht die nicht zu bestreitende Tatsache gegenüber, daß er vieles

getan und manches erreicht hat, um die Beziehungen zwischen den beiden Mächten zu bessern. Das ist, besonders nach seinem Tode, ziemlich einwandfrei bekannt geworden. Ein tatsächlich guter, in seinen Folgen dauernd nützlicher Gedanke war der des Deutschen Kaisers: die sogenannten Austauschprofessoren; weniger erfreulich war die um jene Zeit beginnende Schwärmerei für alles Amerikanische in Deutschland, die sich, wie leider meist bei uns, in geschmackloser Nachahmung und im Bestreben, sich zu „amerikanisieren", betätigte. Diese Bemerkung gehört nicht in das Gebiet der auswärtigen Politik, aber die Erscheinung war eine schädliche Folge von deutschen Bestrebungen, die an und für sich nützlich waren, sofern sie sich in den nötigen Grenzen hielten.

Als dann in den folgenden Jahren die deutsch-amerikanischen Beziehungen tatsächlich bessere wurden, und als das Mißtrauen hinsichtlich angeblicher Eroberungsziele deutscher Weltpolitik zu weichen begann, da — etwa um Mitte des ersten Jahrzehntes des neuen Jahrhunderts — schlugen die deutschen Gedanken und Hoffnungen in das entgegengesetzte Extrem um. Ein sehr großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland wollte in den Vereinigten Staaten einen künftigen Helfer und Bundesgenossen für einen Krieg zwischen Deutschland und Großbritannien erblicken. Man träumte von einem Zusammenwirken der beiden Flotten und glaubte, daß zum mindesten die deutsche Handelsflotte während eines solchen Krieges unter die Flagge der Vereinigten Staaten gestellt und so vor Vernichtung durch die englischen Kreuzer bewahrt werden würde. Tatsächlich ist an derartige Möglichkeiten im Ernste nie zu denken gewesen und auch an den amtlichen Stellen der beiden Mächte sicherlich nicht gedacht worden. Militärisch, politisch, wirtschaftlich und rechtlich war der Gedanke eine Utopie.

Es lag in der Tatsache der starken und schnellen Entwicklung der deutschen Exportindustrie und des deutschen Handels, daß man zeitweise auf eine höhere Einschätzung amerikanischen Wesens und deutschamerikanischer Beziehungen verfiel, als dem wohlverstandenen deutschen Interesse entsprach. Daher kamen viele Übertreibungen, die, unpolitisch gemeint, doch wieder den politischen Erfolg hatten, daß die Vereinigten Staaten vielfach glaubten, sie befänden sich ausschließlich in der Rolle des Gebenden, Deutschland in der des Empfangenden. Die weitere Folge dieser mißverständlichen Auffassung mußte sein, daß sie im Verhalten Deutschland gegenüber hervortrat, dort eine entsprechende Reaktion hervorrief und die Stimmungen zeitweilig sich wieder trübten. Durch dieses Hin und Her hat es längere Zeit in Anspruch genommen, bis eine gewisses — freilich immer noch labiles — Gleichgewicht in der gegenseitigen Einschätzung eingetreten ist.

Immerhin sind die Erfahrungen jener amerikanisch-deutschen Krisenjahre für beide Völker nützlich, vielleicht bis zu einem gewissen Grade auch nötig gewesen. Der sogenannten Reibungsflächen und Interessengegensätze zwischen ihnen sind wenige, so daß die beiden Mächte ohne große Mühe in freundschaftlichen Verhältnissen miteinander leben können. Eine Grundbedingung dafür ist freilich, daß keine ein engeres Verhältnis zu erreichen versucht, als in der Natur der beiderseitigen Verhältnisse und ihrer Grenzen liegt. Wirtschaftliche Gegensätze werden von Zeit zu Zeit immer eintreten, unter Umständen auch eine gewisse Schärfe erlangen. Die deutsche Politik kann sich da immer bewußt bleiben, daß die wirtschaftliche Stellung und Stärke des Deutschen Reiches und Volkes groß genug ist, um auch auf diesem Gebiete ohne Besorgnis vor den Konsequenzen sich kaltblütig und fest auf den Boden der Gleichheit von Rechten und Ansprüchen zu stellen. Das sind freilich keine neuen Grundsätze. Die Reibereien nud Mißverständnisse zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten haben reale Ursachen tatsächlich nie gehabt, jedenfalls keine, deren Dasein man als politisch berechtigt anerkennen konnte. Die Samoareibereien waren im Grunde Bagatellen und wurden nur durch Mangel an gutem Willen amerikanischerseits aufgebauscht, einen Mangel, den man sich bei uns damals nicht recht zu erklären wußte. Mit den anderen Mißstimmungen ging es ebenso. Ihre eigentlichen Ursachen beruhten auf Mißdeutung deutscher Absichten, auf Mißtrauen und Unverständnis, erzeugt durch eigenes Unverständnis und durch auswärtige, bewußt deutschfeindliche Einflüsse.

Daß diese ausländischen Einflüsse nicht um der Bosheit an sich willen erfolgten, braucht nicht festgestellt und nicht begründet zu werden. Das reale Interesse speziell Großbritannniens daran, intimere deutsch-amerikanische Beziehungen zu verhindern, lag auf der Hand. Die britische Politik hatte seit Mitte des vorigen Jahrhunderts kein Opfer gescheut, um sich den Vereinigten Staaten angenehm zu machen. Sie hatte sich in Meinungsverschiedenheiten, auch wenn die Rechtsfrage außerordentlich zweifelhaft war, stets unterworfen, sie hatte ausnahmslos nachgegeben, wo zu befürchten stand, daß sonst eine antienglische Mißstimmuug des angelsächsischen Vetters jenseits des Atlantischen Ozeanes die Folge sein könnte. Wie unbeschränkt Großbritannien im Laufe der letzten hundert Jahre wirtschaftlich und politisch Europa beherrscht hatte, wie arrogant die britische Politik häufig genug aufgetreten war, — so vorsichtig, ja so unterwürfig benahm sie sich in allen Fragen, welche mit den Vereinigten Staaten direkt oder indirekt zusammenhingen. Das war und ist nicht Furcht vor der amerikanischen Flotte, noch auch in erster Linie

das Gespenst einer militärischen Invasion Kanadas durch die Armee der Vereinigten Staaten. Es ist vielmehr die Furcht vor den ungeheuren, beinahe unbegrenzten wirtschaftlichen Mitteln und Fähigkeiten der Vereinigten Staaten, in Gestalt ihres Reichtums an Geld, an Bodenprodukten aller und jeder Art, des Vorhandenseins der verschiedensten Klimate, kurz, einer wirtschaftlichen Selbständigkeit und Entwicklungsmöglichkeit ohnegleichen. Die Vereinigten Staaten sind für Großbritannien unangreifbar, und wenn letzteres zehnmal die amerikanische Flotte vernichtet hätte. Unter jeder Zwistigkeit, einerlei welcher Art, leidet Großbritannien unverhältnismäßig mehr als die Vereinigten Staaten. Die ungeheuren wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Großbritanniens nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch auf dem südamerikanischen Kontinente würden schon bei gegenseitiger dauernder Mißstimmung schwer geschädigt und beeinträchtigt werden. Verbänden sich gar die Vereinigten Staaten mit einer europäischen Großmacht in irgendeiner Gestalt gegen Großbritannien, so würden die Folgen für das letztere unabsehbar und von britischer Seite unabwendbar sein. Aus diesen und noch anderen Gründen war es also ein überaus naheliegendes Interesse für die Engländer, eine deutsch-amerikanische Annäherung zu verhindern und der in dieser Beziehung so leichtgläubigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten mit den perfiden und weitgehenden Plänen der deutschen Weltpolitik die Haut schaudern zu machen.

Das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten waren ja die gefährlichen Konkurrenten Großbritanniens auf dem Gebiete der Industrie und des überseeischen Handels. Was konnte es also Schlimmeres und Unheilvolleres geben, als daß diese beiden Mächte sich politisch einander näherten! Man mußte im Gegenteil sie auseinanderhalten und mit einer von ihnen zusammengehen. Daß diese eine nicht Deutschland, sondern die Vereinigten Staaten sein müsse, das stand jedem Engländer nunmehr fest. Einmal war der Deutsche unsympathisch. Zwischen dem britischen und dem deutschen Volke lag damals schon beinahe ein Jahrzehnt von Empfindlichkeiten, von Verstimmungen und von Meinungsverschiedenheiten. Die deutsche Flotte, die deutsche Festlandpolitik, kurz, alle jene Faktoren und Momente, die schon mehrfach erwähnt worden sind, aber immer wieder erwähnt werden müssen, lagen stets und immer schwerer in der Wagschale. In den Vereinigten Staaten dagegen erblickte man wohl einen wirtschaftlichen Nebenbuhler, aber einen solchen, dem weder politisch, noch wirtschaftlich, noch militärisch beizukommen war, mit dem in unfreundliche Beziehungen zu geraten mithin keinen Nutzen haben könnte. Außerdem, und dieses Moment wiegt und wog sehr viel schwerer als häufig angenommen worden ist: der Engländer und der

Nordamerikaner sprechen dieselbe Sprache, sie sind durch Tausende von Traditionen und durch Bande aller Art miteinander verknüpft.

Die Rolle der Deutsch-Amerikaner wurde in der Zeit jener Mißverständnisse zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten viel erörtert. Man war in Deutschland früher geneigt, in diesem sogenannten deutsch-amerikanischen Elemente eine große Macht zu erblicken, die sich in international entscheidenden Augenblicken hauptsächlich für die Zukunft mehr und mehr als im deutschen Sinne wirksam erweisen werde. Das deutsche Element ist in den Vereinigten Staaten bekanntlich sehr zahlreich und stark vertreten. Man hat von seiten angelsächsischer Amerikaner immer die allergünstigsten Urteile über den Einfluß dieses deutschen Elementes gehört. Niemals aber konnte festgestellt werden, daß dieses deutsch-amerikanische Element Einfluß im Sinne einer deutschfreundlichen Politik der Vereinigten Staaten gehabt und ausgeübt habe. Das ist nach Lage der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und nach Maßgabe der Eigentümlichkeiten des Deutschen im Auslande nicht verwunderlich. Es wäre töricht, den dortigen Deutschen und Halbdeutschen einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie sind, wie sie sind. Abgesehen von den zahlreichen anderen Faktoren haben die sogenannten Deutsch-Amerikaner durchweg gezeigt, daß ihnen Augenmaß und Gesichtspunkt für die Interessen des Deutschen Reiches verloren gegangen sind, wenn anders sie solche je besessen hatten; gibt es doch Deutsche genug im Deutschen Reiche, deren politischer Instinkt und Urteilskraft ebensowenig entwickelt sind.

Den allein richtigen Standpunkt zu dieser Frage hat einmal der Deutsche Kaiser in zwei Worten ausgesprochen, und zwar einer Abordnung von amerikanischen Deutschen gegenüber. Kaiser Wilhelm sagte: er kenne wohl Deutsche und er kenne wohl Amerikaner, aber Deutsch-Amerikaner kenne er nicht! — Man mag noch so viele, scheinbar naheliegende Gegengründe beibringen: politisch bleibt diese Auffassung die einzig haltbare, die einzige, mit der ein gerader Weg zu gehen ist. Nie darf ein deutscher Staatsmann, nie eine öffentliche Meinung im Deutschen Reiche das deutsch geborne und von gebornen Deutschen abstammende Element in den Vereinigten Staaten als politischen Faktor in Rechnung stellen. Sollte es sich einmal ohne oder wider Erwarten im Sinne der Interessen des Deutschen Reiches als wirksam zeigen: um so besser. Auch in den Zeiten schwerer Verstimmung, in den Jahren der Mißverständnisse ist es den deutschen und halbdeutschen Elemente nie gelungen, sich geltend zu machen. Seine Führer vermochten nicht einmal die springenden Punkte zu finden, dagegen verkannten sie nicht minder als die Stockamerikaner die Triebfedern und Ziele der deutschen

Politik vielfach vollkommen. Wie weit ihre Führer den harten politischen Wirklichkeiten entfremdet sind, unter deren Druck das Deutsche Reich lebt, dafür gaben sie noch im Jahre 1912 einen schlagenden Beweis. Als der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. Taft, seine Schiedsgerichtsverträge mit den Großmächten zu verwirklichen versuchte und glaubte, auch solche Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten schiedsgerichtlich erledigen zu können, welche Fragen der Ehre und der vitalen Interessen der Länder betreffen, da setzten die Deutschen in den Vereinigten Staaten einen großen Apparat in Bewegung, um einen derartigen amerikanisch-deutschen Schiedsgerichtsvertrag zustande zu bringen. Eine Abordnung ging nach Berlin zur Einweihung des Steubendenkmals, und diese Gelegenheit wurde benutzt, um bei der leitenden deutschen Behörde für den Schiedsvertrag tätig zu sein. An Versammlungskundgebungen, Zeitungsartikeln und Depeschen war kein Mangel. Man war in jenen gewiß wohlmeinenden Kreisen der ernsthaften Überzeugung, daß durch Unterzeichnung jenes utopischen Schiedsvertrages eine enge deutsch-amerikanische Freundschaft geschaffen und durch diese ein unzerbrechlicher Weltfriede begründet werden könne. Nun, jene Taftsche Seifenblase ist längst zerplatzt, und niemand spricht mehr von ihr als von einer Aussicht oder einer Hoffnung!

Bei allen Sympathien und bei mancher Gemeinsamkeit alter Erinnerungen kann kein nüchterner Politiker umhin, sich das Wort des Deutschen Kaisers zur Richtschnur zu nehmen: daß er wohl Deutsche und wohl Amerikaner kenne, aber keine Deutsch-Amerikaner.

Die Entente Cordiale — Marokko — Hull — Kiel.

Im Frühjahr 1904 wurde ein am 8. April des gleichen Jahres unterzeichnetes Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien veröffentlicht, das nachher unter dem Namen des Marokkoabkommens bekannt und historisch geworden ist. Tatsächlich bezog es sich auch in der Hauptsache auf Marokko und Ägypten, regelte außerdem aber eine Anzahl kolonialer Fragen, die zwischen beiden Mächten noch schwebten. Diese Vereinbarung war im Sommer 1903 begründet und vorbereitet worden, als Loubet und Delcassé den Pariser Besuch König Eduards in London erwiderten. Der Botschafter der französischen Republik in London, Mr. Paul Cambon, hat, wie überhaupt an der französisch-englischen Annäherung, hervorragenden Anteil am Zustandekommen der Vereinbarung gehabt; in Frankreich ist er geradezu als der politische Inspirator Delcassés bezeichnet worden. Man ist sich damals über die Hauptpunkte einig geworden und hat die Einzelheiten innerhalb des nächsten

halben Jahres ausgearbeitet und untereinander ausgemacht. Angesichts der Bedeutung und der Folgen dieses Abkommens möge der Inhalt seines wichtigsten Teiles folgen:

Die britische Regierung erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Ägyptens zu ändern.

Die Regierung der französischen Republik erklärt ihrerseits, daß sie die Aktion Englands in diesem Lande nicht hindern wird, weder dadurch, daß sie einen Termin für das Ende der britischen Okkupation Ägyptens verlange, oder auf irgendeine andere Weise. Die französische Regierung gibt ferner ihre Zustimmung zu dem Entwurfe eines Dekretes des Khediven, das dem Abkommen angehängt ist und die für nötig gehaltenen Garantien enthält, um die Papierinhaber der ägyptischen Staatsschuld sicherzustellen, aber unter der Bedingung, daß nach dem Inkrafttreten des Dekretes keine Änderung mehr eingeführt werden kann ohne Zustimmung der Unterzeichnungsmächte der Londoner Konvention von 1885. (Dazu gehört auch das Deutsche Reich.)

Man ist übereingekommen, daß die Generaldirektion der ägyptischen Altertümer nach wie vor einem französischen Gelehrten anvertraut bleibt. Die französischen Schulen in Ägypten werden sich derselben Freiheit erfreuen wie bisher.

Die französische Regierung erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Marokkos zu ändern.

Ihrerseits anerkennt die britische Regierung, daß es Frankreichs Sache ist — zumal in seiner Eigenschaft als Grenzmacht Marokkos auf einer langen Strecke —, über die Ruhe dieses Landes zu wachen, ihm seinen Beistand für alle administrativen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Reformen zu leihen, deren es bedarf.

Die britische Regierung erklärt, daß sie der diesen Zwecken dienenden französischen Aktion keine Hindernisse in den Weg legen wird unter dem Vorbehalte, daß diese Aktion diejenigen Rechte intakt läßt, welche Großbritannien kraft der Verträge, der Abkommen und Bräuche in Marokko genießt, unter Einschluß der Küstenschiffahrt zwischen den marokkanischen Häfen, zu der die englischen Schiffe seit 1901 berechtigt sind. — Ihrerseits wird die britische Regierung die Rechte achten, welche Frankreich kraft der bestehenden Rechte, Verträge, Abkommen und Bräuche in Ägypten genießt, einschließlich des Rechtes der Küstenschiffahrt.

Beide Mächte bekennen sich gleichermaßen zum Grundsatze der Handelsfreiheit in Ägypten wie in Marokko. Sie erklären, daß sie keine Ungleichheit dulden werden, weder in der Festsetzung der Zollrechte, noch bei anderen Abgaben, noch in der Festsetzung der Eisenbahntarife.

Diese gegenseitige Verpflichtung gilt zunächst für dreißig Jahre.

Die britische Regierung erklärt, daß sie ihren Einfluß aufbieten wird dahin, daß die augenblicklich in ägyptischen Diensten befindlichen französischen Beamten nicht in ungünstigere Verhältnisse versetzt werden als die der entsprechenden englischen Beamten. — Frankreich verpflichtet sich zum gleichen in Marokko.

Zur Sicherung der freien Passage des Suezkanales erklärt die britische Regierung, daß sie an den Festsetzungen des Vertrages vom 29. Oktober 1888 festhält (es folgen Einzelbestimmungen).

Um die freie Passage der Meerenge von Gibraltar zu sichern, kommen die beiden Regierungen überein, nicht zuzulassen, daß irgendwelche Befestigungen oder strategischen Werke dort errichtet werden: in dem Bereiche der marokkanischen Küste, welcher zwischen Melilla und den Gebirgszügen liegt, welche das rechte Ufer des Sebuflusses beherrschen. Immerhin gilt das nicht für die Küstenpunkte, welche von Spanien an der marokkanischen Mittelmeerküste besetzt sind.

Die beiden Regierungen, beseelt von aufrichtig freundschaftlichen Gefühlen für Spanien, wie sie sind, wenden ihre besondere Aufmerksamkeit den Interessen zu, welche sich für Spanien aus seiner geographischen Lage und seinem Gebietsbesitze an der marokkanischen Mittelmeerküste ergeben. In dieser Hinsicht wird die französische Regierung sich mit der spanischen Regierung verständigen. — Das Ergebnis dieser Verständigung zwischen Frankreich und Spanien wird der britischen Regierung mitgeteilt werden.

Die beiden Regierungen kommen überein, sich gegenseitig den Beistand ihrer Diplomatie zu leihen: für die Durchführung der Bestimmungen dieser Erklärung hinsichtlich Ägyptens und Marokkos. — —

Am 7. Oktober wurde das am Tage vorher unterzeichnete französisch-spanische Abkommen veröffentlicht, und zwar in Gestalt der folgenden Erklärung:

Die französische und die spanische Regierung sind übereingekommen, den Bereich der Rechte und die Garantie der Interessen festzulegen, welche sich für Frankreich aus seinen algerischen Besitzungen, für Spanien aus seinem Besitze an der marokkanischen Küste ergeben. Die spanische Regierung hat sich demgemäß der französisch-englischen Erklärung vom 8. April 1904 hinsichtlich Marokkos und Ägyptens angeschlossen, die ihr durch die französische Regierung bekanntgegeben worden war. Die französische und die spanische Regierung erklären, daß sie nach wie vor unerschütterlich an der Integrität des Marokkanischen Reiches unter der Souveränität des Sultans festhalten. — —

Die französisch-englischen Abkommen vom 8. April 1904 setzten an

sich die unmittelbar nach Faschoda begonnene Politik des reinen Tisches in allen älteren und neueren kolonialen Streitfragen fort. Das gilt von den Abmachungen gleichen Datums über Neufundland, Senegambien, Madagaskar, Siam und die neuen Hebriden.

Anders stand es mit dem Abkommen über Marokko und Ägypten. In diesen beiden Ländern sagten sich die Mächte gegenseitig Gewährung der freien Hand „à l'outrance" zu und erklärten gleichzeitig, daß sie „nicht beabsichtigten, den politischen Zustand" Ägyptens bzw. Marokkos zu ändern. In Ägypten herrschte de facto Großbritannien schon längst, und niemand bezweifelte mehr, daß es darin bleiben werde. Frankreich versprach in dem Abkommen, daß es sich der englischen Ägyptenpolitik nicht widersetzen, insbesondere nicht mehr wie früher, bei jeder Gelegenheit die Räumung Ägyptens von Großbritannien verlangen werde. Die ägyptische Schuldenkasse blieb bestehen. England verpflichtete sich lediglich, den französischen Schulen dieselbe Freiheit wie bisher zu lassen und einem französischen Gelehrten die Leitung der Altertümer zu lassen.

Hinsichtlich Marokkos erklärte Frankreich, daß es nicht die Absicht habe, den politischen Zustand zu ändern. Diese von den beiden Mächten gebrauchte Wendung konnte, genauer betrachtet, keine Verpflichtung bedeuten, sondern eben nur die Feststellung eines augenblicklichen Fehlens der Absicht, wobei natürlich vollkommen offen blieb, daß gelegentlich trotz der „fehlenden Absicht" die in solchen Fällen immer zur Verfügung stehenden „Umstände" zur Änderung des politischen Zustandes veranlaßten. Die Wendung „politischer Zustand" war überlegt unbestimmt.

Frankreich befand sich zu Marokko in einer ganz anderen Stellung wie Großbritannien zu Ägypten. Die Engländer herrschten dort schon längst, in jedem Sinne des Wortes und waren de facto auch international als Herren anerkannt. Mit den Franzosen stand es umgekehrt: sie wollten alles, aber sie besaßen nichts — als die Grenznachbarschaft durch Algerien.

Um so eigentümlicher mußte der Widerspruch zwischen den Wendungen des Abkommens erscheinen, daß einerseits Frankreich das Fehlen einer Absicht, den politischen Zustand Marokkos zu ändern, erklärte, während anderseits schon im nächsten Satze Großbritannien Frankreich als der Nachbarmacht Marokkos das Recht zuerkennt, „über die Ruhe dieses Landes zu wachen und ihm seinen Beistand für alle administrativen, wirtschaftlichen, geldlichen und militärischen Reformen zu leihen". Eine Macht, welche über die Ruhe eines schwachen, stets von inneren Streitigkeiten erfüllten Nachbarlandes wacht, kann das ohne seine Beherrschung und ohne Eingriffe in den „politischen Zustand" natürlich

nicht durchführen. Dieselbe Voraussetzung ist für jene „Beistand"-leistung maßgebend. Der folgende Satz des Abkommens vollends erklärt, daß Großbritannien dem Vorgehen, der „Aktion" Frankreichs in Marokko keine Hindernisse in den Weg legen will unter der Voraussetzung, daß die britischen Rechte in Marokko geachtet würden. Beide Mächte betonen dann ihr Bekenntnis zur Freiheit des Handels in Ägypten und Marokko, reservieren sich aber nachher wiederum Konzessionen von Straßen, Eisenbahnen, Häfen usw. und limitieren zeitlich sogar die Gleichheit und Freiheit des Handels.

Bei der Vieldeutigkeit und Unbestimmtheit der in dem Abkommen gebrauchten Wendungen fielen die Widersprüche damals vielleicht nicht so sehr in die Augen. Sie konnten gleichwohl bei näherer Prüfung niemandem entgehen. Ein grundlegender Unterschied zwischen Verhältnissen Marokkos und Ägyptens war der, daß Marokko weder den Franzosen gehörte, noch von ihnen okkupiert war, sondern daß die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität des Gebietes, auch von Frankreich, oft betont und international festgelegt worden war. Dieser Unterschied zeigt sich auch auffallend in den beiden Artikeln, welche die Freiheit des Suezkanales und die der Meerenge von Gibraltar nebeneinander stellten. Die britische Regierung erklärt sich für das Inkrafttreten des Suezkanalvertrages von 1888 und damit für die Garantie freier Durchfahrt. Die Enge von Gibraltar ist keine künstliche Wasserstraße, sondern eine natürliche Meerenge wie der Ärmelkanal, deren eines Ufer durch die spanische Küste und das englische Gibraltar begrenzt wird, auf der anderen durch die marokkanische Küste. Wenn im Abkommen Großbritannien sich verbürgen ließ, daß auf einer gewissen Strecke der marokkanischen Küste keine Befestigungen errichtet werden dürften, so ging daraus hervor, daß auch in diesem öffentlichen Vertrage Großbritannien die französische Erklärung: man habe nicht die Absicht, den politischen Zustand Marokkos zu ändern, nicht ernst nahm. Artikel 9 des Abkommens enthielt die folgenschwere Übereinkunft der beiden Mächte, sich in der Durchführung der Bestimmungen des Abkommens diplomatische Unterstützung zu gewähren.

G l e i c h z e i t i g mit diesem öffentlichen Abkommen hatten die beiden Mächte ein geheimes Abkommen abgeschlossen, das erst im November 1911 veröffentlicht worden ist.

Artikel 1 dieses Abkommens bestimmte, daß die gegenseitigen Verpflichtungen des öffentlichen Abkommens unberührt blieben, wenn die beiden Mächte sich durch die Gewalt der Umstände veranlaßt sehen sollten, ihre Politik hinsichtlich Ägyptens oder Marokkos zu ändern. Dies wurde folgendermaßen spezialisiert:

Artikel 2 sichert Großbritannien die freundliche Bereitwilligkeit Frankreichs zu: falls die britische Regierung Reformen in Ägypten für wünschenswert halten sollte, welche das gesetzgeberische System in Ägypten denjenigen anderer zivilisierter Länder annähern sollten. — Es handelte sich in erster Linie um eine eventuelle Aufhebung der Kapitulationen in Ägypten. Die britische Regierung sagt die gleiche Bereitwilligkeit für ähnliche Verhältnisse in Marokko zu, setzt hier also schon ein französisches Protektorat über Marokko voraus.

Artikel 3 erörtert die Möglichkeit, daß der Sultan von Marokko keine Autorität mehr in seinem Lande habe. Für diesen Fall kommen die beiden Regierungen überein, daß das Hinterland von Melilla, Ceuta und anderen Presidios in den spanischen Einflußkreis fallen, die Verwaltung der Küste von Melilla bis zum Sebuflusse Spanien anvertraut werden solle. Spanien müsse sich verpflichten, die Artikel 4 und 8 des öffentlichen Abkommens formell anzuerkennen, und jene seiner Autorität unterstellten oder in seinen Einflußkreis aufgenommenen Gebiete weder ganz, noch teilweise in andere Hände gelangen zu lassen.

Artikel 4 bestimmt, daß im Falle der Ablehnung Spaniens das englisch-französische Abkommen gleichwohl sofort in Kraft treten solle.

Dieses geheime Abkommen ergänzte also das öffentliche in einer Weise, daß die in diesem gemachten Andeutungen, als ob Frankreich auch nur daran dächte, den „politischen Zustand" in Marokko bestehen zu lassen, annulliert wurden. Auch hier tritt wieder der Unterschied zwischen den Verhältnissen Ägyptens und denen Marokkos hervor: Ägypten wurde damals schon seit geraumer Zeit durch Großbritannien tatsächlich regiert. Daß die Kapitulationen früher oder später einmal aufgehoben werden würden, war nur eine Frage der Zeit, wie sie auch heute noch eine solche ist. Auf die Regierung Marokkos hatte Frankreich damals aber keinen maßgebenden Einfluß. Das Land und der Sultan waren tatsächlich noch unabhängig und selbständig. Erklärte sich Großbritannien also zu entsprechenden Gegendiensten in Marokko bereit, so setzte es damit eine vorherige Eroberung Marokkos durch Frankreich voraus. Die folgenden Geheimartikel bezweckten, Frankreich zu verhindern, sich der marokkanischen Küste zu bemächtigen. Gleichermaßen sorgte die britische Politik durch eine Verpflichtung Spaniens vor, daß dieses sein marokkanisches Küstengebiet nicht etwa an Frankreich oder gar an Deutschland in irgendeiner Form veräußerte.

Im Grunde bedeutete also das geheime Abkommen die Vollmacht für Frankreich, sich, im scharfen Gegensatze zu allen bisherigen Verträgen, Marokkos zu bemächtigen, mit Ausnahme des nördlichen Küsten-

stückes, welches Großbritannien nicht in der Hand einer anderen Seemacht wissen wollte. Berührt wurde dieser Punkt ja auch schon in dem öffentlichen Abkommen. Die aus ihm ersichtlichen Garantien erschienen Lord Roseberry aber so ungenügend, daß er in einer Versammlung im Sommer 1904 ausrief: „Möge die Macht, welche Gibraltar besitzt, niemals Grund zum Bedauern darüber haben, daß sie Marokko einer großen Militärmacht überantwortet hat." Im damaligen britischen Taumel französischer Freundschaft erregte diese Kritik lebhafteste Entrüstung auf beiden Seiten des Ärmelkanals.

Das öffentliche französisch-spanische Abkommen enthielt lediglich die formelle Zustimmung Spaniens zum öffentlichen französisch-englischen Abkommen hinsichtlich Marokkos und Ägyptens, außerdem die ausdrückliche Erklärung Spaniens und Frankreichs: festzuhalten nach wie vor an der Integrität des Marokkanischen Reiches unter der Souveränität des Sultans.

Am gleichen Tage war aber auch zwischen diesen beiden Mächten ein geheimes Abkommen geschlossen worden, das im vollen Gegensatze zu dem öffentlichen Abkommen die Teilung Marokkos zwischen Spanien und Frankreich festsetzte und des näheren erörterte. Artikel 2 dieses Abkommens legte unter genauer Anführung der Grenzen das Gebiet der spanischen Einflußsphäre fest, „welches Spanien kraft seiner Besitzungen an der maurischen Küste des Mittelmeeres zufällt". In diesem Gebiete erhält Spanien dasselbe Recht des Handelns („Action"), wie Frankreich sich von England in dem Abkommen über Ägypten und Marokko hat garantieren lassen. Der Artikel fährt dann fort: „Im Hinblicke gleichwohl auf bestehende Schwierigkeiten und auf das Interesse beider Teile, sie zu überwinden, erklärt Spanien, daß es dieses Recht des Handelns nicht ausüben will, ohne die Zustimmung Frankreichs während der ersten Periode des Inkraftseins dieses Abkommens, einer Periode, welche nicht länger als fünfzehn Jahre, von der Unterzeichnung des Abkommens gerechnet, dauern soll."

Der folgende Artikel gibt dann die Ergänzung: „Im Falle, daß die Fortdauer des politischen Status in Marokko und der scherifischen Regierung unmöglich werden sollte, oder wenn infolge der Schwäche dieser Regierung und ihrer dauernden Unfähigkeit, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten, oder infolge irgend- (!) einer anderen Ursache, deren Vorhandensein von beiden Teilen anerkannt wird, der Status quo nicht länger aufrecht erhalten werden kann, so mag Spanien frei sein Recht der Aktion in dem betreffenden Gebiete ausüben. Für diesen Fall des Ausübens verpflichtet sich Spanien, unter keinen Umständen die Hilfe einer fremden Macht anzurufen. Wenn militärische Aktionen notwendig

sind, soll die andere vertragschließende Macht unmittelbar in Kenntnis gesetzt werden." Im übrigen erörtert das Abkommen alle denkbaren Einzelheiten und verpflichtet die beiden Mächte, alle öffentlichen Arbeiten in Marokko und alle wirtschaftlichen Unternehmungen nur französischen und spanischen Unternehmern zu übergeben.

Dieses Abkommen wurde der englischen Regierung amtlich mitgeteilt, und die Note wies besonders darauf hin, daß es vollinhaltlich geheim zu halten sei. Lord Lansdowne antwortete darauf: „Ich brauche nicht zu sagen, daß der vertrauliche Charakter der Konvention zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem Könige von Spanien betreffend die französischen und die spanischen Interessen in Marokko von uns in vollem Maße anerkannt und gebührende Beachtung finden wird."

Diese vier Abkommen und der letzterwähnte französisch-englische Notenwechsel bilden also ein „Ganzes", allerdings in eigentümlicher Weise. Das öffentliche und das geheime Abkommen zwischen Frankreich und England ergänzen einander zum Teil, teils widersprechen sie einander. Sie sind ein Muster diplomatischer contradictio in adjecto. Das öffentliche und das geheime französisch-spanische Abkommen wiedersprechen einander von A bis Z. Das öffentliche Abkommen sollte nur täuschen und keinen Verdacht der Tatsache aufkommen lassen, daß Frankreich und Spanien sich über eine Teilung Marokkos geeinigt hätten.

Der französisch-englische Notenwechsel dagegen gab Großbritannien einerseits die Sicherheit, über alles, was von Frankreich und Spanien geschehen sollte, auf dem laufenden zu bleiben, anderseits bestätigte er diesen beiden Mächten, daß die britische Regierung mit der beabsichtigten Teilung und der Art ihrer Ausführung einverstanden war.

Ehe wir auf die politischen Ereignisse, die folgten, eingehen, ist die Beantwortung der Fragen nötig: 1. wie geartet war die internationale Stellung Marokkos bis dahin, 2. welches war die bisherige Stellung Deutschlands zu Marokko?

Für die internationale Stellung Marokkos war die Konvention von Madrid vom Jahre 1880 maßgebend. Sie bildete das Ergebnis der ersten internationalen Marokkokonferenz.

Die Madrider Konvention enthielt als Hauptpunkt den Artikel (18): „Marokko erkennt allen auf der Konferenz von Madrid vertretenen Mächten das Recht der meistbegünstigsten Nation zu!"

Bis dahin, auch das ist für die Entwicklung der Marokkofrage wichtig, war das Recht der Meistbegünstigung auf Großbritannien und Frankreich beschränkt gewesen. Im übrigen beschäftigte sich diese Kon-

vention mit der Regelung des Konsularwesens in Marokko und dem der sogenannten Schutzbefohlenen, dem Eigentumserwerbe in Marokko von Ausländern usw. Das Deutsche Reich arbeitete auf der Konferenz im engsten Einvernehmen mit Großbritannien, und es waren hauptsächlich diese beiden Mächte, welche die Ausdehnung der Meistbegünstigung, also die gleiche Handelsfreiheit für alle, durchsetzten. In der Madrider Konvention wurden der Sultan von Marokko und seine Regierung als eine tatsächlich unabhängige Macht betrachtet und behandelt.

Nähere Beziehungen Frankreichs zum marokkanischen Reiche ergaben sich ohne weiteres aus der Lage Marokkos. Durch Algerien war Frankreich auf einer langen Landgrenze unmittelbarer Nachbar des marokkanischen Gebietes geworden. Südlich von Marokko lag das französische Senegambien, nach Mittelafrika zu schloß sich die Wüste Sahara an. Es konnte nicht fehlen, daß die seit Jules Ferry in den achtziger und später unter Hanotaux in den neunziger Jahren immer großzügiger arbeitende Kolonialpolitik Frankreichs in ihrem Verlaufe von selbst den Gedanken wachrief, durch Einverleibung Marokkos in das afrikanische Kolonialreich Frankreichs dieses zu einem gewaltigen zusammenhängenden Gebiete zu machen. Solange Bismarck am Ruder war, ermutigte er bekanntlich Frankreich zu jeder kolonialen Unternehmung. Er hatte den Franzosen 1881 gestattet, Tunis zu nehmen; leicht und schnell war dieses Gebiet, wenn auch nicht der Form nach, so doch de facto in Frankreichs Besitz übergegangen. Mit Marokko lag die Sache anders: Hier hatte man ein großes unerforschtes, teils sehr gebirgiges Land, eine wilde und kriegerische Bevölkerung und einen Sultan, der mit seiner Regierung es gut verstand, diejenigen europäischen Mächte, die er für seine Gegner hielt, gegeneinander auszuspielen. Dazu kam, daß in den achtziger und neunziger Jahren Großbritannien seine Aufmerksamkeit auf Marokko gerichtet zu haben schien. Außerdem hatte Frankreich durch andere afrikanische Kolonialfragen und daraus entstehende Reibungen mit Großbritannien zuviel zu tun, um sich mit voller Kraft gegen Marokko wenden zu können. Algerische Grenzkämpfe an einer übrigens niemals festgelegten Grenze wurden dagegen fleißig benutzt, um diese Grenze immer mehr in das marokkanische Gebiet hineinzuschieben. Alles in allem: Marokkos Bedeutung und das Endziel: seine Eingliederung in den französischen Kolonialbesitz waren den französischen Kolonialpolitikern wohl klar, aber man rechnete vorläufig nicht mit einer Verwirklichung. Jedenfalls: gegen England Marokko zu gewinnen, stand außer Betracht. Man begnügte sich, den französischen Einfluß in Fez jeweilig nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen, das Land wurde nach allen Richtungen durchforscht, und nach bewährter Methode wurden Einfälle marokka-

nischer Grenzstämme nach Algier hinein arrangiert, denen dann Strafexpeditionen folgten und für weitere Grenzverschiebungen sorgten. Nachdem Delcassé ans Ruder gekommen war, benutzte er den Burenkrieg, um die auf marokkanischem Gebiete liegenden Oasen von Tuat, Aigli und Susfana dem algerischen Gebiete anzugliedern.

Damals wurde ein französischer Staatsangehöriger in Marokko ermordet, und Delcassé bediente sich dieser Gelegenheit, um eine drohende Note an den Sultan zu richten. Die marokkanischen Rifpiraten hatten einen französischen Kaufmann ermordet, und ein Brief des Sultans fiel den Franzosen in die Hände, in dem dieser den Tuatstämmen anempfahl, den Franzosen Grenzschwierigkeiten zu machen. Ob jener Brief echt war, und wie er zustande gekommen ist, steht dahin, jedenfalls wurde der Sultan auf die Drohungen des französischen Gesandten hin von Schrecken ergriffen, gelobte Nachgiebigkeit und die Entsendung eines Sondergesandten nach Paris. Die Annexion der genannten Oasen war die Folge. Frankreich schloß durch jenen Gesandten eine Art Abkommen mit Marokko, in dem es auf der einen Seite die Achtung der Integrität Marokkos verbürgte. Auf der anderen Seite wurde die Nachbarschaft der beiden Länder als Grundlage für ihre Beziehungen bezeichnet. Durch den französischen Gesandten aber ließ Delcassé dem Sultan sagen, daß Frankreich für Marokko der beste und sicherste, für die marokkanische Integrität am meisten besorgte Freund, aber auch der furchtbarste aller für Marokko denkbaren Feinde sein könne. In diesen Wendungen lag die Idee eines französischen Protektorates schon enthalten.

Im Hochsommer 1903, so kann man annehmen, war das Marokkoabkommen mit England bereits vereinbart. Vorher allerdings hatte Delcassé einen Versuch gemacht, ohne Großbritanniens Mitwirkung zu einer Teilung Marokkos mit Spanien zu gelangen. Man erzählt, daß auch Deutschland hätte daran beteiligt werden sollen, ja, daß die französische Regierung bereit gewesen wäre, dem Deutschen Reiche einen Teil des atlantischen Marokko zu überlassen. Da nie etwas Authentisches hierüber bekannt geworden ist, so kann keine Stellung dazu genommen werden. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, aber eine ernste Wahrscheinlichkeit besteht kaum. Sie liegt weder im Rahmen der Delcasséschen Gesamtpolitik, noch der des Deutschen Reiches, insbesondere Bülows. Tatsache sind aber die Verhandlungen Frankreichs mit Spanien in den Jahren 1901 und 1902. Trotz der Geheimhaltung wurden die Verhandlungen der britischen Regierung bekannt, sie legte sich bei Spanien ins Mittel. Das Kabinett Sagasta trat zurück, das neue Kabinett Silvela brach die Verhandlungen ab. Spanien hatte die Überzeugung gewonnen, daß es ohne und gegen Großbritannien kein

Marokkoabkommen mit Frankreich abschließen könne. Delcassé war also, wollte er seine Marokkopolitik weiter durchsetzen, auf Zusammengehen mit Großbritannien angewiesen. Es bot sich als Gegenwert Ägypten, und nun konnte auch Spanien ohne Furcht, Großbritannien zu mißfallen, auf neuer Basis die Verhandlungen mit Frankreich wieder aufnehmen.

Das Deutsche Reich trat im Jahre 1873 in Beziehungen zu Marokko: ein deutscher Geschäftsträger wurde für Marokko vorgesehen. 1889 besuchte eine marokkanische Sondergesandtschaft Berlin, und im Jahre darauf, 1890, wurde ein Handelsvertrag zwischen der marokkanischen und der deutschen Regierung abgeschlossen. Damals, in der Caprivischen Periode unbedingten Anschlusses an Großbritannien in allen kolonialen Fragen, setzte die deutsche Regierung die Unterzeichnungsmächte der Madrider Konvention von dem Inhalte dieses Vertrages vor seiner Ratifizierung in Kenntnis und teilte ihnen gleichzeitig mit, daß eine Ratifizierung nur dann erfolgen würde, wenn sie nichts dagegen einzuwenden hätten. Dieses war nicht der Fall, und so wurde der Vertrag ratifiziert. In Marokko selbst betätigte sich das Deutsche Reich überhaupt nur in engem Einvernehmen mit Großbritannien, ob es sich um Expeditionen von Forschern oder um Unterstützung wirtschaftlicher Agenten handelte. Durch dieses Zusammenarbeiten entstand in Frankreich zeitweise der Glaube, Großbritannien und Deutschland beabsichtigten, Marokko unter sich zu teilen. Tatsächlich ist das wohl von der deutschen Regierung ebensowenig beabsichtigt gewesen wie eine Teilung Marokkos zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien. Schon früh in den neunziger Jahren gab es freilich Strömungen in Deutschland, die mit steigendem Nachdrucke auf den Wert Marokkos für das Deutsche Reich hinwiesen. Deutsche Forscher waren erfüllt von den Zukunftsmöglichkeiten, welche das Land mit seinen Küsten und Häfen nach jeder Richtung hin bieten könne. Von Gerhard Rohlfs bis Theobald Fischer herrschte Einstimmigkeit über die glänzenden wirtschaftlichen Aussichten Marokkos. Daß die deutsche Regierung aber, sei es unter Bismarck, unter Caprivi oder unter Hohenlohe, jemals ernstlich an einen Landerwerb gedacht habe, kann man als ausgeschlossen bezeichnen. Auch dem Fürsten Bülow hat eine derartige Politik von Anfang an ferngelegen. Ebenso wie im fernen Osten, so stand Bülow hier auf dem Standpunkt: keine Gebietserweiterung, keine Eroberungspolitik, dagegen Aufrechterhaltung des Prinzipes der offenen Tür. Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Radolin, erklärte 1901 von seiten seiner Regierung, daß diese ein unabhängiges Marokko wolle mit völliger Handelsgleichheit. Sollten die Ereignisse eine Beeinträchtigung der marokkanischen Unabhängigkeit notwendig machen, so verlange Deutschland befragt und beteiligt zu werden.

Ob, wie behauptet, Chamberlain in der Zeit seiner Entente-Angebote an Deutschland der deutschen Regierung eine Teilung Marokkos unter Zuziehung Spaniens, aber ohne Frankreich, vorgeschlagen hat, und wenn — unter welchen Bedingungen, ist nicht einwandfrei festzustellen.

1902 erklärte Fürst Bülow einem Pariser Journalisten das folgende: „Die Marokkofragen berühren Deutschland weniger, weil unsere Interessen dort noch geringer sind als in China und, offen gesagt, ich zähle die marokkanische Frage nicht zu denjenigen, welche die Aufmerksamkeit der deutschen Diplomatie in unmittelbarer Weise auf sich ziehen. Wir freuen uns, daß Frankreich und Italien, die im Mittelmeer große und ernste Interessen haben, sich hierüber verständigt haben. Wir verfolgen im Mittelmeer keine aktive Politik.“ Deutschland verlange dagegen die ehrliche und dauerhafte Aufrechterhaltung des Status quo und der offenen Tür. „Wir verlangen nichts anderes, und das ist das Interesse, welches wir zu verteidigen haben, wenn es bedroht sein sollte. Wie ich soeben sagte, ist die Situation in ihrer Gesamtheit eine sehr günstige, und wir wünschen, daß der politische Horizont auch in Zukunft keine schwarzen Punkte aufweisen möge.“

Mitteilungen eines Staatsmannes, die an einen Journalisten gerichtet, somit für die Öffentlichkeit bestimmt sind, haben selbstverständlich nicht den Wert eines Dokumentes. Ebensowenig kann bezweifelt werden, daß sie unter Umständen auch angewandt werden, um eine der Meinungsäußerung entgegengesetzte Politik zu verschleiern. In diesem Falle jedoch findet man die öffentliche Stellungnahme des Fürsten Bülow nicht nur in vollem Einklange mit der Haltung, welche die deutsche Politik Marokko gegenüber vorher stets eingenommen hatte, sondern auch mit derjenigen, welche Bülow als Staatssekretär und als Reichskanzler in häufigster Wiederholung und bei jeder Gelegenheit immer wieder als seinen Grundsatz und seine Richtlinie hingestellt und auch nach Kräften betätigt hat: keine Eroberungen, kein Gebietserwerb, anstatt dessen offene Tür. Im deutschen Reichstage äußerte Bülow sich unmittelbar nach Veröffentlichung des französisch-britischen Abkommens vom 8. April 1904:

Er könne zwar natürlich nicht alles sagen, aber Deutschland habe keinen Grund anzunehmen, daß das Abkommen eine Spitze gegen irgendeine andere Macht enthalte. „Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch, eine Reihe von Differenzpunkten, die zwischen England und Frankreich bestanden, auf dem Wege gütlicher Verständigung aus der Welt zu räumen.“ Dagegen könne man vom deutschen Standpunkte nichts einzuwenden haben. Ein gespanntes englisch-französisches Verhältnis wünsche Deutschland nicht, weil es den Weltfrieden wünsche. Im Mittel-

meere und in Marokko sei Deutschland im wesentlichen wirtschaftlich interessiert und habe ein erhebliches Interesse an Ruhe und Ordnung in Marokko. „Unsere merkantilen Interessen in Marokko müssen und werden wir schützen. Wir haben keinen Grund zu befürchten, daß diese unsere Interessen in Marokko von irgendeiner Macht mißachtet oder verletzt werden könnten."

Wer diese Sätze und Wendungen aufmerksam durchliest, wird zunächst den Eindruck einer gewissen Zurückhaltung in der Beurteilung der Bedeutung des Abkommens empfinden. Die Wendungen: „was vorzuliegen scheint", ferner: „Man habe keine Ursache anzunehmen, das Abkommen enthalte eine Spitze gegen eine andere Macht" — lassen darauf schließen. Es mag dahingestellt sein, ob der Reichskanzler diese unbestimmten, auch als Vorbehalt zu verstehenden Wendungen gebraucht hat, weil das Abkommen ihm von der französischen Regierung nicht amtlich mitgeteilt worden war, oder weil er vermutet hatte, daß neben dem veröffentlichten Abkommen noch geheime Abmachungen beständen. Die Eventualitäten, welche er in dieser Beziehung öffentlich zu betonen für angezeigt hielt, legt er in die Sätze, welche Ruhe und Ordnung in Marokko als ein „erhebliches Interesse" Deutschlands bezeichneten, und daß man unsere merkantilen Interessen in Marokko schützen „müsse" und „werde". Der letzte Satz wiederum: „Wir haben keinen Grund usw. . . ." konnte vielleicht von Wissenden damals als eine leise Warnung ausgelegt werden.

Soweit war alles konsequent und entsprach den tatsächlichen Richtlinien der Bülowschen Politik. Die Wendung des Kanzlers, wir hätten kein Interesse an einem gespannten englisch-französischen Verhältnisse, schon im Interesse des Weltfriedens nicht, erregte damals vielfach Widerspruch, auch im Reichstage wurde dem Kanzler vorgeworfen, das englisch-französische Abkommen bedeute eine Niederlage der deutschen Politik. Der größte Teil der nationalen Presse war sich darüber einig, daß gerade die Beseitigung von Differenzpunkten zwischen Großbritannien und Frankreich, ganz abgesehen von Marokko selbst, die europäische Stellung des Deutschen Reiches schädige und schwäche. Wenn Fürst Bülow sich gegen diese und andere Vorwürfe meist mit dem Argumente verteidigte, es sei durchaus nicht erforderlich für die deutschen Interessen: Zwietracht zwischen anderen Mächten zu stiften, oder bestehende Zwiespälte offen zu halten, so war nur natürlich, daß er das Gegenteil öffentlich unter keinen Umständen zugeben konnte, und zwar weder vom Standpunkte des deutsches Interesses, noch von seinem persönlichen. Hätte er gesagt: „Wir konnten diese Annäherung zwischen den beiden Westmächten bedauerlicherweise nicht verhindern," so hätte er damit in

Deutschland niemandem gedient, und nach außen wäre eine solche Bemerkung so lange eine Unmöglichkeit gewesen, wie das Deutsche Reich beabsichtigte, mit Großbritannien und Frankreich in Frieden zu leben.

* * *

Hätte Graf Bülow aber damals im Reichstage die Wahrheit sagen können, oder wäre man imstande gewesen, sie einwandfrei zu erkennen, so würde sich vermutlich gezeigt haben, daß es keine Ungeschicklichkeit, kein Mangel an Energie und Umsicht gewesen war seitens des Leiters der deutschen Politik und seiner Organe, sondern daß es sich um eine ganz einfache und zwingende Konsequenz der Bülowschen Politik überhaupt handelte:

Wir haben gesehen, mit welcher Ausdauer und Unermüdlichkeit trotz aller Differenzen in Gegenwart und Vergangenheit, trotz der tiefsten Verstimmungen zwischen Volk und Volk und verschiedentlich auch zwischen den leitenden Männern, Großbritannien immer wieder versucht hatte, die Politik des Deutschen Reiches für solche Wege zu gewinnen, die beide zusammen beschreiten könnten. Die ständige Antwort Bülows in Wort und Tat war gewesen: Deutschland geht gelegentlich gerne mit Großbritannien zusammen, natürlich nur da, wo seine eigenen Interessen die Hauptrolle spielen, natürlich auch nur unter der Bedingung vollster Gleichberechtigung und dabei unter restloser Wahrung der freien Hand nach anderen Seiten. Im britischen Parlamente warf man während jener Jahre der Regierung verschiedentlich vor, sie werbe in würdeloser Weise um deutsche Freundschaft und ein deutsches Bündnis und hole sich dafür kühle öffentliche Abweisungen vom deutschen Kanzler. Wir haben uns vorher bemüht, darzulegen, aus welchen Gründen und Anlässen diese Periode englischer Werbungen ihr Ende nahm. Vielleicht war die Bülowsche Stellungnahme der Mandschurei gegenüber nur der „letzte Tropfen", aber darauf kommt es schließlich in diesem Zusammenhange nicht an. Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der damaligen deutschen Politik und ihrer im vollen Sinne des Begriffes grundlegenden Folgen ist aber die Tatsache, daß die entschiedene Annäherung Englands an Frankreich im selben Augenblicke erfolgte, wie die Abkehr von Deutschland. Für Großbritannien waren diejenigen Punkte, welche das Marokkoabkommen erledigte, weder dringlicher, noch vitaler Natur. Hätte sich ferner der, jenseits der Nordsee gewünschte, englisch-deutsche Zusammenschluß damals vollzogen, so würde zweifelsohne — unbeschadet vielleicht irgendwelcher kolonialen Regelungen wie schon früher — die Entente Cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien nicht eingetreten sein. Zu einer Entente Cordiale mit dem Deutschen Reiche

bedurfte Großbritannien keine mit Frankreich. Es gab genug Differenzpunkte zwischen den beiden Mächten, die Großbritannien dann mit Deutschland zusammen, zu seinen und Deutschlands Gunsten, mit Sicherheit und Leichtigkeit hätte durchdrücken können. Großbritannien brauchte aber notwendig eine der großen Festlandmächte, und als die britischen Staatsmänner sahen, daß Deutschland im Gegenteil auf die Freundschaft Rußlands entscheidenden Wert legte, da vervielfachte sich jene Notwendigkeit für Großbritannien.

Eine Erneuerung des russisch-deutsch-französischen Einverständnisses im fernen Osten von 1895, jetzt 1904, im Zeichen des Russisch-Japanischen Krieges, also unter denkbar erschwerenden Umständen, war für die britische Politik ein unbedingt zu verhinderndes Ereignis. Die einzige Möglichkeit, es zu verhindern, war, Frankreich an Großbritannien zu binden. Der weitere Grund kam hinzu, daß man in England nachgerade nicht mehr zweifeln konnte, das Deutsche Reich werde mit der Zeit zur See ein von Jahr zu Jahr mehr beachtenswerter Gegner werden. Auch unter diesem Gesichtspunkte war es von höchstem Interesse für Großbritannien, sich maritim durch eine enge Freundschaft mit Frankreich im Mittelländischen Meer und am atlantischen Ausgange des Ärmelkanales entlasten zu können. Ob es König Eduard gewesen ist, dessen persönliche Einsicht und Neigung für diese Wendung maßgebend wurde, ist nicht bekannt, aber sicher, daß er ihr persönlich die Bahn gebrochen hat. Bei Delcassé kam er, wie wir wissen, nicht nur einem Wunsche, sondern dem Bedürfnis seines Lebenswerkes entgegen. Aus allen diesen Gründen erklärte sich auch die Schnelligkeit, mit der sich die Ereignisse folgten: Anfang Juni 1903 König Eduard in Paris, Anfang Juli 1903 Loubet und Delcassé in London, unmittelbar nachher Veröffentlichung des Schiedsvertrages, und ein halbes Jahr später schon die Veröffentlichung des umfangreichen Abkommens über Ägypten, Marokko, Neufundland, die neuen Hebriden, Senegambien und Siam, weiter die geheimen Verträge, über deren politische Bedeutung und internationale Tragweite sich niemand auf beiden Seiten im unklaren war.

Eingesetzt hat diese neue Politik Englands anscheinend beinahe unmittelbar nach der Thronbesteigung König Eduards. Kurz, alles deutet daraufhin, daß dieser Monarch das Programm in großen Zügen schon fertig mit auf den Thron brachte, vielleicht zum Teil in der instinktiven Erkenntnis, daß mit dem zu Lande stationären, zur See zurückgehenden Machtfaktor Frankreich auf die Dauer bequemer zu leben sei, als mit dem nach jeder Richtung wachsenden Machtfaktor Deutschland. Ihn hoffte man aber durch vereinte Kräfte einzuschüchtern. Auch soll König Eduard wie mehrere englische Staatsmänner und ein großer Teil der öffent-

lichen Meinung Großbritanniens dem deutschen Kanzler besondere Abneigung entgegengebracht haben.

Das englisch-französische Abkommen wurde in der Presse beider Länder mit großer Freude bewillkommnet, vielfach trat gleichzeitig die Spitze gegen Deutschland hervor. In den Parlamenten der beiden Ententemächte äußerte man sich dagegen zurückhaltend. In der französischen Kammer fanden sich damals sogar Stimmen welche die Regierung heftig anklagten, weil sie Ägypten preisgegeben habe, und Mr. Deschanel erklärte: Frankreich habe alles der Idee einer Eroberung Marokkos geopfert. England mache das bei weitem bessere Geschäft. Der Deputierte Delafosse war weitsichtiger, er sagte: „Die Herrschaft Englands in Ägypten ist längst eine vollzogene Tatsache. Für die Preisgabe unserer unfruchtbaren theoretischen Rechte in Ägypten haben wir uns ersprießliche und tatsächliche Rechte in Marokko gesichert. Marokko ist uns hundertmal wertvoller, als Ägypten je war, auch weil es uns gegebenenfalls Kontingente militärischer Streitkräfte zu liefern vermag, wie wir sie für unsere Kolonien in Afrika brauchen. Das Ideal der Diplomatie wäre: ein Dreibund zwischen Frankreich, England und Rußland." Eine für jene Zeit wirklich bemerkenswerte politische Erkenntnis eines Politikers, der gleichwohl der damaligen Regierung und Delcassé selbst politisch sehr fern stand! Auffallend war, daß Delcassé damals, also schon im November 1904, offen in der Kammer erklärte: das Ziel der französischen Regierung, als sie das Abkommen abschloß, sei gewesen, das Übergewicht Frankreichs in Marokko herzustellen. Frankreich habe in Marokko die Hände frei. Das Abkommen werde Frankreichs Stellung in der Welt stärken. Das Abkommen wurde von Kammer und Senat angenommen. Die Äußerung Delcassés richtete sich mittelbar gegen Deutschland, denn ein Übergewicht Frankreichs in Marokko in der ganzen dehnbaren Bedeutung dieses Begriffes lief dem Inhalte des Madrider Vertrages und auch des deutsch-marokkanischen Handelsabkommens zuwider.

In der spanischen Kammer nahm der frühere Minister, Graf Romanones, die Erörterung des Abkommens mit Frankreich zur Gelegenheit der Feststellung, daß Spanien von 1890 bis 1895 dem Dreibunde angehörte, aber zu jenem Termine seine Zugehörigkeit gekündigt habe. Über den Vertrag war man sehr erfreut und erklärte, daß Frankreich in Marokko überall den Fortschritt, die Menschenliebe und Humanität verbreite. Der Ministerpräsident erwähnte noch jenen, von Spanien nicht ratifizierten Marokkovertrag vom Jahre 1902 und meinte, damals habe die Vorsehung Spanien vor einer furchtbaren Gefahr bewahrt.

In Großbritannien äußerte man sich, wie stets in solchen Fällen, mit Zurückhaltung über das Abkommen. Der Minister des Auswärtigen,

Lord Lansdowne, sprach von der Genugtuung, die man darüber empfinden müsse, daß zwei große Nationen versöhnlich ihre Ansprüche untereinander regelten, und hoffte, daß das auch in Zukunft geschehen möge. Der Premierminister Balfour meinte, man könne gleichwohl auch mit Deutschland in Frieden und Freundschaft leben. Vor allem aber sei nun endlich die ewige Drohung eines englischen-französischen Krieges beseitigt. Als Tauschgeschäft allein dürfte das Abkommen nicht betrachtet werden. Er glaube, daß die Geschichte es einst billigen werde, und daß diese wichtige Urkunde als der Beginn einer neuen glücklichen Zeit in den internationalen Beziehungen Großbritanniens werde betrachtet werden. — Bei aller Zurückhaltung des Ausdrucks fühlt man aus diesen Worten Lord Balfours den großen Gesichtspunkt heraus: Großbritannien ist mit seiner Kontinentalpolitik aus der Periode der Unbestimmtheit und des Tastens herausgelangt. Die Entscheidung ist gefallen!

Die Frage, welche sich mit der neuen Kombination aufwerfen mußte: Wie wird die Stellung Rußlands, des Bundesgenossens Frankreichs beeinflußt werden, nachdem Frankreich und Großbritannien enge Freundschaft geschlossen haben? — diese Frage blieb vorläufig offen, denn Rußland führte Krieg mit dem Bundesgenossen Großbritanniens!

* * *

Zu Lande wie zur See hatte der Krieg im fernen Osten einen ausnahmslos unglücklichen Verlauf für die russischen Waffen genommen. Sämtliche Großmächte hatten ihre Neutralität erklärt, China wurde auf Betrieb der Mächte und unter tätiger Anteilnahme des Deutschen Reiches neutralisiert. Beiläufig bemerkt, ermangelte man in England nicht, ebensowenig wie auf seiten der deutschen Sozialdemokratie, dem Fürsten Bülow diese Beteiligung als eine Parteinahme für Rußland, also als einen Mangel an Neutralität auszulegen. In Wirklichkeit war die Neutralisierung Chinas etwas Selbstverständliches, besonders vom Standpunkte derjenigen Mächte, die wirtschaftliche Interessen in China besaßen. Sie konnten nicht wünschen, daß auch außerhalb der Mandschurei der chinesische Boden zum Kampfplatz werde. Natürlich war es für Rußland eine Erleichterung, daß die vom Beginne des Krieges an auf Kriegsfuß stehende Armee des chinesischen Generals Ma in der Mongolei damit ausgeschaltet wurde. Sie hatte eine schwere Drohung für die rechte russische Flanke gebildet.

Fürst Bülow äußerte sich auf sozialdemokratische Angriffe hin folgendermaßen: „Man hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir uns für die Neutralisierung von China interessiert haben. Unsere Haltung

ging aber auch in dieser Beziehung aus klaren und einwandfreien Motiven hervor." Die Neutralisierung sei ein Mittel zur Lokalisierung des Krieges, ferner zur Beruhigung des chinesischen Hofes, und zum Vorbeugen einer erneuten fremdenfeindlichen Bewegung. Außerdem, so sagte der Kanzler, sei gerade das Eintreten Deutschlands für die Neutralisierung der offenkundigste Beweis dafür, daß Deutschland nicht daran denke, sich ein Stück China anzueignen. Japan sei freiwillig dem Beschlusse der Mächte, China zu neutralisieren, beigetreten, also ein weiterer Beweis dafür, daß die Neutralisierung Chinas kein Mangel an Neutralität seitens der Mächte war.

Hierzu wäre wohl noch zu bemerken, daß die Neutralisierung Chinas für Japan den Fortfall einer wichtigen Chance bedeutete, während sie, wie gesagt, für Rußland vorteilhaft war. Man kann aber vielleicht annehmen, daß die Bereitwilligkeit Japans zur Neutralisation des Chinesischen Reiches auf englische Einwirkung erfolgt ist. England mußte ebenso wie das Deutsche Reich höchstes Interesse daran haben, daß in China die Ruhe nicht gestört würde. Im Grunde genommen schloß neben anderen Überlegungen der deutsch-englische Yangtsevertrag, jedenfalls seinem Sinne nach, die Verpflichtung ein, für Großbritannien wie für Deutschland, durch Neutralisation die Integrität des Chinesischen Reiches sicherzustellen. Fürst Bülow nahm noch einmal, Ende November 1904, Gelegenheit, einem englischen Interviewer gegenüber nachdrücklich zu betonen, daß die Neutralisierung Chinas Deutschland in erster Linie zu verdanken sei. Welche Dinge hier hinter den Kulissen gespielt haben, entzieht sich der Kenntnis. England wird zur Frage der Neutralisierung Chinas mit einem heiteren und einem nassen Auge gestanden haben, denn so erwünscht sie ihm in bezug auf die britischen Chinainteressen sein mußte, so wenig konnte man verkennen, daß die russische Stellung in Asien dadurch gestärkt wurde. Wäre der japanische Siegeslauf zu Wasser und zu Lande weniger glänzend gewesen, so würde die Haltung der britischen Politik wohl eine andere gewesen sein.

Im Jahre 1904, hauptsächlich während seiner ersten Hälfte, war die allgemeine Meinung, im Durchschnitt, daß die russischen Waffen, wie schon oft in früheren Kriegen Rußlands, nach einer Reihe von Rückschlägen schließlich doch siegreich bleiben würden. Sogar zur See konnte man trotz der russischen Verluste und trotz der offenbaren Unbereitschaft der russischen Schiffe und der Unfähigkeit von Führern und Besatzungen immer noch für sehr möglich halten, daß ein Wendepunkt einträte. Die Zahl der japanischen Kriegsschiffe war nur gering, jeder Verlust, den Japans Flotte erlitt, fiel deshalb doppelt ins Gewicht. Dazu rüstete Rußland seine zahlenmäßig starke Baltische Flotte aus, in

der sich neben alten und untüchtigen auch ganz neue, starke Schlachtschiffe befanden. Gut geleitet und rücksichtslos eingesetzt, konnte diese Streitmacht einen Umschwung zur See herbeiführen. Auch in Japan und England war man dieser Ansicht. Die Baltische Flotte war erst im Herbst 1904 seebereit und verließ am 16. Oktober unter dem Befehl des Vizeadmirals Rojestwenski den Hafen von Libau, um nunmehr durch die dänischen Gewässer die Nordsee und den Ozean zu erreichen. Es ist möglich, daß die russische Regierung gewünscht hat, Deutschland möge gestatten, daß die Flotte den Nordostseekanal passiere. Jedenfalls wurde diese Frage in der Presse erörtert mit dem Ergebnisse, daß der Nordostseekanal eine rein deutsche Verkehrsstraße sei, seine Benutzung durch Streitkräfte einer kriegführenden Macht also eine Verletzung der deutschen Neutralität bedeuten würde.

Schon bevor die Baltische Flotte in See gegangen war, tauchten zunächst in der russischen Presse vage Gerüchte auf, daß der Baltischen Flotte schon in den europäischen Gewässern Gefahr drohe. Allgemein dachte man an unterseeische Minen, und die Flotte bediente sich deshalb bereits in der Ostsee und in den dänischen Gewässern aller Vorsichtsmaßregeln gegen Minengefahr. Dazu kam, daß die Offiziere und die Mannschaften der Baltischen Flotte nicht genügend ausgebildet, zum mindesten aber des praktischen Seedienstes entwöhnt waren, und so mag auch die Nervosität eine ziemlich hohe gewesen sein. Russische Kriegsschiffe hielten einen Geestemünder Fischdampfer für ein feindliches Schiff und beschossen ihn, ohne ihn allerdings zu verletzen. Die Sache wurde in Kürze beigelegt. Als dann die russische Flotte am 24. Oktober nachts die Dogger Bank, nicht weit von dem englischen Hafen Hull, passierte, geriet sie in die Nähe einer englischen Fischerflotte. Man glaubte angreifende Torpedoboote zu sehen, leuchtete mit den Scheinwerfern und schoß mit den Geschützen. Das Ergebnis war die Verletzung einiger Fischerfahrzeuge und Verlust von Menschenleben. Dieser sogenannte Huller Zwischenfall hatte eine ungeheure Erregung in Großbritannien zur Folge. Ein großer Teil der britischen Presse rief nach Krieg und, ähnlich wie nach dem Krüger-Telegramm, wurden in den britischen Häfen auch kriegerische Vorbereitungen getroffen. Die Erbitterung war umso größer, als die russische Flotte, ohne sich irgendwie um die beschossenen Fischerboote zu kümmern, ihren Weg fortsetzte, der zunächst nach dem spanischen Hafen von Vigo führte.

Auf eine Depesche mit dem Ausdrucke „tiefen Bedauerns“ des Zaren an König Eduard erklärte der Minister Brodrick: Das Bedauern des Kaisers von Rußland und das Versprechen, Entschädigung zu leisten, könnten allein nicht genügen, um das Vergehen der Russen zu sühnen.

Die ganze Welt müsse wünschen, daß England Sicherheit dafür erhalte, daß ähnliche Vorfälle nicht wieder vorkämen. Die britische Regierung ließ in Petersburg dringende Vorstellungen erheben. Der russische Minister des Auswärtigen erklärte, man habe noch keinen Bericht vom russischen Admiral, anscheinend handle es sich um ein bedauerliches Mißverständnis. Friedlich und nichtssagend erledigt wurde der Zwischenfall dann durch ein internationales ad hoc gebildetes Schiedsgericht, das — auf französische Vermittlung — von Rußland vorgeschlagen und von England angenommen wurde. Hohe Seeoffiziere und Juristen setzten es zusammen; die russische, die britische, die französische Marine sowie die der Vereinigten Staaten stellten die Mitglieder. Durch Übereinkommen zwischen diesen Mitgliedern wurde noch ein fünftes Mitglied ernannt, und zwar ein österreichischer Admiral. Bezeichnend für die damalige Stellung des Deutschen Reiches war das Fehlen eines deutschen Seeoffiziers als Mitglied der Kommission. Eine Beteiligung des Deutschen Reiches wäre an sich selbstverständlich gewesen und hätte sehr viel näher gelegen als die Hinzuziehung der Vereinigten Staaten und Österreich-Ungarns.

Durch die Annahme einer schiedsgerichtlichen Erledigung auf internationaler Grundlage war der Situation die Gefahr genommen worden, und die Angelegenheit selbst wurde damit auf ein Nebengeleise geschoben. Immerhin sind die Dinge eine kurze Zeitlang damals gefahrdrohend gewesen, und es ist vielleicht nur der Kaltblütigkeit König Eduards zu verdanken, wenn der Zustand der englischen Stimmung sich nicht durch die Explosion eines großen Krieges entlud.

Was jenen sogenannten Huller Zwischenfall selbst anlangt, so stellte das Schiedsgericht nach längeren Untersuchungen und Debatten fest, es habe sich um eine auf Irrtum beruhende Verfehlung innerhalb des russischen Geschwaders gehandelt; die Geschädigten erhielten Sühnegelder und damit war die Sache begraben. Ob es wirklich nur ein Irrtum gewesen ist, ob es sich nicht auch um japanische Fahrzeuge gehandelt hat, mag dahingestellt bleiben.

Überaus auffällig war gerade damals die zur höchsten Feindseligkeit gegen Deutschland gereizte Stimmung der öffentlichen Meinung in England. Es ist behauptet worden, daß die deutsche Flotte Befehl hatte, sich bereit zu halten, daß englische Streitkräfte, insbesondere Unterseeboote, nächtelang nicht weit von Helgoland patrouilliert hätten, um die ausfahrende deutsche Flotte anzugreifen. Wie weit die Dinge tatsächlich gediehen waren, wie nahe man vor dem Ausbruche eines Krieges gestanden hat, ist nicht bekannt geworden, und es wird erst einer späteren Periode vorbehalten sein, die Einzelheiten zuverlässig kennen zu lernen. Dem Deutschen

mußte sich angesichts der Kriegsgerüchte und der englischen Stimmung vor allem die Frage aufdrängen, in wie fern gerade Deutschland in diese rein englisch-russische Angelegenheit der Beschießung englischer Fischdampfer durch russische Kriegsschiffe hätte verwickelt gewesen sein können. Auf diese Frage gibt es wohl nur die Antwort: daß man nämlich in weiten Kreisen Englands an das Bestehen eines deutsch-russischen Geheimvertrages glaubte. Die britische Presse war voll von derartigen Andeutungen, ja, von Behauptungen, daß es der Fall sei. Die britischen Blätter behaupteten weiter, daß die Baltische Flotte Rußlands durch deutsche Warnungen absichtlich nervös gemacht worden sei. Tatsächlich hat der deutsche Reichskanzler sich im November des Jahres 1904, also wenige Wochen nach dem Huller Zwischenfalle mehrere Male öffentlich zu diesen englischen Auffassungen geäußert, und zwar englischen Journalisten und Literaten gegenüber. Seine Äußerungen zeigen, wie ernst die Lage war und was für Momente hineinspielten. Der Kanzler erklärte u. a., daß die russische Regierung schon im August die deutsche darauf aufmerksam gemacht habe: nach ihr zugegangenen Nachrichten — also durch geheime Agenten — müsse sie Angriffe auf ihre Flotte vom deutschen Gebiete aus befürchten. Die deutsche Regierung habe auf diese russischen Mitteilungen hin sich als neutrale Macht verpflichtet gehalten, Maßnahmen zur Verhinderung eines solchen Angriffes zu treffen. Die deutschen See- und Hafenbehörden seien angewiesen worden, die Augen aufzuhalten. In Dänemark sei dasselbe geschehen. Man wird annehmen können, daß die deutschen Überwachungsmaßregeln sich ganz besonders auch auf den Nordostseekanal erstreckt haben, und es liegt nahe genug, daß angesichts der allgemeinen Spannung der Lage, möglicherweise auch infolge geheimer Nachrichten die deutsche Flotte sich in einem gewissen Bereitschaftszustande befunden hat. Daß diese Maßnahmen von der englischen Presse als gegen England gerichtet bezeichnet wurden, ist an sich gleichwohl unerklärlich, zumal die deutsche Flotte von 1904 wahrlich nicht geeignet war, als Angriffswerkzeug gegen die britische zu dienen. Genug, die inneren Zusammenhänge bleiben dunkel, und wir müssen uns zur Kennzeichnung der damaligen Lage mit der Feststellung begnügen, daß die Feindseligkeit der britischen Stimmung gegen Deutschland einen noch nicht dagewesenen Höhepunkt erreichte, was ziemlich viel sagen wollte. Als die Baltische Flotte Rußlands die Nordsee verlassen hatte, erschien in der Zeitschrift „The Army and Navy Gazette“ ein Aufsehen erregender Artikel, dessen intellektuelle Urheberschaft der britischen Admiralität zugeschrieben wurde. Dieser Artikel setzte auseinander, daß der Moment gekommen scheine, mit der deutschen Flotte ein Ende zu machen. Die russische Flotte sei, möglicherweise auf Nimmer-

wiedersehen, aus den nordeuropäischen Gewässern verschwunden, die Kriegsflotte Deutschlands stehe dort völlig allein. Jetzt oder nie sei die Gelegenheit für England gekommen, die mit jedem Jahre drohender anwachsende deutsche Flotte ein für allemal zu beseitigen. Niemand könne wissen, ob spätere Jahre wieder eine solche Gelegenheit bieten würden. Dieselbe Tonart wurde von einer Reihe verbreiteter und einflußreicher britischer Organe angeschlagen. Gerade die Tatsache der Gleichzeitigkeit jener Vorschläge in einem Augenblicke hoher internationaler Spannung mußte zu denken geben.

Der Herbst 1904 wurde für die Entwicklung der englisch-deutschen Beziehungen überhaupt bemerkenswert als der Beginn einer neuen Phase: damals zuerst begann man, öffentlich Deutschland als den Feind zu bezeichnen, als den Feind, der darauf ausgehe, durch Steigerung seiner Seerüstung und durch Konspirationen mit anderen Mächten, vornehmlich mit Rußland, Mittel zur Untergrabung der britischen Weltstellung zu gewinnen. Ein unbegrenztes, phantastisches Mißtrauen der britischen Bevölkerung begleitete jede Handlung oder Unterlassung der deutschen Politik. Die Gebundenheit Rußlands durch seinen ostasiatischen Krieg war englischerseits zur — freilich schon vor dem Kriege begonnenen — Tibetexpedition des Majors Younghusband benutzt worden. Schließlich kam ein Abkommen zwischen Großbritannien und der chinesischen Regierung über Tibet zustande. In England wurde durch die „Times“ und andere Blätter behauptet, daß man deutscherseits versucht habe, in Peking gegen das Zustandekommen dieses Vertrages zu intrigieren. Der deutsche Reichskanzler stellte hierauf öffentlich fest, die deutsche Intrige hätte nur darin bestanden, daß der deutsche Gesandte in Peking beim dortigen Auswärtigen Amte anfragte, ob der in einer Pekinger Zeitschrift veröffentlichte Wortlaut des britisch-chinesischen Tibetvertrages authentisch sei oder nicht. Der Gesandte habe gleichzeitig bemerkt, daß das Deutsche Reich an jenem Abkommen kein Interesse nehme. Die britische Presse ignorierte diese Erklärungen des Kanzlers, auch als er die Behauptung einer deutschen Intrige im Reichstage als eine Lüge bezeichnete, und fuhr fort, Deutschland als diejenige Macht zu bezeichnen, welche sich Großbritannien überall feindselig und böswillig entgegenzustellen versuche. Als weiteres sehr wirksames Hetzmittel gegen Deutschland diente zur gleichen Zeit die Behauptung: Deutschland versuche, Zwietracht zu säen zwischen Großbritannien und Frankreich. Man ging dabei von dem Interesse aus, welches Deutschland an einer Sprengung jenes Verhältnisses haben würde. Tatsächlich gab es wohl keinen ungünstigeren Moment, zu Sprengversuchen dieser Art, als gerade das Jahr 1904, wo das britisch-französische Verhältnis eben zu hoher gegenseitiger

Befriedigung eingegangen worden war. Hatte die deutsche Politik das Zustandekommen der Entente Cordiale nicht hindern können, so wäre es eine doch etwas unwahrscheinliche Torheit gewesen, ihre Sprengung unmittelbar nachher für möglich zu halten.

Im Sommer 1904 war König Eduard zu den Segelregatten der Kieler Woche nach Kiel gekommen. Zwischen ihm und dem Deutschen Kaiser wurden mehrere freundliche Ansprachen gewechselt, in denen der König besonders betonte, er sei lediglich zu Sportzwecken nach Kiel gekommen. Kaiser Wilhelm wies auf das Wachsen der deutschen Flotte hin, als den „Ausdruck der wiedererstarkenden Seegeltung des durch den verewigten großen Kaiser neugeschaffenen Deutschen Reiches". Die Flotte diene lediglich der Erhaltung des Friedens und sei zum Schutze des deutschen Handels und seiner Gebiete bestimmt. König Eduard sagte u. a.: „Euerer Majestät anerkennende Erwähnung meines unablässigen Strebens zur Erhaltung des Friedens hat mich tief gerührt, und ich bin beglückt in der Gewißheit, daß Eure Majestät das gleiche Ziel im Auge haben. Möchten unsere beiden Flaggen bis in die fernsten Zeiten ebenso wie heute übereinander wehen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Wohlfahrt nicht allein unserer Länder, sondern auch aller anderen Nationen."

Diese Reden erweckten den Eindruck, daß der König bestrebt war, ernsten und hochpolitisch aufzufassenden Erörterungen zu entgehen. An der Aufrichtigkeit der Versicherung seiner Friedensliebe war übrigens damals ebensowenig wie später zu zweifeln.

Dem Kieler Besuche folgte auf dem Fuße ein Schiedsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien, des stereotypen Inhaltes, daß Streitfragen, die einerseits nicht auf diplomatischem Wege hätten erledigt werden können, die anderseits „nicht die vitalen Interessen, die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden vertragschließenden Staaten berühren und nicht die Interessen dritter Mächte angehen", — an den ständigen Schiedsgerichtshof im Haag überwiesen werden sollten. Dieses Abkommen und der Besuch des Königs in Kiel fanden in England kaum Beachtung. Die Wogen deutsch-feindlicher Erbitterung schlugen hoch über beiden zusammen.

Ein weiteres, sehr bedeutendes Moment der englischen Stimmung und Verstimmung, ein Moment, das sich in erster Linie auch auf die britische Regierung bezog, war der Bau der Bagdadbahn. Die Entwicklungsgeschichte dieses Projektes wird zum Schlusse kurz zusammenhängend dargestellt. Hier braucht nur gesagt zu werden, daß im wesentlichen die sonderbare Befürchtung für die englische Regierung maßgebend war: Deutschland wolle und könne durch den Bau dieser Bahn bis an den Persischen Golf vordringen, diesen beherrschen und Großbritannien in In-

dien bedrohen. Dazu kam die Besorgnis, daß die deutsche Politik darauf ausgehe, mittels dieser Bahn und anderer Konzessionen den deutschen Einfluß in der Türkei politisch, wirtschaftlich und letzten Endes militärisch zum alleinherrschenden zu machen auf Kosten Großbritanniens. Ja für Ägypten und für die arabische Zukunftspläne Englands fürchtete man.

Der britische Flottenfrontwechsel — Die Bedeutung der Dreadnoughtpolitik.

Die deutsche Flotte war inzwischen planmäßig gefördert worden, zunächst nach dem Gesetze von 1898, und von 1901 an nach dem Gesetze von 1900. Jedes Jahr wurden zwei Schlachtschiffe und ein Panzerkreuzer auf Stapel gelegt, die freilich qualitativ sich mit gleichaltrigen britischen Schiffen nicht messen konnten. Jedes Jahr wurde der Bau von zwei kleinen Kreuzern und einer Torpedobootsdivision begonnen. Ebenso planmäßig erhöhte man den Offizier- und Mannschaftenbestand der Marine, und die Werften wurden mit allen ihren Einrichtungen erweitert. Man konnte sich in Großbritannien um 1904 nicht mehr darüber im unklaren sein, daß das deutsche Flottenprogramm von 1900 pünktlich durchgeführt werden würde, zumal in der Bauausführung niemals Verzögerungen eintraten. Dazu kam, daß der deutsche Reichstag von Jahr zu Jahr höheres Verständnis für die Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte nicht nur, sondern auch für die großen Vorteile der gesetzlichen Festlegung ihrer Stärke und ihres Bauprogrammes zeigte.

In England beobachtete man diese Entwicklung mit Sorge, und in den Parlamentsverhandlungen des Frühjahrs 1904 tauchte wieder einmal der Gedanke auf, ob man nicht mit den Regierungen der Großmächte in Verbindung treten und über eine Verringerung der Flottenprogramme mit ihnen beraten wolle; dieser Antrag wurde von einem Mitgliede der damaligen liberalen Opposition gestellt. Der Kriegssekretär, Mr. Arnold Forster erklärte, man habe den kontinentalen Regierungen bereits „in denkbar öffentlichster Weise“ einen derartigen Vorschlag gemacht, und zwar habe dieses Lord Goschen als erster Lord der Admiralität getan. „Und ich wiederhole jetzt in formellster Weise, daß die britische Regierung bereit ist, die Vorschläge jeder fremden Macht über eine Verringerung der Rüstungen zur See in Erwägung zu ziehen. Unsere Macht zur See ist eine Notwendigkeit, es gibt aber kein einziges europäisches Land, das nicht hinsichtlich der Gefahr eines Angriffes von England aus seine Flotte abschaffen könnte; aber England selbst könnte in dem Augenblicke, wo sein Übergewicht zur See dahin ist, einer Invasion ausgesetzt sein.“

Der frühere Unterstaatssekretär des Auswärtigen und sehr angesehene Sir Charles Dilke wies damals auf Deutschland hin und sagte: man vergrößere dort die Flotte mit einer außergewöhnlichen Schnelligkeit und richte sich damit offensichtlich gegen England. Und der Premierminister Balfour erklärte, daß die Lage Deutschlands zur See so sehr viel günstiger sei als die Englands, weil die deutsche Flotte nicht die auswärtigen Verpflichtungen der englischen habe, sondern immer in nur zwei Häfen konzentriert bleiben könne.

Über die schnellwachsende Flotte der Vereinigten Staaten zu sprechen, beschränkte man englischerseits in jenen Jahren auf das Notwendigste, in der Furcht, dort Verstimmung zu erregen, dagegen war man bestrebt, durch Preßbeeinflussung in den Vereinigten Staaten die Ansicht großzuziehen, daß Deutschland eine seinen geringen Bedürfnissen absolut nicht entsprechende Flotte baue, um eines Tages England anzugreifen, den Frieden der Welt frivol zu stören und schließlich auch die Vereinigten Staaten zu gefährden. Durch die deutsche Bautätigkeit würden alle Mächte gezwungen, mitzugehen, damit in steigende Unkosten gestürzt, unter gleichzeitiger Spannung der politischen Beziehungen allerseits. Bei dem großen Mißtrauen, welches, wie wir sahen, in den Vereinigten Staaten ohnehin gegen Deutschland bestand, fielen diese und ähnliche Andeutungen auf fruchtbaren Boden.

Der Premierminister Mr. Balfour und Mr. Chamberlain — der seit 1903 aus dem Kabinette ausgetreten war — benutzten auch diese Gelegenheit, um den imperialistischen Gedanken zu fördern. Ende 1904 empfing Balfour eine Abordnung des vor einigen Jahren gebildeten Imperial Federation Defence Committee und erklärte ihnen, es sei zur See ein früher ungeahnter Wechsel von großer Bedeutung eingetreten. Das Land müsse mit ganz neuen Kombinationen rechnen, und die Lage sei voll von Gefahren für die Einheit nicht nur, sondern sogar für die Unabhängigkeit der einzelnen Teile des britischen Kolonialreiches. Die wachsende Größe dieser Gefahren mache es immer nötiger, daß die Kolonien einen größeren Anteil an der gemeinsamen Last für die Verteidigung des Reiches übernähmen; ihr Anteil sei bis jetzt noch viel zu klein.

Im Dezember des Jahres 1904 machte die britische Admiralität den Plan einer Neuorganisation der Flotte bekannt, welcher mit dem Jahre 1905 in Kraft treten sollte. Die Denkschrift, welche der erste Lord der Admiralität, Lord Selborne, dem Organisationsplane mitgab, enthielt die folgenden Sätze, welche den Beginn der neuen Epoche zur See drastisch bezeichnen:

„In der Entwicklung der modernen Flotte ist nicht nur hinsichtlich des Flottenmaterials, sondern auch der strategischen Verhältnisse ein

neuer Abschnitt erreicht. Auf der westlichen Halbkugel sind die Vereinigten Staaten im Begriffe, sich eine große und starke Flotte zu schaffen, deren Größe nur durch die Geldmittel beschränkt wird, die die Vereinigten Staaten für sie aufwenden wollen. Auf der östlichen Halbkugel ist die kleinere, aber moderne japanische Flotte den Anforderungen eines Krieges unterworfen worden und hat sich ihnen gewachsen gezeigt. Die französische Marine steht bis jetzt noch allen anderen voran. Eine neue deutsche Flotte von sehr leistungsfähigem Charakter ist geschaffen worden; sie ist in der glücklichen Lage, sich fast ganz in den Heimatgewässern konzentrieren zu können."

Bisher waren die britischen Geschwader folgendermaßen verteilt und bemessen worden: Die Heimatflotte, gestützt auf die Station Portland, umfaßte: acht ältere (nur ganz lose organisierte) Linienschiffe, vier große Kreuzer und leichte Fahrzeuge; die Kanalflotte (Irische Station Berehaven) sechs Schlachtschiffe und fünf große Kreuzer; das Kreuzergeschwader (Station Portland) fünf große und zwei kleine Kreuzer. Im Mittelländischen Meere (Stationen Malta und Gibraltar): zwölf Schlachtschiffe, fünf große und acht kleine Kreuzer; in Ostasien fünf Linienschiffe, sieben große und elf kleine Kreuzer. Mit kleineren Kreuzerkontingenten waren außerdem besetzt: die nordamerikanische Station, die südatlantische, die pazifische, die westafrikanische, die indische und die australische.

Der Schwerpunkt dieser Dislokation lag durchaus im Mittelländischen Meere, dem schon lange bestehenden Grundsatze der britischen Admiralität entsprechend, daß die Streitkräfte des Mittelmeeres den dort befindlichen französischen stets und in jeder Richtung überlegen zu sein hätten, nicht nur der Zahl der Schiffe, sondern auch der Stärke nach. Deshalb legte man auch die neuesten und stärksten Linienschiffe in das Mittelländische Meer. Die Kanalflotte war als Gegengewicht gegen französische Seestreitkräfte im Nordatlantischen Ozean gedacht, und das Kreuzergeschwader für eine Verwendung je nach Gelegenheit, seiner für damalige Verhältnisse hohen Beweglichkeit entsprechend. Die Heimatflotte setzte sich, wie gesagt, durchweg aus älteren Schiffen zusammen, und die 1904 dort versammelten acht Linienschiffe konnten als eine auf der Höhe stehende Kampfeinheit kaum angesprochen werden.

Die neue Organisation verwandelte das Bild vollkommen. Im Mittelländischen Meere ließ man nur acht Linienschiffe und vier Kreuzer, die fünf Linienschiffe des fernen Ostens wurden vorläufig noch dort gelassen, aber ihre Rückberufung gleichzeitig in Aussicht genommen; sie erfolgte auch nach Erneuerung und Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses und nachdem durch die Schlacht von Tsuschima im Sommer

1905 die russische Flotte im fernen Osten vernichtet worden war. Anstatt der bisherigen, militärisch nicht hochwertigen Heimatflotte wurde eine neue „Kanalflotte“ gebildet. Man bemaß deren Stärke zunächst auf zwölf Linienschiffe — ganz kurz darauf stieg sie auf fünfzehn —, dazu kamen ein Kreuzergeschwader von sechs Panzerkreuzern und eine große Anzahl von leichten Kreuzern und Torpedofahrzeugen. Demgegenüber bestand die deutsche Hochseeschlachtflotte im Sommer 1905 aus dreizehn Schlachtschiffen, von denen freilich der größere Teil nicht auf der Höhe der Zeit war, aus zwei Panzerkreuzern, die ebenfalls den im Kriege ihnen zu stellenden Anforderungen nicht entsprachen, und aus sechs kleinen Kreuzern. Die Überlegenheit allein der englischen Kanalflotte war somit eine zweifellose. Außer ihr wurde noch ein zweites mächtiges und ebenso ständig kriegsbereites Flottenkontingent geschaffen, nämlich die neugebildete „Atlantische Flotte“. Diese setzte sich aus den stärksten und schnellsten Schiffen der Flotte zusammen, nämlich den neuen Vertretern der „King Edward“-Klasse; sie waren im Frühjahr 1905 noch nicht alle fertig, nahmen aber schnell nacheinander ihren Platz in der „Atlantischen Flotte“ ein. Dazu kam das II. Kreuzergeschwader, ebenfalls aus sechs Panzerkreuzern bestehend. Die „Atlantische Flotte“ konnte bei ihrer Mittelstellung zu Gibraltar im gleichen Zeitraume weniger Tage, sei es in Malta oder im Ärmelkanale auftreten; außerdem war sie für irgendwie denkbare Verwicklungen auch in der Lage, schnell den Atlantischen Ozean zu durchqueren.

Ein besonders wichtiger Teil der neuen Organisation war neben dieser aktiven und stets kriegsbereiten Flotte die Bildung einer Reserveflotte. Früher hatte man wohl eine Anzahl von Reserveschiffen auf den Werften gehabt, die bei Ausbruch eines Krieges mit möglichster Beschleunigung instand gesetzt und bemannt worden wären, das waren aber nur einzelne Schiffe ohne organisatorischen Zusammenhang, die auch in Friedenszeiten völlig unbemannt waren. Anstatt dessen wurde nunmehr in den drei britischen Häfen Devonport, Portsmouth und Chatham-Sheerneß eine „Flotte im Dienst in Reserve“ gebildet; sie war in kriegsmäßige Verbände gegliedert und in einem hohen Stand dauernder Bereitschaft.

Der Schwerpunkt der Flotte Großbritanniens war aus dem Mittelmeer fortgerückt und in die Nordsee verlegt worden. Es ist keine Übertreibung, diese Verlegung zu den epochemachenden Ereignissen der politischen Geschichte Europas zu rechnen. Die Verlegung des Schwerpunktes, die Schwächung der Mittelmeerflotte, die Stärkung der Kanalflotte bedeuteten zugleich einen Frontwechsel, dessen Bedeutung man nur im Rahmen aller geschilderten politischen Verhältnisse der vorhergegan-

genen Jahre würdigen kann. Im Jahre 1904 wurde der neue Organisationsplan ausgearbeitet, im selben Jahre 1904 das Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien geschlossen und die Entente Cordiale besiegelt. Man würde vielleicht zu weit gehen mit der Behauptung, daß die Entente Cordiale für Großbritannien nur deshalb Bedürfnis geworden sei, weil es stärkere Flottenkontingente für seine heimatlichen Küsten frei zu bekommen wünschte. Wir haben gesehen, daß eine Reihe von politischen Ursachen und Momenten diese Annäherung überhaupt für die britische Politik nicht nur wünschenswert, sondern notwendig erscheinen ließen. Daß der rein maritime Gesichtspunkt aber eine der Hauptursachen bildete, ist nicht zu bezweifeln. Nicht, daß es gerade gedrängt hätte, aber als alte maritime und marinepolitische Praktiker wußten die britischen Autoritäten, daß eine so umfangreiche und durchgreifende Neuorganisation einer so gewaltigen Flotte sich nicht von heute auf morgen durchführen läßt, und daß die Geschwaderverbände in sich wie in Verbindung mit ihren neuen Stützpunkten und Reparaturwerkstätten gewissermaßen sich erst einleben mußten, ehe sie den Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit erreichen konnten. Die britische Admiralität und Regierung waren sich darüber klar, wie wir sahen, daß das Anwachsen des neuen, des deutschen Flottenfaktors in der Nordsee andauern werde. Darüber konnte kein Zweifel bestehen, nachdem man hatte feststellen müssen, daß Deutschland sein Flottengesetz durchführte. Unter diesem Gesichtspunkte mußte und muß noch heute jene britische Neuorganisation beurteilt werden. Sie war keine Maßnahme ab irato, keine Folge einer politischen Konstellation, sondern sie bezeichnete eine grundsätzliche und grundlegende Neuorientierung der gesamten britischen Marinepolitik. Dieser Neuorientierung der Marinepolitik mußte die Neuordnung der Grundlage jeder Marinepolitik: der Flotte, folgen.

Als in den ersten Tagen des Jahres 1900 die neue deutsche Flottenvorlage herausgegeben war, las man in ihrer Begründung die Sätze:

„. . . Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß die deutsche Schlachtflotte ebenso stark ist, wie die der größten Seemacht; denn eine große Seemacht wird im allgemeinen nicht in der Lage sein, ihre sämtlichen Streitkräfte gegen uns zu konzentrieren. Selbst wenn es ihr aber auch gelingt, uns mit größerer Übermacht entgegenzutreten, so würde doch die Niederkämpfung einer starken deutschen Flotte den Gegner so erheblich schwächen, daß dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung zunächst nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre. Da der Schiffsbestand der deutschen Marine auch nach Durchführung der geplanten Vermehrung noch mehr oder minder gegen den Schiffsbestand anderer Großmächte zurückstehen wird, so muß ein

Ausgleich in der Ausbildung des Personales und in der taktischen Schulung im größeren Verbande gesucht werden." —

Die Organisation der deutschen Flotte, also der Rahmen, in den sie allmählich hineinwuchs, war auf den Gedanken „taktischer Schulung im größeren Verbande" zugeschnitten und teils aus ihm erwachsen. Dieser Gedanke war in den Übungen, man möchte sagen in den Vorübungen der deutschen Flotte schon Anfang der neunziger Jahre praktisch hervorgetreten und konnte die Priorität unter allen Flotten der Welt für sich beanspruchen. Es war mithin kein Wunder, wenn auf ihn einerseits, auf die Möglichkeit anderseits, die deutsche Flotte dauernd in den heimischen Häfen konzentriert zu halten, besonderes Gewicht gelegt wurde, und man in diesen beiden Momenten die Möglichkeit erblickte, die Übermacht anderer Flotten auszugleichen: die französische Flotte befand sich zur einen Hälfte im Mittelländischen Meere, zur anderen an der atlantischen Küste Frankreichs, während beträchtliche Kontingente in Ostasien lagen. Die russische Flotte verteilte sich in normalen Zeiten auf das Baltische Meer, das Schwarze Meer und Ostasien, die Flotte Großbritanniens hatte ihren Schwerpunkt im Mittelländischen Meere und war beinahe an allen wichtigen Punkten des Erdballes mehr oder minder in Anspruch genommen. So konnte man in Deutschland um 1900 damit rechnen, daß keiner der denkbaren Gegner in der Lage sein würde, in einem Kriege annähernd seine gesamte Streitkraft gegen die deutsche Nordseeflotte zu konzentrieren. Diese Berechnung erhielt einen starken und unerwarteten Stoß durch den Ausgleich der englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten und die Schließung einer engen politischen Freundschaft, welche von tiefer, ungekünstelter Zustimmung der beiden Nationen getragen wurde.

Die Größe und Bedeutung des Umschwunges, der sich in den Jahren 1902 bis 1905 vollzog, ist enorm: 1902 englisch-französische Spannung im Mittelmeer, beginnende englisch-deutsche Spannung, starke englisch-russische Spannung. 1904 englisch-französische Freundschaft, englisch-japanisches Bündnis, Verschwinden der russischen Flotte aus den europäischen Gewässern. Mit Ausnahme — aber auch nur bis 1905 — der Linienschiffsdivision im fernen Osten war die gesamte Schlachtflotte Großbritanniens gegen Deutschland frei geworden. Das galt auch vom Mittelmeergeschwader. Der Zusammenhang zwischen der Seemacht an sich, ihrer Organisation und Dislokation, ist kaum jemals so drastisch und auch so imponierend in die Erscheinung getreten wie in jener Neuorganisation der britischen Flotte um die Jahreswende 1904/05; sie wurde dann von Jahr zu Jahr mächtiger entwickelt.

War hier die wirkende Grundursache in dem Wachsen der deutschen

Flotte und in der Sicherheit der Durchführung des deutschen Flottengesetzes zu erblicken, so galt das gleiche für eine zweite Neuerung, nämlich den Grundsatz der unmittelbaren Schlagfertigkeit und Verwendungsbereitschaft möglichst aller gefechtsbrauchbaren Schiffe. Bevor eine nennenswerte deutsche Flotte vorhanden war, stand es bei den großen Marinen, wie England und Frankreich, um die Schlagfertigkeit der jeweilig nicht im Dienst befindlichen Schiffe und Geschwader nicht glänzend. Der Gedanke einer organisierten Reserveflotte, die stets mit Stammbesatzungen bemannt, von Zeit zu Zeit Übungen machte, also niemals zum toten Werftmaterial würde, war deutschen Ursprunges und neu. 1905 nahm die britische Admiralität diesen Gedanken auf und verwirklichte ihn unmittelbar in großem Maßstabe, während er in Deutschland, seinem eigentlichen Mutterlande, aus Mangel an Schiffsmaterial und Personal noch auf dem Papier geblieben war.

Die neue Parole der britischen Admiralität: stete Schlagfertigkeit und Verwendungsbereitschaft des ganzen kampfkräftigen Materiales der Flotte! war also nicht nur deutschen Ursprunges, sondern auch eine Folge der baulichen und organisatorischen Marinepolitik des Deutschen Reiches. Bis zum Jahre 1904 hatte die britische Kräfteverteilung zur See der deutschen Flotte nur als einer nebensächlichen Größe Rechnung getragen. Von da an war sie der Hauptgegner, der maritime Faktor, auf den die gesamte britische Marinepolitik zugeschnitten wurde.

Diese große geschichtliche und politische Bedeutung der Neuordnung und Neuverteilung der englischen Flotte wurde in Großbritannien weit klarer erkannt als in der deutschen Bevölkerung. Man schob sie hier meist mehr auf englische Stimmungen und Feindseligkeiten. Man befand sich in Deutschland außerdem in begründeten schweren Besorgnissen, daß der deutsche Flottenbau seinen Zweck und sein Ziel überhaupt nicht würde erreichen können. Die britische Admiralität ließ sich nämlich nicht mit dem erfolgreichen Bestreben genug sein, der deutschen Flotte stets eine erdrückende Übermacht unmittelbar gegenüberstellen zu können, sondern faßte den Entschluß, die qualitative Übermacht von Schiff zu Schiff derart zu erhöhen, daß die deutsche Flotte auch bei erheblicher Schiffszahl eine minderwertige Waffe würde und bliebe.

Die für die Durchführung des deutschen Flottengesetzes jährlich ausgeworfenen Mittel waren verhältnismäßig gering. Um die nötige Schiffszahl herauszubekommen, beschränkte man die Schiffsgrößen aufs äußerste. Größe und Kampfwert des Schiffes ist aber durchweg gleichzusetzen. Die britische Admiralität begriff sofort die Möglichkeit, die sich ihr hier zu eröffnen schien. Von Jahr zu Jahr wurden die englischen Schlachtschiffe größer und mächtiger, der Stärkeunterschied zwischen ihnen und den

gleichalterigen deutschen bedeutender. Als dann im Jahre 1905 als das „letzte Wort des Kriegsschiffbaues“ die berühmte „Dreadnought“ auf Stapel gelegt wurde, da sah die deutsche Marineverwaltung ein, daß es so nicht mehr weitergehen konnte. Für das Jahr 1905/06 war von vornherein schon, nämlich seit dem Jahre 1900, eine Flottenvorlage in Aussicht genommen worden. Damals hatte der Deutsche Reichstag eine Anzahl großer und kleiner Kreuzer von der Gesetzesvorlage 1900 abgestrichen, und der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes erklärt, er könne zwar auf diese Schiffe nicht verzichten, wohl aber ihren Baubeginn bis zum Jahre 1906 vertagen. Dieser Termin war nun herangekommen. Im Herbst des Jahres wurde die Forderung eingebracht zugleich mit einer Vermehrung der Torpedobootsflotte, mit dem Beginne des Baues von Unterseebooten. Ungleich größer aber als die Bedeutung dieser gewiß wichtigen Neuforderungen war die Tragweite der Forderung der Marineverwaltung, daß in Zukunft alle neu zu bauenden Schiffe denen gleichalteriger Klassen anderer Nationen ebenbürtig zu sein hätten.

Nicht nur die deutsche Marineverwaltung, sondern das ganze deutsche Volk stand damals — im Sinne des Wortes — am Scheidewege. Es handelte sich um nichts Geringeres als um die Frage, ob Deutschland auf eine von vornherein zur qualitativen Minderwertigkeit verurteilte Flotte sich beschränken oder bei gewaltig vermehrten und steigenden Kosten eine Flotte aufbauen wollte, die zwar, dem ursprünglichen Plane des Flottengesetzes entsprechend, immer beträchtlich kleiner bleiben mußte als die englische, deren Schiffsmaterial aber dem aller anderen Flotten, auch der englischen gleichwertig sein würde. Rein akademisch betrachtet, erscheint diese Frage sehr einfach. In der Praxis war sie es nicht, und zwar aus Gründen verschiedener Natur. Zunächst steigerten sich die Kosten um ein volles Drittel für jedes große Panzerschiff und sollten während der dann folgenden Jahre in schnellem Tempo weiterwachsen. Innerhalb des Jahrzehntes von 1904 bis 1914 haben sich die Kosten pro Schiff ungefähr verdoppelt. Die Vergrößerung der Schiffe brachte eine neue und starke Erweiterung beinahe aller für große Schiffe in Betracht kommenden Hafen- und Werfteinrichtungen mit sich, der Nordostseekanal mußte mit Kosten von mehreren Hundert Millionen Mark erweitert, vertieft und mit neuen Brücken und Schleusen versehen werden, ein Unternehmen, das erst heute, 1914, seinem Abschlusse naht. Dazu kam, daß die deutsche Schiffbautechnik und die Artillerieindustrie auf eine so plötzliche gewaltige Steigerung der Leistung nicht eingerichtet waren. Abgesehen von den großen Kosten konnte sich auch ein Bedenken aufwerfen, ob die neue Riesenaufgabe rein technisch glatt würde bewältigt werden können, ob nicht endlose Verzögerungen und mißglückte

Schiffe die Folge sein würden. Am schwersten wog die politische Überlegung:

Man mußte sich in Deutschland sagen, daß der völlige Umschwung in der europäischen Machtgruppierung auf Großbritannien zurückzuführen war und die Richtung der deutschen Politik zur hauptsächlichen, wenn nicht zur alleinigen Grundursache hatte. Das Wesentliche und Treibende der deutschen Politik seit Ende der neunziger Jahre gipfelte aber in der Schaffung einer starken deutschen Flotte. Zu Lande wollte man sich nach Möglichkeit an Rußland anlehnen, um hier von Sorgen frei zu sein. Zur See sollte die Mißstimmung Englands mit allen ihren tatsächlichen Folgen in den Kauf genommen und durchgehalten werden. Man mag sich das alles schon vorher im großen und ganzen überlegt haben, aber um das Jahr 1905, besonders auch während des stürmischen Sommers eben dieses Jahres, lag die Frage wohl nahe, ob es wirklich im Interesse des Deutschen Reiches sei, diesen Kurs weiter zu steuern, auf die Gefahr mit jedem Jahre wachsender Schwierigkeiten für die auswärtige Politik. Und dahinter stand wieder die Frage, ob man wirklich dahin gelangen werde, durch den Flottenbau diejenigen Ergebnisse zu erreichen, welche allein ihn rechtfertigen konnten?

Die Entscheidung ist bekannt. Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes brachte im Herbst 1905 die neue Vorlage ein, sie wurde mit großer Mehrheit im Reichstage bewilligt. Ob die bewilligenden Abgeordneten sich damals der vollen Tragweite ihrer Stimmabgabe, besonders in politischer Beziehung, bewußt waren, mag dahingestellt bleiben. Hätte man in Deutschland jenen „Dreadnought"-schritt Großbritannien nicht nachgetan oder nicht sofort, oder hätte man, der Kostenerhöhung pro Schiff entsprechend, die Sollstärke der deutschen Schiffszahl eingeschränkt, so würde möglicherweise wieder ein Umschwung der Politik Großbritanniens zu Deutschland hin eingetreten sein. Die Sorge wäre dann beseitigt gewesen, welche im Grunde schon damals beinahe alle Handlungen und Unterlassungen der britischen Politik beherrschte: die Sorge wegen der deutschen Flotte. Die so oft erörterten „guten Beziehungen" wären also leicht zu erreichen gewesen, und Deutschland hätte sich ungezählte Millionen Mark erspart. Die Wege unserer auswärtigen Politik hätten sich geebnet, aber — das war der entscheidende Punkt — unter britischer Vormundschaft in allen seeischen und überseeischen Fragen. Für immer wäre das große Ziel aufgegeben worden, eine Flotte von solcher Stärke zu schaffen, daß auch die größte Seemacht Bedenken tragen müsse, sich in einen Krieg mit uns einzulassen, aus Besorgnis für Gehrfädung ihrer eigenen Weltstellung. Es wäre ein deutsches Faschoda gewesen, nur mit dem Unterschiede, daß Deutschland es spontan auf

sich genommen hätte, und zwar für immer. Jene Politik der freien Hand, welche Bülow so häufig proklamierte und tatsächlich anstrebte, war im Grunde eine — wie die Engländer sagen, „Would-be-Politik". Wir waren nicht fähig, sie in Wirklichkeit zu treiben, weil gerade dem mächtigsten und überall sich in den Weg stellenden Wettbewerber gegenüber das Rückgrat jeder Politik der freien Hand fehlte, nämlich ein entsprechendes Maß von Wehrkraft zur See. Anderseits konnte ein deutscher Staatsmann sich wohl fragen, ob die Freundschaft, welche die deutsche Politik der russischen in so hohem Maße gerade damals erwies und auch vorher erwiesen hatte, genügend Früchte tragen würde, um die Übernahme der großen Schwierigkeiten und auch Gefahren zu rechtfertigen, welche als Kehrseite dieser Politik erwachsen waren und zweifellos auch fernerhin erwachsen würden.

Wir wissen nicht, inwieweit und in welchem Umfange von den leitenden Männern in Deutschland derartige Überlegungen gepflogen worden sind. Das Ergebnis war jedenfalls, daß man den großen Schritt tat, im vollen Bewußtsein, daß man der auswärtigen Politik und Diplomatie des Deutschen Reiches damit einen Kalvarienberg auftürme, der nolens volens erstiegen werden müsse. Auf die nationale Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatten die Vorgänge der letzten Jahre, besonders die nachher zu schildernden des Jahres 1905, nur den Eindruck gemacht, daß man, ohne nach rechts und nach links zu sehen, rüsten und durch die Periode der Schwierigkeiten und Gefahren hindurch müsse. Die englischen Drohungen erzielten nicht den von England gewünschten Erfolg, sondern den entgegengesetzten.

An solchen Drohungen fehlte es allerdings nicht, sie wurden von Jahr zu Jahr häufiger und zugleich auch deutlicher.

Anfang Februar 1905 hielt der Zivillord der britischen Admiralität, Mr. Arthur Lee, eine öffentliche Rede. Er wies auf Zweck und Wert der neuen britischen Flottenorganisation hin und verband damit die Redewendung, England müsse in minderem Maße anderen Mächten gegenüber besorgt sein, sondern vielmehr mit größerer Besorgnis nach der Nordsee blicken. Darauf seien ebensowohl die Flottenverschiebungen zurückzuführen wie der überaus hohe Grad von Schlagfertigkeit der neuorganisierten Flotte. Alle Reserveschiffe seien in wenigen Stunden zum Auslaufen bereit, „fast so schnell, wie wir eine Eisenbahnlokomotive unter Dampf setzen können. Wir glauben an das alte Wort: Dreimal gesegnet derjenige, der den ersten Schlag führt! — und ich hoffe, daß im Falle einer Gefahr die britische Flotte in der Lage sein wird, den ersten Schlag und einen recht wuchtigen dazu zu führen, noch ehe die andere Macht gewahr wird, daß der Krieg erklärt ist." Nach einer anderen Dar-

stellung sollte er gesagt haben: Im Falle eines Krieges werde die britische Flotte früher an den deutschen Küsten sein als die Nachricht vom Beginne der Feindseligkeiten in den deutschen Zeitungen.

Die Äußerung konnte um so weniger ignoriert werden, als es ein Lord der Admiralität war, der sie tat. Auch der unbefangenste Hörer oder Leser konnte ihren Sinn nicht anders auffassen, als daß die englische Flotte nunmehr organisiert worden sei, um mit blitzartiger Schnelligkeit und in überwältigender Stärke die deutsche Flotte und Küstenverteidigung zu überrennen, ehe diese und eheDeutschland überhaupt auf den Gedanken gekommen sei, daß ein Krieg zwischen den beiden Mächten Tatsache geworden sei. Die Parallele des japanischen Überfalles bei Port Arthur (Februar 1904) lag nahe genug. Der Unterschied war nur der, daß der von Mr. Lee präkonisierte Überfall in vielfältig größerem Maßstabe angekündigt wurde. Die Rede erregte ungeheures Aufsehen in Deutschland, und Lee gab nachträglich eine erheblich abgeschwächte, auch dem Sinne nach anders lautende Darstellung seiner Rede, die aber in Deutschland ebensowenig Glauben fand wie die erklärenden und abschwächenden Erörterungen in Presse und Parlament Großbritanniens. In der englischen Presse freilich war man vielfach auch mit der starken Lesart der Leeschen Rede vollkommen einverstanden. Ein großes Blatt schrieb: „Die deutsche Flotte ist absolut zwecklos, wenn sie nicht für den Angriff auf England geschaffen wird. Sie ist überhaupt da für den Angriff auf England ... Die deutsche Marine ist zu dem Zwecke geschaffen, loszuschlagen, wenn England nicht darauf vorbereitet ist ... Die deutsche Marine ist eine Drohung oder ein Spielzeug. Sie ist aber kein Spielzeug. Der Preis für Englands Freundschaft müßte das Aufhören der Kriegsrüstung auf seiten Deutschlands sein. Wenn die deutsche Flotte im Oktober zerstört worden wäre (also nach dem Huller Zwischenfalle), so würden wir in Europa für sechzig Jahre Frieden gehabt haben."

Solche Tonart war in jenen Jahren sehr häufig zu hören; es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß sie von Deutschland aus Erwiderung fand, gewiß auch oft übertrieben nach Form und Inhalt. Immerhin muß man, unparteiisch rückblickend, sagen, daß das erste Unrecht nicht auf der deutschen Seite lag, sondern auf der englischen. Der Gedanke war für einen auch nur einigermaßen sachlichen und nüchternen Beurteiler grotesk, daß die allmählich entstehende deutsche Flotte dazu bestimmt sei, England anzugreifen. Daß dem britischen Volke das Entstehen dieser Flotte unbequem war, ist durchaus begreiflich, denn die Tatsache mußte ihm mit der Zeit steigende Lasten auflegen, auch die Politik Großbritanniens komplizieren. Außerdem sagte man sich, wenn auch meist nicht sehr laut, daß eine auch nur mittelstarke deutsche

Flotte ein ganz anderes Kampfwerkzeug sein werde als eine französische und russische. Nach Faschoda war Großbritannien wieder die unbestrittene Gebieterin der europäischen Küsten und Meere geworden, und gerade in diesem so lange erstrebten Augenblicke wuchs die deutsche Flotte empor. Man konnte den Ärger begreifen, aber man begriff in Deutschland nicht, daß das Naturrecht eines unabhängigen Staates, sich eine Flotte zu bauen, auf der anderen Seite der Nordsee nicht anerkannt wurde.

Es ist oft und viel in Deutschland darüber gesprochen und geschrieben worden, ob die britische Regierung in jenen Jahren (1904/05) die Absicht gehabt hat, Deutschland anzugreifen. Will man diese Frage erörtern, so ist nicht möglich, von einem Gesamtbegriff „Großbritannien" zu sprechen. Die Regierung, das Kabinett, hat möglicherweise mit dem Gedanken gespielt, sicherlich aber nicht den festen Willen gehabt, denn sonst hätte man ja nur vom Vorsatz zur Tat schreiten brauchen. Anderseits kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß in der Admiralität Kräfte tätig waren, die ernstlich an einen Präventivkrieg gegen Deutschland dachten. Man ging einfach von der Überlegung aus, daß die deutsche Flotte den britischen Interessen in jedem Sinne entgegenstände, mit jedem Jahre größer und stärker werde. Deshalb sei es gegeben, die deutsche Flotte zu vernichten, solange man es noch ohne Risiko und großen Kraftaufwand könne. Dem ersten Seelord, Sir John Fisher, der jahrelang die treibende Kraft der Admiralität gewesen ist, wurde der Ausspruch nachgesagt: er hoffe lange genug zu leben, um die Vernichtung der deutschen Flotte zu sehen. Ob wahr oder nicht: dieses Wort kennzeichnete die damalige Richtung in der Admiralität und im Seeoffizierkorps. Die politischen Leiter — gar nicht zu reden von Lord Salisbury — Balfour und nach ihm das liberale Kabinett Campbell-Bannerman, mit ihren auswärtigen Ministern Lord Lansdowne und Sir Edward Grey, dürften aber kaum einen Krieg erstrebt haben. Sonst hätten sie ihn, wie gesagt, ja leicht genug haben und einen Anlaß machen können. König Eduard vollends war ein Gegner des Krieges überhaupt, und man kann annehmen, daß sein Eintreten nach dem Huller Zwischenfalle vielleicht entscheidend für die Erhaltung des europäischen Friedens gewesen ist, entscheidend in dem Sinne, daß er das Volk von einem Kriege gegen Rußland und wahrscheinlich auch gegen Deutschland zurückhielt. Die Admiralität und das Seeoffizierkorps standen mit ihrer Kriegslust keineswegs allein, sie hatten im Volke, in Presse und Parlament, in den maritimen und imperialistischen Vereinen, nicht zum wenigsten auch in den Kreisen des Handels und der Industrie sehr starken Rückhalt. Selbst da, wo man nicht durch Haß und Verstimmung geblendet war, und wo

man an phantastische deutsche Angriffspläne vielleicht nicht glaubte, machte man sich die Frage rechnerisch klar: es sei besser, gleich einen leichten Krieg zu führen als später einen schweren, oder aber: als gutwillig die britische Suprematie durch Deutschland einschränken zu lassen.

So war die Lage tatsächlich eine dem Frieden gefährliche. Irgend ein englisch-deutscher Zwischenfall innerhalb jener kritischen Periode würde möglicherweise eine Kriegsstimmung in England erzeugt haben, welcher Widerstand zu leisten König und Kabinett für bedenklich und aussichtslos erachtet hätten. Die Politik König Eduards ging auf Vermeidung eines Krieges aus und suchte andere Mittel zu finden, um die „deutsche Gefahr" unschädlich zu machen. Die Entente Cordiale und die „Dreadnought" waren die ersten Schritte.

Das Deutsche Reich, mit seiner Politik auf allen Seiten in die Defensive gedrängt, rüstete weiter. Der Gedanke, daß man hindurch wolle, daß Nachgiebigkeit nur schaden könne, Durchhalten dagegen am Ende nützen müsse, setzte sich mit jedem Jahre siegreicher durch.

Tanger.

Es erregte allgemeines Aufsehen, als im März des Jahres 1905 Fürst Bülow auf tadelnde Kritiken im Reichstage hin erklärte, er könne sehr wohl verstehen, wenn man dem „in und um Marokko" Aufmerksamkeit widme: „Ich erachte es als eine Pflicht der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko nicht geschädigt werden. Der gegenwärtige Augenblick ist aber für weitere Erklärungen nicht geeignet. Ich behalte mir solche für später vor." ——

Wenn man mit diesen Worten diejenigen verglich, welche der Reichskanzler im Jahre vorher auf das englisch-französische Abkommen angewendet hatte, so lag auf der Hand, daß seitdem Ereignisse eingetreten sein mußten, die seine Beurteilung des Abkommens verändert hatten. Die öffentliche Meinung in Deutschland wollte diese Ursachen durchweg in dem Drängen nationaler deutscher Kreise auf eine aktive deutsche Marokkopolitik mit dem Endziele einer deutschen Fußfassung dort erblicken. Diese Auffassung widerlegte der Kanzler freilich schon durch den obigen Satz: Er erachte es für Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft unsere wirtschaftlichen Interessen nicht geschädigt würden, mit anderen Worten: Erhaltung eines Zustandes in Marokko, der die Bestimmungen der Madrider Konvention gewährleiste.

Wenige Tage darauf wurde die Welt durch die Tangerfahrt Kaiser Wilhelms in Erstaunen versetzt. Was konnte dem Fürsten Bülow zu einem derart bedeutenden politischen Akte veranlaßt haben?

Seite 219 ff sind die öffentlichen und die geheimen Abkommen zwischen England und Frankreich, Spanien und Frankreich und der englisch-französische Notenwechsel über das geheime spanisch-französische Abkommen besprochen worden. Es ist kaum anzunehmen, daß Fürst Bülow in den ersten Monaten nach der Veröffentlichung des Abkommens über den Inhalt der geheimen Bestimmungen unterrichtet war, aber ohne Zweifel mußte dem Kanzler der Widerspruch in dem veröffentlichten Abkommen zu denken geben, der einerseits Frankreichs Absicht, den politischen Zustand Marokkos nicht zu ändern, betonte, während Frankreich sich anderseits von England Vollmacht geben und sich diplomatische Unterstützung für alles gewährleisten ließ, was die französische Politik in Marokko tun oder lassen wollte. Dieser Widerspruch war nicht aus der Welt zu schaffen. Im Laufe des Jahres 1904 schon tauchten von Paris aus Gerüchte von Geheimklauseln auf, welche neben den veröffentlichten Abkommen beständen. Als im Oktober 1904 das für die Öffentlichkeit bestimmte französisch-spanische Abkommen bekannt gemacht wurde, verbreitete das Reutersche Bureau die folgende Depesche: „Jede Einzelheit der Verhandlungen ist der britischen Regierung bekannt gegeben worden, und die Bestimmungen des neuen Vertrages werden mit Genugtuung von den Regierungen zu London, Paris und Madrid betrachtet. Der Vertrag enthält eine Anzahl geheimer Klauseln, die nicht veröffentlicht werden."

Ungefähr um dieselbe Zeit hatte der damalige Führer der französischen „Kolonialen", Mr. Etienne, eine Unterredung mit einem Vertreter des „Temps", aus welcher hervorging, daß er Kenntnis von dem Inhalt der geheimen Bestimmungen besaß. Ob ihm diese bekanntgegeben worden waren, oder ob er sie durch Indiskretion erfahren hatte, steht dahin. Tatsache ist jedenfalls, daß der französisch-spanische Geheimvertrag nur sehr wenigen französischen Ministern bekanntgegeben worden war. Fragt man, woraus jene Veröffentlichung des Reuterschen Bureaus zu erklären sei, so mag sie sich auf den Wunsch der britischen Regierung zurückgeführt haben, keinen Zweifel über die Beteiligung Großbritanniens an den spanisch-französischen Verhandlungen zu lassen, da, wie vorher erwähnt worden ist, einige Jahre vorher der Versuch Delcassés, sich mit Spanien ohne Großbritannien zu verständigen, dank der Wachsamkeit der britischen Regierung mißlungen war.

Diese Auffassung mußte gerade in Deutschland entscheidend werden, weil die französische Regierung der deutschen keinerlei amtliche Mitteilung von ihrem Abkommen mit England gemacht hatte. Von englischer Seite wurde der deutschen Regierung nur eine Mitteilung über denjenigen Teil des Abkommens gemacht, der sich auf das Dekret

des Khedive von Ägypten bezog. So erklärte jedenfalls im April 1905 der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Earl Percy, im Parlament.

Anfang des Jahres 1905 bereitete Frankreich eine Sondergesandtschaft an den Sultan von Marokko vor. Am 21. Februar traf der französische Gesandte zu Tanger, Saint René Taillandier, in Fes ein und machte dem Sultan eine Reihe von Vorschlägen im Namen der französischen Regierung. Er wies auf die Anarchie und die Unruhen in Marokko hin und erklärte, Frankreich wolle ihm zu neuem Ansehen und Marokko zu einer neuen Ära des Friedens und der Arbeit verhelfen. Freiheit und Integrität des Landes garantiere ihm Frankreich. Zur Durchführung dieser Absicht sei eine Reihe von Reformen notwendig. Unter ihnen nannte der Gesandte: Neuorganisierung des marokkanischen Heeres unter französischer Leitung, Anlegung öffentlicher Bauten, Reformen der Verwaltung, Rechtspflege, der Straßen und Wege, der Grenzen, der Polizei und der Zolleinrichtungen, schließlich die Gründung einer Staatsbank mit französischem Gelde und unter französischer Leitung. Diese Vorschläge bedeuteten nichts anderes als ein französisches Protektorat. Die Redewendungen von Unabhängigkeit und Integrität, von Freiheit und Gleichheit des Handels usw. konnten nur als verschleiernde Phrasen gelten. Diese Vorschläge widersprachen ebenfalls dem Wortlaute des veröffentlichten französisch-englischen Abkommens: Frankreich wolle den politischen Zustand nicht ändern usw.

Wenige Tage vorher hatte der deutsche Gesandtschaftssekretär zu Tanger dem dortigen französischen Gesandtschaftssekretär mitgeteilt: Fürst Bülow habe ihn wissen lassen, daß die Kaiserliche Regierung nichts vom Inhalte des Marokkoabkommens wisse und sich hinsichtlich dieser Frage in keiner Weise gebunden sähe. — Das war ein letzter Wink nach Paris, einen diplomatischen Konflikt mit dem Deutschen Reiche durch amtliche Mitteilung und gegenseitigen Meinungsaustausch über das Abkommen und seine Folgen zu vermeiden. Der Wink wurde unbeachtet gelassen, und so wirkte die völlige Ignorierung des Deutschen Reiches als eine beabsichtigte Rücksichtslosigkeit nicht nur, sondern als Bekundung des Willens der französischen Regierung, über die vertraglich (Madrider Konvention) garantierten Interessen des Deutschen Reiches in Marokko hinwegzugehen.

Unter diesen Umständen glaubte der Reichskanzler Fürst Bülow, daß die Interessen des Deutschen Reiches ebensowenig wie dessen Würde ein weiteres untätiges Zusehen gestatteten, und so wurde eine Besuchsreise des Deutschen Kaisers an Bord des Dampfers „Hamburg“ und begleitet vom Panzerkreuzer „Friedrich Karl“ auf einen Besuch von Tanger ausgedehnt. Am 27. März traf Kaiser Wilhelm in Lissabon zum Besuche

des Königs von Portugal ein. Am Mittag des 30. März verließ er die Reede von Lissabon und ankerte am 31. März auf der Reede von Tanger, wo zwei französische Kreuzer lagen. Am 21. März hatte die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", offenbar in Vorbereitung der Kaiserreise, ausgeführt, daß der Deutsche Kaiser bereits im vorigen Jahre zu Vigo dem Könige von Spanien ausdrücklich erklärt habe, das Deutsche Reich wolle keinerlei territoriale Vorteile irgendwelcher Art in Marokko, sondern nur die Fortdauer der wirtschaftlichen Gleichberechtigung. „Bis heute", schrieb das Blatt, „haben wir keinen Anlaß zu vermuten, daß der Sultan von Marokko Verpflichtungen einzugehen beabsichtigt, die seine Unabhängigkeit beschränken und ihn künftighin verhindern würden, allen handeltreibenden Völkern auf seinem Gebiete die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen." Dieser Satz bezog sich auf die Vorschläge, die der französische Gesandte Saint René Taillandier eben vorher dem Sultan von Marokko in Fes gemacht hatte. Man darf dieses für die Beurteilung der folgenden Vorgänge nicht vergessen. Es handelte sich nicht um ein allgemeines und „grundsätzliches" Auftrumpfen, nicht allein um die Ignorierung des Deutschen Reiches durch Delcassé, sondern der — nicht nur äußerliche — Anlaß wurde eben durch die französischen „Reformvorschläge" an den Sultan gebildet.

Der Kaiser wurde in Tanger vom Onkel des Sultans empfangen und in einer Ansprache freudig begrüßt. Der Kaiser erklärte, er habe hohes Interesse an dem Wohlergehen und dem Gedeihen des Marokkanischen Reiches. Er besuche den Sultan als unabhängigen Herrscher und hoffe, daß unter der Herrschaft des Sultans ein freies Marokko dem friedlichen Wettbewerbe aller Nationen, ohne Monopole und Ausschließung, geöffnet werden würde. Einer Abordnung der deutschen Kolonie sagte der Kaiser u. a.: Deutschland habe große Handelsinteressen in Marokko, und dieser Handel nehme einen erfreulichen Aufschwung. Der Kaiser werde sich angelegen sein lassen, den Handel zu fördern, das sei aber nur unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung aller Mächte möglich, ferner unter der Souveränität des Sultans und der Unabhängigkeit des Landes. Sein Besuch bilde die Anerkennung dieser Unabhängigkeit.

Der Onkel des Sultans Scheikh Abd el Malek las in der deutschen Gesandtschaft dem Kaiser ein Schreiben des Sultans vor, das den Wunsch enthielt und betonte, die marokkanisch-deutsche Freundschaft in jeder Weise zu erweitern und zu kräftigen. Der Kaiser erwiderte und betonte dieselben Gesichtspunkte wie vorher, sagte außerdem: Sein Besuch in Tanger bezwecke darzutun, daß die deutschen Interessen in Marokko geschützt und gewahrt werden sollten. Über die besten Mittel, das zu

erreichen, werde er sich mit dem Sultan ins Einvernehmen setzen. Der Kaiser betrachte den Sultan als freien unabhängigen Herrscher.

Auf der Rückfahrt von Tanger lief die Kaiserflotille Gibraltar an, wurde vom britischen Gouverneur empfangen. Kaiser Wilhelm nahm Gelegenheit, einen Trinkspruch auf König Eduard auszubringen. In England erregte dieser Besuch großen Ärger. Die „Times" erklärten: es sei nach der Tangerkundgebung des Kaisers taktlos und unklug gewesen, die englische Seefestung Gibraltar anzulaufen. Es sei unter solchen Umständen nicht verwunderlich gewesen, daß die Königin von England wenige Stunden vor der Ankunft des Kaisers Gibraltar verlassen habe.

Über den Zweck der Kaiserreise nach Tanger konnte für niemanden der geringste Zweifel obwalten. Weder Deutsche noch Ausländer vermochten vernünftigerweise zu glauben, daß der Tangerbesuch die Ouverture zu einer Annexionspolitik sein solle. Nicht allein der Kaiser ließ in seinen Ansprachen keinen Zweifel darüber, sondern seit Jahren hatte der Reichskanzler, hatte die halbamtliche und inspirierte Presse in lückenloser Konsequenz immer dieselben Grundsätze betont. Im Reichstag äußerte sich am 29. März 1905 der Reichskanzler wiederum in den gleichen Wendungen:

„Seine Majestät der Kaiser hatte gerade vor Jahresfrist Seiner Majestät dem Könige von Spanien erklärt, Deutschland erstrebe in Marokko keine territorialen Vorteile. Nach dieser bestimmten Erklärung ist es aussichtslos, dem Besuche Seiner Majestät in Tanger irgendwelche selbstsüchtigen, gegen die Integrität oder die Unabhängigkeit von Marokko gerichteten Absichten unterzuschieben. Ein berechtigtes Motiv zur Beunruhigung kann also aus diesem Besuche niemand herleiten, der selbst keine aggressiven Zwecke verfolgt." Der Kanzler weist dann auf das Vorhandensein der deutschen Interessen wirtschaftlicher Natur hin und auf das erhebliche Interesse an der Erhaltung der offenen Tür. In der Tendenz der deutschen Politik habe sich nichts geändert. „Wer ein fait nouveau sucht, wird es nicht in der deutschen Politik finden. Sofern aber versucht wird, die völkerrechtliche Stellung von Marokko zu ändern, oder bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes die offene Tür zu kontrollieren, müssen wir auch in höherem Grade als früher darauf achten, daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko ungefährdet bleiben. Wir setzen uns deswegen zunächst mit dem Sultan von Marokko in Verbindung."

Auch diese Ausführungen ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und das Recht Deutschlands, sich auf diesen Boden zu stellen, war außer Frage. Die Tangerreise des Deutschen Kaisers hat mithin ebensowenig wie die Krüger-Depesche eine sogenannte „impulsive Handlung"

des Herrschers gebildet, sondern sie war ihm vom Reichskanzler geraten worden, wie es heißt, sogar mit großer Dringlichkeit und wiederholt. Die Person des Deutschen Kaisers war also mit einer beispiellosen Ausdrücklichkeit im Dienste der amtlichen Politik des Reiches eingesetzt worden, ein Ereignis, das, an sich schon höchst bedeutend, gerade in der Spannung jener Zeit ungeheures Aufsehen in der ganzen politischen Welt erregte.

Als nächste Folge des Kaiserbesuches wurde schon in den ersten Tagen des April ein deutsch-marokkanisches Abkommen über die Küstenschiffahrt in den marokkanischen Gewässern abgeschlossen.

In Frankreich erregte dieses Auftreten der deutschen Politik teils Wut und lärmende Erbitterung, teils lebhafte Unruhe. Am Tage des Kaiserlichen Tangerbesuches verteidigte Delcassé in einer langen Rede seine Marokkopolitik und wies hauptsächlich hin auf die Notwendigkeit und Pflichten Frankreichs als Grenznachbar Marokkos (in Algier) und behauptete, daß der Text des französisch-englischen Abkommens keinerlei Mißverständnis zulasse. Die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos wären durchaus vereinbar mit Eingriffen und Sondermaßnahmen Frankreichs. „Ich habe niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es sich um eine große und delikate Aufgabe handelt, daß Zwischenfälle kommen würden, um ihre Durchführung zu durchkreuzen; ist das nicht aber das Verhängnis eines jeden großen Unternehmens?" Durch Widerstände in Fes dürfe man sich nicht irremachen lassen. Wiederholt betonte der Minister, die Lage sei nicht beunruhigend, man müsse durchhalten. Delcassé erklärte ferner auf Anfragen, er habe dem deutschen Botschafter Mitteilungen über das Abkommen gemacht und später ihm und dem französischen Botschafter in Berlin mitteilen lassen, daß er bereit wäre, Mißverständnisse zu zerstreuen und seine bisherigen Mitteilungen zu vervollständigen. Diesen und ähnlichen Behauptungen gegenüber, erklärte die halbamtliche deutsche Presse, Delcassé habe sich dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin gegenüber nur „im Rahmen allgemeiner und unverbindlicher Betrachtungen geäußert". Da eine amtliche Mitteilung fehlte, so konnten die deutschen Regierungsvertreter in Berlin und Paris den Gegenstand amtlich auch nicht erörtern.

In der französischen Kammer hatte Delcassé jedoch jene Mitteilung gemacht, und Fürst Bülow erließ daraufhin kurz vor Mitte April ein Schreiben an verschiedene deutsche Auslandsvertretungen, des Inhaltes: es sei falsch, daß das französisch-englische Marokkoabkommen der deutschen Regierung schriftlich oder mündlich zur Kenntnis gebracht worden sei. Delcassé habe dem deutschen Botschafter gegenüber nur allgemeine Andeutungen über unhaltbare Zustände in Marokko, Notwendigkeit

energischer Maßnahmen und ähnliches gemacht. Auf diese Note hin besuchte Delcassé den deutschen Botschafter und gab diesem zu, daß ihre damalige Unterhaltung keinen amtlichen Charakter gehabt habe. Delcassé habe geglaubt, es sei nicht nötig, das Abkommen nach Berlin hin amtlich mitzuteilen, da es nicht in Paris, sondern in London geschlossen worden sei. Den im Herbst 1904 zu Paris geschlossenen französisch-spanischen Vertrag habe er schon vor der Veröffentlichung durch den französischen Gesandten in Berlin, Mr. Bihourd, dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Richthofen, mitteilen lassen. Dieses Abkommen sei aus dem englisch-französischen hervorgegangen, und deshalb habe er, Delcassé, geglaubt, hiermit alles Nötige getan zu haben. Nachdem der deutsche Botschafter Fürst Radolin den Inhalt dieser Unterhaltung nach Berlin mitgeteilt hatte, erließ der Reichskanzler das folgende Schreiben nach Paris:

„Daß ein diplomatisches Aktenstück von solcher Tragweite wie das Marokkoabkommen nicht auf Grund mündlicher Wiedergabe beurteilt werden kann, bedarf keines Beweises. Für Eröffnungen von solcher Wichtigkeit ist die schriftliche Form die durch den diplomatischen Gebrauch konsekrierte. Die formelle und materielle Unzulänglichkeit der im Laufe des vorigen Jahres von Herrn Delcassé durch Eure Durchlaucht und durch Herrn Bihourd hierher übermittelten Andeutungen und Fingerzeige ist eine Tatsache, über die keiner der beiden Teile sich nachträglich hinwegsetzen kann. Ob bei diesen Andeutungen ein Wink mehr oder weniger gegeben wurde, ist ein unerheblicher Umstand" usw. usw.

Inzwischen waren auch Berichte des deutschen Gesandten in Tanger, Grafen Tattenbach, über die Vorschläge und das Vorgehen des französischen Gesandten beim Sultan von Marokko eingelaufen. Diese Berichte ließen nicht nur die Absicht außer Zweifel, Marokko zu „tunifizieren", sondern ebensowenig, daß Delcassé sofort und mit Gewalt durch jene oben angedeuteten Reformen Marokko zur Anerkennung der französischen Vorschläge und damit der französischen Oberherrschaft zwingen wollte. Der französische Gesandte hatte sich auf ein „Mandat Europas für Frankreich" berufen. Der Sultan fragte den deutschen Konsul in Fes, wie es damit stände, und dieser erklärte sachgemäß, daß Deutschland ein solches Mandat nicht erteilt habe. Nicht lange nachher erklärte Delcassé im Senate: Marokko habe die Ratschläge Frankreichs erbeten und erklärt, sie befolgen zu wollen. Der Sultan äußerte sich dem deutschen Konsul gegenüber, das seien „reine Unwahrheiten", die marokkanische Regierung habe auch im Prinzip die französischen Reformvorschläge nicht angenommen und er, der Sultan, habe nur die Ankunft des

deutschen Gesandten abgewartet, um sich mit ihm zu besprechen. Graf Tattenbach berichtete, daß der französische Gesandte in Fes im Auftrage Delcassés erklärt hätte: die französische Regierung würde es als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen ansehen, wenn die französischen Reformvorschläge den Signatarmächten der Madrider Konvention zur Diskussion gestellt würden. Frankreich allein habe das Recht, in Marokko zu intervenieren. Die marokkanische Regierung müsse sich fügen, da sie selbst nicht imstande sei, Ruhe und Ordnung in ihrem Lande zu schaffen.

Der deutsche Reichskanzler schrieb am 22. Mai an den Botschafter Fürsten Radolin, daß diese Meldungen nicht geeignet seien, den Eindruck von dem stürmischen Charakter der Delcasséschen Marokkopolitik zu ändern. Der französische Gesandte Saint René Taillandier wolle ohne weiteres die Hand auf Marokko legen und dem Sultan den Verkehr mit den übrigen Unterzeichnungsmächten des Madrider Vertrages verbieten. Er, Bülow, glaube nicht, daß der französische Ministerpräsident Rouvier dieser Ansicht sei. — Rouvier hatte im April bereits eine versöhnlich klingende Sprache geführt, u. a. erklärt: „Deutschland verlangt von uns, daß wir seine Interessen respektieren; wir verlangen nichts Besseres.“

In diese Erörterungen und Berichte hinein spielten nun die wichtigen Ereignisse, die man nach der Haltung der einschläglichen Presse in Deutschland und in Frankreich, außerdem nach dem sogenannten Delcasséschen Enthüllungen für authentisch halten muß:

Um Mitte Mai des Jahres 1905 brachte der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich das Folgende in Erfahrung und berichtete entsprechend nach Berlin: In der Zeit zwischen dem Frühjahr 1904 und der Tangerreise des Deutschen Kaisers habe die britische Diplomatie dreimal in Paris anfragen lassen, ob ein englisch-französischer Bündnisvertrag willkommen wäre. Delcassé hätte lange nicht darauf geantwortet, jedoch durch den französischen Botschafter in London, Mr. Paul Cambon, die Verhandlungen wieder aufnehmen lassen, nachdem die französisch-deutschen Beziehungen erheblich schlechter geworden waren. Der britische Staatssekretär des Auswärtigen habe mündlich an Frankreich für den Kriegsfall eine tatsächliche Unterstützung zugesagt, mit dem Bemerken, daß, sobald der Kriegsfall einträte, die schriftliche Festlegung dieser Verpflichtung erfolgen werde. Fürst Bülow wendete sich hierauf an die italienische Regierung mit der Anfrage, daß Deutschland zu wissen wünsche, welche Ziele die französisch-englische Koalition verfolge. Die italienische Regierung machte dem französischen Botschafter in Rom, Mr. Barrère, Mitteilung. Der französische Ministerpräsident

Mr. Rouvier erkannte die Nähe der Kriegsgefahr und zugleich, daß — wollte Frankreich den Krieg nicht — sofortiges Handeln nötig sei. Am 6. Juni 1905 versammelte Rouvier den Ministerrat, um den deutschen Vorschlag, eine internationale Konferenz über die Marokkofrage zu berufen, zu beraten. Delcassé erklärte sich gegen die Konferenz und entwickelte sein Programm: man müsse unter allen Umständen durchhalten, von England habe er entsprechende Zusicherungen. Er zeigte eine Depesche des italienischen Ministers des Auswärtigen, Herrn Tittoni, vor: „Deutschland wird nie wagen, Sie anzugreifen, wenn Sie mit England verbündet sind." — Nach französischen Berichten hatte sich dann der Ministerpräsident Rouvier an den Kriegsminister und an den Marineminister mit der Frage gewandt, ob sie bereit wären. Der Kriegsminister Mr. Berteaux habe die Hände emporgehoben und ausgerufen: „Wir sind in keiner Hinsicht bereit", und der Marineminister habe sich ähnlich geäußert. Hierauf sei über die Frage der Konferenz (siehe unten) abgestimmt worden, und alle außer Delcassé seien dafür gewesen. Delcassé habe unmittelbar demissioniert. Über jene Ministersitzung sind eine ganze Anzahl von Versionen im Umlaufe, die, an und für sich nicht ohne Interesse, doch zu wenig Beziehung zu den großen Zusammenhängen haben, als daß es nötig wäre, auf sie einzugehen.

Jenes Versprechen englischer Hilfeleistung gelangte schon einige Wochen nach Delcassés Rücktritt in die Öffentlichkeit, und zwar durch eine Unterredung Delcassés mit einem Vertreter des Pariser „Gaulois". Diesem gab der offenbar stark verbitterte Delcassé eine grundsätzliche Kennzeichnung seiner Politik: die Interessen Frankreichs lägen auf englischer Seite. Der englische Beistand in gewissen Fällen hätte für Frankreich den Wert, „daß Deutschland in die Unmöglichkeit versetzt würde, uns den Krieg zu erklären. Was vermöchte im Falle eines Krieges, in dem England mit uns ginge, die deutsche Flotte? . . . Das Einvernehmen Frankreichs und Englands und die Vereinigung der Flotten dieser beiden Länder schaffen ein so furchtbares Kriegswerkzeug, daß weder Deutschland, noch sonst eine Macht ihre Vernichtung zur See würde riskieren wollen." Außerdem bedeute die Entente mit England eine Besserung der englisch-russischen Beziehungen.

Der „Matin" erzählte im Oktober des gleichen Jahres (1905) das Folgende: „Der Minister Delcassé erklärte im Ministerrate, daß er von englischer Seite die vorläufig mündliche Zusage besitze, Frankreich in einem Kriege gegen ein angreifendes Deutschland durch Beschlagnahme des Kaiser-Wilhelm-Kanals und Besetzung von Schleswig-Holstein mit hunderttausend Mann beizustehen. Dieses Versprechen sei später mit dem Anerbieten schriftlicher Fixierung wiederholt worden. Im Minister-

rate hätte der Ministerpräsident Rouvier schließlich gesagt: Delcassé habe eine zu scharfe antideutsche Politik getrieben, er habe Spanien von Deutschland losgerissen, England für Frankreich gewonnen, Italien Deutschland abtrünnig gemacht. Delcassé habe diese Rede unterbrochen und gesagt, er habe die französischen Interessen wahrgenommen und sei nicht der Ansicht gewesen, daß er auch zur Wahrung der deutschen Interessen verpflichtet wäre.

Wenige Tage nach dieser begreifliches Aufsehen erregenden Veröffentlichung, zu welcher in der Presse Stellung zu nehmen Delcassé sich weigerte, erklärte der sozialistische Abgeordnete Mr. Jaurès, er habe schon während des Höhepunktes der deutsch-französischen Krisis aus französischer Quelle alles das erfahren, was Delcassé von der englischen Hilfeleistung gesagt hätte, nämlich: daß Großbritannien sich schriftlich zu Beistand verpflichten wolle, daß es nicht nur die Mitwirkung seiner Flotte, sondern auch die Landung von 100 000 Engländern an der schleswig-holsteinischen Küste bindend versprochen habe.

Drei Tage nach den ersten „Delcasséschen Enthüllungen" erschien im französischen Kriegshafen Brest ein englisches Geschwader, die üblichen Einladungen und Verbrüderungen fanden statt. Der englische Geschwaderchef Vizeadmiral May sprach die Hoffnung aus, die Entente Cordiale möge noch fester werden, und der britische Botschafter in Paris Sir F. Bertie, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bande aufrichtiger Freundschaft unauflöslich werden möchten. Drei Wochen später erwiderte ein französisches Geschwader den Besuch, und hier erschien König Eduard von England selbst, um den französischen Offizieren seine Wünsche für das Einvernehmen zwischen den beiden Mächten auszudrücken.

In diesen beiden Geschwaderbesuchen war tatsächlich wieder die englische Initiative enthalten: der Versicherung des englischen Beistandes für alle Fälle.

Die britische Regierung erklärte halbamtlich, sie könne die Enthüllungen eines Preßorgans, wie die Behauptung von einem englischen Anerbieten an Frankreich, im Kriegsfall bewaffnete Unterstützung gegen Deutschland zu leisten, weder ableugnen, noch bestätigen. Die Regierung bedaure die Mitteilungen Delcassés an den „Matin" ebenso wie alle derartigen Indiskretionen. Das Reutersche Bureau erklärte dagegen, daß die Frage eines Beistandsangebotes an Frankreich nie bestanden habe, Frankreich habe nie Beistand verlangt, England nie solchen angeboten. Im Juni soll der Staatssekretär des Äußeren, Lord Lansdowne, dem deutschen Botschafter in London, Grafen Wolff-Metternich, erklärt haben, daß ein englisch-französisches Schutz- und Trutzbündnis niemals

Gegenstand der Erwägungen gewesen sei. Diese englischen Erklärungen fielen neben den zahlreichen Beweisen des Gegenteiles nicht ins Gewicht. Es konnte vielleicht nicht bestritten werden, daß Lord Lansdowne eine dem Wortlaute nach den Tatsachen entsprechende Erklärung abgegeben habe, aber Worte, Begriffe sind zahlreich und dehnbar. Das subjektive Recht der diplomatischen Auslegung kann man sogar unbegrenzt nennen.

Der Sultan von Marokko ließ eben vor dem Rücktritte Delcassés die französische Regierung wissen, daß er die Reformvorschläge Frankreichs nicht annehmen könne, und forderte — auf deutsche Anregung — die Signatarmächte der Madrider Konvention zur Beschickung einer Konferenz auf. Zu dieser Zeit befand sich der deutsche Reichskanzler bereits in direktem Meinungsaustausche mit Mr. Rouvier. Die deutsche Regierung nahm den Konferenzvorschlag des Sultans sofort amtlich auf, und in einem Rundschreiben legte Fürst Bülow dar, daß die in Marokko nötigen Reformen nur unter Anlehnung an die Madrider Signatarmächte erfolgen könnten. Deshalb müsse der Meistbegünstigungsartikel 17 dieser Konvention maßgebend bleiben: daß also keine Macht als bevorzugt in Marokko behandelt werden dürfe. Sollte die Konferenz an der Weigerung einzelner Signatarmächte scheitern, so würde der bisherige Vertragszustand unverändert aufrecht bleiben. Ein Gewährenlassen der französischen Aktion in Marokko bedeute für die Signatarmächte das Preisgeben ihrer Rechte aus dem Madrider Vertrage, ein Einspruch gegen diese Aktion bedeute eine Verteidigung des bestehenden Rechtszustandes.

Anfang Juli erfolgte ein Erklärungsaustausch zwischen Rouvier und dem deutschen Botschafter über die zu beschickende Konferenz, welcher von französischer Seite folgendermaßen lautet:

„Die Regierung der Republik ist durch die Besprechungen, die zwischen den Vertretern der beiden Länder in Paris wie in Berlin stattgefunden haben, zu der Überzeugung gelangt, daß die Kaiserliche Regierung auf der von dem Sultan von Marokko vorgeschlagenen Konferenz keine Ziele verfolgen wird, die die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruche stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen oder Abkommen ergeben und sich im Einklange mit folgenden Grundsätzen befinden: Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans, Integrität seines Reiches, wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit, Nützlichkeit polizeilicher und finanzieller Reformen, deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll; ferner: Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch lang aus-

gedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reiche, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, daß im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche. — Infolgedessen läßt die französische Regierung ihre ursprünglichen Einwendungen gegen die Konferenz fallen und nimmt die Einladung an."

Der deutsche Botschafter antwortete beinahe gleichlautend, und beide erließen dann eine gemeinsame Erklärung, daß die deutsche und die französische Regierung unmittelbar nach Zusammentritt der Konferenz ihre Gesandten aus Fes nach Tanger zurückberufen würden (um parteiische Einflußnahmen während dieser Zeit auszuschließen). Ferner wollten beide Regierungen gemeinsam durch ihre Vertreter dem Sultan zur Hand gehen, um das Konferenzprogramm aufzustellen.

Die Krisis und Spannung zwischen den beiden Regierungen war also vorläufig gelöst, und die Lösung datierte wohl schon kurz vor dem Rücktritte Delcassés, wenngleich sie definitiv erst mit dem Rücktritte dieses Staatsmannes Platz griff.

Die Konferenz zu Algeciras.

Wir haben die Ereignisse vom April 1904 bis zum Sommer 1905, besonders aber ihre Entwicklungsgeschichte so ausführlich behandeln müssen, weil es sonst unmöglich gewesen wäre, die Politik des Deutschen Reiches und auch die Delcassés richtig zu verstehen. Dieses Verständnis ist aber die unbedingte Voraussetzung für das der deutschen Politik auch während der folgenden sechs Jahre.

Auch wer von der Frage der Richtigkeit der Marokkopolitik des Fürsten Bülow ganz absieht oder sie verneint, wird zugeben müssen, daß sie vor dem Zeitpunkte, wo die Einladungen zur Konferenz ergangen waren, sich konsequent geblieben ist.

Was Delcassés Politik anlangt, so fußte sie auf dem Beistand Englands und auf der Überzeugung, daß Deutschland unter solchen Verhältnissen einen Krieg nicht wagen werde. Dazu kam seine Erwägung, daß in einem französisch-deutschen Kriege angesichts des französisch-italienischen Abkommens und der damals sehr engen Freundschaft mit Italien Frankreich weder zu Lande, noch zur See etwas von Italien zu fürchten haben würde. Spaniens war man sowieso gewiß, also waren die südlichen Grenzen Frankreichs völlig gesichert, seine sämtlichen Küsten ebenfalls. Delcassé hat in verschiedentlichen Unterredungen die furchtbaren Folgen eines Seekrieges mit England für Deutschland ausgemalt, und es gewinnt den Anschein, als ob gerade diese Überlegung einen er-

heblichen Teil der Grundlagen seiner Marokkopolitik gebildet habe. Wahrscheinlich hat er wie viele Franzosen auch geglaubt, daß das Deutsche Reich zur Führung eines schweren Landkrieges nicht mehr imstande sein werde, wenn die englische Flotte den deutschen Seehandelsverkehr abgeschnitten hätte. Diese irrige Auffassung, welche auf der Unkenntnis der Getreide- und Fleischproduktion des deutschen Bodens beruht, ist bis vor wenigen Jahren auch in England vielfach vorhanden gewesen. Nicht lange nach den Delcasséschen Enthüllungen schrieb freilich der frühere Marineminister de Lanessan: Es sei ja etwas ganz Schönes mit der englischen Hilfe, aber die „Dreadnoughts" könnten weder nach Berlin gehen, noch im Tale der Maas kämpfen.

Versucht man, sich auf den Standpunkt Delcassés zu stellen, so hätte er — auch so gesehen — einen schweren Fehler begangen, als er durch Unterlassung der amtlichen Mitteilung an Deutschland einen Verstoß gegen die internationalen Formen beging, der sich mit Notwendigkeit rächen mußte, um so mehr, weil Delcassé schon den Entschluß gefaßt hatte und schon im Februar 1905 durchzuführen versuchte: die Tunifizierung Marokkos zu beginnen. Da wäre es für ihn wahrscheinlich vorteilhafter gewesen, die internationale Form nicht zu verletzen, im Gegenteil die deutsche Diplomatie möglichst bei guter Laune zu halten, anstatt das Moment der Verletzung der nationalen Gefühle und der Würde des Deutschen Reiches ganz unnötigerweise hineinzubringen. Delcassé steckte sich hiermit selbst den Knüppel zwischen die Beine, der ihn ein Jahr später zu Fall brachte. Im übrigen wird man diesem viel kritisierten Staatsmanne zugeben müssen, daß er immer genau wußte, was er wollte, und tatkräftig und entschlossen auf sein Ziel losging. Daß er jenen schweren Fehler in seiner sonst sorgfältig vorbereiteten und angelegten Marokkoaktion machte, kann an dem Urteil nichts ändern. Das stürmische Tempo, in dem er schon knapp ein Jahr nach Veröffentlichung des Abkommens mit England auf ein französisches Protektorat in Marokko ausging, kann auch unter seine Fehler gerechnet werden, um so mehr es vielleicht nahelag, erst abzuwarten, bis der russische Bundesgenosse seinen Frieden im fernen Osten gemacht hätte. Für die Schnelligkeit jenes Tempos könnten zwei Erwägungen maßgebend gewesen sein: die allgemeine, das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist, also die erste Blütezeit der englischen Freundschaft und der deutsch-englischen Feindschaft und die Periode zu benutzen, ehe Deutschland in Marokko wirtschaftlich und politisch mehr Boden gewonnen hätte. Schließlich kann aber auch die Rücksicht auf die geheimen Artikel und Abmachungen zwischen Frankreich, Spanien und England den Minister zur Eile angetrieben haben. Ein Bekanntwerden dieser Geheimbestimmungen gerade damals, wo Delcassé

unter den französischen Politikern viele Gegner hatte, würde unter allen Umständen eine Katastrophe bedeutet haben; zumal, wie wir schon erwähnten, außer Delcassé nur wenige Personen selbst in Frankreich um die Geheimbestimmungen wußten.

Man hat später es nicht selten so dargestellt, als ob das Hauptziel seiner ganzen Aktion für Delcassé der Revanchekrieg gegen Deutschland gewesen sei. Diese Auffassung dürfte kaum richtig sein. Delcassés Ziel war Marokko, einen Krieg mit Deutschland, der sich daraus oder aus anderen Ursachen ergäbe, glaubte er aber nicht fürchten zu brauchen, zumal weil er überzeugt war, Deutschland werde diesen Anlaß nicht zu einem Kriege benutzen. In diesem Glauben liegt auch die Erklärung dafür, daß er trotz der Unbereitschaft von Frankreichs Heer und Flotte auch im Augenblick der höchsten Spannung gegen Deutschland durchhalten wollte. Dazu kam das Telegramm Tittonis und die maßlose Überschätzung der Wirksamkeit der englischen Hilfe. In Wirklichkeit irrte Delcassé nicht nur über die Größe der Wirkung einer englischen Blockade usw. auf Deutschlands Kraft Krieg zu führen, sondern er irrte vor allem in seinem Glauben, daß Großbritannien wirklich versuchen werde, ein starkes Expeditionskorps an irgendeinem Punkte der deutschen Küste zu landen. Niemand wußte besser als die britische Regierung zu beurteilen, daß eine solche Expedition ohne wesentlichen Einfluß auf den Verlauf des Krieges selbst verloren gewesen wäre. Es gibt da übrigens in der englischen Geschichte manche Spuren, die schrecken. Eine Landung wäre also wohl jedenfalls nicht erfolgt, oder wenn versucht, nur die erste Stufe zu einem Mißerfolge geworden. Keinem Zweifel kann dagegen unterliegen, daß gerade damals Großbritannien die Gelegenheit benutzt haben würde, um die deutsche Flotte in einem Augenblicke zu vernichten, wo das Risiko ihrer Vernichtung noch gering war. Ein Hauptziel Englands dürfte neben kolonialen Eroberungen auf Kosten Deutschlands auch die Besitzergreifung der Insel Helgoland gewesen sein. Ihre Fortgabe bereute man bereits damals bitter.

Für die Beurteilung der späteren Entwicklung muß hier bemerkt werden, daß das Deutsche Reich in einem damaligen Kriege ganz allein gestanden haben würde. Weder von Österreich-Ungarn, noch von Italien hätte es tätige Hilfe erhalten. Daß dieser Umstand Deutschland von einem Kriege hätte abhalten brauchen, soll hiermit nicht gesagt sein, die Isolierung aber, welche in den folgenden Jahren in Deutschland so lebhaft erörtert worden ist, war in den Marokkotagen des Jahres 1905 tatsächlich größer denn je, obgleich sie sich erst ein halbes Jahr später öffentlich zeigen sollte.

Daß die Leiter der deutschen Politik in der Delcassé-Spannung

entschlossen waren, einem Kriege mit Frankreich nicht auszuweichen, kann wohl als wahrscheinlich angenommen werden. Nachdem die Spannung gelöst war, hoffte man aber mit dem Ministerpräsidenten Rouvier friedlich vorwärts zu kommen; wie Fürst Bülow in einer Unterredung sagte: „Ich war glücklich, festzustellen, daß die Anschauungen des Herrn Rouvier bezüglich der zu beobachtenden Grundsätze in Übereinstimmung mit den meinigen standen. Ich hoffe, daß derselbe Einklang sich auch auf der Konferenz kundgeben wird. Ich bin der Ansicht, daß diese Konferenz, weit davon entfernt, uns zu entzweien, dazu beitragen soll, uns zu nähern. Für diese Annäherung ist allerdings eine Bedingung notwendig: man muß sich im französischen Publikum darüber klar werden, daß jede Politik, die Deutschland zu isolieren trachtete, der Vergangenheit angehört, daß diese Bahn heute für immer aufgegeben ist."

Die Politik des Fürsten Bülow entsprach diesen Worten. Das ergibt sich schon aus den auf Seite 264 mitgeteilten Richtlinien für das Programm der bevorstehenden Konferenz, über das sich der deutsche Reichskanzler und der französische Ministerpräsident einig geworden waren. Dieses Programm enthielt ähnliche unvereinbare Widersprüche wie das französisch-englische Marokkoabkommen. Das Bülow-Rouviersche Konferenzprogramm bestimmte neben der Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans, der Integrität seines Reiches und der wirtschaftlichen Freiheit ohne Ungleichheit, polizeiliche und finanzielle Reformen, Anerkennung einer Sonderstellung Frankreichs als Grenznachbar und des daraus für Frankreich folgenden besonderen Interesses daran, daß im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche. So gut sich diese verschiedenen Forderungen und Bestimmungen auf dem Papier vereinigen und — theoretisch — in Einklang bringen ließen, so wenig bestätigte die politische Geschichte eine solche Möglichkeit. Dazu kam, daß in der Periode von dem Rücktritte Delcassés bis zur Einigung zwischen Bülow und Rouvier ein entschiedener Umschwung in Frankreich eintrat. Man fürchtete nicht mehr, daß das Deutsche Reich einen Krieg um Marokkos willen beginnen würde, wurde dagegen von allen anderen Seiten ermutigt. Fürst Bülow scheint damals geglaubt zu haben, es werde tatsächlich eine neue Ära der deutsch-französischen Beziehungen beginnen. Man glaubte anscheinend auch an die Ehrlichkeit der Politik Rouviers, obgleich auch deren Basis auf der großen Lüge der Geheimabkommen mit England und Spanien beruhte.

Will man die deutsche Politik und die Anschauung, welche zur Konferenz führte, kurz bezeichnen, so hätte sie vielleicht gelautet: Um die durch die Delcassésche Politik etwa verletzte Ehre des Deutschen Reiches würde man Krieg geführt haben, um Rechte in Marokko nicht.

Die naheliegende und in Deutschland aufgeworfene Frage, warum die deutsche Politik nicht die Periode unmittelbar nach dem Rücktritte Delcassés benutzt habe, um sich direkt mit Frankreich zu einigen, ist vom Fürsten Bülow im Reichstage dahin beantwortet worden, daß Deutschland sein Recht der Mitentscheidung über die Zukunft Marokkos auf die Madrider Konvention, insonderheit den Artikel der Meistbegünstigung darin, gegründet habe. Deshalb würde die deutsche Politik diesen ihren unanfechtbaren Rechtsboden in dem Augenblicke verlassen haben, wo sie mit Frankreich allein sich über Marokko verständigt hätte. Rein formal und rechtlich ließ sich gegen dieses Argument nichts einwenden. Dazu kam, daß man sich in Frankreich höchst ungern entschloß, die französische Stellung hinsichtlich Marokkos auf einer internationalen Konferenz zur Entscheidung zu bringen. Die französischen Staatsmänner sahen zunächst die Aussichten Frankreichs auf einer solchen Konferenz ungünstiger an, als sie waren. Die Leiter der deutschen Politik dagegen glaubten annehmen zu dürfen, daß die anderen Unterzeichnungsmächte der Madrider Konvention dasselbe Interesse hätten wie Deutschland und es auch betätigen würden, damit die in jener Konvention festgelegten Rechte und Möglichkeiten tatsächlich erhalten blieben.

Am 16. Dezember 1905 verlas Rouvier in der Deputiertenkammer eine Erklärung, welche die folgenden Gesichtspunkte hervorhob: Deutschland habe es nicht für ausreichend erachtet, vom Abkommen in Kenntnis gesetzt zu werden, sondern habe dafür gehalten, daß seine Interessen eine direkte Beteiligung an den Vorgängen verlangten und sei mit Nachdruck für die Einberufung einer Konferenz gewesen. Die Konferenz sei für Frankreich unter der Bedingung annehmbar, daß „die besondere Art unserer Rechte" und die Wichtigkeit unserer eigenen Interessen zur Geltung käme. „Das Protokoll vom 8. Juli stellt fest, daß das Regime an der algerischen Grenze der ausschließlichen Zuständigkeit Frankreichs und Marokkos verbleibt. Unser Recht auf Marokko besteht darin, daß Frankreich in Nordafrika eine muselmanische Macht ist, daß wir unsere Autorität gegenüber sechs Millionen Eingeborener aufrecht erhalten müssen, die durch die Grausamkeit der Rasse den im Nachbarstaate um sich greifenden Aufreizungen zugänglich sind. Wir sind daher berechtigt zu verlangen, daß in Marokko eine Macht besteht, der man gehorcht und die ihr Ansehen nicht dazu gebrauchen wird, um unsere Kolonie zu bedrohen und zu beunruhigen ... Das Ergebnis der französisch-deutschen Unterhandlungen ist, daß unsere Rechte, wenn nicht alle anerkannt, so doch alle vorbehalten sind." Die gleiche Erklärung leugnete — die unleugbare — Tatsache, daß der französische Gesandte

seinerzeit sich in Fes auf ein europäisches Mandat für Frankreich berufen habe.

Der Ton dieser Erklärung ist ein ganz anderer als der, dessen sich die französische Diplomatie kurz nach der Ausschaltung Delcassés bediente. Nicht nur hatte man in der deutsch-französischen Konferenzerklärung vom 8. Juli die Betonung der französischen Sonderstellung, und zwar in sehr dehnbaren Begriffen festgelegt, sondern man hatte inzwischen Gelegenheit gehabt, die Stimmung und Stellungnahme der europäischen Mächte festzustellen. Ferner waren die französischen Staatsmänner überzeugt, daß Deutschland nach Überwindung der Delcassé-Krise keinen Krieg führen würde, wenn nicht eine offene Brüskierung seiner Ehre erfolgte. Infolge dieser und vielleicht noch anderer Überlegungen war die französische Stimmung dem Konferenzgedanken gegenüber eine ganz andere geworden als zuvor. Auf einer internationalen Konferenz und der von Deutschland genehmigten Grundlage des Programmes konnte sich für Frankreich eine Lage wie während der Delcassé-Krisis nicht mehr ergeben, überhaupt kein deutsch-französisches Tête-à-tête. Auf der Konferenz würde die Abstimmung nach dem Grundsatze der Stimmenmehrheit die Entscheidung bringen. Die deutsch-französische Erklärung enthielt außer den sehr allgemeinen Begriffen der Souveränität des Sultans, der Integrität des Gebietes und der Handelsfreiheit ohne Ungleichheit keinerlei scharfe Vorbehalte, die auf der Konferenz nicht diskutiert werden konnten.

Im Grunde warf schon das von Deutschland genehmigte Konferenzprogramm den wichtigsten Teil der Madrider Konferenz um.

Die Stimmung der europäischen Mächte, das stellte sich im Sommer und Herbst 1905 mit voller Klarheit heraus, war durchaus gegen die deutsche Sache. In England tobte die Presse gegen die angebliche deutsche Politik einer Vergewaltigung Frankreichs, im Parlament trat überwiegend der gleiche Gesichtspunkt hervor.

Am 20. Oktober erklärte Sir Edward Grey, welcher wenige Monate nachher Staatssekretär des Auswärtigen wurde, in öffentlicher Rede: „Die drei Hauptpunkte unserer auswärtigen Politik sind: die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, das Bündnis mit Japan und das Abkommen mit Frankreich ... Es ist jedoch wünschenswert, daß Rußland seine Stellung im Rate Europas wieder erhalte. Ich kann Rußland nicht erwähnen, ohne auf Deutschland Bezug zu nehmen: es muß die Bedingung jeder Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und uns sein, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ebenfalls gerechte und gute sind."

Dazu kamen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Re-

gierungen über Handelsfragen auf den Marschallinseln und Karolineninseln, Beschwerden über angebliches deutsches Streben, in der chinesischen Provinz Schantung ein wirtschaftliches Monopol zu errichten. Hinter und über allem aber stand die deutsche Flotte als Gefahr und Drohung für die Zukunft. König Eduard von England brachte im Winter 1905/06 seine Auffassung der Vorgänge des Sommers zum Ausdrucke, als er in Paris anwesend, Herrn Delcassé in die britische Botschaft einladen ließ, ein Akt, der in Frankreich wie in Deutschland als sehr bedeutsame Demonstration mit Recht angesehen wurde. Die infolge der Delcasséschen Enthüllungen, der feindseligen und drohenden Sprache der gesamten englischen Presse beleidigten Empfindungen der deutschen Nation wurden damit nur noch mehr getroffen. Die damals beginnenden Versöhnungs- und Verständigungskundgebungen kleiner, politisch einflußloser Kreise in beiden Ländern konnten nichts ändern.

Dazu kam das folgende Ereignis: Seit Jahresfrist hatte die Baltische Flotte Rußlands die europäischen Gewässer verlassen, und am 25. Mai 1905 war sie in der Schlacht von Tsuschima teils vernichtet worden, teils hatten die russischen Kommandanten ihre Schiffe übergeben. Tatsächlich war das Russische Reich, abgesehen von einigen Küstenfahrzeugen, veralteten oder noch im Bau befindlichen größeren Schiffen, ohne Flotte. Diese Tatsache wurde in jener Zeit von der dänischen Presse benutzt, um der Welt zu verkünden, daß die Ostsee à la merci der deutschen Flotte sei, und daß Deutschland offenbar darauf ausginge, aus ihr ein mare clausum zu machen. Die Gleichzeitigkeit dieser antideutschen Presseagitation ließ auf eine einheitliche Antriebskraft um so mehr schließen, als die dauernden Beziehungen zwischen gewissen russischen, dänischen, französischen und englischen Presseorganen unleugbar und bekannt waren. Von deutscher Seite war nicht der mindeste Anlaß zu der im übrigen törichten Annahme gegeben worden, daß man die Absicht habe, aus der Ostsee ein mare clausum zu machen. Töricht ist dieser Gedanke an sich schon, weil er dem Wesen des modernen Verkehrs und der modernen Seekriegführung gleichermaßen widerspricht. Es müssen schon ganz anormale internationale Verhältnisse sein, wie z. B. hinsichtlich der Zugänge zum Schwarzen Meere, wenn der Begriff des mare clausum mehr als ein Wort werden soll: „Geschlossen“ kann ein Meer nur durch „Überdruck“ werden, sei es von innen oder von außen. Dieser Überdruck kann letzten Endes nur militärischer Natur sein. Die deutsche Flotte konnte sicher nicht daran denken, ihn zu bilden.

Genug, nachdem die englische Presse sich mit zorniger Geringschätzung über diese „deutsche Anmaßung“ ausgesprochen hatte, wurde plötzlich halbamtlich aus London mitgeteilt, daß die englische Kanalflotte

während der zweiten Augusthälfte in der Ostsee Übungen abhalten, dabei auch eine Reihe deutscher und anderer Häfen aufsuchen werde. Seit dem Krimkriege war keine englische Schlachtflotte in den Gewässern der Ostsee gewesen. Es war nicht anders möglich, als diese ganz ungewohnte Reise mit der vorhergegangenen Preßhetze nicht nur, sondern mit der europäischen Spannung, insbesondere mit der deutsch-britischen Mißstimmung in Einklang zu bringen. Zur Charakteristik dieser Stimmung dient übrigens auch noch jenes Telegramm des ständigen Begleiters Königs Eduards, Lord Knollys, als Dementi einer gegenteiligen Nachricht: König Eduard habe auf seinem Wege nach Marienbad weder eine Unterredung mit dem Deutschen Kaiser gewünscht, noch beabsichtige er eine solche. Damals, wo einer Spannung die andere folgte und ein aufsehenerregendes Ereignis das andere ablöste, wies man angesichts dieser Tatsache wohl auf die persönliche Verstimmung zwischen den beiden Herrschern hin, aber die Bedeutung einer solchen Sprache zeigt sich in vollem Maße erst dem Rückblickenden.

Die Fahrt der englischen Flotte in der Ostsee hatte insofern ihr Gutes, als sie vielen Deutschen die Augen öffnete. Die Flotte wurde gleichwohl in allen deutschen Häfen überaus höflich aufgenommen und gefeiert. Als sie vor Swinemünde ankerte, erschien unmittelbar die deutsche Hochseeflotte, und zwar in etwas größerer Stärke als die britische Kanalflotte. In höflicher und liebenswürdiger Form wurde damit den Engländern die deutsche Ansicht von der Sache angedeutet.

Viel bemerkenswerter als die zahlreichen Austausche von Höflichkeiten und Liebenswürdigkeiten war ein Besuch, den das britische Geschwader auf seiner Rückfahrt dem dänischen Hafen von Esbjerg abstattete. Esbjerg liegt an der Westküste Jütlands. Nach den Delcasséschen Enthüllungen wurde vielfach darauf hingewiesen, daß dieser Hafen und ebenfalls die Aalbaeker Bucht an der Ostseite Jütlands als Landungsorte für britische Expeditionskorps in einem deutsch-französisch-englischen Kriege geeignet wären. Von dort, so war die Idee, sollten die britischen Truppen nach Nordschleswig vorstoßen. Der Besuch eben dieser beiden Häfen war also ebenfalls eine Demonstration, und zwar keine deutschfreundliche; bei Esbjerg nahm die englische Flotte tatsächlich Landungsübungen vor. Da wurde nun aber den Dänen schwül, und auf einem Essen, das für die Offiziere des englischen Geschwaders in Esbjerg veranstaltet wurde, hielt der Kommandeur Bluhme als Vertreter des amtlichen Dänemark eine Rede, die allgemeines Aufsehen erregte. Er wies hin auf das Bombardement Kopenhagens und die Wegnahme der dänischen Flotte durch die englische im Jahre 1807, er sprach anderseits von der Besitznahme Schleswig-Holsteins durch Preußen.

Dänemark sei klein geworden und wolle unabhängig bleiben, deswegen müsse es „sich streng neutral halten und nie daran denken, sich in Meinungsverschiedenheiten der europäischen Großmächte zu mischen". Die Sympathien der Dänen standen, zum großen Teile fanatisch, auf seiten Englands. Die vorher amtlich gebilligte Rede des Kommandeurs Bluhme entsprang dringenden Erwägungen. Wenige Wochen vorher war der Deutsche Kaiser in Kopenhagen zum Besuche gewesen. Gerade als die Admirale des englischen Geschwaders vom Könige von Dänemark nach dem Schlosse Amalienborg eingeladen worden waren, schrieb der in Dänemark angesehene Schriftsteller Brandes in einem der größten Organe: Dänemark täte am besten, sich überhaupt unter englische Schutzherrschaft zu begeben.

Es war kein Zufall, daß gerade im Herbste jenes Krisenjahres 1905 Dänemark solcher Art in den Kreis der politischen Kombinationen und Ereignisse eintrat. Das kleine Land glaubte den großen Europakrieg bevorstehend, fürchtete ihn teils, teils hoffte es von ihm Gebietsvergrößerung. Neutralität, bis man sah, wohin sich der Sieg neigte, erschien die gegebene Haltung.

Am 17. Januar 1906 wurde die Konferenz zu Algeciras, einer kleinen spanischen Küstenstadt unter den britischen Kanonen Gibraltars, eröffnet. Auf ihr vertreten waren die Mächte, welche seinerzeit die Madrider Konvention beschickt hatten: Deutschland, Rußland, Großbritannien, Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten, Portugal, Schweden, Spanien, die Niederlande und Belgien. Den Vorsitz führte der Herzog von Almodovar, spanischer Minister des Auswärtigen, also ein Staatsmann, der den Marokkoangelegenheiten gegenüber Partei war, außerdem von vornherein auf einem ganz anderen Boden stand, als das offizielle Konferenzprogramm, nämlich auf dem Boden der Geheimverträge. Insofern war die Konferenz von Anfang an eine Farce. Der Herzog von Almodovar betonte nichtsdestoweniger in seiner Eröffnungsrede feierlich „den dreifachen Grundsatz der Souveränität des Sultans, der Integrität seiner Staaten und der Gleichheit der Behandlung in kommerzieller Beziehung". Er betonte ferner als Ziel der Konferenz die Notwendigkeit: „gegenseitige Achtung der gegenseitigen Interessen und den aufrichtigen Wunsch, die gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen mit den Grundsätzen der Souveränität des Sultans und der Integrität seines Reiches". Dabei hatte der Herzog von Almodovar ebenso wie die französischen und britischen Vertreter die Geheimverträge in der Tasche, welche die Vernichtung der Souveränität des Sultans, die Teilung des marokkanischen Gebietes unter Frankreich und Spanien bestimmten und ipso facto die Handelsfreiheit beseitigten. Hier und immer wieder

ergibt sich die nicht ganz gelöste Frage: inwieweit Fürst Bülow über den Inhalt dieser Geheimverträge unterrichtet war. Diese und andere Unklarheiten werden erst zu einer späteren Zeit öffentlich beseitigt werden können. Klar ist aber nach allem, daß trotz Delcassés Rücktritt und nach einer kurzen Periode des Einlenkens Frankreich die Delcassésche Politik im Vereine mit Großbritannien und Spanien unentwegt weiter trieb. „Im Namen des Allmächtigen Gottes" unterzeichneten die Vertreter dieser Mächte mit denen der übrigen zweieinhalb Monate später die Algecirasakte mit der feierlichen Verpflichtung zur Souveränität des Sultans, der Integrität des Gebietes und der Freiheit des Handels ohne jede Ungleichheit, während sie tatsächlich auf ihren Geheimverträgen standen und von Anfang an entschlossen waren, durch sie die Algecirasbeschlüsse zu vernichten. Die Algecirasakte konnte man sich um so mehr gefallen lassen, als die Art, wie man sie schuf und nachher sie selbst als brauchbarer Schirm für die Geheimverträge dienen konnten.

Der Verlauf der Algeciraskonferenz bietet in seinen Einzelheiten um so weniger dauerndes Interesse, als die Akte, trotz ihrer formalen Gültigkeit, mit allen ihren Bestimmungen der Vergangenheit angehört. Tatsächlich ist sie keinen Augenblick in Wirksamkeit gewesen. Wie die Eröffnungsrede des Präsidenten zeigte, war man sich über die drei Generalpunkte, Souveränität, Integrität, Handelsfreiheit, von vornherein „einig". Die Meinungsverschiedenheiten auf der Konferenz entstanden über die Einrichtungen, welche in Marokko getroffen werden sollten, einmal um Ruhe und Ordnung zu schaffen, ferner um den schon im deutsch-französischen Erklärungsaustausche anerkannten französischen Sonderinteressen gerecht zu werden. Unter diesen waren die Hauptstreitfragen: die einer marokkanischen Staatsbank, ferner die Frage einer internationalen politischen Polizei. Am meisten kritisch erschien die letztgenannte Frage. Deutschland wollte die Durchführung einer solchen Polizeiorganisation auf eine tatsächlich internationale Grundlage stellen, indem man entweder den Sultan berechtigte, sich die Offiziere ganz frei unter den Mächten zu wählen, oder aber ihn verpflichtete, sie nur aus Mächten zweiten Ranges zu wählen. Der erste deutsche Deligierte, v. Radowitz, damals deutscher Botschafter in Madrid, hatte von vornherein den Gesichtspunkt betont, daß in der Lösung der Polizeifrage die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos nicht nur, sondern auch die Souveränität des Sultans, ebenfalls die Handelsfreiheit ohne Ungleichheit mit Notwendigkeit enthalten seien. Frankreich und Spanien standen, wie zu erwarten war, auf dem Standpunkte, daß lediglich sie die Polizeiorganisation in den marokkanischen Häfen durchzuführen und nachher in der Hand zu halten hätten. Alle anderen Mächte, ausgenommen Marokko selbst und Österreich-Ungarn, teilten den französisch-spanischen

Standpunkt. Die Konferenz drohte an dem Gegensatz der Meinungen zu scheitern, als schließlich ein Vermittlungsvorschlag des ersten Delegierten Österreich-Ungarns, des Grafen Welsersheimb, formal eine Lösung ermöglichte. Dieser vielbesprochene und an tatsächlicher Bedeutung ebenso stark überschätzte Vorschlag lief darauf hinaus: der Sultan solle den Oberbefehl über die Polizeitruppen führen; er soll französische Offiziere mit der Organisation der Polizeitruppen in vier marokkanischen Häfen, spanische Offiziere mit der Organisation in drei Häfen betrauen, während in Casablanca französische und spanische Offiziere zusammen kommandieren sollten. Über diesen Offizieren hat ein Generalinspektor zu stehen, den die schweizer Regierung bei persönlicher Auswahl durch den Sultan stellen soll. Die betreffenden Artikel der Algecirasakte wurden im wesentlichen dementsprechend gefaßt.

Also auch nach dem österreichischen Vermittlungsvorschlage waren die deutschen Forderungen, deren Erfüllung man deutscherseits als Grundbedingung für die Möglichkeit einer Unabhängigkeit Marokkos ansah, gescheitert. Es lag ohne weiteres klar auf der Hand, daß der schweizer Generalinspektor und die sogenannte Oberhoheit des Sultans über die Polizeitruppen ohne jede tatsächliche Wirkungsmöglichkeit, besonders Frankreich gegenüber sein würden. Darüber ist sich wohl auch kein deutscher Staatsmann im unklaren geblieben. Die Frage war: was geschehen solle, wenn der deutsche Standpunkt nicht zur Geltung gebracht werden konnte. Es gab da nur die Alternative: sich der Mehrheit zu fügen oder die Konferenz scheitern zu lassen. Frankreich war zweifellos seinerseits von Anfang an auf diese Eventualität eingerichtet und mit seinen Freunden darüber im reinen, die Konferenz scheitern zu lassen, sobald es seine Hauptbedingungen nicht durchsetzen konnte. In diesem Falle würde die französische Regierung gesagt haben: sie betrachte sich nunmehr als frei, ihre Interessen in Marokko selbst zu schützen. Ihr zur Seite hätten Großbritannien, Rußland, Spanien, auch die Vereinigten Staaten gestanden. Italien hätte, gebunden durch das Marokko-Tripolis-Abkommen, nicht Stellung gegen Frankreich genommen, und Österreich-Ungarn würde mit allen Kräften vermieden haben, es zu tun. Versucht man, sich den weiteren Verlauf vorzustellen, so würde Frankreich über die algerische Grenze und vermöge seiner kurzen gesicherten Seeverbindung tatsächlich in Marokko freie Hand gehabt haben, während Deutschland zum gleichen Verfahren, auch wenn es wollte, nicht imstande gewesen wäre. Die einzige, dann denkbare Möglichkeit, unter solchen Verhältnissen den deutschen Marokkointeressen Rechnung zu tragen und den Standpunkt des Deutschen Reiches durchzusetzen, wäre ein Ultimatum oder ähnliches Verfahren Frankreich gegenüber gewesen, bei gleichzeitiger

Entschlossenheit, alle Konsequenzen in den Kauf zu nehmen. Das wollten aber die in Deutschland leitenden Männer nicht. So blieb nichts weiter übrig, als sich auf der Konferenz dem Beschlusse der Majorität zu fügen. In dieser einfachen Alternative liegt der Schlüssel für den Verlauf der Algeciraskonferenz enthalten.

Man hat in der deutschen Politik während jener Marokkoperiode allerhand tiefe und geheimnisvolle Pläne gesucht, die nachher aufgegeben worden seien aus irgendwelchen gleich geheimnisvollen Gründen. Es hätte keinen Zweck, auf die verschiedenen Versionen einzugehen, weil sie auf Hörensagen und Kombinationen beruhen, und keine Beweise für ihre Tatsächlichkeit vorhanden sind. Blickt man aber zurück auf den Gang der Dinge, die sich zwischen dem Frühjahr 1904 und dem Frühjahr 1906 abgespielt haben, so ist ein lückenloser Zusammenhang nicht zu verkennen. Die deutsche Politik hielt sich stets auf ihrem unanfechtbaren Rechtsboden, den die Konvention von Madrid lieferte. Ebenso unanfechtbar und korrekt war die Berufung einer neuen internationalen Konferenz und gleichfalls, daß das Deutsche Reich sich zu Algeciras der Mehrheit fügte. Hätten, wie vielfach bei uns vorausgesetzt wurde, die damaligen Leiter der deutschen Politik an Marokko selbst und nicht nur an der internationalen Bedeutung der Marokkofrage ernsteren Anteil genommen, wären in Marokko selbst festumschriebene Ziele verfolgt worden, so würde man auf dem unanfechtbaren Rechtsboden der Madrider Konferenz nicht geblieben sein, sondern die Mittel dem Zwecke angepaßt haben. Gegen die auf die Lüge der geheimgehaltenen Abkommen basierte Politik Frankreichs, Englands und Spaniens mit ihren Freunden im Gefolge, war mit den Mitteln, welche die Politik des Deutschen Reiches anwandte, nicht aufzukommen. Da wäre allein das Aufwerfen der Machtfrage bis zu ihren äußersten Konsequenzen erfolgverheißend gewesen. Eine solche Politik wollte Fürst Bülow nicht treiben. Der Kanzler legte seinen Standpunkt hierzu wenige Tage nach Beendigung der Konferenz von Algeciras im Reichstage dar und sprach u. a. die folgenden Sätze: „Es gab Wochen, wo der Gedanke an kriegerische Verwickelungen sich der Gemüter bemächtigte. Wie kam das? Waren Lebensinteressen des Deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Machtfrage aufzuwerfen? Sollten wir, wollten wir um Marokko Krieg führen? Nein, meine Herren, um Marokko nicht. Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort auch keine politischen Aspirationen.“ Man habe in Marokko nur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen erreichen und bekunden wollen, daß das Deutsche Reich sich nicht als quantité négligeable behandeln lasse, und daß die Basis eines internationalen

Vertrages nicht ohne Zustimmung der Signatarmächte verrückt werden dürfe. Dazu sei die Konferenz das geeignete Mittel gewesen. Ein deutsch-französisches Separatabkommen würde, wenn überhaupt möglich, die Gegensätze verschärft und den Rechtsboden der deutschen Politik geschwächt haben. Man habe unerschütterlich an dem großen Grundsatze der offenen Tür festgehalten und sei durch viele Wochen schwieriger Arbeiten und durch manche gefährliche Perioden hindurch endlich zum Ergebnisse gekommen.

Es ist nicht die Sache, noch auch die Absicht dieser geschichtlichen Betrachtungen, eine eingehende Sachkritik zu üben; für eine solche wird ja noch auf lange Jahre hinaus das erforderliche Material mangeln. Nur das eine muß gesagt werden: Das Ergebnis der Konferenz von Algeciras würde als Erfolg für Deutschland zu begrüßen gewesen sein — und zwar unter dem Gesichtspunkte der Bülowschen Politik — wenn die Algecirasakte für die praktische Politik ein Definitivum gewesen wäre; wenn zum mindesten die hauptbeteiligten Mächte ihre Durchführung ernstlich im Auge gehabt hätten. Dieses war nicht der Fall, die Akte war teils ein Provisorium, teils, wie vorher gesagt, eine Kulisse.

Die Ziele, welche Delcassé verfolgt hatte, waren durch seinen Rücktritt und dessen Folgen etwas weiter in die Zukunft geschoben, keineswegs aufgegeben worden.

Die Weltlage im Frühjahr 1906 bot das folgende Bild: Der Dreibund galt, wennschon mit Unrecht, für gelockert. Sein äußerer Zusammenhalt war tatsächlich von gleicher Festigkeit wie vorher, aber niemand konnte sich verhehlen, daß die innere Solidarität der Bundesgenossen nicht mehr die gleiche war wie früher. Das galt vor allem von Italien. Die apenninische Halbinsel hatte sich seinerzeit durch das marokkanisch-tripolitanische Abkommen mit Frankreich gebunden, Frankreich in Marokko freie Hand zu lassen, erforderlichenfalls diplomatische Unterstützung zu gewähren. Fürst Bülow erklärte im April 1906: jenes Abkommen sei den Dreibundverpflichtungen Italiens nicht zuwidergelaufen. Das war ohne Zweifel richtig, aber ebenso unanfechtbar die Tatsache, daß die aus jenem Abkommen sich ergebende Haltung Italiens dem Geiste des Dreibundverhältnisses zuwiderlief. Man konnte, nachdem die Dinge unter oft ausgesprochener Zustimmung des Fürsten Bülow zu dieser seiner Politik der Freundschaft und eines do-ut-des-Verhältnisses der italienischen Politik nicht einmal einen Vorwurf mehr machen oder freundschaftliche Vorstellungen erheben. Italien nutzte die Situation aus; die italienischen Staatsmänner wären töricht gewesen, es nicht zu tun.

Eine Frage der deutschen Politik war es aber, ob die Keime der Dreibundentfremdung Italiens nicht zu ersticken gewesen wären. Gleich-

wohl mußte man, nachdem die Dinge einmal so weit gediehen waren, dem Reichskanzler nachfühlen, wenn er sie mit Absicht nicht öffentlich als so bedeutend bezeichnen mochte, wie sie es tatsächlich waren.

Falsch war der Standpunkt eines großen Teiles der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche Italien „bestraft“ wissen wollte, es als ungetreuen Bundesgenossen und unnützes Glied des Dreibundes behandelte. Gelten mußte vielmehr: nun gerade den Bundesgenossen festzuhalten und zu versuchen, die Intimität der Beziehungen wieder herzustellen. Anderseits war die Entrüstung der italienischen Öffentlichkeit ungerechtfertigt, als Kaiser Wilhelm in einer Depesche an den Kaiser von Österreich die politische Haltung der Vertreter der Doppelmonarchie zu Algeciras als die eines brillanten Sekundanten pries, Italien aber nicht genannt hatte. Wie die „Kölnische Zeitung“ damals hervorhob, handelte es sich bei diesem italienischen Unwillen wohl im Grunde um das Gefühl, daß trotz aller formalen Berechtigung Italiens Haltung zu Algeciras nicht dem Geiste des Dreibundes entsprochen habe. Auch Österreich-Ungarns Politik hatte in Wirklichkeit keineswegs bedingungslos auf der deutschen Seite gestanden, sondern höchstens ein Verhalten betätigt, das man als „wohlwollende Neutralität“ bezeichnet. Zweifellos war Österreich-Ungarn nicht verpflichtet, auf der Seite der Deutschen in Algeciras zu stehen. Das deutsch-österreichische Bündnis enthält bekanntlich keine derartigen Artikel, und Sonderabkommen bestanden nicht. Nichtsdestoweniger war der Eindruck in Deutschland ein wenig erfreuender, besonders wenn man mit dieser Haltung die der Frankreich befreundeten und verbündeten Mächte zu Algeciras verglich. Rußland stand bedingungslos zu Frankreich, obgleich Frankreich im ostasiatischen Kriege über eine wohlwollende Neutralität niemals hinausgegangen, gelegentlich auch, unter dem englischen Drucke, hinter ihr zurückgeblieben war. Die Politik, welche das Deutsche Reich seit ungefähr zehn Jahren Rußland gegenüber getrieben hatte, und zwar auf Kosten der deutsch-englischen Beziehungen, hätte eine andere Haltung Rußlands Deutschland gegenüber in Algeciras beinahe als selbstverständlich erscheinen lassen. Wie leicht wäre es dem Deutschen Reiche gewesen, während des ostasiatischen Krieges und während der revolutionären Bewegung in Rußland, und als es keine russische Flotte mehr gab, diese Situation für sich entweder oder mit Österreich-Ungarn zusammen auszunutzen auf Kosten Rußlands! Ob die Unterlassung ein Fehler war oder nicht, ist eine Frage für sich.

Auf der Konferenz zu Algeciras bahnte sich überdies die englisch-russische Annäherung an. Hatte die britische Politik im Vereine mit der der Vereinigten Staaten Rußland schon einen großen Dienst erwiesen,

als sie im Frieden zu Portsmouth verhinderte, daß Japan eine Kriegsentschädigung erhielt, so traf man sich zu Algeciras auf derselben politischen Linie: für Frankreich, gegen das Deutsche Reich! Ebenso war die Haltung der Vereinigten Staaten, deren Vertreter übrigens unmittelbar nach Abschluß der Arbeiten der Konferenz erklärte, seine Regierung übernehme keinerlei Garantie für die Durchführung der Algecirasakte. Mit dem Beginn des Jahres 1906 hatte in Großbritannien der Kabinettswechsel stattgefunden. Die Liberalen waren am Ruder, das Sekretariat des Auswärtigen lag in den Händen Sir Edward Greys, der (siehe oben) schon vor Jahren als Parlamentsmitglied der Opposition für eine Annäherung an Rußland eingetreten war. Zu Algeciras arbeitete eifrig und geschickt in dieser Richtung der englische Botschafter in Petersburg und erste britische Delegierte Sir Arthur Nicolson, ferner indirekt König Eduard selbst und der Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge. Zu allem kam die Schwächung Rußlands — durch den Krieg von außen, durch die Revolution im Innern — und damit der Wunsch, im nahen Orient und in Mittelasien Ruhe zu haben; schließlich und nicht zum wenigsten auch die Erweiterung des britisch-japanischen Bündnisses und die vorläufig noch sehr schwankenden Beziehungen mit Japan. So bereitete sich im Rahmen der antideutschen Majorität zu Algeciras die Annäherung der alten Gegner Großbritannien und Rußland vor.

Großbritannien war zu Algeciras die den Ton angebende Macht, die Führerin der antideutschen Mehrheit. Es lag etwas Symbolisches darin, als König Eduard im März 1906 Paris besuchte und ostentativ den früheren Minister, Mr. Delcassé, in die britische Botschaft einlud. Ungefähr um dieselbe Zeit gelangte die deutsche Flottenvorlage im Reichstage zur Bewilligung. König Eduard von England hatte noch immer nicht seinen Besuch in Berlin gemacht und mied bis zum September 1906 sogar jede Begegnung mit dem deutschen Kaiser. Damals fand eine solche in Friedrichskron statt; sie hatte keine politischen Folgen. Vielmehr setzte der König seine durch häufige Reisen wirksam unterstützten Bestrebungen fort, um gegen die deutsche Politik Mißtrauen überall zu erwecken und die übrigen Mächte um England gruppiert zu sammeln. Dieser Politik Endergebnis sollte nicht der Krieg sein. Es war vielmehr eine Politik, die darauf berechnet war, das Deutsche Reich einzuschüchtern. Sie wollte den deutschen Reiche oder seinen Leitern bei jeder aktiv-politischen Betätigung außerhalb der Landesgrenzen, wo es auch sein mochte, sofort den Widerstand nicht nur Großbritanniens, sondern mit ihm so gut wie aller europäischen Mächte, sei es direkt, sei es indirekt, entgegensetzen und diese Lage für Deutschland dadurch noch ungünstiger machen, daß ihm politisch und in weiterer Kon-

sequenz auch militärisch die Rolle des Angreifers zugeschoben würde. Dann nämlich hatte das Deutsche Reich ohne Bundesgenossen zu kämpfen.

* * *

Die Lage der deutschen Politik war und wurde um so schwieriger durch das eigene starke Bedürfnis aktiver Betätigung auf dem Gebiete der Weltpolitik und der Weltwirtschaft und durch den rein kontinentalen Charakter des Dreibundes. Der Dreibund hatte keinen Arm, der auf die See, geschweige denn über die See reichte. Darin lag seine Beschränkung und seine Schwäche. Die deutsche Flotte begann zu entstehen, und sie selbst ebenso wie die Tatsache ihres Entstehens bildete nach wie vor den Angelpunkt der englischen Gegnerschaft und annähernd aller politischen Akte und Ziele des englischen Königs und Kabinettes. Eine aktive Politik des Deutschen Reiches nach außen war unter diesen Umständen nur denkbar, wenn man jedesmal die Machtfrage aufwarf. Unter den skizzierten Verhältnissen bedeutete das den Entschluß, eventuell einen großen Krieg zu führen und zwar allein. Die Leiter der deutschen Politik vertraten angesichts dieser Lage den Standpunkt, daß ein so großes Risiko nur übernommen werden könne, wenn der Krieg von außen aufgezwungen werde. — Der Begriff des „Aufgezwungenen“ ist freilich relativ. — Wahrscheinlich wirkte auch die allgemeine Erwägung mit, daß ein Krieg ohne zwingende Not besser nicht geführt werde, solange die Flotte zu schwach war und einschließlich des schutzlosen Seehandels und der Kolonien dem zur See siegreichen Gegner zum Opfer gefallen wäre.

Utopien und Intrigen im Haag.

Das neue britische Kabinett unter Führung des Premierminsters Campbell Bannerman begann im Jahre 1906 die Frage aufzuwerfen, ob es nicht gegeben sei, auf einer internationalen Friedenskonferenz über die Frage einer Einschränkung der Rüstungen zu tagen. Die Vorgeschichte dieser Idee ging bis zum Jahre 1898 zurück. Damals schlug der Kaiser von Rußland in seinem berühmten Rundschreiben, das durch seinen Minister, den Grafen Muraview, an die Mächte gelangte, eine internationale Konferenz vor, „um die wirksamsten Mittel zu suchen, um allen Völkern die Wohltaten wahren und dauernden Friedens zu sichern, und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen . . .

Beinahe alle Mächte standen diesen Vorschlägen skeptisch gegenüber, die Antworten auf das russische Rundschreiben waren aber sym-

pathisch und grundsätzlich zustimmend. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" äußerte sich halbamtlich sehr zweifelnd über die Aufrichtigkeit Frankreichs, schon hinsichtlich des Wunsches der Erhaltung des Friedens. Sämtliche Pariser Blätter stimmten nämlich darin überein, daß nur durch Revision des Frankfurter Friedens die Wege zu einer wirklichen Verständigung geebnet werden könnten. Das genannte deutsche Blatt erklärte mit Recht, daß damit von vornherein jede Möglichkeit der Verwirklichung des Abrüstungsgedankens in weite Ferne gerückt werde, denn die Unantastbarkeit seines nationalen Bestandes auf Grund des Frankfurter Friedens sei der Standort, von dem aus allein Deutschland sich an Erörterungen über Herabsetzungen der Rüstungen beteiligen könne.

Im Frühjahr des Jahres 1899 fand die sogenannte Abrüstungskonferenz im Haag statt, und zwar unter dem Vorsitze des russischen Botschafters in London, v. Staal. Am 14. Juli waren die Verhandlungen beendet. Die positiv zu nennenden Ergebnisse bestanden in drei Konventionen: erstens über friedliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten, zweitens über Bestimmungen und Gebräuche für den Landkrieg, drittens über Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention von 1864 auf den Seekrieg. Dazu kamen drei Erklärungen, durch die verboten wurde, Geschosse und Sprengstoffe aus der Luft zu werfen und sich gewisser Geschosse im Kriege zu bedienen. Auf die erste Konvention hin wurde der permanente Schiedsgerichtshof im Haag errichtet.

Das Konferenzprotokoll enthielt außerdem fünf „Wünsche", deren erster die Beschränkung der militärischen Lasten bildete. Im übrigen wollte man auf die nächste Konferenz die Frage der Rechte und Pflichten der Neutralen bringen, die Regierungen sollten die Fragen bezüglich der Kaliber von Gewehren und Marinegeschützen zum Gegenstande des Studiums machen, ebenso die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege usw. Kurz, die eigentlich wichtigen Fragen waren mit einigen schönen Worten vertagt worden, und das bildete schließlich die einzige Möglichkeit, um zu verhindern, daß eben diese Fragen Mißstimmung, Spannung und Kriegsgefahr unter den Mächten hervorriefen.

In die folgenden Jahre fielen: Der Südafrikanische Krieg, der Boxerkrieg, der Russisch-Japanische Krieg — alles sprechende Ironien — vor allem aber die Periode der internationalen Seerüstungen.

Mit dem Übergange zu den sogenannten „Dreadnoughts" hatte Großbritannien um das Jahr 1906 und für längere Zeit ein ungewöhnlich hohes Maß an Überlegenheit vor allen Seemächten gewonnen. Der Name „Dreadnought" ist im Laufe der Jahre aus einer Bezeichnung für ein einziges Schiff die Bezeichnung für eine ganze Kategorie nicht nur,

sondern für eine neue Epoche des Kriegsschiffbaues geworden. Das militärisch und technisch Epochemachende an dem Schiffe lag vor allem in der Artilleriebestückung: während vorher die Bestückung der englischen und der anderen Schlachtschiffe sich aus vier schweren Geschützen und einer Anzahl sogenannter halbschwerer, mittlerer und leichter Kaliber zusammensetzte, erhielt die Dreadnought zehn schwere Geschütze, also das Zweieinhalbfache des bisher üblichen Maßes, keine mittlere Artillerie und nur eine Anzahl ganz leichter Geschütze. Die Geschwindigkeit des neuen Schiffes war ungewöhnlich hoch. Seine Größe, gemessen wie immer in den Kriegsflotten nach der Wasserverdrängung, übertraf infolge der gewaltigen Anforderungen der Artillerie und Geschwindigkeit an Raum und Gewicht die aller bisher gebauten Schlachtschiffe in Großbritannien nicht unbeträchtlich, diejenigen anderer Marinen aber um ein sehr bedeutendes Maß. Ähnlich stand es mit den neuen sogenannten Dreadnoughtkreuzern. Diese neuen Schiffsklassen verkörperten durch ihre Artillerie und überlegene Geschwindigkeit jenes Wort des früheren Admiralitätsbeamten Mr. Lee: die britischen Kriegsschiffe müßten früher an der Küste des Gegners sein als die Nachricht vom Beginne der Feindseligkeiten in den Zeitungen des gegnerischen Landes. Sie verkörperten das Prinzip des Angriffes, des überraschenden, vernichtenden „ersten Schlages".

Die übrigen Seemächte sahen sich, wie an anderer Stelle ausgeführt wurde, nicht in der Lage, ohne weiteres und sofort „Dreadnoughts" zu bauen. So mag die britische Regierung tatsächlich eine Zeitlang geglaubt haben, England habe mit der „Dreadnought" das „letzte Wort" gesprochen: Zu der gewaltigen, zahlenmäßigen Überlegenheit der britischen Flotte an Vordreadnoughtschiffen kam nunmehr die enorme qualitative Überlegenheit dieser ganz neuen Klasse hinzu. Die Vertreter des liberalen Kabinettes in England glaubten deshalb den Augenblick gekommen, die Flottenlasten vermindern und gleichzeitig die ganze große Überlegenheit der britischen Flotte den anderen gegenüber dauernd aufrecht erhalten zu können. Diese Preisaufgabe wollte man auf dem Wege einer „internationalen Verständigung" und Festlegung lösen.

Nach der ersten Haager Friedenskonferenz wurde von den Pazifizisten aller Länder die Agitation für internationale Verhandlungen jener Art fortgesetzt. Besonders machte sich die interparlamentarische Konferenz, welche jedes Jahr in einer anderen Stadt tagt, die Friedens- usw. Propaganda zur Aufgabe. 1904 wurde sie in den Vereinigten Staaten zu St. Louis abgehalten. Bei dieser Gelegenheit wandte sie sich mit der Bitte an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Mr. Roosevelt, sobald wie möglich den Zusammentritt einer zweiten Konferenz im Haag

zu veranlassen. Der damalige Staatssekretär des Auswärtigen der Vereinigten Staaten, Mr. Hay, wandte sich an die sämtlichen Unterzeichner der Haager Akte mit der Aufforderung, sobald wie möglich eine neue Konferenz zu beschicken. Die Aufforderung fand die obligate, mehr oder minder matte Zustimmung. Die russische Regierung wünschte eine Vertagung der Konferenz bis nach Beendigung des Krieges. Diese fand Ende August 1905 durch den Frieden von Portsmouth statt, und nun erklärte die russische Regierung sich bereit, eine zweite Konferenz in die Wege zu leiten. Im Frühjahr 1906 sandte sie den Entwurf eines Programmes für die zweite Haager Konferenz an die Mächte. Dieses Programm erstreckte sich zunächst auf eine Anzahl von Problemen rechtlicher Natur, zumal des Seekrieges. Außerdem wies der russische Programmentwurf als Aufgabe für die Konferenz Vervollkommnung der Bestimmungen auf, welche nach dem Beschlusse der ersten Konferenz internationale Streitfälle schiedsgerichtlich beilegen sollten. Dazu kam als Neuheit die Absicht Großbritanniens, die Einschränkung der Seerüstungen auf internationaler Grundlage durch die Konferenz behandeln zu lassen.

Im Laufe des Jahres 1906 wurde in der britischen Presse und in den Parlamenten die Frage der Rüstungseinschränkung sehr eifrig erörtert. Die Vertreter der Regierung, an der Spitze der Premierminister Mr. Campbell Bannerman, sprachen sich mit Bestimmtheit und Eifer für eine solche Anregung aus. Am vollständigsten äußerte sich Ende Mai 1906 der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lord Fitzmaurice, im Oberhause:

Er verkannte nicht die Schwierigkeit, „einen einheitlichen Maßstab für die Herabsetzung der Rüstungen zu erzielen und einen Gerichtshof zu finden, der zu entscheiden hätte, ob dieser einheitliche Grundsatz von allen in Betracht kommenden Mächten richtig angewendet werde“. Gleichwohl hielt die britische Regierung diese einheitliche Regelung für möglich und notwendig. Ihre Vertreter führten an, daß Großbritannien sein derzeitiges Jahresbauprogramm erheblich herabgesetzt und damit die Aufrichtigkeit seines Willens und Vorhabens bewiesen habe. Lord Fitzmaurice wies in seiner geschichtlich interessanten Rede auch auf deutsche Stimmen hin, die geäußert hätten, gerade Deutschland müsse wegen seiner geographischen Lage, seiner Nachbarn usw. hinsichtlich seiner Rüstungsbedürfnisse mit anderem Maße gemessen werden als Großbritannien, besonders auch im Hinblick auf die geschichtliche Vergangenheit Deutschlands. Dazu sagte Lord Fitzmaurice: „Wir können, indem wir diese Schwierigkeiten anerkennen und versuchen, die Lage der anderen Nationen zu verstehen, Einspruch erheben gegen jede weitere Vermehrung der Flottenrüstungen durch irgendeine europäische Macht unter dem

irrtümlichen Eindrucke, daß wir versuchten, Vorbereitungen zu einem großen Schlage zur See oder zu einem Angriffsakte zu treffen. Wir haben das Recht zu protestieren, weil von England kein Angriffsakt geplant wird, auch keine solche Handlung vom englischen Volke geduldet werden würde. Ich hege die Zuversicht, daß die heutige Verhandlung als eine Einladung an die anderen Länder aufgefaßt werden möge: unserer Aufforderung zugunsten einer Herabsetzung der Rüstungen zu entsprechen!"

Der britische Standpunkt war da klar zum Ausdrucke gekommen:

Weil die britische Regierung Glauben bei den anderen Nationen für ihre Versicherung verlangte, sie werde niemanden angreifen, konnte sie nach ihrer Ansicht Protest dagegen erheben, daß andere Nationen — gemeint war immer Deutschland — ihre Seerüstungen mit der Begründung vermehrten, sich gegen die Möglichkeit eines britischen Angriffes zu sichern. — Die Anspielung des Unterstaatssekretärs auf den „großen Schlag" sollte eine Desavouierung des vormaligen Zivillords der Admiralität, Mr. Lee, bedeuten. Überhaupt war die ganze Rede im Grunde nichts als eine Beschwörung Deutschlands, von seinen Rüstungen zu lassen. Zum ersten Male wurde damals im Frühsommer 1906 jenes einzigartige Ansinnen an eine fremde unbesiegte Großmacht mit der ebenso einzigartigen Begründung gestellt: ihre Seerüstungen einzuschränken, weil England nicht beabsichtige, sie anzugreifen! Die britische Flotte war ungefähr um das Dreifache stärker als die deutsche. Man kannte aber das deutsche Bauprogramm und konnte ohne Prophetengabe berechnen, daß England von Jahr zu Jahr größere Opfer für die Flotte werde bringen müssen, wenn die deutsche Marine, die der Vereinigten Staaten, die Japans und die Frankreichs ihre Rüstungen fortsetzten. Deshalb war es, von dem Standpunkte der britischen Staatsmänner aus gesehen, am wünschenswertesten, den damaligen Stand der britischen Überlegenheit zur See, in erster Linie der Nordseemacht Deutschland gegenüber, ohne größere, wenn möglich mit geringeren Flottenkosten aufrecht zu erhalten. Den Weg hierzu erblickte Mr. Campbell Bannerman in einer internationalen Festlegung.

Für das Deutsche Reich war von vornherein klar, daß seine Marinepolitik den britischen Wünschen und Bestrebungen stark zuwiderlaufen mußte. Diese Marinepolitik, verkörpert durch das Flottengesetz von 1900, bezweckte, die deutsche Flotte aus dem Zustande der Ohnmacht herauszuheben. Sie sollte so stark werden, daß auch die größte Seemacht einen Kampf mit ihr für bedenklich zu halten genötigt war. Wenn, wie übrigens fast immer vorher und nachher, man in England darin den

Ausdruck einer Angriffsabsicht gegen die britische Flotte erblicken wollte, so konnte Deutschland bei allem Bedauern nichts ändern.

Aber abgesehen von diesen für jeden unparteiischen Beurteiler offen daliegenden Wahrheiten, erregte die englische Zumutung außerordentliches Befremden in Deutschland, weil das vergangene halbe Jahrzehnt und besonders das vergangene Jahr — die Delcasséschen Enthüllungen waren nicht vergessen — die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf einen sehr tiefliegenden Punkt hatten gelangen lassen. Die Zumutung hatte etwas von einem Drucke an sich, mochte auch dieser Charakter von englischer Seite in Abrede gestellt werden. Um die Ohnmacht der deutschen Flotte dauernd festzulegen, sollte nunmehr der internationale Apparat in Bewegung gesetzt werden. Diese englische Absicht rief in Deutschland das naheliegende Bild einer geplanten zweiten Majorisierung des Deutschen Reiches nach Analogie der Algeciraskonferenz hervor. Da anderseits von vornherein feststand, daß das Deutsche Reich sich dem nicht fügen werde, so mußte das Odium der Ablehnung vielleicht Scheiterns der Konferenz überhaupt in politisch sehr greifbaren Formen auf das Deutsche Reich fallen. Die deutsche Volksmeinung ließe sich vielleicht, lapidar gesprochen, dahin zusammenfassen: Bis jetzt hat eine Verbindung von Mächten unter Englands Führung versucht, uns Deutsche politisch und diplomatisch zu überwältigen, jetzt wollen sie uns das Rückgrat unserer Lebenskraft als Nation, nämlich die Wehrkraft, schwächen. Eine starke Beunruhigung ging durch das deutsche Volk, vermehrt durch die internationalen Verhältnisse und Beziehungen, welche durch die beginnende britisch-russische Verständigung einen neuen Einschlag erhalten hatte.

Im Dezember 1906 war der Deutsche Reichstag aufgelöst worden, und Ende April 1907 nahm der Reichskanzler Gelegenheit, vor dem neuen Reichstage über die Haager Konferenz zu sprechen; sie sollte Mitte Juli eröffnet werden.

Fürst Bülow erklärte, daß der Gedanke eines Stillstandes oder Verminderung der Rüstungen noch keine bestimmte Form im Programme für die Haager Konferenz gewonnen hätte. Auch ein bestimmter Vorschlag sei noch nicht gemacht worden, nur hätten sich die britische, die spanische Regierung und die der Vereinigten Staaten vorbehalten, auf der Haager Konferenz die Frage zur Erörterung zu bringen. Der Kanzler führte weiter aus: man sei sich schon auf der ersten Haager Konferenz darüber einig geworden, daß die Regierungen diese Frage zu prüfen hätten. Dessenungeachtet seien greifbare Vorschläge nicht gemacht worden. „Solange aber nicht einmal eine sichere Hoffnung auf eine befriedigende Lösung dieser Frage und auf die Möglichkeit ihrer praktischen Durch-

führung besteht, vermag ich mir auch von einer Erörterung auf einer Konferenz nichts zu versprechen. Es liegt im Gegenteil die Gefahr vor, daß durch die Berührung jener widerstreitenden Interessen eine zweckwidrige Wirkung einträte. Ich kann nicht bestreiten, daß schon die Aussicht auf eine Behandlung dieser Frage auf der Konferenz keine beruhigende Wirkung auf die internationale Lage ausgeübt hat." Der Kanzler erörterte die Frage: ob es nicht, „um kriegerischen Schein zu vermeiden", richtiger gewesen sei, sich an der Diskussion im Haag wenigstens zu beteiligen; er glaube aber, daß man auf diese Weise keinen besseren Schutz gegen ungerechte Verdächtigungen unserer Friedensliebe und keine aufrichtigere Anerkennung der deutschen Schutz- und Wehrbedürfnisse erreicht haben würde. „Dazu haben wir schon zu viel tendenziöse Verdächtigungen unserer friedlichen Absichten erlebt." Es sei dem Kanzler richtiger, klüger und auch würdiger erschienen, offen zu sagen: „An einer nach unserer Überzeugung, wenn nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen."

Dieser Standpunkt entsprach der deutschen Volksmeinung, soweit sie national in Presse und Reichstag vertreten war, annähernd restlos. Einschließlich des äußersten Flügels der bürgerlichen Linken stimmte man dem Reichskanzler zu. Es handelte sich nicht um Chauvinismus im Punkte der Flotte, sondern um das drängende Gefühl, Deutschland müsse die weiten Lücken seiner Wehrkraft zur See unbeirrt ausfüllen. Man erblickte in jedem Eingehen auf den englischen Vorschlag eine nationale Capitis diminutio, das Aufgeben der Selbständigkeit und jener Freiheit der Entschlüsse, welche das Kennzeichen einer unbesiegten und unabhängigen Großmacht bilden. Man konnte sich nicht darüber täuschen, daß das britische Ansinnen, mochte es auch von seiten des Premierministers subjektiv ehrlich gemeint sein, das Ende deutschen Strebens nach Seegeltung und die Errichtung einer internationalen, britisch geleiteten Kuratel bedeutete, die vor allem auf Deutschland lasten würde, weil die deutsche Flotte von allen verhältnismäßig am weitesten zurück war, also am dringendsten und meisten der Stärkung bedurfte.

Der britische Premierminister Campbell Bannerman erklärte acht Tage nach der Bülowschen Rede: er wisse wohl, daß England in den bösen Verdacht geraten sei, Deutschland durch Aufwerfen dieser Frage in Verlegenheit bringen zu wollen. Dieser Verdacht sei aber ganz unbegründet. England habe nichts weiter versucht, als was andere Regierungen in weniger günstiger Position auch versucht hätten. Mit diesen Regierungen meinte der Premierminister Spanien und die Vereinigten Staaten. Daß für Spanien jede allgemeine Verringerung der Seerüstungen nur günstig

sein konnte, lag ohne weiteres auf der Hand, denn Spanien besaß keine Flotte. Die Vereinigten Staaten von Amerika aber würden trotz ihrer beträchtlichen Flotte auf einer Konferenz sich immer vorteilhaft haben stellen können, unter Betonung ihrer riesigen Küstenausdehnung und ihrer Lage an zwei Ozeanen. Gerade die Küstenausdehnung und die Insularität der Lage hatte man englischerseits zur Grundlage der Rüstungsverständigung machen wollen, um das kontinentale, nur eine geringe Küstenausdehnung aufweisende Deutsche Reich maritim besonders stark einschränken zu können.

Die Haager Konferenz trat Mitte Juli 1907 zusammen, das Deutsche Reich wurde durch den früheren Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und derzeitigen Botschafter in Konstantinopel, Freiherrn v. Marschall, vertreten. Den Vorsitz führte wie auf der ersten Konferenz der Vertreter Rußlands, dieses Mal der russische Botschafter zu Paris, Nelidow. Die Weigerung des Deutschen Reiches, an einer Erörterung der Frage der Rüstungseinschränkung auf internationaler Grundlage teilzunehmen, hatte den Erfolg, eine solche Erörterung überhaupt zu vereiteln. Man fürchtete, daß sonst die Konferenz auseinandergehen oder es zu einem offenen Streite kommen werde. Die Sache erledigte sich schließlich in der Form, daß der britische Vertreter Sir Edward Fry auf einer Plenarsitzung einen Vortrag über den Gegenstand hielt und der Konferenz eine Entschließung unterbreitete, die folgenden Wortlaut hatte: „Die zweite Friedenskonferenz bestätigt den auf der Konferenz von 1899 in Ansehung der Beschränkung der Militärlasten angenommenen Beschluß und erklärt im Hinblick darauf, daß die Militärlasten seit jenem Jahre in fast allen Ländern erheblich gewachsen sind, es für höchst wünschenswert, daß die Regierungen das ernstliche Studium dieser Frage wieder aufnehmen."

Die „Entschließung" war, wie man sieht, inhaltlos und nur bestimmt, das Gesicht der britischen Regierung einigermaßen zu wahren. Eine Erörterung in der Plenarsitzung oder in Teilsitzungen fand nicht statt.

Die Friedenskonferenz gab dem Deutschen Reiche durch seinen Vertreter Gelegenheit, in der Frage internationaler Schiedsgerichtsbarkeit führend vorzugehen. Es handelte sich um die Frage, ob die 1899 vereinbarten und inzwischen erprobten Schiedsgerichtsabkommen zwischen einzelnen Staaten erweitert werden sollten zu einem für alle Staaten verbindlichen Weltschiedsgerichtsvertrage. Bezeichnenderweise wurde ein dahingehender Vorschlag unter „Führung" Portugals, „unterstützt" von Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Schweden und Serbien, der Konferenz vorgelegt. Dieser Weltschiedsgerichtsvertrag sollte Streitigkeiten begreifen, welche direkt diplomatisch nicht beigelegt werden konn-

ten, auch die wesentlichen Interessen, die Unabhängigkeit der streitenden Parteien und die Interessen dritter Mächte nicht berührten.

Der deutsche Vertreter, Freiherr v. Marschall, lehnte diesen Antrag ab mit der allgemeinen Begründung, daß der Nutzen eines solchen Weltvertrages durch die bisher nur bestehenden Schiedsabkommen zwischen je zwei Staaten nicht praktisch erwiesen sei. Da auch eine Reihe anderer Mächte sich auf Deutschlands Seite stellte, so wurde ein positives Ergebnis nicht erzielt. Auf die damals wichtig erscheinende, unter Führung Deutschlands von der Konferenz beschlossene Errichtung eines ständigen internationalen Prisengerichtshofes wird noch zurückzukommen sein. Deutschland befürwortete ferner zusammen mit den Vereinigten Staaten die Errichtung eines ständigen Schiedshofes im Haag und bezeichnete diese Aufgabe sogar als die hauptsächlichste Aufgabe der Konferenz. Die Sache scheiterte an der Frage der Besetzung der Richterstellen. Zustimmend verhielt sich die Konferenz zum amerikanischen Antrage, der sich gegen Beschränkung der Gewaltanwendung in der Eintreibung von Schulden fremder Staaten durch Waffengewalt wendete. Nach dem argentinischen Minister Drago hat der diesem Abkommen der Konferenz zugrunde liegende Gedanke den Namen Dragodoktrin erhalten. Er sei in diesem Zusammenhange beiläufig erwähnt.

Im Drange der sich häufenden politischen Krisen und Ereignisse außen und innen ist die zweite Haager Konferenz bei den Deutschen schnell in Vergessenheit geraten. Man hat ihr meist geringe oder gar keine Bedeutung beigemessen. Tatsächlich hat die Konferenz einschließlich der Vorverhandlungen und Vorbesprechungen gerade für das Deutsche Reich eine sehr erhebliche Bedeutung gehabt. Es ist der deutschen Politik im Haag gelungen, alles abzuwenden oder zu vereiteln, was dem Deutschen Reiche hätte schädlich sein, insbesondere seine Rüstung und die freie Entfaltung seiner Streitkräfte im Kriege selbst beeinträchtigen können. In allen tatsächlich wichtigsten Programmpunkten der Haager Konferenz hat Deutschland seinen Willen durchgesetzt, vielfach gegen starke Opposition. Das, was damals gewonnen wurde, erscheint heute selbstverständlich. Wäre es nicht gewonnen worden, so würde ein schwerer Schade, ja, ein geradezu verhängnisvoller Gang der Dinge eingetreten sein.

Das russisch-britische Einverständnis.

Die Anfänge einer britisch-russischen Annäherung haben wir bereits mehrere Male verzeichnen können. Die Etappenpunkte waren: die französisch-englische Verständigung, der Friede zu Portsmouth und die Konferenz von Algeciras. Sir Edward Grey hatte ein halbes Jahrzehnt

früher als Sprecher der parlamentarischen Opposition erklärt, es sei ein Fehler gewesen, mit Deutschland zusammen Politik treiben zu wollen, Großbritannien müsse sich vielmehr mit Rußland annähern. Dieser Mann leitete seit dem Januar die auswärtige Politik Großbritanniens. Sir Arthur Nicolson, ein Staatsmann von hohen Gaben und großer Gewandtheit, arbeitete als britischer Botschafter in St. Petersburg mit allen Mitteln auf dasselbe Ziel hin. Ihm und dem britischen Botschafter in Paris, Sir Francis Bertie, war es ausgemachte Sache, daß man ebenso wie nach Faschoda mit Frankreich, den Augenblick der Niederlage und Schwäche Rußlands benutzen müsse, um den alten Zwist zu begraben. Die Vorteile lagen auf der Hand, und zwar für alle Beteiligten. So verwirklichte sich das Ziel der französischen Politiker der siebziger und achtziger Jahre. So wurde zwei Jahre nach Delcassés Rücktritt die von Anfang an konsequent verfolgte Ententenpolitik mit Erfolg gekrönt; sie erhielt gewissermaßen ihren Abschluß. Darüber darf allerdings nicht verkannt werden, daß die Delcassésche Anschlußpolitik an Großbritannien nicht nur ein Eingeständnis der Schwäche war, sondern eine Politik der Abhängigkeit von Großbritannien programmatisch und praktisch festlegte. Eine selbständige Überseepolitik hat Frankreich seitdem ebensowenig getrieben wie eine selbständige kontinentale Politik. Mutatis mutandis zeigt die französische Politik seit 1898 gerade in ihrer Eigenschaft als Anschlußpolitik das Gegenstück der deutschen Politik der freien Hand. Daß diese „freie Hand“ zu verhältnismäßig geringen positiven Erfolgen führte, ändert daran nichts. Sie machte es sich schwer durch die Ablehnung jedes bindenden Anschlusses, verzichtete damit, ob bewußt oder nicht, mag dahingestellt bleiben, auf eine schnelle und glatte „Karriere“. Sie versuchte auf lange Sicht zu arbeiten, in der Auffassung, daß erst eine starke Flotte wirkliche, erfolgreich sich betätigende Selbständigkeit schaffen könne, auch nur der zur See Starke in der Lage sei, ohne Verlust seiner Selbständigk eiteine Entente oder ein ähnliches politisches Verhältnis mit Großbritannien eingehen zu können. Gerade nach dieser Seite hin liefert Frankreich wiederum das überaus lehrreiche Gegenstück, denn seine wachsende Ohnmacht zur See war es, welche den Schlußstein der Entente Cordiale bildete. Unter dem so skizzierten Gesichtspunkte kann man die deutsche Politik während des ersten Jahrzehntes im neuen Jahrhundert ihrem Wesen nach als eine Politik des „Faute de mieux“ nicht unzutreffend charakterisieren.

Nach den Niederlagen der russischen Armee bei Mukden und am Schaho, nach der Vernichtung der russischen Flotte bei Port Arthur und bei Tsuschima, nach der Einnahme Port Arthurs durch die Japaner war die englisch-russische Gegnerschaft im fernen Osten für

absehbare Zeit gegenstandslos geworden. Die russische Bedrohung der chinesischen Integrität war verschwunden, auch der Gedanke einer russischen Seeherrschaft in den ostasiatischen Gewässern. Nun galt es für die britische Politik, ein Zuviel nach der anderen Seite zu verhindern und Japan nicht zu mächtig werden zu lassen. In den Friedensverhandlungen von Portsmouth waren es Großbritannien und — vom selben Gedanken beseelt — die Vereinigten Staaten, welche verhinderten, daß das wirtschaftlich und finanziell erschöpfte Japan eine Kriegsentschädigung erhielt. Vorher schon war das britisch-japanische Bündnis erweitert worden, und Großbritannien hatte damit neben anderen Zwecken Japan und dessen Politik gebunden, war somit auch als ostasiatische Macht an Bedeutung für Rußland enorm gewachsen. In Rußland tobte die revolutionäre Bewegung, neue innerpolitische Verhältnisse begannen unter heftigen Krisen Platz zu greifen, die großen Lücken der Wehrkraft konnten nur ganz allmählich ausgefüllt werden. Aus dem allen ergab sich für Rußland das Bedürfnis nach Ruhe, auch nach Ruhe an seinen Grenzen.

Die englisch-russischen Reibungen an ihren Grenzen in Mittelasien, wir brauchen nur den Namen Afghanistan zu nennen, bestanden schon seit Jahrzehnten. Mehr als einmal waren sie zur akuten Kriegsgefahr geworden, herbeigeführt — abgesehen von Nebenerscheinungen — durch die russische Tendenz, mit Bahnbau und Militärposten immer weiter in der Richtung auf Indien vorzudringen. Nach Rußlands Niederlagen und angesichts der inneren Zustände war auch dieses vordringende Moment erloschen. Feste Grenzverständigungen mit England dort konnten Rußland nur erwünscht sein. Dazu kam die englisch-russische Streitfrage in Persien. Diese beizulegen, entschlossen sich die beiden Mächte jetzt auch, und so kam am 31. August 1907 in Petersburg das russisch-englische Abkommen zustande. Sein Inhalt ist kurz der folgende:

Die beiden Mächte wollen jeden Anlaß zu Mißverständnissen in bezug auf Fragen beseitigen, die ihre Interessen auf dem asiatischen Kontinente berühren. Sie verpflichten sich, die Unabhängigkeit und Integrität Persiens zu achten, die Ruhe dort zu erhalten, ebenso die Handelsfreiheit. Auch verpflichten sie sich, keine politischen oder wirtschaftlichen Konzessionen in gewissen Teilen Persiens nachzusuchen. Sie teilen unter sich nämlich Persien in drei Zonen ein. Die nördliche Zone bildet das russische Interessengebiet, Mittelpersien ist die neutrale Zone, Südpersien die britische. Dazu kommt die Anerkennung der britischen Sonderstellung im Persischen Golf durch Rußland. Hinsichtlich Afghanistans desinteressiert sich Rußland, während England erklärt, den politischen Zustand Afghanistans nicht ändern zu wollen, Herrscher

und Volk nicht gegen Rußland zu hetzen, keinen Teil von Afghanistan zu besetzen und sich nicht in seine inneren Angelegenheiten zu mischen. — Auch über die Stellung Tibets erfolgte eine Einigung.

Es kommt in den hier zu betrachtenden Zusammenhängen nicht auf die Einzelheiten des Abkommens an, sondern vor allem auf die Tatsache seines Zustandekommens. Das Jahr 1907 kann man als das Jahr der internationalen Abkommen bezeichnen, und wir werden unter diesen Abkommen manche finden, die nur ein sehr unerhebliches Maß tatsächlichen und greifbaren Inhaltes besaßen. Das russisch-englische Abkommen dagegen erleichterte unmittelbar jeder der beiden Mächte ihre Politik und damit ihre internationale Stellung. Die bisherigen Reibungsflächen verschwanden und verwandelten sich in gegenseitige Rückendeckungen. Bisher gebundene Kräfte wurden frei, und alte Sorgen verschwanden, vor allem die britische um die indische Grenze, um Afghanistan und den Persischen Golf. Dieser Entlastung gegenüber fielen einige britische Zugeständnisse um so weniger ins Gewicht, als der gewonnene Vorteil ein doppelter war: Gerade im Orient konnte sich nach dem englisch-russischen Abkommen die Front der Politik beider Mächte geschlossen gegen die deutsche Orientpolitik wenden. Auch Frankreich konnte nun erleichtert aufatmen, denn es war durch die russisch-englische Annäherung aus der politischen und diplomatischen Zwickmühle herausgelangt: als Bundesgenosse Rußlands und als Ententegenosse Großbritanniens immer auf der Hut sein zu müssen, dem einen zu sehr zu gefallen und damit dem anderen zu wenig. Für alle drei Mächte wurden also Entlastungen geschaffen und erhebliche Kräfte freigemacht Schon aus diesem Grunde erschöpfte es nicht annähernd die Bedeutung des Abkommens, wenn man in England amtlich erklärte, sie sei nur in den vertragsmäßig festgelegten Punkten enthalten. Das Verschwinden der russisch-englischen Konfliktmöglichkeiten, des alten traditionellen Mißtrauens und Besorgnisses bildete ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung. Dabei darf nicht verkannt werden, daß die tieferen Gegensätze zwischen Großbritannien und Rußland nicht beseitigt, sondern nur überbrückt waren. Die politischen Grundströmungen bleiben entgegengesetzt.

Als in Deutschland die Tatsache des Abkommens bekannt wurde, war das Ergebnis durchweg ein niederdrückendes. Man fragte sich: warum hat unsere Politik das nicht gehindert? Der Reichskanzler Fürst Bülow hatte schon am 30. April 1907, also vier Monate vor der Unterzeichnung des Abkommens, auf die russisch-englischen Verhandlungen hingewiesen und gesagt, man sehe ihrem Abschlusse, „gestützt auf Zusicherungen, die uns von beiden Seiten spontan gegeben worden sind, ohne Unruhe entgegen". Er, der Reichskanzler, nehme die Annäherung

als das, was sie sei, nämlich als den Versuch, auf einem uns ziemlich fernliegenden Gebiete alte Streitfragen zu begleichen. „Ich nehme sie aber auch als die Bekräftigung einer Ansicht . . ., nämlich daß wir den Gegensatz zwischen Walfisch und Elefanten nicht als unveränderlichen Faktor in unsere politische Rechnung einstellen können. Es gibt überhaupt keinen Gegensatz zwischen zwei Mächten, den Deutschland dauernd als eine Gelegenheit für sich und als eine Ungelegenheit für andere ausnutzen könnte . . . Von Feindschaften anderer untereinander können wir überhaupt nicht leben."

Die Richtigkeit dieser Auffassung ließ sich angesichts der vollendeten Tatsache nicht bestreiten, und Fürst Bülow war in vollem Rechte, wenn er andeutete, man müsse sich mit dieser vollendeten Tatsache mit guter Miene abfinden, da nun doch einmal nichts mehr daran zu ändern sei. Als er im November 1907 noch einmal auf die englisch-russischen Abmachungen zurückkam, schloß er: „Ich glaube, die Rolle des ruhigen Beobachters ist derjenigen des Propheten vorzuziehen . . . ich denke, wir sind alle der Ansicht, die beste Politik bleibt: auf dem Posten zu sein, wachsam zu sein und furchtlos." In derselben Verbindung erwähnte der Kanzler als ein Zeichen der Besserung der Beziehungen die freundliche Aufnahme, welche das Deutsche Kaiserpaar bei seinem Besuche in London gefunden habe, vorher den Besuch des Königs von England in Wilhelmshöhe am 14. August und die Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem russischen Zaren zu Swinemünde am 6. August. Die Meinung Bülows war also, daß die beiden Monarchen der neuen Entente dem Deutschen Kaiser beruhigende Versicherungen über die englisch-russische Politik gegeben hätten.

Wollte man das alles auch ohne weiteres hinnehmen und annehmen, so konnte dadurch die ganz außerordentliche Bedeutung der Tatsache gerade für das Deutsche Reich nicht beeinträchtigt werden. In früheren Abschnitten ist gezeigt worden, wie Fürst Hohenlohe und sein Nachfolger mit aller denkbaren Vorsicht und Emsigkeit bemüht waren, die unter Caprivi erfolgte Entfremdung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wieder zu beseitigen. Die Entfremdung war eingetreten durch die schroffe Wendung des Kurses unter Caprivi nach England zu und von Rußland ab; bezeichnet durch den Anfangsakt: die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages. Die deutsche und die russische Politik fanden sich dann in Ostasien wieder zusammen und arbeiteten nach Ende des Japanisch-Chinesischen Krieges oft in bald ausgesprochenem, bald unausgesprochenem Gegensatze zur britischen Politik. Diese hoffte freilich damals und noch Jahre nachher, Deutschland gerade für die ostasiatische Politik zu sich herüberziehen zu können, nicht zum wenigsten,

um Deutschland gegen Rußland mobil zu halten und einen deutsch-russischen Gegensatz herzustellen. Fürst Bülow trieb beiden gegenüber die Politik der freien Hand, mit der Einschränkung: jeden Gegensatz zu Rußland unbedingt zu vermeiden. Die Entscheidungsstunde kam, als es sich um die Deutung des deutsch-englischen Yangtsevertrages hinsichtlich der Mandschurei handelte. Von da an prägte sich der deutsch-englische Gegensatz immer schärfer und immer feindseliger aus. Wir haben seine Entwickelung verfolgt. Im Russisch-Japanischen Kriege verzichtete das Deutsche Reich auf jede Ausnutzung der russischen Niederlagen und hielt sich in einer Neutralität, deren Loyalität und Wohlwollen niemals übertroffen worden ist. Auf alle Sorgen wegen des deutsch-englischen Gegensatzes pflegte man sich in Deutschland zu sagen: dafür sei das Verhältnis mit dem großen Landnachbarn Rußland ein gutes. Von Rußlands Seite könne Deutschland gerade Großbritannien gegenüber eines festen und loyalen Rückhaltes gewiß sein. Der ostasiatische Krieg kam, Rußland verlor seine Flotte, erlitt eine ununterbrochene Reihe von Niederlagen, wurde durch innere Unruhen geschwächt und mußte auf Expansionspolitik nicht nur in Ostasien, sondern überall vorläufig verzichten. Diesen Augenblick benutzten Großbritannien ebenso wie Rußland, um sich zu vergleichen und die Streitaxt zu begraben. Mochte von nun an das deutsch-russische Verhältnis auch in Zukunft ein gutes bleiben, so lag doch der große Verlust und die Beeinträchtigung der deutschen Bewegungsfreiheit auf der Hand. Die Aussicht bestand nicht mehr, welche früher eine Tatsache gewesen war: daß Rußland neben dem Deutschen Reiche mit der Front gegen Großbritannien stehen könnte. Mit je mehr Kombinationen von Mächten und deren Zielen ein Staatsmann arbeiten kann, desto zahlreichere Wege und Möglichkeiten sieht er vor sich; beinahe immer. Je größer die politischen Vereinigungen von Mächten zu Gruppen werden, desto mehr vermindert sich die Zahl der möglichen Kombinationen, und daraus ergibt sich als letzte Konsequenz und zugleich als Extrem für die eine Seite die günstigste Kombination, für die andere die ungünstigste, nämlich: alle gegen einen bzw. einer gegen alle. So verhielt es sich in diesem Falle freilich nicht, aber die Einbuße war unbestreitbar.

Versucht man nun zu fragen, was die deutsche Politik hätte tun können, um diese Entwicklung der Dinge zu vermeiden, so ist eine schlüssige Antwort naturgemäß unmöglich. Wir wollen nur einige wenige Gesichtspunkte hervorheben. Die Auslegung des Mandschureivertrages und die schon ein halbes Jahrzehnt vorher erfolgreich aufgenommene Arbeit, um wieder Fühlung mit Rußland zu gewinnen, wurde in Deutschland mit allgemeinem Beifall begrüßt, ebenso die Stellungnahme des Deutschen

Reiches zum Russisch-Japanischen Kriege. Während dieses Krieges wurde verschiedentlich in Deutschland befürwortet, man möge die Gelegenheit benutzen, um Rußland dem Deutschen Reiche fest zu verpflichten und womöglich den Zweibund zu sprengen. Der Gedanke hatte manches Verlockende, aber man wird sich heute bei kühler Überlegung doch sagen müssen, daß Rußland auf einen solchen Vorschlag aus dem einfachen Grunde nicht eingegangen wäre, weil seine Lage es nicht dazu zwang, darauf einzugehen. Die einzige Ausnutzung der Lage durch das Deutsche Reich wäre ein Krieg gegen Frankreich gewesen, der, ganz abgesehen vom etwaigen Anlasse, ein Angriffskrieg gewesen sein würde; diese Frage ist schon erörtert worden. Dazu kam der Gesichtspunkt: Österreich! —

Wäre Rußland gegen Japan siegreich gewesen, so würde der englisch-russische Gegensatz nicht nur geblieben, sondern verstärkt worden sein, und die politische Entwickelung, auch in Europa, würde eine völlig andere Wendung genommen haben. Daß aber Rußland derart besiegt werden würde, konnte niemand voraussehen. Nach dem Eintritte der russischen Niederlage, und von dem Augenblicke an, wo der Ausgang des Krieges im großen und ganzen nicht mehr zweifelhaft sein konnte, wurde, wie wir sahen, auch die englische Politik Rußland gegenüber eine andere. Fragt man nun weiter im Hinblick auf das englisch-russische Endergebnis: warum denn nicht Deutschland an Stelle Großbritanniens zu einem Abschluß mit Rußland hätte gelangen können, so wird die Antwort lauten müssen: Großbritannien konnte Rußland etwas bieten und geben, es konnte sogar sehr viel geben, was Rußland gerade in seiner damaligen Lage nötiger brauchte denn je. Und das Deutsche Reich, — was hatte das Deutsche Reich zu geben?

Als einzige Möglichkeit nach dieser Seite hin konnte der Nahe Osten in Betracht kommen. Auch dort lagen die Verhältnisse aber so, daß das Deutsche Reich allein nichts vergeben konnte, es sei denn auf Kosten des verbündeten Österreich-Ungarns oder des befreundeten Türkischen Reiches. Die erstgenannte Eventualität entzog sich ohne weiteres jeder Erörterung, die zweite hätte eine Aufrollung der orientalischen Frage bis auf das letzte ergeben, wäre der ganzen bisherigen Orientpolitik des Deutschen Reiches zuwidergelaufen und hätte in Verwickelungen hineingeführt, deren Verlauf auch nicht entfernt absehbar war. Ebensowenig aber hätte man vorher gewußt, ob ein derartiges Unternehmen nicht schließlich zum Gegenteil einer deutsch-russischen Freundschaft führen werde. In früheren Jahrzehnten hatte die deutsche Politik die Möglichkeit gehabt, der russischen Expansionslust lockende Ziele zu zeigen. 1887 hatte Bismarck ein Gespräch mit dem britischen Botschafter

zu Berlin, Sir E. Malet. Der Kanzler wollte auf den Botschafter einwirken, um zu erreichen, daß die britische Regierung an Italien gegen Frankreich den status quo im Mittelländischen Meere garantiere, also jene „Ergänzung zur See“ des Dreibundes übernähme, von der verschiedentlich die Rede war. Der Kanzler sagte in diesem Gespräche: wenn Britannien sich durchaus nicht auf europäische Verpflichtungen einlassen wolle, so könne das Deutsche Reich seine Politik auch leicht anders orientieren, „und ich könnte jedes Bedenken von seiten Rußlands beseitigen, wenn ich unser Bündnis mit Österreich nur auf die buchstäblichen Verpflichtungen reduzierte: die Integrität österreichischen Gebietes zu garantieren, und darin einwilligen würde, daß Rußland den Bosporus und die Dardanellen besetzte.“ Die Andeutung wirkte in der gewünschten Weise. Um 1906 waren jene Zeiten längst geschwunden. Selbst wenn aber alle Vorbedingungen vorhanden gewesen wären, selbst wenn das Deutsche Reich über österreichische Wünsche und Ziele und über die Existenz des Türkischen Reiches hinwegzugehen sich entschlossen hätte, um durch ein großes Mittel im Vereine mit Rußland das politische Antlitz Europas völlig zu verändern, so hätte diese Rechnung den Grundfehler gehabt, daß nicht ein geschwächtes, innen und außen ruhebedürftiges Rußland, sondern ein starkes und unternehmungslustiges daran denken konnte, sich an eine solche Aufgabe heranzuwagen. Genau ebenso hätte es mit einem etwaigen deutschen Anerbieten gestanden, Rußland den Rücken zu decken für den Fall, daß es von Mittelasien aus gegen Indien vorzudringen wünschte. Auch zur See war irgendein praktisch brauchbares Do—ut—des gerade damals nicht herzustellen. Im fernen Osten konnte Deutschland den Russen nicht helfen, ebensowenig, wie sie dem Deutschen Reiche etwas zu geben vermochten. Die Welt theoretischer Möglichkeiten ist bekanntlich unbegrenzt, und es wäre Zeit- und Raumverschwendung, in ihr Gebiet hineinsteigen zu wollen. Vom Boden der damals allgemeinen Lage aus aber urteilend, finden wir tatsächlich nur eine einzige praktische Möglichkeit für die deutsche Politik, das Trio: Großbritannien-Frankreich-Rußland unmöglich zu machen. Dieser Weg war der seinerzeit von Joseph Chamberlain gewiesene: Abkehr von Rußland, Anschluß an Großbritannien, im Vereine mit Japan und eventuell den Vereinigten Staaten. Einige Jahre vorher konnte die deutsche Politik noch wählen, beide Wege standen ihr offen. Warum Bülow den Weg zur englischen Verbindung nicht wählte, sondern den anderen, ist vorher erörtert worden. Was richtig gewesen ist, kann einwandfrei nur eine spätere Zukunft erweisen. Darüber aber wird man sich nicht unklar sein dürfen: eine starke Flotte zu schaffen, eine Flotte, wie der Kaiser sie für nötig hielt, wie seine Regierung sie gesetzlich festge-

legt hatte, eine Flotte, wie sie dem deutschen Volke zu einer Sache des Herzens nicht nur, sondern auch des Verstandes geworden war, — die hätte das Deutsche Reich als verbündeter Freund Großbritanniens nicht schaffen können, weil es eben um der Freundschaft willen nicht gedurft hätte. Das Verhältnis wäre vielmehr geworden und geblieben, wie während der deutsch-englischen Freundschaftsperiode zu Anfang der neunziger Jahre die Midshipmen der englischen Flotte den deutschen Seekadetten sagten: „Wir haben die Flotte, ihr habt die Armee!", also das alte Ergänzungsprinzip. Daß dieses für das Deutsche Reich des zwanzigsten Jahrhunderts von vornherein Unmöglichkeit bedeuten mußte, braucht nicht mehr bewiesen zu werden.

Die Tatsache des englisch-russischen Abkommens war eine Folge jener Entscheidung der Bülowschen Politik, sie erwuchs konsequent aus ihr in dem Augenblicke, wo die japanischen Waffen sich endgültig siegreich gezeigt hatten. Da jene Bülowsche Politik in niemandes Augen, der einen damaligen Anschluß Deutschlands an England für unrichtig hielt, getadelt werden kann, so war auch die Kritik meist unzutreffend, welche ob der englisch-russischen Einigung an der Politik des deutschen Reichskanzlers geübt wurde. Ob und wie ein anderer Staatsmann der Lage besser Herr hätte werden können, wäre eine müßige Erörterung.

Das Ententenjahr.

Im Frühling des Jahres 1907, also zu einer Zeit, wo die englisch-russische Annäherung zwar feststehende Tatsache, das Abkommen jedoch noch nicht geschlossen worden war, unternahm der unermüdlich tätige König Eduard von Großbritannien eine Reise in das Mittelländische Meer und kam am 8. April, dem Jahrestage des englisch-französischen Marokkoabkommens, mit dem König Alfons von Spanien zu Cartagena zusammen. Der nächste Zweck des Königs schien zu sein, Einvernehmen zwischen der spanischen und der französischen Marokkopolitik herzustellen, denn die — später zu erwähnende — Marokkoaktion Frankreichs in Casablanca und Umgebung hatte Spaniens Mißtrauen erregt. Wenige Tage darauf traf König Eduard zu Gaeta mit König Victor Emanuel von Italien zusammen. Schon im Mai, also ganz kurz nach der Zusammenkunft von Cartagena, wurde ein englisch-spanisch-französisches Abkommen veröffentlicht in Gestalt identischer Noten, welche Spanien mit Frankreich und Großbritannien austauschte. Der Inhalt war kurz, daß die drei Mächte sich zur Aufrechterhaltung des territorialen Status quo und der Rechte jeder von ihnen im Mittelländischen Meere und in dem die Küsten und Inseln Europas und Afrikas bespülenden Teile des At-

lantischen Ozeans verpflichteten. Sollten neue Umstände eintreten, die geeignet wären, eine Änderung des Status quo nötig zu machen, so wollten die drei Regierungen miteinander in Verbindung treten und sich erforderlichenfalls über die gemeinsam zu ergreifenden Maßnahmen einigen.

Der Anstoß zu diesem Abkommen ist wohl von Großbritannien ausgegangen. Die britische Regierung verfolgte anscheinend den Zweck, Spanien fest an sich zu ketten und sich damit Frankreich gegenüber in gewissem Sinne eine Rückversicherung zu schaffen. Großbritannien erhielt eben damals von Spanien den Auftrag, die Grundlagen für eine neue spanische Flotte zu schaffen. Eine Anleihe in England wurde aufgenommen, und die britische Flotte erhielt die wichtige und bedeutsame Erlaubnis, die spanischen Häfen- und Küstengewässer im Frieden und im Kriege zu benutzen und wie die englischen zu betrachten. Daraus ergab sich, daß im Falle eines deutsch-englischen Krieges deutsche Handelsschiffe im Ostatlantischen Ozean vom Ärmelkanal bis zum Kap der guten Hoffnung keinen einzigen neutralen Hafen mehr finden würden.

In Deutschland empfand man an jenem sogenannten Mittelmeerabkommen die Beteiligung Spaniens als einen Mißerfolg und als eine neue Einbuße der europäischen Position des Deutschen Reiches. Diese Auffassung traf nicht zu, denn Spanien war, wie sein — damals der Öffentlichkeit unbekanntes — Geheimabkommen über Marokko mit Frankreich vom Jahre 1904 und der ebenfalls geheime Notenwechsel mit England später zeigte, seit drei Jahren fest mit den beiden Mächten der Entente Cordiale verbunden, auch davor schon seit Jahr und Tag dem Deutschen Reiche völlig entfremdet. Der Verlust war also nicht neu und seinerzeit erfolgt, weil Frankreich und England Spanien etwas zu geben hatten, das Deutsche Reich nicht.

Das Zusammentreffen König Eduards mit dem König von Italien zu Gaeta bildete einen Beweis, wie sehr Großbritannien daran gelegen war, mit Italien in enger Fühlung zu bleiben, dabei häufig und nachdrücklich zu zeigen, wie hoch man die italienische Freundschaft einschätzte. Ein geheimes Abkommen, wie man damals vielfach in Deutschland meinte, ist aber wohl nicht zwischen den beiden Mächten geschlossen worden, es bedurfte ja auch nicht eines solchen. Immerhin bildete gerade im Zusammenhange mit der englisch-russischen Annäherung und dem neuen Mittelmeerabkommen die englisch-französisch-italienische Freundschaft, wie sie durch ihre jedesmalige Bekundung zu demonstrativem Ausdrucke gelangte, ein ernstes Symptom. Über dieses Gefühl konnte auch die stillschweigende Erneuerung des Dreibundes im Juli 1907 nicht hinwegtäuschen und ebensowenig die Unterhaltungen italienischer

und österreichischer Staatsmänner über die Balkanfragen. Das Wort von der Einkreisung Deutschlands in Europa unter der Führerschaft Großbritanniens diente in Deutschland immer mehr zur Bezeichnung der Lage.

Die Bedeutung des Mittelmeerabkommens aber wurde ohne Zweifel damals in Deutschland überschätzt. Es hatte nicht den Sinn einer politischen oder gar militärischen Angriffsposition, konnte mithin in diesem Sinne nicht als ein Glied der Kette angesehen werden, mit welcher König Eduard das Deutsche Reich zu umschließen bestrebt war. Der Vater des Abkommens war, wie gesagt, König Eduard von England, und auf das lebhafteste unterstützt worden waren seine Bestrebungen von dem damaligen französischen Botschafter zu Madrid, Mr. Jules Cambon, demselben Staatsmanne, der seit Beginn des Jahres 1907 die französische Republik als Botschafter in Berlin vertritt.

König Eduard von England hatte für die Festigung der englisch-spanischen Beziehungen auch auf einem anderen Wege Sorge getragen, nämlich als er den König Alfons im Jahre 1906 mit der Prinzessin Ena von Battenberg verheiratete.

* * *

Während und nach der Marokkospannung waren verschiedene der kleinen europäischen Staaten in Erregung und Besorgnis versetzt worden. Wir haben gesehen, wie 1905 dänischerseits der Besuch des englischen Geschwaders in Esbjerg benutzt wurde, um die dänische Neutralität unter allen Umständen und Verhältnissen als die einzig mögliche Politik Dänemarks zu proklamieren, während starke Volksströmungen in Dänemark für einen im Kriege bedingungslosen Anschluß an England waren. Von englischer und französischer Seite, emsig und dauernd, geschah alles, um im dänischen Volke den Glauben zu bestärken, das Deutsche Reich beabsichtige, früher oder später bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Unabhängigkeit des Dänischen Reiches zu vernichten. Diese Befürchtungen vermehrten sich, als es keine russische Flotte im Baltischen Meere mehr gab. In Norwegen, das sich nach langem Drängen seiner ganzen Bevölkerung im Jahre 1905 von Schweden getrennt hatte und seitdem einen Staat für sich bildete, saß ein dänischer Prinz auf dem Throne, der mit einer englischen Prinzessin verheiratet war. Trotzdem Norwegen Neutralitätsverträge mit den Großmächten abgeschlossen hatte, blieb für Deutschland die Politik und Stimmung des dänisch-englisch beherrschten norwegischen Volkes als ein politisch deutschfeindlicher Faktor zu berücksichtigen. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß seit der Trennung Norwegens von Schweden Mißtrauen und Ab-

neigung gegen Deutschland dort fortgesetzt gestiegen sind. In jener Zeit, also um die Jahre 1906 und 1907 war die englische Presse damit beschäftigt, die Norweger mit Besorgnis zu erfüllen, daß das Deutsche Reich darauf ausginge, einen norwegischen Hafen als Stützpunkt für die Flotte „auszukundschaften", um ihn im Kriege sofort zu besetzen und zu benutzen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß die deutsche Politik an derartige Dinge nie gedacht hat, vernünftigerweise auch nicht denken konnte. Näher lag der Gedanke, daß in einem großen europäischen Kriege vielmehr Großbritannien sich eines norwegischen Hafens bemächtigte, um ihn als Stützpunkt für die Sperrung des nördlichen Nordseearmes und der Meerenge von Skagen zu benutzen, und ebenfalls, um von dort durch das Skagerrak und Kattegatt gegen die deutschen Küsten vorzustoßen. Die Delcasséschen Enthüllungen mußten diese Vermutung als sehr greifbar erscheinen lassen, um so mehr, weil — auch im Jahre 1907 — der derzeitige französische Ministerpräsident Mr. Clemenceau im Parlamente eine sehr auffallende Äußerung tat. Er wurde gefragt, ob Frankreich von Großbritannien einen gewährleisteten Beistand zu erwarten habe. Der Ministerpräsident antwortete: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht!" Diese sonderbare Antwort aus dem Munde des Ministerpräsidenten, der zu den wenigen gehörte, welche über diesen delikaten Punkt Positives wußten, mußte naturgemäß erhebliches Aufsehen erregen.

Starkes Mißtrauen gegen das Deutsche Reich hatten die französischen und englischen Bemühungen besonders auch in Holland und Belgien zustande gebracht. In den Niederlanden lief die Legende um, Kaiser Wilhelm habe während der Marokkospannung der Königin Wilhelmina geschrieben: wenn die Niederlande nicht sofort ihre Küstenverteidigung auf die Höhe und in Bereitschaft brächten, so würde er sich bei Ausbruch eines Krieges genötigt sehen, das niederländische Gebiet besetzen zu lassen. Diese Fabel erregte gewaltiges Aufsehen und hat ungefähr ein halbes Jahrzehnt lang in Europa ihr Wesen getrieben. Sie ist wiederholt Gegenstand von Interpellationen in der holländischen Kammer gewesen und jedesmal von den berufenen Vertretern der Regierung für völlig unwahr erklärt worden, wie es auch nicht anders sein konnte. Das Instandsetzen der Einrichtungen, die unter „Küstenverteidigung" verstanden werden, ist keine Sache, die sich in kurzer Zeit bewerkstelligen ließe, sie nimmt zum mindesten Monate in Anspruch und würde angesichts der niederländischen Verhältnisse Jahre gedauert haben, vorausgesetzt, daß das Parlament die nötigen Gelder bewilligte. Im Augenblicke einer Kriegsgefahr oder Kriegswahrscheinlichkeit ein solches Ansinnen der Königin der Niederlande zu stellen, wäre mithin nicht nur praktisch

ganz zwecklos, sondern wegen des beunruhigenden Eindruckes einer solchen Mahnung auch nachteilig und gefährlich gewesen. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß von jener Legende auch nur ein Bruchteil wahr sei. Daß die Niederlande sich aber Gedanken über ihre Lage in einem großen europäischen Kriege machten, zumal angesichts der Wahrscheinlichkeit englischer Truppenlandungen, des Einlaufens einer englischen Flotte in die Schelde und einer Benutzung niederländischer Inseln und Häfen als englische Flottenstützpunkte, — das war begreiflich genug. Diese Gedanken haben nach einer Reihe von Jahren die Niederlande bewogen, ihre Küstenverteidigung auszugestalten, auch die Scheldemündung zu befestigen. An eine „deutsche Gefahr" glaubte man damals schon lange nicht mehr. —

Ähnliche Sorgen wie in den Niederlanden hegte man in Belgien. Hier war es den englischen und französischen Bemühungen gelungen, tiefes Mißtrauen gegen Deutschland zu erzeugen. Die deutschen Truppen würden, so stand in fortwährender Wiederholung in der französischen Presse zu lesen, sofort bei Beginn der Feindseligkeiten die belgische Grenze überschreiten und die belgische Neutralität mit Füßen treten, um auf diese Weise Frankreich in die Flanke zu fallen.

Es scheint, als ob die Leiter der deutschen Politik damals auf Mittel gesonnen haben, dieses ungerechtfertigte Mißtrauen der kleinen Staaten, soweit angängig war, zu beschwichtigen. Ohne entscheiden zu wollen, ob dieser Grund allein oder nur neben anderen maßgebend war, muß in diesem Zusammenhange ein Vertrag genannt werden, der am 11. Januar 1907 zwischen dem Deutschen Reiche und Dänemark — vertreten durch Preußen auf Antrag des Reiches — geschlossen wurde. Das war der sogenannte Optantenvertrag, der den „im preußischen Staatsgebiete" — tatsächlich in Nordschleswig allein — wohnhaften staatenlosen Optantenkindern auf ihren Antrag die preußische Staatsangehörigkeit verlieh, und zwar nicht nur den Nachkommen ersten Grades, sondern auch deren Nachkommen.

Im Frieden 1864 wurde den Bewohnern der von Dänemark an Preußen und Österreich-Ungarn abgetretenen Gebiete gestattet, unter gewissen Umständen für Dänemark zu optieren und infolgedessen dänische Staatsbürger zu bleiben. Da nun die Staatsangehörigkeitsgesetze und -bestimmungen in Dänemark und Preußen verschieden waren, so ergab sich, daß die Kinder jener Optanten weder von Dänemark noch von Preußen als Staatsbürger anerkannt wurden. Die Optantenkinder konnten durch den Vertrag von 1907 nunmehr das preußische Staatsbürgerrecht erlangen, und es zeigte sich in späteren Jahren, daß der preußische Staat um Tausende von Wählerstimmen zugenommen hatte, Wählerstimmen

aber, die ausschließlich der „dänischen" Partei zugute kamen. Ein bekannter nordschleswigscher Politiker und Führer der sogenannten dänischen Partei, H. P. Hansen, hat viel dazu getan, um unter der Maske der Versöhnlichkeit die preußische Regierung zu dem Optantenvertrage zu bewegen. Wenn dieser Wunsch der Nordschleswiger und ihrer Brüder im Dänischen Reiche erfüllt wäre, so hieß es, dann würde die dänische und antideutsche Agitation in Nordschleswig von selber aufhören. Außerdem enthielt der Optantenvertrag eine Wendung, welche die Anerkennung der Grenzen zwischen Preußen und Dänemark durch die dänische Regierung einschloß: eine Anerkennung, die bisher in solcher Form noch nicht gegeben worden war. Die reichsdänische Bevölkerung und die dänisch gesinnten Nordschleswiger standen auf dem Boden jenes nicht nur durch die Tatsachen längst überholten Artikels des Prager Friedens, welcher besagte: der Kaiser von Österreich überträgt auf den König von Preußen alle seine im Wiener Frieden erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, daß die nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn deren Bevölkerung durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben sollte, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollten. — De facto stand freilich schon seit Jahrzehnten fest, daß jene, wie es heißt, Napoleon III. als intellektuellen Urheber zuzuschreibenden Bestimmungen des Artikels 5 niemals tatsächliche Folge erhalten würden. Die dänische Regierung hat niemals an etwas anderes gedacht. Immerhin erkannte sie, wie gesagt, in der Einleitung des Vertrages von 1907 zum erstenmal ausdrücklich die dänisch-preußische Grenze nicht nur als vorhanden, sondern als rechtsgültig an. Im übrigen war Artikel 5 des Prager Friedens durch einen Vertrag zwischen Preußen und Österreich vom 11. Oktober 1878 ausdrücklich außer Gültigkeit gesetzt worden.

Wie 1907 halbamtlich erklärt wurde, beseitigte der Optantenvertrag einen wunden Punkt der deutsch-dänischen Beziehungen, und man hoffte, daß die in den Grenzgebieten bestehenden Spannungen nunmehr überhaupt behoben wären, glaubte auch, daß die deutschfeindliche Agitation in Nordschleswig keinen Rückhalt mehr im Königreiche Dänemark hätte. Daß diese Erwartungen getäuscht worden sind, kann schon hier bemerkt werden. Die seit dem Optantenvertrage verflossenen Jahre haben gezeigt, daß das Dänentum in Nordschleswig von Jahr zu Jahr stärker und zuversichtlicher wurde und aus der Verteidigung schon längst zum Angriffe übergegangen ist. Der Rückhalt dieser Irredenta jenseits der dänischen Grenze und ebenfalls die Zuversicht dort sind gleichermaßen gestiegen. Der eigentliche Hauptzweck, eine freundlichere Atmosphäre durch dieses bedeutende Zugeständnis an Dänemark

zwischen Dänen und Deutschen zu schaffen, besonders auch der deutschfeindlichen Agitation in Nordschleswig Boden und Wirkungsbereich zu entziehen, ist mißlungen. Ebensowenig hat das Mißtrauen gegen das Deutsche Reich abgenommen. Nach wie vor glaubt man, es werde jede Gelegenheit wahrnehmen, um dem Dänischen Reiche zum allermindesten seine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit zu rauben.

* * *

Vorwegnehmen wollen wir hier zwei weitere Abkommen, welche im Laufe des Jahres 1907 vorbereitet, aber erst am 23. April 1908 abgeschlossen wurden:

Das Nordseeabkommen wurde zwischen dem Deutschen Reiche, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden geschlossen. Unter Versicherungen guter Nachbarschaft und Freundschaft erklärten diese Unterzeichnungsmächte, daß sie fest entschlossen seien, wechselseitig die souveränen Rechte intakt zu halten und zu respektieren, welche jede von ihnen über ihre bezüglichen Gebiete in jenen Gegenden, also an den Küsten und auf den Inseln, besäße. Für den Fall der Bedrohung des Status quo nach Ansicht einer der Unterzeichnungsmächte durch irgendwelche Ereignisse wollen die Unterzeichnungsmächte miteinander in Verbindung treten, um in gemeinsamer Übereinstimmung Maßregeln für die Erhaltung des Status quo zu treffen. — In einem Anhange präzisieren sich die Mächte dahin: Der Grundsatz der Erhaltung des status quo bezieht sich lediglich auf die zurzeit vorhandenen Gebietsteile der Vertragsmächte, welche an die Nordsee grenzen, und daß diese Deklaration nicht angerufen werden kann, wenn eine der Vertragsmächte vermöge ihrer Souveränität frei über ihre Besitzungen verfügt.

Die Anregung zu dieser Konvention ging vom Deutschen Reiche aus. Sie wurde zu Berlin unterzeichnet. Ihr Zweck war klar: die Garantie des Status quo der Küstengebiete an der Nordsee sollte besonders die Niederlande und Dänemark von ihrem Mißtrauen gegen das Deutsche Reich abbringen, ihnen gegenüber einen Akt freiwilligen Wohlwollens und Entgegenkommens darstellen. Es war auffallend, daß Frankreich an diesem Vertrage als Unterzeichnungsmacht teilnahm, da es doch keine eigentliche Nordseeküste besitzt. Es hieß, das Deutsche Reich habe keinen Wert auf eine Beteiligung Frankreichs gelegt, jedoch die britische Regierung hätte erklärt, sie wollte nur unter der Bedingung den Vertrag mit unterzeichnen, daß auch Frankreich hinzugezogen würde. Trifft diese Version zu, so würde sie ein Beweis dafür sein, wie hohen Wert der deutsche Reichskanzler auf das Zustandekommen des Abkommens legte.

Wer einen solchen Wert in dem Abkommen sucht, wird ihn tatsächlich nur auf dem subjektiven Gebiete damaliger Hoffnung finden können, die Niederlande und Dänemark von der Loyalität des Deutschen Reiches zu überzeugen. In einem großen europäischen Kriege, wenn es um Sein oder Nichtsein der Großmächte geht, wird dieser Vertrag ebensowenig wie irgendein anderer die Neutralität und den Besitzstand schützen. Das kann nur deren eigene Wehrhaftigkeit fertig bringen. Deshalb ist es auch stets der Standpunkt des Deutschen Reiches, ebenso auch der öffentlichen Meinung in Deutschland gewesen, daß die kleinen Mächte wie Dänemark, die Niederlande usw. wirkliche Sicherheit nur aus der eigenen Verteidigungskraft gewinnen können.

Das am selben Datum wie das Nordseeabkommen abgeschlossene Ostseeabkommen ist in St. Petersburg unterzeichnet worden, und zwar von den Vertretern der Mächte: Rußland, Deutsches Reich, Dänemark und Schweden. Es ist dem Nordseeabkommen beinahe gleichlautend, der Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß das Ostseeabkommen ausdrücklich neben den Küsten auch die Inseln einschließt. Während deutscherseits der Zweck war, dänisches Mißtrauen zu beseitigen, so hatte Rußland ein gewisses Interesse daran, die schwedischen Besorgnisse zu beschwichtigen: die russischen Expansionsbestrebungen begönnen sich nach der skandinavischen Halbinsel zu richten. In Schweden wurde das Abkommen mit Genugtuung aufgenommen, und man erblickte in ihm nicht zum wenigsten ein Verdienst des befreundeten Deutschen Reiches. In Dänemark gewann dagegen schon, als im Frühjahr 1907 von der Vorbereitung eines solchen Abkommens gemunkelt wurde, wieder die Auffassung Boden, daß das Deutsche Reich die Ostsee abschließen, aus ihr ein Mare clausum machen wolle. Die englische Presse veranstaltete eine förmliche Agitation, um diese Auffassung in der Welt zu verbreiten, man konnte überhaupt feststellen, daß der Ostseevertrag in Großbritannien ohne Freude gesehen wurde. Angesichts der britischen Ansprüche auf Beherrschung aller Meere hat Großbritannien stets jede Abmachung als gegen die britischen Interessen gerichtet angesehen, welche ein Gewässer betraf und nicht von einem britischen Staatsmann mit unterzeichnet war. Insofern hätte das Ostseeabkommen theoretisch also eine politische Bedeutung. Praktisch könnte diese freilich erst werden, wenn die unterzeichneten Uferstaaten alle überhaupt in enger politischer Freundschaft miteinander lebten oder ein ihnen allen gemeinsames greifbares politisches Ziel anstrebten. Ein Mare clausum konnte freilich niemals der Zweck eines solchen Zusammenschlusses sein. Die Gründe dafür sind an anderer Stelle dargelegt worden.

* * *

Auch außerhalb Europas charakterisiert sich die Weltlage während des Jahres 1907 durch eine Reihe von internationalen Verträgen.

Während man in der ersten Zeit nach dem Frieden von Portsmouth noch an die Aussicht, ja auch an die Wahrscheinlichkeit eines russischen Rachekrieges gegen Japan geglaubt hatte, wurde diese Möglichkeit durch zwei russisch-japanische Verträge außerordentlich vermindert, wenn nicht bereits aus der Welt geschafft. Die großbritannische Politik war seit dem Frieden von Portsmouth eifrig tätig gewesen, um die beiden früheren Gegner einander zu nähern und einen Zustand relativ gesicherter Ruhe in Ostasien zu schaffen. Die britischen Staatsmänner konnten damals weniger als je Unruhe im fernen Osten brauchen, denn im nahen Osten bereitete sich Unruhe vor.

Am 10. Juni 1907 unterzeichneten die französische Republik und Japan ein Abkommen. Dieses enthielt neben dem Vorbehalte, in Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrages einzutreten, die folgende Vereinbarung: Die beiden Mächte stimmen überein in der Achtung der Unabhängigkeit und Integrität Chinas, im Grundsatze der Gleichheit und Freiheit des Handels dort für die Staatsangehörigen aller Nationen. Sie verpflichten sich zu gegenseitiger Unterstützung, zur Aufrechterhaltung dieses Zustandes, zumal in denjenigen Gebieten, welche ihren eigenen Hoheitsgebieten benachbart sind. Insbesondere sichern sich die beiden Mächte gegenseitig die Behandlung als meistbegünstigte Nation den japanischen Untertanen in Französisch-Indochina und den Untertanen und Schutzbefohlenen von Französisch-Indochina in Japan und in japanischen Hoheitsgebieten zu.

Dieses Abkommen hatte seine Vorgeschichte. Während des Russisch-Japanischen Krieges noch war durch Indiskretion eine geheime japanische Denkschrift in die Öffentlichkeit gelangt, die den früheren Gouverneur von Formosa, General Kodama, zum Verfasser hatte. In dieser Denkschrift wurde der Plan einer Eroberung und Okkupation von Französisch-Indochina bis in die kleinsten Einzelheiten hinein erörtert. Insbesondere legte der General dar, daß die französische Kolonie sehr leicht zu erobern sei, und es Frankreich ganz unmöglich sein würde, durch Entsendung von Kriegsschiffen und Truppen nach Ostasien den japanischen Geschwadern und Truppen rechtzeitig und wirksam entgegenzutreten. In Frankreich war der Eindruck dieser unwidersprechbaren Darlegungen ein ganz außerordentlicher. Die französische Politik nahm ein um so erheblicheres Interesse daran, daß Japan keine Kriegsentschädigung erhielte und nach dem Siege über Rußland etwaigen ferneren Eroberungswünschen nicht Folge geben könne. Auch in diesem Falle ist anzunehmen, daß die britische Politik stark auf Japan eingewirkt hat, zumal in Japan während

des Krieges zeitweise Verstimmung gegen Frankreich bestand wegen verschiedener Auffassung des Asylrechtes, welches den russischen Kriegsschiffen vom neutralen Frankreich in seinen Kolonialhäfen zu geben sei. Das Abkommen des Sommers 1907 diente also sehr wesentlich zur Beruhigung Frankreichs. Der französische Minister des Äußeren, Pichon, charakterisierte es in der Deputiertenkammer dahin: „Japan widerlegt auf diese Weise ein für allemal diejenigen, welche es beschuldigt haben, ehrgeizige Eroberungspläne zu hegen, und es bekräftigt seinen Willen, den Status quo zu achten."

Über den tatsächlichen Wert auch dieses Abkommens ist gestritten worden, und mit Recht. Eine neue politische Lage schuf das Abkommen nicht. Der Schein einer solchen war damals aber nicht ohne Stimmungswert.

Die Folgen des Provisoriums von Algeciras.

Während so die Atmosphäre des Jahres 1907 ein internationales Abkommen nach dem anderen hervorbrachte, begann der große internationale Vertrag, um den sich die Politik aller europäischen Großmächte gedreht hatte, bereits die Unwahrheit und Hohlheit seines Wesens zu zeigen: der Vertrag von Algeciras.

Mitte März 1907 beschloß der Ministerrat der französischen Republik, die marokkanische Stadt Udschda, nicht weit von der algerischen Grenze gelegen, zu besetzen, als vorläufige Sühneaktion für die Ermordung eines Franzosen in Marrakesch. Nach Erklärung des Ministers Pichon sollte die Besetzung keine dauernde, sondern vorübergehend sein; man wolle die Stadt räumen, sobald die marokkanische Regierung entsprechende Genugtuung und Sühne gegeben habe.

In der Deputiertenkammer erklärte der Minister, Frankreichs besondere Stellung in Marokko sei mißachtet worden. Er verlas eine Liste von Beschwerden gegen Marokko, wo entweder französische Staatsangehörige gefangen, getötet oder beraubt worden waren, während die marokkanische Regierung die marokkanisch-französischen Abkommen von 1901 und 1902 nicht geachtet habe. Frankreich müsse außerdem sofort die Polizei organisieren. Der Minister sagte: „Unsere Politik ist frei von jedem Gedanken an Eroberungen oder Eingriffen in fremdes Gebiet." Er sagte das, obgleich er und die Politik der französischen Republik auf dem Boden der geheimen französisch-englisch-spanischen Abmachungen standen. Er sagte also ebenso wie sein Vorgänger die Unwahrheit.

Der deutschen Regierung wurde die Absicht Frankreichs, Udschda zu besetzen, mitgeteilt, und sie gab ihre Zustimmung.

Wenige Monate nachher, Anfang August, wurden in der Hafenstadt Casablanca fünf französische und drei italienische Hafenarbeiter, die alle im Dienste einer französischen Firma standen, ermordet. Ein französischer Kreuzer erschien vor Casablanca, man versuchte zunächst zu landen, die Landung fand Widerstand, und daraufhin bombardierte der Kreuzer die Stadt und legte sie zum großen Teil in Trümmer. Ein spanisches Kanonenboot beteiligte sich. Nach der Beschießung wurden zunächst 6000 Franzosen gelandet nebst geringen spanischen Truppen. Die französische Regierungspresse schrieb zu diesem Vorgehen, daß es dem Geiste und dem Buchstaben der Algecirasakte entspräche und eine Pflicht europäischer Solidarität sei. Die beiden von Europa mit dem Polizeimandate ausgerüsteten Mächte Frankreich und Spanien seien verpflichtet, energisch in Marokko einzuschreiten, wo sich Fremdenfeindlichkeit zeige. Die Besetzung von Casablanca und Umgegend solle nur eine zeitweilige sein. Die deutsche Regierung erklärte sich auch mit diesem Vorgehen einverstanden. Im November 1907 erklärte Fürst Bülow, daß die Ereignisse in Casablanca vielleicht nicht eingetreten wären, wenn die in der Algecirasakte vorgesehene Polizeitruppe vorher bereits in Arbeit gewesen wäre. „Wie die Verhältnisse lagen, blieb der französischen Regierung wohl nichts anderes übrig, als zur Selbsthilfe zu schreiten." Fürst Bülow erklärte weiter, man habe deutscherseits dieser Aktion keine Hindernisse in den Weg gelegt, das sei eben so selbstverständlich wie die Tatsache, daß die Verantwortlichkeit für sie lediglich den beiden beteiligten Mächten Frankreich und Spanien zufalle; die Aktion gehöre nicht in den Rahmen der Algecirasakte.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sprach sich ähnlich aus.

Damit nahm eine nicht endende Reihe von Zwischenfällen und von Aktionen in Marokko ihren Anfang. Es ist nicht Sache dieser Schrift, die Einzelheiten jener Entwickelung vorzuführen. Sie haben mit der deutschen Politik schließlich nur wenig mehr zu tun gehabt, denn deren Stellung war de facto festgelegt, teils freiwillig, teils durch den Vertrag von Algeciras.

In einem vorigen Abschnitte ist ausgeführt worden, daß die beiden Punkte, welche Deutschland der französischen Republik teils vor, teils bei Algeciras zugebilligt hatte, von vornherein für die spätere Entwickelung der Dinge entscheidend sein mußten: das Zugeständnis einer Sonderstellung an Frankreich als Nachbarmacht Marokkos durch Algerien; die Lösung der Polizeifrage, welche eine wirkliche Internationalität ausschloß und tatsächlich alles in Frankreichs Hände legte, mit Spanien im Schlepptau. Mit diesen beiden bald Gründen, bald Vorwänden konnte Frankreich annähernd alle Aktionen rechtfertigen, die es vorläufig in

Marokko brauchte. Dazu kam, daß durch die sehr lebhafte französische Tätigkeit in Marokko die marokkanischen Stämme und Stadteinwohnerschaften immer mehr gereizt wurden und sich zu Gewalttätigkeiten um so leichter hinreißen ließen, weil die Franzosen sich verhaßt machten. Daraus gingen dann wieder Akte französischer Selbsthilfe hervor, deren Berechtigung die deutsche Regierung anerkannte und sie als außerhalb der Algecirasakte stehend ansah. Die bekannten drei Hauptpunkte der Algecirasakte: Souveränität des Sultans, Integrität des Gebietes, Freiheit des Handels ohne jede Ungleichheit waren in der Tat schon 1907 von Frankreich zu den Akten gelegt worden. Das Provisorium der Algecirasakte hatte noch kürzer gewährt, als politische Pessimisten angenommen hatten.

Wie die Verhältnisse nun einmal durch die Algecirasakte geregelt waren — anderseits: wie sie nicht geregelt waren —, wäre es der Politik des Deutschen Reiches, selbst, wenn sie gewollt hätte, schwer gewesen, erfolgreich gegen das französische Vorgehen aufzutreten, zumal die französische Regierung unausgesetzt versicherte, sie dächte an keine Politik der Eroberung und Besitzergreifung. Dabei konnte wohl niemand bezweifeln, daß die französischen Truppen, die einmal in Marokko standen, das marokkanische Gebiet nicht wieder räumen würden. Ägypten, Tunis, Persien, Korea usw. bildeten nur die neuesten der unabsehbaren Reihe politisch-geschichtlicher Beispiele, die ewige gleiche Wiederholung der gleichen typischen Entwickelung. Im Jahre 1907 war der Stein schon völlig im Rollen. Angesichts der internationalen Gruppierungen wäre keinerlei Aussicht für Unterstützung deutscher Einwände durch andere Regierungen vorhanden gewesen. Die einzige Möglichkeit für das Deutsche Reich wäre gewesen, einen energischen Einspruch zu erheben, selbst auf die äußersten Konsequenzen hin, und diese gegebenenfalls in den Kauf zu nehmen. Das widersprach aber der Politik, die Fürst Bülow von Anfang an hinsichtlich Marokkos getrieben hatte. Ein zweiter Weg wäre denkbar gewesen, die Entsendung von Kreuzern vor Casablanca oder einen anderen Hafen, um damit die Frage von vorne aufzurollen. Wenn hierfür die Algecirasakte keine Handhaben bot und die deutsche Politik sich formal ins Unrecht gesetzt haben würde, so lieferte das nur einen neuen Beweis für die vom deutschen Standpunkte überaus ungünstige Fassung jener Akte.

Die Ausbreitung der französischen Truppen in Marokko vollzog sich, wie später vom Staatssekretär Kiderlen-Waechter gesagt wurde, nach der Art des Öltropfens auf einer Wasserfläche, der sich unmerklich und ungreifbar über eine immer größere Fläche legt. Die französischen Truppen drangen über Casablanca vor, eroberten das Schaujagebiet und

erweiterten dieses immer mehr. Zu Ende des Jahres 1907 standen schon weit über 10 000 französische Truppen in Marokko. Für die Kosten betrachtete Frankreich den marokkanischen Staat als ersatzpflichtig und in diesem Sinne die besetzten marokkanischen Gebiete als Hypothek. Man wußte in Frankreich selbstverständlich, daß Marokko niemals imstande sein würde, die Hypotheken wieder abzulösen, noch die Marokko gewährten Anleihen.

Noch im Jahre 1907 erhob sich gegen den Sultan Abdul Asis sein Bruder Mulai Hafid. Es gelang ihm im Sommer 1908, die Regierungstruppen zu besiegen, Abdul Asis aus seiner Hauptstadt Fes zu vertreiben und im überwiegenden Teile des Landes seine Anerkennung als Herr und Sultan zu erlangen. Die französische Politik scheint damals unentschlossen gewesen zu sein, ob sie mit Energie militärisch eingreifen sollte. Die französischen Truppen hätten wohl die Möglichkeit gehabt, Mulai Hafid mit seinen Truppen zu vernichten. Es geschah nicht, und so regte die deutsche Regierung die Anerkennung Mulai Hafids als Sultan an, nicht um seiner Person willen, sondern weil die Macht in seinen Händen lag, und seine Anerkennung als einzige Möglichkeit erschien, dem Lande die Ruhe wiederzugeben. In Deutschland und in Frankreich erblickte man in Mulai Hafid zunächst einen „deutschen Prätendenten" und stellte sich entsprechend mißtrauisch. Tatsächlich ist davon nie die Rede gewesen. Die amtliche deutsche Marokkopolitik zeigte sich auch diesmal konsequent. Frankreich erklärte sich schließlich zur Anerkennung Mulai Hafids bereit für den Fall, daß er sich auf den Boden der Algecirasakte stelle und die Verpflichtungen des Abdul Asis gegen Frankreich übernähme, für die Ausgaben zu haften, welche Frankreich durch seine Expeditionen nach und in Marokko gehabt habe. Die deutsche Regierung erkannte auch das an, und ihre Mahnung: möglichste Rücksicht auf die marokkanischen Finanzen zu nehmen, wurde naturgemäß von Frankreich ohne weiteres, aber ohne die Absicht, danach zu handeln, angenommen. Bald genug sollte sich zeigen, daß auch Mulai Hafid in dieselbe Abhängigkeit von Frankreich geriet wie sein Bruder. Das war vorauszusehen, denn anders ist es noch nie dem Herrscher eines halbwilden Landes gegangen, der mit einer großen Kriegs- und Geldmacht wie Frankreich in nähere Berührung gekommen war.

Im Herbst 1908 kam es zu einem deutsch-französischen Zwischenfalle in Casablanca. Deutsche, russische und ein österreichischer Deserteur hatten versucht, auf Dampfer, die im Hafen lagen, zu entkommen. Ein deutscher Konsulatsbeamter, ein Konsulatssoldat und noch ein Deutscher versuchten Hilfe zu leisten. Französische Soldaten und ein Offizier griffen ein, um die Flucht der Legionäre zu hindern. Dabei kam

es zu Tätlichkeiten, und der Fall erschien im ersten Augenblicke als nicht unbedeutend. In der öffentlichen Meinung beider Mächte entstand große Erregung, und Frankreich nahm einschließlich der Regierung die heroische Pose des zu Unrecht Bedrohten, aber zum Kampfe Bereiten an. Dabei lag der deutschen Regierung jede Absicht der Drohung wohl überaus fern. Nachdem vorläufige Untersuchungen ergeben hatten, daß der Konsulatsbeamte in der Begünstigung der Legionäre über die Grenzen seiner Befugnisse hinausgegangen war, anderseits französische Tätlichkeiten gegen den Konsulatsbeamten festgestellt worden waren, wurde die Sache dem Haager Schiedsgericht übertragen. Im Mai 1909 fällte der Schiedsgerichtshof eines seiner bekannten „salomonischen" Urteile, verweigerte aber die von der deutschen Seite verlangte Auslieferung der drei reichsdeutschen Deserteure. Der Fall von Casablanca war an und für sich unwichtig, wurde aber nicht sehr geschickt behandelt, und das Urteil des Schiedsgerichtes konnte wenig befriedigen. Die deutsche Regierung blieb ihrem Grundsatze getreu, in allen in und um Marokko entstehenden Reibungen jede Verwickelung zu vermeiden, auch um den Preis der Überwindung berechtigter nationaler Empfindlichkeit. Bemerkenswert war, daß Österreich-Ungarn gleich Gelegenheit nahm, die französische Stellung zu stärken. Baron Aehrenthal ließ durch seinen Botschafter in Paris erklären, man lege keinerlei Wert auf die Auslieferung desjenigen der Deserteure, welcher österreichischer Staatsangehörigkeit war. Daß das Frankreich verbündete Rußland seinerseits dasselbe tat, war begreiflich.

Die kampfliche Pose Frankreichs mag zum Teil echt gewesen sein, nämlich bei allen denen, die glaubten, Deutschland wolle den Krieg, ferner bei denen, welche der Ansicht waren, Deutschland wolle nur einschüchtern und würde vor einer festen Haltung zurückweichen. Diese Auffassung zu verbreiten, ließ insbesondere das Kabinett Clemenceau sich angelegen sein.

Die deutsche Regierung trug sich wohl schon damals mit der Absicht, die marokkanische Reibungsfläche nach Möglichkeit auszuschalten. Man war der Auffassung, daß dieses am sichersten geschähe, wenn die deutsche Politik noch einmal ausdrücklich ihr politisches Désinteressement an und in Marokko erkläre. Als Entgelt gewissermaßen hierfür dachte man sich eine um so intensivere wirtschaftliche Arbeit in Marokko mit Frankreich zusammen. Die bosnische Krise im Winter 1908/09 hat offenbar diese Motive verstärkt.

So kam am 9. Februar 1909 das folgende Sonderabkommen zwischen den beiden Mächten zustande: „Die Regierung der französischen Republik und die deutsche Reichsregierung haben, von dem gleichen Be-

streben bewogen, die Ausführung der Akte von Algeciras zu erleichtern, vereinbart, die Tragweite, die sie ihren Bestimmungen beilegen, näher zu bestimmen, in der Absicht, für die Zukunft jede Ursache eines Mißverständnisses zwischen ihnen zu vermeiden. Infolgedessen erklären die Regierung der französischen Republik in voller Hingabe an die Integrität und die Unabhängigkeit des Scherifischen Reiches und in dem Entschlusse, dort die wirtschaftliche Gleichheit zu erhalten und infolgedessen die kaufmännischen und industriellen Interessen Deutschlands dort nicht zu beeinträchtigen, und die deutsche Reichsregierung, da sie in Marokko nur wirtschaftliche Interessen verfolgt und anderweit anerkennt, daß die besonderen politischen Interessen Frankreichs dort auch mit der Festigung der Ordnung und des Friedens im Inneren verbunden sind und diese Interessen nicht zu beeinträchtigen entschlossen ist: daß sie keinerlei Maßregeln verfolgen oder fördern werden, die geeignet wären, zu ihren Gunsten oder zugunsten irgendeiner anderen Macht ein wirtschaftliches Vorzugsrecht zu schaffen, und daß sie trachten werden, ihre Staatsangehörigen in den Geschäften, deren Ausführung ihnen übertragen werden könnte, zu gemeinschaftlichem Vorgehen zu verbinden." — —

Das für Deutschland Positive in diesem Abkommen waren die Annahme der politischen Loyalität Frankreichs und der Glaube, daß die französische Regierung tatsächlich bereit sein würde, ein wirtschaftliches Zusammenwirken deutscher und französischer Privatunternehmer zu stützen und zu fördern. Schon die nächste Zukunft sollte zeigen, daß diese Annahmen und Hoffnungen nicht zutreffend waren. Gerade damals begann in der deutschen Bevölkerung das wirtschaftliche Interesse an Marokko lebhafter zu werden als je vorher. Zumal waren es die Unternehmungen und Pläne der Gebrüder Mannesmann in Marokko, welche die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Reichtümer und wirtschaftlichen Zukunftsaussichten einer bergbaulichen Erschließung des Landes lenkten. Auf die politische Haltung der deutschen Regierung zur marokkanischen Angelegenheit sind diese Interessen und ihre öffentliche Besprechung tatsächlich ohne Einfluß geblieben. Erst im Abkommen von 1911 kann man ihre Einwirkung nachweisen.

Vierter Abschnitt.

Der Balkan und Marokko als europäische Angelpunkte.

1908 – 1913.

Die bosnische Krisis.

Von dem ältesten Verbündeten des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarn, ist in Verbindung mit der deutschen Politik bisher nur wenig die Rede gewesen. Die Doppelmonarchie hatte während der geschilderten Jahrzehnte ihre staatlichen und nationalen Kräfte nahezu gänzlich auf dem Gebiete der inneren Politik verbraucht. Die Streitigkeiten der Nationalitäten erreichten besonders um das Ende der neunziger Jahre einen bedenklichen Höhepunkt, lähmten die Kraft des Staates und ließen es für die auswärtige Politik zu keinem einheitlichen und großen Ziele kommen, geschweige denn zu einem kräftigen, selbstbewußten Streben. Dazu kam eine dauernd wenig günstige Finanzlage. Nur mit großer Mühe wurde das Heer auf achtbarer Höhe erhalten, während die Flotte in den allerengsten Grenzen blieb, obgleich das Bedürfnis nach einer starken Marine vorhanden war. Streitigkeiten, Unlust und Mutlosigkeit gaben dem öffentlichen Leben das Gepräge.

Das Gebiet, wo die auswärtige Politik Österreich-Ungarns dauernd und notgedrungen sich betätigte, war der nahe Orient, im besonderen die Balkanhalbinsel. Hier kämpften der österreichische und der russische Einfluß in ununterbrochener Rivalität, bald banden sie einander durch gegenseitige Abmachungen. Das Streben Rußlands war, die Balkanstaaten möglichst restlos unter seine politische und wirtschaftliche Leitung zu bringen im Zeichen des allslawischen Gedankens. Für Österreich-Ungarn bedeutete dieses Streben eine Bedrohung, die schon im Augenblicke russischen Teilerfolges zur Lebensfrage für den habsburgischen Nationalitätenstaat werden mußte, welcher selbst so viele und starke slawische Elemente in sich schließt. Einen Höhepunkt der russisch-österreichischen Spannung bildete die bulgarische Krisis der achtziger

Jahre, als Rußland mit dem Gedanken umging, Bulgarien zu besetzen. Diese Krisis wurde zur russisch-österreichischen Kriegsgefahr. Hier berührten sich die Bündnispflichten und das selbstverständliche Interesse des Deutschen Reiches an Erhaltung der österreichischen Großmachtstellung. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhange, daß der deutsch-österreichische Bündnisvertrag sich auf einen russischen Angriff Österreichs bezieht.

Nachdem die bulgarische Frage praktisch gelöst worden war, und zwar gegen die russischen Wünsche, trat der Gedanke russischer Invasion nach dem Balkan mehr und mehr zurück und an seine Stelle die türkische Frage mit ihren Krisen. Hier lag das Interesse Österreich-Ungarns nicht sowohl auf dem maritimen Teile des Krisengebietes — es sei erinnert an den Griechisch-Türkischen Krieg und an die britischen Demonstrationen im Laufe der neunziger Jahre —, sondern in Mazedonien. Dort tobte unaufhörlich der Bandenkrieg. Bulgarische, serbische und griechische sogenannte Komitatschis (Komités = Banden) versuchten mit Feuer und Schwert ihre rassennationale Propaganda zu treiben. Bulgarien, Serbien und Griechenland und die ihnen nahestehenden Großmächte Rußland, Österreich-Ungarn, Großbritannien und Frankreich riefen ebenso fortdauernd nach jenen Reformen, welche die Türkei in ihren Balkangebieten einführen müsse. Im großen und ganzen war und blieb das Bild ungefähr das folgende:

Österreich-Ungarn und Rußland waren sich darüber einig geworden, den bestehenden Zustand auf der Balkanhalbinsel, nämlich ihre eigenen Grenzen dort, diejenigen der einzelnen Balkanstaaten und des Türkischen Reiches zu erhalten. Jeder tatsächliche Versuch einer Grenzverschiebung mußte die Gefahr eines europäischen Krieges wahrscheinlich unvermeidlich machen. Diesen Krieg, wenn er einmal zu führen wäre, wollte jeder unter möglichst günstigen Umständen führen. Dazu kam, daß Österreich-Ungarn, nachdem es durch den Berliner Kongreß die sogenannten Okkupationsgebiete Bosnien und die Herzegowina, dazu den Sandschak Novibasar mit dem Rechte militärischer Garnisonen und des Straßenbaues erhalten hatte, nicht mehr auf Ausdehnung auf dem Balkan bedacht war. Dagegen war es ein selbstverständliches österreichisches Interesse, dem Vordringen, auch dem Vorwiegen einer anderen Großmacht auf dem Balkan, sei es vorzubeugen, sei es entgegenzutreten. Österreich-Ungarn war insofern besonders beteiligt, als in den Okkupationsgebieten Bosnien und der Herzegowina zahlreiche Serben wohnen. Die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Bulgarien und zu Serbien haben häufig gewechselt, und zwar aus den verschiedensten Gründen. Im Bulgarisch-Serbischen Kriege nach dem entscheidenden Siege der Bulgaren bei Sliwnitza

intervenierte Österreich-Ungarn und verhinderte eine weitere Niederwerfung Serbiens. Zu starkes Vorwiegen der einen Macht wurde als dem österreichischen Interesse zuwiderlaufend angesehen. Schloß sich eine der beiden Mächte jeweilig enger an Rußland an, so verbesserten sich die Beziehungen der anderen zu Österreich und umgekehrt. Als weiterer Faktor für dieses Wechselspiel kam die Türkei in Betracht. Die bekannte Politik des Sultans Abdul Hamid, der ein absolutes Regiment führte, pflegte mit Erfolg darauf auszugehen, nicht nur die Großmächte, sondern auch die Balkanmächte gegeneinander auszuspielen, Zwietracht und Mißtrauen unter ihnen zu stiften. Auf diese Weise glaubte der Sultan am besten den Bestand seines Reiches, vor allem seine persönliche Autorität wahren zu können. Von den Großmächten fürchtete er in erster Linie Rußland und Großbritannien, wußte aber, daß deren politische Grundinteressen im Orient einander entgegengesetzt waren. Also, auch so gesehen, enthielt die Orientfrage die Gefahr des europäischen Krieges und, solange die Großmächte einen solchen nicht wollten, eine Garantie für den Sultan und die Integrität seines Reiches.

Abdul Hamid machte in seinem raffinierten und vielseitigen Mißtrauen den Mächten gegenüber eine einzige Ausnahme: das war das Deutsche Reich und persönlich Kaiser Wilhelm II. Er war klug genug zu begreifen, daß die Freundschaft des Deutschen Reiches nicht in einem Sinne eigennützig war, der eine Schädigung für die Türkei hätte bedeuten können. Die wirtschaftlichen Konzessionen an die Deutschen, die Eisenbahnbauten der Deutschen in der Türkei bildeten auf der einen Seite wirtschaftlichen Gewinn für Deutschland, auf der anderen stärkten sie die Türkei wirtschaftlich, politisch und militärisch. Das Deutsche Reich grenzt nicht an irgendeinen Teil der Türkei wie Rußland und Österreich-Ungarn; die Deutschen waren — selbst, wenn sie gewollt hätten — nicht wie England und Frankreich in der Lage, mit ihrer Flotte die türkischen Gewässer zu überraschen, die der türkischen Oberhoheit unterstehenden Küsten oder gar die Dardanellen und Konstantinopel zu bedrohen. Ebenso begriff der Sultan, daß er durch das wirtschaftliche Interesse des Deutschen Reiches in und an der Türkei eine politische Stütze gegen andere Mächte hatte, denn jede Verkleinerung des türkischen Gebietes, jede Einbuße an Unabhängigkeit des Sultans und seiner Stellvertreter mußte eben diesen deutschen Interessen zuwiderlaufen. Dagegen konnte Abdul Hamid nicht verborgen bleiben, und er hat das auch stets gewürdigt, daß das Deutsche Reich eben wegen seiner geographischen Lage und der Verhältnisse, die politische Bedingung waren, sich nicht in europäische Schwierigkeiten oder Krisen um der Türkei willen begeben durfte.

Die Hohe Pforte betrachtete unentwegt die russische Politik mit äußerstem Mißtrauen. Das gleiche war Großbritannien gegenüber der Fall. Aus einem früheren Freunde war Großbritannien zum Feinde der Türkei geworden, besonders Abdul Hamid galt in der öffentlichen Meinung Großbritanniens als der Inbegriff der Rückständigkeit, Grausamkeit und Unsittlichkeit. Die englische Presse war beständig erfüllt von entrüsteten Beschreibungen der „Greuel", mochten sich diese nun in Armenien, Arabien, Mazedonien oder Albanien abgespielt haben. In London hatte sich unter dem Vorsitze Sir N. Buxtons das sogenannte Balkankomitee gebildet, eine Vereinigung, die sich zum Ziele gesetzt hatte, „Greuel", die unfreiheitlichen Zustände und Fälle türkischer Willkür aufzuspüren und der europäischen Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sicherlich ist ja, wie immer in solchen Fällen, eine gewisse Quantität von Idealismus und aufrichtiger sittlicher Entrüstung in England vorhanden gewesen. Diese stand aber unter der angeborenen Zwangsidee, daß nur britischer Einfluß und ein entsprechendes Maß britischer Machtvollkommenheit in der Türkei Wandel schaffen könnten. Nimmt man hinzu, daß der Hauptzweck des Balkankomitees bewußte politische Propaganda war, so braucht nicht näher bewiesen zu werden, ein wie mächtiger, dabei unverantwortlicher Helfer das mit gewaltigen Geldmitteln arbeitende Balkankomitee für die amtliche Politik Großbritanniens war.

Das Wachsen der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands in der Türkei und die Erheblichkeit des deutschen Einflusses in Konstantinopel, im besonderen auf die Entschließungen des Sultans, erregten in London steigende Unruhe und machten die Person Abdul Hamids nur noch verhaßter als bisher, wenn das möglich war. Seit dem Jahre 1903 kam als Gefahrgespenst der von der Türkei bewilligte deutsche Plan der Bagdadbahn hinzu. Angebliche Konzessionen von Inseln im Ägäischen Meere und im Persischen Golf tauchten alle paar Jahre auf. Die Frage für die britische Politik war allgemein, wie es tunlich sei, an die Stelle des wirtschaftspolitischen deutschen Einflusses den englischen zu setzen, und wie die Türkei nach Möglichkeit zu schwächen, anstatt durch den deutschen Einfluß und die von Deutschen gebauten Bahnen eine Stärkung der Türkei geschehen zu lassen. Dies war den Engländern unwillkommen, schon im Hinblick auf Ägypten, außerdem aus mannigfachen anderen politischen Erwägungen heraus. Wir haben gesehen, wie 1897 Großbritannien und Italien ganz isoliert gegen die nächstbeteiligten Orientgroßmächte Rußland und Österreich und die indirekt interessiertrn Deutschland und Frankreich standen. Jene österreichisch-russische Entente verdichtete sich 1903 zu dem vielgenannten Mürzsteger Abkommen, dessen Inhalt und Zweck an anderer Stelle skizziert worden sind. Dieses

Abkommen wurde von dem Standpunkte, welcher für die deutsche Orientpolitik maßgebend war, aufrichtig begrüßt, denn sie band die Orientpolitik der beiden Antagonisten Rußland und Österreich und sicherte eben dadurch den Status quo der Balkanhalbinsel gegen Störungen. Frankreich wurde in seiner Haltung gegenüber der britischen Orientpolitik seit den Jahren 1903/04 immer erheblicher beeinflußt, gleichwohl hatte es infolge seiner sehr großen Finanzinteressen und seiner noch größeren Konzessionswünsche in der Türkei das Bestreben und alle Ursache, sich mit der Pforte gut zu stellen, um dem deutschen Wettbewerbe nach Möglichkeit die Spitze zu bieten.

Während der Verhandlungen über das Mürzsteger Programm und seine Durchführung griff die englische Politik ein, durch ihre verantwortlichen Organe und durch die Person König Eduards selbst, der im August 1903 in Wien weilte. Nach vielem Hin und Her gelang es der britischen Politik im Jahre 1905, ihren Einfluß in das Reformprogramm für die türkischen, insbesondere die mazedonischen Zustände einzuführen, und zwar mit Hilfe der französischen Diplomatie. Die mazedonische Finanzkontrolle zumal, mit allem, was daran hing, wurde den sechs Großmächten in die Hände gelegt, damit, wie die britischen Vertreter sich ausdrückten, auch die anderen Mächte das Recht hätten, sich zur Geltung zu bringen. Der Sultan verweigerte die Annahme des ihm mitgeteilten Reformprogrammes. Die Folge war eine Flottendemonstration und die Beschlagnahme der Zölle und Postanstalten. Der Sultan gab nach, nachdem er erreicht hatte, daß in der internationalen Finanzkommission auch ein türkischer Beamter zugelassen werde. Das Deutsche Reich hatte sich an der Flottendemonstration nicht beteiligt, getreu seinem Grundsatze, keine internationale Aktion, die einen Druck auf die Türkei bedeutete, auch nur den Schein des Gewaltsamen und Unfreundlichen haben könne, mitzumachen.

Der Umschwung der Dinge war größer, als es nach der unmittelbaren Bedeutung dieser internationalen Aktion den Anschein hatte. Ihre große Bedeutung lag darin, daß die britische Politik nunmehr sozusagen Sitz und Stimme in Sachen der mazedonischen Reform hatte und infolge der sonstigen politischen Änderungen in Europa auch dort nicht isoliert dastand, sondern Frankreich und Italien im Gefolge hatte. Erinnern wir uns daran, daß diese Dinge sich im Marokkojahr 1905 abspielten, um die gleiche Zeit, wo die russischen Waffen im fernen Osten unterlegen waren und es keine russische Flotte mehr gab. Die englisch-russische Annäherung wurde im Frühjahr 1906 perfekt. Es verstand sich von selbst, daß die bewußt und eifrig auf intime Beziehungen des Bundesgenossen und des Ententegenossen hinarbeitende französische Diplomatie gerade die maze-

donischen Fragen benutzte, um zu vermitteln. König Eduard ging auch im August 1905 wieder nach Wien, um Kaiser Franz Joseph und die verantwortlichen Staatsmänner der Doppelmonarchie seinen Wünschen willfährig zu machen. Im Grunde war schon damals die Mürzsteger Konvention erschüttert oder leere Form geworden. Anstatt der beiden Mandatare Europas, Österreich-Ungarn und Rußland, bestimmte das „europäische Konzert" über die Reformaktionen und ihre Mittel, de facto freilich stand England jetzt an erster Stelle, denn es konnte nun die Finanzkontrolle nach seinen Wünschen handhaben. So verweigerte die britische Politik die Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle, bis sie Konzessionen erhalten hatte. Überall empfand die Türkei englischen Druck und englische Feindseligkeit. Deutschland sah den englischen Einfluß gegen seine wirtschaftlichen Unternehmungen gerichtet, für deren Ausführung man die erforderlichen Kilometergarantien und u. a. dazu auch einen Teil der Zollerhöhungen brauchte. Der Sultan hingegen erkannte, daß die englische Politik neben ihren anderen Zielen auf steigende Einschränkung seiner Souveränität und der Unabhängigkeit seiner Länder hinauslief. Der seit 1906 die auswärtige Politik leitende Staatsmann in Österreich-Ungarn, Freiherr von Aehrenthal, hatte nicht vermocht, den durch die britische Diplomatie hervorgerufenen, auch ihm höchst unerwünschten Umschwung zu verhindern. Er antwortete aber mit einem Gegenzuge.

Am 27. Januar 1908 verkündete Freiherr von Aehrenthal in den Delegationen: Österreich-Ungarn habe den Entschluß gefaßt, eine Eisenbahn durch den Sandschak Novibasar zu bauen und so die bereits vorhandene bosnische Eisenbahn von Uwatsch nach Mitrowitza zu verlängern. Nach Ausfüllung dieser Lücke würde eine direkte Bahnverbindung von Wien über Graz—Agram—Sarajewo—Mitrowitza und Üsküb nach Saloniki vorhanden sein. Freiherr von Aehrenthal berief sich in seinen Ausführungen auf das Recht, welches Österreich-Ungarn hierzu nach dem Artikel 25 des Berliner Vertrages (1878) zustand. Der Wortlaut dieses Artikels ist der folgende:

„Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden durch Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet. Da die österreichisch-ungarische Regierung nicht den Wunsch hegt, auch die Verwaltung des Sandschaks Novibasar, der sich zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung bis über Mitrowitza hinaus erstreckt, zu übernehmen, so wird hier die ottomanische Administration weiter funktionieren. Um aber die Fortdauer der neuen politischen Verhältnisse ebenso wie die Freiheit und Sicherheit der Verkehrswege sicherzustellen, so reserviert sich Österreich-Ungarn das Recht, im ganzen Bereiche dieses Teiles, des vor-

maligen Wilajets von Bosnien, Garnisonen zu halten und Militär und Handelswege zu besitzen. Zu diesem Ende behalten sich die Regierungen von Österreich-Ungarn und der Türkei vor, sich über Einzelheiten zu verständigen."

Das Recht Österreich-Ungarns war also unbestreitbar. Der auswärtige Minister der Doppelmonarchie hatte denn auch keine anderen Mächte vorher gefragt, er hatte seinen Plan nicht angekündigt, um das „europäische Konzert" über Ja oder Nein entscheiden zu lassen. Baron Aehrenthal hatte vielmehr, schon bevor er in der Delegation seinen Plan verkündete, alle Vorbereitungen getroffen: unmittelbar nachher wurde die Zustimmung des Sultans zum Bahnbau formell erteilt.

Die Folge der ganz unerwarteten Veröffentlichung war ein ungeheurer Lärm in der europäischen Öffentlichkeit, abgesehen allein von der deutschen. Zwar konnte man auf keiner Seite Österreich-Ungarn das vertragliche Recht bestreiten, die Bahn zu bauen. Ein Teil der britischen Presse wollte allerdings den angeführten Artikel des Berliner Vertrages dahin deuten, daß das Recht zum Straßenbau im Sandschak Novibasar kein Recht des Eisenbahnbaues einschlösse, aber diese Deutung stand auf zu schwachen Füßen, als daß sie gegen den Grafen Aehrenthal ernstlich zur Geltung hätte gebracht werden können. Wohl aber erklärte man in Rußland, auch in England durch den Mund Sir Edward Greys, daß der österreichische Bahnplan die Mürzsteger Konvention und ihre späteren mehr internationalen Ausgestaltungen zum mindesten verletze: Österreich-Ungarn strebe nämlich mit dem Bahnbau eine von allen anderen Mächten sich unterscheidende wirtschaftliche Sonderstellung in der Türkei an. Das sei dem Geiste uneigennützigen internationalen Zusammenwirkens um so mehr entgegengesetzt, als von Österreich-Ungarn auch Sonderverhandlungen mit dem Sultan zu dem gleichen Zwecke angeknüpft worden seien. Daneben wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß dieser wirtschaftspolitische Vorstoß nach dem Süden der Balkanhalbinsel, nach Saloniki, nach dem Ägäischen Meere und damit nach Mesopotamien und Kleinasien nur die Vorstufe zu einem machtpolitischen Vorstoße in der gleichen Richtung bilde. Die Besorgnisse und das Mißtrauen galten damit aber nicht Österreich-Ungarn mehr allein, sondern vor allem auch dem Deutschen Reiche. Die Gedankenverbindung zwischen der Sandschakbahn und der künftigen Bagdadbahn lag auf der Hand. Die Balkanhalbinsel nicht nur, sondern der ganze Orient, so hieß es in Großbritannien, Frankreich, in Rußland und den Balkanstaaten, sollte nunmehr mit Einwilligung der Türkei unter die „germanische Hegemonie" gebracht werden. Eine schon ungefähr zehn Jahre lang in Österreich-Ungarn propagandistisch arbeitende Publizistik und Literatur hatten systematisch ge-

drängt und auseinandergesetzt, daß Österreich-Ungarn eine Ausdehnungspolitik nach Süden auf dem Balkan treiben müsse; nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mit machtpolitischen Mitteln und Zielen.

Rein wirtschaftliche Gründe waren auch im Spiele. Großbritannien nahm an, daß sein Seehandel in der Levante nach Kleinasien und Mesopotamien durch die Bahn Wien-Saloniki leiden würde. In Italien war man ebenfalls der Ansicht, daß diese den Balkan von Norden nach Süden durchlaufende Bahn seinen adriatischen Handel nach der Balkanhalbinsel und nach der Levante von Westen schädigen würde. Analog dachte man in Serbien und Montenegro und in Rußland. So ergab sich schon nach kurzer Zeit, daß alle diese Mächte unter britischer Führung sich auf ein „Gegen"-Bahnprojekt einigten, eine Querbahn durch den Balkan, die von dem montenegrinischen Hafen Dulzigno über Mitrowitza nach der Donau führen sollte.

Außer diesen wirtschaftlichen und Stimmungsmomenten bestand noch eines, dem, wie sich bald erweisen sollte, die allergrößte Bedeutung zukam. Das war die großserbische Propaganda. Ihr Ziel war letzten Endes die Wiederherstellung jenes großen Serbiens, das im vierzehnten Jahrhundert unter dem Fürsten Stefan Duschan kurze Zeit bestanden hatte. Dieses Serbien umfaßte den Sandschak Novibasar, ferner Bosnien und die Herzegowina, einen Teil von Ungarn, Mazedonien usw. Im selben Maße, wie das Türkische Reich sich in Europa seiner Auflösung zu nähern schien, wuchs die Energie der großserbischen Bestrebungen. Die panslawistischen Kreise Rußlands unterstützten die großserbische Agitation moralisch und finanziell dauernd, wußten insbesondere den Serben durch das Argument die Zuversicht zu erhöhen, daß auch Österreich-Ungarn mit schnellen Schritten dem Zerfall entgegengehe und nach außen ohnmächtig sei. Die Doppelmonarchie werde zerrissen durch den Hader der Nationalitäten, deren jede ein besonderes Zentrum bilde und bilden wolle. Die Slawen Österreich-Ungarns wünschten nichts sehnlicher als die Vereinigung mit ihren Brüdern im Süden. 1906 schrieb die in Paris erscheinende „Revue Slave", sämtliche Slawen in Mitteleuropa und auf dem Balkan müßten nach einem großen Zollvereine mit Rußland, den Madjaren, Rumänen und Griechen streben. „Alle diese Völker hätten davon zweifellos viel größeren Nutzen als von einem Zollvereine mit Deutschland. . . . Rußlands erneuerte Kraft wird unerschütterlich sein, sobald das ganze slawische Element geeint unter seinem moralischen Schutze ein entschiedener Gegner aller der Brutalitätspolitik wird." —

Für Österreich-Ungarn waren die großserbischen Treibereien an sich nichts Neues, wohl aber das verstärkte Tempo ihrer Entwickelung, wie es vom Beginn des Jahres 1908 einsetzte. Die Aehrenthalsche Sand-

schakbahn war ein Schlag in das Gesicht der großserbischen Agitation, denn der Sandschak Novibasar wurde von ihr in erster Linie für das angestrebte Großserbien in Anspruch genommen. Nun wollte die Doppelmonarchie dieses Gebiet durch eine Bahn mit allen ihren wirtschaftlichen und indirekt politischen Folgeerscheinungen sich eng anschließen und österreichisieren. Ähnlich mußte die Wirkung auf Bosnien sein, dessen Besitz die Serben schon eskomptierten.

Während dieser Gärungszustand die Verhältnisse für Österreich-Ungarn immer bedenklicher machte, ereigneten sich Dinge in der Türkei, die den Grafen Aehrenthal zwangen, die Richtung seiner eben begonnenen aktiven Balkanpolitik vorläufig zu unterbrechen.

Die sogenannte jungtürkische Bewegung im Osmanischen Reiche datierte bereits seit längerer Zeit. Ihr Ziel war, anstatt der absoluten Herrschaft, wie sie Abdul Hamid ausübte, dem Türkischen Reiche eine Verfassung zu geben. Bei staatlicher und öffentlicher Gleichberechtigung wollten die Jungtürken alle im Türkischen Reiche wohnenden Rassen und Religionsbekenntnisse unter der Fahne einer nationaltürkischen Idee sammeln. Die jungtürkische Bewegung hatte ihre Propaganda immer in Heimlichkeit und mit Vorsicht ausüben müssen, da Abdul Hamid mit Todesurteilen und Strafen nicht sparsam war. Im Auslande, zumal in Paris und London, auch in Brüssel, lagen die Agitationsmittelpunkte der Jungtürken, deren Bildung und Erziehung sich ebenfalls durchweg im Auslande vollzogen hatte. Die Bewegung hatte von Anfang an einen starken jüdischen Einschlag, der sie mit den Mittelpunkten des europäischen Kapitals in Verbindung brachte. Von Frankreich und England aus, besonders auch durch das Balkankomitee, wurde die jungtürkische Bewegung stets gestützt und gefördert. Die britische Politik ließ kein Mittel unbenutzt, um das Regiment Abdul Hamids zu untergraben, ihn und seine Politik zu diskreditieren und das Türkische Reich zu schwächen.

Am 19. Juli 1908 besuchte König Eduard VII. den russischen Zaren und traf mit ihm auf der Reede von Reval zusammen, eine Zusammenkunft, welche die britisch-russische Annäherung krönte und Aufsehen in der politischen Welt Europas erregte. Wenige Tage vorher hatte Sir Edward Grey im Parlament erklärt, man beabsichtige keinen Vertrag oder noch eine Konvention mit der russischen Regierung zu schließen. Der Besuch sei schon längst geplant worden, habe aber erst jetzt zur Ausführung gelangen können. Trotzdem träfe es zu, daß er ein politisches Ergebnis haben werde. In den Trinksprüchen der beiden Monarchen wurde ausdrücklich hingewiesen auf die tatsächliche politische Tragweite ihrer Übereinstimmung, wenn auch die Abmachungen einen begrenzten Charakter hätten. König Eduard sprach von der „befriedigenden Rege-

lung einiger wichtiger Zukunftsfragen in freundschaftlicher Weise". Er wurde begleitet von dem ständigen Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge. Dieser und der russische Minister des Auswärtigen Iswolski veröffentlichten ein amtliches Communiqué, in dem erklärt wurde: die beiden Minister hätten sich von neuem von dem gegenseitigen Wunsche Rußlands und Englands überzeugen können, mit allen Mächten die besten Beziehungen aufrecht zu erhalten und keine von ihnen über ihre Ziele zu beunruhigen, sei es hinsichtlich der Spezialabkommen oder der allgemeinen Politik der beiden Mächte. Beides könne nur zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen. —

Der Inhalt dieser amtlichen Veröffentlichung war geeignet, ein gewisses Befremden zu erregen, da er sich im Sinne des „qui s'excuse s'accuse" von vornherein in Verteidigungsstellung setzte. Allerdings muß man sich vergegenwärtigen eine wie beunruhigte Stimmung in den Jahren 1906 bis 1908 in Europa überhaupt, besonders aber in Deutschland herrschte. Wir haben gesehen, wie in den Jahren 1906 und 1907 das Schlagwort von einer „Einkreisung" des Deutschen Reiches durch die Ententepolitik König Eduards immer mehr Glauben hinsichtlich seiner realpolitischen Wirklichkeit fand. Durch die Mittelmeerabkommen und das russische Abkommen schien der Kreis geschlossen zu sein. Um dieselbe Zeit aber drängte sich, wie wir sahen, die britische Politik geschickt und energisch in die europäisch-türkischen Verhältnisse ein und sprengte ebenso folgerichtig die russisch-österreichische, auf dem Mürzsteger Abkommen ruhende Balkanentente.

Der deutsche Reichskanzler Fürst Bülow äußerte sich im März 1908, kurz nachdem das Aehrenthalsche Sandschakbahnprojekt so großes Mißfallen in Europa erregt hatte. Bülow erklärte: man habe dieses Projekt mit Sympathie begrüßt, da unser Bundesgenosse nur von einem Rechte Gebrauch mache, anderseits jede Vermehrung der Verkehrswege ein wirksames Mittel bilde, „um den Stand der Kultur in jenen Gebieten zu heben und damit auch die wilden konfessionellen und Stammesleidenschaften zu zügeln . . . Aus dem Grundsatze der Aufrechterhaltung des Statusquo ergibt sich ferner, daß unsere Bestrebungen gerichtet sind: einerseits auf die Erhaltung der Einigkeit unter den Mächten, anderseits auf die Zustimmung der Pforte zu den vorgeschlagenen Reformen Man kann von uns keinen Enthusiasmus für Maßnahmen erwarten, die wir nicht für wirksam, oder die wir gar für gefährlich halten. Zu den letzteren rechnen wir Neuerungen, die die Landeshoheit des Sultans gefährden und dadurch die Türkei und ihre mohammedanische Bevölkerung zum äußersten Widerstande reizen würden."

Diese Wendungen, besonders die letzten beiden Sätze, bezeichnen die

ablehnende Stellung Bülows zum Ziele der englisch-russischen Zusammenarbeit: Mazedonien mehr oder minder allmählich vom Türkischen Reiche abzulösen.

Die öffentliche Meinung in Deutschland hatte bereits seit einigen Jahren den richtigen Instinkt für die Wahrnehmung, daß die Politik König Eduards mit gleicher Zähigkeit und Geschicklichkeit wie überall anderwärts, auch im Orient darauf ausging, jeder Äußerung politischer und wirtschaftlicher Interessen Deutschlands entgegenzuwirken und diese womöglich politisch zu isolieren. König Eduard und die britischen Staatsmänner glaubten wahrscheinlich, gerade im Orient um so leichter zum Ziele kommen zu können, weil die Politik des Deutschen Reiches ihren alten Standpunkt nicht verlassen hatte, bei allen politischen Orientfragen in der Hinterhand zu bleiben. Im November 1907 hatte Fürst Bülow noch gesagt: „Die Frage der mazedonischen Reformen gehört zu dem Komplex von Fragen, in denen wir den Ententemächten in den Verhandlungen mit der Pforte den Vortritt lassen." Im März 1908 war Bülows Sprache eine schärfere, aber in den angeführten Wendungen befindet sich trotzdem kein Wort, das andeuten könnte, die deutsche Politik sei unter Umständen entschlossen, gegen die Großmächte und für die Türkei Stellung zu nehmen. König Eduard rechnete danach offenbar mit Folgen türkischen Unwillens gegen Deutschland, wenn dieses die britisch-russische Politik unangefochten ließe, die auf Zergliederung der Türkei hinauslief, wenn es auch feierlich geleugnet wurde.

Bis 1908 einschließlich war König Eduard von England Jahr für Jahr mit Kaiser Franz Joseph zusammengekommen. Seit 1907 wollten die Gerüchte nicht verstummen, daß er systematisch versuche, das Verhältnis der beiden mitteleuropäischen Bundesgenossen, wenn nicht zu lösen, so doch loser zu gestalten. Über diese Versuche ist, wie sich denken läßt, Authentisches nicht bekannt geworden. Nach den verschiedenen Gerüchten, besonders nach späteren, anscheinend inspirierten Äußerungen österreichischer Blätter hätte der König zunächst versucht, Kaiser Franz Joseph zu bewegen, daß er durch Einflußnahme auf Kaiser Wilhelm II. den Fortgang des deutschen Flottenbaues verhindere, zum mindesten verzögere und einschränke. Kaiser Franz Joseph habe diese Zumutung von sich gewiesen. Diese Version hat manches für sich. König Eduard soll auch versucht haben, direkt auf den Deutschen Kaiser einzuwirken, aber eine Absage erfahren haben.

Kaiser Franz Joseph handelte, die Richtigkeit jener Darstellung vorausgesetzt, nur klug, wenn er sich zu einer solchen Mission nicht hergab. Er hätte damit lediglich die Beziehungen zum Deutschen Reiche schwer gefährdet. Außerdem wußte er, daß der Flottenbau für den Deutschen

Kaiser keinen Sport bedeutete, sondern daß Kaiser Wilhelm eine starke deutsche Flotte als brennende Notwendigkeit für das Deutsche Reich in Gegenwart und Zukunft erkannt hatte. So konnte es „freundschaftliche Einwirkungen" nicht geben. König Eduard soll auch versucht haben, Österreich-Ungarn vom Deutschen Reiche ab und auf die britisch-russische Seite hinüberzuziehen. Hierüber sind von österreichischer Seite verschiedene Gerüchte verbreitet worden, außerdem in der deutschen Presse. Es war die Rede von einem großzügigen Aufteilungsplane der Türkei. Der frühere Vizekönig von Indien, Lord Curzon, sollte ihn entworfen haben. Die Hauptzüge dieses Planes wären gewesen, daß Großbritannien die asiatische Türkei von der europäischen abtrennen und ein Kalifat in Mekka errichten wollte. Im Norden sollten Rußland und Österreich an den Gliedern des kranken Manns beteiligt werden, Frankreich hätte Syrien usw. erhalten, Italien Tripolis, England Ägypten genommen, ein tatsächliches Protektorat über Arabien ausgeübt und damit den gesicherten Landweg nach Indien erhalten. Das Deutsche Reich allein wäre leer ausgegangen und hätte völlig isoliert dagestanden. Wir wissen nicht, ob dieser Teilungsplan die Billigung der britischen Regierung erhalten hat, und ob sie geneigt war, ihn zu ihrer politischen Operationsbasis und Marschroute zu machen. Außer Zweifel steht, daß man die Integrität der Türkei beeinträchtigen wollte und alles Interesse daran hatte, Österreich-Ungarn für diesen Zweck zu gewinnen, am besten dadurch, daß man der Doppelmonarchie Gewinn auf dem Balkan nicht nur in Aussicht stellte, sondern verbürgte. Unvollständig ist aber jedenfalls die Vorstellung, die in Deutschland hier und da Boden gewann, daß der König versucht habe, Franz Joseph dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche abspenstig zu machen, nur um dieses zu isolieren und es durch einen Krieg — oder lieber noch ohne einen solchen — zu demütigen. Wir kommen auf diesen Punkt, der für die Beurteilung der deutsch-österreichischen Beziehungen von großer Bedeutung ist, noch zurück.

In diese schwüle europäische Stimmung platzte die türkische Revolution um Mitte Juli 1908 hinein. Das jungtürkische Komitee „für Einigung und Fortschritt" beseitigte die absolute Gewalt des Sultans und führte die Verfassung vom Jahre 1876 wieder ein, welche Abdul Hamid, nachdem sie kaum auf dem Papier in Kraft getreten war, nach dem Russisch-Türkischen Kriege hatte einschlummern lassen.

Anlaß und Signal zur Ausführung der lange vorbereiteten Aktion war das Zusammentreffen König Eduards mit dem Zaren in Reval. Es konnte kein Zweifel nunmehr sein, daß anstatt des russisch-österreichischen Mürzsteger Programmes jetzt ein russisch-englisches Revaler Programm

treten und der europäischen Türkei den Todesstoß geben sollte. Bisher hatten die türkischen Staatsmänner und Sultane ihre Staatskunst und Politik auf der Grundlage des englisch-russischen Gegensatzes ausüben, diese beiden Mächte mit ihren Gefolgsmächten gegeneinander ausspielen und damit — wie oft — die Integrität des Osmanischen Reiches trotz seiner Schwäche erhalten können. Nun waren sich die beiden traditionellen Gegner auch über ihre Türkenpolitik einig geworden. Diese Einigung mußte für die türkischen Politiker das Todesurteil für die Türkei bedeuten. So wurden die Ergebnisse der Revaler Zusammenkunft auch aufgefaßt, tiefe Beunruhigung ging durch die Türkei, wenige Wochen darauf hatte das jungtürkische Komitee die Gewalt in Händen. Das liberale Programm des Komitees, welches trotz Sultan und Regierung und trotz seiner Namenlosigkeit regierte, wirkte zunächst volkstümlich: der Bestand des Türkischen Reiches sollte unter allen Umständen ungeschmälert bleiben, Türken, Christen, Juden usw. gleiche Rechte und Pflichten haben, mit der Selbstherrschaft des verhaßten Abdul Hamid war es aus, und die Aufrichtigkeit der jungtürkischen Reformabsichten konnte nicht bezweifelt werden. Damit war nun dem Revaler Programm eigentlich der Boden entzogen. Seine Ausführung wurde zurückgestellt, um, wie Sir Edward Grey sagte, dem neuen jungtürkischen Regime Zeit zu geben. Sogar die Entrüstung über die Sandschakbahn schien eine Zeitlang in Vergessenheit zu geraten. „Wir begrüßen für den Augenblick die neugeschaffene Lage . . . Unsere Ziele in Mazedonien sind niemals politische gewesen." Im Verlaufe dieser Rede betonte Sir Edward Grey, daß er an eine Politik der Isolierung Deutschlands nicht im entferntesten denke.

Am 13. August des gleichen Jahres traf König Eduard wiederum, und zwar das letzte Mal, mit Kaiser Franz Joseph in Ischl zusammen. Der Begegnung wurde besondere Bedeutung beigelegt. Nach österreichischen Quellen, insbesondere auch nach dem Zeugnisse Professor Dr. A. Fourniers („Wie wir zu Bosnien kamen") war damals, nach Reval, in Wien gerechtes Mißtrauen anläßlich der russisch-englischen Balkanentente vorhanden und das Verhältnis der beiden Regierungen gespannt. „Vielleicht hätte es Österreichs Kaiser bessern können, wenn er damals sein freundschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche etwas weniger bestimmt betont hätte, als es seiner Bundespflicht entsprach."

Das ist ungefähr die durchschnittliche österreichische Auffassung von den damaligen Vorgängen. Wir möchten sie nicht für ganz richtig halten. Die Bundespflichten des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns sind genau umschrieben und betreffen einerseits einen russischen Angriff, anderseits die Integrität der beiderseitigen Gebiete. Daß

König Eduard versucht hätte, Österreich-Ungarn gegen diese beiden Bestimmungen zu beeinflussen, ist nicht sehr wahrscheinlich. Außerdem mag schon hier gesagt werden, daß das Interesse Österreich-Ungarns an dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche und an einem Verhältnisse, das diesem Bündnisse Leben und Kraft erhält, ein sachlich größeres ist als das des Deutschen Reiches.

Wenn, wie behauptet wurde, 1907 die Monarchenzusammenkunft in Ischl zu keinem Einverständnisse führte, so darf man annehmen, daß sich die Meinungsverschiedenheiten König Eduards und Kaiser Franz Josephs in erster Linie auf die Balkanpolitik bezogen haben. Jedenfalls dauerte die Spannung fort und sollte in kurzem einen Höhepunkt erreichen, wie ihn die englisch-österreichischen Beziehungen bis dahin nicht aufgewiesen hatten.

Am 13. August fand jene Zusammenkunft statt, zwei Tage vorher, am 11. August, war König Eduard in Homburg mit Kaiser Wilhelm zusammengetroffen. Am 7. Mai hatten Kaiser Wilhelm und die anderen deutschen Bundesfürsten dem Kaiser Franz Joseph in Wien ihre Glückwünsche zu seinem 60jährigen Regierungsjubiläum überbracht. Bei dieser Gelegenheit waren von beiden Seiten auch besonders feierliche Hinweise auf das Bündnis gemacht worden. Nach der Zusammenkunft des Königs und Kaiser Wilhelms am 11. August zu Homburg verbreitete sich das Gerücht, daß die beiden Monarchen über die Flottenfrage miteinander gesprochen hätten. Zunächst hieß es, diese Besprechungen seien ein erfreulicher Anfang für fernere. Dann aber wurde die Auffassung laut, es sei zu keiner Einigung gekommen, vielmehr habe infolgedessen der König nunmehr versucht, durch Kaiser Franz Joseph einen Druck auf Deutschland auszuüben; das sei mißlungen. Die Frage der Richtigkeit dieser Erzählungen muß offen bleiben, immerhin hat die Erfahrung durchweg bewiesen, daß mit derartiger Bestimmtheit auftretenden Gerüchten ein gewisser Kern tatsächlicher Wahrheit zugrunde liegt. Daß aber auch nur die Andeutung einer englischen „Drohung“ an Österreich-Ungarn erfolgt sein sollte, ist um so weniger anzunehmen, als die internationale Erörterung über die Sandschakbahnfrage im August 1908 erledigt und König Eduard ebensowenig wie seine Regierung über diejenigen Pläne unterrichtet war, welche in Österreich damals bereits fertig und abgeschlossen der Ausführung harrten.

Am 5. Oktober wurde das folgende Schreiben des Kaisers Franz Joseph an den Freiherrn v. Aehrenthal veröffentlicht:

„Durchdrungen von der unerschütterlichen Überzeugung, daß die hohen kulturellen und politischen Zwecke, um deren Willen die österreichisch-ungarische Monarchie die Besetzung und Verwaltung Bosniens

und der Herzegowina übernommen hat, und die mit schweren Opfern erzielten Erfolge der bisherigen Verwaltung nur durch die Gewährung von ihren Bedürfnissen entsprechenden verfassungsmäßigen Einrichtungen dauernd gesichert werden können, für deren Erlassung aber die Schaffung einer klaren, unzweideutigen Rechtsstellung beider Länder eine unerläßliche Voraussetzung bilde, erstrecke ich die Rechte meiner Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina und setze gleichzeitig die für mein Haus geltende Erbfolgeordnung auch für diese Länder in Wirksamkeit. Zur Kundgebung der friedlichen Absichten, die mich bei dieser unabweislichen Verfügung geleitet haben, ordne ich gleichzeitig die Räumung des Sandschaks Novibasar von den dahin verlegten Truppen meiner Armee an."

Mit andern Worten: die bis dahin laut Artikel 25 des Berliner Vertrages nur besetzten und verwalteten Okkupationsgebiete Bosnien und die Herzegowina wurden nunmehr im Sinne des Wortes annektiert, staatsrechtlich den übrigen Gebieten der Doppelmonarchie angegliedert. Wenn Graf Julius Andrassy während des Berliner Kongresses gewollt hätte, so würde damals dem Schritte nichts im Wege gestanden haben, welchen Kaiser Franz Joseph am 5. Oktober 1908 der Welt bekanntgab. Dieser Schritt lag aber nicht in den Absichten Andrassys, und so blieb es bei dem Rechte der Besetzung und Verwaltung für unbegrenzte Zeit. Freilich hatte Andrassy noch vor Schluß des Berliner Kongresses sich zu einem Zugeständnisse an die Türkei bewegen lassen, in dem er den türkischen Bevollmächtigten in einem geheimen Abkommen sich verpflichtete: die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sei nur eine zeitweilige und ändere nichts an den Souveränitätsrechten des Sultans. Die türkischen Bevollmächtigten erklärten, sie brauchten diese Akte nur zu ihrer persönlichen Deckung dem Sultan gegenüber, sie werde im übrigen stets geheim gehalten werden. Sonst könnten sie aber die Berliner Kongreßakte nicht unterzeichnen. Andrassy gab nach und legte damit der Türkei immerhin eine Waffe für den Augenblick der Annexion in die Hand. Als dann nach Unterzeichnung der Berliner Kongreßakte noch ein entsprechender Sondervertrag zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei geschlossen werden mußte, blieb aber die Klausel vom provisorischen Charakter der Okkupation fort.

Vor der letzten Sitzung des Kongresses kam ferner zwischen Österreich-Ungarn und Rußland eine Sonderabmachung zustande, des Inhaltes: wenn infolge etwaiger, aus der türkischen Verwaltung des Sandschak Novibasar entstehender Mißhelligkeiten Österreich-Ungarn gezwungen sein könnte, dieses Gebiet endgültig zu besetzen, wie das übrige Bosnien und die Herzegowina, so werde die russische Regierung keinerlei

Einwendungen erheben. Ähnliche Versicherungen Großbritanniens lagen schon vor dem Kongresse vor.

Dreißig Jahre lang hatte Österreich-Ungarn nun diese Gebiete besetzt gehalten und verwaltet, Ordnung und Verwaltung geschaffen und ausgeübt. Die Länder waren durch den Umfang dieser zivilisatorischen Arbeit auch innerlich das Eigentum der Doppelmonarchie geworden. Den Gedanken einer Annexion soll man bereits in früheren Jahren gehabt haben, ohne daß aber die österreichischen Staatsmänner sich zum Entschlusse hatten durchringen können. Nun hatte das Jahr 1908 den Augenblick zum Handeln unabweislich, möglicherweise unwiederbringlich eintreten lassen. Die großserbische Propaganda drohte, das serbische Element in den Okkupationsgebieten zu revolutionieren. Dazu kam die jungtürkische Revolution, äußerlich hervorgerufen durch die Bedrohung der Zugehörigkeit Mazedoniens und damit der Integrität des Türkischen Reiches. Die jungtürkische Bewegung wollte und mußte in einem strengen Nationalismus ihre Grundlage und werbende Kraft finden. Ihre nationale Parole bildete insofern eine große Gefahr für die österreichischen Okkupationsgebiete, als dort zahlreiche Muselmanen lebten, auch Liegenschaften des Sultans vorhanden waren. Die österreichische Politik mußte ferner mit der Möglichkeit rechnen, daß die Türkei, mit Recht oder mit Unrecht, unter Benutzung jenes Geheimabkommens auf die Rückgabe der Okkupationsgebiete drängen würde. So ergriff Baron Aehrenthal den Augenblick. Die Annexion wurde ausgesprochen, ohne daß man sich vorher mit der Türkei verständigt hätte. Das ist angefochten worden, war aber sicherlich zweckmäßig. Hätte Baron Aehrenthal es auf das Zustandekommen einer sogenannten Verständigung ankommen lassen, so würde die Angelegenheit zumindestens von der Türkei endlos verschleppt, außerdem zur internationalen Frage und Streitfrage gemacht worden sein, auch hätte Serbien dann den Krieg wahrscheinlich unvermeidlich machen können.

Baron Aehrenthal hatte gleichwohl einige wirksame diplomatische Vorbereitungen getroffen. Sie zeigen, daß die Annexion schon längere Zeit vorher für den Minister feststand. Dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn v. Schoen und dem italienischen Minister des Auswärtigen Herrn Tittoni hatte Aehrenthal seine Absicht der Annexion der Okkupationsgebiete eröffnet, ohne einem Widerspruche zu begegnen. Über den Zeitpunkt, wann er die Annexion beabsichtige, hatte er jedoch nichts verlauten lassen, und ist von den beiden Staatsmännern anscheinend auch nicht gefragt worden. Am 15. September 1908, also ganz kurz vor der Annexion, hatte Aehrenthal zu Buchlau in Mähren eine Begegnung mit dem russischen Minister des Auswärtigen,

Herrn Iswolski. Mit diesem soll auch schon im Herbst 1907 über den Gegenstand gesprochen worden sein, und zwar hätte Iswolski damals als Kompensation von Österreich-Ungarn verlangt, daß es für die Öffnung der Dardanellen und des Bosporus für russische Kriegsschiffe einträte. Im Sommer 1908 soll Iswolski noch einmal im gleichen Sinne an Aehrenthal geschrieben haben. Im September trafen die beiden Minister zusammen und wurden sich wiederum einig, bis auf einen angeblichen Vorbehalt Iswolskis, daß eine internationale Konferenz die Annexion sanktionieren müsse. Auf alle Fälle hat der russische Minister wiederholt, abgesehen von den erwähnten früheren schriftlichen Zusicherungen Rußlands, seine Zustimmung zum Aehrenthalschen Plane gegeben. Allerdings glaubte er wohl nicht, daß der Plan schon soweit gediehen sei. In der nachherigen scharfen Polemik zwischen der Annexion verstummten Iswolski und seine Presse sofort, als Aehrenthal drohte, er werde das Buchlauer Protokoll veröffentlichen.

Die Annexionserklärung sagte in ihrem Schlusse, daß der Sandschak Novibasar gleichzeitig der Türkei wieder zurückgegeben werde. Diese Rückgabe ist tatsächlich vollkommen freiwillig und aus eigener Initiative des Baron Aehrenthal erfolgt, nicht etwa auf italienischen Druck, wie vielfach heute noch in Österreich-Ungarn und Deutschland geglaubt wird. Aehrenthal und seine Nachfolger haben übereinstimmend die Erklärung gegeben: es hätte damit betont werden sollen, daß Österreich-Ungarn nicht beabsichtige, Gebietserweiterungen nach Süden auf dem Balkan vorzunehmen, sondern sich auf rein wirtschaftliche und Verkehrspolitik dort beschränken wolle. Da auf die Besetzung des Sandschak Novibasar Österreich-Ungarn ein zeitlich unbegrenztes Recht zustand, so war es politisch nicht zweckmäßig, dieses Recht sofort und ohne Not aufzugeben.

Nichts kennzeichnete schärfer den Umschwung der britisch-österreichischen Beziehungen als der hohe Grad von Mißbilligung, den die Annexion in London fand. Nachdem zwei Tage vor der Veröffentlichung der Annexionserklärung der Londoner Botschafter Österreich-Ungarns dem Könige ein die Anzeige der Annexion enthaltendes Schreiben des Kaisers überbracht hatte, erklärte er, man habe ihn sehr unfreundlich behandelt: „man hat mich fortgejagt". Die Überraschung in London war eine vollkommene und ebenso in Paris. Die britische Politik vermochte natürlich nicht zu leugnen, daß der tatsächlich bestehende Zustand auf dem Balkan durch die Annexion nicht geändert wurde. Man griff in London deshalb den formalen Standpunkt auf und erklärte, der Berliner Vertrag sei eigenmächtig und einseitig durch Österreich-Ungarn abgeändert worden, dürfe aber nur durch sämtliche Unterzeichnungsmächte

geändert werden. Die Folgerung aus diesem Standpunkte müsse die Berufung eines europäischen Kongresses oder einer Konferenz sein, die dann nach englischer Ansicht über österreichische Entschlüsse und Wünsche zu befinden hätte. Das Londoner Parlament und die britische Presse flossen von sittlicher Entrüstung über: wohin solle es kommen, wenn es Gewohnheit werde, internationale Verträge in dieser Weise eigenmächtig zu ändern, sobald irgendeine Macht keine Lust mehr habe, daran festzuhalten!

Die Türkische Regierung erhob Protest und erreichte einen umfassenden Boykott österreichischer Waren im türkischen Gebiete. Rußland verhielt sich zunächst gemäßigt, seine Haltung wurde aber immer schroffer und diplomatisch aggressiver angesichts der englischen „Entrüstung", zumal auch angesichts der wütenden Erregung in Serbien. Das serbische Volk sah seine Zukunftsträume durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina plötzlich vernichtet. Die Rückgabe des Sandschaks Novibasar an die sich anscheinend verjüngende und festigende Türkei traf die serbischen Hoffnungen nicht minder hart. Dazu kam, daß am gleichen 5. Oktober Bulgarien seine Unabhängigkeit erklärt hatte und Fürst Ferdinand sich zum Zaren ausrufen ließ. Die Stellung Bulgariens, des alten Feindes und Nachbarn Serbiens, wuchs gewaltig. Das serbische Volk schrie nach Krieg, rüstete und machte mobil, im festen Vertrauen, Rußland werde es nicht allein lassen, sondern mit gezogenem Schwerte hinter ihm stehen. Die russische Regierung ihrerseits hoffte, zunächst jedenfalls, das serbische Vorgehen als Mittel zur Einschüchterung Österreich-Ungarns benutzen zu können und ließ die Serben ruhig gewähren, ohne ihnen vorläufig die entschiedene Absage zu erteilen, welche allein nötig war, um die Ruhe wiederherzustellen.

Rußland war nach keiner Richtung hin in der Lage, aus seiner Stellungnahme die äußersten Konsequenzen ziehen, also Krieg führen zu können. Die Armee war nicht bereit, und alle inneren Zustände derart, daß man an einen großen Krieg nicht denken konnte; eine Tatsache, die dem Baron Aehrenthal natürlich vorher bekannt gewesen war. Serbien war aber der Ansicht, daß, wenn es Österreich-Ungarn in einen Krieg verwickelte, Rußland nicht ruhig bleiben könne, Deutschland aber keine Lust haben werde, sich hineinziehen zu lassen, demzufolge Österreich-Ungarn nachgeben, und Serbien schließlich den Vorteil davon haben werde. Die serbischen Wünsche formulierten sich zuletzt — als Mindestmaß — zur Forderung eines Landstreifens, eines „Korridors", der das serbische Gebiet mit dem Adriatischen Meere verbinden sollte. Die Annexion und die Rückgabe des Sandschaks Novibasar an die Türkei trennten Serbien nämlich — wie die Serben fürchteten, für immer —

vom Adriatischen Meere ab. Die Haltung des kleinen Landes gegen Österreich-Ungarn wurde derart herausfordernd, daß in der Doppelmonarchie eine immer stärker werdende Partei verlangte, man solle kurzen Prozeß machen, Serbien ein Ultimatum stellen, abzurüsten, und dann gegebenenfalls das serbische Gebiet und Belgrad besetzen. Militärische Maßnahmen an der Grenze wurden selbstverständlich getroffen.

In Italien war die Erregung anfangs auch eine sehr starke, wurde aber gemildert, als man anerkannte, daß die Rückgabe des Sandschaks Novibasar einen Beleg dafür bildete, Österreich-Ungarn sei entschlossen, keine Politik der Gebietserweiterung auf dem Balkan mehr zu treiben. Außerdem verzichtete Baron Aehrenthal auf den Artikel des Berliner Vertrages, welcher Österreich-Ungarn das Recht der Seepolizei an der montenegrinischen Küste usw. gab, also auf ein Recht am Adriatischen Meere, dem alten Gegenstande der Eifersucht zwischen Italien und Österreich, in Verbindung mit der Tatsache, daß eine montenegrinische Prinzessin auf dem Throne Italiens saß.

In Frankreich trat das Bestreben hervor, den Frieden zu erhalten, wenngleich dort eine europäische Konferenz ebenfalls verlangt wurde. Frankreich hatte schon angesichts seiner großen Interessen im Türkischen Reiche keine Lust zu einem europäischen Kriege, außerdem war der französischen Regierung natürlich bekannt, daß der Bundesgenosse Rußland einen Krieg nicht führen konnte.

An anderer Stelle ist das deutsch-französische Marokkoabkommen vom 8. Februar 1909 angeführt und wiedergegeben worden. Die allgemeinpolitische Bedeutung eines solchen Abkommens, dessen Vorbereitungen in den Höhepunkt der europäischen Krisis des Winters 1908/09 fielen, liegt auf der Hand. Es schuf gerade in diesem Augenblicke eine verhältnismäßig ruhige Atmosphäre zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich. Ein offiziöses deutsches Organ schrieb zu dem Abkommen: „Das Hauptverdienst wird das negative sein, Marokko als politische Streitfrage aus den deutsch-französischen Beziehungen auszuschalten. Unter Gesichtspunkten der europäischen Politik aber ist es immerhin erfreulich, daß in einer Zeit, wo die Großmächte mit Balkansorgen beschäftigt sind, zwischen Berlin und Paris ein so wesentlicher Schritt zur Beseitigung des marokkanischen Interessenstreites geschehen konnte. Kurz nach dem Eintreffen des englischen Königspaares in Berlin ist das Abkommen Deutschlands mit Frankreich unterzeichnet worden. Die zeitliche Annäherung beider Ereignisse kann als zufällig betrachtet werden, sie weist aber darauf hin, daß in unserem Verhältnis zu den Westmächten gegenwärtig ein fühlbare Abspannung eingetreten ist." — Vorweg sei bemerkt, daß der Besuch König Eduards in Berlin, der erste seit

seinem Regierungsantritte, an sich bereits ein Zeichen der Abspannung bedeutete.

Als nach der öffentlichen Bekanntgabe der Annexion Bosniens und der Herzegowina der Sturm von allen Seiten sich gegen Österreich-Ungarn erhob, konnte für das Deutsche Reich sich die Frage aufwerfen, welche Stellung es zu nehmen hätte. Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag faßte derartige Eventualitäten nicht ins Auge, er bezog sich lediglich auf einen Angriff von russischer Seite. Was ging es Deutschland im Grunde genommen an, ob Österreich-Ungarn durch seine selbständig und einseitig vollzogene staatsrechtliche Angliederung der Okkupationsgebiete in Schwierigkeiten mit anderen Mächten gelangte oder nicht? Daß diese Annexion formal vertragswidrig war, konnte ebensowenig bestritten werden wie die Tatsache, daß im Jahre 1871 auf der Londoner Konferenz (Meerengenfrage) alle Großmächte feierlich erklärt hatten, internationale Verträge oder Teile von solchen könnten nicht einseitig, sondern nur in Übereinstimmung aller Vertragsunterzeichner aufgehoben oder abgeändert werden. An dem österreichischen Verstoße gegen die internationalen Abmachungen konnte an und für sich die Tatsache nichts ändern, daß der territoriale Status quo auf dem Balkan durch die Annexion nicht geändert wurde, auch das tatsächliche Recht auf Österreich-Ungarns Seite war. Wie vorher erwähnt, hatte Baron Aehrenthal außer Herren Iswolski und Tittoni auch dem deutschen Staatssekretär Freiherrn v. Schoen das Bestehen einer Absicht der Annexion mitgeteilt. Wenn er den Zeitpunkt der Ausführung dieser Absicht nicht angegeben hatte, so konnte der österreichische Minister doch die Zustimmung der beiden anderen Dreibundminister als gegeben ansehen. Darin lag aber nicht ohne weiteres ein bindendes Versprechen einbegriffen, daß das Deutsche Reich durch dick und dünn in allen Phasen einer etwa folgenden Krise zum Bundesgenossen halten werde.

Die auf österreichischer Seite so viel betonte „Dankespflicht" Deutschlands für die österreichische Hilfe auf der Konferenz von Algeciras konnte nicht im Vergleiche stehen zu dem Dienste, der nachher hier als selbstverständlich angesehen wurde. In Algeciras hatte die österreichische Diplomatie weder etwas Wesentliches aufs Spiel gesetzt, noch etwas anderes für Deutschland erreicht als eine dürftige Maskierung des Rückzuges. In der Angelegenheit der Deserteure von Casablanca war die österreichische Politik offen von dem anfänglichen deutschen Standpunkte abgerückt. Zu Anfang des Jahres 1908 hatte Graf Aehrenthal in der österreichischen Delegation mit einer gewissen Ausdrücklichkeit auf die Grenzen der Dreibundverpflichtungen hingewiesen und geäußert: das eigentliche Wesen des deutsch-österreichischen Bündnisses liege in dem

für beide Mächte gleichermaßen vorhandenen Interesse, daß jede von ihnen eine Großmacht bleibe. Für gewisse deutsche Sonderinteressen jedoch habe das Bündnis keine Geltung. „Wenn Deutschland z. B. im Baltischen Meere oder in der Nordsee ein spezielles Interesse hätte und dort Verwickelungen entstehen würden, so würden dadurch unsere Verpflichtungen nicht berührt.“

Diese Äußerungen erregten im Deutschen Reiche Befremden. Sie fielen gerade in die Periode starker Spannung mit England und der „Einkreisung“. Zwischen Deutschland und England war die Flottenfrage Gegenstand fortwährender Animosität und des Mißtrauens. Um dieselbe Zeit ging jenes Gerede von der Ostsee als einem „Mare clausum“, die Delcasséschen Enthüllungen waren noch in frischem Gedächtnisse. Man frug sich in Deutschland, ob das Ziel der englischen Politik: die Isolierung des Deutschen Reiches, bereits nahe gekommen sei. Und eben in dieser Zeit sprach der leitende Minister des benachbarten und verbündeten Österreich-Ungarn Worte, die dem Buchstaben nach richtig, im Rahmen der allgemeinen Lage aber wenig freundschaftlich klangen. Der Schluß lag nahe, daß die jährlichen Besuche König Eduards in Marienbad und Ischl eine gewisse Wirkung nicht verfehlt hätten: das Baltische Meer und die Nordsee und Verwickelungen daselbst! — das konnte doch nur auf eben jenen deutsch-englisch-französisch-russischen Zukunftskrieg bezogen werden, an den man in Deutschland so vielfach glaubte. Erhöht worden war die allgemeine Nervosität noch durch die Novemberereignisse 1908, wo der bekannte Artikel des „Daily Telegraph“ eine innere Krisis zur Folge hatte, und man dem Deutschen Kaiser Dinge zur Last legte, die nicht er verschuldete.

Unmittelbar nach der Revaler Zusammenkunft wurde von einer Rede des Deutschen Kaisers berichtet, die er auf dem Truppenübungsplatze zu Döberitz unter Hinweis auf die Möglichkeit einer nahen Kriegsgefahr gehalten habe. Sie wurde offiziös in Abrede gestellt, jedoch mit Wendungen, die zeigten, daß man an der amtlichen Stelle die Lage tatsächlich für ernst hielt, und daß sie in den Fragen des näheren Orients zurzeit ihren Angelpunkt habe. Das halbamtliche Organ warnte sehr eindringlich gerade die deutsche Presse vor Legendenbildung, da das Deutsche Reich dauernd das Ziel von Verleumdungen bilde, die von allen Seiten gegen seine Politik gerichtet würden. Wiederum wenige Tage später kam der Deutsche Kaiser zu Segelregatten nach Hamburg, er wurde dort in ungewöhnlich erregter Stimmung und mit der „Wacht am Rhein“ empfangen. In einer Rede darauf sagte der Kaiser: „Als Ich Mich fragte, wo der Grund für diesen Ausbruch der Begeisterung läge, da erschallte spontan, dann immer mächtiger anschwellend, unser altes deut-

sches Sturmlied. Nun wußte Ich genug. Meine Herren, Ich danke Ihnen dafür, Ich habe Sie verstanden. Es war der Druck der Freundeshand einem Manne, der entschlossen seinen Weg geht und der weiß, daß er jemanden hinter sich hat, der ihn versteht und der ihm helfen will!" —

Dem Anscheine nach hat auch der Reichskanzler damals die Lage, wenn nicht für ernst, so doch für bedenklich undurchsichtig gehalten und sich mehrere Male vom russischen Minister Iswolski versichern lassen, „daß keine, weder offene noch geheime russisch-englische Abmachungen bestünden, die sich gegen deutsche Interessen richten könnten". — Was wirklich damals in Reval vereinbart und besprochen worden ist, wissen wir nicht, vermutlich eine gemeinsame Orientpolitik auf Kosten der Türkei, die gleichzeitig Österreich-Ungarn in die Klemme bringen und vor die Frage stellen sollte, ob es sich unter diesen Umständen noch lohne, zu Deutschland zu halten. Die türkische Revolution warf damals alle diese Pläne um, die österreichische Annexion schuf dann wiederum eine neue Lage.

Stellen wir nach dieser Abschweifung abermals die Frage, welche Haltung das Deutsche Reich in der Annexionskrisis einnehmen mußte!

Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß die Doppelmonarchie, wenn von Deutschland nur bedingt und unter Vorbehalten unterstützt, von den Ententemächten unter stärksten Druck gesetzt werden würde, oder daß von einem gewissen Punkte an England und Rußland das Gegenteil versuchen würden mit der Devise: durch diesen Druck zu zeigen, daß Österreich-Ungarn besser tue, sich der Tripleentente anzuschließen; dabei würde es besser auf seine Kosten kommen, als in Verbindung mit dem Deutschen Reiche. Damit wäre das Deutsche Reich voraussichtlich vor die Frage des Krieges gestellt gewesen. Im Auslande hatte sich ja die Ansicht gebildet, Deutschland werde nicht Krieg führen, sondern in heiklen Fragen lieber zurückweichen. Es ist sicher unrichtig, anzunehmen, daß die sogenannte bosnische Krisis vom König Eduard planvoll angelegt worden sei, um zum Ergebnisse eines schweren deutschen Ansehensverlustes und zur Aushöhlung des Dreibundes zu gelangen. Seine Politik zielte aber von Anfang an auf Schwächung der deutschen Position. Jede ihm geeignet erscheinende Gelegenheit und Konstellation stellte er in den Dienst dieses seines Leitmotivs.

Auf der anderen Seite stand das Bedenken, ob Deutschland sich nicht ohne Not zu sehr exponiere und für die Zukunft der österreichischen Balkanpolitik einen folgenschweren Präzedenzfall schaffe. Während der Krisis und nachher noch war auch in Deutschland die Ansicht sehr verbreitet: trotz der Aufgabe des Sandschaks Novibasar sei Saloniki das politische Endziel des Grafen Aehrenthal. Seine Politik erschien um so

undurchsichtiger, weil damals, besonders in der Öffentlichkeit, nicht begriffen wurde, weshalb er zuerst das Projekt der Sandschakbahn in die Welt setzte, und, als eben der Lärm darüber verklungen war, eben dendenselben Sandschak ohne Not der Türkei zurückgab, das Bahnprojekt links liegen ließ und mit der Annexion eine scheinbar ganz neue Politik begann. Dazu kam, daß auch in Österreich-Ungarn eine starke Strömung für Balkanexpansion sich geltend machte. Im Verlaufe der bosnischen Krisis, besonders angesichts der serbischen Anmaßungen, wuchs diese Strömung immer mehr und trieb, von einflußreichen Persönlichkeiten gestützt, zum Kriege. Auch hier erblickten viele eine bedenkliche Perspektive für die deutsche Bündnispolitik. Wo sollte es hinführen, wenn das Deutsche Reich sich vermöge des Schwergewichtes seiner Wehrkraft und Politik verpflichten ließ, als Sturmbock für gewaltsame Expansionspolitik Österreichs-Ungarns gebrauchen zu lassen? Blicken wir auf jene Verhältnisse zurück, wie sie sich damals dem Außenstehenden zeigten, so war die Stellungnahme eines Teiles der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht ohne Berechtigung: das Deutsche Reich solle, der Bismarckschen Tradition folgend, auf dem scharf umrissenen Boden des Bündnisvertrages bleiben, nicht über ihn hinausgehen. Zur Beurteilung dieser Stimmung kann auch nicht unerwähnt bleiben, daß man vielfach glaubte, der Leiter der deutschen Politik ließe sich durch Schwäche und Unentschlossenheit von dem energischen österreichischen Minister ins Schlepptau nehmen.

Später hat die Politik des Fürsten Bülow, zumal die seiner Nachfolger gezeigt, daß diese Gefahr eine eingebildete war, vielmehr die deutsche Politik Österreich gegenüber damals und später von richtigen Gesichtspunkten ausgegangen ist.

Als die für die deutsche Politik hauptsächlich maßgebenden Motive wird man die folgenden herausheben können: die Erledigung der bosnischen Frage war für Österreich-Ungarn tatsächlich eine Lebensfrage. Es war selbstverständlich, in einer Lebensfrage dem Bundesgenossen von Anfang bis zu Ende Hilfe zu leisten, denn, abgesehen von allen etwaigen Gefühlsmotiven, wäre die Großmachtstellung Österreich-Ungarns nicht nur gefährdet, sondern wahrscheinlich dauernd in Frage gestellt worden, wenn das Deutsche Reich nicht fest an seiner Seite blieb. Eine weitere Überlegung ist möglicherweise gewesen, daß Österreich-Ungarn, wenn es ohne deutschen Beistand blieb, sich zum Kriege mit Serbien gezwungen gesehen hätte. Ein solcher Kampf wäre aber aller Wahrscheinlichkeit nach der Ausgangspunkt für einen europäischen Krieg trotz Rußlands Mangel an Bereitschaft oder aber verhängnisvoller Krisen unter den Nationalitäten der Doppelmonarchie geworden. Im

ersten Falle wäre dann das Deutsche Reich doch in den Krieg hineingezogen worden, in beiden hätte es mit dem Verluste der Großmachtstellung des Bundesgenossen durch innere Zersetzung rechnen müssen. Dann bot sich hier eine Gelegenheit, dem Bundesgenossen nicht nur, sondern auch der Welt zu zeigen, daß Deutschland unbekümmert um die Folgen fest stehen konnte, wenn es sich um wirklich große Dinge handelte.

Fürst Bülow richtete bereits zwei Tage nach der Veröffentlichung der Annexion die folgende Weisung an den deutschen Botschafter in Wien und ließ an anderen diplomatischen Stellen dieselbe Sprache führen: „Ich lege besonderen Wert darauf, daß man in Wien hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es sei dies für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität." — In seiner Rede vom 29. März 1909 im Deutschen Reichstage führte Bülow zur Rechtfertigung seiner Stellung den folgenden Satz aus der Bismarckschen Rede vom 6. Februar 1888 an: „Ein Staat wie Österreich-Ungarn wird dadurch, daß man ihn im Stiche läßt, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand zu bieten, der seinerseits der Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist."

Die seitdem verflossenen Jahre haben, das muß mit Nachdruck ausgesprochen werden, diese Politik des Fürsten Bülow gerechtfertigt. Falsch ist anderseits die Auffassung, die man zumal in Österreich-Ungarn vorfand: als ob das Deutsche Reich aus Angst, den Freund und Bundesgenossen Österreich-Ungarn zu verlieren und dann ganz isoliert dazustehen, sich fest an die Seite des Bundesgenossen gestellt habe. Wie schon vorher gesagt wurde, bedurfte — und bedarf — Österreich-Ungarn des Deutschen Reiches in viel höherem Maße, als daß das Umgekehrte der Fall wäre. Die Großmachtstellung der Doppelmonarchie hing davon ab, auch ohne daß das Schwert entschied. Setzt man den Gedankengang fort, nimmt man an, Österreich-Ungarn habe sich, von Deutschland im Stich gelassen, in das Lager der Gegner begeben, so würde es davon keinen Gewinn gehabt haben, sondern in Abhängigkeit Rußlands geraten und dem Slawismus früher oder später preisgegeben worden sein, überdies mit einem feindlichen Deutschen Reiche an seiner anderen Grenze. Seine Großmachtstellung würde vielleicht noch eine Zeitlang scheinbar bestanden haben. Ein isoliertes Deutsches Reich aber wäre zum Äußersten entschlossen, keineswegs in hoffnungsloser Lage gewesen, auch nicht einer Koalition gegenüber. Neben diesen Erwägungen galt naturgemäß für die deutsche Politik diejenige, daß es immer ein Fehler ist, sich einen vorhandenen Bundesgenossen ohne Not zu entwerten, sei es direkt, sei es indirekt, sei er stark oder schwach.

Welches zu Beginn der bosnischen Krisis die Grundabsichten der

anderen Großmächte, vornehmlich Englands gewesen sind, ist in der Hauptsache angedeutet worden: Gegen das Deutsche Reich über Österreich-Ungarn! Wie gesagt, ließ Fürst Bülow von vornherein nirgends Zweifel darüber, daß das Deutsche Reich ohne Vorbehalt hinter dem Bundesgenossen stehe. Dadurch wurde die Krisis zur Lösung gebracht, und zwar zur friedlichen. Vom Oktober 1908 bis zum Februar und März 1909 dauerte die Spannung. Neben dem Widerspruche und der „Entrüstung" Englands und Rußlands, neben dem Proteste der Türkei und den Kompensationsforderungen Serbiens für vernichtete Hoffnungen einigten sich diese Mächte, übrigens einschließlich Frankreichs und Italiens, auf die englische Bedingung: nur eine internationale Konferenz könne die Beschlüsse einer solchen ändern, folglich müsse eine europäische Konferenz berufen werden. Baron Aehrenthal wies den Konferenzgedanken nicht vollständig von der Hand, machte aber von vornherein wie selbstverständlich zur Bedingung, daß die Annexion und die sonstigen Maßnahmen der Doppelmonarchie auf dieser Konferenz nicht zur Diskussion gestellt würden und ebensowenig die Kompensationsforderungen Serbiens. Um diese Punkte drehten sich im wesentlichen während des Winters die diplomatischen Meinungsverschiedenheiten.

Internationale Konferenzen solcher Art sind immer gefährliche Veranstaltungen. In einer Lebensfrage nicht nur, sondern überhaupt in einer Streitfrage, wo sie bereits entschiedene Stellung genommen hat, kann eine Großmacht die Berechtigung dieser, ihrer Stellungnahme nicht international diskutieren und darüber entscheiden lassen. So bleiben zwei Wege: die Konferenz wird zur leeren Form, indem die betreffende Macht vorher bindende Zusicherungen von allen Mächten erhält, daß die Konferenz oder der Kongreß den neuen Stand der Dinge einfach feststellen und sanktionieren wird, oder aber an Stelle der Konferenz treten Einzelverständigungen zwischen den verschiedenen Signatarmächten. Im Falle der bosnischen Frage ist der Gedanke einer rein formalen, nur registrierenden Konferenz auch erwogen worden. Sie wäre aber wahrscheinlich nicht durchführbar gewesen, weil die Türkei und Serbien von vornherein gerade angesichts einer Konferenz nicht daran gedacht hätten, den neuen Stand der Dinge anzuerkennen, weil ferner Bulgarien als unabhängige Macht Teilnahme an der Konferenz beansprucht hätte, und die Türkei sich dem ohne Zweifel widersetzt haben würde.

Die deutsche Politik vertrat den Standpunkt der praktischen Überlegung, daß man eine Konferenz zwar nicht grundsätzlich zu verwerfen brauche, daß sie aber sorgfältig genug vorbereitet sein müsse, um irgendwelche Beunruhigung und Gefahren auszuschließen. Im Grunde wird Fürst Bülow von Anfang an gegen eine Konferenz gewesen sein.

Als das Deutsche Reich unerschütterlich und dabei tätig neben Österreich-Ungarn stand und seine vollkommene Einmütigkeit mit dem Bundesgenossen betonte und betätigte, schwand den anderen Mächten von Monat zu Monat gründlicher die Illusion, daß man durch Druck etwas erreichen könne. Baron Aehrenthal, unterstützt von der deutschen Politik, gelangte nach langen Unterhandlungen schließlich, Ende Februar 1909, mit der Türkei zu einem Sonderabkommen, das den neuen Stand der Dinge anerkannte; Österreich-Ungarn bot der Türkei eine Geldentschädigung von 42 Millionen Mark. Baron Aehrenthal hatte damit zwar seinen anfänglichen Standpunkt, daß die Türkei durch die Annexion nichts verloren, jedenfalls durch die Rückgabe des Sandschaks Novibasar genügend entschädigt sei, verlassen. In Österreich ist ihm diese Inkonsequenz vielfach als Fehler ausgelegt worden. Wir müssen uns in diesem Zusammenhange versagen, näher auf die Sache einzugehen.

Nun war noch Serbien übrig. Rußland und England hatten das Spiel verloren gegeben. Anfang März vereinigten sich Rußland, England, Frankreich und Italien, um auf Serbien einzuwirken, es möge auf seine Kompensationsforderungen verzichten. Die serbische Regierung erklärte, sie lege die Angelegenheit in die Hände der Großmächte, auf deren gemeinsame Aktion sie damals noch hoffte. Die Kriegsvorbereitungen wurden dabei fortgesetzt, die Erregung stieg auf beiden Seiten.

Da griff Fürst Bülow mit einer Maßnahme ein, die entscheidend werden sollte. Alle genannten Mächte hatten anerkannt, daß die serbische Antwort unbefriedigend war. Die serbische Regierung wich einer Antwort aus, indem sie erklärte, die Mächte hätten ja selbst der Annexion ihre Zustimmung nicht gegeben. Nun war, wie gesagt, die letzte Einwirkung der genannten Mächte auf Serbien unter Führung der russischen Regierung erfolgt. Diese Sachlage benutzte Fürst Bülow, um Rußland freundschaftlich zur Erwägung zu stellen, ob es nicht richtig sei, Serbien jenen Vorwand damit zu entziehen, daß die Großmächte einzeln der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Zustimmung zur Annexion ausspräche. Durch diese sehr geschickte Wendung der Sache wurde sozusagen das Eis gebrochen. Die russische Regierung konnte in einem Eingehen auf den Bülowschen Vorschlag kein der russischen Würde widersprechendes Nachgeben erblicken, weil eben die vorher schon von ihr selbst versuchte Beruhigung Serbiens Zweck und Grundlage des Vorgehens war. Rußland hätte hingegen den Schritt aus eigener Initiative nicht tun können, und ebensowenig eine der anderen Mächte, da sie sich bis dahin gegen Österreich gestellt hatten. Die unscheinbare Anregung der Berliner Regierung beseitigte ebenfalls die von Serbien noch immer drohende Kriegsgefahr. Bis zuletzt rechneten die Serben: man würde

nur loszuschlagen brauchen, um die Unterstützung Rußlands und damit den großen europäischen Krieg zu erhalten. Anderseits bestand für Rußland die unangenehme Aussicht, entweder, ohne kriegsbereit zu sein, sich in diesen großen Krieg hineinzubegeben oder Serbien im Stiche zu lassen und so eine schwere Einbuße an Ansehen auf dem Balkan und dem ganzen Slawentum gegenüber zu erleiden. Auch aus dieser Verlegenheit half nunmehr der Bülowsche Vorschlag den Russen, jedenfalls diplomatisch, heraus. Iswolski ging auf ihn ein, die übrigen Kabinette folgten, die bosnische Frage war erledigt.

Am 25. März telegraphierte Freiherr v. Aehrenthal an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Baron v. Szögenyi-Marich: „Ich ersuche Eure Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler meine dankbare Befriedigung über das Resultat des von Graf Pourtalès (dem deutschen Botschafter in Petersburg) unternommenen Schrittes, von welchem ich mir eine günstige Rückwirkung auf die ganze Situation erwarte, zum Ausdrucke zu bringen." Am 26. März lief die Zustimmung Iswolskis ein, und in einer Depesche an den österreichisch-ungarischen Botschafter zu London spricht Baron Aehrenthal, der im übrigen sehr sparsam mit derartigen Wendungen war, noch einmal von der „erfreulichen Zustimmung Herrn Iswolskis". Nach ihrem Eintreffen bedürfe es „wohl nur eines bestimmten Rates der von England geführten Mächte in Belgrad, um den Frieden zu sichern", und daß „ich daher mit Vertrauen der weiteren Entwickelung der Dinge entgegensehe". — Dieses Vertrauen wurde nicht getäuscht, Serbien erkannte nunmehr den neuen Stand der Dinge vorbehaltlos an und führte seine Armee auf den Friedensstand zurück.

* * *

Die entschlossene Stellungnahme des Deutschen Reiches hatte genügt, um den übrigen unter Englands Führung arbeitenden Mächten zu zeigen, daß sie versagen mußten, sobald es auf Ziehen der letzten Konsequenzen, nämlich den Krieg, ankam. In Deutschland wie in Österreich-Ungarn war die Entschlossenheit, einen aufgezwungenen Krieg in dieser Sache zu führen, tatsächlich vorhanden. Großbritannien hätte gewünscht, Rußland, Frankreich und Serbien direkt auf Deutschland und Österreich zu hetzen, Italien womöglich nach Albanien und Tirol, die Türkei von Deutschland abzusprengen und ganz unter die britische Autorität zu bringen, dabei selbst, wenn es vorteilhaft erscheinen sollte, auch zur See einzugreifen. Hier kam freilich schon die deutsche Flotte in Betracht. Wie beiläufig bemerkt sein mag, erklärte im Frühjahr 1909 der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, Großadmiral v. Tirpitz, während der letzten Krisis habe sich die deutsche Flotte als einer der den Frieden

erhaltenden Faktoren geltend gemacht. — Ob die Mächte unter Englands Führung damals einem genauer ausgearbeiteten Plane mit klarem Ziele gefolgt sind, kann dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß die Kernfrage in dem Augenblicke erledigt war, wo die deutsche Haltung sich als fest zeigte. Ende des Jahres 1908 richtete der deutschfeindliche Pariser „Le Temps" feierliche Warnungen nach England hinüber, man möge dort nicht zum Kriege drängen. Rußland war nicht bereit, kurz, aus allen großen Worten war nichts geworden, und in diesem Sinne zeigte sich die Tripelentente zwar nicht als leerer Schein, wohl aber als außerstande, die Machtfrage wirklich zu stellen.

Daß König Eduard von England, dessen Friedensliebe an sich nicht bestritten werden kann, wirklich auf einen Krieg hingearbeitet habe, ist trotzdem nicht anzunehmen. Er rechnete aber fest damit, daß das Deutsche Reich sich durch den Anschein einer Mobilisierung „Europas" einschüchtern lassen und nachgeben werde. König Eduard hat eine Analogie der deutschen Marokkopolitik während der bosnischen Krisis angenommen, unter Verkennung der außerordentlichen Verschiedenheit der Gegenstände und der Lagen. Dieselbe Verkennung ist vielfach auch in Deutschland hervorgetreten. Man kann dabei Einzelheiten beiseite lassen, die Verschiedenheit ist aber nicht zu bestreiten, und die Konsequenz der Bülowschen Politik in jedem einzelnen der beiden Fälle auch nicht; nur daß sie in einem Falle unrichtig, im anderen richtig war.

Dem Bundesgenossen Österreich-Ungarn hatte das Deutsche Reich einen großen, ja, man kann ohne Übertreibung sagen, einen entscheidenden Dienst geleistet. Seine Stellung auf dem Balkan, seine Stellung als europäische Großmacht war nicht nur gewahrt, sondern in hohem Maße gestärkt und gefestigt worden. Baron Aehrenthal hatte so zum ersten Male seit vielen Jahren wieder eine erfolgreiche Außenpolitik der Doppelmonarchie in die Wege leiten können, eine Politik, die ohne den Beistand des Deutschen Reiches bis aufs letzte nicht durchführbar gewesen wäre. Darin lag österreichischerseits ein Vertrauen auf die deutsche Hilfe, das nicht ungerechtfertigt war, aber wie wir sahen, sehr große Ansprüche stellte. Ein weiterer Gewinn für Österreich-Ungarn lag in dem Tatbeweise, daß sein Vertrauen sich glänzend gerechtfertigt hatte. Darüber hinaus war die naturgemäße Folge, daß das politische Selbstvertrauen Österreich-Ungarns sich hob. Man hatte bisher geglaubt, daß die Doppelmonarchie zu einer kräftigen auswärtigen Aktion nicht fähig sei. Der Verlauf der bosnischen Krisis hatte den Gegenbeweis geführt: nämlich daß bei festem Zusammenschlusse mit dem Deutschen Reiche Österreich-Ungarn ein wirksamer und mächtiger Faktor sein konnte.

Als weitere erfreuliche Folge zeigte sich, daß das alte Österreicher-

tum wieder zu erwachen begann. Das war und ist auch ein Vorteil für das Deutsche Reich. Uns Deutschen ist nicht mit einem zerrissenen Österreich-Ungarn gedient, sondern wir müssen auch im eigensten Interesse ein starkes Österreich-Ungarn wünschen, vorausgesetzt natürlich, daß ein starkes deutsches Reich und eine entschlossene und klare deutsche Politik vorhanden sind. Gerade hieran aber wurde, wie gesagt, damals in Deutschland gezweifelt. Nach der bosnischen Krisis verstärkten sich diese Zweifel, als Graf Aehrenthal vielfach eine Sprache führte, die unfreundlich und hochfahrend im Hinblick auf das Deutsche Reich war. Er hatte die Absicht, mit England und Rußland wieder in gute Beziehungen zu kommen, außerdem vertrug sein Ehrgeiz nicht, daß die Öffentlichkeit Europas die Bedeutung des deutschen Beistandes so hoch anschlug. Graf Aehrenthal nahm aus diesem Grunde häufig Gelegenheit, auch Ausländern gegenüber, hervorzuheben, daß Österreich-Ungarn weit entfernt wäre, sich vom Deutschen Reiche beeinflussen zu lassen, vielmehr vollkommen selbständig handle. In einer Unterredung mit einem russischen Politiker ging Aehrenthal so weit, diesem zu erklären: Österreich-Ungarn lasse sich von Rußland beeinflussen, aber nicht von Deutschland. Diese und ähnliche Vorkommnisse erregten böses Blut hüben und drüben. Sie waren um so bedauerlicher, als sie durch keinerlei Notwendigkeit geboten, sondern durch persönliche Empfindlichkeiten und Eitelkeiten hervorgerufen wurden. — Der Verfasser dieser Schrift unterhielt sich im Herbste des Jahres 1909 mit dem Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter über diese Dinge und gab auch der Besorgnis Ausdruck, daß die deutsche Politik vielleicht über die Grenze der eigenen Interessen hinaus die österreichischen verfechte. Der Staatssekretär erwiderte, zu solchen Besorgnissen sei kein Anlaß und auch vorher nicht vorhanden gewesen. Deutschland müsse vielmehr das Gefühl der Befriedigung darüber empfinden, daß Österreich-Ungarn gezeigt habe: „hei lebet noch, hei lebet noch ...“ Die folgenden Jahre haben dieser Auffassung recht gegeben, außerdem jene kleinen diplomatischen, publizistischen und persönlichen Unebenheiten zwischen den Verbündeten zum Verschwinden gebracht.

Entspannung und „Panik“.

Am 10. Februar 1909 machte König Eduard seinen ersten Besuch in Berlin, im selben Augenblicke, wo sein allzu künstliches Abschreckungssystem Deutschland gegenüber versagt hatte. Der König war Staatsmann genug, um aus politischen Tatsachen politische Folgerungen zu ziehen.

Am 29. März 1909 sprach der Reichskanzler Fürst Bülow von diesem

Besuche als von einem „in jeder Hinsicht glücklichen Begebnisse". Er pries die Worte aufrichtiger Friedensliebe und Freundschaft, die der König in Berlin gesprochen habe, und sagte: „Es gibt ja kaum zwei Länder, die für ihre nationale Arbeit so sehr aufeinander angewiesen sind wie Deutschland und England." Der Reichskanzler erörterte ausführlich die Größe und Art der beiderseitigen Handelsbeziehungen, kurz, es war nicht mißzuverstehen, daß er mit dem Frühjahre 1909 eine neue Periode des deutsch-englischen Verhältnisses angebrochen glaubte. Die Gründe, weshalb er das glaubte, gehen aus den Darlegungen des vorigen Kapitels hervor. Fürst Bülow war offenbar der Ansicht, daß Großbritannien nach alter Tradition praktisch genug sein werde, nicht zu versuchen, mit dem Kopfe durch die Wand zu gehen, sondern den Umständen und Machtverhältnissen mit guter Miene Rechnung zu tragen. Freilich, man muß hier zwei Momente auseinander halten. In der bosnischen Krisis handelte es sich um eine ausschließlich festländische Angelegenheit. Das deutsch-österreichische Bündnis stand gerade in diesem Falle recht eigentlich auf dem Grund und Boden, aus welchem es erwachsen war und seine Nahrung zog. Seine Verteidigungsstellung besaß eben dort politisch, militärisch und moralisch das Höchstmaß an Stärke und Kraftentwicklung. Gegen diese Stellung, die nicht nur uneinnehmbar war, sondern in einem europäischen Kriege zu einer schlechthin gebietenden Position geworden wäre, fand Großbritannien nicht die festländischen Degen, deren seine Europapolitik bedurfte. Insofern brachte die bosnische Krisis einen politischen Zustand, der tatsächlich schon vorhanden war, zum Ausdruck. Sie schuf keinen neuen Zustand. Neu war nur die Entdeckung und Erfahrung, daß die Tripleentente angesichts der ernsten Möglichkeit des Krieges ohnmächtig wurde, während der deutsch-österreichische Zweibund sich mit der Gefahr stärker, selbstbewußter und geschlossener erwies, als es in normalen Zeiten geschienen hatte. Diese Erfahrung war und bleibt auch fernerhin von hohem unschätzbarem Werte, unter der Bedingung, daß man sie nicht unüberlegt verallgemeinert.

Als Gegenstück bot sich eindrucksvoll die Lehre, daß die Inselmacht England auch im Vereine mit den beiden Festlandsgroßmächten Frankreich und Rußland die Situation auf dem Festlande weder zu beherrschen, noch entscheidend zu beeinflussen imstande war, wenn die beiden europäischen Zentralmächte sich entschlossen widersetzten. Hätte eine solche Krisis zehn Jahre früher stattgefunden, so würde Großbritannien vielleicht weniger Bedenken gehabt haben, es zu einem Kriege kommen zu lassen, auch dann den Festlandsmächten ein wirksamerer Bundesgenosse gewesen sein, nämlich durch schnelle Vernichtung der deutschen Flotte, Blockade

der deutschen Küsten und Vernichtung des deutschen Seehandels. Im Winter 1908/09 wäre ein solches Vorhaben aber mit großen Schwierigkeiten und erheblichem Risiko verknüpft gewesen, was bereits aus der Tatsache hervorgeht, daß Großbritannien schon damals seine gesamte kampffähige Flotte dauernd in der Nordsee konzentriert hielt. Die Engländer waren inzwischen auch dahinter gekommen, daß der deutsche Boden genug Fleisch und Brot produziert, um während eines Krieges die Bevölkerung auch ohne überseeische Einfuhr zu ernähren, die Folgen einer britischen Sperrung der Nordsee also die deutsche Widerstandskraft nicht brechen können.

Diese Lehren des Winters 1908/09 haben damals in Großbritannien mehr Eindruck gemacht, als man in Deutschland wohl vermutete. Das äußerte sich in zwei Richtungen: An die Stelle der vom alten Feldmarschall Lord Roberts schon seit dem Jahre 1906 in Wort und Schrift unterhaltenen Agitation für Schaffung eines großen stehenden Heeres gegen deutsche Invasion trat eine neuere, ernstere Agitation zur Schaffung eines Heeres „für“ Invasion, nämlich für die Invasion des europäischen Festlandes. Eine Anzahl einflußreicher politischer und militärischer Persönlichkeiten und Blätter begannen auf breiter Basis für diesen Gedanken öffentlich Stimmung zu machen; Frankreich, so hieß es in Parlament und Presse, würde dem Stoße der deutschen Armeen nicht gewachsen sein, und das Deutsche Reich im Kriege ohne weiteres die Hand auf die niederländischen und die belgischen Häfen legen. Das seien aber alles Lebensfragen für Großbritannien, man müsse deshalb jedenfalls annähernd zur allgemeinen Dienstpflicht übergehen und ein Heer von solcher Stärke und Bereitschaft schaffen, daß in jedem Augenblicke 250 000 Mann geschulter Truppen bereit wären, auf französischen, belgischen oder niederländischen Boden überzusetzen.

Außerdem wurde zu Beginn des Jahres 1909 eine Panik in Großbritannien wegen des Wachstumes der deutschen Flotte in Szene gesetzt. Wieviel von dieser „Panik“ künstlich war; wieviel echt, läßt sich nicht genau abgrenzen. Tatsache war jedenfalls, daß unzählige Engländer ernsthaft glaubten, die deutsche Dreadnoughtflotte sei im Begriffe, die englische zu überflügeln. Die Oppositionspartei, welche mit falschen Schiffszahlen und Bauterminen arbeitete, benutzte die britische Deutschenangst, um die Regierung laut und vorwurfsvoll anzuklagen, sie vernachlässige die britische Flotte und gäbe die Sicherheit des Landes preis. Die Regierung verteidigte zwar ihre bisherige Baupolitik, glaubte aber doch notwendig, nunmehr auch ihrerseits neue, unerwartete, beängstigende Fortschritte der deutschen Flotte anerkennen zu müssen. Da das Bautempo der deutschen Flotte fest und öffentlich geregelt war, so griff das

Londoner Kabinett zu dem parteipolitisch wirksamen, international-politisch aber fragwürdigen Mittel: im Widerspruche zur Wahrheit zu behaupten, daß die deutsche Flotte schneller ausgebaut würde, als öffentlich festgelegt und in Aussicht genommen sei. Die Regierung machte sich die falschen Zahlen ebenfalls zu eigen.

Im Winter 1907/08 war eine neue deutsche Flottenvorlage eingebracht worden, und zwar in Gestalt einer Abänderung des bestehenden Flottengesetzes. Die Abänderung bestand in der Herabsetzung der ersatzpflichtigen Altersgrenze für Linienschiffe von 25 Jahren auf 20 Jahre. Diese Herabsetzung war schon längst notwendig gewesen, weil in unserer Zeit des schnellen Flusses der Technik die Schlachtschiffe nach 20 Jahren völlig veraltet sind. Im Auslande, besonders in England, ersetzte man solche Schiffe schon nach weniger als 20 Jahren. Der Reichstag nahm diese Vorlage angesichts der europäischen Lage ohne Debatte an. Infolge der Herabsetzung der Altersgrenze für die Linienschiffe wurden drei des vorhandenen alten Bestandes früher ersatzpflichtig, als sie nach dem bisher geltenden Bauplane, der auf eine fünfundzwanzigjährige Lebenszeit der Schiffe zugeschnitten war, ersatzpflichtig gewesen wären; also ein ganz mechanischer Vorgang, ohne politischen Hintergrund. Die Marineverwaltung zog nur eine selbstverständliche Konsequenz, als sie die drei Schiffe in den Jahren 1908, 1909 und 1910 außer den sonst fälligen Bauten auf Stapel legen ließ. Auch diese Maßnahme war wie alle anderen derartigen in amtlichen Publikationen öffentlich auseinandergesetzt und ebenso im Reichstage verhandelt worden. Das britische Kabinett behauptete aber, daß man in Deutschland viel schneller baue, als öffentlich angegeben werde.

In seiner Rede vom 29. März 1909 erklärte Fürst Bülow hierzu, man denke nicht entfernt daran, „mit dem Bau der deutschen Flotte in Wettbewerb zu der britischen Seemacht zu treten. Durch zahlreiche Erklärungen im Deutschen Reichstage und durch den Inhalt des Flottengesetzes selbst ist das unverrückbare Ziel der deutschen Flottenpolitik dahin festgelegt worden, daß wir unsere Flottenrüstung lediglich zum Schutze unserer Küsten und unseres Handels schaffen wollen. Es ist auch eine unanfechtbare Tatsache, daß das Programm unseres Flottenbaues in voller Offenheit daliegt, daß wir nichts zu verheimlichen, nichts zu verstecken haben, und daß nicht beabsichtigt ist, die Durchführung des Bauprogrammes über die gesetzlichen Fristen hinaus zu betätigen." Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, Admiral v. Tirpitz, belegte diese Erklärung des Reichskanzlers durch Zahlen. Die britische Regierung fand sich aber nicht bewogen, auf diese amtlichen Erklärungen hin die von ihr gegebenen und verbreiteten falschen Zahlen entsprechend zu

berichtigen, sondern ließ die „Panik" in Großbritannien ungestört ihren Fortgang nehmen. Erst 1911 erklärten die britischen Staatsmänner, sie hätten sich vor zwei Jahren geirrt gehabt. Auch das muß man als ein bemerkenswertes und charakteristisches Zeichen der Zeit und der Stimmung in Großbritannien ansehen: während auf der einen Seite in Wort und Schrift von hervorragenden britischen Politikern, ja auch von Regierungsvertretern in den warmen und versöhnlichen Tönen der Wunsch in die Welt hineingerufen wurde, Deutschland möge sich doch zu einer „Rüstungsverständigung zur See" herbeilassen, ließ man auf der anderen Seite nicht nur ruhig weiterhetzen, sondern arbeitete von der Regierungsbank aus mit bewußt falschen Ziffern hinsichtlich des Standes der deutschen Flottenstärke im Laufe der kommenden Jahre.

Über die Frage einer Rüstungsverständigung gab Fürst Bülow damals eine Erklärung im Reichstage ab: es hätten wohl unverbindliche Gespräche zwischen maßgebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten über diesen Gegenstand stattgefunden, „niemals aber ist ein englischer Vorschlag gemacht worden, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können". Nichtsdestoweniger fuhr man in der britischen Öffentlichkeit zu behaupten fort unter stillschweigender Billigung der Regierung, daß tatsächlich britische Vorschläge gemacht, aber von Deutschland zurückgewiesen worden wären. Welche Dimensionen jene auf Unwahrheiten beruhende britische Agitation annahm, die mit der „deutschen Gefahr" getrieben wurde, offenbarte sich drastisch auch darin, daß die selbstregierenden britischen Kolonien in aufrichtige Angst und Empörung über die schreckliche Gefahr versetzt wurden, welche Großbritannien von Deutschland drohe. Die britische Kolonialpresse und die Parlamentsdebatten in den Kolonien waren voll von sittlichem Zorne über die deutschen Angriffsabsichten, über dieses frivole Erorberertum, das nur aus Eifersucht und Raubsucht den Frieden der Welt stören wolle. Australien und Neuseeland schritten zur Tat und stellten dem schwer bedrohten Mutterlande sofort das Geld für zwei große Panzerschiffe zur Verfügung. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, sogar in einem Teile der deutsch gedruckten Presse, wurden laute Entrüstungsrufe ausgestoßen. Mit wenigen Ausnahmen ergriff man Partei für den angelsächsischen Vetter. Dieser benutzte, praktisch wie er ist, dabei fortwährend laute Angstrufe ausstoßend, die Gelegenheit, um die Kolonien fester an sich zu schließen und, nicht nur zu einmaligen, sondern zu dauernden Opfern für die Flotte zu bewegen, auch dankbar und wehmütig an die Vereinigten Staaten von Amerika zu appellieren. Noch im Jahre 1910 hielten amerikanische Seeoffiziere, die an Bord eines Geschwaders britische Häfen besuchten (in Gegenwart des Botschafters),

begeisterte blutrünstige Reden: Amerika werde den letzten Dollar opfern, um dem bedrohten alten Mutterlande in einem Kriege gegen Deutschland zur Seite zu stehen. Die Regierung in Washington mißbilligte zwar die Äußerungen, aber diese blieben nichtsdestoweniger ein beachtenswertes Stimmungssymptom. Neben den Anerbietungen und Verpflichtungen seitens britischer Kolonien war eine Reihe gewaltiger Flottenbudgets die Folge der britischen „Panik" von 1909.

Blickt man heute auf jene Periode zurück, auf alles, was damals gesagt, geschrieben und getan wurde, auf die Verleumdungen Deutschlands und seiner Absichten, so ist es in keiner Silbe übertrieben zu sagen, daß jene „Panik" von Anfang bis zu Ende auf bewußter Unwahrheit beruhte. Nur vereinzelt fiel einmal ein Politiker oder maritimer Fachmann aus der Rolle und sprach mit der normalen Geringschätzung und Überhebung von der deutschen Flotte.

Die deutsche Politik war hier die eines schweigenden Durchhaltens, eines Fortschreitens auf dem festgelegten Wege, ohne sich durch Lockungen oder Drohungen, die bald als warme, bald als kalte Dusche von Großbritannien herüberkamen, beeinflussen zu lassen.

Der Beginn des Jahres 1909 hatte ein Ereignis und Ergebnis gezeitigt, das in engem Zusammenhange mit den deutsch-britischen Beziehungen stand: die sogenannte Londoner Deklaration.

Wie Seite 287/88 erzählt wurde, behandelte die zweite Haager Konferenz vom Sommer 1907 auch eine Anzahl seekriegsrechtlicher Fragen. Dabei hatten sich verschiedentlich starke Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und britischen Delegierten gezeigt, u. a. in der Erörterung der Zulässigkeit der Anwendung von unterseeischen Minen. Diese Waffe war durch die Erfahrungen des Russisch-Japanischen Krieges zu einer vorher ungeahnten Bedeutung gestiegen. Ausgiebige Verwendung von Minen war gerade für die britische Seekriegführung, besonders in einem Zukunftskriege gegen Deutschland in der Nordsee ein sehr unangenehmer Gedanke, und man versuchte britischerseits auf der Haager Konferenz — im „Interesse der Neutralen und der Humanität", wo nichts anderes mehr fruchten wollte — möglichste Beschränkung des Minengebrauches zu erreichen. Abgesehen von Einschränkungen praktisch unwesentlicher Natur wurden deutscherseits aber keine Zugeständnisse gemacht. Man wahrte sich die Freiheit, wie sie die Interessen der Landesverteidigung gebieterisch erforderten.

Außerdem war, und dieses auf deutsche Initiative, von der Haager Konferenz die Errichtung eines internationalen Prisenhofes im Haag beschlossen worden. Dieser Prisenhof sollte als Appellinstanz über den nationalen Prisengerichten im Seekriege von Neutralen angerufen werden,

die sich durch die kriegführenden Parteien und deren Prisenhöfe beunrechtet glaubten. Man war sich im Haag hierüber einig geworden, stellte aber gleichzeitig fest, daß dieser internationalen Gerichtsbarkeit ihre unerläßliche Grundlage: ein internationales Prisenrecht fehlte. Um diesem Mangel abzuhelfen, lud die Londoner Regierung 1908 die Hauptseemächte ein, eine Konferenz in London zu beschicken, um ein internationales Seekriegsrecht auf den Haager Grundlagen zu schaffen. Das Ergebnis war die Londoner Deklaration vom Sommer 1909.

Der Grundgedanke der Konferenz war, neben den genannten Momenten, in erster Linie die Stellung der Neutralen und ihre Schiffahrt im Seekriege zu schützen und Garantien internationaler Natur für sie zu schaffen. Eine Anzahl von Bestimmungen: über Konterbande, Blockade Flaggenwechsel usw. usw. wurde vereinbart, während man über einige andere Punkte, in erster Linie die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe und umgekehrt, nicht einig wurde. Deshalb — in England hatte man aus naheliegenden Gründen ein Verbot oder ganz starke Einschränkung des Umwandlungsrechtes erreichen wollen — und wegen verschiedener anderer in der Deklaration festgesetzter Punkte begann nach dem Bekanntwerden der Deklaration in Großbritannien eine leidenschaftlich abfällige Kritik an ihr. Diese Kritik war ihrem Wesen nach deutschfeindliche Hetze und stimmte gut zur „Panik“.

In den großen Seekriegen ist die Praxis des Seekriegsrechtes, soweit man überhaupt von einem solchen reden kann, britisch gewesen. „Das Recht folgte der Flagge“ der allbeherrschenden und die Suprematie auf den Ozeanen haltenden Flotte. Die erste wesentliche internationale Bestimmung auf diesem Gebiet war die Pariser Deklaration nach dem Krimkriege im Jahre 1856. Von ihr ist das Verbot der Kaperei, zu der die britische Regierung neuerdings durch die armierten Handelsschiffe Mr. Churchills zurückkehren will, die bekannteste Bestimmung. In den folgenden Jahrzehnten, eigentlich kann man auch den Krimkrieg nicht mit dazu rechnen, hat Großbritannien einen großen Seekrieg nicht mehr geführt und in den Seekriegen anderer Nationen nur das Interesse des Neutralen gehabt, dieses aber immer mit dem ganzen, ungeheueren Gewichte seiner Flotte zur Geltung gebracht.

Ende des Jahrhunderts vermehrten sich die Marinen zweiten Ranges quantitativ und qualitativ, wie es vorher niemals der Fall gewesen war. Die Schiffahrt, der Handel und die überseeischen Bedürfnisse der Staaten und Länder begannen enorm zu wachsen und damit die Abhängigkeit der letzteren eben von diesen Beziehungen. Da jeder Seekrieg an sich schon eine Störung der Betriebssicherheit im überseeischen Verkehr bildet, so mußte durch das gleichzeitige Wachsen der Mittel des Seekrieges,

der Mittel des Verkehrs und der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Völker auch ihre Störung im Seekriege für die neutralen Mächte viel größer und empfindlicher werden. Daraus erwuchsen als Folge die Notwendigkeit und auch die Fähigkeit für die Neutralen, im Seekriege ihre Interessen zu schützen, auch den Kriegführenden gegenüber. Diese müssen mehr denn je in den neutralen Seemächten mächtige unter Umständen gefährliche Faktoren erblicken und genau abwägen, inwieweit das direkte militärische Interesse der Kriegführung solche Nachteile und Gefahren aufwiegt, wie sie durch Mißstimmung der Neutralen entstehen können. Die verschiedenen, hier nur angedeuteten Momente haben dann mehr und mehr Bedürfnis und Wunsch nach einer internationalen Regelung, vom Gesichtspunkte des neutralen Interesses eintreten lassen. So kam die deutsche Anregung des internationalen Oberprisenhofes und auf dessen Grundlage die Londoner Deklaration zustande.

Deutschland mit seiner großen und wachsenden Schiffahrt hat großes Interesse an einer weitgehenden Berücksichtigung des neutralen Handels und hegt die Auffassung, daß ihm eine solche unter allen Verhältnissen nützlich sein werde. In England besteht dagegen die Auffassung: international-rechtliche Gebräuche müßten im Seekriege so zugeschnitten sein, daß England vor allem als kriegführende Macht seinen Vorteil dabei findet; mit dem Hintergedanken, daß es als neutrale Macht seine Wünsche auch ohne internationales Recht immer leicht durchdrücken könne. Nimmt man zu diesen Überlegungen hinzu, daß die Entstehung und Entwicklung der deutschen Flotte einen deutsch-englischen Krieg als den Krieg der Zukunft beinahe allen Engländern erscheinen läßt, so ist verständlich, daß die Verhandlungen der Londoner Konferenz als ein deutsch-englischer Kampf angesehen wurden und das Ergebnis als die internationale Rechtsgrundlage, zugeschnitten auf einen deutsch-englischen Krieg. Tatsächlich war das nur implizite der Fall. Man konnte die Standpunkte während der Londoner Konferenz richtiger als den Kampf zwischen Festlandinteresse und Inselinteresse bezeichnen. Frankreich und Rußland standen neben Österreich und Italien oft genug mit den deutschen Delegierten zusammen, denn in vielen Punkten waren die Interessen die gleichen; die „Tripleentente" konnte auf diesem Gebiete nicht repräsentieren. In England nahm man diese Gegensätze zu den Freunden schweigend hin, nannte sie nicht und ließ sich daran genügen, die Feindseligkeit Deutschlands und die deutschen Ränke, welche gedient hätten, um Großbritannien auf der Konferenz zu übertölpeln, in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion zu stellen. Die britische Regierung hatte sich, nachdem von ihr selbst die Anregung zur Konferenz ausgegangen war, wohl oder übel in die Zahl der anderen Mächte ein-

reihen und das Interesse betätigen müssen, die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Als es sich nachher nun um die Ratifizierung und eine Ergänzung des britischen Prisengesetzes handelte, wurde auf Betrieb des Oberhauses durch Ablehnung der Änderung zum Prisengesetze die Ratifizierung der Deklaration unmöglich gemacht. Sie ist bis heute (1914) noch nicht erfolgt, ein internationales Seekriegsrecht gibt es also ebensowenig wie vorher.

Solange in England noch ein Krieg mit Deutschland für möglich oder wahrscheinlich gehalten wird, dürfte die Ratifizierung kaum erfolgen. Sollte es aber doch geschehen, so würden in einem solchen Kriege um die Existenz die britischen Staatsmänner und Admirale das Wort betätigen, welches im Frühling 1911 im Oberhause fiel: innerhalb der ersten vierzehn Tage des Krieges würde die Londoner Deklaration in Fetzen in das Meer fliegen. Angesichts der wachsenden Stärke unserer Flotte und verschiedener anderer Weltverhältnisse braucht Deutschland, wie beiläufig bemerkt sein mag, seine militärische Lage gerade England gegenüber nicht als ungünstig zu empfinden, wenn die britischen Admirale die Londoner Deklaration zerreißen oder die Regierung sie dem Könige niemals zur Ratifizierung vorschlagen sollte.

Das allgemein Wichtige und Bedeutende an dem Vorgange ist, daß das britische Volk von 1909 bis zum heutigen Tage vollkommen einmütig in dem Gefühle und in dem Willen ist, auch nicht den Schein einer Rechtsverpflichtung für das Verfahren im Seekriege auf sich zu nehmen, weil es glaubt, der nächste Seekrieg werde mit der deutschen Flotte ausgefochten werden, und weil es dann gelten soll, den deutschen Seehandel zu vernichten. Diese Grundsätze, vor allem das naive Gefühl ihrer Selbstverständlichkeit, liegen viel tiefer als alle auf augenblicklichen politischen Konstellationen und Interessen beruhenden gelegentlichen Annäherungen zwischen den beiden Mächten.

Die hervorragendsten Vertreter und Vertretungen des britischen Handels waren es, die von ihrer Regierung forderten, daß die Londoner Deklaration unter keinen Umständen ratifiziert werden dürfe. Auf keinen Fall dürfte man ferner der britischen Kriegsflotte im Kriege durch internationale Verträge die Hände binden. Handelskammern, Reedereivereinigungen, vereinigte Vertreter des Schiffbaues und der Industrie, — alle identifizierten das nationale, das militärische und das geschäftliche Interesse. In Deutschland umgekehrt waren es gerade diese Kreise, welche in offenbarer Unklarheit über ihr wirkliches Interesse im Kriege und die ihnen drohenden Gefahren die Besserung der Beziehungen, die „Verständigung“ in die erste Linie stellten und die Ansicht zum Ausdrucke brachten, daß sich nach einer Besserung hier alles andere von

selbst ergeben würde. Es war das eine bedauerliche Unkenntnis der Kriegsgeschichte, der Kriegsgebräuche, ihrer Wirkung auf den Handel, vor allem der wahren Art der englischen Anschauungen.

Die zahlreichen guten Wünsche wurden die Väter ebenso vieler politischer Gedanken, und diese Gedanken waren nicht gut. Zu ihnen gehörte, zumal vom Jahre 1909 an, der einer sogenannten Flottenverständigung. Wie der Leser weiß, lebt dieser Gedanke auch heute noch. In England wollte man, besonders nachdem dem Fürsten Bülow als Kanzler im Jahre 1909 Herr v. Bethmann Hollweg gefolgt war, einen neuen Anlauf nehmen. Im Jahre 1909 wurde in Großbritannien ein ungewöhnlich großes Bauprogramm (acht große Panzerschiffsneubauten) bewilligt. Die „Panik" hatte man dann einstweilen beiseite gelegt und hoffte nunmehr, wieder mit dem Zuckerbrot der „Verständigung" Erfolg zu haben. Wie diese aussehen sollte, das anzudeuten getraute man sich freilich nicht, dagegen wurden allerhand Gerüchte laut, daß Verhandlungen geführt würden. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärte dazu im Dezember 1910, daß man wohl unverbindlich darüber gesprochen habe, positive Anträge aber nicht gestellt worden seien. Die Fortdauer eines zwanglosen und vertrauensvollen Gedankenaustausches würde allmählich aber sicher zur Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens führen.

Der Reichskanzler hat später wiederholt den Gedanken zum Ausdrucke gebracht, daß die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen am sichersten durch praktisch-politische Zusammenarbeit erfolge. Dann werde das Mißtrauen in den Flottendingen ganz von selbst schwinden. Das ist ein Standpunkt, der um so aufrichtiger gebilligt werden kann, weil er die fruchtlose und gefährliche Behandlung der Utopie einer Rüstungsverständigung von vornherein ausschaltet.

In jenen Panikdebatten des Jahres 1909 entstand in England besorgte Überraschung darüber, daß Deutschland, wenn es wolle, annähernd ebenso schnell Kriegsschiffe bauen könne wie England, und daß die deutsche Geschützindustrie so unerwartet rasch in den Stand gelangt sei, die durch die Dreadnoughtära mit einem Male vervielfachten, an sie gestellten Ansprüche zu erfüllen. Zugleich begann damals in direkter ursächlicher Verbindung eine recht ungeschickte Agitation in England gegen den erfolgreichen Staatssekretär des deutschen Reichs-Marine-Amtes, Admiral v. Tirpitz. Er sei ein unheilvoller Mann und ein Feind Englands, das Hindernis einer aufrichtigen, englisch-deutschen Verständigung.

Agadir und Potsdam.

Das deutsch-französische Abkommen über Marokko vom Februar 1909 erwies sich schon sehr bald als verfehlt. Von deutscher Seite, amtlich und privat, wurde verschiedentlich versucht und angeregt, jene wirtschaftliche deutsch-französische Zusammenarbeit in Marokko und auch in Mittelafrika in die Wege zu leiten. Alle derartigen Pläne und Anregungen scheiterten an dem Mangel guten Willens und an der Fülle feindseligen Übelwollens in Frankreich. Im Widerspruche zu den Tatsachen erklärte man dort, Deutschland verlange von Frankreich, daß die beiden Mächte Marokko wirtschaftlich monopolisierten; das widerspreche der Algecirasakte. Deutschland, das vor allem für die Freiheit des Handels ohne jede Ungleichheit aufgetreten sei, wolle nunmehr Frankreich verlocken, zusammen mit ihm eine flagrante Ungleichheit zum Schaden Englands und Spaniens in den Handel Marokkos einzuführen. So habe man das Februarabkommen nicht gemeint. Oder aber man griff in Frankreich zu einem Mittel, welches bei dem häufigen Kabinettswechsel nahe genug lag: Unterhandlungen, die das vorige Kabinett über deutsch-französische wirtschaftliche Unternehmungen eingeleitet hatte, „versumpfen" zu lassen, nichts mehr von ihnen zu wissen. Jedes französische Kabinett benutzte dagegen natürlich die großen Vorteile der politisch freien Hand, welche das Februarabkommen Frankreich in Marokko gesichert hatte. Man scheute sich nicht, nunmehr offen die Algecirasakte, insoweit sie sich auf die Unabhängigkeit des Landes und die Souveränität des Sultans bezog, mit Füßen zu treten.

Das Februarabkommen war von dem nachmaligen Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter, der damals den erkrankten Freiherrn v. Schoen vertrat, in Berlin mit dem französischen Botschafter Mr. Jules Cambon abgeschlossen worden. Kiderlen-Waechter handelte im Sinne und nach der Instruktion des damaligen Reichskanzlers Fürsten Bülow. Wie auf Seite 309/10 gesagt wurde, verfolgte dieses Abkommen wohl in erster Linie den Zweck, Marokko als Reibungsfläche zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich auszuschalten. Den akuten Anlaß dazu bildete die bosnische Spannung. Außerdem wird der Gedanke maßgebend gewesen sein, daß das so ausgesprochene Désinteressement des Deutschen Reiches in Marokko dem Dilemma ein Ende machen sollte, welches durch das französische Vorgehen in Marokko einerseits, anderseits durch den Umstand geschaffen wurde, daß die deutsche Politik einen Widerspruch dieses Vorgehens zur Algecirasakte nicht annehmen zu sollen glaubte, obgleich ein solcher Widerspruch offensichtlich bestand. Das Abkommen vom Februar 1909 sprach mit dem politischen Désinteressement nur etwas

aus, was tatsächlich schon vorhanden und betätigt worden war. Die häufige Behauptung, das Abkommen habe ganz auf dem Boden der Algecirasakte gestanden, war wohl dem Wortlaute nach richtig, aber dem Sinne, vor allem der Absicht nach wich das Abkommen stark von der Akte ab. Die übrigen Mächte kümmerten sich sämtlich nicht um das französische Vorgehen in Marokko, es handelte de facto sich einzig und allein um Deutschland. Die Politik des Fürsten Bülow hatte die Konferenz herbeigeführt, ihr Ergebnis dann als wichtig und bedeutend behandelt. Das Februarabkommen bewies schon an sich das Gegenteil. Es bedeutete die amtliche „Entwertung" der Algecirasakte.

Im Frühjahr 1910 gelang es Frankreich durch das Zwangsmittel eines Ultimatums dem Sultan Mulai Hafid die Fessel einer großen Anleihe umzulegen. Der Sultan erhielt 80 Millionen Franken und verpflichtete sich, die französischen Feldzüge in Marokko innerhalb 75 Jahren zu bezahlen. Die französische Rechnung für diese Eroberungszüge belief sich auf weitere 70 Millionen Franken. Der Sultan mußte als Garantie seine sämtlichen Einnahmen verpfänden, die unter französische Kontrolle gestellt wurden. Damit war der entscheidende Schritt getan, Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans und des Landes, die Handelsfreiheit definitiv vernichtet, nachdem die Integrität des Gebietes schon im Jahre nach dem Abschluß der Algecirasakte verletzt worden war. Dieses Vorgehen stand auch im Widerspruche zum Abkommen von 1909, denn die wirtschaftliche Freiheit, die Freiheit des Handels wurden damit gleichermaßen vernichtet wie die Unabhängigkeit und Integrität des Landes. Die Dinge schienen unaufhaltsam ihren Gang gehen zu sollen, eine Handhabe für die deutsche Politik und diejenige der anderen — übrigens gleichgültig zusehenden — Unterzeichner der Algecirasakte bot sich nicht. So breitete sich der „Ölfleck" immer weiter aus, das okkupierte Gebiet in Marokko wurde ständig größer. Als der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter nicht lange nach seinem Amtsantritte vertraulich gefragt wurde, wie er sich zu der marokkanischen Entwicklung stelle, äußerte er die Auffassung: nach den Vorgängen könne man nicht mehr ohne weiteres eingreifen, auch nicht französische Aktionen für unzulässig erklären, die bisher ausdrücklich oder tatsächlich von der deutschen Politik gebilligt worden seien. Man müsse eben so lange warten, bis die Franzosen durch ihr Vorgehen ein Novum schafften.

Dieses Novum begann im Frühjahr 1911 einzutreten. Seitdem der Sultan Mulai Hafid sich wehrlos und willenlos in den Händen Frankreichs befand und keinerlei Widerstand mehr zu leisten versuchte, wurde naturgemäß das französische Interesse an ihm im Gegensatz zu früher wohlwollend. Der Sultan seinerseits benutzte die französische Freundschaft

zu Willkürakten verschiedenen marokkanischen Stämmen gegenüber. Des Unwillens dieser Stämme bediente sich Frankreich zur Fiktion: die Europäer in Fes würden durch marokkanischen Aufruhr schwer bedroht. Mulai Hafid bat gehorsam um Hilfe, und die französische Regierung betonte als ihren Standpunkt, sie müsse unbedingt die Souveränität des anerkannten Sultans schützen. So kam unter Führung des Generals Moinier die Expedition einer ansehnlichen Truppenmacht auf Fes zustande. Am 21. Mai wurde Fes ohne Widerstand genommen, und es stellte sich heraus, was von deutsch-marokkanischer Seite schon vorher geschrieben worden war, daß in keinem Augenblicke eine Gefährdung der Europäer in Fes bestanden hatte. Das Novum war mit dem Zuge nach Fes geschaffen worden, denn es handelte sich nicht mehr um die früher geduldeten französischen Aktionen im Schaujagebiete und nahe der algerischen Grenze, sondern um einen Zug nach dem Herzen, in die Hauptstadt des Landes.

Die deutsche Regierung setzte diesem Zuge keinen Widerstand entgegen, ließ aber halbamtlich zum Ausdrucke bringen, daß die Einnahme von Fes im Widerspruche zur Algecirasakte stehe und damit den übrigen Unterzeichnungsmächten ihre Handlungsfreiheit wiedergegeben würde. Der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter äußerte gelegentlich zum französischen Botschafter, Frankreich würde, einmal in Fes angelangt, nicht wieder herausgehen, was von dem französischen Botschafter Herrn Cambon lebhaft bestritten wurde. Der Staatssekretär ließ dann die Dinge gehen und äußerte sich persönlich dem Verfasser gegenüber dahin, man müsse diese Gelegenheit benutzen, um die Marokkoangelegenheit ein für allemal zu erledigen. Damals fand man in der englischen Presse Andeutungen, die wohl ein sogenannter Versuchsballon sein sollten: die deutsche Politik verhalte sich zwar abwartend, aber sie habe wahrscheinlich die Absicht, einen marokkanischen Küstenplatz — genannt wurde Mogador — zu erwerben. Auf diese englischen Nachrichten hin fragte der Verfasser den Staatssekretär, ob solche oder ähnliche Absichten beständen, und er erhielt die Antwort: die deutsche Regierung gehe nicht auf eine Fußfassung in Marokko aus. Wohl aber beabsichtige man, und wahrscheinlich schon in kurzem, eine Aktion an einem Punkte der marokkanischen Küste, um Frankreich zu zwingen, Deutschland eine Erörterung über die marokkanische Frage anzubieten.

Am 1. Juli ankerte das deutsche Kanonenboot „Panther“ im Hafen von Agadir, nachdem dortige deutsche Firmen die Reichsregierung um Schutz gebeten hatten. Kurz darauf trat an Stelle des „Panther“ der kleine Kreuzer „Berlin“; er stand unter dem Kommando des Kapitäns zur See Löhlein.

Es wird noch heute umstritten, welche Absichten die Reichsregierung, zumal der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter mit dieser Maßnahme verfolgt habe. In Frankreich ist eine ganze Literatur über das „Geheimnis von Agadir", den „Streich von Agadir", das „deutsche Rätsel" usw. entstanden, und man ist auf die sonderbarsten Kombinationen verfallen. Ein Teil des deutschen Volkes aber glaubt jetzt noch, daß die deutsche Regierung, im besonderen der Staatssekretär zunächst jedenfalls die Absicht gehabt habe, mit der Entsendung des „Panther" eine deutsche Fußfassung auf marokkanischem Boden vorzubereiten und anzumelden. Wie gesagt, ist dem Verfasser schon Wochen vor Agadir vom Staatssekretär erklärt worden, und zwar wiederholt, daß die Absicht einer Fußfassung nicht bestände. Auf eine Frage des Verfassers, ob der Staatssekretär glaube, daß bei einem neuen Marokkokonflikte zwischen Deutschland und Frankreich nicht vielleicht eine andere Haltung Großbritanniens als die von 1905 zu erwarten sei, antwortete der Staatssekretär, er glaube, daß Großbritannien genau dieselbe Haltung einnehmen werde wie damals, schon um den Franzosen nicht als unzuverlässig zu gelten. Hiermit entfällt auch die häufig aufgestellte Behauptung: Kiderlen-Waechter habe geglaubt, die britische Politik werde dieses Mal sich gegenüber der unseren freundlich stellen, auch selbst gegen eine deutsche Fußfassung in Marokko nichts haben. Nachdem sich das Gegenteil gezeigt habe, hätte dann Kiderlen-Waechter im Widerspruche zu seinen anfänglichen Absichten den Fußfassungsplan aufgegeben und nunmehr die Kongokompensationen gefordert. Im vorliegenden Falle ist nun keine Täuschung möglich, weil die genannten Äußerungen, die der Staatssekretär dem Verfasser gegenüber tat, ohne Ausnahme v o r der Entsendung des „Panther" nach Agadir getan worden sind.

Auf den auch im Deutschen Reichstage erhobenen Einwand: dann sei doch der Apparat der Entsendung eines Kriegsschiffes nach Marokko viel zu groß und viel zu gefährlich gewesen, habe auch in keinerlei Verhältnis gestanden zu dem, was der Staatssekretär erreichen wollte, muß die Frage gestellt werden, auf welche andere Art und Weise, mit was für einem weniger auffälligen und gelinderen Mittel es damals denn möglich gewesen wäre, die französische Regierung zu stellen! Die übrigen Unterzeichnermächte von Algeciras kümmerten sich nicht um Marokko, an eine Sammelaktion oder vereinigte Vorstellungen an Frankreich war nicht zu denken. Was aber Vorstellungen von seiten der deutschen Regierung allein anlangte, so waren die stereotypen französischen Antworten ja bekannt. — Derartige Erklärungen waren auch zur Rechtfertigung des Zuges nach Fes gegeben worden, und die deutsche Regierung hätte ohne Mühe noch ein paar Dutzend Antworten erhalten können. Wenn von

französischer Seite nachher erklärt worden ist, die deutsche Regierung hätte ja nur ein Wort zu sagen brauchen, dann würde man sich friedlich und freundlich ohne internationale Gefahren und Aufregungen verständigt haben, so sind solche Worte leicht gesagt, aber alles spricht dagegen, daß sie irgendwelche Grundlage besäßen, oder daß sie aufrichtig gemeint seien. Die französische Taktik hinsichtlich Marokkos war seit Algeciras immer die gleiche geblieben, weil man damit Erfolg hatte: die Taktik des Hinziehens, der loyalen Erklärungen und der illoyalen Handlungen. Nachdem die deutsche Politik einmal den Fehler begangen hatte, gutzuheißen, sah sie sich auf der schiefen Ebene, denn sie hatte sich damit selbst der Handhaben für später beraubt. Die Entsendung des Kanonenbootes nach Agadir war nicht ein zu starkes, sondern im Gegenteil das schwächste Mittel, um Frankreich zur Aufrollung der ganzen Frage ohne Aufschub zu veranlassen. Bewegungen einiger Armeekorps an unserer Westgrenze wären vielleicht noch zweckmäßiger gewesen.

Als Ziel stand dem Staatssekretär in großen Zügen von vornherein fest: wirtschaftliche Sicherstellung der deutschen Interessen in Marokko, und anderweitige Kompensation als Preis für das Protektorat über Marokko; denn dieses wollte er Frankreich zubilligen. Für den Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter bedeutete die Agadiraktion von Anfang an eine Liquidation der deutsch-französischen Marokkofrage, n i c h t s weiter. Er sah in dem bisherigen Gleiten auf der schiefen Ebene, bei gelegentlichen Protesten, die nichts Tatsächliches erreichten, nur Nachteile. Die einzige Folge werde sein, daß eines Tages Frankreich das tatsächliche Protektorat in Marokko ausübe, vor keinen wesentlichen Schwierigkeiten dort mehr stehe. Dann werde man nichts, auch keine Kompensationen mehr erhalten. Daß nach Lage der Dinge und Vorgänge Frankreich die politische Herrschaft in Marokko früher oder später zufallen werde, war der deutschen Regierung nicht verborgen. Seit Algeciras konnte das niemandem unklar sein. Die einzige Möglichkeit eines anderen Verlaufes hätte darin bestanden, daß Deutschland entschlossen gewesen wäre, sich an die Stelle Frankreichs in Marokko zu setzen. Diese Absicht hat aber, wie wir in früheren Abschnitten gesehen haben, niemals bestanden, und Kiderlen-Waechter war der letzte, der je an sie gedacht hätte. Sein Gedanke war, sich der Marokkoerbschaft, die er ohne Freude übernommen hatte, sobald wie möglich gegen annehmbare Werte zu entledigen. Schon damals leitete den Staatssekretär der Gedanke einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen auf politischer Grundlage. Er glaubte auch aus diesem Grunde eine baldigste Ausscheidung der Marokkofrage wünschenswert.

Wenige Tage nach der „Panther“-Veröffentlichung begannen die

deutsch-französischen Verhandlungen in Berlin, geführt vom Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter und dem französischen Botschafter zu Berlin Herrn Jules Cambon.

Die Verhandlungen bewegten sich in zwei Richtungen: der Festsetzung wirtschaftlicher Garantien für den deutschen Handel in einem französischen Protektorate Marokko; der Festsetzung einer Kompensation für Deutschland in Mittelafrika, als Entgelt für den Gewinn Frankreichs durch das Protektorat.

Der Grundgedanke Kiderlen-Waechters hinsichtlich dieser Kompensationen war die Anbahnung eines großen geschlossenen deutschen Kolonialbesitzes in Mittelafrika. Sein Wunsch ging im besonderen dahin, das Gebiet der französischen Kongokolonie von der Küste bis zum Ssangaflusse zu erwerben. Der Staatssekretär hielt diese Erwerbung für so wichtig, daß er kein Bedenken getragen hätte, die kleine, aber wirtschaftlich blühende deutsche Kolonie Togo draufzugeben. Zu amtlichen Verhandlungen über eine solche Grundlage des Ausgleichgeschäftes ist es nicht gekommen, zumal wohl, weil in den kolonialen Kreisen Deutschlands, den amtlichen und den nichtamtlichen, sich schon auf die ersten Gerüchte von einer eventuellen Aufgabe Togos starker Widerspruch erhob. Das Auswärtige Amt hat das Projekt deshalb schon im Keime aufgegeben. Wie man sich nun dazu stellen mochte und mag: es wird nicht bestritten werden können, daß der Plan ein Ganzes darstellte und große koloniale Zukunftsperspektiven bot. Jenes französische Kongogebiet hätte, im Verein mit dem deutschen Kamerun ein großes deutsches Westafrika bildend, mit langer Grenze an das belgische Kongogebiet stoßend, damit unzweifelhafte wirtschaftliche wie politische Aussichten geschaffen. Das in französischer Hand liegende Vorkaufsrecht auf das belgische Kongogebiet wäre an Deutschland übergegangen. Gewiß, es hätte sich insofern um Zukunftsaussichten gehandelt, aber die Grundlage wäre realer Natur gewesen, das Ganze sehr großzügig. Anderseits war naheliegend, daß weite nationale Kreise von der Fortgabe einer deutschen blühenden Kolonie, dem Togogebiete, ja überhaupt von der Fortgabe deutschen Bodens, nichts wissen wollten. Kiderlen-Waechter stand dem gegenüber auf dem Standpunkte, daß Togo vermöge seiner Lage keinerlei Aussichten im Sinne einer Ausdehnung für späterhin habe, sein Kongoplan aber von höchster Bedeutung und von wachsender Ausdehnungsfähigkeit sein werde. Ein französisches Angebot Dahomeys lehnte er ohne weiteres ab.

Es kann nicht die Absicht dieser Betrachtung sein, auf die Einzelheiten der Verhandlungen zwischen Kiderlen-Waechter und Cambon einzugehen, noch auch auf die Differenzen, die sich einige Monate später

zwischen dem Reichskanzler bzw. dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem Staatssekretär des Kolonialamtes abspielten. Vielmehr handelt es sich um den Versuch, die Grundgedanken des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes zu skizzieren. Nachdem sein erster Plan, der eben angedeutete Tausch, gescheitert war, kam es ihm darauf an, wenigstens den Gedanken zum praktischen Ziele zu führen, welcher den Kern jenes Planes: Eintausch des französischen Kongogebietes bis zum Ssangaflusse gegen Togo gebildet hatte. Dieser Grundgedanke war, das deutsche Kolonialgebiet von Norden bis an den Kongofluß und an die Grenze des belgischen Kongogebietes heranzuschieben. Man kann das viel getadelte Kongoabkommen vom 11. November 1911 gerecht nur von dem Gesichtspunkte aus beurteilen, welchem Kiderlen-Waechter selbst von Anfang an nachging. Das war der Gesichtspunkt, die Verbindung nach dem belgischen Kongostaate zu gewinnen; eine Verbindung im doppelten Sinne; einmal, um Nachbarland zu werden und so im Augenblicke zukünftiger Aufteilung des belgischen Kongostaates in der Eigenschaft als Nachbarkolonie zum mindesten auf gleichem Fuße wie Frankreich und England mitreden zu können. Zur Verkehrsverbindung sollte die neue Erwerbung dann in dem Sinne dienen, daß sie einen Schienen- oder Schiffahrtsweg vom deutschen Kamerungebiete in das gewaltige belgische Kongogebiet ermöglichte und in einer ferneren Zukunft diese Verbindung bis in das deutsche Ostafrika hinein und durch dieses nach dem Indischen Ozean reichen solle. Weiter galt der Gedanke des Staatssekretärs einer wirtschaftspolitischen Regelung des portugiesischen Kolonialbesitzes in Afrika zwischen dem Deutschen Reiche und England. Griff diese Regelung früher oder später Platz, so war es von hoher Bedeutung, daß Möglichkeiten für eine Verbindung zwischen dem Gebiete von Angola und Kamerun geschaffen wurden. Kiderlen-Waechter wußte sehr gut, daß der Wert einer deutschen Verbindung nach dem Kongostrome und Kongostaate Sache der Zukunft war, und zwar einer Zukunft, deren Termin sich noch nicht feststellen ließ. Darin begründet sich, zu einem Teile wenigstens, der Mangel an Werbekraft des Projektes.

Was die neuerworbenen Gebiete selbst anlangt, so ist ein endgültiges Urteil über ihre Qualität noch nicht möglich. Es ist aber bereits Anfang 1914 außer Zweifel, daß die Auffassung in das Gebiet pessimistischer Legende gehört: die neuen Gebiete bedeuteten ganz oder größtenteils unbewohnbare, von Schlafkrankheit erfüllte Sumpfgegenden. Je mehr die Erforschung Neukameruns fortschreitet, desto einwandfreier stellt sich die wertvolle Qualität des Landes heraus und die Übertreibungen hinsichtlich der Sumpfgebiete. Hier wird man also das Urteil ändern müssen, während der Verbindungs- und Verkehrswert des Kame-

runer Gebietszuwachses außer Frage steht und in Zukunft eine große Bedeutung erlangen muß.

Es ist in Deutschland bedauert worden, daß dieser Kompensationsgedanke nicht früher schon zwischen Frankreich und Deutschland zur Geltung gebracht ist. Man kann diesem Bedauern beipflichten, mit der Einschränkung, daß Gelegenheit dazu nur vor Algeciras vorhanden gewesen war. Nach Algeciras wurde erst durch den Zug nach Fes wieder eine Gelegenheit geschaffen. Vor Algeciras wäre die Gelegenheit zu Kompensationsverhandlungen mit Frankreich wahrscheinlich günstiger gewesen, denn die Geschlossenheit der internationalen antideutschen Majorität bestand gleich nach Delcassés Sturz noch nicht. Sie zeigte sich zu Algeciras und steigerte, wie geschildert worden ist, die französische Zuversicht in hohem Maße. Auch war vor Algeciras Frankreich nicht Herr des Landes und des Sultans wie tatsächlich im Jahre 1911. Einwendungen, welche gegen die Zweckmäßigkeit eines deutsch-französischen Separatabkommens vor Algeciras, also im Anschlusse an Delcassés Sturz, oder früher, erhoben worden sind, auch vom Fürsten Bülow selbst, können kaum als stichhaltig angesehen werden. Um so schwerer belasteten Algeciras und die Folgen dieses Vertrages die Liquidationspolitik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechters.

Man kann die Verhandlungen und ihr Ergebnis nur unter dem Gesichtspunkte einwandfrei verstehen und dementsprechend würdigen, daß die deutsche Politik in allererster Linie, von der Absicht geleitet wurde, mit der Marokkofrage reinen Tisch zu machen. Die Regierung betrachtete von vornherein jedenfalls die deutsch-französischen Verhandlungen und deren Gegenstand an sich nicht als etwas, worin die Ehre des Deutschen Reiches engagiert sei. Aus dieser nüchternen Einschätzung der ganzen Sache ist zu erklären, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen wurden, nachdem die ersten Bedingungen Kiderlen-Waechters auf französischer Seite nicht angenommen worden waren. Die deutsche Regierung wollte aus dem Handel keinen Streitfall machen und ließ deshalb von ihren Forderungen ab, wo sie der Auffassung war, den Widerstand nicht besiegen zu können. Ob das richtig, ob es ein Fehler war, darüber zu urteilen kann erst einer späteren Zukunft vorbehalten bleiben. Jedenfalls lag diese Behandlung der Dinge in der Linie der bisherigen deutschen Marokkopolitik.

Hätte man von Anfang an mit Frankreich allein zu verhandeln gehabt, so würde sich wahrscheinlich die Angelegenheit geschäftsmäßig und verhältnismäßig schnell haben abwickeln lassen. Schon im Laufe des Juni hatten die französische Presse und unverbindlich auch die Regierungen den Gedanken erörtert, über Kompensationen außerhalb Marokkos zu

verhandeln, auch das Wort „Kongo" war schon gefallen. Die französische Regierung wollte aber Marokko womöglich ohne Kompensationen einstecken, und deshalb wurde trotzdem die Entsendung des „Panther" nötig. Nachher war Frankreich zu Verhandlungen bereit und begann sie. Da kam die britische Politik dazwischen und faßte die Angelegenheit zunächst mehr als die ihre denn als die Frankreichs auf. Die englische Presse tobte, sprach von einer Wiederholung der Tangerreise und erging sich in Unverschämtheiten gegen den Deutschen Kaiser. England müsse, so hieß es auch, ebenfalls einen Kreuzer nach Agadir schicken und so die Situation klarstellen. Allgemein wurde behauptet, es handle sich um den Beginn einer deutschen Fußfassung in Marokko und um eine Drohung gegen Frankreich. England könne nie dulden, daß Deutschland sich an der Marokkoküste festsetze. Die deutsche Politik handle im Widerspruche zur Algecirasakte und zum Februarabkommen von 1909.

In Frankreich war man durch die englische Erregung höchst befriedigt und versuchte aus naheliegenden Gründen den Glauben jenseits des Kanals zu befestigen, daß Deutschland ein Stück Marokko wolle. Da auch Sir Edward Grey als Vertreter der britischen Regierung seine Haltung unter dem Gesichtspunkte dieser Auffassung einrichtete, so möge hier die deutsche Note wiedergegeben sein, welche nach der Entsendung des „Panther" an die Mächte geschickt wurde: „Deutsche Firmen, die im Süden Marokkos und besonders in Agadir und Umgegend tätig sind, sind über eine gewisse Gärung unter den dortigen Stämmen beunruhigt, die durch die letzten Ereignisse in anderen Teilen des Landes hervorgerufen zu sein scheinen. Auf ihre Bitte hat die Regierung beschlossen, ein Kriegsschiff nach dem Hafen von Agadir zu entsenden, um nötigenfalls den deutschen Untertanen und Schutzgenossen, wie auch den beträchtlichen deutschen Interessen in jenen Gegenden Hilfe und Schutz zu gewähren. Sobald Ruhe und Ordnung in Marokko wiedergekehrt sein werden, soll das mit *dieser Aufgabe des Schutzes betraute Schiff den Hafen von Agadir verlassen.*"

Die „Kölnische Zeitung" erhielt die folgende, halbamtliche Depesche aus Berlin: „Anderweitigen Meldungen gegenüber ist zu bemerken, daß die Ausschiffung von Mannschaften in Agadir zunächst nicht beabsichtigt ist und nur dann in Frage kommt, wenn sich die Notwendigkeit einer solchen Maßregel zum Schutze von Leben und Eigentum der Deutschen herausstellen würde. Ebensowenig ist die Besetzung des Hinterlandes von Agadir geplant. Es handelt sich bei dem Schritte der deutschen Regierung um Vorsichtsmaßregeln, *nicht um einen Akt der Besitzergreifung.*"

Hätte eine Besitzergreifung, ja überhaupt eine Landung in der deut-

schen Absicht gelegen, so würde man übrigens schwerlich ein kleines Kanonenboot und danach einen kleinen Kreuzer nach Agadir entsandt haben.

Die englischen Staatsmänner haben, nach ihren verschiedenen Äußerungen zu urteilen, außer mit deutschen Fußfassungsabsichten noch mit anderen Möglichkeiten gerechnet, zumal mit den Konsequenzen eines Scheiterns der deutsch-französischen Verhandlungen. Dann — erklärte später Sir Edward Grey — würde am nächsten gelegen haben, eine Konferenz zu berufen. Darauf würde sich aber Deutschland nicht eingelassen, sondern sich auf den Boden der Algecirasakte gestellt haben, mit dem gleichzeitigen Verlangen an Frankreich, seine Truppen aus Marokko zurückzuziehen und so den Zustand zur Zeit des Zustandekommens der Algecirasakte wiederherzustellen. Das würde — meinte der Minister — Frankreich aber nicht getan haben. So oder so wäre der Konflikt eingetreten. Ferner könne England naturgemäß nicht dulden, daß etwa zwischen Frankreich, Deutschland und Spanien ohne Zuziehung Großbritanniens über Marokko befunden werde. Hier traten wieder jene Geheimverträge über Marokko vom Jahre 1904 in Tätigkeit. Ob die deutsche Regierung sie 1911 gekannt hat, wissen wir nicht. Auf alle Fälle scheint es, daß England auch die Möglichkeit einer deutsch-spanischen Einigung über Gebiete in Marokko in Betracht gezogen hat.

So wurde in Großbritannien angesichts der deutsch-französischen Verhandlungen die Unruhe immer stärker. Am 21. Juli hielt der britische Schatzkanzler Lloyd George im Mansion House plötzlich eine Rede, in der er auf die deutsch-französische Krise anspielte, darauf hinwies, welche gewaltigen Dienste England in früheren Zeiten den Festlandnationen erwiesen habe, und fortfuhr: „Ich glaube, daß nur Fragen von ernsterer nationaler Bedeutung eine Störung der internationalen Friedfertigkeit rechtfertigen könnten. Wenn uns aber eine Situation aufgezwungen würde, in der der Friede nur durch Aufgeben der großen und wohltätigen Stellung erhalten werden könnte, die England sich in Jahrhunderten von Heroismus und Erfolg erworben hat, — und nur dadurch, daß Großbritannien in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in einer Weise behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen gar nicht mehr mitzählte, dann — ich betone es — würde ein Friede um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land wie das unserige nicht ertragen könnte. Die nationale Ehre ist keine Parteifrage. Die Sicherung unseres internationalen Handels ist auch keine Parteifrage!" —

Diese Rede erregte um so größeres Aufsehen, als der Minister sie nach einer vorhergegangenen Kabinettssitzung hielt und sie Wort für Wort ablas. Die Wirkung der Rede auf die Stimmung in Frankreich war

die einer Triumphexplosion: England rufe Frankreich zu, daß es fest auf seiner Seite stehe und die äußersten Konsequenzen nicht scheuen werde. In Großbritannien war man der gleichen Ansicht. Als nicht lange darauf über glatteren Fortgang der deutsch-französischen Verhandlungen berichtet, als zumal der Gedanke der Kongokompensationen besprochen wurde, glaubte man in weiten deutschen Kreisen, die Rede von Lloyd George habe ein Zurückweichen Deutschlands zur Folge gehabt: die deutsche Regierung, die bis zur Rede Lloyd Georges auf einer Gebietserwerbung in Marokko bestanden hätte, habe sich nunmehr einschüchtern lassen und wolle mit einem Stück Kongo sich zufrieden geben. Dieser Irrtum schuf — außer der Empörung über die englische Drohung — in Deutschland Mißverständnisse und Mißstimmungen der Regierung gegenüber, die schädlich wirkten. Man wähnte, ebenso wie das Ausland: daß ohne die Absicht einer Fußfassung in Marokko der „Panther" nicht nach Agadir geschickt worden wäre u. a. m. Es war im gleichen Zusammenhange nachteilig, daß die öffentliche Meinung in Deutschland nicht von Anfang an, jedenfalls in den Hauptlinien amtlicherseits auf dem laufenden gehalten wurde. Der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter und der Botschafter Cambon hatten zwar abgemacht, daß der Inhalt ihrer Verhandlungen vertraulich behandelt werden sollte, französischerseits aber nahm man diese Verpflichtung nicht ernst. Die Pariser Presse war voll von Indiskretionen, von halbwahren Meldungen; sie wurde von der Regierung auf das ausgiebigste benutzt, um diejenige Stimmung zu machen, welche sie gerade brauchte, vor allem aber auch, um in England zu schüren; die dortige Regierung und öffentliche Meinung gegen Deutschland mobil zu machen. So wurde die Partie ungleich zum Nachteile der deutschen Sache, denn die deutsche Regierung beobachtete nach wie vor Geheimhaltung.

Am 21. Juli — dem Tage, als Mr. Lloyd George die Rede hielt — suchte Sir Edward Grey eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter Grafen Wolff-Metternich und brachte die Auffassung zur Geltung, der Zeitpunkt sei gekommen, wo England in die Verhandlungen eingreifen müsse, denn augenscheinlich wolle Deutschland Hafen und Hinterland von Agadir für sich haben. Der Botschafter bestritt dieses natürlich: es sei deutscherseits nie eine solche Absicht vorhanden gewesen, und die Entsendung eines Kriegsschiffes zum Schutze der deutschen Reichsangehörigen sei kein Eingriff in britische Interessen. Es sei bedauerlich, daß der Minister trotz der wiederholten deutschen Versicherung des Gegenteils fremden Einflüsterungen Glauben schenke. Der Botschafter übermittelte den Inhalt der Unterhaltung sofort nach Berlin; schnell kam die Antwort von dort zurück, aber da hatte Lloyd George schon seine Rede gehalten. Wenn Sir Edward Grey diese Antwort aus Berlin, wie er wollte, im Unter-

hause bekanntgegeben hätte, so würde es so ausgesehen haben, als ob auf die Rede Lloyd Georges hin Deutschland zurückgewichen wäre; denn die Antwort betonte ja den alten deutschen Standpunkt, daß man kein marokkanisches Gebiet wolle. Deshalb ersuchte der deutsche Botschafter den Minister, die Antwort nicht bekanntzugeben. Die Rede Lloyd Georges sei in Frankreich und England das Signal zu den heftigsten Ausfällen gegen Deutschland gewesen und allgemein als Drohung aufgefaßt worden. Der deutsche Botschafter wies auf diese Wirkung der Rede mit besonderem Nachdrucke hin und sagte: „Sollte die englische Regierung die Absicht haben, die politische Lage zu verwickeln und zu verwirren und einer gewaltsamen Entladung entgegenführen, so hätte sie allerdings kein besseres Mittel wählen können als die Rede des Schatzkanzlers." Sir Edward Grey verteidigte die Rede des Schatzkanzlers, sie sei keine Drohung, England müsse seine Interessen eventuell selbst verteidigen. Darauf erklärte auftraggemäß der Botschafter: „Wir hätten niemals beabsichtigt, über englische Interessen oder Rechte zu verfügen. Diese Absicht bestehe nur in der englischen Imagination. Die englische Regierung habe keinen Grund zu diesem Verdachte, der auch aus der Rede des Schatzkanzlers spreche, und welche deshalb provokatorisch gewirkt habe. Gegebenen Falles würde Deutschland die Mitwirkung der anderen Signatarmächte zur Wiederherstellung des Statusquo willkommen sein. Nur wenn diese ausbliebe, würde es sein Recht allein durchsetzen. Drohende Warnungen würden Deutschland nur zum Festhalten an seinem Rechte ermuntern." — Sir Edward Grey gab zu, daß er nach den ihm gewordenen amtlichen Mitteilungen nicht mehr annehmen könne, daß englische Interessen in den deutsch-französischen Verhandlungen berührt würden.

So endete diese Unterhaltung mit der Durchsetzung des deutschen Standpunktes. Auch Gegner der Kiderlen-Waechterschen Marokkopolitik konnten nicht unhin, anzuerkennen, daß die deutsche Regierung eine würdige, feste und furchtlose Sprache geführt und ihre Stellung voll gewahrt habe. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg erklärte in seiner Rede vom 5. Dezember 1911 im gleichen Sinne: „Sir Edward Grey hat gesagt, der Schatzkanzler Lloyd George habe mit seiner Rede ohne Provokation feststellen wollen, daß, wo englische Interessen berührt würden, England nicht behandelt werden dürfe, als ob es nicht mitzähle; käme der Tag, wo das nicht mehr klar ausgesprochen werden könne, dann würde England aufgehört haben, als Großmacht zu existieren. Meine Herren, ich nehme das gleiche Recht für Deutschland in Anspruch . . . Uns trieb die Notwendigkeit, unsere wirtschaftlichen Interessen selbst zu wahren und der Welt zu zeigen, daß wir fest entschlossen seien, uns nicht bei-

seite schieben zu lassen: wenn als schließliche Folge hiervon angebliche oder wirkliche Kriegsbereitschaft in England entstanden war . . . was von beiden zutrifft, kann ich nicht entscheiden, und weiter ein hochgespannter Erregungszustand, den der englische Minister politischen Alkoholismus genannt hat, so können wir das nur mit Bedauern registrieren, aber wir lehnen die Verantwortung dafür ab!"

Nach jenen Unterhaltungen zwischen dem deutschen Botschafter und Sir Edward Grey nahmen die deutsch-französischen Verhandlungen glatteren Fortgang, auch waren spätere öffentliche Äußerungen Sir Edward Greys ebenso wie des Premierministers Mr. Asquith auf einen gemäßigteren und versöhnlicheren Ton gestimmt, während freilich die englische und französische Presse mit gleicher Heftigkeit und gleich eifriger Benutzung von Lügen und Entstellungen die Verhandlungen begleitete.

Überaus charakteristisch war während der gesamten Zeit, wie weder die französische Regierung, noch die französische Presse den kleinsten Schritt tat oder irgendein neues Moment beurteilte, ohne vorher entsprechende Instruktionen von London erhalten zu haben. Die beiden Botschafter, Mr. Paul Cambon in London und Sir Fr. Bertie in Paris, versahen diesen Dienst mit Eifer und Geschick, es gab keine Sitzung, kein Preßmanöver, geschweige denn einen Beschluß in Paris, zu dem der britische Botschafter Bertie nicht zuvor sein Votum abgegeben hätte. Die deutsch-französischen Verhandlungen erreichten noch zweimal kritische Punkte, aber eine Kriegsgefahr war, jedenfalls nach deutscher Auffassung, nicht vorhanden. Die große Erregung in Frankreich und ein Aufflammen des alten Hasses gegen Deutschland wie seit lange nicht hatten jedenfalls mit zur Ursache, daß man in der „Panther"aktion eine andere Absicht erblickte als die, welche die deutsche Politik verfolgte. Man glaubte, Deutschland wolle drohen und bluffen, womöglich demütigen; es wolle die französisch-englische Entente sprengen, kurz, alle alten törichten Legenden lebten wieder auf. Nach der Rede Lloyd Georges verfiel man ebenso wie in Deutschland der Täuschung, daß nunmehr Deutschland zurückgewichen sei, und so stieg die französische Selbstüberschätzung bisweilen zu einer Höhe, die es den deutschen Staatsmännern schwer gemacht haben mag, es nicht zum Bruche kommen zu lassen.

Das Endergebnis der Marokkoliquidierung ist, wie bereits angedeutet wurde, nicht klar zu umschreiben. Über Marokko ist ein sorgfältig in die Einzelheiten gehendes Abkommen mit Frankreich ausgearbeitet und abgeschlossen worden, das die wirtschaftlichen Ansprüche, Rechte und Interessen Deutschlands dort festlegt. Ließe sich nach papiernen Bestimmungen allein der Wert eines Abkommens bemessen, so würde dieser

deutsch-französische Marokkovertrag Anspruch auf alle Anerkennung haben. Man hat tatsächlich den Eindruck, als ob Umgehungen dieses Abkommens sehr schwierig, wenn nicht unmöglich seien. Frankreich hat bisher in seinen Kolonien und Gebieten politischen Einflusses niemals das Prinzip der offenen Tür in der Praxis gelten lassen. Wohin Frankreich kam, überall wurde die offene Tür sofort geschlossen. Der derzeitige Ministerpräsident Mr. Caillaux erklärte aber im Winter 1911, man werde für die Zukunft in neuerworbenen Gebieten die offene Tür anerkennen müssen. — Ob kommende französische Regierungen dieses Wort loyal wahr machen werden, steht dahin. Versuchen sie, es nicht zu tun, so wird es Sache der deutschen Regierung sein, durch Aufmerksamkeit und Entschlossenheit das Abkommen in Geltung zu halten, eine Geltung, beiläufig bemerkt, welche für alle in Marokko handeltreibenden Mächte von Bedeutung sein sollte. Ob sich die Empfindung dieser Bedeutung jemals seitens dieser Mächte gegen Frankreich äußern wird, darf allerdings nach den bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden. Also: die praktische Entscheidung von Wert oder Unwert über das Marokko betreffende Abkommen liegt in den Händen der jeweiligen Leiter der deutschen Politik.

Über das Kamerun-Abkommen ist bereits gesprochen worden. Hier soll nur noch bemerkt werden, daß ein besonderes Schwierigkeitsmoment für diese Verhandlungen in dem deutschen Verlangen nach Abtretung französischen Gebietes an Deutschland lag. Die vom alten deutschen Kamerungebiete an Frankreich abgetretenen Teile sind geringfügiger Art. Deutschland verlangte dagegen und erreichte die völlige Durchschneidung des französischen Kongogebietes, Zugang an den Kongo und den Ubangi, das Recht, mitzureden bei einer Aufteilung des belgischen Kongogebietes. Daß solche Zugeständnisse ohne Schwertstreich gemacht werden, ist immerhin kein häufiges Ereignis. Daß eine Macht der anderen in einem Gebiete, das ihr nicht gehört, freie Hand läßt, kommt oft vor, Überlassung eigenen Gebietes jedoch annähernd niemals ohne Gewalt.

In einer Voraussetzung freilich hatte der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter sich getäuscht. Er glaubte, daß nach Beseitigung der marokkanischen Frage die Reibungen zwischen Frankreich und Deutschland aufhören und ruhigen, allmählich freundlicher werdenden Beziehungen Platz machen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. Das ist kein besonderer Nachteil für Deutschland, sondern nur die Fortsetzung eines seit 1870 normalen Zustandes. Die Erbitterung, dem Erbfeinde umfangreiche Landabtretungen haben machen zu müssen, und der Ärger über das wirtschaftliche Marokkoabkommen sind aufrichtig und nachhaltig. Die Selbstüberhebung ist gewachsen.

So schloß die Marokkokrisis des Jahres 1911. Die tiefe und lang dauernde Erregung, die man in Deutschland feststellen konnte, beruhte auf mehreren Ursachen. Den Anfang hatte die Unzufriedenheit mit der Art der deutsch-französischen Verhandlungen gebildet, insbesondere damit, daß seitens der deutschen Regierung über den Gang der Verhandlungen meist Stillschweigen beobachtet wurde, während, wie wir sahen, die Franzosen aus ihrer Indiskretion eine sehr wirksame öffentliche Waffe gemacht hatten. Ferner stand ein sehr großer Teil des deutschen Volkes auf dem Standpunkte, Deutschland müsse ein Stück Marokko haben, die Regierung habe das zunächst auch gewollt, sei aber nachher vor den englischen Drohungen zurückgewichen. Schließlich glaubte man, daß das Abkommen über Marokko nur auf dem Papier bleiben werde, und die Kongoerwerbungen wertlos seien. Man fürchtete, daß der Besitz von Marokko Frankreichs Macht und militärische Kraft erheblich vermehren würde, und glaubte, alles in allem, daß das deutsche Ansehen gemindert aus der Krisis hervorgehe. Das war nicht der Fall.

Den nachhaltigsten Eindruck machte in Deutschland aber das Verhalten Großbritanniens. Dieses beschränkte sich nicht auf die Vertretung der französischen Wünsche und Ziele durch diplomatische Unterstützung der britischen Regierung und öffentliche durch die britische Presse, auch nicht auf die drohenden Reden der britischen Minister. Als noch schwerwiegender erschienen die Maßnahmen der britischen Admiralität in der Dislokation der Flotte und ihrer Teile. Nach der Krisis erklärte ein inaktiver englischer Hauptmann, Namens Faber, in einer öffentlichen Rede, daß die Flotte in aller Eile für sofortiges Losschlagen vorbereitet worden sei, dabei habe aber, auch wegen des Kohlenstreikes, nicht alles gut und schnell funktioniert. Nur deshalb sei nicht losgeschlagen worden. Man habe die Bewegungen der deutschen Kriegsschiffe zu beobachten versucht, die britischen Küsten überwacht, ob deutsche Torpedoboote sich dort sehen ließen, und auf der ganzen Fläche der Nordsee einen Kundschaftsdienst eingerichtet. Der deutschen Hochseeflotte seien beständig Torpedoboote gefolgt. Ein Blatt erklärte, die britische Regierung habe den Plan erwogen, Frankreich mit 150 000 Mann auf dem Festlande zu Hilfe zu kommen und im englischen Oberhause wurde eine lange, ernste Erörterung gepflogen, ob die britische Armee und Flotte nach dieser Richtung genügend vorbereitet seien. — Man habe auch Furcht vor deutschen Angriffsabsichten gehabt, insbesondere davor, daß die britischen Geschwader, solange sie nicht vereinigt waren, einzeln von der deutschen Hochseeflotte überrascht und geschlagen würden.

Es wäre zwecklos, heute noch auf die Einzelheiten dieser Erzählungen einzugehen. Sie sind nicht authentisch und können es nicht sein.

Manches mag übertrieben, manches nur halb verstanden und unrichtig aufgefaßt worden sein. Tatsächlich ist aber festgestellt worden, daß die englische Flotte bzw. ihre Teile planmäßig vereinigt und disloziert wurden, wie es für den Beginn eines Krieges mit Deutschland möglicherweise der Fall gewesen sein würde.

Auf alle Fälle kann nicht bezweifelt werden, daß in England der Ausbruch eines Krieges nicht nur erwogen, sondern auch vorbereitet wurde, so gut es eben ging. Ein Konflikt Deutschlands mit Frankreich würde Großbritannien unmittelbar auf der Seite des Entente-Genossen gefunden haben. Man hat darüber gestritten, ob Großbritannien uns habe „angreifen wollen" oder nicht! — Bekanntlich ist sehr oft unklar und wird an den interessierten Stellen bald nach der einen, bald nach der anderen Seite hin ausgelegt, was Angriff und was Verteidigung ist. Es gibt ein altes, in lückenloser Praxis betätigtes Motto der englischen Seekriegsgeschichte, welches heute ebenso giltig ist wie vor 200 Jahren: Die Verteidigung der englischen Küsten liegt an den Küsten des Feindes! — Was der Engländer hier „Verteidigung" nennt, ist für seinen Gegner „Angriff". Es hat also wenig Zweck, über die Begriffe zu streiten.

Daß das England des Jahres 1911 Krieg mit dem Deutschen Reiche wünschte, ist nicht anzunehmen, man muß im Gegenteil glauben, daß es die Erhaltung des Friedens wünschte. Großbritannien war aber entschlossen, in einen deutsch-französischen Konflikt sofort einzugreifen. Warum? Weil Großbritannien eine Vernichtung oder Schwächung Frankreichs und eine Machtvermehrung des Deutschen Reiches auf dem Festlande mit allen Kräften zu bekämpfen für eignes Lebensinteresse hält. Die jeweiligen deutsch-englischen Beziehungen spielen in diesem entscheidenden Punkte nur eine sekundäre, für uns verhältnismäßig unwichtige Rolle. Diese große Erkenntnis müßte die fruchtbare Lehre aus der Krisis von 1911 für jeden Deutschen bilden. Was, beiläufig bemerkt, die deutsche Flotte anlangt, so ist natürlich nicht an einen Angriff gedacht worden, aber man kann annehmen, daß sie und daß die militärischen Organe der deutschen Küsten und Inseln es damals an Wachsamkeit nicht haben fehlen lassen. Im Mai 1912 erklärte der deutsche Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes: „Die Tatsache, daß die militärischen Befehlshaber damals, vielleicht auf beiden Seiten, gewisse Sicherheitsmaßnahmen getroffen haben, ist wohl unbestreitbar, beweist aber keineswegs bestimmte Absichten der politischen Leitung." — Damit war die Lage wohl richtig bezeichnet.

Kann man von einer englischen Kriegsdrohung und von „prinzipiellen" englischen Angriffsabsichten mithin nicht sprechen, so steht anderseits als ernste und eindringliche Warnung für alle Zukunft fest,

daß jede politische Spannung dieser Art, einerlei, ob sie es an sich rechtfertigt, eine schwere Kriegsgefahr bedeutet, besonders, sobald eine große, kampfbereite Seemacht wie Großbritannien mit im Spiele ist. Der feste Vorsatz, den — wie Mr. Lee einst sagte — „ersten Schlag" zu führen, macht jeden Augenblick einer solchen Spannung gefährlich, denn es entzieht sich der Berechnung: ob und wann die andere Macht dafürhält, daß der Augenblick zum ersten Schlage gekommen sei.

Zwei allerdings schon lange bestehende Lücken der deutschen See- und Landmacht wurden im Frühjahr 1912 ausgefüllt. Die Stimmung des deutschen Volkes hätte mehr erwartet und gewünscht, aber es lag wohl damals der Regierung daran, die Marine- und Militärvorlagen nicht in zu unmittelbare Verbindung mit den Krisen des vergangenen Jahres zu bringen.

Beide Vorlagen dienten in erster Linie zur Erhöhung der unmittelbaren Schlagfertigkeit des Heeres und der Flotte. Besonders, was die Flotte anlangte, hatte die Krisis einen eindringlichen Beweis geführt, wie wichtig es ist, daß möglichst alles brauchbare Schiffsmaterial ständig kriegsbereit gehalten wird, um so mehr in Ansehung der Kürze der Dienstzeit der deutschen Marinemannschaften im Gegensatze zu denen mancher anderer Marinen. Die Herbstmonate, wenn die Reservisten entlassen und die neuen Leute noch nicht ausgebildet sind, könnten unter Umständen Gefahren hervorrufen.

In der englischen Stimmung zeigte sich nach der Krisis vielfach eine gewisse Reaktion. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung fand, daß Großbritannien sich ohne Grund und Recht in der französisch-deutschen Angelegenheit für Frankreich exponiert habe; besonders nachdem die Reichstagsverhandlungen und andere Veröffentlichungen gezeigt hatten, daß die Verdächtigungen der deutschen Pläne und Ziele ohne jede Grundlage gewesen waren. Damals, im November 1911, wurden auch die französisch-britisch-spanischen Geheimverträge vom Jahre 1904 über Marokko in der französischen Presse veröffentlicht. Die Regierungen bedurften ihrer nicht mehr. Abgesehen von dem eben erwähnten kontinentalen Gesichtspunkte der englischen Politik, wurden damit die Gründe für das Auftreten und für die Motive der britischen Politik enthüllt. In England aber erhob man die Frage, ob es richtig und erträglich sei, wenn angesichts der britischen Verfassung beinahe acht Jahre hindurch die Nation eine Politik des jeweiligen Kabinettes billigen müsse, die durch Geheimverträge auf das wesentlichste beeinflußt werde, und noch dazu, da diese Verträge inhaltlich nicht zu billigen seien. Das liberale Kabinett hatte die Geheimverträge, wie sie waren, von dem unionistischen Kabinette Balfour übernommen. Die auswärtige Politik war genau auf der-

selben Linie geblieben, möglicherweise noch hinterhaltiger geworden. Es ist behauptet worden, das Kabinett Asquith, im besonderen auch Sir Edward Grey habe die geheimen Marokkoverträge und die aus ihnen erwachsenden Folgen als drückend empfunden, es aber für nötig gehalten, sich Frankreich gegenüber als zuverlässig in jeder Lage zu erweisen. Ob das wahr ist, steht dahin. Jedenfalls ist es eine Tatsache, da Sir Edward Grey weder direkt, noch durch seinen Berliner Botschafter jemals versucht hat, zu einem vertraulichen Meinungsaustausche mit der deutschen Regierung zu gelangen, welcher ihm nichts gekostet hätte als die Verwirklichung jener Politik der Vorurteilslosigkeit, welche die englischen Minister seit Jahren im Munde führten.

Die Jahre 1910 und 1911 zeitigten auch einige andere Ereignisse, die besonders für die Politik des Deutschen Reiches von Bedeutung waren.

Die bosnische Krisis und ihr Ausgang hatten, wie sich denken läßt, eine starke österreichisch-russische Verstimmung neben der österreichisch-englischen entstehen lassen. In Großbritannien, Rußland und Frankreich versuchte man auf jede Weise, diese Verstimmung auch auf das Deutsche Reich und Rußland auszudehnen. Die Legende wurde eifrig als wahr vertreten, daß während der bosnischen Krisis nur Drohungen Deutschlands Rußland zum Nachgeben gebracht hätten. Damit war jene Vermittelungsaktion des deutschen Botschafters in St. Petersburg gemeint, die alles eher als eine Drohung gegen Rußland gewesen war: im Gegenteil ein wahrhaft freundschaftlicher Dienst, der die russische Diplomatie aus einer sehr wenig angenehmen Lage befreite und ihr jede auch diplomatische Unannehmlichkeit ersparte. Weil die russische Regierung das zu würdigen wußte, und weil das persönliche Verhältnis zwischen den beiden Herrschern nie gestört gewesen war, trat die deutsch-russische Verstimmung nicht in dem Umfange ein, wie die Feinde des Deutschen Reiches gewünscht hatten. Natürlich aber betrachtete der leitende Minister des Auswärtigen, Herr v. Iswolki, Deutschland und die deutsche Politik mit noch weniger freundschaftlichen Augen als früher, denn das deutsche Festhalten an Österreich-Ungarn hatte die englisch-russischen Pläne zunichte gemacht. Wie befangen die Politik dieses Staatsmannes war, geht u. a. daraus hervor, daß er nach wie vor engen Anschluß an Großbritannien anstrebte, obgleich er hier allein Widerstand gegen seine Dardanellenpläne gefunden hatte, während ihm in Wien und in Berlin freundliche Zustimmung entgegengebracht worden war. Im Herbste 1909 machte der Zar seinen lange aufgeschobenen Besuch in Italien und begegnete sich zu Racconigi mit König Victor Emanuel. Anstatt den Landweg zu wählen, wurde die viel längere Reise zu Schiff gemacht, nur damit der Zar keinen österreichischen Boden zu betreten

brauchte. Man versuchte, diese russisch-italienische Annäherung als gegen Österreich-Ungarn gerichtet auszubeuten. Es mag sein, daß sie auch einen solchen Einschlag, im Hinblick auf eine künftige Balkanpolitik, enthalten hat. Er ist jedoch nicht zu tatsächlicher Geltung gekommen. Zu einer antiösterreichischen Demonstration wurde aber die Eröffnung des montenegrinischen Hafens von Antivari.

Iswolski wurde durch Herrn Sasonow als Minister des Äußeren ersetzt und ging selbst als Botschafter nach Paris. Sein Nachfolger war zu jener Zeit gewillt, eine vorurteilslosere Politik zu treiben. Er ging nicht dem Phantome einer europäischen Koalition gegen das Germanentum nach, sondern sah die Dinge nur unter dem Gesichtspunkte der realen russischen Bedürfnisse. Im Dezember 1910 begleitete er den Zaren nach Potsdam, und es kam zu eingehenden Besprechungen zwischen den deutschen und den russischen Staatsmännern. Als hauptsächliches politisches Ergebnis dieser Unterredungen bezeichnete der deutsche Reichskanzler im Reichstage am 10. Dezember: „daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombinationen einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnten".

Diese damals als wichtig geltende Abmachung und Feststellung brachte einen alten Standpunkt erneut zur Geltung. Ihre Hauptbedeutung lag darin, daß sie den Umschwung der russischen Politik nach Iswolki kennzeichnete. Eine schriftliche Festlegung hat jedoch, wie es scheint, nicht stattgefunden. Im übrigen drückten die deutschen und russischen Staatsmänner ihr gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung des Statusquo im Orient aus und ihren Entschluß, keine Politik zu unterstützen, welche den Statusquo bedrohen könnte. Den gleichen Standpunkt nahm eine halbamtliche deutsche Mitteilung nach einem Besuche des Grafen Aehrenthal in Berlin ein. Diese Kundgebungen hatten, unausgesprochen, den bedeutsamen Hintergrund der vielfach vorhandenen Besorgnis: die österreichisch-ungarische Politik werde ihren Erfolg in der bosnischen Krisis benutzen, um weiter auf dem Balkan vorzudringen. An einer Sicherheit vor solchen Plänen hatte Rußland, ebensogut wie das Deutsche Reich erhebliches Interesse. Nicht minder wichtig mußte für den Grafen Aehrenthal sein, die bündigsten Versicherungen abzugeben, daß man sich auf das 1909 Erreichte beschränken wolle, denn ein dauerndes Mißtrauen anderer Mächte gegen seine Politik mußte dieser schaden. Wir deuteten schon an, daß Graf Aehrenthal vorher durch manche Äußerungen verschiedentlich gewisse Zweifel erregt, auch Gefühle verletzt hatte. Er muß das empfunden haben, denn Anerkennungen wie die folgende, am 24. Januar 1911 abgegebene waren sonst nicht seine Art: „Mit Befrie-

digung stelle ich fest, daß auch die Gegner unseres Bündnisses mit Deutschland die bedeutende Stellung anerkennen, welche Deutschland in Europa einnimmt. Ich erwähne dies nur als amtliches Anzeichen dafür, daß die Legende von der Einkreisung Deutschlands und von der Isolierung der beiden mitteleuropäischen Mächte zu den Toten gelegt werden kann." Das britische Regierungsorgan, die „Westminster Gazette", hatte im September vorher geschrieben: „Deutschland ist nicht vereinzelt, es steht vielmehr an der Spitze der mächtigsten Verbindung in Europa. Es hat seine Macht durch Eingreifen in die Angelegenheiten seiner Nachbarn wirksam betätigt."

Grundsätzlich neu war, daß die deutsche Politik durch jene beiden Berliner Kundgebungen in derselben Front wie die am Orient nächstbeteiligten Großmächte programmatisch für den Statusquo im Orient eintrat. Der Standpunkt an sich bedeutet zwar keine Änderung, wohl aber, daß nunmehr die Politik der „Hinterhand" aufgegeben wurde. Die Frage, ob das nötig war, muß angesichts der damaligen Lage und der Vorgänge bejaht werden, mit der Einschränkung natürlich, daß damit keine beständige Einmischung in alle dem deutschen Interesse fernliegenden Balkanfragen verbunden würde. Das hat die deutsche Politik auch nicht gewollt. Anderseits war es angesichts des russischen Mißtrauens gegen Österreichs Balkanpläne den deutsch-russischen Beziehungen nützlich, daß Deutschland und Rußland sich als entschlossen erklärten, den Statusquo auf dem Balkan gegen jede Störung aufrecht zu erhalten, von welcher Seite sie auch kommen möge.

Außer jenen allgemeinen Abmachungen bildete die Potsdamer Zusammenkunft die Grundlage eines schriftlichen Abkommens. Es wurde am 19. August 1911 zu Petersburg abgeschlossen und unterzeichnet. Es handelte sich um den Orient. Deutschland erklärte sich als in Nord-Persien politisch uninteressiert und verpflichtete sich, nördlich einer gewissen Linie keine Eisenbahn-, Schiffahrts- und Telegraphen-Konzessionen nachzusuchen. Rußland verpflichtete sich dagegen zum Bau eines Eisenbahnnetzes, dessen eine Linie von Teheran bis zum Orte Hanekin an der persisch-türkischen Grenze reichte, um dort durch eine zweite Zweigbahn — die von der Bagdadbahn-Gesellschaft zu bauen wäre — die Verbindung mit der Bagdadbahn herzustellen. Wenn Rußland die Strecke Hanekin-Teheran nicht baute, so sollte Deutschland das Recht haben, sie zu bauen. Die wichtigste dieser Bestimmungen war aber die Verpflichtung Rußlands, dem Bau der Bagdadbahn keine Hindernisse mehr in den Weg zu legen. Das war bisher gemeinsam mit England und Frankreich eifrig und emsig geschehen. Das Abkommen konnte und kann auch heute als nützlich und vorteilhaft bezeichnet werden, denn in Persien

gab Deutschland nichts auf und die Aussichten wären sowieso gering gewesen.

Das Potsdamer Abkommen erregte in Großbritannien und Frankreich Aufsehen, hauptsächlich wegen dieser Orientabmachungen. Durch sie war der britisch-französisch-russische bisher einmütige Widerstand gegen alle deutschen Absichten und Bestrebungen hinsichtlich der Bagdadbahn usw. durchbrochen. Eine „Tripleentente" auf diesem Gebiete hatte aufgehört zu existieren. Natürlich waren es starke Übertreibungen, wenn man in Frankreich von einer Sprengung oder einer Entwertung des Zweibundes und ähnlichem sprach. Sich die Verwirklichung einer solchen Utopie einzubilden, ist den Leitern der deutschen Politik nicht eingefallen, noch haben sie der russischen Politik jemals eine derartige Torheit zugetraut. Nicht in Abrede stellen läßt sich freilich, daß das Fehlen eines aggressiven Einschlags im Zweibunde, soweit es Rußland betrifft, durch dieses Abkommen mit einer Ausdrücklichkeit betont wurde, die den Franzosen nicht erfreulich sein konnte. Auch die antideutsche Presse in Rußland tobte, vor allem aber England, wo die Bagdadbahn noch immer das alte Gefahrgespenst bildete, war unangenehm berührt. Da die Bestimmungen des Abkommens erst im August 1911 unterzeichnet und authentisch bekannt wurden, so konnte es nicht fehlen, daß man das deutsche Vorgehen von Agadir mit der Annahme geheimer deutsch-russischer Abmachungen in Verbindung brachte. Von solchen ist nicht die Rede gewesen. Wahrscheinlich hat die deutsche Regierung aber die russische informiert, daß sie keine kriegerischen Absichten gegen Frankreich verfolge, auch nicht die Absicht habe, sich in Marokko festzusetzen. Rußland war überdies gerade damals mit ostasiatischen Dingen stark beschäftigt. Ein Abkommen mit Japan wurde über die Mandschurei geschlossen, um damit die wirtschaftlichen Invasionsversuche der Vereinigten Staaten wirksam zu parieren.

In Deutschland hat man nach anfangs überspannten Erwartungen die Bedeutung des Potsdamer Abkommens vielfach unterschätzt. Dabei ist es nicht nur an sich von tatsächlicher Wichtigkeit, sondern bildet auch eine Grundlage, die in Zukunft wieder nützlich werden kann. Solche Feststellungen von — tatsächlich vorhandenen — Interessengemeinschaften und Interessenausgleichen haben sich beinahe stets als vorteilhaft erwiesen, wenn sie in der Folge vorsichtig und richtig behandelt wurden. Daß das deutsch-russische Verhältnis aber über gewisse Grenzen hinaus intim werden könnte, ist nach der ganzen Lage der Dinge in Europa und im Orient nicht anzunehmen.

Die Türkenkriege.

Ende September 1911 wurde die Welt durch ein italienisches Ultimatum an die Türkei überrascht. Der Inhalt war im wesentlichen der folgende: Italien habe bisher immer Mäßigung und Geduld betätigt, aber die Türkei habe niemals den berechtigten italienischen Forderungen für den Schutz der italienischen Interessen in Tripolitanien und der dort wohnenden Italiener Rechnung getragen. Jeder legitimen Wirksamkeit Italiens in Tripolis und in der Cyrenaika sei man türkischerseits mit Feindseligkeit begegnet. Die Türkei verspräche jetzt zwar, alle mit ihrer Würde zu vereinbarenden wirtschaftlichen Zugeständnisse zu machen, Italien könne sich aber nicht mehr auf Verhandlungen einlassen, die doch nutzlos sein würden. Die italienische Regierung sähe sich deshalb gezwungen, die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen und sei entschlossen, Tripolis und die Cyrenaika zu besetzen. Die Türkei möge Anordnungen treffen, daß kein Widerstand geleistet werde.

Die Türkei lehnte ab und erklärte sich zu Verhandlungen mit Italien nur unter der Bedingung bereit, daß keine Okkupation Tripolitaniens erfolge.

Schon am 30. September beschoß ein italienisches Geschwader die Festungswerke der Stadt Tripolis, und ein anderes griff vor dem albanischen Hafen Prevesa türkische Torpedoboote an. Im allgemeinen fanden die Italiener zu Wasser und zu Lande wenig Widerstand, jedoch verhieß der Kleinkrieg im Innern Tripolitaniens viel Mühen und Opfer und langsame Erfolge. Die Unternehmung war sorgfältig und bis ins kleinste vorbereitet, und — vielfach mit einer gewissen Überraschung — wurde festgestellt, und zwar während des ganzen Verlaufes des Krieges, daß Organisation und Mechanismus der italienischen Wehrkraft zu Wasser wie zu Lande tadellos funktionierten. Die Führer arbeiteten mit Geschick und Entschlossenheit, Soldaten und Matrosen betätigten glänzende soldatische Eigenschaften, Todesverachtung, Disziplin und Ausdauer.

Tripolitanien war bekanntlich ein altes Ziel der italienischen Wünsche. Tunis hatten die Franzosen Italien vor der Nase weggenommen, frühere Gelegenheiten, in Albanien festen Fuß zu fassen, waren von der italienischen Politik der siebziger und achtziger Jahre verpaßt worden, die abessinischen Pläne hatten die Folgen der Schlacht an der Adua zerstört. Nun sah man, wie Frankreich in Marokko unbekümmert aufs Ganze ging, wie Österreich-Ungarn seinen bosnischen Besitz unter Dach brachte. Die Zusicherung freier Hand für Italien in Tripolis von seiten der beiden Mittelmeermächte England und Frankreich war seit lange bei den Akten,

und an Frankreich hatte Italien zu Algeciras schon im voraus seinen Preis gezahlt.

Tripolitanien war ein altes italienisches Einflußgebiet und als solches auch schon längst von der Türkei anerkannt worden. Die italienischen Beschwerden dort waren keine Vorwände, sondern tatsächlich begründet. Dazu kam die Tatsache, welche sich im nachfolgenden Kriege ganz einwandfrei herausgestellt hat: daß die Türkei diese ihre Provinz in jeder Beziehung vernachlässigt hatte. Das galt für die Verwaltung, für die Truppen, für die Befestigungen, kurz für alles. Als Glied des türkischen Reichskörpers war Tripolitanien ungefähr abgestorben. Was die Zukunft aber bringen könne, stand dahin, die Spuren von Tunis schreckten, und so erkannte das Kabinett Giolitti — Minister des Auswärtigen war Marquis di San Giuliano — den Augenblick zum entschlossenen Handeln als gekommen. In wirklicher Begeisterung und Unternehmungslust stand das ganze italienische Volk einmütig zur Regierung und um den König. Selbst der größte Teil der Sozialisten schloß sich von dieser Begeisterung und nationalen Opferwilligkeit nicht aus.

Für das Deutsche Reich war politisch wie diplomatisch die Lage nicht angenehm: der Bundesgenosse führte einen Angriffskrieg gegen den alten Freund, die Türkei. Man konnte das bekannte Wort dahin variieren: „Les ennemis de mes amis sont mes alliés!“ Eben vorher hatte Deutschland mit Rußland und einem anderen Bundesgenossen, Österreich-Ungarn, Versicherungen über die Erhaltung des Statusquo des Türkischen Reiches ausgetauscht. Dasselbe Prinzip war vor Jahr und Tag vom italienischen Minister des Äußeren, di San Giuliano, im Parlamente abgegeben worden. Und nun auf einmal ein Eroberungskrieg Italiens mit dem Zwecke, der Türkei eine Provinz abzunehmen! Die öffentliche Meinung in Deutschland, in Österreich-Ungarn und auch in England stellte sich zunächst Italien mit Mißbilligung gegenüber. Wie oft in Deutschland bei solchen Gelegenheiten, trat teils der gefühlsmäßige Standpunkt — wie man ihn gerade verstand — in den Vordergrund, teils kam die alte Erbitterung über die italienische Haltung vor, während und nach Algeciras zum Ausbruche; nun — so wurde argumentiert — griff dieser „zweideutige und unzuverlässige Bundesgenosse“ die dem Deutschen Reiche seit vierundzwanzig Jahren eng befreundete Türkei an und brachte das Deutsche Reich dadurch in die unangenehmste Situation. War es da verwunderlich, wenn die Türkei vom Deutschen Reiche Beistand verlangte, und daß es Italien an seinem Vorhaben hindere? Und war es nicht selbstverständlich, daß, wenn man Italien gewähren ließ, die Türken sich Großbritannien in die Arme werfen müßten, da sie doch von der deutschen Freundschaft nichts Positives hätten! Kurz vorher waren

ihnen vom anderen Bundesgenossen des Deutschen Reiches Bosnien und die Herzegowina endgültig abgenommen worden! Diese Stimmung eines sehr erheblichen Teiles der deutschen Bevölkerung scheint damals auch in manchen politischen Kreisen Deutschlands geteilt worden zu sein. Nicht nur in der politischen Presse wurde teils angedeutet, teils offen ausgesprochen, es sei besser, dem unzuverlässigen Bundesgenossen Italien den Dreibundstuhl vor die Tür zu setzen, dafür die Türkei in den Dreibund aufzunehmen, sondern sogar der damalige deutsche Botschafter Baron Marschall in Konstantinopel hat anscheinend diese Ansicht vertreten.

Die Vertreter der deutschen Reichsregierung, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter, waren glücklicherweise anderer Ansicht. Sie boten alle Sorgfalt und Geschicklichkeit auf, um die deutsche Politik dem einen wie dem anderen der beiden Kriegführenden als treu und zuverlässig zu beweisen. Diese zeigten denn auch dem Deutschen Reiche zu Anfang schon das Vertrauen: ihm den Schutz der in der Türkei lebenden Italiener und der in Italien lebenden Osmanen anzubieten. Das Anerbieten wurde angenommen. Dem Ende 1912 verstorbenen, viel angegriffenen Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter muß es zum besonderen und großen Verdienste angerechnet werden, daß er in jener schwierigen Lage verstanden hat, mit zielbewußter Ruhe und praktischem Blicke die Beziehungen zu dem Verbündeten und zu dem Freunde nicht nur zu erhalten, sondern, besonders was Italien anlangt, erheblich zu verbessern. Dabei hat die deutsche Politik in keinem Augenblicke des Krieges die Linie strenger Neutralität zwischen den beiden kriegführenden Mächten verlassen. Ende Januar 1912 befand sich der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter in Rom. Wichtige politische Besprechungen fanden statt, die sich besonders auch auf die um 1914 fällige Erneuerung des Dreibundes bezogen. Italien hatte die Annexion von Tripolis und der Cyrenaika oder, wie man in Italien zu sagen liebt, Libyens schon im November 1911 ausgesprochen, und die Frage mußte sich für die Erneuerung des Dreibundes erheben, ob das neue Kolonialgebiet in dem Dreibundvertrag einzubegreifen sei. Die Frage ist damals in befriedigender Weise gelöst worden, und seit Jahrzehnten haben die drei Mächte ihren Bündnisvertrag nicht in so freudiger Einmütigkeit erneuert, wie dieses Mal.

Frankreich hatte seinerzeit Italien jenen Wechsel auf Tripolis ausgestellt und Italien ihm zu Algeciras seine Unkosten bezahlt. Nun ereignete sich, im Januar 1912, daß die Franzosen ihre Unzufriedenheit und Besorgnisse unverhohlen zum Ausdrucke brachten, als sie sahen, daß Italien mit Entschlossenheit und Ausdauer den Wechsel einlöste. Die französischen Unwillensausbrüche bewiesen, daß Frankreich im Ernste

gar nicht geglaubt hatte, die Italiener würden wirklich und erfolgreich in Tripolitanien zugreifen. Vermutlich verband sich mit diesem Zweifel der Gedanke, daß Tripolitanien ja an das französische Tunis grenze und es deshalb ebenfalls früher oder später an Frankreich fallen müsse. Dazu kam, daß die Italiener zwei französische Dampfer beschlagnahmten, die auf der Fahrt von Marseille Aeroplane und türkische Offiziere nach Tunis zu bringen versuchten. In Tunis angekommen, würden sie die tripolitanische Grenze überschritten und die Gegner der Italiener verstärkt haben. In Frankreich, wo man gewohnt war, Italien als einen dienstwilligen Helfer anzusehen, der sich damit zu begnügen hatte, der Freund Frankreichs genannt zu werden, erregten diese Beschlagnahmen heftigen und lärmenden Unwillen. Die französische Presse raste förmlich gegen Italien, der damalige Ministerpräsident und spätere Präsident der Republik Herr Poincaré hielt überhebende und drohende Reden. Bald darauf wurde die gesamte französische Flotte in das Mittelländische Meer verlegt, und bei der Beratung des Marinebudgets in der französischen Kammer erklärte der Berichterstatter, Frankreichs Flotte müsse stets stark genug sein, um die italienische innerhalb vierzig Minuten zusammenzuschießen. Es würde zu weit führen, alle derartigen Äußerungen und Zwischenfälle aufzuzählen. Der Kern war immer, daß die Franzosen auf einmal, zu spät erkannten, wie die Situation im Mittelländischen Meere sich durch den neuen überseeischen Besitz Italiens ändern müsse. Italien war nun mit einem Schlage mehr noch als in früheren Jahrzehnten „Rivale“ Frankreichs im Mittelländischen Meere geworden.

Um seinen neuen Besitz fest an sich zu ketten, ist Italien fortan gezwungen, erheblich mehr als bisher an der Stärkung seiner Seemacht zu arbeiten. Es hat jetzt ein vitales Interesse daran, daß das Mittelländische Meer nicht durch eine einzige Macht beherrscht werde. Im selben Augenblicke nämlich, wo das geschähe, wäre Italien von seinem libyschen Besitze abgeschnitten, oder es muß sich in die politische Abhängigkeit jener Macht begeben. Frankreich hat bekanntlich aber immer geträumt und angestrebt, wenigstens das Mittelmeer zu beherrschen, sei es auch nur unter Duldung Englands. Italien hatte während des Krieges mit der Türkei zwölf Inseln im Ägäischen Meere besetzen müssen. Frankreich und England hatten diplomatisch alles getan, um es zu verhindern, aber ohne Erfolg. Als am 18. Oktober 1912 die Türkei zu Lausanne mit Italien Frieden schloß, nachdem vorher albanische und arabische Aufstände und schließlich der Beginn des Balkankrieges es der türkischen Regierung als notwendig erscheinen ließen, wenigstens dem aussichtslosen Kampfe um Tripolitanien ein Ende zu machen, da behielten die Italiener jene zwölf ägäischen Inseln als Pfand mit der Verpflichtung, sie zu räumen,

sobald keine türkischen Truppen und Offiziere mehr in Libyen kämpften. Die Italiener mit ihren Truppen und Schiffen auf den zwölf Inseln zu wissen, war den Franzosen und Engländern sehr ärgerlich. Verschiedentlich wurde versucht, auch die deutsche Politik dagegen mobil zu machen. Diese ließ sich auf das durchsichtige Spiel nicht ein, sondern verfuhr in gewohnter Loyalität und Neutralität den beiden Kriegführenden gegenüber.

Italien hat jenen kostspieligen, mühevollen und ermüdenden Krieg mit demselben Opfermute, der gleichen Ausdauer und Einmütigkeit bis zum Frieden von Lausanne geführt, und auch heute noch wird der Kleinkrieg in Libyen im selben Geiste fortgesetzt. Nicht — wie die Franzosen gehofft hatten — Mißmut und Enttäuschung, sondern freudiger Stolz und erhöhtes Selbstvertrauen beherrscht seitdem dauernd die italienische Nation. Die plötzlichen Ausbrüche französischer Feindschaft hatten sie überrascht, aber nicht eingeschüchtert, im Gegenteil, man war sich darüber klar, daß Italien Frankreich gegenüber seine neue Stellung im Mittelmeere nicht durch Unterwürfigkeit, sondern nur durch Festigkeit und Stärke sichern könne. Gerade diese Überlegungen führten das italienische Volk auch innerlich zum Dreibunde zurück, denn man begriff, daß besonders dem Deutschen Reiche ein starkes und selbständiges Italien nützlich und erstrebenswert erscheinen müßte, daß Italien bei Deutschland auf Schutz und Rückhalt Frankreich gegenüber rechnen konnte. Deutscherseits waren die Vorbereitungen für eine neue wirkliche deutsch-italienische Intimität schon seit mehreren Jahren mit Sorgfalt getroffen worden. 1909 kam ein neuer deutscher Botschafter nach Rom, Herr v. Jagow, seit dem Frühjahr 1913 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Er hat mit großer Geschicklichkeit verstanden, die einstige vertrauensvolle Intimität zwischen den beiden Regierungen wiederherzustellen. Der französische Botschafter in Rom, Mr. Barrère, hatte früher in frankreichfreundlichem und deutschfeindlichem Sinne einen außerordentlichen Einfluß in Italien ausgeübt, besonders auch auf die öffentliche Meinung. Es gelang Jagow in verhältnismäßig kurzer Zeit, diesen Einfluß völlig auszuschalten. Der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter seinerseits hat von seinem Amtsantritte an erkannt, wie notwendig und nützlich und bei Sorgfalt und Geschicklichkeit auch möglich es sei, die alte Freundschaft wiederzuerwecken und realpolitisch zu fundieren. Er erkannte — und mit ihm der Botschafter zu Rom — wie wichtig insbesondere der ununterbrochene Austausch des täglichen Brotes der Politik und Diplomatie dafür ist. Von der italienischen Seite wurden die deutschen Bestrebungen mit freudigem Verständnisse aufgenommen.

Die Türkei hatte ihren Frieden mit Italien gemacht, weil neue,

große Gefahren sich gegen sie erhoben. Im Herbst des Jahres 1912 eröffnete das Vorgehen Montenegros den Ansturm eines Balkanbundes, gebildet aus Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland, mit dem Zwecke, der Türkei ihren europäischen Gebietsbestand abzunehmen und unter sich zu verteilen. Anlaß, größtenteils Vorwand hatten die alten mazedonischen Streitfragen und Mißstände gebildet. Eine Einigung der Balkanstaaten war schon häufig versucht worden, bald mit der Türkei, bald gegen sie, bald unter der russischen Vormundschaft, bald ohne sie. Diese Versuche waren stets gescheitert. Dieser Balkanbund von 1912 stand unter russischen Auspizien.

Die Türkei hatte die neue Gefahr, die größte von allen, nicht erkannt und auf die leichte Achsel genommen. Sie hatte an eine wirkliche Einigung der Balkanstaaten ebensowenig geglaubt wie die meisten der Großmächte. Noch schlimmer war aber, daß die Türken, wie ohne Ausnahme die Großmächte, die militärische Kraft und Bereitschaft der Balkanmächte und Griechenlands weit unterschätzten, die der Türkei ebensoweit überschätzten. Ob und wann der Krieg tatsächlich ausbrechen würde, war bis zum letzten Augenblicke zweifelhaft, und der auch in Deutschland erhobene Vorwurf, daß die diplomatischen Vertreter es an dem erforderlichen Scharfblicke hätten fehlen lassen, trifft nicht zu. Solche Entscheidungen stehen, ebenso wie seinerzeit vor dem Russisch-Japanischen Kriege, oft auf der Schneide des Messers: sie können nach der einen Seite oder nach der anderen Seite fallen. Voraussagen haben fünfzig Prozent Wahrscheinlichkeit für sich, aber ebensoviel gegen sich, und unnötige Beunruhigungen würden in Gestalt von Störung des wirtschaftlichen und kapitalistischen Lebens der Diplomatie schwer zur Last gelegt werden. Kriegsvoraussagen der Diplomatie, wenn sie nicht zutreffen, pflegen von anderen Mächten als Kriegstreiberei ausgelegt und demgemäß verwertet zu werden. Merkwürdig war im Herbst 1912 aber, daß die Börsen und die Hochfinanz, denen ja im allgemeinen das feinste Gefühl für die Bedeutung politischer Krisen und für die Beurteilung von Kriegsgefahren zugeschrieben wird, völlig versagten. Wie dem Verfasser der verstorbene Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter sagte, und zwar vor dem Ausbruche des Krieges, hat er damals mehrfach die Hochfinanz vertraulich warnen lassen, auch einige ihrer Vertreter persönlich gewarnt. Die Kurse waren damals so hoch getrieben worden, daß auch ohne Eintritt des Krieges ein empfindlicher Rückschlag für das wirtschaftliche Leben kaum ausgeblieben wäre. Der Staatssekretär wies aber besonders auf die mögliche Gefahr der Balkankrisen hin. Eine Wirkung blieb aus, und wenige Tage später erfolgte jener Zusammenbruch an den Börsen, welcher dem deutschen Volke viel Geld gekostet hat.

Als der Balkankrieg begann, war die erste Sorge, auch für die deutsche Politik, das mögliche zu tun, damit die Orientkrisis nicht zu einem europäischen Kriege werde. Der Wunsch wurde von den andern Großmächten geteilt. Diplomatisch ergab sich zunächst — zum allgemeinen Erstaunen — ein Zusammenarbeiten zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich, deren Interessen in der Türkei, rein sachlich betrachtet, ebenso gleichartig wie erheblich sind. Es dauerte aber nicht lange, teils weil Frankreich fürchtete, das russische Mißfallen zu erregen, teils, weil der damalige Ministerpräsident, Herr Poincaré, ein ehrgeiziger, aber dilettantischer Diplomat, Vorschläge und Anregungen machte, welche die deutsche Politik nicht mit vertreten konnte.

Die viel bespöttelte Einigung der Großmächte auf Wiederherstellung des Statusquo auf dem Balkan nach Beendigung des Krieges war damals durchaus vernünftig. Daß alle Mächte sich dahin einigten, zeigte im übrigen, wie sie sämtlich in der gleichen Täuschung über die militärische Kraft und die nationale Einigkeit und Opferwilligkeit der Balkanmächte befangen waren. Mit der Proklamation des Statusquo wollte man den Balkanstaaten sagen: ihr könnt euch schlagen, soviel ihr wollt, aber Territorialgewinn werdet ihr nicht davon haben. Nun kam Poincaré mit dem Vorschlage: alle Mächte sollten ihr „absolutes Désintéressement" am Balkan erklären. Das war für Österreich-Ungarn als Grenzmacht unmöglich, ebenso für Italien. Absichten auf Gebietserweiterung lagen dabei den beiden Mächten fern. Von diesem Augenblicke an stellte sich die französische Presse, besonders die von der Regierung inspirierte, mit einer Feindlichkeit und Gehässigkeit gegen Österreich-Ungarn, wie sie durch das politische Verhalten der Doppelmonarchie in keiner Weise gerechtfertigt war. Dasselbe begann in Rußland und in Serbien.

Die Türkei erwies sich sofort als ihren Gegnern nicht gewachsen. In raschem Siegeslaufe nahmen die Verbündeten den Türken beinahe ihr ganzes europäisches Gebiet ab, und die Bulgaren rückten nach den siegreichen Schlachten bei Kirk-Kilisse und Lühle-Burgas bis zur letzten Verteidigungslinie Konstantinopels, der Tschataldschastellung, vor. Damit ging die Doktrin von der Wiederherstellung des status quo nach dem Kriege natürlich in Trümmer. An die Stelle trat die Doktrin der Nationalität auf dem Balkan: Jede Nationalität sollte das Recht auf Selbständigkeit erhalten und nach Möglichkeit ihre Angehörigen nebst Gebiet bekommen. Das war jedenfalls die Forderung der Balkanstaaten, welche ohne die Großmächte ihre Geschicke bestimmen wollten.

Eine Zeitlang erwartete man, daß die bulgarische Armee auch den letzten Widerstand überwinden und in Konstantinopel einrücken werde. In Rußland herrschte deshalb große Besorgnis, man wendete

alle zu Gebote stehenden Druckmittel auf Bulgarien an, um es zurückzuhalten. Diese Druckmittel würden aber wohl kaum Erfolg gehabt haben, wenn die bulgarische Armee nicht erschöpft gewesen wäre und wenn nicht anderseits die türkische Verteidigungskraft mit jedem Tage gewachsen wäre: die alte Erfahrung aus beinahe allen türkischen Kriegen. Dazu kam die Hartnäckigkeit der Verteidigung Adrianopels. Bulgarien hatte den günstigen Augenblick zum Friedensschlusse mit der Türkei versäumt. Inzwischen war auf Anregung Sir Edward Greys unter seinem Vorsitze zu London die sogenannte Botschaftervereinigung zusammengetreten. Herr Poincaré hatte eine europäische Konferenz unter seinem Vorsitze gewünscht, wovon naturgemäß keine Rede sein konnte. Eine Konferenz schien überhaupt nicht angezeigt, und die deutsche Politik vermochte leicht die anderen Mächte von ihrer Unzweckmäßigkeit zu überzeugen. Die Londoner Botschaftervereinigung dagegen war annehmbar, denn sie hatte im Grunde nur den Zweck, den diplomatischen Geschäftsverkehr zu vereinfachen, außerdem Nebenwege einiger Großmächte auszuschließen.

Ein gefährliches Moment schien in die Lage hereinzukommen, als Rußland nahe seinen österreichischen Grenzen Mobilmachungen von Truppenteilen vornahm. Amtlich wurde dazu erklärt, es handle sich um eine Probemobilmachung. Auch den europäischen Kabinetten ging dieselbe Erklärung zu. Andere Gerüchte gaben an, daß die Mobilmachung stattfände, um Bedenken des Bundesgenossen Frankreich zu beschwichtigen, daß in einem großen Kriege die Mobilmachung des russischen Heeres zu langsam gehen werde. Ende 1913 schien, als ob gewisse Geheimverträge der Balkanstaaten —, mit der Spitze gegen Österreich-Ungarn und Rumänien — die unter russischen Auspizien geschlossen worden waren, die Ursache jener Mobilmachung gebildet haben. Es war natürlich, daß Österreich-Ungarn an seiner russischen, wie an seiner serbischen Grenze mit entsprechenden Gegenmaßnahmen antwortete. Die russische Regierung gab zwar fortgesetzt beruhigende Erklärungen ab, daß sie auf dem Boden der anderen Mächte stände und weit von einer Einmischung in den Krieg entfernt sei. Gleichwohl machte es den Eindruck, als ob der russische Gesandte Herr v. Hartwig in Belgrad die Kriegsgefahr akut zu machen strebte, insbesondere die serbischen Ansprüche so hochzuschrauben versuchte, daß aus ihrer Durchführung ein Krieg entstehen mußte. In der Tat hat Hartwig damals und bei der Entstehung der Geheimverträge eine sehr bedeutende Rolle gespielt.

Es handelte sich im wesentlichen um das alte serbische Verlangen, einen „Korridor“ oder eine „Luftröhre“ nach dem Adriatischen Meere zu erhalten. Jetzt, wo die türkische Herrschaft aus dem Sandschak

Novibasar, überhaupt vom ganzen westlichen Balkan völlig verschwunden war, und der Zugang zum Adriatischen Meere, rein militärisch betrachtet, in serbischen Händen lag, wurde die Forderung um so nachdrücklicher wieder erhoben. Österreich-Ungarn widersetzte sich, Italien ebenfalls. Beide Mächte hatten das höchste Interesse, einen serbischen Hafen am Adriatischen Meere nicht zuzulassen, der später Gebrauchseigentum Rußlands und Frankreichs geworden sein würde. Österreich hatte den Fehler begangen, die Besetzung des Sandschaks Novibasar durch die Serben zu dulden. Mehr denn je erhob sich für Österreich-Ungarn jetzt die alte großserbische Gefahr. Wurde das serbische Gebiet bis zum Meere ausgedehnt, so war der bosnische Besitz Österreich-Ungarns auf das schwerste bedroht, ja in unerträglicher Weise. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß Frankreich und Rußland mit eifriger Fürsprache hinter Serbien standen.

Somit ergab sich eine Lage, die an die bosnische Krisis des Winters 1908/09 erinnerte. Der eine große Unterschied war aber, daß Österreich-Ungarn sich jetzt ganz passiv verhalten hatte und sich durchaus in Verteidigungsstellung befand, der zweite, daß Großbritannien trotz seiner Zugehörigkeit zur Tripleentente und bei großer Vorsicht in seinem Auftreten de facto gegen Serbien stand. Über die Gründe und über diese Verhältnisse im einzelnen wird wohl erst nach Ablauf einiger Zeit sachlich und sachdienlich gesprochen werden können. Hier beschränken wir uns auf die Feststellung, daß Großbritannien ein Wachsen der slawischen Macht unter Rußlands Führung auf dem Balkan und damit dem ganzen Oriente mit steigender Sorge betrachtete und das mögliche tat, um einer solchen Entwicklung unauffällig entgegenzuwirken. Auch das Eintreten für die Erhaltung der asiatischen Türkei fiel unter diesen Gesichtspunkt. So ergab sich schon bald nach Beginn des Balkankrieges ein Zusammenarbeiten der deutschen und der englischen Politik, das deshalb vertrauensvoll werden konnte, weil die Interessen der beiden Mächte, wenn nicht überall gleich, so doch parallel waren. Es war durch die Macht der Tatsachen eingetreten; wie der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg einst gesagt hatte: nur auf diese Weise könne das englische Flottenmißtrauen beseitigt werden. Die deutsch-englische Zusammenarbeit war eine der bedeutsamsten Erscheinungen und — teilweise — Folgen des Balkankrieges. Man konnte sie mit um so ungemischteren Gefühlen begrüßen, als die deutsche Politik überlegt und energisch ihren Weg ging, dabei keine deutschen Interessen und deutsche Zukunftsziele aufgab oder benachteiligen ließ.

Um jene serbische Frage aus der Welt zu schaffen, beschlossen Österreich-Ungarn und Italien, daß ein selbständiges Albanien, nachdem die türkische Herrschaft dort gefallen war, errichtet und organisiert werden

müsse. Diese Forderung entsprach der Parole, mit welcher die Balkanvölker den Krieg eröffnet hatten: Befreiung der Nationalitäten der Balkanhalbinsel. Die Albaner sind eine Nationalität für sich, folglich hatten sie das Recht, ein freier unabhängiger Staat zu werden und durften nicht aus dem türkischen unter das serbische Joch geraten. Dieses unanfechtbare Argument im Vereine mit dem vitalen Interesse Österreich-Ungarns und dem, wenn nicht vitalen, doch sehr erheblichen Interesse Italiens bestimmten ohne weiteres die Haltung des Deutschen Reiches. Zu verschiedenen Malen hat es während des ersten, auch nach dem zweiten Balkankriege sein volles Gewicht in die Wagschale gelegt. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärte im Reichstage unumwunden, daß das Deutsche Reich im vollen Sinne des Wortes und auf alle Konsequenzen hin neben dem Bundesgenossen stehe und unter Umständen auch bereit sei, das Schwert zu ziehen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow ergänzte diese Erklärungen ein anderes Mal in der Richtung, daß die staatliche Zugehörigkeit albanischer Städte und Hafenplätze das deutsche Interesse unmittelbar nicht berührten, sondern nur insofern, als sie oder ein Streit um sie ein vitales Interesse für unsere Verbündeten bildeten. In dieser Erklärung lag zugleich enthalten, daß das Deutsche Reich nicht daran denke, eine expansive oder abenteuernde Politik auf dem Balkan mitzumachen oder zu fundieren oder etwa selbst auf Balkanabenteuer auszugehen. Diese mit richtigem Augenmaße, mit Überlegung und Entschlossenheit getriebene deutsche Politik ist ohne Ausnahme und ohne Rückschlag von Erfolg begleitet gewesen.

In Deutschland ist hier und da die Kritik laut geworden: daß das Deutsche Reich hier wieder einmal gezeigt habe, es könne wohl für andere arbeiten, aber nicht für sich. Es ist nicht möglich, diesem Urteile beizutreten, besonders, wenn man vergleicht, was die anderen Großmächte im Orient angestrebt oder erreicht haben. Österreich-Ungarn hat, wie gesagt, mit Hilfe des Deutschen Reiches seine Stellung gewahrt, Rußland hat im Orient, wie die Chinesen sagen, „an Gesicht verloren". Die Freundschaft der Pforte hat es nicht gewonnen, der von ihm gestiftete Balkanbund besteht nicht mehr, Bulgarien hat sich — vorläufig — von ihm abgewendet. Aber auch in Serbien ist das alte unbegrenzte Vertrauen auf Hilfe Rußlands in allen serbischen Nöten geschwunden. Frankreich und Rußland haben vorläufig die Hoffnung aufgeben müssen, auf dem Balkan eine geschlossene slawische Macht als Drohung und Gefahr für Österreich-Ungarn, indirekt für das Deutsche Reich sich aufrichten zu sehen. Diese Hoffnung schien nach dem ersten Balkankriege der Erfüllung nahe. Das Bild des Balkans nahm damals ein ernstes Gepräge an. Deutschland trug der Lage und ihren Zukunftsaspekten Rechnung durch

die Einbringung und Bewilligung der großen Wehrvorlage von 1913. Es handelte sich darum, der Eventualität ins Auge sehen zu können, daß in einem großen Kriege Österreich-Ungarn von den vereinten Kräften des slawischen Balkans auf der einen, von Rußland auf der anderen Seite voll in Anspruch genommen würde, das Deutsche Reich also an seinen Ost- und Westgrenzen auf sich allein stehen müsse.

Der Ausbruch des zweiten Balkankrieges, der Kampf um die Beute unter den Teilnehmern des Beutezuges, zerstörte diese Konstellation. Bulgarien hatte sich höher vermessen, als es mit seinen Kräften im Einklange stand. Im Kampfe mit Serbien und Griechenland wurde es niedergeworfen, denn mitten in diesen Kampf hinein trat als Schiedsrichter, mit dem Schwerte in der Hand, Rumänien, die einzige Balkanmacht, welche bisher an den Kämpfen nicht teilgenommen hatte. König Karol ließ seine Armee bis vor die Tore von Sofia marschieren, Bulgarien unterwarf sich, und die vier anderen Balkanmächte erkannten Rumänien als Vormacht und Schiedsrichter an. Auf der Konferenz von Bukarest wurden unter dem Vorsitze des rumänischen Ministerpräsidenten Majoresku die neuen Grenzen und die sonstigen Friedensbedingungen festgelegt. Der Gebietszuwachs Bulgariens wurde den neuen Verhältnissen gemäß erheblich kleiner, insbesondere mußte es auch auf die Küstenstädte Saloniki und Kawala zugunsten Griechenlands verzichten. Österreich-Ungarn, dem sich Bulgarien wieder zugewandt hatte, war mit den Ergebnissen des Bukarester Friedens nicht einverstanden. Für die österreichische Politik war der Gedanke dabei leitend, daß eine sehr große Stärke Serbiens nicht allein auf Kosten Bulgariens, sondern auch auf Kosten Österreich-Ungarns gehe. Auch war man nicht zufrieden mit dem neuen Zuwachse Rumäniens, der ebenfalls auf Kosten Bulgariens erfolgte. Die deutsche und die österreichische Politik gingen in diesem Falle also verschiedene Wege, denn Deutschland stellte sich entschieden auf Rumäniens Seite. Diese Hilfe war notwendig, weil sowohl Frankreich wie Rußland auf eine Revision des Bukarester Friedens drangen. Diese richtige Stellungnahme der deutschen Politik setzte sich durch, der Friede von Bukarest wurde und blieb definitiv und unangefochten.

Die Differenz zwischen der österreichischen und der deutschen Politik in diesem Falle brauchte nicht tragisch genommen zu werden. Die Politik des Deutschen Reiches war wohlbegründet: es besaß hohes Interesse daran, daß das politisch eng befreundete, in seiner Politik als immer loyal und stetig erprobte, militärisch an erster Stelle auf dem Balkan stehende Rumänien dem Dreibunde nahe blieb. Hätte Deutschland sich dieses Mal mit der österreichischen Politik identisch erklärt, so würde man Rumänien — das schon vorher diplomatische Differenzen mit Österreich-

Ungarn gehabt hatte — in die Arme Rußlands gedrängt haben und auch zum Anschlusse an Frankreich. Trotz ihrer Stellungnahme zum Bukarester Vertrag hätten bei einer solchen Wendung der Dinge diese beiden Mächte mit Freuden Rumänien willkommen geheißen und es an Zugeständnissen nicht fehlen lassen. Auf der anderen Seite konnte es dem Deutschen Reiche nicht unangenehm sein, wenn Österreich-Ungarn durch Eintreten für Bulgarien diese Beziehungen fester knüpfte, denn damit wurde die Möglichkeit einer späteren antiösterreichischen Balkankoalition, auch eines bulgarischen Rachekrieges weiter gemindert.

Ende des Jahres 1913 stellen sich die Balkanverhältnisse kurz folgendermaßen dar: Rumänien unbestrittene Vormacht, im engen Einverständnis mit Griechenland und Serbien, in guten Beziehungen zur Türkei. Bulgarien, wie es schien, in engerem Einverständnisse mit der Türkei, auf Rache gegen Serbien und Griechenland sinnend, aber ohnmächtig, solange die Konstellation: Rumänien-Serbien-Griechenland dauert. Eben durch diese Konstellation scheint die Annäherung Bulgariens an Österreich-Ungarn bis auf weiteres gewährleistet, falls nicht, was nie zu wissen ist, ein Umschlag nach der russischen Seite eintreten sollte. Da Österreich-Ungarn eine kriegerische Balkanpolitik ohne Not nicht treiben wird, eine solche Not auch nicht in Aussicht zu stehen scheint, so kann man, wie gesagt, diese Annäherung auch vom deutschen Standpunkte gutheißen. Ernstere Differenzen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien zu verhindern oder auszugleichen, ist den Bemühungen der deutschen Politik gelungen. Diese Aufgabe stellt sie sich auch für die Zukunft und ist von großer Bedeutung.

Die Stellung des Deutschen Reiches Ende 1913.

Brennpunkt der europäischen Politik war von Mitte 1912 bis Ende 1913 die Balkanhalbinsel. Dort ist innerhalb jener Zeit die weltgeschichtliche Entscheidung gefallen, daß die Türkei annähernd aus Europa verdrängt wurde, die Balkanstaaten nebst Griechenland ebenda an ihre Stelle getreten sind. Die beinahe überall unerwartete Niederlage der Türkei, ihr völliger Zusammenbruch in Europa schon auf den ersten militärischen Anstoß der Balkanstaaten, wurde zunächst als Zusammenbruch auch der deutschen Orientarbeit, ja überhaupt als ein schwerer Verlust angesehen. In Wirklichkeit hat das Deutsche Reich mit dem Zusammenbruche der europäischen Türkei nichts verloren als eine Illusion. Solcher Verlust ist Gewinn. Eine Fortdauer der bisherigen Täuschung, der Annahme einer starken, schlagfertigen Türkei als Faktor in der politischen Rechnung des Deutschen Reiches hätte für den Verlauf einer europäi-

schen Krisis verhängnisvoll werden können. Insofern ist der Balkankrieg in hohem Grade nützlich für das deutsche Interesse und die gesunde Fundierung der deutschen Politik geworden. Weniger als ein Jahr vor dem türkischen Zusammenbruche hatten in Deutschland Berufs- und Amateurpolitiker gefordert und erstrebt: an Stelle des „ungetreuen Bundesgenossen“ Italien müsse die Türkei in den Dreibund eintreten; eine gute Lehre!

Der durch die Kriege der Jahre 1912 und 1913 geschaffene Zustand auf dem Balkan hat sich, unter dem deutschen Gesichtspunkte betrachtet, günstiger gestaltet, als es zu Anfang den Anschein hatte. Ein fester Zusammenschluß des Slawentumes auf dem Balkan ist nicht zustande gekommen, steht auch vorderhand nicht in Aussicht. Damit ist eine Gefahr nicht eingetreten, die in erster Linie unserem Bundesgenossen Österreich zu drohen schien, und deren Verwirklichung für das Deutsche Reich indirekt nachteilig und gefährlich gewesen wäre. Der Frieden von Bukarest (Herbst 1913) hat politisch die folgende Gruppierung geschaffen: Rumänien ist die Vormacht auf dem Balkan, es hat den Frieden erzwungen, ist maßgebend für die neue Grenzregelung gewesen und hat, im Sinne des Wortes, autoritativ als Schiedsrichter fungiert. Rumänien steht in engen Beziehungen zum Deutschen Reiche und zum Dreibunde überhaupt. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Bedeutung seiner Vormachtstellung auf dem Balkan. Rumänien will den Frieden dort, es steht im Einverständnisse mit Serbien und Griechenland. Diese drei Mächte haben alles Interesse, den jetzigen Statusquo auf dem Balkan zu erhalten. Solange sie zusammenstehen, werden sie es können, und darin liegt die Bedeutung der Konstellation, weil diese Gruppierung keine deutschfeindliche, auch — trotz Serbien — keine österreichfeindliche ist. Die Trias Rumänien, Serbien, Griechenland kann, solange sie besteht, bulgarische Rachekriegsgelüste meistern und muß es wollen; die Trias braucht sich nicht von Rußland abhängig zu machen. Demgegenüber ist es nicht nur unschädlich, sondern nützlich, wenn das von Rußland im Stiche gelassene Bulgarien Anschluß an Österreich-Ungarn gesucht hat. Die Erhaltung und somit die Integrität der Türkei lag bis zum Schlusse des Jahres 1913 ebenso im Bestreben der Dreibundmächte wie in dem Rumäniens, während anderseits Rumänien zum Schlusse des genannten Jahres tatkräftig den Willen zeigte, auch auf Kosten griechischer Forderungen den Frieden zwischen Griechenland und der Türkei zu erhalten. Diese Verhältnisse ragen übrigens so stark in die Gegenwart hinein, daß man sie nur mit allem Vorbehalte beurteilen darf.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zur Türkei waren gute, wobei nicht verkannt werden darf, daß jetzt und in Zukunft mehr

als ehedem die auf Asien angewiesene Türkei im Schatten der russischen Drohung von der armenischen Seite her steht. Rußland, der Grenznachbar in Armenien und an den Küsten des Schwarzen Meeres, bleibt für den Türken immer die traditionelle und furchtbarste Gefahr. Während der Balkankriege hatte die russische Politik aus mannigfachen Gründen kein Interesse an einer Liquidierung der Türkei, dafür zeigte aber Rußlands Haltung in der Frage der deutschen Militärmission um die Jahreswende 1913/14 deutlich, daß dem Russischen Reiche eine wirkliche Erstarkung der Türkei als etwas erscheint, was verhindert werden muß. Rußland hat in Frankreich einen ergebenen und eifrigen Helfer, der, um seine Bundestreue zu betätigen, auch gegen das eigene Interesse, auf Schwächung der Türkei hinarbeitete und auf die Hohe Pforte drückte.

Die Orientpolitik Großbritanniens war und ist Ende des Jahres 1913 anscheinend eine abwartende, aber durchweg nach Rußland hin gravitierende, bisweilen vermittelnde. Das englische Interesse verlangt zwar Erhaltung und Stärkung der Türkei, ist also dem russischen entgegengesetzt. Da das Verhältnis der Tripelentente der britischen Politik aber unter dem Gesichtspunkte der „deutschen Gefahr" wertvoll und — um jeden Preis — erhaltenswert erscheint, so vermeidet sie, trotz deutlich erkennbarer Sorge vor der wachsenden Machtstellung Rußlands im Orient, Meinungsverschiedenheiten mit der russischen Politik. Vielleicht auch wird die Zukunft erkennen lassen, daß die britische Regierung die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen mit dem Deutschen Reiche zu einem guten Teile ausgenutzt hat, um letzteres gegen Rußland auszuspielen.

Während der Orientkrisen trat in der deutschen Öffentlichkeit der Wunsch hervor, die deutsche Politik möge versuchen, zu engen Beziehungen mit Rußland zu gelangen, dann würde die Stellung des Deutschen Reiches gesicherter denn je sein, und man könnte mit Rußland Schulter an Schulter Großbritannien in Europa und allerorts überlegen entgegentreten. Wer die deutsch-russischen Beziehungen während der letzten Jahrzehnte verfolgt hat, wird sich demgegenüber der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die russische Stellung politisch außerordentlich günstig ist. Rußland würde das Deutsche Reich zwar gern als Vasallen begrüßen und verwenden, aber ein wirkliches do-ut-des nie Platz greifen lassen — so lange, wie das russisch-englische Verhältnis der russischen Politik vorteilhaft erscheint. Dazu kommt, daß die auf Stärkung der Türkei gerichtete deutsche Orientpolitik gerade im vergangenen Jahre steigend das russische Mißfallen erregt hat. Im Norden, in den baltischen Häfen, entsteht in konsequenter Arbeit eine russische Dreadnought-Flotte von unverhältnismäßiger Stärke. Es ist möglich, daß sie

für den fernen Osten bestimmt ist, aber auch, daß sie in der Ostsee bleibt. Daß Frankreich dies letztere glaubt, zeigt die im Jahre 1912 zwischen den beiden Bundesmächten geschlossene Flottenkonvention. Zahlreiche Torpedoboote, Unterseeboote und Minenfahrzeuge vervollständigen dort die russische Rüstung, während zu Lande durch Vervollkommnung des strategischen Eisenbahnnetzes und Dislokation der Truppenkontingente die Gebiete nahe der deutschen Grenze militärisch organisiert werden. Das gleiche gilt — und bildet eine der bemerkenswertesten Erscheinungen des Jahres 1913 — für russische Kriegsvorbereitungen nach der schwedischen Seite zu Lande wie zu Wasser. Ein altes Problem der russischen Politik scheint diese wieder ergreifen zu wollen: eine Ausdehnungspolitik nach der skandinavischen Halbinsel hinüber, um beide Küsten des Baltischen Busens zu beherrschen und gleichzeitig an die atlantische Küste nach einem eisfreien Hafen dort vorzudringen. Lebensfragen des Deutschen Reiches wie Schwedens würden in Frage stehen. Nimmt man dazu den mit geringen Schwankungen stetig wachsenden russischen Haß gegen das Deutsche Reich, in Verbindung mit dem steigenden Selbstvertrauen Frankreichs zum Rachekriege und der fanatischen russischen Erbitterung gegen jede aktive deutsche Orientpolitik, so liegt auf der Hand, daß es nur ein ebenso unwürdiges wie erfolgloses „Nachlaufen" sein würde, wollte Deutschland über die Linie solcher Beziehungen hinausgelangen, die nach dem üblichen Sprachgebrauche als „freundliche" bezeichnet zu werden pflegen.

In Frankreich war der Haß gegen das Deutsche Reich zu Ende des Jahres 1913 eher gestiegen als gesunken, und die Ereignisse von Zabern ließen unverhüllt die Neigung zutage treten, sich in die inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches zu mischen.

Beide Zweibundmächte hatten vom tripolitanischen Kriege an bis zum Frieden von Bukarest gehofft und darauf hingearbeitet, daß die deutsche und die österreichische Stellung im Orient geschwächt und der Dreibund gelockert werden würde. Das Gegenteil ist eingetreten, wie wir sahen, und was man noch vor zwei Jahren nicht einmal zu hoffen wagte: die österreichisch-italienischen Beziehungen sind wesentlich besser geworden. Die Bildung eines selbständigen Albaniens hat Österreich und Italien zusammengeführt und aus dem Zankapfel ein Moment der Einigung gemacht. In beiden Mächten scheint der Gedanke Platz zu greifen, daß das Adriatische Meer kein Streitgebiet zwischen ihnen sein darf, sondern seine Verteidigung und seine Offenhaltung vielmehr die vereinigten Anstrengungen der beiden Mächte verlangt. Italien ist durch seinen neuen überseeischen Besitz weit mehr als bisher an der Freiheit des Mittelländischen Meeres interessiert, und die Vereinigung

der ganzen französischen Flotte ebendort bildet ein Memento für Italien wie für Österreich-Ungarn, alte Streitfragen zu vergessen und zu bedenken, daß Einigkeit in Mittelmeer- und Balkanfragen für sie beide von unschätzbarem Werte und vitaler Bedeutung sein wird.

Innerhalb beider Mächte scheint die Erkenntnis zu reifen, daß sie dazu zur See stark sein müssen und ihre Flotten, wenn zusammenstehend, viel erreichen können, wenn gegeneinanderstehend, nichts; dann müssen sie vielmehr der französischen Seemacht entweder zum Opfer fallen oder sich beugen. Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber wohl feststellen, daß das Jahr 1913 manche Anzeichen dafür aufwies, daß jene „Lücke in der Rüstung des Dreibundes“ vielleicht beginnt sich zu schließen. Im Augenblicke, wo Österreich und Italien über Albanien oder andere Orientfragen in Gegensatz kommen sollten, steht die Lücke in der Rüstung des Dreibundes wieder weit offen, und er ist keine Mittelmeermacht. Herrscht aber zwischen den Dreibundmächten im Mittelmeer und Orient Einverständnis, so ist der Dreibund eine starke Mittelmeermacht und kann bald eine s e h r starke werden. Der Politik des Deutschen Reiches sind damit die Wege gewiesen, die seit dem Jahre 1909 konsequent verfolgt worden sind: sorgsame, auch in nebensächlichen Fragen stets beobachtete Pflege des Verhältnisses zu Italien, Ausgleich etwaiger Schwierigkeiten und Differenzen zwischen Italien und Österreich. Diese Aufgabe und Rolle des Ausgleichers ist eine delikate und zuweilen schwierige, sie kann unter Umständen Grenzen finden, die durch die notwendige Eigenpolitik des Deutschen Reiches sich von Fall zu Fall ziehen.

Alles in allem: der Dreibund steht am Schlusse des Jahres 1913 fester und in sich geeinter zusammen als je zuvor. Es ist zu hoffen, daß das so bleiben wird, aber man darf sich nicht verhehlen, daß ebenso wie 1912 und 1913 vorzugsweise einigende Momente im Orient und im Mittelländischen Meer wirksam waren, so die Zukunft auch wieder trennende Momente bringen kann und damit entsprechend höhere Anforderungen an die Politik der leitenden Dreibundstaatsmänner, hauptsächlich an diejenigen des Deutschen Reiches stellen würde.

In den Beziehungen zu England ist, wie wir gesehen haben, eine gewisse Weiterentwicklung insofern eingetreten, als auf beiden Seiten ohne Besorgnis gegenseitiger Angriffsabsichten zu verschiedenen Fragen der internationalen Politik Stellung genommen wurde. Formal betrachtet, ist also das deutsch-englische Verhältnis gut. Als ein ständig die Beziehungen gefährdendes Moment haben sich seit 1912 aber die englischen Bemühungen erwiesen, auf eine Einschränkung des deutschen Flottenprogramms und Flottenbaues überhaupt hinzuwirken. Im Winter

1912 wurde der damalige Kriegsminister, Lord Haldane, in geheimer Mission nach Berlin geschickt. Da die Einzelheiten der damaligen Besprechungen nicht bekannt geworden sind, so läßt sich nichts Näheres über sie sagen. Es scheint, als ob England Angebote politischer Natur für den Fall gemacht hätte, daß die deutsche Flottenvorlage zurückgezogen würde. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Im Laufe der folgenden Zeit ist dann von seiten des Ersten Lords der Admiralität, Mr. Churchill, eine Reihe von öffentlichen Versuchen gemacht worden, um zu einem sogenannten Flottenabkommen zu gelangen. Dieses Drängen begründet sich letzten Endes darin, daß es Großbritannien steigend schwerer wird, dasjenige Maß von „absoluter" Ozeansuprematie aufrechtzuerhalten, auf welches es Anspruch machen zu müssen glaubt. Es wird immer schwerer finanziell und militärisch. Man kann sich in England nicht verhehlen, daß die vollständige Durchführung des deutschen Flottengesetzes für Deutschland auch dessen Zweck erreichen wird: auch für die größte Seemacht ein schweres Risiko zu sein. Um diesen Kernpunkt drehen sich die englischen Sorgen und Bemühungen, ob sie sich nach außen hin nun als Klagen, als Beschwerden, als Überredung, als wirtschaftliches, als finanzielles, als militärisches oder als sentimentales Argument kleiden. Im Jahre 1912 begannen Verhandlungen zwischen den beiden Mächten über die Ausführung jenes Delagoavertrages von 1898 in anderer Form. Diese langsam geführten Verhandlungen über wirtschaftliche Durchdringung der portugiesischen Kolonialgebiete in Mittelafrika werden britischerseits als Entgegenkommen betrachtet und sollen gewissermaßen das Stück Fleisch darstellen, das man dem hungrigen Hunde an der Kette hinhält, im Gedanken, es werde ihn genügend befriedigen, um sich nicht loszureißen und seinen Hunger nach eigener Wahl und in seinem vollen Umfange zu stillen. Dieses deutsch-englische Abkommen, durch welches dem Anscheine nach beide Mächte erheblichen Vorteil erzielen werden, kann vielleicht eine Etappe zu engeren Zukunftsbeziehungen bilden. Im Laufe der letzten beiden Jahre war in der englischen Presse und auch im Parlament mit einer gewissen Konsequenz die Ansicht vertreten worden, man müsse dem Deutschen Reiche in Afrika entgegenkommen, hauptsächlich um zu zeigen, daß Großbritannien nicht der in der ganzen Welt übelwollende Nebenbuhler Deutschlands sei, als welcher es den meisten Deutschen gelte. Daneben wurde die Ansicht laut, daß Deutschland allerdings ein starkes Expansionsbedürfnis und einen gewissen Kolonialehrgeiz besitze, welcher sich früher oder später gewaltsam Luft machen müsse, und dann vielleicht in gefährlicher Weise. Deshalb sei es besser, ihn rechtzeitig in unschädliche Bahnen zu lenken. Man rechnet ferner, daß Vergrößerung des deutschen Kolonial-

besitzes auf längere Zeit erhebliche Geldaufwendungen bedingen und diese eine Bremse für den deutschen Flottenausbau bilden werden. Endlich ist in Großbritannien die Ansicht vertreten worden, daß jene den Engländern so unangenehme dauernde Konzentration der gesamten deutschen Kampfflotte in den heimischen Gewässern aufhören werde, sobald die transozeanischen Kolonialinteressen des Deutschen Reiches mehr in den Vordergrund getreten seien.

Man mag diese englischen Überlegungen für sachlich richtig oder unrichtig halten, so bleibt der Hauptpunkt doch nach wie vor die deutsche Flotte. Man hat ihren Bau nicht verhindern können, Drohungen, Intrigen, Bündnisangebote halfen nichts, und so ist die deutsche Flotte aus einer Quantité négligeable im Jahre 1898 die zweite unter den Flotten der Welt im Jahre 1913 geworden. Gerade die Periode, in der Deutschland sich jetzt befindet, ist aber nicht ungefährlich: die Flotte ist sozusagen heute aus dem Gröbsten heraus, die Hauptarbeit scheint getan, wir sehen jetzt endlich in greifbarer Entfernung den Augenblick, wo man sagen kann: das Flottengesetz ist durchgeführt. Auf die Psychologie dieser Periode rechnet man in England und hat seit Beginn 1913 eine ganz neue Tonart: die der Überredung und hohen Anerkennung, angeschlagen. Vor einem Jahrzehnt hieß es, wie in einem früheren Abschnitt erwähnt wurde, Deutschland tue unklug, so viel Geld für seine Flotte auszugeben, es mache damit seine Niederlage und seine Verluste in einem Kriege mit England nur um so größer. Jetzt geben englische Minister und Abgeordnete in starken Worten ihrer Bewunderung für die deutsche Flotte Ausdruck, meinen aber, Deutschland brauche eine solche Flotte gar nicht. Der Erste Lord der Admiralität, Mr. Churchill, gebrauchte in einer seiner Reden das bekannte Wort von der deutschen Luxusflotte und betonte im Gegensatze dazu, daß für Großbritannien eine Flotte von genügender Stärke Lebensbedingung sei. Aus solchen Reden folgerten zahllose Zeitungsartikel, vielleicht auch inoffizielle Besprechungen von Diplomaten weiter: Großbritannien sei durch das harte Muß gezwungen — unbeschadet aller Freundschaftlichkeit der Gesinnung — immer ein bestimmtes Überlegenheitsverhältnis den anderen und insbesondere der nächststärksten, also der deutschen Flotte, gegenüber zu wahren. Wie stark also die deutsche Flotte auch werde, so würde ihr zahlenmäßiges Verhältnis zur britischen sich doch nie ändern. Da läge es doch auf der Hand, daß die beiden Mächte sich verständigen sollten, um einen bestimmten Betrag jährlich ihren Bau zu vermindern, oder ein sogenanntes Feierjahr einzulegen, während dessen nichts gebaut würde usw. Englische Minister, vor allem Mr. Churchill, wandten sich wiederholt in öffentlicher Rede mit solchen Appellen an das Deutsche

Reich und dessen Leitung. Man rechnete besonders auch mit den internationalistischen und pazifizistischen Strömungen in Deutschland, außerdem mit dem Vorhandensein einer gewissen Ermüdung und der Auffassung, daß man, für ein paar Schiffe weniger, leicht gesicherte, intime Beziehungen zu Großbritannien erhalten könne.

Die deutsche Regierung hat diesen Künsten der Überredung gegenüber ihren alten Standpunkt weiter betont und zur Geltung gebracht, daß es dem Deutschen Reiche nicht in erster Linie auf das Stärkeverhältnis der deutschen zur britischen Flotte ankomme, sondern in allererster Linie darauf, daß die deutsche Flotte ihr im Flottengesetz festgelegtes, wohlerwogenes Maß absoluter Stärke erhalte und behalte. Wir brauchen hier nicht auf die in den letzten Jahren so viel erörterte Frage einzugehen, wie sich durch eine sogenannte Rüstungsverständigung die Dinge tatsächlich entwickeln würden, noch auf die leicht beweisbare Tatsache, daß das Deutsche Reich angesichts seiner besonderen Verhältnisse immer der geprellte Teil sein würde. Allgemein braucht man nur den Gesichtspunkt festzuhalten, daß die deutsche Flotte nicht „gegen England" gebaut worden ist. Wenn man in Großbritannien gleichwohl von Anfang an diese Auffassung hatte, so war Deutschland daran unschuldig. Wäre Großbritannien heute nicht vorhanden, so müßte das Deutsche Reich gleichwohl eine große Flotte haben, um den uns flankierenden Flotten Frankreichs und Rußlands gewachsen zu sein. Aufbau und Organisierung einer großen Flotte nimmt annähernd ein Menschenalter in Anspruch. Während dieses Menschenalters und nachher kommen und gehen die politischen Kombinationen. Kein größerer Widersinn wäre denkbar, als die Sollstärke der deutschen Flotte, wie sie das Gesetz bestimmt, durch die politischen Gruppierungen beeinflussen zu lassen; das ist auch nie geschehen. Wenn in einigen Jahren das deutsche Flottengesetz dem Buchstaben nach durchgeführt ist, so beginnt die automatische Erneuerung des veralteten Flottenmaterials und hält den Bestand immer auf derselben Höhe. Auf den ersten Blick könnte scheinen, daß man gerade deshalb einige Schiffe weniger ruhig in den Kauf nehmen könnte, wenn dadurch Wesentliches für die deutsch-englischen Beziehungen erreicht werden könnte. Tatsächlich liegen aber die Dinge anders: Durch den Übergang zur Dreadnoughtperiode hat Großbritannien uns gezwungen, ihm diesen kostspieligen Schritt nachzutun. Alle vor 1905 auf Stapel gelegten Schlachtschiffe und großen Kreuzer gehören der Dreadnoughtperiode noch nicht an und sind heute, obgleich zum großen Teil noch nicht sehr alt, eben durch die Dreadnoughts entwertet worden. An diesen sogenannten Vordreadnoughtschiffen ist die britische Flotte der unsrigen stark überlegen. Kommt nun aber im Laufe des nächsten

Jahrzehntes die Zeit, wo diese kleinen und minderwertigen Vordreadnoughtschiffe durch große vollwertige Typen ersetzt werden, dann muß die britische Admiralität ihren Grundsätzen, gewaltiger Überlegenheit folgend, eine riesige Flotte von Dreadnoughts bauen, denn die deutsche besteht dann nicht mehr zu zwei Fünfteln aus vollwertigen, zu drei Fünfteln aus minderwertigen Schiffen, sondern ganz aus vollwertigen. Wie die Reden des Ersten Lords der Admiralität, Mr. Churchill, und anderer gezeigt haben, denkt man mit einem gewissen Grausen an den Beginn dieser Periode. Man weiß, daß nach dem Flottengesetz jene automatische Selbsterneuerung der Flotte ein Bautempo von drei großen Panzerschiffen im Jahre regelmäßig ergibt. Über dieses Maß wird nicht hinausgegangen, während ein Zurückbleiben dahinter ebensowenig in Frage kommt. Bei einem dauernden deutschen Dreitempo müßte aber nach britischer Auffassung ein jährliches Bauquantum von mindestens fünf bis sechs großen Schiffen die Regel werden, also eine noch viel höhere Kostensteigerung. Dazu käme die jetzt schon schwierige Frage der Qualität des Flottenpersonals. Sie wird mit jedem Schiffe schwieriger, um welches die zahlenmäßige Stärke der britischen Flotte steigt.

Das waren und sind kurz skizziert die Gründe, weshalb seit dem Jahre 1912 her alle Überredung aufgeboten worden ist, um den Deutschen die Auffassung beizubringen, ihre Flotte stände nunmehr so stark in der Welt da, daß sie ruhig etwas nachlassen könnten, z. B. ihre Jahresrate auf zwei große Schiffe oder eins herunterzusetzen. Die Wirklichkeit ihrerseits zeigt, daß das Deutsche Reich nur auf dem bisherigen Wege durchzuhalten braucht, ohne neuer Gesichtspunkte zu bedürfen, um das jetzt schon beträchtliche Gewicht seiner Flottenmacht gewaltig zu erhöhen und an ihr einen Faktor zu haben, der schon durch sein Dasein dauernd und mächtig wirkt. Zähe Ausdauer und Zielbewußtsein, hochstrebender Wille und Weitblick haben die deutsche Flotte durch alle Schwierigkeiten und Fährlichkeiten auf ihren jetzigen Stand gebracht und ihre zukünftige Entwicklung auf reichsgesetzlichem Boden verbürgt. Die Früchte der schweren Arbeit und Opfer werden bald reifen, sie können aber nur reifen, wenn unentwegt und unbeirrt auf dem gewiesenen und gebahnten Wege fortgeschritten wird, und wenn das deutsche Volk sich nicht so weit verblenden läßt, das Interesse Großbritanniens für das des Deutschen Reiches zu halten.

Solange die hier entwickelten Auffassungen in Großbritannien aber noch bestehen und sich geltend zu machen versuchen, bleibt trotz aller Besserung der gegenseitigen Beziehungen ein Element in diesen bestehen, das in jedem Augenblicke wieder eine akute Spannung hervorrufen kann. So lange sind die Beziehungen nicht normal. Überwunden-

und zum Verschwinden gebracht werden kann dies Gefahrmoment wiederum nur durch unentwegte, zielbewußte Ausdauer auf der deutschen Seite. Erst wenn man in England gesehen haben wird, daß weder die Zeit, noch Wechsel in den politischen Kombinationen, noch gute Beziehungen und ausgesuchte Liebenswürdigkeit den deutschen Flottenplan und Flottenbau beeinträchtigen können — dann wird man sich endgültig damit abfinden.

In den Jahren 1912 und 1913 ist gerade angesichts der Besserung der deutsch-britischen Beziehungen häufig die Frage aufgeworfen worden, und zwar gleichermaßen in Frankreich und Großbritannien wie im Deutschen Reiche und in Rußland: ob die Beziehungen Großbritanniens zu Frankreich, vor allem die Verpflichtungen des ersteren in einem Kriege sich ändern würden. Man dachte an die Tage der Marokkokrisen. Der Gedanke lag und liegt nahe. Vom Herbst 1912 bis zum Herbst 1913 war in Frankreich die Kriegslust und Siegeszuversicht Deutschland gegenüber sehr hoch. Man sprach so unverblümt öffentlich davon, daß der Augenblick nun nahe sei, daß der britischen Regierung die Situation sehr unbehaglich wurde. In einer Reihe von Reden erklärten die britischen Minister, an der Spitze Mr. Asquith, der Premierminister: ein französischer Angriffskrieg gegen Deutschland würde eine verbrecherische Torheit sein; Großbritannien werde in einem solchen Kriege Frankreich keinen Beistand leisten. Irgendwelche Verpflichtungen Großbritanniens für den Kriegsfall Frankreich gegenüber beständen überhaupt nicht.

Die Frage ist eine solche erster Ordnung. Man kann den englischen Staatsmännern wohl glauben, daß sie einen deutsch-französischen Krieg vermieden wissen wollen. Sie sind sich nicht im unklaren darüber, daß England dabei wahrscheinlich nichts zu gewinnen und ebenso wahrscheinlich sehr viel zu verlieren habe. Die Zeiten, wo es ohne Risiko die deutsche Flotte und den deutschen Handel vernichten konnte, sind vorbei: anderseits ist das Britische Weltreich immer verwundbarer geworden, politisch, militärisch, wirtschaftlich und finanziell. Das Deutsche Reich ist schon durch seine Fähigkeit, in Kriegszeiten die ganze Bevölkerung aus dem eigenen Boden zu ernähren, weit sicherer fundiert. Genug, das heutige Großbritannien wünscht einen großen, europäischen Krieg, wie die Dinge zum Schluß 1913 liegen, nicht. Man kann auch wohl annehmen, daß britischerseits alles geschehen würde, um Frankreich von einem Angriffe auf Deutschland durch Überredung zurückzuhalten — weil man davon überzeugt ist, daß Frankreich den Kürzern ziehen würde. Diese Überlegung bildet den eigentlichen Kernpunkt der sonst nicht verständlichen britischen Haltung.

Großbritannien würde jede Machterweiterung des Deutschen Reiches auf dem europäischen Festlande als Bedrohung und Verletzung seiner vitalen Interessen ansehen. Im Glauben, daß ein deutsch-französischer Krieg eine solche Machterweiterung, sei es auf Kosten Frankreichs, Belgiens, der Niederlande oder Dänemarks, zur Folge haben werde, würde Großbritannien sofort nach Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges auf dem Plane erscheinen, vielleicht zunächst als scheinbar unparteiisch, mit dem Verlangen, als Schiedsrichter zu fungieren und Friedensschluß aufzulegen; in dem Augenblicke aber als Gegner des Deutschen Reiches, wo die deutschen Waffen sich siegreich zeigten, und die deutsche Regierung abgeneigt wäre, sich englische Vermittlung gefallen zu lassen. Die Franzosen wissen das, und deshalb haben ihnen jene ablehnenden Erklärungen der britischen Minister keinen Eindruck gemacht. Sie hegen, und mit Recht, keinen Zweifel, daß sie, ob sie angegriffen haben oder nicht, nach tatsächlichem Ausbruche des Krieges Großbritannien mit seiner ganzen Macht auf ihrer Seite haben werden. Daran würde selbst ein deutsch-englischer Neutralitätsvertrag in praxi nichts ändern. Ist schon an und für sich die Haltbarkeit der Verträge im Kriege fragwürdig, so würde in diesem Falle der britischen Regierung ihr Verhalten noch ungemein erleichtert werden durch Aufwerfen der politischen Pilatusfrage: was ist Angriff?

Es mag unerörtert bleiben, ob jene von 1905 bis zum heutigen Tage in England und Frankreich mit Ernst und Eifer erörterte Frage einer wirksamen britischen Hilfe Frankreichs auf dem Festlande mit Ja beantwortet werden kann. Der Gedanke an sich sagt aber schon genug und noch mehr, daß die Tatsache einer solchen Abmachung zwischen den beiden Mächten 1905 und 1906 bestanden hat. Das Bestehen von Abmachungen ist von englischen Ministern im Jahre 1913 energisch geleugnet worden, reichlich ein Jahr vorher wurden der Regierung im Oberhause Vorwürfe gemacht, daß sie keine genügenden Vorbereitungen getroffen habe, um eine Beteiligung der britischen Armee auf dem Festlande zu sichern. Die Tatsache einer Verpflichtung wurde nicht geleugnet. Sie ist außerdem auch noch im Jahre 1913 von hervorragenden Engländern, die zwar nicht der Regierung angehörten, aber auch nicht ins Blaue hineinreden, noch schlecht unterrichtet sind, immer wieder behauptet worden. Ob diese Abmachungen schriftlich oder mündlich sind, ist ziemlich gleichgültig. Für wahrscheinlich muß man aber halten, daß die militärischen Autoritäten über gemeinsames Vorgehen in einem Kriege mit Deutschland genaue Vereinbarungen getroffen haben. Darauf lassen viele Symptome schließen, und insbesondere dürfte den französischen Unterseebooten eine bedeutende Rolle in der Sicherung des Ärmelkanals für britische Truppentransporte zufallen.

Auf die internationale Stellung des Deutschen Reiches in Europa ist hieraus der folgende Schluß zu ziehen: Auch die besten Beziehungen, auch koloniale und andere Abkommen werden im Augenblicke eines deutsch-französischen Krieges nicht hindern, daß Großbritannien sich in einem den deutschen Zielen entgegengesetzten Sinne am Kriege beteiligt, diplomatisch, politisch, finanziell und, wenn das nicht genügt, militärisch.

Die Lehre, die sich für uns daraus ergibt, ist wieder die alte und lapidare, welche so oft in den vorausgegangenen Ausführungen wiederkehrte: Stärke und höchste Schlagfertigkeit zu Lande und zu Wasser, unentwegte und durch nichts beirrte Ausdauer in dem noch unvollendeten Ausbau der Flotte.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den Vereinigten Staaten sind normaler Natur, nicht ohne einen freundlichen Einschlag. Deutschland und die Vereinigten Staaten können sich wirtschaftlich viel geben und viel nehmen, jedoch ist die deutsche Seite hier bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten in keiner unvorteilhaften Position. Die Vereinigten Staaten neigen meist mehr zur wirtschaftlichen Selbstherrlichkeit auf Kosten anderer, als ihren Kräften und Bedürfnissen entspricht. Deshalb hat eine feste deutsche Politik immer Mittel in der Hand, um das Verhältnis einer gesunden Gegenseitigkeit wiederherzustellen, wenn dieses von der amerikanischen Seite gestört wird. An der Panamaausstellung für 1915 hat Deutschland sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht beteiligt und damit einige Mißstimmung in den Vereinigten Staaten erweckt, obgleich seine Zurückhaltung keinerlei animosen Beigeschmack hat. Auf der anderen Seite hatten die Vereinigten Staaten beinahe allgemeines Mißfallen erregt, indem sie die amerikanische Schiffahrt von den künftigen Panamakanalgebühren befreiten, die fremde Schiffahrt dagegen damit belastet hielten. Um das Ende 1913 schienen Erwägungen zu schweben, diese unbillige Bestimmung rückgängig zu machen. Die unklare und während des Jahres 1913 nicht erfolgreiche Politik der Vereinigten Staaten Mexiko gegenüber rief dort einen Zustand der Anarchie hervor, welcher die deutschen Interessen in Mexiko stark und möglicherweise dauernd schädigte. Auf der anderen Seite gerieten die Vereinigten Staaten selbst in unangenehme Lage, weil sie trotz fortwährender Drohungen anscheinend nicht wagten, bewaffnet in Mexiko zu intervenieren, anderseits sahen, daß die „Aushungerung“ des Präsidenten Huerta nicht so leicht war, wie der Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Wilson, es sich gedacht hatte. Daneben spielte die alte amerikanisch-japanische Streitfrage der Einwanderung in Verbindung mit einer gegen Ende 1913 besonders stark betonten japanisch-mexikanischen Freundschaft. Man

war in Washington besorgt, daß die japanische Politik in gefährlicher Weise die beengte Lage der Vereinigten Staaten ausnutzen werde, und so ergab sich ein gewisses Bestreben nach Annäherung mit den europäischen Staaten. Wie sich die Dinge auch entwickeln mögen: die Lage und die Verhältnisse der Vereinigten Staaten, ihre Verfassung und die Stimmung ihrer Bevölkerung sind derart, daß ihre Beziehungen zu Deutschland nie über ein übliches Maß freundschaftlicher Beziehungen hinausgehen können, jedenfalls nicht mit Vorteil für das Deutsche Reich. Deshalb hat die neuere deutsche Politik mit Recht eine maßvolle, dabei aber wohlwollende und verbindliche Politik den Vereinigten Staaten gegenüber zur Geltung gebracht.

Japan und das Deutsche Reich sind nach ihrer geographischen Lage, nach ihren Beziehungen und Interessen eigentlich prädestiniert, um im engen Zusammenhange miteinander zu arbeiten. Beständen feste und geregelte Beziehungen zwischen den beiden Mächten, so würde über kurz oder lang eine wesentliche Entlastung Deutschlands in der Nordsee die Folge sein, eine Stärkung seiner Stellung, gleichzeitig in Europa und in Ostasien, nicht zum wenigsten auch den Vereinigten Staaten gegenüber. Japan seinerseits würde noch größere Vorteile davon haben durch Befreiung von der jetzigen englischen Vormundschaft, ferner in seinen Meinungsverschiedenheiten mit den Vereinigten Staaten. Zu diesem Kapitel ließe sich vieles sagen. Bedauerlicherweise haben aber bis jetzt die englischen und die amerikanischen Bemühungen noch den Sieg davongetragen, Japan und das Deutsche Reich auseinanderzuhalten und es zu einem wirklichen Vertrauen nicht kommen zu lassen. Dazu haben die Japaner ein gutes Gedächtnis. Das deutsche Verhalten im Jahre 1895, die Pachtung von Kiautschou und die Bülowsche Mandschureipolitik sind noch heute in der antideutschen Agitation wirksam. In den letzten Jahren freilich traten bisweilen auch andere deutschfreundliche Strömungen in Japan hervor, obgleich die durch die amerikanischen und englischen Telegraphenbureaus planmäßig verbreiteten Unwahrheiten über Deutschland und deutsche Verhältnisse noch immer von der japanischen Presse kritiklos aufgenommen werden. Jene englische und amerikanische Hetzerei konnte sich während der chinesischen Revolution 1913 wieder besonders nachdrücklich und leider auch wirksam betätigen. Man machte die Japaner glauben, Deutschland wolle die ganze Halbinsel Schantung annektieren, die Leiter der deutschen Politik stellten in Peking, in London und in Washington Japan als den Friedensstörer und als den Bedroher der Integrität Chinas hin. Die Folge war wieder eine Verstärkung der alten Erbitterung auf das Deutsche Reich und des Mißtrauens gegen die deutsche Politik. Gegen Ende des Jahres 1913 schien abermals ein gewisser

Umschwung einzutreten, und es wurden Stimmen laut, welche die Vorteile guter japanisch-deutscher Beziehungen hervorhoben. Auf diesem Gebiete hat das Jahr 1913 eine große und, wenn richtig angefaßt, sehr fruchtbare Aufgabe ungelöst gelassen.

Hinsichtlich des Chinesischen Reiches ist die deutsche Politik nach wie vor eine solche der Erhaltung eines ungeteilten China gewesen, und während der Revolution war die deutsche Tätigkeit eine dementsprechende. Die Abtrennung der chinesischen Außenländer wie der Mongolei konnte freilich weder Deutschland noch England verhindern. Das deutsche Interesse in China war bisher ausnahmslos ein rein wirtschaftliches und insofern ein sehr bedeutendes. Alle Unruhen im Chinesischen Reiche oder gar ein Zerfall in ein Nord- und in ein Südreich oder in noch kleinere Bestandteile, schädigt und bedroht eo ipso die deutschen Interessen im höchsten Grade. Insofern sind die deutschen und die englischen Interessen im fernen Osten gleichgerichtet. Die Politik der beiden Mächte hat sich 1913 auch dementsprechend betätigt. Neben dem wirtschaftlichen kulturellen Einfluß in den riesigen Gebieten Chinas zu erreichen und zu vergrößern, ist und bleibt das alleinige Bestreben der deutschen Politik. Nur ein Zerfall Chinas könnte eine andere Politik durch die Notwendigkeit, das Errungene zu wahren, zur Folge haben.

* * *

Als diese Schrift dem Drucke übergeben wurde, befanden sich die Verhandlungen des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens untereinander und mit der Türkei in vorgeschrittenem Stadium. Es konnte kaum mehr bezweifelt werden, daß große und wichtige Abschlüsse auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Durchdringung des Orients zustande kommen würden, Abschlüsse, welche für das Deutsche Reich einen Erfolg und das Ergebnis langjähriger Arbeit bilden. Es läßt sich kurz bezeichnen durch das Wort „Bagdadbahn"*).

*) Der Gedanke einer Verbindung zwischen dem östlichen Mittelmeere und dem Persischen Golfe tauchte schon im ersten Drittel des vergangenen Jahrhunderts auf. Nach Erfindung der Eisenbahnen erschien er in anderer Form und ist seitdem nicht zur Ruhe gekommen. In den siebziger Jahren versuchte ein englischer Unternehmer, die Baumöglichkeiten auf einer Strecke zu erhalten, die von Alexandretta nach Bagdad gehen sollte. Es wurde nichts daraus, ebensowenig aus anderen späteren Projekten, die entweder die ganze Strecke oder Teile betrafen. Abdul Hamid war, abgesehen von der schlechten Finanzlage seines Landes, von Mißtrauen erfüllt und sah mit Recht in einem Gelingen der englischen Bestrebungen den Beginn des Verlustes der Integrität und Selbständigkeit seines Landes. Nur gegen das Deutsche Reich hatte er kein Mißtrauen, und so erhielt im Herbst 1888 eine deutsche Gesellschaft die Konzession zum Bau einer Bahnstrecke in Kleinasien. Diese Strecke bildet den Anfang der vielbesprochenen Bagdadbahn. Konzessionen für weitere Teilstrecken folgten in den Jahren 1893, 1903 (nach vorläufigen Abmachungen 1899 und 1902), ferner 1908 und 1911. Über die endgültige Ausführung des Bagdadbahnplanes sind zu Anfang des Jahres 1914 Verhandlungen im Gange mit Großbritannien,

Ohne die Bedeutung der Orientverhandlungen und Abkommen herabsetzen zu wollen, noch auch die rein politische Tatsache, daß Frank-

---

Frankreich und der Türkei. Ehe ihre Ergebnisse endgültig festgelegt sind, kann das Unternehmen als Ganzes in seinen teilweise sehr wichtigen Einzelheiten nicht einwandfrei übersehen werden.

Dem Bagdadbahnunternehmen stellten sich von Anfang an zwei große Schwierigkeiten entgegen: die finanzielle und die politische. Beide griffen fortgesetzt ineinander über. Großbritannien hatte während langer Jahre nicht geglaubt, daß die unter Führung der Deutschen Bank stehende deutsche Gesellschaft ihre großen Pläne werde verwirklichen können. Als man aber das Gegenteil feststellen mußte, als insbesondere die Türkei wachsendes Verständnis für den Nutzen des Planes zeigte, erwachten britischerseits die wirtschaftliche Eifersucht und die Besorgnis politischen deutschen Wettbewerbes in der Türkei, am und im Persischen Golfe. Dazu kam der Gedanke, daß bei enger Verbindung zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei in einem deutsch-britischen Kriege deutsche Truppen die Bagdadbahn benutzen könnten, um gegen Indien und Ägypten vorzugehen. Selbst ernsthafte Engländer haben sich durch diese sonderbaren Hirngespinste länger als ein Jahrzehnt ihr Tatsachenverständnis benebeln lassen. Die wachsende deutsch-türkische Intimität vom Anfang der neunziger Jahre an, anderseits die zunehmenden deutsch-britischen Reibungen, deren Entwicklung geschildert worden ist, taten das ihrige. Die deutsche Finanzgesellschaft versuchte mehrfach, in den neunziger Jahren und zu Anfang des neuen Jahrhunderts ausländisches, auch britisches Kapital an dem Bagdadbahnbau zur Beteiligung zu bewegen, weil das ungeheure Unternehmen entsprechende Kosten beanspruchte und die Gesellschaft von der Türkei Kilometergarantien bedurfte. Diese Garantien mußten durch Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle aufgebracht werden. Die Erhöhung der Einfuhrzölle aber konnte nur mit Einwilligung der Mächte geschehen, unter deren Finanzkontrolle die Türkei steht. Es lag auf der Hand und ist auch oft genug eingetroffen, daß England sich einer solchen Zollerhöhung widersetzte, mit der Begründung, die britische Politik werde nicht die Hand zu solchen den Handel nach der Türkei belastenden Maßnahmen bieten, um das Eisenbahnwerk zu fördern, welches politisch und wirtschaftlich gegen Großbritannien gerichtet sei. Am Anfang des neuen Jahrhunderts soll die britische Regierung geneigt gewesen sein, ihren Widerstand fallen zu lassen und einer britischen Gesellschaft die Beteiligung zu gestatten, aber die Widerstände von seiten der liberalen Partei waren zu groß. Die dann folgenden Jahre mit der steigenden Zuspitzung der deutsch-englischen Beziehungen rückten von selbst den Gedanken einer Einigung in weite Ferne. Das französische Kapital seinerseits hatte sich jedoch stark an dem Bagdadunternehmen beteiligt, aber die Aktien wurden an der Pariser Börse nicht gehandelt, weil es ein deutsches Unternehmen betraf. Man wollte mit dieser Zurückhaltung politischen Druck auf völlige Internationalisierung des Unternehmens erzwingen, insbesondere der deutschen Seite die Leitung aus der Hand nehmen oder die Vollendung des Unternehmens unendlich hinzögern. Hätte in jenen Jahren das britische Kapital sich beteiligt, so würde die Absicht völliger Internationalisierung aller Voraussicht nach gelungen sein. Beide Absichten sind nicht gelungen, und eines der bekannten Ergebnisse der deutsch-französischen Verhandlungen wird die Tatsache sein, daß das französische Kapital aus dem Bagdadbahnunternehmen ganz verschwindet, das Unternehmen mithin in jedem Sinne als deutsch angesprochen werden kann.

Die Konzessionen der Bagdadbahngesellschaft bezogen sich auf den Bau einer Bahn über Bagdad und Bassora hinaus nach einem Punkte des Persischen Golfes. Großbritannien ist seit vielen Jahrzehnten faktische Beherrscherin des Persischen Golfes, seine Meeresfläche und seine Küsten betrachtet die britische Politik als zum „Glacis Indiens" gehörig, die Fernhaltung fremden Einflusses dort gilt als Lebensfrage. Bei der bekannten britischen Nervosität hinsichtlich Indiens einerseits, der „deutschen Gefahr" anderseits erklärt sich die unsinnige Idee, eine unter deutschem Einflusse stehende Bagdadbahn mit ihrem Endpunkte am Persischen Golf werde eine Lebensgefahr für Indien enthalten und in weiterer Folge die britische Seeherrschaft im Persischen Golfe in Frage stellen. Ein hoher britischer Staatsmann äußerte um das Jahr 1910 ganz ernsthaft, dieser Punkt sei der einzige, der zu einem wirklich vertretbaren Kriegsgrunde Großbritanniens gegen Deutschland werden könne. Tatsächlich haben allen ernsthaften deutschen Politikern solche Pläne mit der Bagdadbahn immer ferngelegen, schon deshalb, weil sie Utopien gewesen wären; jede einfache Überlegung zeigt das. Für das Bagdadbahnunternehmen kam es darauf an,

reich und England und vorher Rußland sich aus eigener Initiative zu den Verhandlungen herbeiließen, nachdem sie zwei Jahrzehnte lang vergeblich versucht hatten, Deutschland im Orient zu eliminieren — trotz ferner den erwähnten deutsch-englischen Verhandlungen über Mittelafrika wird das Endurteil kurz nach der Jahreswende 1913/14 lauten müssen: das Deutsche Reich besitzt noch nicht das Maß normaler Bewegungsfreiheit seiner Politik wie seiner Wirtschaft, wie sie für eine waffenstarke, volkreiche, im heimischen Boden sicher wurzelnde, dabei über alle Weltmeere hinausgreifende Großmacht selbstverständliches Attribut sein müßte. Es wäre ein Fehler, sich der Tatsache zu verschließen, daß das Deutsche Reich noch immer unter auswärtigem Drucke steht, und daß, so gut wie alle Mächte, außer den Dreibundmächten, versuchen, diesen Druck gerade dann wirksam zu machen, wenn irgendeine Bewegung der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft nach außen bemerkbar oder auch nur angenommen wird. Das Deutsche Reich befindet sich auch heute in einer Lage, die ihm beinahe jeden Schritt zur Kriegsfrage macht. Nach allem, was hier besprochen worden ist, braucht nicht mehr ausdrücklich gesagt und bewiesen zu werden, daß dieser anormale und gefährliche Zustand sich so gut wie ausschließlich in der Rich-

eine Verbindung der durchquerten mesopotamischen Gebiete mit dem Meere zu erhalten, also lediglich als wirtschaftlicher Gesichtspunkt. Da sich der anfängliche Plan, die Bahn in einem Hafen am Persischen Golfe enden zu lassen, als anscheinend unüberwindliches Hindernis ihrer Vollendung erwies, so griff man deutscherseits im Frühjahr 1911 zum folgenden Auskunftsmittel: Die Bagdadbahngesellschaft schloß mit der Pforte ein Abkommen, vermöge dessen das Schlußstück der Bagdadbahn bis zum Persischen Golfe aus der Konzession herausgenommen wurde, eine neue ottomanische Gesellschaft internationaler Natur, bzw. unter englischer Führung, sollte dieses Schlußstück bauen. Als Ausgleich hierfür erhielt die Bagdadbahngesellschaft das Recht, eine Zweigbahn von der Hauptstrecke nach Alexandrette zu bauen, auch den Hafen dieser Stadt auszubauen und zu benutzen. Hiermit war die Hauptfrage gelöst, und der englische Widerstand wurde aufgegeben. Nicht lange darauf begannen die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reiche, Großbritannien und der Türkei über endgültige Regelung der Sache. Die wurden unterbrochen durch die Krisis von 1911 und scheinen Anfang 1914 nicht weit vom Abschlusse zu sein. Im großen und ganzen dürfte es darauf hinauskommen, daß das Bahnstück von Bagdad bis Bassora ebenfalls von der deutschen Gesellschaft gebaut wird, jedoch in den Vorstand dieser Gesellschaft zwei englische Mitglieder aufgenommen werden, als Garanten für die Ausschließung von Differenzialtarifen. Ob das Schlußstück der Bahn bis zum Persischen Golfe jemals gebaut werden wird, steht dahin. Vielleicht ist anzunehmen, daß Schiffahrtsverbindung auf dem von den Engländern zu vertiefenden Schatt el arab statt dessen eintreten wird. Wie gesagt, diese Verhandlungen schweben. Überhaupt beschränken wir uns hier mit Absicht auf diese allgemeinen Andeutungen, die erst ergänzt werden können, wenn internationale Verträge fertige und anerkannte Zustände geschaffen haben werden. Die Bagdadbahn wird das Rückgrat aller türkischen Bahnsysteme bleiben und im Verein mit ihren Zweigbahnen diese beherrschen. Wirtschaftlich kann sie von großer Bedeutung werden, politisch ist sie geeignet, die Gebiete der asiatischen Türkei fester zu vereinigen und so zur Kräftigung des Reiches beizutragen. Kulturell kann, richtig ausgenutzt, die Bagdadbahn ein mächtiger Träger deutschen Geistes in der Türkei werden. Die türkische Regierung sieht die Bagdadbahn mit verständnisvoller Klarheit ebenso wie seinerzeit Abdul Hamid als ein Mittel zu ihrer Stärkung und Konsolidierung an.

tung der britischen Politik begründet. Daran ändern bis jetzt alle kolonialen und sonstigen Verhandlungen und guten Beziehungen allgemeiner Natur nichts. Was die Zukunft an Änderungen bringen kann, das zu erörtern, ist nicht Sache dieser Betrachtung.

Die Politik hat sich auf den Boden der Erfahrungstatsachen zu stellen und muß in ihren Maßnahmen für die Sicherheit und Förderung des Reiches auf diesem festen Boden bleiben. Nach Hoffnungen und Wünschen die Grundlagen der Politik zu revidieren, könnte nur verhängnisvoll sein.

Der letzte Grund jener britischen — ob direkt, ob indirekt betätigten — Druckpolitik ist die Furcht vor Deutschlands wachsender Macht, in jeder Beziehung. Ob die Friedlichkeit der deutschen Politik diese Furcht zu beseitigen imstande sein wird, ist die Frage, weil die Furcht sich eben nicht nur auf das militärische Gebiet bezieht. Auf alle Fälle müßte zum Vertrauen auf die Friedensliebe des Deutschen Reiches nicht der Glaube, sondern die klare, fest gegründete Einsicht kommen, daß die Druckpolitik nichts hilft, sondern im Gegenteil Großbritannien und allen seinen Interessen in Europa und über den Ozeanen Schaden und Gefahr bringen werde. Deutschland kann und muß zu diesem Ziele gelangen durch stetige, den Verhältnissen entsprechende, durch nichts beirrte Arbeit an seiner Rüstung zu Lande und zur See und eine Politik, die sich im Frieden wie im Kriege, auf dem Gebiete der Diplomatie wie der Wirtschaft dieser Rüstung zu bedienen weiß, auch Charakter genug hat, es zu tun.

Im Laufe der letzten Jahre ist in Parlament und Presse das Wort variiert worden: jedes Jahr steckten andere Mächte gewaltige Kolonial- und Wirtschaftsgebiete ein, während das Deutsche Reich nichts erhielte, sondern anstatt dessen mit einer neuen Armee- oder Marinevorlage belastet würde. Wörtlich genommen, ist die Richtigkeit dieses Ausspruches nicht völlig zu bestreiten. Die Gegenüberstellung ist aber falsch und irreführend, insofern damit der Politik des Deutschen Reiches Unfähigkeit vorgeworfen werden soll. Um die andere Seite der Sache zu sehen, braucht man nur die Frage aufzuwerfen, welcher Zustand denn Platz gegriffen haben würde, wenn diese Heeres- und Flottenvorlagen nicht fortgesetzt eingebracht und bewilligt worden wären. Warum sie nötig waren, das muß jedem, der mit einem gewissen Maße von Objektivität die neuere politische Geschichte betrachtet, klar sein. Ob jeweilige Leiter der Politik des Deutschen Reiches während dieser Periode Fehler gemacht haben — diese Erwägung kann an jenem Urteil nichts Wesentliches ändern. Die geographischen und die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Entstehungsgeschichte des Deutschen Reiches — das sind gewiß

Gemeinplätze geworden, und man läuft bei ihrer Erwähnung Gefahr, als Wiederholer längst bekannter Dinge zu gelten —, und doch werden gerade diese Gemeinplätze, als Kriterien in Tagesfragen, viel zu gering geachtet und zu wenig beachtet. Gleichwohl sind sie für die Beurteilung der politischen Verhältnisse, der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten des Deutschen Reiches, der Hindernisse, die sich ihnen entgegenstellen, und der militärischen Anforderungen, die eben daraus erwachsen, im Sinne des Wortes maßgebend und machen diese Verhältnisse erst verständlich.

Nicht selten ist die Frage aufgeworfen worden, ob es richtig gewesen sei, während der vergangenen schwierigen sechsundzwanzig Jahre dem Deutschen Reiche den Frieden zu erhalten. Auch dem Leser dieser Schrift mag bei gewissen Punkten der Entwicklungsgeschichte während des letzten Menschenalters eine ähnliche fragende Überlegung sich aufgedrängt haben. Verschiedene Ansichten darüber sind möglich, und über ihre Berechtigung könnten dicke Bücher geschrieben werden. Die schlüssige Antwort kann aber einzig und allein der nächste Krieg, möglicherweise auch eine gewaltsame innere Umwälzung geben. Lassen wir diese unbeantwortete Frage also beiseite, so ist doch nötig, die Gültigkeit der gern bei uns gebrauchten Wendung einzuschränken: Deutschland brauche nur zu warten, denn die Zeit selbst arbeite für uns. — Die Zeit arbeitet nur für uns, wenn wir in ihr arbeiten. Wiederum: nur der nächste Krieg kann und wird den Beweis führen, ob die Zeit vom deutschen Volke zu einer Arbeit benutzt wurde, die es nach außen stark und nach innen gesund erhielt.

Die hier geschilderte Periode weist aber insofern ein ganz besonderes Gepräge auf, als sie im Zeichen des Aufbaues der vorher fehlenden Flotte steht. Daß ihr Fehlen und dann der Aufbau selbst von außerordentlicher, meistens bestimmender Einwirkung auf die Politik war, habe ich darzulegen versucht. — Peter der Große hat gesagt: Ein Herrscher, der eine Armee habe, besitze einen Arm. Erst mit einer Armee und einer Flotte habe er zwei Arme. Es liegt auf der Hand, daß die deutsche Politik gewissermaßen grundsätzlich kriegerische Konflikte zu vermeiden sich bestrebte, bis der zweite Arm genügend erstarkt war, abgesehen von Fällen, wo die nationale Ehre im Spiele war. Die Entstehung solcher Fälle zu vermeiden, bildete folgerichtig auch eine Aufgabe der deutschen Politik. Innerhalb dieser Grenzen war also die Vermeidung eines großen kriegerischen Konflikts gewissermaßen eine Sache der Ökonomie der Kräfte. — Während der Marokkokrise 1905/06 mag diese Überlegung mit in Betracht gewesen sein: Frankreich war nicht zum Kriege bereit, Rußland durch die Niederlagen im Osten und durch innere Unruhen gelähmt.

Die Lage für einen Krieg war, so betrachtet, selten günstig. Der Vernichtung preisgegeben hätte man aber: die Kriegsflotte und ihre Zukunft, den deutschen Seehandel, die Seeinteressen, den Kolonialbesitz.

Der zweite Arm ist mittlerweile gewachsen, hat freilich seine volle Stärke noch nicht erreicht. Die Zeiten aber sind vorbei und kehren nie wieder, welche an jenem Herbsttage 1889 in den Gewässern des Mittelmeeres das Bild zeigten: die englische Mittelmeerflotte mit der damaligen „Dreadnought" als Flaggschiff, aus Höflichkeit ein Stündchen nach den Signalen manövrierend, die der Deutsche Kaiser als Admiral of the fleet an Bord der „Hohenzollern" heißen ließ. Das Bild war symbolisch für die Ungesundheit der damaligen deutsch-englischen Freundschaft: das flottenlose Deutsche Reich wünschte das englische Wohlwollen, die englische Ergänzung zur See. Heute braucht das Deutsche Reich keine fremde Flotte mehr zu leihen, auch nicht den Schein, es hat und baut seine eigenen Dreadnoughts. Heute braucht es keine politischen Hypotheken mehr aufzunehmen, um das Wohlwollen anderer Seemächte zu erwerben. Stehen wir auch noch mitten in dieser Entwicklung, so ist doch außerhalb Zweifels und Frage, daß hier die geschichtliche, ja wahrscheinlich die weltgeschichtliche Bedeutung unseres Zeitalters liegt: daß das Deutsche Reich in voller Erkenntnis seines naturbestimmten Wesens als Festlandmacht diese Grundlage militärisch und wirtschaftlich gesund erhalten hat, dabei zur Kolonial- und Welthandelsmacht geworden ist und sich eine Flotte geschaffen hat, mit der es nach einer jetzt absehbaren Reihe von Jahren ein mächtiger Faktor in der Welt sein wird. In diesem Sinne kann man die geschilderte Periode als eine des Überganges bezeichnen, ohne dabei zu vergessen, daß — allgemein gedacht — jede Periode ein Übergang ist. Das wird auch für das Deutsche Reich weiter gelten. Es ist eine in der Wurzel falsche Anschauung und eine irregehende Hoffnung: nach voller Erstarkung des Deutschen Reiches zur See würden, gewissermaßen, „das Ziel" und eine Art Abschluß erreicht sein, eine Ära des „Ausruhens auf der Höhe" eintreten. Davon kann — glücklicherweise — nie die Rede sein. Nach wie vor wird das Deutsche Reich und Volk sich „Freiheit und das Leben" täglich erobern müssen. Die Kraft dazu wird den Deutschen nicht fehlen, solange ihnen der nationale, im besonderen der monarchische Gedanke Leitsterne bleiben, solange sie den Handelsgewinn nicht als Zweck, sondern nur als Mittel im Dienste des nationalen Organismus mit monarchischer Spitze betrachten und erstreben.

Verzeichnis der Personennamen.

E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW 68, Kochstr. 68—71.





